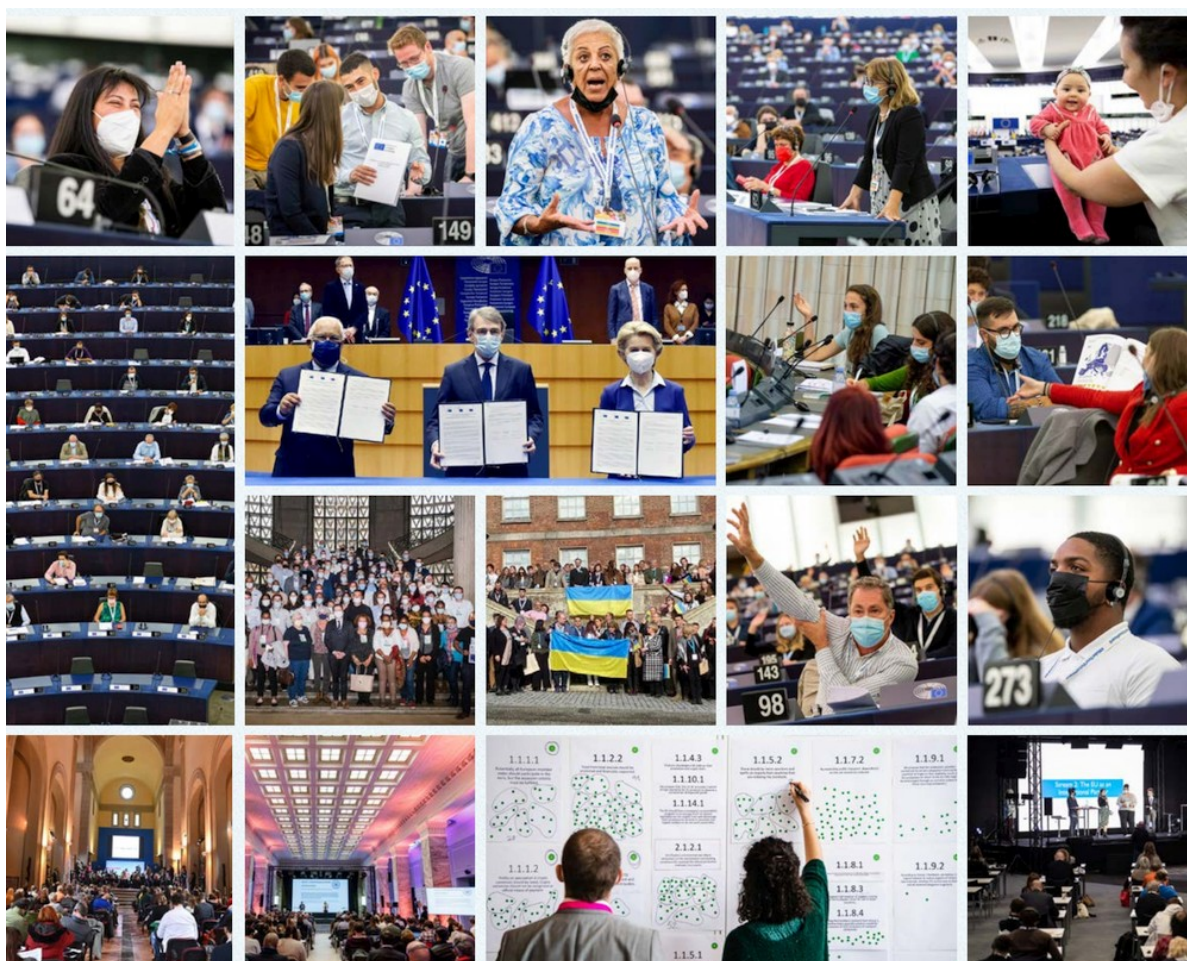


Conferenz über das Avenir Europas

BERICHT ÜBER DIE ENDGÜLTIGEN ERGEBNISSE

Mai 2022



**Die Zukunft liegt in
Ihren Händen**



Europas

Conference
über die
Zukunft

**Dokument erstellt von Pierre Dieumegard
für Europa-Demokratie-Esperanto**



Mit diesem „vorläufigen“ Dokument soll es mehr Menschen in der Europäischen Union ermöglicht werden, die für die Europäische Union erstellten (und durch ihre Beiträge finanzierten) Dokumente zu verstehen. Das [französische Originaldokument im PDF-Format](#) wurde mit der Software Libre Office formatiert (dieses Dokument ist von der offiziellen Website verschwunden; Am 26. November 2025 bleibt nur [noch das Dokument in englischer Sprache übrig](#). Die Übersetzung [in die Amtssprachen](#) der Europäischen Union erfolgt über [die Website https://webgate.ec.europa.eu/etranslation](#).

Wir haben diese Arbeit aufgrund der Notwendigkeit einer besseren Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union geleistet: Ohne Übersetzungen ist ein großer Teil der Bevölkerung von der Debatte ausgeschlossen. **Es ist wünschenswert, dass die Verwaltung der Europäischen Union die Übersetzung wichtiger Dokumente übernimmt, damit alle Europäerinnen und Europäer verstehen können, worum es geht, und gemeinsam über ihre gemeinsame Zukunft diskutieren können.**

Für eine gute direkte Kommunikation zwischen den europäischen Bürgern und für zuverlässige Übersetzungen wäre die internationale Sprache Esperanto aufgrund ihrer Einfachheit, Regelmäßigkeit und Genauigkeit sehr nützlich.

Im Internet:

Föderation Eŭropo-Demokratio-Esperanto: <https://e-d-e.org/> (oder www.demokratio.eu)

Association Europe-Democratie-Esperanto (Frankreich): <https://e-d-e.fr/>

Europäische Dokumente in allen Amtssprachen: <http://www.europokune.eu/>

Im Vergleich zum ursprünglichen Dokument gibt es einige Änderungen (Verbesserungen?):

- einige Rechtschreibfehler wurden korrigiert.
- Das Layout wurde harmonisiert, und alle Seiten sind ordnungsgemäß nummeriert (das ursprüngliche Dokument war eine Aneinanderreihung von separat verfassten PDF-Dateien mit unabhängigen Nummerierungen).
- Endnoten wurden in Endnoten (unten auf den Seiten) umgewandelt.
- Dokumente, die ursprünglich in Form von Bildern erstellt wurden, wurden in Tabellen umgewandelt, um leicht übersetzbar zu sein.
- Das Dokument selbst wurde auf der Grundlage des Berichts in französischer Sprache erstellt, der Anfang Mai 2022 verfügbar war. Der im November 2025 verfügbare Bericht stammt aus dem Juni 2022, ist nur in englischer Sprache verfügbar und enthält am Ende eine Tabelle der Verantwortlichen. Diese Tabelle wurde am Ende des Dokuments hinzugefügt.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	6
I. Architektur der Konferenz.....	7
1. Gemeinsame Erklärung.....	8
2. Geschäftsordnung.....	9
3. Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Konferenz.....	9
4. Einrichtung der mehrsprachigen digitalen Plattform.....	9
5. Europäische Bürgerforen.....	10
6. Nationale Bürgerforen.....	10
II. Beiträge der Bürgerinnen und Bürger zur Konferenz.....	11
A. Mehrsprachige digitale Plattform.....	12
B. Bürgerforen.....	16
C. Veranstaltungen im Rahmen der Konferenz.....	27
III. Die Plenarversammlung der Konferenz.....	36
A. Rolle und Arbeitsweise der Plenarversammlung.....	37
B. Arbeitsgruppen.....	37
C. Chronologische Zusammenfassung.....	39
IV. Die Vorschläge des Plenums.....	45
„Klimawandel und Umwelt“.....	46
„Gesundheit“.....	52
„Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“.....	57
„Die EU in der Welt“.....	68
„Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“.....	78
„Digitaler Wandel“.....	84
„Demokratie in Europa“.....	90
„Migrationen“.....	98
Bildung, Kultur, Jugend und Sport.....	102
Schlussbemerkungen des Exekutivausschusses.....	108
Anhang I – Empfehlungen der vier europäischen Bürgerforen.....	111
Europäisches Bürgerforum Nr. 1: "Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung/Bildung, Kultur, Jugend und Sport/Digitaler Wandel".....	112
Europäisches Bürgerforum 2: "Europäische Demokratie; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit".....	131
Europäisches Bürgerforum 3: "Klimawandel und Umwelt / Gesundheit".....	147
Europäisches Bürgerforum 4: "Die EU in der Welt / Migration".....	168
II A– Nationale Gremien: Belgien.....	184

II B Nationale Panels: Frankreich.....	200
Einleitung.....	202
Vorstellung der wichtigsten Ergebnisse.....	205
Präsentation der Panels der Regionalkonferenzen.....	207
Methodische Verpflichtungen und Voreingenommenheit.....	209
Erster Teil: Vorstellung der Ergebnisse der regionalen Konferenzen zur Zukunft Europas.....	216
Zweiter Teil: Präsentation der Ergebnisse der Vernehmlassung "Wort an die Jugendlichen".....	230
Schlussfolgerung.....	235
II C Nationale Panels: Deutschland.....	236
II D Nationale Gremien: Italien.....	242
1. Leitprinzipien für die Organisation des Panels.....	244
2. Teilnehmerauswahl und Teilnahmemodalitäten.....	245
3. Organisation des Panels.....	248
4. Arbeitsprogramm.....	248
5. Empfehlungen.....	250
6. Abschließende Bewertung durch die Teilnehmer.....	257
II E Nationale Panels: Litauen.....	261
II F Nationale Panels: Niederlande.....	270
III – Verweise auf die Ergebnisse der nationalen Veranstaltungen.....	327
IV – Verweis auf den Bericht der mehrsprachigen digitalen Plattform.....	328
V – Ko-Vorsitzende der Konferenz zur Zukunft Europas und Mitglieder des gemeinsamen Sekretariats.....	329



Einleitung

Am 10. März 2021 unterzeichneten der Präsident des Europäischen Parlaments David Sassoli, der portugiesische Premierminister António Costa im Namen des Rates der EU und die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen die gemeinsame Erklärung zur Konferenz zur Zukunft Europas. Die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen waren einfach: Mit einem bürgerorientierten Bottom-up-Ansatz sollte sichergestellt werden, dass alle Europäerinnen und Europäer mitbestimmen können, was sie von der Europäischen Union erwarten, und dass sie eine größere Rolle bei der Gestaltung der Zukunft der Union spielen. Ihre Aufgabe war jedoch äußerst mühsam: Ziel war es, erstmals eine transnationale, mehrsprachige und interinstitutionelle Übung der deliberativen Demokratie zu organisieren, an der Tausende europäischer Bürgerinnen und Bürger sowie politische Akteure, Sozialpartner, Vertreter der Zivilgesellschaft und wichtige Interessenträger im Sinne von Artikel 16 der Geschäftsordnung der Konferenz beteiligt waren.

Nach monatelangen intensiven Beratungen schloss die Konferenz am 9. Mai 2022 ihre Arbeit ab und legte den drei EU-Organen einen Bericht über die endgültigen Ergebnisse mit 49 Vorschlägen vor. Diese Vorschläge entsprechen den Erwartungen der europäischen Bürger zu neun Themen: Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; Bildung, Kultur, Jugend und Sport; Digitaler Wandel; Demokratie in Europa; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit; Klimawandel und Umwelt; Gesundheit; Die EU in der Welt; und Migration. All diese Themen werden in diesem Abschlussbericht behandelt, der auch einen Überblick über die verschiedenen Aktivitäten im Rahmen dieses einzigartigen Prozesses der Konferenz zur Zukunft Europas geben soll.

Unter der Leitung von drei Ko-Vorsitzenden (Guy Verhofstadt für das Europäische Parlament; Ana Paula Zacarias, Gašper Dovžan und Clément Beaune nacheinander für den Rat der EU; und Dubravka Šuica für die Europäische Kommission) und unter der Leitung eines Exekutivausschusses (der sich gleichberechtigt aus Vertretern der drei Organe sowie Beobachtern der wichtigsten Interessenträger zusammensetzt) war die Konferenz ein beispielloses Experiment der transnationalen deliberativen Demokratie. Sie hat auch ihre historische Relevanz und Bedeutung im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und der Aggression Russlands gegen die Ukraine unter Beweis gestellt. Die Konferenz zur Zukunft Europas führte zur Einrichtung einer mehrsprachigen digitalen Plattform, auf der die europäischen Bürgerinnen und Bürger in allen 24 EU-Sprachen Beiträge leisten können, und zur Organisation von vier europäischen Bürgerforen, sechs nationalen Bürgerforen, Tausenden von nationalen und lokalen Veranstaltungen sowie sieben Plenarversammlungen der Konferenz. Sie ist das Ergebnis eines beispiellosen Willens der EU-Organen, der Mitgliedstaaten, aber auch und vor allem der europäischen Bürgerinnen und Bürger, die Prioritäten und Herausforderungen der Europäischen Union zu erörtern und einen neuen Ansatz für das europäische Projekt zu verfolgen.

Dies ist jedoch nur der Anfang. Im Einklang mit dem Gründungstext der Konferenz werden die drei Organe nun rasch prüfen, wie dieser Bericht im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten und im Einklang mit den Verträgen wirksam weiterverfolgt werden kann. Die diesbezügliche Entschlossenheit der drei Organe ist von größter Bedeutung.

I. Architektur der Konferenz

Die Konferenz zur Zukunft Europas^I war ein neuer und innovativer Prozess, der einen neuen Raum für die Debatte mit den Bürgerinnen und Bürgern eröffnete, um die Prioritäten und Herausforderungen Europas zu erörtern, die demokratische Legitimität des europäischen Projekts zu stärken und die Akzeptanz unserer gemeinsamen Werte und Ziele durch die Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Die Konferenz war eine bürgerorientierte Übung, die auf einem Bottom-up-Ansatz beruhte und darauf abzielte, dass die Europäerinnen und Europäer mitbestimmen können, was sie von der Europäischen Union erwarten. Es handelte sich um eine gemeinsame Initiative des Europäischen Parlaments, des Rates und der Europäischen Kommission, die gleichberechtigt mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union handelte.

I <https://futureu.europa.eu/>

1. Gemeinsame Erklärung

Am 10. März 2021 unterzeichneten der Präsident des Europäischen Parlaments David Sassoli, der portugiesische Premierminister António Costa im Namen des Rates der EU und die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen die Gemeinsame Erklärung zur Konferenz zur Zukunft Europas (im Folgenden „Gemeinsame Erklärung“), die den Weg für diese beispiellose, offene und inklusive demokratische Übung in Europa ebnete, bei der die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt stehen.

Die Konferenz stand unter der Leitung der Präsidenten der drei Organe, die den gemeinsamen Vorsitz innehatten. Der gemeinsame Vorsitz wurde von einem Exekutivausschuss unter dem gemeinsamen Vorsitz eines Mitglieds jedes der drei EU-Organen unterstützt.

Im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung wurden folgende Strukturen geschaffen:

- ein Exekutivausschuss, der die Organisation der Konferenz beaufsichtigte. Er setzte sich aus Vertretern der drei EU-Organen (drei Mitglieder bzw. vier Beobachter) sowie Beobachtern der Präsidialtroika der Konferenz der Ausschüsse für EU-Angelegenheiten (COSAC) der nationalen Parlamente der Europäischen Union zusammen. Der Ausschuss der Regionen, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie Vertreter der Sozialpartner wurden als Beobachter eingeladen.
- ein gemeinsames Sekretariat mit einer gleichberechtigten Vertretung der drei Organe, das die Arbeit des Exekutivausschusses unterstützt hat. Insbesondere überwachte das Team unter der Leitung von drei Ko-Vorsitzenden der drei Organe die Organisation und Vorbereitung der Sitzungen des Exekutivausschusses, der Plenarversammlungen der Konferenz und der europäischen Bürgerforen. In Zusammenarbeit mit Dienstleistern war sie für die Verwaltung der mehrsprachigen

digitalen Plattform und die Berichterstattung über die wichtigsten Schritte während des gesamten Prozesses zuständig.

Die einzigartige Zusammensetzung dieses Teams ermöglichte eine konstante Kollegialität der Arbeiten und sorgte für Synergien und Effizienzgewinne in allen Bereichen.

- eine Plenarversammlung der Konferenz (siehe Kapitel III für weitere Informationen), die es ermöglichte, die Empfehlungen der nationalen und europäischen Bürgerforen nach Themen unter uneingeschränkter Achtung der Werte der EU und der Charta der Konferenz zu erörtern,¹¹ ohne dass das Ergebnis der Debatten im Voraus festgelegt oder ihr Anwendungsbereich auf vorab festgelegte Politikbereiche beschränkt wurde. Gegebenenfalls wurden auch die auf der mehrsprachigen digitalen Plattform gesammelten Beiträge erörtert. Zur Vorbereitung der Debatten und Vorschläge der Plenarversammlung wurden neun thematische Arbeitsgruppen eingerichtet.

II https://futureu.europa.eu/uploads/decidim/attachment/file/4595/Conference_Charter_fr.pdf



2. Geschäftsordnung

Am 9. Mai 2021 billigte der Exekutivausschuss die Geschäftsordnung der Konferenz, die im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung zur Konferenz zur Zukunft Europas erstellt wurde und in der die Grundlagen und Grundsätze der Konferenz festgelegt sind.

In der Geschäftsordnung wurde der Rahmen für die Arbeit der verschiedenen Strukturen der Konferenz und ihre Interaktion festgelegt.

3. Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Konferenz

Gemäß der Gemeinsamen Erklärung konnte jeder EU-Mitgliedstaat oder jedes Organ unter der Schirmherrschaft der Konferenz je nach seinen nationalen oder institutionellen Besonderheiten Veranstaltungen organisieren und weitere Beiträge zur Konferenz leisten (siehe Kapitel II.C für weitere Informationen).

Die Organe und Einrichtungen der EU, die Mitgliedstaaten, die regionalen und lokalen Behörden, die organisierte Zivilgesellschaft, die Sozialpartner und die Bürgerinnen und Bürger wurden daher aufgefordert, Veranstaltungen in Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft und Interessenträgern auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene in sehr unterschiedlichen Formaten in ganz Europa zu organisieren und die Ergebnisse dieser Veranstaltungen auf der digitalen Plattform zu veröffentlichen. Es fanden mehrere Tausend solcher Veranstaltungen statt, an denen rund 650 000 Teilnehmer teilnahmen.

4. Einrichtung der mehrsprachigen digitalen Plattform

Die mehrsprachige digitale Plattform (siehe Kapitel II.A für weitere Informationen) wurde eingerichtet, um den Bürgerinnen und Bürgern im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung die Möglichkeit zu geben, Ideen auszutauschen und Online-Beiträge zu übermitteln. Sie war die zentrale Anlaufstelle für Beiträge und Informationen der Bürgerinnen und Bürger zu den verschiedenen Teilen der Konferenz und ein interaktives Instrument, um Ideen und

Beiträge aus der Vielzahl der im Rahmen der Konferenz organisierten Veranstaltungen auszutauschen und zu erörtern. Die Plattform wurde am 19. April 2021 offiziell ins Leben gerufen. Mehr als 17.000 Ideen wurden auf der Plattform veröffentlicht.

Während der gesamten Konferenz wurden Berichte über die auf der Plattform eingereichten Beiträge erstellt.

Die über die Plattform gesammelten Beiträge wurden von den europäischen Bürgerforen berücksichtigt und auf der Plenarversammlung der Konferenz erörtert und erörtert.

5. Europäische Bürgerforen

Im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung bildeten die europäischen Bürgerforen, die sich mit den Hauptthemen der Konferenz befassten, ein zentrales und besonders innovatives Element der Konferenz (weitere Informationen finden Sie in Kapitel II.B).

Insgesamt kamen 800 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürgerinnen und Bürger, die für die soziologische und geografische Vielfalt der EU repräsentativ sind und in vier Bürgerforen mit jeweils 200 Bürgerinnen und Bürgern zusammengefasst sind, in drei beratenden Sitzungen pro Forum zusammen. Die europäischen Bürgerforen gaben Empfehlungen ab, die in die allgemeinen Beratungen der Konferenz, insbesondere auf den Plenarversammlungen der Konferenz, einfließen.

Die Ko-Vorsitzenden des Exekutivausschusses haben gemeinsam die praktischen Modalitäten für die Organisation der europäischen Bürgerforen im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung und der Geschäftsordnung festgelegt und den Exekutivausschuss im Voraus darüber unterrichtet.

Der Exekutivausschuss wurde regelmäßig über die Fortschritte bei der Einrichtung und Organisation der Europäischen Bürgerforen unterrichtet.

6. Nationale Bürgerforen

Gemäß der Gemeinsamen Erklärung konnten die Mitgliedstaaten nationale Foren organisieren. Um die Mitgliedstaaten bei der Organisation nationaler Bürgerforen zu unterstützen, wurden von den Ko-Vorsitzenden Leitlinien gebilligt und dem Exekutivausschuss am 26. Mai 2021 übermittelt, um sicherzustellen, dass die nationalen Foren nach den gleichen Grundsätzen wie die europäischen Bürgerforen organisiert werden. Diese Leitlinien enthielten Grundsätze der guten Beratung, die auf den OECD-Grundsätzen beruhen.^{III} Jeder Mitgliedstaat konnte entscheiden, ob er ein nationales Bürgerforum einrichtet oder nicht. Insgesamt haben sechs Mitgliedstaaten (Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Litauen und die Niederlande) eine solche Veranstaltung organisiert.

Im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung wurden die Empfehlungen der nationalen Bürgerforen zusammen mit den Empfehlungen der europäischen Bürgerforen auf den Plenarversammlungen der Konferenz vorgestellt und erörtert.

III III OECD, Innovative Bürgerbeteiligung und neue demokratische Institutionen, 2020 - <https://www.oecd.org/gov/open-government/innovative-citizen-participation-new-democratic-institutions-catching-the-deliberative-wave-highlights.pdf>.

II. Beiträge der Bürgerinnen und Bürger zur Konferenz

A. Mehrsprachige digitale Plattform

Die mehrsprachige digitale Plattform wurde am 19. April 2021 ins Leben gerufen und war die zentrale Anlaufstelle für die Konferenz. Über ihn konnten alle an der Konferenz teilnehmen: alle Bürgerinnen und Bürger in der EU und darüber hinaus, die Zivilgesellschaft, die Sozialpartner und verschiedene andere Interessenträger.

Die Plattform wurde speziell für die Konferenz mithilfe von Decidim, einer europäischen Open-Source-Software für die Bürgerbeteiligung, entwickelt. In einem solchen Ausmaß und in einem solchen Maß an Interaktivität und Mehrsprachigkeit war dies eine Premiere, nicht nur auf europäischer, sondern auch auf globaler Ebene. Dank maschineller Übersetzung waren alle Beiträge in allen 24 EU-Amtssprachen verfügbar. Die Debatte konzentrierte sich auf zehn Themen: „Klimawandel und Umwelt“, „Gesundheit“, „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“, „Die EU in der Welt“, „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“, „Digitaler Wandel“, „Europäische Demokratie“, „Migration“, „Bildung, Kultur, Jugend und Sport“ und „Andere Ideen“.

Es war möglich, auf der Plattform auf verschiedene Arten teilzunehmen.

Jeder, der es wollte, konnte seine Ideen zu einem der zehn Themen mitteilen. Es war auch möglich, die Ideen anderer zu kommentieren. Auf diese Weise ermöglichte die Plattform eine echte europaweite Debatte unter den Bürgerinnen und Bürgern.

Die Teilnehmer konnten auch Ideen unterstützen und angeben, dass sie den Beitrag eines anderen Nutzers unterstützen.

Eine weitere wichtige Möglichkeit, einen Beitrag zur Konferenz zu leisten, bestand darin, Veranstaltungen (virtuelle, Präsenz- oder Hybridveranstaltungen) zu organisieren, sie auf der Plattform bekannt zu geben, über ihre Ergebnisse zu berichten und sie mit Ideen zu verknüpfen. Den Organisatoren [wurden auf der Plattform Leitfäden](#) und [Informationsmaterial](#) zur Verfügung gestellt, um den partizipativen und inklusiven Charakter der Veranstaltungen zu fördern.

Die Plattform spielte eine entscheidende Rolle bei der Transparenz des gesamten Prozesses und beim Zugang aller zu Informationen im Zusammenhang mit der Konferenz. Hier konnte sich jeder über die Arbeitsmethoden und die Organisation der Konferenz selbst informieren, z. B. über den Konferenzprozess selbst (Konferenzplenum und Arbeitsgruppen, [europäische Bürgerforen](#), [nationale Foren und Veranstaltungen](#) und Exekutiv Ausschuss). Die Debatten des Plenums und seiner Arbeitsgruppen wurden ebenso wie die Sitzungen der europäischen Bürgerforen live im Internet übertragen. All diese Informationen bleiben auf der Plattform verfügbar.

Während der gesamten Arbeit wurden Verbesserungen an der Plattform vorgenommen, wann immer dies möglich war, z. B. durch Hinzufügen von Funktionen oder visuellen Medien. Im Laufe der Zeit wurde die Plattform auch für Menschen mit Behinderungen zugänglicher gemacht.

Alle Beiträge auf der Plattform waren öffentlich: Jeder konnte auf sie und die mit der digitalen Plattform verbundenen offenen Datendateien zugreifen, was für vollständige Transparenz sorgte. Um die Sammlung und Analyse von Beiträgen zu erleichtern, hatte die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission ein automatisiertes Textanalyseinstrument und eine Analyseplattform entwickelt, die eine mehrsprachige Verdolmetschung und eine gründliche Analyse der Inhalte der Plattform ermöglichten. Die Analyseplattform hat sich als wichtiges Instrument für die Bereitstellung regelmäßiger Berichte von einheitlicher Qualität in allen Sprachen erwiesen. Darüber hinaus förderte ein von der Europäischen Kommission im März 2022 veranstaltetes „Datathon“ neue Ansätze bei der Analyse des offenen Datensatzes und trug zur Transparenz des Datenanalyseprozesses bei.

Um einen Überblick über die Beiträge auf der Plattform zu geben, hat ein externer Dienstleister Berichte erstellt, die auf der Plattform selbst veröffentlicht wurden.

Im September wurde ein [erster Zwischenbericht](#) veröffentlicht: Es ging um die Beiträge

eingereicht bis zum 2. August 2021. Mitte Oktober 2021 erschien der [zweite Zwischenbericht](#), in dem die bis zum 7. September 2021 eingereichten Beiträge behandelt wurden. Der [dritte Zwischenbericht](#) wurde im Dezember 2021 veröffentlicht und deckte die Beiträge bis zum 3. November 2021 ab. Als sich die Arbeiten an der Konferenz in der letzten Phase befanden, wurde der letzte Bericht, der als Grundlage für die Arbeit der Plenarversammlungen der Konferenz dienen sollte, Mitte März 2022 veröffentlicht, wobei die bis zum 20. Februar 2022 auf der digitalen Plattform eingereichten Beiträge berücksichtigt wurden. Dieser Zeitplan wurde auf der Plattform und anderswo klar angekündigt, was zu einer Erhöhung der Beiträge im Januar und Februar 2022 führte. Bis zum 9. Mai eingegangene Beiträge werden im Zusatzbericht behandelt. Gleichzeitig mit den Berichten vom September, Dezember 2021 und März 2022 wurden auch zusätzliche Berichte über die auf der Plattform pro Mitgliedstaat eingereichten Beiträge zur Verfügung gestellt.

Der Schwerpunkt dieser Berichte lag auf einer qualitativen Analyse der auf der Plattform veröffentlichten Beiträge, um einen allgemeinen Überblick über den Umfang und die Vielfalt der auf der Plattform vorgeschlagenen und auf Veranstaltungen erörterten Ideen zu geben. Zu diesem Zweck wurden eine manuelle Textanalyse und eine Zusammenfassung der Beiträge von einem Forschungsteam unter

Verwendung der von der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission bereitgestellten Analyseinstrumente durchgeführt. Auf diese Weise konnten gemeinsame Themen und Unterkategorien identifiziert werden, die unter jedem Thema ausführlich beschrieben und in konzeptionellen Schemata zusammengefasst wurden, um sie schnell visualisieren zu können. Um diesen qualitativen Ansatz durch quantitative Elemente zu ergänzen, wurden in jedem Bericht Themen, Unterthemen oder Ideen genannt, die häufig auftauchten oder sehr kommentiert oder unterstützt wurden. Ziel war es, den Stand der Diskussionen in verschiedenen Phasen der Konferenz widerzuspiegeln, einschließlich des hohen Interesses oder der Debatte über bestimmte Ideen. Die Berichte lieferten auch einen Überblick über die soziodemografischen Daten der Teilnehmer. Die Beitragenden wurden gebeten, Angaben zu ihrem Wohnsitzland, ihrem Bildungsniveau, ihrem Alter, ihrem Geschlecht und ihrem Beschäftigungsstatus zu machen. Der fakultative Charakter dieser Informationen schränkt jedoch die Ausleuchtung des Teilnehmerprofils ein. So stammten beispielsweise 26,9 % aller Beiträge von Teilnehmern, die ihr Wohnsitzland nicht angegeben hatten.



Seit dem Start der Plattform ist das Thema „Demokratie in Europa“ das Thema, zu dem die meisten Beiträge (Ideen, Kommentare und Veranstaltungen) registriert wurden. An zweiter Stelle stand das Thema "Klimawandel und Umwelt". Die Beiträge unter „Sonstige Ideen“ lagen an dritter Stelle vor „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ und „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“.

Die Berichte über die auf der Plattform gesammelten Beiträge, einschließlich der konzeptionellen Schemata, haben einen wertvollen Beitrag zur Arbeit der europäischen Bürgerforen geleistet. Zu Beginn jeder der drei Panelsitzungen wurden den Panels die wichtigsten Ergebnisse des Berichts und die konzeptionellen Schemata vorgestellt, die Links zu den vollständigen Berichten erhielten. So finden sich viele Ideen, die auf der Plattform vorgestellt wurden, in den Empfehlungen der europäischen Bürgerforen wieder.

Die Berichte wurden auch auf den Plenarversammlungen der Konferenz, bereits auf der Plenarsitzung vom 23. Oktober 2021 sowie in früheren Sitzungen der Arbeitsgruppen erörtert. Die Beiträge der Plattform bereicherten daher weiterhin die auf der Plenarversammlung der Konferenz erarbeiteten Vorschläge.

Bis zum 20. April 2022 hatten fast fünf Millionen Einzelbesucher die mehrsprachige digitale Plattform besucht, auf der mehr als 50 000 Teilnehmer aktiv waren, 17 000 Ideen diskutiert wurden und mehr als 6 000 Veranstaltungen aufgezeichnet wurden. Hinter diesen Zahlen stehen Tausende engagierter Bürgerinnen und Bürger, die viele Ideen teilen und diskutieren

Veranstaltungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten organisieren.

Um sicherzustellen, dass die Plattform ein Raum ist, in dem sich Bürgerinnen und Bürger aus allen Gesellschaftsschichten und aus ganz Europa wohlfühlen und ermutigt werden, sich an der Debatte zu beteiligen, musste sich jede Person, die die Plattform nutzt, der [Charta der Konferenz](#) und den [Regeln für die Teilnahme](#) anschließen. Ein Moderationsteam wurde eingesetzt und arbeitet während der gesamten Konferenz unter der Aufsicht des gemeinsamen Sekretariats im Namen des Exekutivausschusses, um die Einhaltung der Charta und der Beteiligungsregeln sicherzustellen. Es fand keine vorherige Moderation des Inhalts statt. Wenn ein Beitrag ausgeblendet wurde, erhielt der Nutzer eine Nachricht des Moderationsteams, in der der Grund dafür erläutert wurde. Details zu den Grundsätzen und dem Moderationsprozess wurden in der Rubrik "[Häufig gestellte Fragen](#) (FAQ)" der Plattform zur Verfügung gestellt.

Zwischen dem 19. April 2021 und dem 20. April 2022 wurden 430 Ideen (2,4 %), 312 Kommentare (1,4 %) und 396 Veranstaltungen (6,0 %) ausgeblendet. Etwa 71 % der Ideen wurden verschleiert, weil sie keine Vorschläge enthielten, es sich um Spam oder Nutzeranfragen handelte oder weil sie personenbezogene Informationen oder ein unangemessenes zugehöriges Bild enthielten. Etwa 17 Prozent der versteckten Ideen waren Duplikate. Nur 11 % der verschleierten Ideen wurden aufgrund ihres beleidigenden Inhalts verschleiert. Die überwiegende Mehrheit der Veranstaltungen, d. h. 76 %, wurde verschleiert,

Was geschieht auf der Konferenz zur Zukunft Europas?		
52 346	652 532	17671
Teilnehmer der Konferenz	Teilnehmer der Veranstaltung	Ideen
21877	6465	72528
Kommentare	Veranstaltungen	Genehmigungen
Stand der Beteiligung am 20. April 2022 (Quelle: Konferenz zur Zukunft Europas (europa.eu))		

und eine Vielzahl origineller und innovativer

weil es sich um Duplikate handelte oder weil die Informationen über die Veranstaltung

unvollständig waren, von den Organisatoren angefordert wurden oder weil sie nicht mit der Konferenz in Zusammenhang standen.

Die Möglichkeit, Beiträge auf der Plattform zu leisten, blieb bis zum 9. Mai 2022 offen. Nach diesem Datum ist ein zusätzlicher Bericht vorgesehen, um die Zusammenfassung aller während der Konferenz eingegangenen Beiträge zu vervollständigen.

Die Teilnahme an der Plattform nahm während der gesamten Konferenz stetig zu, war jedoch

in den Mitgliedstaaten und den soziodemografischen Profilen der Teilnehmer uneinheitlich. Insgesamt bot die Plattform einen innovativen Diskussionsraum, in dem mehrere tausend Bürgerinnen und Bürger und verschiedene Interessenträger aus ganz Europa und darüber hinaus an einer mehrsprachigen Online-Debatte über EU-Themen in allen Mitgliedstaaten teilnehmen konnten. Dies hat sich als wertvolles Instrument der deliberativen Demokratie auf EU-Ebene erwiesen.



B. Bürgerforen

1. Europäische Bürgerforen

Die europäischen Bürgerforen bildeten zusammen mit den nationalen Foren, der mehrsprachigen digitalen Plattform und der Plenarversammlung der Konferenz eine der wichtigsten Säulen der Konferenz. Sie stehen im Mittelpunkt der Konferenz zur Zukunft Europas und brachten rund 800 Bürgerinnen und Bürger aus allen Bereichen und Regionen der Europäischen Union zusammen. Während das Konzept der Bürgerforen oder Bürgerversammlungen seit Jahrzehnten auf kommunaler Ebene verwendet wird und auf nationaler oder regionaler Ebene zunehmend sichtbar wird, blieb die gesamteuropäische Dimension in diesem Bereich weitgehend unerforscht. Die europäischen Bürgerforen waren die erste transnationale und mehrsprachige Erfahrung dieser Größenordnung und dieses Ehrgeizes. Das bemerkenswerte Dolmetschsystem, das den Prozess begleitete, ermöglichte einen inklusiven, respektvollen und wirksamen Dialog zwischen den Beteiligten und gewährleistete so die Achtung der Mehrsprachigkeit.

Die europäischen Bürgerforen wurden von den drei Organen auf der Grundlage der Gemeinsamen Erklärung, der Geschäftsordnung und der von den Ko-Vorsitzenden festgelegten Modalitäten unter Aufsicht des Exekutivausschusses organisiert. Sie wurden von einem Konsortium externer Dienstleister unterstützt, das sich aus verschiedenen Experten auf dem Gebiet der deliberativen Demokratie und einem Team zur logistischen Unterstützung zusammensetzte. Der Exekutivausschuss wurde über die Arbeit der Foren auf dem Laufenden gehalten, über die aktualisierten praktischen Modalitäten informiert und den vorläufigen Sitzungskalender der europäischen Bürgerforen im Laufe des Prozesses erforderlichenfalls angepasst.

Die Teilnehmer der europäischen Bürgerforen wurden im Sommer 2021 ausgewählt. Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union wurden nach dem Zufallsprinzip ausgewählt (sie wurden hauptsächlich telefonisch von den 27 nationalen

Umfrageinstituten kontaktiert, die von einem externen Dienstleister koordiniert wurden), um auf der Grundlage von fünf Kriterien „Panels“ zu bilden, die die Vielfalt der EU repräsentieren: Geschlecht, Alter, geografische Herkunft (Staatsangehörigkeit sowie städtisches/ländliches Umfeld), sozioökonomischer Hintergrund und Bildungsniveau. Die Zahl der Bürger pro Mitgliedstaat wurde nach dem Grundsatz der degressiven Proportionalität berechnet, der auf die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments angewandt wurde, wobei berücksichtigt wurde, dass jedes Gremium mindestens eine Bürgerin und einen Bürger pro Mitgliedstaat umfassen musste. Da bei der Konferenz ein besonderer Schwerpunkt auf junge Menschen gelegt wurde, war ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger, die an jedem Forum teilnahmen, zwischen 16 und 24 Jahre alt. Für jede 200-köpfige Gruppe wurden 50 weitere Bürger als Reserve ausgewählt.

Es wurden vier europäische Bürgerforen organisiert. Für jeden von ihnen entsprachen die Diskussionsthemen den auf der mehrsprachigen digitalen Plattform ermittelten Themen und waren wie folgt gruppiert:

1. Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; Bildung, Kultur, Jugend und Sport; digitaler Wandel;
2. Demokratie in Europa; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit;
3. Klimawandel und Umwelt; Gesundheit;
4. Die EU in der Welt; Migration.

Jedes Panel trat an drei Wochenenden zusammen. Die erste Sitzungsreihe fand in Straßburg statt, die zweite online und die dritte in vier Städten (Dublin, Florenz, Warschau/Natolin und Maastricht), an öffentlichen Hochschulen und mit Unterstützung der lokalen Gebietskörperschaften.

ERSTE TAGUNGSREIHE DER PANELS

Für die erste Sitzung der einzelnen Panels trafen sich die Teilnehmer physisch in Straßburg. Ziel der Tagung war es, die Tagesordnung für die Beratungen festzulegen.

Die Bürgerinnen und Bürger, die an den Podiumsdiskussionen teilnahmen, begannen damit, ihre Vision von Europa zu reflektieren und weiterzuentwickeln, wobei sie von einem leeren Blatt ausgingen und die zu erörternden Themen im Rahmen der Hauptthemen des Podiums ermittelten. Anschließend haben sie die Themen, auf die sie sich konzentrieren wollten, nach Prioritäten geordnet, um spezifische Empfehlungen an die EU-Organe zur Weiterverfolgung abzugeben. Die Diskussionen und die gemeinsamen Arbeiten fanden in zwei Formaten statt:

- in Untergruppen von 12 bis 14 Bürgerinnen und Bürgern. In jeder Untergruppe wurden vier bis fünf Sprachen gesprochen, in denen sich die Bürgerinnen und Bürger in ihrer eigenen Sprache ausdrücken konnten. Die Arbeit der Untergruppen wurde von professionellen Vermittlern geleitet, die vom Konsortium externer Dienstleister ausgewählt wurden.
- im Plenum mit allen Teilnehmern. Die Plenartagungen wurden von zwei Hauptmoderatoren geleitet. Die vorrangigen Themen, die sich aus den Diskussionen ergaben, wurden in „Achsen“ (die den thematischen Clustern entsprechen) und „Unterachsen“ unterteilt und bildeten die Grundlage für die zweite Runde von Tagungen. Zu diesem Zweck erhielten die Teilnehmer grundlegende Informationen zu den Themen sowie relevante Beiträge, einschließlich Analysen und Konzeptentwürfen, aus dem ersten Zwischenbericht der mehrsprachigen

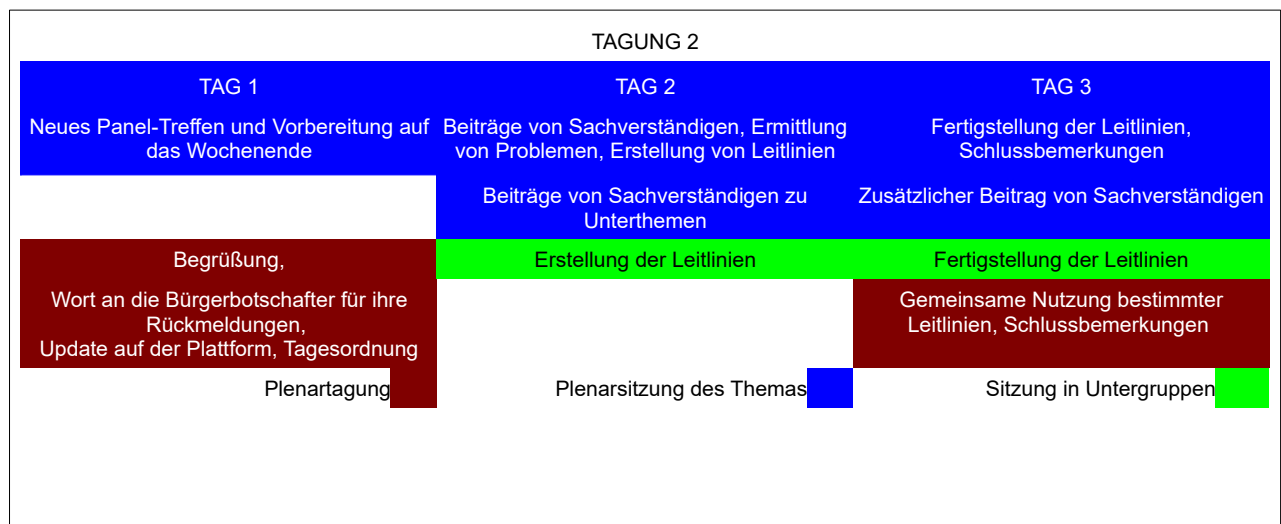
digitalen Plattform und Präsentationen hochrangiger externer Sachverständiger.

In den ersten Sitzungen wurden die 20 Personen, die die einzelnen Foren in der Plenarversammlung vertreten sollten, aus dem Kreis der freiwilligen Bürger ausgewählt. Dabei wurde auf die Vielfalt von Alter und Geschlecht geachtet.

ZWEITE TAGUNGSREIHE DER PANELS

Die europäischen Bürgerforen setzten ihre Arbeit fort, indem sie im November online zusammenkamen. Zu diesem Zweck wurde ein spezielles System eingerichtet: In einem Studio in Brüssel fanden die Hauptmoderation und die Plenartagungen statt, während die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger aus der gesamten EU über ein Verbindungs- und Verdolmetschungssystem intervenieren konnten.

In der zweiten Reihe von Sitzungen ermittelten und erörterten die Bürgerinnen und Bürger mit Unterstützung von Sachverständigen und Faktenprüfern eine Reihe spezifischer Fragen und erarbeiteten Leitlinien für jeden der thematischen Schwerpunkte, die sie in der ersten Sitzung festgelegt hatten. Es wurde insbesondere darauf geachtet, dass in der Sachverständigengruppe ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis und eine ausgewogene geografische Vielfalt herrschen und dass jeder Sachverständige durch seine Beiträge die Bürgerinnen und Bürger umfassend informiert, indem er ihnen die Fakten und/oder den Stand der Debatte mitteilt und keine persönlichen Stellungnahmen abgibt. Den Bürgerinnen und



Bürgern wurden auch die Zwischenberichte der mehrsprachigen digitalen Plattform übermittelt.

Auf diese Weise konnten sie Probleme im Zusammenhang mit den ihnen zugewiesenen Themen ermitteln und erörtern, wobei sie auf den Beiträgen der Sachverständigen zu den behandelten Themen und auf ihren eigenen Kenntnissen und Erfahrungen während der Beratungen in der zweiten Sitzungsrunde aufbauen konnten. Probleme wurden als Probleme definiert, die Lösungen erfordern, oder als Situationen, die Veränderungen erfordern.

Anschließend befassten sich die Bürgerinnen und Bürger mit diesen Fragen, indem sie Leitlinien ausarbeiteten, die den ersten Schritt zur Formulierung von Empfehlungen darstellten, die das Ziel der dritten Sitzungsreihe waren. Darüber hinaus wurden die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, diese Leitlinien zu begründen.

Die Diskussionen und die gemeinsamen Arbeiten fanden in drei Formaten statt:

- in Untergruppen. Jede der fünfzehn Untergruppen bestand aus zwölf bis vierzehn Bürgern. In jeder Untergruppe wurden vier bis fünf Sprachen verwendet, damit sich die Bürgerinnen und Bürger in ihrer eigenen Sprache oder in einer Sprache, in der sie sich wohl fühlten, ausdrücken konnten. Jede Untergruppe verfügte über einen

professionellen Moderator aus dem Konsortium externer Dienstleister.

- auf einer Plenartagung, die einem Arbeitsschwerpunkt gewidmet ist. In jeder Plenarsitzung, die einem Arbeitsbereich gewidmet war, kamen die Untergruppen zusammen, die an demselben Themenbereich arbeiteten. Die Plenarsitzungen zu einem Arbeitsbereich wurden von professionellen Moderatoren geleitet, wobei die Verdolmetschung alle für die Teilnehmer erforderlichen Sprachen abdeckte.
- im Plenum mit allen teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern, um die Tagung vorzustellen und abzuschließen. Die Plenarsitzungen wurden von zwei Hauptmoderatoren des Konsortiums geleitet, die in alle 24 EU-Amtssprachen verdolmetscht wurden.

TAGUNG 3		
TAG 1	TAG 2	TAG 3
Wiederverbindung, Priorisierung und Beginn der Arbeit	Transformation von Orientierungen in abschließenden Empfehlungen	Abstimmung über die endgültigen Empfehlungen
Begrüßung und Ziele des Wochenendes	Umwandlung von Leitlinien in Empfehlungen	Abstimmung über die endgültigen Empfehlungen
Offenes Forum, Lektüre und Priorisierung der Leitlinien	Feedback an andere Gruppen, Abschluss der Empfehlungen	
Umwandlung von Leitlinien in Empfehlungen		
Plenartagung	Offenes Forum	Arbeit und Untergruppe

DRITTE TAGUNGSREIHE DER PANELS

Die dritte und letzte Runde der Podiumsdiskussionen fand vor Ort in Bildungseinrichtungen in vier Mitgliedstaaten statt. Aufgrund der COVID-19-Pandemie und der damit verbundenen Maßnahmen in Irland und den Niederlanden fand die dritte Sitzung der Foren 1 (Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; Bildung, Kultur, Jugend und Sport; Digitaler Wandel) und 4 (Die EU in der Welt; Migration) musste in Absprache mit den nationalen Behörden und den assoziierten Partnern auf Februar 2022 verschoben werden.

Die Diskussionen und die gemeinsamen Arbeiten fanden in folgenden Formaten statt:

- im Plenum mit allen Teilnehmern zu Beginn der Tagung, um das Programm vorzustellen, und am Ende der Tagung, wie nachstehend erläutert. Die Plenarsitzungen wurden von zwei Hauptmoderatoren der Beratungsgruppe geleitet, die in alle 24 Amtssprachen der EU verdolmetscht wurden.
- Die Bürgerinnen und Bürger erörterten zunächst alle Leitlinien, die das Gremium in der zweiten Sitzung im Rahmen eines „offenen Forums“ erarbeitet hatte. Jeder Bürger räumte dann maximal zehn Orientierungen pro Arbeitsbereich Priorität ein. Nachdem dieser Prozess der Priorisierung auf Panelebene abgeschlossen war, schlossen sich die Bürgerinnen und Bürger der Untergruppe an, in der sie bereits in Sitzung 2 gearbeitet hatten, und nahmen gemeinsam die Leitlinien ihrer Gruppe zur Kenntnis, die vom Rest des Gremiums als vorrangig eingestuft wurden, was eine Gelegenheit bot, diese Wahl mit ihrer eigenen Bewertung zu vergleichen. Für die Ausarbeitung der Empfehlungen erhielt jede Untergruppe eine indikative Spanne für die Zahl der zu verfassenden Empfehlungen: von eins bis drei, mit maximal fünf.
- Jede der 15 Untergruppen arbeitete an der Ausarbeitung von Leitlinien für Empfehlungen. Die Bürgerinnen und Bürger erörterten die (in ihrer Rangfolge) am meisten unterstützten Leitlinien und

begannen mit der Ausarbeitung der Empfehlungen.

In der dritten Sitzungsreihe wurden Fachwissen und Informationen nicht in direkter Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern, sondern über ein speziell entwickeltes System, einen „Ressourcen- und Informationspunkt“, bereitgestellt. Dieses System ermöglichte es, alle Anfragen nach Informationen und Faktenprüfungen vor Ort zu zentralisieren und den Untergruppen kurze und sachliche Antworten von Sachverständigen und Faktenprüfern zu übermitteln. Dieses System wurde entwickelt, um sicherzustellen, dass die Beiträge von Sachverständigen und Faktenprüfern unter Einhaltung der höchsten Qualitätsstandards und so vorbereitet werden, dass in dieser Phase des Prozesses keine ungebührliche Beeinflussung erfolgt. Den Bürgerinnen und Bürgern wurden auch die Zwischenberichte der mehrsprachigen digitalen Plattform übermittelt.

Während der Arbeit in den Untergruppen wurden Feedback-Sitzungen organisiert, um den Teilnehmern zu helfen, die in den anderen Untergruppen geleistete Arbeit zu verstehen und ihre Empfehlungen zu stärken.

Anschließend stimmte das Gremium am letzten Tag der Tagung über die Empfehlungen der einzelnen Untergruppen ab. Vor der Abstimmung erhielten alle Teilnehmer ein Dokument mit allen am Vortag vorgelegten Empfehlungsentwürfen, damit sie diese in ihrer eigenen Sprache lesen konnten (automatische Übersetzung aus dem Englischen). Jede Empfehlung wurde im Plenum in englischer Sprache vorgelesen, damit die Bürgerinnen und Bürger die Verdolmetschung gleichzeitig hören können. Die Empfehlungen wurden den Teilnehmern nacheinander über ein Online-Formular zur Abstimmung vorgelegt.

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Schlussabstimmungen wurden die Empfehlungen wie folgt eingestuft:

Die Empfehlungen, die mindestens 70 % der abgegebenen Stimmen erhielten, wurden vom Gremium angenommen. Empfehlungen, die diesen Schwellenwert nicht erreichten, wurden vom Gremium als nicht validiert eingestuft.

Insgesamt nahmen die europäischen Bürgerforen 178 Empfehlungen an.

Das Abstimmungsverfahren wurde von einem Abstimmungsausschuss überwacht, der sich aus zwei Bürgerinnen und Bürgern zusammensetzte, die vorgeschlagen hatten, diese Rolle zu übernehmen.

DIE VERTRETER DER PANELS EUROPÄISCHER BÜRGER IM PLENUM

Die von den vier europäischen Bürgerforen angenommenen Empfehlungen wurden anschließend von den 80 Vertretern der europäischen Bürgerforen auf der Plenarversammlung der Konferenz und in den Arbeitsgruppen am 21./22. Januar 2022 (Foren 2 und 3) und am 11./12. März 2022 (Foren 1 und 4) vorgestellt und erörtert. Die 80 Vertreter der europäischen Bürgerforen (durchschnittlich 70 vor Ort und 10 online) förderten und erläuterten anschließend die Empfehlungen der europäischen Bürgerforen in drei aufeinanderfolgenden Sitzungen der Plenarversammlung und der Arbeitsgruppen (25./26. März, 8./9. April und 29./30. April).

Sie führten auch einen regelmäßigen Meinungsaustausch in Sitzungen der „Bürgerkomponente“ (in vorbereitenden Online-Sitzungen und in Plenarsitzungen vor Ort), untereinander und mit den 27 Vertretern nationaler Veranstaltungen und/oder nationaler Foren. Am 23. April trafen sich die Vertreter der europäischen Bürgerforen online mit allen ihren Amtskollegen, um zu erläutern, wie die Empfehlungen erörtert und anschließend in die Vorschläge des Plenums aufgenommen wurden, und um Rückmeldungen von den anderen Teilnehmern der Foren zu erhalten. Eine Gruppe aus Mitgliedern des gemeinsamen Sekretariats und des Konsortiums unterstützte die Bürgerkomponente im Plenum.

TRANSPARENZ DES PROZESSES

Der gesamte Prozess wurde transparent durchgeführt. Die Plenarsitzungen der europäischen Bürgerforen wurden live übertragen, während die Dokumente aus ihren Diskussionen und Beratungen auf der mehrsprachigen digitalen Plattform öffentlich zugänglich gemacht wurden. Der

Abschlussbericht der einzelnen Panelsitzungen sowie die Empfehlungen sind auf der Plattform abrufbar. Diese Berichte enthalten auch Informationen über alle Sachverständigen, die die Arbeit der Foren unterstützt haben.

Als echte demokratische Innovation haben die europäischen Bürgerforen viel Aufmerksamkeit von der Wissenschaft erhalten. Die Forscher konnten an den Sitzungen der europäischen Bürgerforen teilnehmen und beobachten, wie diese unter Einhaltung bestimmter Regeln, der durchgeführten Arbeiten und der Privatsphäre der Teilnehmer abliefen.

Panel 1

Stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; Bildung, Kultur, Jugend und Sport; Digitale Transformation

Die erste Sitzung des Gremiums zum Thema „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; Bildung, Kultur, Jugend und Sport; Digitaler Wandel“ fand vom 17. bis 19. September 2021 in Straßburg statt. Das Forum befasste sich mit der Zukunft unserer Volkswirtschaften und Arbeitsplätze, insbesondere nach der Pandemie, und widmete damit zusammenhängenden Fragen der sozialen Gerechtigkeit gebührende Aufmerksamkeit. Er erörterte auch die Chancen und Herausforderungen des digitalen Wandels, eines der wichtigsten Diskussionsthemen unter den Zukunftsthemen.

Das Forum befasste sich auch mit der Zukunft Europas in den Bereichen Jugend, Sport, Kultur und Bildung. Die Teilnehmer des Forums wurden von Ko-Vorsitzendem Guy Verhofstadt begrüßt. Auf der ersten Tagung wurden die fünf Arbeitsbereiche „Arbeiten in Europa“, „Eine Wirtschaft für die Zukunft“, „Eine gerechte Gesellschaft“, „Lernen in Europa“ und „Ein ethischer und sicherer digitaler Wandel“ gebilligt.

Vom 5. bis 7. November 2021 trat Panel 1 zum zweiten Mal – diesmal in virtueller Form – zusammen und setzte die Beratungen der ersten Sitzung fort. In dieser zweiten Sitzung legten die Redner "Leitlinien" fest, um (in ihrer dritten Sitzung) konkrete Empfehlungen für jeden der fünf Schwerpunkte zu erarbeiten, die sie in der ersten Sitzung festgelegt hatten.



Fotografie: Panel 1 der europäischen Bürgerinnen und Bürger

Beratungen in den Sitzungen 1 und 2 fort. Für diese Abschlusssitzung wurden die Teilnehmer des Forums 1 im Dublin Castle vom Institut für internationale und europäische Angelegenheiten (IIEA) mit der Möglichkeit der Online-Teilnahme begrüßt.

Auf der Grundlage der Leitlinien, die sie auf der zweiten Tagung als Grundlage für ihre Arbeit erarbeitet hatten, erarbeiteten und billigten die Bürgerinnen und Bürger 48 endgültige Empfehlungen.

Podiumsdiskussion

2 – Europäische Demokratie Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit

Podiumsdiskussion 1 zum Thema „Demokratie in Europa; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ fand vom 24. bis 26. September in Straßburg statt. Das Forum befasste sich mit demokratiebezogenen Themen wie Wahlen, Wahlbeteiligung außerhalb von Wahlperioden, wahrgenommene Distanz zwischen Bürgern und ihren gewählten Vertretern, Medienfreiheit und Desinformation. Er befasste sich auch mit Fragen im Zusammenhang mit den Grundrechten und -werten, der Rechtsstaatlichkeit und der Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung. Gleichzeitig befasste er sich mit der inneren Sicherheit der EU, z. B. mit dem Schutz der Europäerinnen und Europäer vor Terrorakten und anderen Straftaten. Die Redner wurden vom Ko-Vorsitzenden Gašper Dovžan begrüßt.

Die Arbeiten dieser ersten Tagung wurden mit der Billigung der fünf Arbeitsbereiche „Wahrung der Rechte und Nichtdiskriminierung“, „Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“,



Fotografie: Europäisches Bürgerforum 2

„Leitlinien“ für die Ausarbeitung konkreter Empfehlungen (in ihrer dritten Sitzung) für jeden der fünf Schwerpunkte fest, die sie in der ersten Sitzung festgelegt hatten. Insgesamt erstellten die am Forum 2 teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger 124 Orientierungsgruppen.

Vom 10. bis 12. Dezember 2021 trafen sich die am Forum 2 teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Abschlusssitzung im Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, an der sie auch online teilnehmen konnten. Auf der Grundlage der Leitlinien, die sie auf der zweiten Tagung als Grundlage für ihre Arbeit erarbeitet hatten, erarbeiteten und billigten die Bürgerinnen und Bürger 39 endgültige Empfehlungen.

Panel 3 Klimawandel und Umwelt; Gesundheit

Podiumsdiskussion zum Thema „Klimawandel und Umwelt; Gesundheit“ fand seine erste Tagung vom¹ bis 3. Oktober in Straßburg statt. Im Mittelpunkt des Forums standen die Auswirkungen des Klimawandels, Umweltfragen und neue gesundheitliche Herausforderungen für die Europäische Union. Er befasste sich auch mit den Zielen und Strategien der EU wie Landwirtschaft, Verkehr und Mobilität, Energie und Übergang zu Gesellschaften nach dem CO₂-Ausstoß, Forschung, Gesundheitssysteme, Reaktion auf Gesundheitskrisen, Prävention und gesunde Lebensweisen. Die Arbeiten dieser ersten Sitzung endeten mit der Billigung der fünf Arbeitsbereiche „Bessere Lebensweise“, „Schutz unserer Umwelt und Gesundheit“, „Neuausrichtung unserer Wirtschaft und unseres Verbrauchs“, „Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft“ und „Pflege für alle“. Der Abschlussbericht der Sitzung ist auf der mehrsprachigen digitalen Plattform abrufbar.

Vom 19. bis 21. November 2021 trat das Forum 3 zum zweiten Mal – diesmal in virtueller Form – zusammen, um die Beratungen der ersten Sitzung fortzusetzen. In dieser zweiten Sitzung legten die Redner „Leitlinien“ für die Ausarbeitung konkreter Empfehlungen (in ihrer dritten Sitzung) für jeden der fünf Schwerpunkte fest, die sie in der ersten Sitzung festgelegt hatten. Insgesamt erstellten die am Forum 3

teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger 130 Orientierungsgruppen.

Vom 7. bis 9. Januar 2022 kamen die Bürgerinnen und Bürger des Forums 3 mit Unterstützung der Stadt Warschau zu ihrer Abschlusssitzung im Europakolleg in Natolin und im Palast der Kultur und Wissenschaft zusammen. Es war möglich, online teilzunehmen. Auf der Grundlage der Leitlinien, die sie auf der zweiten Tagung als Grundlage für ihre Arbeit erarbeitet hatten, erarbeiteten und billigten die Bürgerinnen und Bürger 51 endgültige Empfehlungen.

Panel 4 Die EU in der Welt; Migration



Fotografie: Europäisches Bürgerforum 3

Das vierte Forum zum Thema „Die EU in der Welt; „Migration“ fand vom 15. bis 17. Oktober in Straßburg statt, wo unter anderem die Rolle der EU auf der internationalen Bühne erörtert wurde.

Dazu gehörten die Ziele und Strategien der EU in den Bereichen Sicherheit, Verteidigung, Handelspolitik, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, Außenpolitik, EU-Nachbarschaftspolitik und Erweiterung sowie die Frage, wie die EU mit Migration umgehen sollte. Die Bürgerinnen und Bürger wurden vom Ko-Vorsitzenden Dubravka Šuica begrüßt. Die Arbeiten dieser ersten Tagung wurden zur Billigung der fünf Arbeitsbereiche „Selbstversorgung und Stabilität“, „Die EU als internationaler Partner“, „Eine starke EU in einer friedlichen Welt“, „Migration aus menschlicher Sicht“ und „Verantwortung und Solidarität in der gesamten EU“ abgeschlossen.



Fotografie: Europäisches Bürgerforum 4

Der Abschlussbericht der Sitzung ist auf der mehrsprachigen digitalen Plattform abrufbar.

Vom 16. bis 28. November 2021 fand die zweite Online-Sitzung des Forums 4 auf der Grundlage der in der ersten Sitzung geleisteten Arbeit statt. In dieser zweiten Sitzung legten die Redner „Leitlinien“ für die Ausarbeitung konkreter Empfehlungen (in ihrer dritten Sitzung) für jeden der fünf Schwerpunkte fest, die sie in der ersten Sitzung festgelegt hatten. Insgesamt erstellten die am Forum 4 teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger 95 Orientierungsgruppen.

Vom 11. bis 13. Februar 2022 trafen sich Bürger des Forums 4 zu ihrer Abschlusssitzung, die vom Studio Europa Maastricht in Zusammenarbeit mit der Universität Maastricht und dem Europäischen Institut für öffentliche Verwaltung (EIPA) im Maastricht Exhibition and Conference Centre (MECC) organisiert wurde. Es war möglich, online teilzunehmen.

Auf der Grundlage der Leitlinien, die sie auf der zweiten Tagung als Grundlage für ihre Arbeit erarbeitet hatten, erarbeiteten und billigten die Bürgerinnen und Bürger 40 endgültige Empfehlungen.

2. Nationale Bürgerforen

Im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung erörterte das Plenum der Konferenz die Empfehlungen der nationalen und europäischen Bürgerforen, die nach Themen geordnet waren. Um die Mitgliedstaaten bei der Organisation nationaler Bürgerforen zu unterstützen, wurden die Leitlinien von den Ko-

Vorsitzenden gebilligt und dem Exekutivausschuss am 26. Mai 2021 übermittelt. Sie folgten den gleichen Grundsätzen wie die europäischen Bürgerforen und enthielten auf der Grundlage eines OECD-Berichts Grundsätze der guten Beratung.^{IV}

Sechs Mitgliedstaaten – Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Litauen und die Niederlande – haben nationale Bürgerforen organisiert, die den in diesen Leitlinien festgelegten Grundsätzen entsprechen. Die Empfehlungen dieser nationalen Bürgerforen wurden auf den Plenartagungen im Januar und März sowie in den Arbeitsgruppen des Plenums zusammen mit den Empfehlungen der europäischen Bürgerforen zu denselben Themen vorgestellt und erörtert.

1) BELGIEN



Foto: Belgisches Bürgerforum

Im Oktober 2021 brachte ein Bürgerforum an drei Wochenenden 50 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus der allgemeinen Bevölkerung zusammen, um das Thema der europäischen Demokratie und die Frage zu erörtern, wie die Bürgerinnen und Bürger stärker in europäische Angelegenheiten einbezogen werden könnten.

Die Podiumsdiskussion wurde unter der Schirmherrschaft der belgischen Vizepremierministerin und Ministerin für

IV OECD, Innovative Bürgerbeteiligung und neue demokratische Institutionen, 2020 - <https://www.oecd.org/gov/open-government/innovative-citizen-participation-new-democratic-institutions-catching-the-deliberative-wave-highlights.pdf>

auswärtige und europäische Angelegenheiten, Sophie Wilmès, organisiert.

Die Bürgerinnen und Bürger gaben Empfehlungen zu fünf Themen ab, die sie ausgewählt hatten:

- Verbesserung der Kommunikation über die Europäische Union,
- Ermittlung und Bekämpfung von Desinformation über die EU,
- Bürgerforen als Instrument der Beteiligung,
- das Referendum in EU-Angelegenheiten,
- Verbesserung der bereits bestehenden partizipativen Instrumente in der Europäischen Union.

Die Arbeit des belgischen Bürgerforums führte zu 115 Empfehlungen, die von den 50 nach dem Zufallsprinzip ausgewählten belgischen Bürgern ausgearbeitet, erörtert und abgestimmt wurden.

2) DEUTSCHLAND

Im Januar 2022 veranstaltete das Auswärtige Amt ein nationales Bürgerforum. An diesem Online-Panel nahmen 100 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürgerinnen und Bürger teil, die für die Bevölkerung repräsentativ waren.

Am 5./8. Januar 2022 wurden fünf Online-Launch-Workshops mit jeweils 20 Teilnehmern zu folgenden Themen organisiert:

die Rolle Europas in der Welt, Klima und Umwelt,

Rechtsstaatlichkeit und Werte,

eine stärkere Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit.



Fotografie: Deutsches Bürgerforum

Die 100 nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgerinnen und Bürger kamen am 15. und 16. Januar 2022 zusammen, um die Herausforderungen und möglichen Lösungen für diese Fragen zu erörtern, und nahmen ihre Empfehlungen an. Die Teilnehmer erarbeiteten für jedes der oben genannten Themen zwei spezifische Vorschläge.

Die Ergebnisse wurden am 16. Januar auf einer Online-Abschlusskonferenz vorgestellt, an der die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock und die stellvertretende Ministerin für Europa und Klima Anna Lührmann teilnahmen.

3) FRANKREICH

Bürgerforen wurden in Frankreich vom französischen Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten mit Unterstützung des Ministeriums für die Beziehungen zum Parlament und Bürgerbeteiligung organisiert.



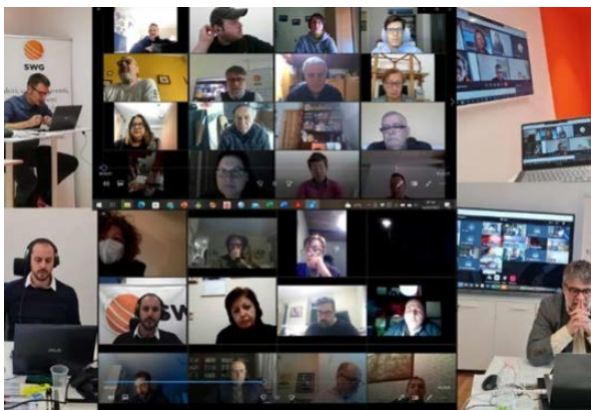
Fotografie: Französisches Bürgerforum

Im September und Anfang Oktober 2021 fanden in allen Regionen Frankreichs, der Metropolregionen und der Überseegebiete 18 Bürgerforen statt. An jedem Panel nahmen 30 bis 50 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürgerinnen und Bürger teil, die für die Vielfalt der Bevölkerung in den Regionen repräsentativ waren. Insgesamt nahmen mehr als 700 Bürgerinnen und Bürger an den Foren teil. Die Arbeit der regionalen Foren führte zu einer Liste von 101 Bestrebungen mit 515 Änderungsanträgen und 1 301 spezifischen Vorschlägen.

Insgesamt 100 Bürgerinnen und Bürger, die die Foren vertraten, kamen am 16./17. Oktober 2021 in Paris anlässlich der nationalen Synthesekonferenz zusammen, um die Empfehlungen auszuarbeiten und anzunehmen. Insgesamt wurden im Rahmen dieses Prozesses 14 vorrangige Empfehlungen formuliert. Die Empfehlungen zu den neun Themen der Konferenz wurden der französischen Regierung, einschließlich Staatssekretär Clément Beaune, vorgelegt und stellten den Beitrag der französischen Regierung zur Konferenz dar.

4) ITALIEN

Ein Bürgerforum wurde im März 2022 von einem unabhängigen Dritten unter der Aufsicht der italienischen Abteilung für EU-Politik des Vorsitzes des Ministerrates organisiert.



Fotografie: Italienisches Bürgerforum

Insgesamt nahmen 55 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürger teil, die für die italienische Gesellschaft und ihre Regionen repräsentativ waren. Die Teilnehmer wurden nach dem

Zufallsprinzip ausgewählt, um die Anwesenheit von Personen unterschiedlichen Geschlechts, Alters, sozialer Herkunft, Wohnorts und Beschäftigungsstatus sicherzustellen.

Die Bürgerinnen und Bürger kamen am 11./12. März 2022 online zusammen, um zwei Themen der Konferenz zu erörtern:

- „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ und
- „Europa in der Welt“.

Am 12. März 2022 nahm das Gremium insgesamt 58 Empfehlungen an, darunter 33 zu „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ und 25 zu „Europa in der Welt“. Am letzten Tag überprüften und validierten die Teilnehmer den ersten Entwurf der in der ersten Phase der Arbeiten formulierten Empfehlungen.

5) LITAUEN

Im Namen des Außenministeriums wurde im Januar 2022 ein nationales Bürgerforum von einem unabhängigen Dritten organisiert.



Fotografie: Litauisches Bürgerforum

An dem Treffen nahmen insgesamt 25 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürger im Alter von 18 bis 65 Jahren teil, die für die verschiedenen sozioökonomischen Gruppen und Regionen Litauens repräsentativ waren.

Am 4. Januar 2022 fand eine Online-Eröffnungssitzung statt, bei der die Bürgerinnen und Bürger zwei Themen erörterten:

- Rolle und Zuständigkeiten der EU in der Außenpolitik,
- die wirtschaftliche Rolle der EU.

Am 15. Januar 2022 trafen sich die Teilnehmer persönlich, um die wichtigsten Ergebnisse ihrer Gespräche zu formulieren. Am 25. Januar 2022 verabschiedeten sie in einer virtuellen Sitzung 21 Empfehlungen, von denen sich 10 auf die außenpolitische Rolle und die Zuständigkeiten der EU und 11 auf die wirtschaftliche Rolle der EU bezogen.

Im Oktober und November 2021 fanden ausführliche Online- und Offline-Debatten mit den Bürgerinnen und Bürgern statt, um insbesondere junge Menschen und schwer erreichbare Zielgruppen zu erreichen.

Es wurden zwei Berichte mit dem Titel „Unsere Vision für Europa; Stellungnahmen, Ideen und Empfehlungen“ („Onze kijk op Europa; meningen, ideeën en aanbevelingen) und die 30 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger zu den neun Themen der Konferenz zusammenfasst.

6) NIEDERLANDE

Das Bürgerforum wurde von einem unabhängigen Dritten organisiert, wobei die Dialoge mit dem Titel „Visionen Europas“ am¹. September begannen. Sie waren in mehrere Teile gespalten.

Der am¹. September 2021 gestartete Online-Teil umfasste einen Fragebogen und ein vereinfachtes Auswahlinstrument, mit dem die Bürgerinnen und Bürger ihre Präferenzen, Wünsche und Empfehlungen zu den neun Themen der Konferenz äußern konnten. Der Fragebogen wurde an eine ausgewählte repräsentative und inklusive Gruppe von 4000 Bürgerinnen und Bürgern verteilt.



Niederländisches Bürgerpanel



C. Veranstaltungen im Rahmen der Konferenz

1. Nationale Veranstaltungen



Die Mitgliedstaaten haben mit einer Vielzahl von Veranstaltungen und Initiativen zur Konferenz beigetragen. Mehrere tausend Bürgerinnen und Bürger aus der gesamten EU nahmen an diesen Veranstaltungen teil. Eine [spezielle Rubrik](#) der mehrsprachigen digitalen Plattform bietet einen Überblick über die wichtigsten Aktivitäten, die von den Behörden der Mitgliedstaaten organisiert oder unterstützt wurden. Die Veranstaltungen wurden auf den Plenarversammlungen der Konferenz vom 23. Oktober 2021 und 25. März 2022 von Vertretern nationaler Veranstaltungen und/oder nationalen Bürgerforen vorgestellt, trugen aber auch durch [Berichte der Plattform](#) zur Konferenz bei und bereicherten so die Debatte auf europäischer Ebene.

Das Hauptziel dieser Veranstaltungen und Initiativen bestand darin, den Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören und sie in Debatten über die Europäische Union einzubeziehen. Inklusion und Bürgerdialog waren ebenfalls eine Priorität, da Anstrengungen unternommen wurden, um Menschen einzubeziehen, die normalerweise nicht an EU-Debatten beteiligt sind.

Es fanden verschiedene Arten von Veranstaltungen statt, bei denen zentralisierte und dezentrale Ansätze kombiniert wurden, auch mit verschiedenen Formen der Unterstützung von Bottom-up-Initiativen. Die Aktivitäten und Veranstaltungen in den Mitgliedstaaten wurden von verschiedenen Institutionen und Akteuren organisiert, darunter nationale, regionale und lokale Behörden, Organisationen der Zivilgesellschaft, Sozialpartner, Verbände und Bürger. In einigen Fällen waren auch Nichtregierungsorganisationen, Kultureinrichtungen, Denkfabriken, Universitäten und Forschungsinstitute aktiv an der Organisation von Veranstaltungen im Rahmen der Konferenz beteiligt. Bei vielen dieser Aktivitäten und Veranstaltungen wurde der Beteiligung der jüngeren Generation besondere Bedeutung beigemessen.

Überblick über die wichtigsten Veranstaltungen und Initiativen in den Mitgliedstaaten:

1 Belgien

Mehrere Veranstaltungen wurden von Bundes- und Regionalbehörden organisiert. Es fanden mehrere Debatten mit den Bürgerinnen und Bürgern statt, z. B. über die EU in der Welt und über Klimawandel und Umwelt. Darüber hinaus fanden ein strukturierter Bürgerdialog zum Thema „Leben in einer Grenzregion“ sowie ein Hackathon zum Thema „Auswirkungen einer gesunden Lebensweise und des Klimawandels auf die Lebensqualität“ und „Barrieren für die Beschäftigung junger Menschen“ statt.

Darüber hinaus wurde eine Veranstaltung zum Thema Digitalisierung und nachhaltige Wirtschaft organisiert und eine Reihe von Debatten zwischen jungen Menschen und politischen Entscheidungsträgern zum Thema „Europa hört dir zu“ geführt.

2 Bulgarien

Die bulgarische Übung wurde mit einer Zeremonie mit dem Titel „Wie kann man die Stimme der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas hören?“ eingeleitet, an der Behörden und Bürgervertreter teilnahmen. Im Rahmen der Veranstaltungen wurde ein Dialog über Demografie und Demokratie eingerichtet.

Mit Unterstützung der Europe-Direct-Zentren fanden mehrere lokale Veranstaltungen in großen Universitätsstädten statt.

3 Tschechische Republik

Die Tschechische Republik hat auf zentraler Ebene Gespräche mit der breiten Öffentlichkeit und Informationsveranstaltungen für die einschlägigen Interessenträger organisiert. Ergänzt wurden diese Veranstaltungen durch Jugendveranstaltungen und Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung. Insbesondere wurde eine transnationale Veranstaltung mit deutschen und tschechischen Bürgern organisiert. Im ganzen Land fanden mehrere regionale Debatten sowie regionale Seminare für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe zum Thema „Entscheidungen über Europa“ statt.

4 Dänemark

Es fand eine umfassende und inklusive nationale Debatte statt, bei der die Zivilgesellschaft und andere nichtstaatliche Akteure eine zentrale Rolle spielten. Für eine Gruppe verschiedener Organisationen, darunter NRO, Medien, Jugendorganisationen, Kultureinrichtungen, Denkfabriken und Forschungsinstitute, wurden öffentliche Mittel bereitgestellt, um Debatten und Initiativen nichtstaatlicher Organisationen zu unterstützen. Es fanden mehr als 180 Debatten statt, von denen sich etwa die Hälfte speziell an junge Menschen richtete. Darüber hinaus organisierten die Regierung und das Parlament eine Reihe offizieller Veranstaltungen wie Bürgerkonsultationen und Debatten.

5 Deutschland

An den Veranstaltungen in Deutschland nahmen die Bundesregierung, der Bundestag, die Bundesländer und die Zivilgesellschaft teil. Neben den Veranstaltungen der Bundesregierung wurden mehr als 50 regionale Veranstaltungen von den 16 Bundesländern Deutschlands und rund 300 von der Zivilgesellschaft organisiert.

Grenzüberschreitende Veranstaltungen und Dialoge mit Studierenden und jungen Menschen waren ein zentrales Element vieler Initiativen, bei denen junge Menschen in den Mittelpunkt der Diskussionen über die Zukunft Europas gerückt wurden.

6 Estland

Verschiedene Veranstaltungen, Seminare und Debatten wurden von der Staatskanzlei in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Estland, dem Außenministerium und anderen Ministerien sowie unter anderem von der Zivilgesellschaft und Jugendorganisationen organisiert. Insbesondere wurde eine Diskussion für Schülerinnen und Schüler über zentrale Themen im Zusammenhang mit dem Klimawandel, der Energiepolitik und der Konferenz im Allgemeinen geführt. Ferner wurde eine Diskussion über die estnische Diplomatie im Dienste der Verwirklichung der Klimaziele eingeleitet.

7 Irland

Inklusivität und der Dialog mit der gesamten Bevölkerung, insbesondere mit jungen Menschen, standen im Mittelpunkt der Aktivitäten in Irland.

In Zusammenarbeit mit der Europäischen Bewegung Irland (EMI) wurde 2021 und 2022 ein Programm für regionale und sektorale Verpflichtungen auf den Weg gebracht. Die erste Phase der regionalen Treffen fand im Juni und Juli in Form virtueller Konsultationen statt. Die zweite Phase der regionalen Veranstaltungen fand Anfang 2022 in Form von öffentlichen Präsenzsitzungen statt. Seit Juli läuft ein von der Regierung geleitetes Veranstaltungsprogramm.

8 Griechenland

Das Außenministerium war für die Koordinierung des nationalen Dialogs zuständig. Zentrale und lokale Regierungsbehörden und die Zivilgesellschaft wurden nachdrücklich aufgefordert, Diskussionen und andere Veranstaltungen zu organisieren. So fanden beispielsweise Veranstaltungen zur Europa-Mittelmeer-Zusammenarbeit, zum Westbalkan, zur demografischen Herausforderung, zu Migration und Demokratie statt, an denen Bürgerinnen und Bürger sowie verschiedene Interessenträger teilnahmen.

9 Spanien

Der spanische Rahmen umfasste sechs Veranstaltungen auf nationaler Ebene (z. B. eine Konsultation spanischer Bürgerinnen und Bürger zur Zukunft Europas) und etwa 20 Veranstaltungen auf regionaler Ebene. Außerdem wurde eine Veranstaltung mit portugiesischen und spanischen Bürgerinnen und Bürgern organisiert, um Schlüsselthemen zu erörtern, die für die Zukunft ihrer Regionen und für die EU von Bedeutung sind. Auf regionaler und lokaler Ebene wurden von den Behörden Veranstaltungen zu verschiedenen Themen organisiert, z. B. zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, zu den Auswirkungen des demografischen Wandels, zu nachhaltigem Verkehr und nachhaltiger Mobilität, zum Klimawandel, zur

Migration und zur Zukunft der Gebiete in äußerster Randlage.

10 Frankreich

Die französische Regierung führte von Mai bis Juli 2021 eine umfassende Online-Konsultation für junge Menschen durch. Fünfzigtausend junge Franzosen brachten ihre Ansichten zum Ausdruck und unterstützten 16 Schlüsselideen für die Zukunft Europas. Die Ergebnisse dieser Übung wurden zusammen mit den Ergebnissen des französischen Bürgerforums in einem Abschlussbericht zusammengestellt, der den Beitrag Frankreichs zur Konferenz darstellt. Die französische Regierung ermutigte auch alle französischen Akteure, die dies wünschten (Verbände, lokale Behörden, gewählte Vertreter, Vertreter der Zivilgesellschaft), Veranstaltungen zu organisieren.

11 Kroatien

Es wurde eine Arbeitsgruppe zur Koordinierung der Aktivitäten eingerichtet, die Ideen und Pläne für die Durchführung von Aktivitäten auf nationaler Ebene zusammenführte. Ministerien, staatliche Zentralbüros, regionale Entwicklungsagenturen, Universitäten, NRO und Institute organisierten Veranstaltungen in Form von Konferenzen, Bürgerdialogen und Bürgerdebatten, öffentlichen Diskussionen und Bildungsworkshops mit besonderem Schwerpunkt auf jungen Menschen.

Zu den behandelten Themen gehören Migration, Demografie, Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft. Einige Veranstaltungen wurden mit anderen Mitgliedstaaten und Nachbarländern außerhalb der EU organisiert.

12 Italien

Es wurden mehrere Veranstaltungen mit besonderem Schwerpunkt auf jungen Menschen organisiert, um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, auch mit aktiver Unterstützung der lokalen Behörden. Es wurde eine Medienkampagne gestartet, um diese Ereignisse so weit wie möglich bekannt zu machen. Zu diesen Aktivitäten gehören das Jugendforum EU-Balkan, das mit jungen Menschen aus dem Westbalkan organisiert wird, das Jugendforum „Med Dialogues“, an dem junge Menschen aus der südlichen

Nachbarschaft teilnehmen, sowie Wettbewerbe für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe und Hochschulstudentinnen und -studenten mit dem Titel „Europa liegt in Ihren Händen“.

13 Zypern

Es wurden mehrere auf junge Menschen ausgerichtete Aktivitäten organisiert, an denen zahlreiche Akteure beteiligt waren. Es fand eine Auftaktveranstaltung statt, bei der mit der jungen Generation über ihre Erwartungen, Anliegen und Visionen für Europa und Zypern in der EU diskutiert wurde. Darüber hinaus wurde ein offener Dialog über die Rolle junger Menschen in der Debatte über Europa und die Herausforderungen, mit denen sie auf nationaler und europäischer Ebene konfrontiert sind, geführt. Darüber hinaus fand eine Veranstaltung statt, um die Zukunft der europäischen Sicherheit und Verteidigung zu erörtern.

14 Lettland

Es wurden mehrere Veranstaltungen organisiert, darunter eine landesweite Online-Diskussion mit Studierenden zum Thema „Die Zukunft liegt in Ihren Händen“ zu wirtschaftlichen, sozialen und sicherheitspolitischen Fragen. Es wurden eine nationale Umfrage und Diskussionen in Fokusgruppen durchgeführt, um öffentliche Meinungsdaten über die Ansichten der Bürgerinnen und Bürger zu den künftigen Prioritäten der Europäischen Union in Bezug auf alle Themen der Konferenz zu sammeln. Es fanden regionale Präsenzdiskussionen statt, um das Bewusstsein der über 55-Jährigen für die Konferenz zu schärfen, und es fanden Präsenzdiskussionen mit Schülern der Sekundarstufe statt.

15 Litauen

Die Veranstaltungen wurden hauptsächlich dezentral organisiert, wobei der Schwerpunkt auf den verschiedenen Regionen Litauens und jungen Menschen lag (z. B. im Rahmen der Jugenddebatte in den baltischen Staaten). Es fanden eine Reihe von Bürgerdialogen (über Demokratie, Digitalisierung, Klimawandel usw.), transnationalen Dialogen (z. B. mit Frankreich, Irland und Italien) und Veranstaltungen der

Zivilgesellschaft statt. Darüber hinaus wurden die Schulen ermutigt, sich mit der Zukunft Europas zu befassen.

16 Luxemburg

Eine Reihe von Veranstaltungen wurde auf nationaler Ebene nach einem offenen, inklusiven und transparenten Ansatz organisiert. So organisierte das Parlament beispielsweise eine Reihe von Veranstaltungen in neuen Formaten wie „Bistro-Talks“. Darüber hinaus wurde ein Hackathon für Studierende und Jungunternehmer organisiert, um den digitalen Kompass und die Industriestrategie der EU zu erörtern.

Darüber hinaus fand ein trinationaler Austausch zwischen deutschen, französischen und luxemburgischen Schülern statt.

17 Ungarn

Es wurde ein breites Spektrum an gesellschaftsweiten Veranstaltungen (über 800) organisiert. Zu den institutionellen Veranstaltungen gehören hochrangige internationale Konferenzen mehrerer Ministerien (z. B. zur Erweiterung und zur Digitalen Agenda der EU) sowie Podiumsdiskussionen mit Studierenden und Jugendorganisationen (z. B. zur europäischen Integration). Mehrere Organisationen hielten Foren ab, um folgende Themen zu erörtern: die EU-Organen; eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung, digitaler Wandel, Bildung, Kultur, Jugend und Sport; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit; NRO; Migration; sowie Demografie, Familie, Gesundheit, Klimawandel und Umwelt.

18 Malta

Im Anschluss an eine Auftaktveranstaltung wurde ein nationales Koordinationskomitee eingerichtet, um die Initiative auf verschiedenen Kommunikationskanälen zu fördern und die Debatte durch nationale und lokale Veranstaltungen zu lenken.

Thematische öffentliche Dialoge (z. B. über Gesundheit, europäische Werte und die Zukunft der Arbeit für eine faire Gesellschaft), Pressekonferenzen, Konsultationen mit Interessenträgern aus den einschlägigen

Sektoren und interaktive Sitzungen mit Kindern und Studierenden wurden in physischer oder hybrider Form organisiert.

19 Niederlande

In den Niederlanden lag der Schwerpunkt auf der Organisation des nationalen Bürgerforums „Visionen Europas – Kijk op Europa“, das sowohl online als auch persönlich stattfand. Dieser beruhte auf einem zweistufigen Ansatz: Die erste bestand darin, die Gedanken und Meinungen der Bürgerinnen und Bürger zu dem „Was“ einzuholen, d. h. zu dem, was sie erwarteten und wünschten. Die zweite Phase zielte darauf ab, ihre zugrunde liegende Meinung (das „Warum“ und das „Wie“) durch Gruppendialoge zu verstehen.

20 Österreich

Es fanden Debatten in verschiedenen Formaten auf föderaler, regionaler und lokaler Ebene statt. „Laboratorien der Zukunft“ und „Dialoge über die Zukunft“ ermöglichten einen intensiven Austausch mit hochrangigen Experten zu verschiedenen Themen und die Suche nach umfassenderen Lösungen für die Zukunft. Darüber hinaus wurde eine Reihe von Veranstaltungen von und für österreichische Stadträte für EU-Angelegenheiten organisiert. Mehrere Veranstaltungen richteten sich direkt an Jugendliche und Schülerinnen und Schüler.

21 Polen

Die Veranstaltungen wurden hauptsächlich im Rahmen eines dezentralen Ansatzes organisiert. Auf regionaler Ebene organisierten die regionalen Zentren für internationale Debatten öffentliche Veranstaltungen in den 16 polnischen Regionen in physischer und virtueller Form. Die Diskussionsthemen deckten Themenbereiche der Konferenz ab, wie Solidarität in Krisenzeiten, Landwirtschaft und neue Technologien.

Darüber hinaus fand eine nationale Debatte über Klima, Digitalisierung, Binnenmarkt, Gesundheit, die EU in der Welt und Migration statt.

22 Portugal

Im Anschluss an die erste Bürgerveranstaltung in Lissabon, die den Startschuss für die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an der Konferenz gab, wurden zahlreiche Veranstaltungen in Partnerschaft mit lokalen Behörden, Universitäten, Schulen, Sozialpartnern, Jugendorganisationen und lokalen Organisationen der Zivilgesellschaft organisiert. So wurde beispielsweise eine transnationale Veranstaltung mit Spanien organisiert, um Schlüsselthemen zu diskutieren, die für die Zukunft der Regionen beider Länder und der EU relevant sind. Darüber hinaus fanden dezentrale nationale Veranstaltungen zu verschiedenen Themen wie Migration und internationale Partnerschaften, die Zukunft der europäischen Demokratie und der digitale Wandel statt.

23 Rumänien

Die Veranstaltungen wurden hauptsächlich von der Verwaltung und insbesondere von Instituten unter aktiver Beteiligung von Organisationen der Zivilgesellschaft und Jugendorganisationen organisiert oder mitorganisiert.

Die Debatten konzentrierten sich auf ein breites Spektrum von Themen wie Digitalisierung, Bildung, Gesundheit, Umwelt, nachhaltige Entwicklung, Wirtschaft, Landwirtschaft und strategische Partnerschaften der EU. Die Veranstaltungen fanden in der Hauptstadt und auf lokaler Ebene statt, an denen alle Altersgruppen teilnahmen.

24 Slowenien

Ziel war es, eine breit angelegte Debatte zu fördern, in der die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle spielt, und insbesondere die Beteiligung junger Menschen zu fördern.

Die Regierung organisierte eine Auftaktveranstaltung, an die sich mehrere Initiativen anschlossen, wie das Strategieforum in Bled, dessen Hauptthema die Zukunft Europas war, mit besonderem Schwerpunkt auf der EU-Erweiterung und dem Westbalkan. Weitere Veranstaltungen betrafen Themen wie Geldpolitik, Klimaneutralität, Jugend und die Rolle der EU in einem multipolaren internationalen Umfeld.

25 Slowakei

Die Veranstaltungen gliederten sich in zwei Hauptpfeiler. Die erste Säule war das auf die breite Öffentlichkeit ausgerichtete Projekt „WeAreEU“, das Diskussionen mit Studierenden und öffentliche Konsultationen umfasste und eine Reihe regionaler Veranstaltungen im Rahmen der „WeAreEU Road Show“ umfasste. Die zweite Säule war der nationale EU-Konvent, der sich auf Expertenbeiträge und Analysen zu Themen wie Binnenmarkt, Desinformation und Populismus sowie digitaler und ökologischer Wandel konzentrierte.

26 Finnland

Die Regierung organisierte eine Reihe regionaler Konsultationen, darunter die „nördlichste Konferenzveranstaltung der EU“, zu verschiedenen Themen wie nachhaltiges Wachstum, Bildung und Rechtsstaatlichkeit. Es wurde auch eine Umfrage durchgeführt, um die Diskussion anzuregen.

Veranstaltungen wurden von der Regierung in Zusammenarbeit mit finnischen Städten, lokalen Behörden, Universitäten, NRO und Jugendorganisationen sowie mit dem finnischen Parlament, dem Europäischen Parlament und den Informationsbüros der Europäischen Kommission in Finnland organisiert.

27 Schweden

Die Veranstaltungen wurden in erster Linie nach einem dezentralen Ansatz als gemeinsame Übung zwischen der Regierung, dem nationalen Parlament, politischen Parteien, Sozialpartnern, lokalen und regionalen Vertretern, Organisationen der Zivilgesellschaft und anderen einschlägigen Akteuren der Gesellschaft organisiert.

So erörterte der schwedische Minister für europäische Angelegenheiten die Zukunft Europas mit Schülern verschiedener Schulen und nahm an Treffen auf kommunaler Ebene teil, um die Zukunft Europas und die Demokratie mit den Bürgerinnen und Bürgern zu erörtern. Digitale Medien wurden auch genutzt, um an Bürgerdialogen teilzunehmen, z. B. durch Frage-und-Antwort-Sitzungen.

Die obigen Beschreibungen sind nicht erschöpfend. Weitere Informationen zu nationalen Veranstaltungen finden Sie in einer speziellen Rubrik der mehrsprachigen digitalen Plattform.



2. Europäische Jugendbegegnung

Das [Europäische Jugendevent \(EYE 2021\)](#) fand am 8./9. Oktober 2021 statt und brachte 10 000 junge Menschen online und im Europäischen Parlament in Straßburg zusammen, um die Zukunft Europas zu gestalten und Ideen auszutauschen. Das EYE war eine einzigartige Gelegenheit für junge Menschen im Alter von 16 bis 30 Jahren, persönlich und online zu interagieren, sich gegenseitig zu inspirieren und ihre Ansichten mit Experten, Aktivisten, Influencern und Entscheidungsträgern im Herzen der europäischen Demokratie auszutauschen.

Seit Mai 2021 wurden in Zusammenarbeit mit gesamteuropäischen Jugendorganisationen mehr als 2 000 Vorschläge junger Bürgerinnen und Bürger aus der gesamten Europäischen Union online gesammelt. Darüber hinaus konzentrierten sich mehrere Online-Sitzungen vor der Veranstaltung und während des EYE in Straßburg auf die Konferenz zur Zukunft Europas. Im Anschluss an die Veranstaltung wurden die 20 wichtigsten Ideen der Teilnehmer, d. h. zwei Ideen pro Thema der Konferenz, in dem [in 23 Sprachen veröffentlichten Bericht über die Ideen junger](#)

[Menschen](#) für die Konferenz zur Zukunft Europas zusammengefasst.

Der Bericht über die Ideen junger Menschen wurde der Plenarversammlung der Konferenz am 23. Oktober von jungen Teilnehmern der europäischen Bürgerforen vorgestellt, die auch am EYE 2021 teilgenommen hatten. Alle gesammelten Ideen sind abrufbar unter: search.youthideas.eu.

3. Weitere Veranstaltungen

Zusätzlich zu den oben genannten Veranstaltungen brachten viele andere Institutionen und Interessenträger Bürgerinnen und Bürger zusammen, um über die Zukunft Europas zu diskutieren.^V

Während der Konferenz zur Zukunft Europas setzte sich der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) dafür ein, die Öffentlichkeit für die Konferenz zu sensibilisieren und sein umfangreiches Netz zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Mitgliedstaaten bei der Organisation nationaler Konsultationen zu unterstützen. Insgesamt unterstützte er die Durchführung von 75 Veranstaltungen, von denen 33 auf nationaler Ebene und 42 auf zentraler Ebene stattfanden. Von diesen Veranstaltungen veröffentlichten 60



% Berichte auf der Konferenzplattform, und allein an diesen 45 Veranstaltungen nahmen mehr als 7.300 Teilnehmer teil. Insbesondere hat der EWSA im Juni 2021 mit einer großen Konferenz – „[Bringing the European project back to citizens](#)“ – seine Arbeit aufgenommen und im November 2021 das Seminar „[Connecting EU](#)“ in Lissabon sowie im Februar 2022 eine hochrangige Veranstaltung in Brüssel „[Europagemeinsam gestalten](#)“ organisiert. Der EWSA förderte auch die Nutzung der Online-Plattform, auf der 60 neue Ideen hochgeladen wurden, und startete eine breit angelegte Kommunikationskampagne in den sozialen Medien mit einem potenziellen Publikum von 32 Millionen Menschen allein auf Twitter, um nationale Veranstaltungen in englischer und lokaler Sprache zu fördern, und informierte vor und nach jeder Plenarversammlung und Sitzung im Zusammenhang mit der Konferenz.

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) organisierte thematische Debatten in seinen Fachkommissionen und Plenartagungen sowie 140 Veranstaltungen auf lokaler, grenzüberschreitender und interregionaler Ebene, an denen 10 000 Bürgerinnen und Bürger und 200 Kommunalpolitiker teilnahmen. Darüber hinaus wurde im Oktober 2021 die allererste [Umfrage unter 1,2 Millionen Kommunalpolitikern](#) in der EU-27 zu ihren Ansichten zur Zukunft Europas veröffentlicht. Darüber hinaus schlug der AdR [44 Ideen](#) für die mehrsprachige digitale Plattform vor. Anfang 2022 legte [eine unabhängige hochrangige Gruppe zur europäischen Demokratie](#) Ideen zur Verbesserung der Demokratie in der EU vor. Der AdR nahm eine Entschließung mit Vorschlägen für den Abschlussbericht der Konferenz an, und auf dem [Europäischen Gipfeltreffen der Regionen und Städte im März 2022 wurde ein 12-Punkte-Manifest im Namen der 1 Million Kommunal- und Regionalpolitiker in der EU](#) angenommen. In einem Bericht mit dem Titel „[Citizens, local politicians and the future of Europe](#)“ (Bürger, Kommunalpolitiker und die Zukunft Europas) (März 2022) werden alle Tätigkeiten des AdR im Rahmen der Konferenz zusammengefasst.

Alle drei an der EU-Sozialpartnerschaft beteiligten Arbeitgeberorganisationen,

[BusinessEurope](#), [SGI Europe](#) und [UEAPME](#), veröffentlichten ihre Prioritäten und Beiträge auf der digitalen Plattform und stellten sie den einschlägigen Arbeitsgruppen und der Plenarversammlung vor. Darüber hinaus haben alle die Konferenz sowohl intern als auch bei externen Akteuren gefördert, Veranstaltungen organisiert und mit Interessenträgern in verschiedenen Foren zusammengearbeitet. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) leistete einen Beitrag zur Konferenz und nahm an den Sitzungen der Plenarversammlung und der Arbeitsgruppen teil. Der EGB hat Vorschläge der Gewerkschaften für eine gerechtere Zukunft Europas ausgearbeitet und auf der Online-Plattform veröffentlicht (diese Vorschläge gehörten zu den am stärksten unterstützten). Der EGB und seine Mitglieder organisierten Veranstaltungen und Kommunikationsmaßnahmen, um die Vorschläge der Gewerkschaften vorzustellen und zu erörtern.

Vertreter der Zivilgesellschaft – der [Civil Society Convention for the Conference on the Future of Europe](#) (Konvent der Zivilgesellschaft für die Konferenz zur Zukunft Europas) und die [Internationale Europäische Bewegung](#) – organisierten [zahlreiche Veranstaltungen](#) in ganz Europa und waren [auf der Ebene der Plenarversammlung aktiv](#). Die Zivilgesellschaft hat Hunderte von Organisationen der Zivilgesellschaft im Rahmen eines Bottom-up-Ansatzes durch [thematische Gruppen einbezogen, um gemeinsame und umfassende Vorschläge in verschiedenen von der Konferenz abgedeckten Politikbereichen](#) auszuarbeiten. Die Ideen flossen über die Plattform, Arbeitsgruppen, Plenarsitzungen und in direktem Kontakt mit dem Exekutivausschuss, den Ko-Vorsitzenden und dem gemeinsamen Sekretariat in die Konferenz ein.

Die Vertretungen der Europäischen Kommission in den Mitgliedstaaten, die Europe-Direct-Zentren, die europäischen Dokumentationszentren und die Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments haben die Bürgerinnen und Bürger aktiv über die Konferenz zur Zukunft Europas informiert. Die Vertretungen der Europäischen Kommission berichteten über 1400 Aktivitäten, die zur Kommunikation und Umsetzung der

Konferenz in ganz Europa beigetragen haben. Sie organisierten oder nahmen aktiv an mehr als 850 Veranstaltungen teil, von denen etwa 65 % auf junge Menschen und Frauen abzielten, um ihre Teilnahme an der Konferenz allgemein zu fördern. Die Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments haben über 1300 Werbemaßnahmen in den Mitgliedstaaten organisiert.

Thematische Workshops zu den Hauptthemen der Konferenz fanden auch in Anwesenheit von MdEP, Bürgern, Interessenträgern, nationalen und regionalen Behörden sowie Medien statt.

Räumlichkeiten, um die Reichweite der Konferenz zu erhöhen. Die europäischen Dokumentationszentren berichteten über mehr als 120 Maßnahmen im Zusammenhang mit der Kommunikation der Konferenz.

Die Europe-Direct-Zentren berichteten über mehr als 1000 thematische Veranstaltungen zur Konferenz und über 600 Werbemaßnahmen, darunter ein breites Spektrum von Jugendgruppen und -organisationen. Die europäischen Dokumentationszentren berichteten über mehr als 120 Maßnahmen im Zusammenhang mit der Kommunikation der Konferenz.

III. Die Plenarversammlung der Konferenz

A. Rolle und Arbeitsweise der Plenarversammlung

Es wurde eine Plenarversammlung der Konferenz eingerichtet, um die Empfehlungen der nationalen und europäischen Bürgerforen zu erörtern, die nach Themen gegliedert sind, ohne dass das Ergebnis der Debatten im Voraus festgelegt oder ihre Tragweite auf vorab festgelegte Politikbereiche beschränkt wird.

Gegebenenfalls wurden auch die auf der mehrsprachigen Plattform gesammelten Beiträge erörtert. Die Plenarversammlung hatte eine einzigartige Zusammensetzung: Zum ersten Mal umfasste sie Bürgerinnen und Bürger, die europäische und nationale Bürgerveranstaltungen und -foren vertraten, Vertreter der EU-Organe und ihrer beratenden Gremien, gewählte Vertreter auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie Vertreter der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner.

Die Empfehlungen wurden von den Bürgerinnen und Bürgern vorgelegt und mit ihnen erörtert. Anschließend musste das Plenum dem Exekutivausschuss^{VI} seine Vorschläge einvernehmlich vorlegen. Die Plenarversammlung der Konferenz trat zwischen Juni 2021 und April 2022 siebenmal zusammen.

Die Plenarversammlung der Konferenz bestand aus 108 Vertretern des Europäischen Parlaments, 54 des Rates und drei Vertretern der Europäischen Kommission^{VII} sowie 108

gleichberechtigten Vertretern aller nationalen Parlamente und Bürgerinnen und Bürgern.

80 Vertreter der europäischen Bürgerforen, von denen mindestens ein Drittel jünger als 25 Jahre war, der Präsident des Europäischen Jugendforums und 27 Vertreter nationaler^{VIII} Veranstaltungen und/oder nationaler Bürgerforen nahmen ebenfalls teil.

18 Vertreter des Ausschusses der Regionen und 18 Vertreter des Wirtschafts- und Sozialausschusses, sechs gewählte Vertreter regionaler und sechs gewählte Vertreter lokaler Behörden, zwölf Vertreter der Sozialpartner und acht Vertreter der Zivilgesellschaft nahmen ebenfalls teil. Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik wurde eingeladen, wenn es um die internationale Rolle der EU ging.

Es wurden auch Vertreter wichtiger Interessenträger wie Vertreter der Partnerländer des Westbalkans, der Ukraine sowie religiöser, weltanschaulicher und nichtkonfessioneller Gruppen eingeladen.

Den gemeinsamen Vorsitz in den Plenarsitzungen führten die Ko-Vorsitzenden der Konferenz. Die Plenarversammlungen der Konferenz fanden in den Gebäuden des Europäischen Parlaments in Straßburg statt. Aufgrund der geltenden Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften fanden die ersten fünf Sitzungen der Plenarversammlung der Konferenz als Hybrid-Sitzungen statt, während die letzten beiden Sitzungen als Präsenzsitzungen stattfanden. Die Sitzungen der Plenarversammlung der Konferenz wurden live übertragen, und alle Sitzungsunterlagen wurden auf der mehrsprachigen digitalen Plattform öffentlich zugänglich gemacht.

VI Es sollte zumindest ein Konsens zwischen den Vertretern des Europäischen Parlaments, des Rates, der Europäischen Kommission und den Vertretern der nationalen Parlamente auf Augenhöhe erzielt werden. Wenn die Standpunkte der Bürgervertreter nationaler Veranstaltungen und/oder europäischer oder nationaler Bürgerforen eindeutig voneinander abwichen, sollte dieser Standpunkt in diesen Bericht aufgenommen werden.

VII Weitere Mitglieder der Europäischen Kommission wurden zur Plenarversammlung eingeladen, insbesondere wenn Themen aus ihrem Zuständigkeitsbereich erörtert wurden.

VIII Einer pro Mitgliedstaat.

B. Arbeitsgruppen

Im Einklang mit der Geschäftsordnung der Konferenz schlugen die Ko-Vorsitzenden der Plenarversammlung der Konferenz vor, neun thematische Arbeitsgruppen auf der Grundlage der Themen der mehrsprachigen digitalen Plattform einzurichten, um Beiträge zur Vorbereitung der Debatten und Vorschläge der Plenarversammlung der Konferenz im Einklang mit den Parametern der Gemeinsamen Erklärung zu leisten. Im Oktober 2021 einigten sich die Ko-Vorsitzenden auf das Mandat der Arbeitsgruppen. Die verschiedenen Arbeitsgruppen befassten sich mit folgenden Themen: Klimawandel und Umwelt; Gesundheit; Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; Die EU in der Welt; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit; Digitaler Wandel; Demokratie in Europa; Migration; Bildung, Kultur, Jugend und Sport.

Die Arbeitsgruppen stellten der Plenarversammlung der Konferenz ihre Beiträge vor, indem sie die Empfehlungen der jeweiligen nationalen und europäischen Bürgerforen sowie die auf der mehrsprachigen digitalen Plattform veröffentlichten Beiträge zu den neun Themen der Konferenz erörterten. Die Mitglieder der Plenarversammlung der Konferenz verteilten sich wie folgt auf die neun Arbeitsgruppen: zwölf Mitglieder pro Arbeitsgruppe für das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente, sechs für den Rat, drei für die Vertreter der nationalen Bürgerforen oder nationalen Veranstaltungen, zwei für den Ausschuss der Regionen und zwei für den Wirtschafts- und Sozialausschuss, ein oder zwei für die Sozialpartner, eines für die Zivilgesellschaft und eines für die gewählten Mitglieder der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie Vertreter der europäischen Bürgerforen. Vertreter der europäischen Bürgerforen nahmen an den

Arbeiten der für ihr Forum zuständigen Arbeitsgruppe teil. Darüber hinaus wurden besondere Vorkehrungen getroffen, um es den Mitgliedern des Kollegiums der Kommissionsmitglieder zu ermöglichen, je nach Zuständigkeitsbereich an Arbeitsgruppen teilzunehmen.

Die Arbeitsgruppen führten lebhafte Debatten und arbeiteten an Entwürfen von Vorschlägen, die unter der Leitung des Vorsitzenden und des Sprechers ausgearbeitet und von den Vertretern der europäischen Bürgerforen in der Arbeitsgruppe mit Unterstützung des gemeinsamen Sekretariats ausgewählt wurden. Die Arbeitsgruppen sollten auf der Grundlage des in Artikel 17 der Geschäftsordnung der Konferenz festgelegten Konsenses arbeiten. Anschließend legten der Vorsitzende und der Sprecher dem Plenum die Ergebnisse der Arbeitsgruppe vor. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe wurde vom gemeinsamen Sekretariat unterstützt. Das gemeinsame Konferenzsekretariat erstellte die zusammenfassenden Berichte für jede Sitzung der Arbeitsgruppe unter der Leitung des Vorsitzenden und in Absprache mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe.

Die Arbeitsgruppen traten am Rande der Plenarsitzungen der Konferenz zwischen Oktober 2021 und dem 8. April 2022 sowie online im Dezember 2021 zusammen. Einige Arbeitsgruppen hielten zusätzliche Sitzungen ab. Die Sitzungen der Arbeitsgruppen wurden ab dem 20. Januar 2022 live übertragen. Ihre zusammenfassenden Berichte wurden ordnungsgemäß in der Rubrik „Plenartagung der Konferenz“ auf der mehrsprachigen digitalen Plattform veröffentlicht.

C. Chronologische Zusammenfassung

INAUGURALE PLENARTAGUNG DER KONFERENZ, 19. JUNI 2021

Die konstituierende Plenarversammlung der Konferenz fand am 19. Juni 2021 in einem Hybrid-Format statt.^{IX} Sie ermöglichte es den Mitgliedern des Plenums, sich eine Präsentation anzuhören und eine allgemeine Aussprache über das Ziel der Konferenz und die Erwartungen an die Konferenz zu führen. Die Ko-Vorsitzenden hoben den beispiellosen Charakter dieser deliberativen Demokratie auf EU-Ebene hervor, die die repräsentative Demokratie gestärkt und die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt der Politikgestaltung in der Europäischen Union gestellt hat. Die Ko-Vorsitzenden erläuterten auch die Funktionsweise der drei Säulen der Konferenz: die mehrsprachige digitale Plattform, die europäischen und nationalen Bürgerforen und die Plenarversammlung.

Darüber hinaus wurden die Mitglieder der Plenarversammlung über die Absicht, neun thematische Arbeitsgruppen einzusetzen, sowie über den Zeitplan der Konferenz informiert. In der anschließenden Debatte, an der mehr als 150 Teilnehmer teilnahmen, wurde eine Vielzahl von Themen angesprochen. Da die Auswahl der Teilnehmer an den europäischen Bürgerforen noch nicht abgeschlossen war, nahmen der Präsident des Europäischen Jugendforums und 27 Vertreter nationaler Veranstaltungen und/oder Bürgerforen teil, um die Bürgerkomponente zu vertreten.

ZWEITE PLENARTAGUNG DER KONFERENZ, 22./23. OKTOBER 2021

Die zweite Plenarversammlung der Konferenz fand am 22./23. Oktober 2021 in einem Hybrid-Format statt, an dem erstmals Vertreter der europäischen Bürgerforen teilnahmen. Die Mitglieder des Plenums hatten die Möglichkeit, eine Präsentation über den Stand der Arbeiten der vier europäischen Bürgerforen zu hören und

eine Aussprache zu führen. Darüber hinaus konnten die Vertreter der nationalen Veranstaltungen und Foren die auf nationaler Ebene organisierten Veranstaltungen vorstellen. Der Plenarversammlung der Konferenz wurde ein Bericht über das Europäische Jugendevent (EYE) vorgelegt. Es enthielt einen Überblick über die 20 konkreten Ideen, die von den jungen Bürgerinnen und Bürgern, die an diesem Treffen teilgenommen hatten, ausgewählt wurden.

In der anschließenden Aussprache wurde der innovative Charakter der mehrsprachigen digitalen Plattform hervorgehoben, die den Bürgerinnen und Bürgern eine Stimme und einen Ort für Diskussionen in allen EU-Amtssprachen bot. Diese Debatte stützte sich auf den zweiten Zwischenbericht über die Plattform. Die Partner im Westbalkan wurden als wichtige Interessenträger zur Teilnahme an dieser Plenarsitzung eingeladen.

DRITTE PLENARTAGUNG DER KONFERENZ, 21./22. JANUAR 2022

Die dritte Plenarversammlung der Konferenz, die am 21./22. Januar 2022 stattfand, war die erste Plenarversammlung, auf der Empfehlungen der europäischen Bürgerforen und der damit verbundenen nationalen Bürgerforen offiziell vorgestellt wurden. Dieses Plenum war das erste, das nach der abschließenden Ausarbeitung der Empfehlungen einiger europäischer Bürgerforen stattfand: die Foren 2 (Europäische Demokratie; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit) und 3 (Klimawandel und Umwelt; Gesundheit). Das Plenum fand als Hybrid-Sitzung statt, an der mehr als 400 Mitglieder der Plenarversammlung der Konferenz entweder vor Ort oder per Fernteilnahme teilnahmen.

Die Plenarversammlung war auch durch den kurz zuvor erfolgten Tod des Präsidenten des Europäischen Parlaments, David Maria Sassoli, gekennzeichnet. Die Ko-Vorsitzenden würdigten sein Andenken bei der Eröffnung der Sitzung. Die Debatten in dieser Plenarsitzung wurden nach Themen organisiert, die in den europäischen Bürgerforen 2 und 3 behandelt wurden.

IX Im Vorfeld der Eröffnungsplenartagung am 19. Juni 2021 fand am 17. Juni 2021 in Lissabon eine erste Hybrid-Veranstaltung für die europäischen Bürgerinnen und Bürger statt, um die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Konferenz in Gang zu setzen.

Die Diskussionen fanden in einem innovativen interaktiven Format statt, das Momente zum Feedback der Bürgerinnen und Bürger sowie ein spezielles „Blue-Card“-Fragesystem umfasste, das einen spontanen und lebhaften Austausch über die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger ermöglichte.

VIERTE PLENARTAGUNG DER KONFERENZ, 11./12. MÄRZ 2022

Auf der vierten Plenarversammlung der Konferenz wurden auch Empfehlungen der europäischen Bürgerforen sowie der damit verbundenen nationalen Bürgerforen vorgestellt. Das Plenum fand nach der abschließenden Ausarbeitung der Empfehlungen der beiden verbleibenden europäischen Bürgerforen statt: Panels 1 (Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; Bildung, Kultur, Jugend und Sport; Digitaler Wandel) und 4 (Die EU in der Welt; Migration).

Wie auf der Januar-Plenartagung wurden die Debatten auf dieser Plenartagung nach Themen organisiert. Diesmal ging es um die Themen der europäischen Bürgerforen 1 und 4. Die Diskussionen über die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger führten erneut zu einem lebhaften und intensiven Austausch, der durch ein innovatives interaktives Format unterstützt wurde.

FÜNFTE PLENARTAGUNG DER KONFERENZ, 25./26. MÄRZ 2022

Die fünfte Plenarversammlung markierte den Beginn der nächsten Phase der Konferenz mit dem Beginn des Prozesses zur Festlegung der Vorschläge der Plenarversammlung auf der Grundlage der Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger. Daher führten die Mitglieder des Plenums, nachdem sie sich auf den engeren thematischen Rahmen der Arbeitsgruppen vorbereitet hatten, zum ersten Mal Debatten über die neun Themen der Konferenz: eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; Bildung, Kultur, Jugend und Sport; digitaler Wandel; europäische Demokratie; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit; Klimawandel und Umwelt; Gesundheit; die EU in der Welt; Migration. Die Plenarsitzung bot auch den Vertretern der nationalen Veranstaltungen in den

27 EU-Mitgliedstaaten die Gelegenheit, die Ergebnisse ihrer Initiativen vorzustellen.

SECHSTE PLENARTAGUNG DER KONFERENZ, 8./9. APRIL 2022

Auf der sechsten Plenarversammlung der Konferenz wurde die Ausarbeitung der Vorschläge der Plenarversammlung abgeschlossen.

Nach Abschluss der letzten Sitzungen der thematischen Arbeitsgruppen äußerten sich alle Mitglieder der Plenarversammlung in neun Grundsatzdebatten ein letztes Mal zu den von ihnen in den letzten Monaten ausgearbeiteten Vorschlagsentwürfen und äußerten sich dazu. Dieser Austausch bot ihnen auch die Gelegenheit, über den einzigartigen Prozess der Ausarbeitung der Vorschläge der Plenarversammlung auf der Grundlage der Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger und die seit ihrer Formulierung geleistete Arbeit nachzudenken. Insbesondere die Bürgerinnen und Bürger betonten die einzigartige menschliche Erfahrung und den Mehrwert dieses Beratungsprozesses, der sie in diesem gemeinsamen Projekt vereint hat. Diese Debatte floss in die endgültigen Vorschläge ein, die der jüngsten Plenarversammlung der Konferenz vorgelegt werden sollten.

SIEBTE PLENARTAGUNG DER KONFERENZ, 29./30. APRIL 2022

Die siebte und letzte Plenarversammlung der Konferenz zur Zukunft Europas war ein wichtiger Meilenstein und schloss einen intensiven Beratungsprozess ab, der mehrere Monate mit 49 Vorschlägen dauerte. Die 49 Vorschläge wurden dem Exekutivausschuss von der Plenarversammlung auf einvernehmlicher Grundlage vorgelegt und unterbreitet. Dieser Konsens wurde zwischen den Vertretern des Europäischen Parlaments, des Rates, der Europäischen Kommission und der nationalen Parlamente erzielt.

Vertreter des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, regionale und lokale Mandatsträger sowie Vertreter der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft äußerten sich ebenfalls positiv über den Prozess und unterstützten die Vorschläge.

Die Bürgerkomponente legte ihren endgültigen Standpunkt zu den Vorschlägen dar (siehe unten stehende Kernbotschaften).

Auf der Abschlussplenartagung (29.-30. April 2022) legten die 108 Bürgerinnen und Bürger, die Mitglieder der Bürgerkomponente sind, ihren endgültigen Standpunkt zu den Vorschlägen der Plenarversammlung dar. Ihre Präsentation wurde gemeinsam konzipiert und von 17 von ihnen in Form einer erzählerischen Rede in der Schlussdebatte präsentiert. Der folgende Text ist eine Zusammenfassung der Kernbotschaften ihrer Beiträge.

**

Zunächst möchten wir dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission dafür danken, dass sie uns die Möglichkeit gegeben haben, einen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft Europas zu leisten. Wir haben uns mit europäischen Kollegen aus der gesamten EU, verschiedenen Foren und Veranstaltungen, politischen Vertretern und sozialen Akteuren getroffen und unseren Horizont erweitert. Wir sind als Europäer aufgewachsen. Dafür haben wir alle Opfer gebracht: Wir sind aus unserem Alltag ausgeschieden, haben Urlaubstage genommen und haben für die Mitglieder der europäischen Bürgerforen neun Wochenenden weit weg von unseren Familien verbracht. Aber wir hatten eine unglaubliche und einzigartige Erfahrung. Für uns war das keine Zeitverschwendung.

Es gab Höhen und Tiefen auf dem Weg. Wir haben nicht immer eine Antwort auf unsere Fragen erhalten. Wir wissen, dass die Umsetzung der Vorschläge einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass Sie aus Respekt vor unserer gemeinsamen Arbeit alles tun werden, um dies zu erreichen. Wenn wir, die Bürger, unsere Unterschiede, die Sprachbarrieren überwinden konnten, um zusammenzuarbeiten und uns auf Ihr Niveau zu heben, können Sie das auch.

**

Wir alle haben einen langen Weg zurückgelegt, und jetzt, da unsere Arbeit im Plenum abgeschlossen ist, können wir stolz darauf sein. Wir sehen acht Querschnittsthemen, die ein klares und starkes Mandat für die Zukunft Europas geben.

Erstens eine Europäische Union, die auf Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit beruht. In der Tat besteht ein großes Anliegen der Bürger darin, gleiche Bedingungen und Rechte in verschiedenen Bereichen zu finden: Gesundheitsversorgung, soziale Dienste, lebenslanges Lernen, Chancengleichheit für die Bewohner ländlicher und städtischer Gebiete, Berücksichtigung demografischer Erwägungen. In Zukunft sollten die Europäerinnen und Europäer in allen Mitgliedstaaten und Regionen nicht mehr aufgrund ihres Alters, ihres Wohnorts, ihrer Staatsangehörigkeit, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder ihrer politischen Vorlieben diskriminiert werden. Sie sollten einen angemessenen Lebensstandard, angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen erhalten. Die EU muss mehr sein als eine Wirtschaftsunion. Die Mitgliedstaaten müssen sich solidarisch zeigen. Wir sind eine Familie und müssen uns in Krisensituationen als solche verhalten.

Zweitens muss die EU es wagen und rasch handeln, um eine Führungsrolle in den Bereichen Umwelt und Klima zu übernehmen, den Übergang zu grüner Energie zu beschleunigen, ihr Schienennetz zu verbessern, nachhaltigen Verkehr und eine echte Kreislaufwirtschaft zu fördern. Es ist keine Zeit zu verlieren. Die EU muss den Wandel in vielen Politikbereichen vorantreiben: Landwirtschaft, biologische Vielfalt, Wirtschaft, Energie, Verkehr, Bildung, Gesundheit, digitaler Wandel und Klimadiplomatie. Wir haben die Forschungskapazitäten, die wirtschaftliche Stärke und den geopolitischen Hebel, um dies zu tun. Wenn wir das Klima zu einer Priorität machen, können wir auf eine erfolgreiche Zukunft hoffen.

Drittens braucht Europa eine demokratischere Union. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger lieben die EU, aber seien wir ehrlich: Es ist nicht immer einfach. Sie haben uns um Hilfe gebeten und uns gefragt: Wie sollte die europäische Demokratie in Zukunft aussehen? Und wir haben Ihnen geantwortet: Wir Bürgerinnen und Bürger wollen ein Europa, in dem Entscheidungen transparent und schnell getroffen werden, in dem der Grundsatz der Einstimmigkeit überdacht wird und in das wir Bürgerinnen und Bürger regelmäßig und ernsthaft einbezogen werden.

Viertens bedarf die EU in einigen Bereichen einer stärkeren Harmonisierung und einer Annäherung als Union. Im Osten klopft der Krieg an unsere Türen, was uns dazu aufruft, geeint zu sein und der EU mehr Kompetenzen in auswärtigen Angelegenheiten zu übertragen als je zuvor. Diese Konferenz kann als

Grundlage für die Schaffung eines geeinteren und politisch kohärenteren Europas dienen. Alles läuft auf das Wort "Union" hinaus. Wir können uns nicht als solche beschreiben, wenn wir die Zusammenarbeit, die diese Konferenz gezeigt hat, nicht erreichen.

Fünftens muss die EU unabhängiger werden und ihre globale Wettbewerbsfähigkeit sichern. Während des gesamten Prozesses haben wir darüber gesprochen, dieses Ziel in strategischen Schlüsselsektoren zu erreichen: Landwirtschaft, Energie, Industrie, Gesundheit. Wir müssen vermeiden, bei vielen sensiblen Produkten von Drittländern abhängig zu sein. Wir müssen auf das Talent unserer Arbeitskräfte setzen, die Abwanderung hochqualifizierter Kräfte verhindern und den Bürgerinnen und Bürgern in allen Lebensphasen und unabhängig von ihrem Wohnort in der EU die richtigen Kompetenzen vermitteln. Wir dürfen in der EU und bei jungen Menschen ohne Perspektive in einem Land, die gezwungen sind, in ein anderes zu ziehen, keine großen Unterschiede haben.

Sechstens beruht die Zukunft der EU auf ihren Werten. Diese haben unsere Arbeit geleitet. Als wir anfangen, hätte sich niemand vorstellen können, dass auf unserem Kontinent ein Krieg ausbrechen würde. Dieser Kampf für die Freiheit macht uns bewusst, wie glücklich wir sind, in einer friedlichen Union zu leben. Hinter all unseren Vorschlägen stehen diese Werte: menschenwürdige Aufnahme von Migranten, gleichberechtigter Zugang zur Gesundheit, Bekämpfung der Korruption, Aufruf zum Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt sowie zu einer demokratischeren Union.

Siebtens sollten sich die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft europäischer fühlen und mehr über die EU erfahren. Dies ist ein Querschnittsthema, das den Arbeiten aller Foren zugrunde lag. Digitaler Wandel, Bildung, Mobilität und Austausch können dieser europäischen Identität Gestalt verleihen, die unsere nationalen Identitäten ergänzt, aber nicht in Frage stellt. Viele von uns fühlten sich vor dieser Konferenz nicht als Europäer: Sie entstand hier langsam und tauschte sich untereinander aus. Wir hatten das Glück, diese Gelegenheit zu haben, aber viele haben sie nicht. Deshalb sind Information, Kommunikation und Sensibilisierung so wichtig.

Schließlich ist ein **achtes** Querschnittsthema, das für uns äußerst wichtig ist, die Bildung und Stärkung der Bürgerinnen und Bürger im Allgemeinen. Für diese Konferenz haben Sie beschlossen, Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren einzuladen. Dafür sind wir Ihnen dankbar, denn mehr denn je ist es notwendig, junge Menschen in die Verantwortung zu nehmen. Die hohe Stimmenthaltungsquote junger Menschen zeigt, dass die Verbindung zwischen Jugend und Politik wieder hergestellt werden muss. Sie müssen auch wirtschaftlich und sozial zur Verantwortung gezogen werden: Es ist immer noch zu schwierig, in den Arbeitsmarkt einzutreten und ihre sozialen Rechte durchzusetzen. Während der COVID-19-Pandemie fühlten sie sich verlassen, und viele leiden immer noch unter den Folgen für ihre psychische Gesundheit. Aber nicht nur junge Menschen, sondern alle Europäerinnen und Europäer müssen Verantwortung übernehmen: Durch Mobilitätsprogramme und lebenslanges Lernen müssen wir den Horizont aller Europäerinnen und Europäer erweitern. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger auch in Demokratie, Bürgerbeteiligung und Medienkompetenz ausbilden. Wir brauchen einen wirklich ganzheitlichen Ansatz.

**

Niemand wusste, was das Ergebnis sein würde. 27 Länder, 24 Sprachen, unterschiedliches Alter. Und doch, als wir zusammenarbeiteten, fühlten wir uns verbunden: unsere Gehirne, unsere Gedanken, unsere Erfahrungen. Wir sind keine EU-Experten oder Experten für eines der Themen der Konferenz, sondern echte Experten und haben unsere Geschichten. Wir gehen zur Arbeit, wir leben auf dem Land und in den Vororten, wir arbeiten nachts, wir studieren, wir haben Kinder, wir nehmen öffentliche Verkehrsmittel. Wir können uns auf unsere Vielfalt verlassen. Es wurde ein Konsens über die Vorschläge zwischen den vier verschiedenen Komponenten und innerhalb der Bürgerkomponente erzielt. Wir sind damit einverstanden und unterstützen alle Vorschläge, die jetzt in Ihren Händen liegen. Wir vertreten einen abweichenden Standpunkt zu Maßnahme 38.4, dritter Punkt, da sie weder von europäischen noch von nationalen Foren stammt und in der Plenararbeitsgruppe nicht ausreichend erörtert wurde. Daher äußern wir uns weder zum Inhalt noch zur Relevanz dieser Maßnahme. In diesem Sinne laden wir Sie ein, diese Vorschläge in ihrer Gesamtheit zu betrachten und umzusetzen, und nicht nur diejenigen, die für Sie am besten geeignet und leicht anwendbar sind. Tun Sie dies in aller Transparenz. Wir haben mit Hingabe und Leidenschaft an diesen Vorschlägen gearbeitet, wir sind stolz auf unsere Arbeit: Respektieren Sie sie.

Die Konferenz zur Zukunft Europas durchlebte eine Pandemie und erlebte einen Krieg in Europa, der ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem ukrainischen Volk unter Beweis stellte. Es war ein turbulentes Jahr für die Teilnehmenden und alle Europäerinnen und Europäer. Aber die Konferenz setzte ihre Arbeit gegen Wind

und Gezeiten fort. Lassen Sie uns im Namen der Bürgerinnen und Bürger der Konferenz mit einer einfachen Botschaft schließen: Wir fühlen uns als Europäer, wir fühlen uns dem Demokratisierungsprozess verpflichtet und hören ihm zu, wir glauben an die EU und wir wollen weiterhin daran glauben. Lesen Sie also von ganzem Herzen die Vorschläge und setzen Sie sie um – zum Wohle der Zukunft Europas.

Die Vertreter der Ratskomponente der Plenarversammlung enthielten sich einer inhaltlichen Stellungnahme zu den Vorschlägen, unterstützten und ermutigten stattdessen die Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger und nahmen ihre Empfehlungen zur Kenntnis. Nach dem 9. Mai 2022 wird der Rat im Rahmen seines eigenen Zuständigkeitsbereichs und im Einklang mit den Verträgen festlegen, wie die Ergebnisse der Konferenz weiterverfolgt werden sollen.

Der Exekutivausschuss der Konferenz zur Zukunft Europas nimmt die Vorschläge der Plenarversammlung zur Kenntnis und legt sie als endgültiges Ergebnis der Konferenz vor. Diese Vorschläge, die Orientierungshilfen für die Zukunft Europas bieten, wurden nach fast einem Jahr Beratungen im Rahmen der Gemeinsamen Erklärung und der Geschäftsordnung der Konferenz vorgelegt.



IV. Die Vorschläge des Plenums



„Klimawandel und Umwelt“

1. Vorschlag: Landwirtschaft, Nahrungsmittelproduktion, biologische Vielfalt und Ökosysteme, Umweltverschmutzung

Ziel: Eine sichere, nachhaltige, gerechte, klimaverträgliche und erschwingliche Lebensmittelproduktion, die den Grundsätzen der Nachhaltigkeit und der Umwelt Rechnung trägt, die biologische Vielfalt und die Ökosysteme schützt und gleichzeitig die Ernährungssicherheit gewährleistet.

Maßnahmen:

1. Förderung der grünen und blauen Wirtschaft durch Förderung einer effizienten, umweltfreundlichen und klimafreundlichen Landwirtschaft und Fischerei in der Europäischen Union und weltweit, einschließlich des ökologischen/biologischen Landbaus und anderer innovativer und nachhaltiger Formen der Landwirtschaft wie der vertikalen Landwirtschaft, die eine höhere Produktion mit weniger Betriebsmitteln ermöglichen und gleichzeitig Emissionen und Umweltauswirkungen verringern, aber weiterhin Produktivität und Ernährungssicherheit gewährleisten (Forum 3 – Empfehlungen 1, 2 und 10; Podiumsdiskussion 2 – Empfehlung 4).
2. Umlenkung von Subventionen und verstärkte Anreize für eine ökologische/biologische Landwirtschaft und eine nachhaltige Landwirtschaft, die bestimmte Umweltstandards erfüllen und zur Erreichung der globalen Klimaziele beitragen (Forum 3 – Empfehlungen 1 und 12).
3. Anwendung der Grundsätze der Kreislaufwirtschaft auf die Landwirtschaft und Förderung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung (Aussprache in der AG, mehrsprachige digitale Plattform – NMP).
4. Deutliche Verringerung des Einsatzes von Pestiziden und chemischen Düngemitteln im Einklang mit den bestehenden Zielen bei gleichzeitiger Gewährleistung der Ernährungssicherheit und Unterstützung der Forschung zur Entwicklung nachhaltigerer und naturbasierter Alternativen (Forum 3 – Empfehlung 10, Aussprache in der AG).
5. Einführung einer Zertifizierung der CO₂-Entnahme auf der Grundlage einer robusten, soliden und transparenten CO₂-Bilanzierung (Aussprache im Plenum).
6. Mehr Forschung und Innovationen, insbesondere in Bezug auf technologische Lösungen für nachhaltige Produktion, Schädlingsresistenz und Präzisionslandwirtschaft, sowie Kommunikation, Beratungssysteme und Schulungen für Landwirte und Landwirte (Forum 3 – Empfehlung 10, Debatte in der AG, Plenardebatte).
7. Beseitigung von Sozialdumping und Förderung eines gerechten ökologischen Wandels hin zu besseren Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft mit hochwertigen Sicherheits-, Gesundheits- und Arbeitsbedingungen (Aussprache in der AG).
8. Erörterung von Aspekten wie der Verwendung von Kunststoff in landwirtschaftlichen Folien und Möglichkeiten zur Verringerung des Wasserverbrauchs in der Landwirtschaft.

9. Vernünftige Tierhaltung und Fleischerzeugung mit Schwerpunkt auf Tierwohl und Nachhaltigkeit durch Maßnahmen wie klare Kennzeichnung, hohe Qualität und gemeinsame Standards

für Tierhaltung und Tiertransport, Stärkung der Verbindung zwischen Tierhaltung und Ernährung (Forum 3 – Empfehlungen 16 und 30).

2. Vorschlag: Landwirtschaft, Nahrungsmittelproduktion, biologische Vielfalt und Ökosysteme, Umweltverschmutzung

Ziel: Schutz und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt, der Landschaft und der Ozeane sowie Beseitigung der Umweltverschmutzung.

Maßnahmen:

1. Schaffung, Wiederherstellung, bessere Bewirtschaftung und Erweiterung von Schutzgebieten im Hinblick auf die Erhaltung der biologischen Vielfalt (Empfehlung FR, Panel 3 – Empfehlung 11).
2. Einführung eines Zwangs- und Belohnungssystems zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung unter Anwendung des Verursacherprinzips, das auch in steuerliche Maßnahmen integriert werden und mit einer besseren Sensibilisierung und Anreizen einhergehen sollte (Forum 3 – Empfehlung 32, Empfehlung FR, Plenardebatte).
3. Erweiterung der Rolle der Kommunen bei der Stadtplanung und dem Bau neuer Gebäude, die der blauen und grünen Infrastruktur förderlich sind, Vermeidung und Beendigung einer weiteren Landversiegelung, obligatorische Grünflächen für Neubauten zur Förderung der biologischen Vielfalt und städtischer Wälder (Forum 3 – Empfehlung 5, Forum 1 – Empfehlung 18, Empfehlung FR).
4. Schutz von Insekten, insbesondere einheimischen und bestäubenden Arten, insbesondere durch Schutz vor invasiven Arten und bessere Durchsetzung der bestehenden Vorschriften (Forum 1 – Empfehlung 18).
5. Unterstützung der Aufforstung und Wiederaufforstung, einschließlich durch Feuer zerstörter Wälder, verantwortungsvolle Waldbewirtschaftung und Förderung einer besseren Nutzung von Holz als Ersatz für andere Materialien. Festlegung verbindlicher nationaler Ziele für die Wiederaufforstung durch einheimische Bäume und die lokale Flora in allen EU-Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten und Besonderheiten (Forum 3 – Empfehlung 14, Forum 1 – Empfehlung 18).
6. Durchsetzung und Ausweitung des Verbots von Einwegkunststoffen.
7. Schutz der Wasserquellen und Bekämpfung der Verschmutzung von Flüssen und Ozeanen, unter anderem durch Forschung und Bekämpfung der Verschmutzung durch Mikroplastik, und Förderung eines umweltfreundlichen Verkehrs durch den Einsatz der besten verfügbaren Technologien und die Bereitstellung von EU-Forschung und -Mitteln für alternative Schiffskraftstoffe und -technologien (PNM, Debatte in der AG).
8. Begrenzung der Lichtverschmutzung (Aussprache in der AG)

3. Vorschlag: Klimawandel, Energie, Verkehr

Ziel: Erhöhung der Energieversorgungssicherheit Europas und Verwirklichung der Energieunabhängigkeit der Union bei gleichzeitiger Gewährleistung eines gerechten Übergangs und der Versorgung der Europäerinnen und Europäer mit ausreichend nachhaltiger und erschwinglicher Energie. Bekämpfung des Klimawandels durch die weltweite Führungsrolle der EU in der nachhaltigen Energiepolitik und die Einhaltung der globalen Klimaschutzziele.

Maßnahmen:

1. Verwirklichung und, soweit möglich, Beschleunigung des ökologischen Wandels, insbesondere durch verstärkte Investitionen in erneuerbare Energien, um die Abhängigkeit von externen Energiequellen zu verringern, wobei auch die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften beim ökologischen Wandel anerkannt wird (Aussprache in der AG).
2. Prüfung der geopolitischen und sicherheitspolitischen Auswirkungen aller Energielieferanten aus Drittländern im Rahmen der Energiepolitik, insbesondere in Bezug auf Menschenrechte, Ökologie, verantwortungsvolle Staatsführung und Rechtsstaatlichkeit (Aussprache in der AG).
3. Verringerung der Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten durch Energieeffizienzprojekte, die Förderung erschwinglicher öffentlicher Verkehrsmittel, ein Hochgeschwindigkeitsschiennetz für den Güterverkehr und die Ausweitung der Versorgung mit sauberer und erneuerbarer Energie (Forum 4 – Empfehlung 2, Forum 1 – Empfehlung 10, Empfehlungen FR und DE).
4. Verbesserung der Qualität und der Interkonnektivität, Instandhaltung und Umgestaltung der Strominfrastruktur und der Stromnetze, um die Sicherheit zu erhöhen und den Übergang zu erneuerbaren Energiequellen zu ermöglichen (Forum 1 – Empfehlung 10, Aussprache in der AG).
5. Investitionen in Technologien zur Erzeugung erneuerbarer Energien wie die effiziente Erzeugung von grünem Wasserstoff, insbesondere in schwer zu elektrifizierenden Sektoren (Forum 3 – Empfehlung 31, Aussprache in der AG).
6. Investitionen in die Erforschung neuer umweltfreundlicher Energiequellen und Speichermethoden und bis zu einer greifbaren Lösung zusätzliche Investitionen in bestehende optimale Lösungen für die Energieerzeugung und -speicherung (Forum 3 – Empfehlungen 9 und 31).
7. Verbindliche Einführung von CO₂-Filtern in mit fossilen Brennstoffen betriebenen Kraftwerken und finanzielle Unterstützung für Mitgliedstaaten, die über keine finanziellen Mittel für die Einführung von CO₂-Filtern verfügen (Forum 3 – Empfehlung 29).
8. Gewährleistung eines gerechten Übergangs, Schutz von Arbeitnehmern und Arbeitsplätzen durch ausreichende Mittel für den Übergang und die weitere Forschung, Reform des Steuersystems durch gerechtere Besteuerung und Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerbetrug sowie Gewährleistung eines inklusiven Governance-Ansatzes bei der Politikgestaltung auf allen Ebenen (z. B. ehrgeizige Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, starker Sozialschutz, Aufrechterhaltung öffentlicher Dienstleistungen in staatlicher Hand, Aufrechterhaltung der Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften am Arbeitsplatz) (Aussprache im Plenum, Aussprache in der AG, NMP).
9. Einführung eines Investitionspakets für klimafreundliche Technologien und Innovationen, das durch klimabezogene Einfuhrzölle und klimabezogene CO₂-Abgaben finanziert werden sollte (Empfehlung DE).
10. Nach einem Übergangszeitraum sollten keine Subventionen mehr für fossile Brennstoffe und keine Finanzierung der

traditionellen Gasinfrastruktur mehr gewährt werden (Aussprache in der AG).

11. Stärkung der Führungsrolle der EU sowie ihrer Rolle und Verantwortung bei der Förderung ehrgeiziger Klimaschutzmaßnahmen und eines gerechten Übergangs und als Beitrag zur Bewältigung von Verlusten und Schäden auf internationaler Ebene, wo die Vereinten Nationen im Mittelpunkt stehen müssen (Empfehlung NL, Debatte in der AG).

4. Vorschlag: Klimawandel, Energie, Verkehr

Ziel: Bereitstellung einer modernen, sicheren, umweltfreundlichen und hochwertigen Infrastruktur zur Gewährleistung der Konnektivität, auch in ländlichen Gebieten und Inselgebieten, unter anderem durch erschwingliche öffentliche Verkehrsmittel.

Maßnahmen:

1. Unterstützung des öffentlichen Verkehrs und Entwicklung eines effizienten, zuverlässigen und erschwinglichen europäischen öffentlichen Verkehrsnetzes, insbesondere in ländlichen Gebieten und Inselgebieten, durch zusätzliche Anreize für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel (Forum 3 – Empfehlung 36, Forum 4 – Empfehlung 2).
2. Investitionen in Hochgeschwindigkeits-Nachtzüge und Festlegung eines einheitlichen Standards für umweltfreundliche Bahntechnologie in Europa, um eine glaubwürdige Alternative zu bieten und die Ersetzung und Abschreckung von Kurzstreckenflügen zu erleichtern (Aussprache in der AG, PNM).
3. Förderung des Erwerbs und der (gemeinsamen) Nutzung von Elektrofahrzeugen, die einen guten Standard für die Lebensdauer von Batterien erfüllen, unter Berücksichtigung ihrer Erschwinglichkeit für Haushalte sowie von Investitionen in die erforderliche Ladeinfrastruktur und Investitionen in die Entwicklung anderer umweltfreundlicher Technologien für Fahrzeuge, deren Elektrifizierung schwierig ist (Panel 3 – Empfehlung 38).
4. Aufbau einer Hochgeschwindigkeits-Internet- und Mobilfunkanbindung in ländlichen Gebieten und Inselgebieten (Forum 3 – Empfehlung 36).
5. Verbesserung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur unter ökologischen Gesichtspunkten (Forum 3 – Empfehlung 37).
6. Forderung nach Stadtentwicklungsprogrammen für „grünere“ Städte mit geringeren Emissionen und bestimmten autofreien Gebieten in Städten ohne Beeinträchtigung von Gewerbegebieten (Forum 3 – Empfehlung 6).
7. Verbesserung der Fahrradinfrastruktur und Stärkung der Rechte und des Rechtsschutzes für Radfahrer und Fußgänger, insbesondere bei Unfällen mit Kraftfahrzeugen, Gewährleistung der Straßenverkehrssicherheit und Bereitstellung von Schulungen zur Straßenverkehrsordnung (Forum 3 – Empfehlung 4).
8. Regulierung des Minings von Kryptowährungen, die eine erhebliche Menge an Energie (PNM) verbrauchen.

5. Vorschlag: Nachhaltiger Konsum, nachhaltige Verpackungen und nachhaltige Produktion

Ziel: Verbesserung der Materialnutzung und -bewirtschaftung in der EU, um die Kreislaufwirtschaft zu fördern, unabhängiger zu werden und weniger abhängig zu sein. Aufbau einer Kreislaufwirtschaft durch Förderung einer nachhaltigen Produktion und nachhaltiger Produkte in der EU. Es sollte sichergestellt werden, dass alle auf dem Unionsmarkt in Verkehr gebrachten Produkte gemeinsamen Umweltnormen der Union entsprechen.

Maßnahmen:

1. Strengere und harmonisierte Produktionsnormen in der Union und ein transparentes Kennzeichnungssystem für alle auf dem Unionsmarkt verkauften Produkte in Bezug auf ihre Nachhaltigkeit/den ökologischen Fußabdruck und ihre Langlebigkeit mithilfe eines QR-Codes und eines Ökoscores oder des digitalen Produktpasses (Panel 3 – Empfehlungen 8, 13, 20 und 21, Panel 1 – Empfehlung 16, Panel 4 – Empfehlung 13).
2. Überprüfung der globalen Lieferketten, auch in der landwirtschaftlichen Erzeugung, um die Abhängigkeit der EU zu verringern und die Lieferketten zu verkürzen.
3. Weitere Verhinderung des Abfallaufkommens durch Festlegung von Zielvorgaben für die Vermeidung und Wiederverwendung sowie von Qualitätsstandards für Abfallsortiersysteme (Aussprache in der AG, Empfehlung FR).
4. Schrittweise Abschaffung nicht nachhaltiger Verpackungsformen, Regulierung umweltfreundlicher Verpackungen und Vermeidung von Materialverschwendung in Verpackungen durch Anreize und finanzielle Sanktionen sowie Investitionen in die Suche nach Alternativen (Panel 3 – Empfehlungen 15 und 25, Panel 1 – Empfehlung 12, Panel 4 – Empfehlung 16).
5. Einführung eines europäischen Pfandsystems für Verpackungen und fortgeschrittener Standards für Behältnisse (Panel 3 – Empfehlungen 22 und 23, PNM).
6. Einrichtung einer EU-Wissensplattform darüber, wie eine nachhaltige und langfristige Nutzung von Produkten sichergestellt werden kann und wie sie „repariert“ werden können, einschließlich der Informationen, die den Verbraucherverbänden zur Verfügung stehen (Forum 3 – Empfehlung 20).
7. Einführung von Maßnahmen gegen frühzeitige oder vorzeitige Obsoleszenz, einschließlich geplanter Obsoleszenz, Gewährleistung längerer Garantien, Förderung des Rechts auf Reparatur und Gewährleistung der Verfügbarkeit und Zugänglichkeit kompatibler Ersatzteile (Forum 3 – Empfehlung 20, Empfehlung FR, Empfehlung DE, Forum 1 – Empfehlung 14).
8. Schaffung eines Marktes für Sekundärrohstoffe unter Berücksichtigung der vorgeschriebenen Rezyklatanteile durch Förderung einer geringeren Verwendung von Rohstoffen (Aussprache in der AG).
9. Rasche Umsetzung einer ehrgeizigen Textilstrategie und Festlegung eines Mechanismus, mit dem die Verbraucher wissen, dass das Produkt Nachhaltigkeitskriterien erfüllt (Forum 3 – Empfehlung 28, Debatte in der AG).
10. Annahme von Maßnahmen auf EU-Ebene, um den Verbrauchern eine längere Nutzungsdauer der Produkte zu ermöglichen und Anreize dafür zu schaffen (Forum 3 – Empfehlung 20).
11. Verschärfung der Umweltstandards und Durchsetzung der Vorschriften für die Ausfuhr von Abfällen in die EU und in Drittländer (Forum 4 – Empfehlung 15, PNM).
12. Einführung von Maßnahmen zur Begrenzung der Werbung für umweltschädliche Produkte durch Einführung eines obligatorischen

Haftungsausschlusses für besonders umweltschädliche Produkte (Panel 3 – Empfehlung 22).

13. Anwendung strengerer Fertigungsstandards und fairer Arbeitsbedingungen entlang der gesamten Produktions- und Wertschöpfungskette (Panel 3 – Empfehlung 21).

6. Vorschlag: Information, Sensibilisierung, Dialog und Lebensstil

Ziel: Förderung von Wissen, Sensibilisierung, Bildung und Dialog über Umwelt, Klimawandel, Energieverbrauch und Nachhaltigkeit.

Maßnahmen:

1. Einrichtung einer interaktiven Plattform, deren Fakten überprüft wurden, um vielfältige und regelmäßig aktualisierte wissenschaftliche Informationen im Umweltbereich bereitzustellen (Panel 3 – Empfehlung 33).
2. Unterstützung von Kampagnen zur Förderung des ökologischen Bewusstseins, einschließlich einer langfristigen europäischen Kampagne für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Lebensweise (Empfehlungen DE, NL und FR, Forum 3 – Empfehlung 7).
3. Förderung und Erleichterung des Dialogs und der Konsultationen zwischen allen Entscheidungsebenen, insbesondere mit jungen Menschen und auf lokaler Ebene (Empfehlungen DE, NL und FR, Forum 3 – Empfehlungen 27 und 35, Aussprache im Plenum).
4. Festlegung einer gemeinsamen europäischen Charta durch die EU mit Unterstützung der Mitgliedstaaten, die auf Umweltfragen abzielt und das Umweltbewusstsein aller Bürgerinnen und Bürger fördert (Forum 3 – Empfehlung 7).
5. Bereitstellung von Schulungskursen und Lehrmaterial für alle, um das Wissen über Klima und Nachhaltigkeit zu verbessern und lebenslanges Lernen zu Umweltthemen zu ermöglichen (Forum 1 – Empfehlungen 15 und 35, Forum 3 – Empfehlung 24, Debatte der AG).
6. Einbeziehung der Lebensmittelerzeugung und des Schutzes der biologischen Vielfalt in das Bildungssystem, einschließlich der Vorteile unverarbeiteter Lebensmittel gegenüber verarbeiteten Lebensmitteln, und Förderung der Einrichtung von Schulgärten sowie der Gewährung von Zuschüssen für städtische Gartenbauprojekte und vertikale Landwirtschaft (Gremium 3 – Empfehlung 5, Panel 1 – Empfehlung 18). Erwägung, die biologische Vielfalt in Schulen zu einem Pflichtfach zu machen und das Bewusstsein für die biologische Vielfalt durch Medienkampagnen und EU-weite „Wettbewerbe“ (Wettbewerbe auf lokaler Ebene) zu schärfen (Forum 3 – Empfehlung 5, Forum 1 – Empfehlung 18).
7. Stärkung der Rolle und des Handelns der EU in den Bereichen Umwelt und Bildung durch Ausweitung der Zuständigkeiten der EU im Bereich der Klima- und Umwelterziehung und Ausweitung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf Themen, die als „von europäischem Interesse“ eingestuft wurden, wie die Umwelt (Empfehlungen NL und FR).
8. Förderung einer pflanzlichen Ernährung aus Gründen des Klimaschutzes und des Umweltschutzes.



„Gesundheit“

7.Vorschlag: Gesunde Ernährung und ein gesunder Lebensstil

Ziel: Gewährleistung, dass alle Europäerinnen und Europäer Zugang zu Bildung für gesunde Ernährung und Zugang zu gesunder und erschwinglicher Ernährung als Grundlage für eine gesunde Lebensweise haben, unter anderem durch folgende Maßnahmen:

Maßnahmen:¹

1. Festlegung von Mindeststandards für die Lebensmittelqualität und die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln, unter anderem durch Beschränkung des Einsatzes von Antibiotika und anderen Tierarzneimitteln auf das für den Schutz der Gesundheit und des Wohlergehens der Tiere unbedingt erforderliche Maß, anstatt sie präventiv zu verwenden, und Gewährleistung verstärkter Kontrollen in diesem Zusammenhang. [#23, #17]
2. Aufklärung der Bürger über gesunde Gewohnheiten, die sie von klein auf annehmen sollten, und Förderung sicherer und gesunder Entscheidungen, indem verarbeitete Lebensmittel besteuert werden, die nicht besteuert werden, und indem Gesundheitsinformationen über Lebensmittel leicht zugänglich gemacht werden; zu diesem Zweck ein EU-weites Bewertungssystem für verarbeitete Lebensmittel auf der Grundlage von wissenschaftlichem und unabhängigem Fachwissen sowie ein Gütesiegel für die Verwendung von Hormonen und endokrinen Disruptoren in der Lebensmittelherstellung einzuführen. In diesem Zusammenhang sollte die Überwachung und Durchsetzung der bestehenden Vorschriften verstärkt werden, und es sollte erwogen werden, sie zu stärken. [#18, #19, GT]
3. Förderung des Dialogs mit den Akteuren der Lebensmittelkette von der Produktion bis zum Verkauf im Rahmen der sozialen Verantwortung der Unternehmen für gesunde Lebensmittel. [#19, GT]
4. Unterstützung der Bereitstellung gesunder, abwechslungsreicher und erschwinglicher Lebensmittel in öffentlichen Einrichtungen wie Schulkantinen, Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen auf Unionsebene, auch durch spezifische Finanzierung. [#3, Plenum, AG]
5. Investitionen in die Erforschung der Auswirkungen des Einsatzes von Antibiotika und der Auswirkungen von Hormonen und endokrinen Disruptoren auf die menschliche Gesundheit. [#17, #18]²

1 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: #3, #17, #18, #19

2 # = Empfehlung der europäischen Bürgerforen.

8. Vorschlag: Stärkung des Gesundheitssystems

Ziel: Stärkung der Widerstandsfähigkeit und Qualität unserer Gesundheitssysteme, unter anderem durch:

Maßnahmen:³

1. Schaffung eines europäischen Raums für Gesundheitsdaten, der den Austausch von Gesundheitsdaten erleichtern würde; Einzelne Patientenakten könnten – auf freiwilliger Basis – unter Einhaltung der Datenschutzvorschriften mit einem individuellen elektronischen EU-Gesundheitspass zur Verfügung gestellt werden. [#41, GT]
2. angemessene Arbeitsbedingungen, insbesondere durch einen starken sozialen Dialog, auch in Bezug auf Löhne und Arbeitsbedingungen, und die Harmonisierung der Ausbildungs- und Zertifizierungsstandards für Angehörige der Gesundheitsberufe; Es sollten Vernetzungs- und Austauschprogramme entwickelt werden, z. B. ein Erasmus-Programm für medizinische Schulen, das erheblich zur Kompetenzentwicklung beitragen würde. Um Talente in Europa zu halten und junge Fachkräfte in die Lage zu versetzen, ihr Wissen zu erweitern und Berufserfahrung zu sammeln, sollten EU-Austauschprogramme eingerichtet werden, um sicherzustellen, dass unsere besten Köpfe im Bereich der Biowissenschaften nicht von Drittländern angezogen werden. [#39, GT]
3. Gewährleistung der strategischen Autonomie auf EU-Ebene, um die Abhängigkeit von Drittländern [NL2]⁴ bei Arzneimitteln (insbesondere Wirkstoffen) und Medizinprodukten (einschließlich Rohstoffen) zu vermeiden; Insbesondere sollte auf EU-Ebene eine Liste wichtiger und vorrangiger Arzneimittel und Behandlungen, aber auch innovativer Arzneimittel und Behandlungen (z. B. biotechnologische Lösungen) erstellt werden, die auf den bestehenden EU-Agenturen und der HERA aufbaut, um ihre Verfügbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Erwägung einer koordinierten strategischen Lagerung in der gesamten Union. Um die notwendigen koordinierten und langfristigen Maßnahmen auf Unionsebene zu erreichen, sollten Gesundheit und Gesundheitsversorgung durch Änderung von Artikel 4 AEUV in die geteilte Zuständigkeit der Union und ihrer Mitgliedstaaten aufgenommen werden. [#40, #49, Plenum, Arbeitsgruppe]
4. Weiterentwicklung, Koordinierung und Finanzierung bestehender Programme für Forschung und Innovation im Gesundheitswesen, ohne andere gesundheitsbezogene Programme, insbesondere für die Europäischen Referenznetzwerke, zu gefährden, da sie die Grundlage für den Aufbau von Netzen für die medizinische Versorgung hochspezialisierter und komplexer Behandlungen bilden. [#42, #43, GT]
5. Investitionen in die Gesundheitssysteme, insbesondere in den öffentlichen und gemeinnützigen Bereich, die Infrastruktur und die digitale Gesundheit, und Sicherstellung, dass die Gesundheitsdienstleister die Grundsätze der vollständigen Zugänglichkeit, Erschwinglichkeit und Qualität der Dienstleistungen einhalten, um sicherzustellen, dass die Ressourcen nicht von Angehörigen der Gesundheitsberufe abgeführt werden, die wenig oder kein Interesse am Gemeinwohl haben. [#51, GT]
6. Abgabe starker Empfehlungen an die Mitgliedstaaten für Investitionen in wirksame, zugängliche, erschwingliche, hochwertige und widerstandsfähige Gesundheitssysteme, auch im Rahmen des Europäischen Semesters. Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die öffentliche Gesundheit zeigen, dass widerstandsfähige Gesundheitssysteme und Solidaritätsmechanismen weiterentwickelt werden müssen. [#51, GT]

³ Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: #39,

9. Vorschlag: Ein breiterer Blick auf die Gesundheit

Ziel: Annahme eines ganzheitlichen Gesundheitskonzepts, bei dem neben Krankheiten und Behandlungen auch die Gesundheitskultur und -prävention angegangen und ein gemeinsames Verständnis der Probleme von kranken oder behinderten Menschen gefördert wird, im Einklang mit dem Konzept „Eine Gesundheit“, das als bereichsübergreifender und grundlegender Grundsatz hervorgehoben werden sollte, der alle Politikbereiche der Union umfasst.

Maßnahmen:⁵

1. Verbesserung des Verständnisses von Fragen der psychischen Gesundheit und der Möglichkeiten zu ihrer Bewältigung, auch in der frühen Kindheit und durch Früherkennung, auf der Grundlage bewährter Verfahren in der gesamten Union, die über das Portal für bewährte Verfahren im Bereich der öffentlichen Gesundheit leicht zugänglich sein sollten. Um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, sollten die EU-Organe und die einschlägigen Interessenträger Veranstaltungen zum Austausch bewährter Verfahren organisieren und ihre Mitglieder dabei unterstützen, diese in ihrem eigenen Wahlkreis zu verbreiten. Es sollte ein EU-Aktionsplan für psychische Gesundheit ausgearbeitet werden, der eine langfristige Strategie für psychische Gesundheit, einschließlich Forschung, enthält und sich auch mit der Verfügbarkeit von Fachkräften, auch für Minderjährige, und der Einführung eines Europäischen Jahres der psychischen Gesundheit in naher Zukunft befasst.
 2. Entwicklung eines Standardpädagogikprogramms für gesunde Lebensweisen auf EU-Ebene, das auch Sexualerziehung umfasst. Das Programm sollte auch Maßnahmen umfassen, die sowohl auf eine gesunde Lebensweise als auch auf den Schutz der Umwelt abzielen, und darlegen, wie sie dazu beitragen können, viele Krankheiten zu verhindern, z. B. das Radfahren als gesundes Mittel für die tägliche Fortbewegung. Es würde den Mitgliedstaaten und Schulen, die es gegebenenfalls in ihren Programmen nutzen könnten, kostenlos zur Verfügung stehen. Ein solches Programm würde Stereotypen über kranke oder behinderte Menschen angehen. [#46, GT]
 3. Entwicklung von Erste-Hilfe-Schulungen mit einer praktischen Komponente, die allen Bürgern kostenlos angeboten werden, und Prüfung der Möglichkeit regelmäßiger Kurse als gängige Praxis für Studenten und am Arbeitsplatz. Eine Mindestanzahl von Defibrillatoren sollte auch an öffentlichen Orten in allen Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen. [#50]
 4. Ausweitung der Initiative „Gesundheitswoche“, die in derselben Woche in der gesamten EU stattfinden soll und in der alle Gesundheitsfragen behandelt und erörtert werden sollten. Erwägen Sie auch Initiativen für das Jahr der Gesundheit, beginnend mit dem Jahr der psychischen Gesundheit. [#44, GT]
 5. Anerkennung von hormonellen Verhütungsmitteln, die aus medizinischen Gründen, z. B. bei Fibromyalgie und Endometriose, verwendet werden, sowie von Hygieneprodukten für Frauen als regelmäßige medizinische Behandlung im Bereich der Besteuerung. Gewährleistung des Zugangs zu reproduktiven Behandlungen für alle Menschen mit Fruchtbarkeitsproblemen. [#45, GT]
-
- 5 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: #44, #45, #46, #47, #50

10. Vorschlag: Gleicher Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle

Ziel: Schaffung eines „Rechts auf Gesundheit“, indem sichergestellt wird, dass alle Europäerinnen und Europäer gleichberechtigten und universellen Zugang zu erschwinglicher, vorbeugender, kurativer und hochwertiger Gesundheitsversorgung haben.

Maßnahmen:⁶

1. Festlegung gemeinsamer Gesundheitsmindeststandards auf EU-Ebene, die auch die Prävention, die Zugänglichkeit und die Nähe zur Gesundheitsversorgung betreffen, und Unterstützung bei der Festlegung solcher Standards. [#39, GT]
2. Anerkennung der Notwendigkeit, dem Subsidiaritätsprinzip und der Schlüsselrolle lokaler, regionaler und nationaler Akteure im Gesundheitsbereich in vollem Umfang Rechnung zu tragen [NL3] und sicherzustellen, dass Maßnahmen auf EU-Ebene ergriffen werden können, wenn das Recht auf Gesundheit dort besser behandelt wird. Ermöglichung einer schnelleren und entschlosseneren Entscheidungsfindung in wichtigen Fragen und Verbesserung der Wirksamkeit der europäischen Governance im Hinblick auf die Entwicklung der Europäischen Gesundheitsunion (z. B. bei Pandemien oder seltenen Krankheiten). [#49, FRsouhait11, digitale Plattform]
3. Stärkung der Europäischen Gesundheitsunion durch Ausschöpfung des vollen Potenzials des derzeitigen Rahmens und Einbeziehung von Gesundheit und Gesundheitsversorgung in die geteilte Zuständigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten durch Änderung von Artikel 4 AEUV. [#49, FRsouhait11, digitale Plattform, GT]⁷.
4. Es sollte sichergestellt werden, dass alle Personen Zugang zu Behandlungen haben, die im ersten EU-Land, in dem sie verfügbar sind, bereits bestehen. zu diesem Zweck Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere in Bezug auf seltene Krankheiten, Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und hochspezialisierte Behandlungen wie Organtransplantationen und die Behandlung von Schwerverbrannten. Für alle europäischen Patienten, die eine Transplantation benötigen, sollte ein europäisches Netz für Organtransplantationen und -spenden eingerichtet werden. [Plenartagung und AG]
5. Sicherstellung der Erschwinglichkeit der Versorgung durch höhere Investitionen in die Gesundheitsversorgung, insbesondere in die Zahnversorgung, einschließlich der Prophylaxe, und Gewährleistung, dass die erschwingliche Zahnversorgung in 15 bis 20 Jahren für alle zugänglich ist. [#48, GT]
6. Es sollte sichergestellt werden, dass Behandlungen und Arzneimittel in der gesamten Union von gleicher Qualität und zu fairen lokalen Kosten sind, unter anderem durch die Bekämpfung der derzeitigen Fragmentierung des Binnenmarkts. [#40, NL3, AG, Plenum]
7. Bekämpfung von Gesundheitsarmut durch Förderung der kostenlosen zahnärztlichen Versorgung von Kindern, einkommensschwachen Gruppen und anderen schutzbedürftigen Gruppen wie Menschen mit Behinderungen. Untersuchung der gesundheitlichen Auswirkungen von schlechtem Wohnraum. [#48, GT]
8. Berücksichtigung der internationalen Dimension der Gesundheit und Anerkennung der universellen Verfügbarkeit von Arzneimitteln, auch in den ärmsten Ländern. [NL2]

6 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: #39, #40, #45, #48, #50, FRchangement8, FRsouhait11, #51

7 Die Empfehlungen des niederländischen Bürgerforums weichen von den Empfehlungen des Europäischen Bürgerforums ab: Er vertritt die Auffassung, dass Gesundheit und Gesundheitsversorgung in erster Linie in die nationale Zuständigkeit fallen sollten [NL3].



„Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“

Einleitung

Wir leben in außergewöhnlichen Umständen, und die Europäische Union wird anhand ihrer Bemühungen beurteilt werden, gestärkt aus den derzeitigen Krisen mit einem nachhaltigeren, inklusiveren, wettbewerbsfähigeren und widerstandsfähigeren Wachstumsmodell hervorzugehen. Der russische Einmarsch in die Ukraine und die COVID-19-Pandemie haben das Gesicht der EU verändert. Die Konferenz wird sich auch mit den sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieses Krieges in einem bereits sehr schwierigen Kontext nach der Pandemie befassen müssen. Gleichzeitig stellt der Klimawandel nach wie vor eine Bedrohung für die Menschheit dar und wird dramatische Auswirkungen auf die Wirtschaft und unsere Gesellschaften haben. Aus den eingegangenen Empfehlungen geht eindeutig hervor, dass die Bürgerinnen und Bürger ein stärkeres Handeln der EU fordern. Ungelöste transnationale Herausforderungen wie Ungleichheit, Wettbewerbsfähigkeit, Gesundheit, Klimawandel, Migration, Digitalisierung oder faire Besteuerung erfordern geeignete europäische Lösungen. Aus den Empfehlungen und Diskussionen geht auch klar hervor, dass wir eine umfassende Strategie brauchen, um das Wohlergehen der europäischen Bürgerinnen und Bürger in den verschiedenen Aspekten ihres Lebens zu verbessern. Einige Elemente dieser Strategie sind Bestandteil der bestehenden Politiken und können unter umfassender Nutzung des bestehenden institutionellen Rahmens auf europäischer und nationaler Ebene erreicht werden; Andere erfordern neue politische Maßnahmen und in einigen Fällen Vertragsänderungen. Neue politische Maßnahmen und Vertragsänderungen sollten jedoch als Mittel zur Verbesserung des Wohlergehens und nicht als Selbstzweck betrachtet werden. Es ist möglich und notwendig, die Union neu zu definieren, um ihre strategische Autonomie, ihr nachhaltiges Wachstum, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und den menschlichen Fortschritt zu gewährleisten, ohne die Ressourcen unseres Planeten im Rahmen eines erneuerten Gesellschaftsvertrags zu erschöpfen oder zu zerstören. Diese Empfehlungen zielen darauf ab, diese Ziele zu erreichen. Die nachstehenden Vorschläge sollten unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ansichten und Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa gelesen werden. Diese Vielfalt der Standpunkte ist eine der unübertroffenen Stärken Europas.

11. Vorschlag: Nachhaltiges Wachstum und Innovation

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU den Übergang zu einem nachhaltigen und widerstandsfähigen Wachstumsmodell unterstützt, den grünen und den digitalen Wandel mit einer starken sozialen Dimension im Europäischen Semester berücksichtigt und die Bürgerinnen und Bürger, Gewerkschaften und Unternehmen stärkt. Herkömmliche makroökonomische Indikatoren und das BIP könnten durch neue Indikatoren ergänzt werden, um neuen europäischen Prioritäten wie dem europäischen Grünen Deal oder der europäischen Säule sozialer Rechte gerecht zu werden und den ökologischen und digitalen Wandel sowie das Wohlergehen der Menschen besser widerzuspiegeln. Dies könnte durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

Maßnahmen:⁸

1. Förderung umweltfreundlicherer Produktionsprozesse durch Unternehmen, Unterstützung von Unternehmen bei der Suche nach den besten Lösungen und Bereitstellung positiver und negativer Anreize. (KEP 11 und 12) und Erhöhung der lokalen Produktion und des lokalen Verbrauchs (Diskussionen).
 2. Förderung einer nachhaltigeren Kreislaufwirtschaft durch Bekämpfung der geplanten Obsoleszenz und Gewährleistung des Rechts auf Wiedergutmachung (EKP 14).
 3. Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung der Union und des Europäischen Semesters, um sicherzustellen, dass der ökologische und der digitale Wandel, soziale Gerechtigkeit und sozialer Fortschritt mit wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit einhergehen, ohne dabei den wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Charakter des Europäischen Semesters außer Acht zu lassen. Darüber hinaus müssen die Sozialpartner und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften besser in die Umsetzung des Europäischen Semesters einbezogen werden, um dessen Anwendung und Rechenschaftspflicht (Online-Plattform, Diskussionen) zu verbessern.
 4. Bekämpfung der Verwendung von Einwegkunststoffverpackungen/-behältern (CEP 12).
 5. Ausweitung des Einsatzes der europäischen Technologie als tragfähige Alternative zur ausländischen Technologie (Diskussionen).
 6. Förderung der Erforschung neuer Werkstoffe und Technologien sowie der innovativen Nutzung bestehender Werkstoffe bei gleichzeitiger Vermeidung doppelter Forschungsanstrengungen (EKP 9, NL 1).
 7. Prüfung der Nachhaltigkeit, Erschwinglichkeit und Zugänglichkeit von Energie unter Berücksichtigung der Energiearmut und der Abhängigkeit von Drittländern durch Erhöhung des Anteils nachhaltig erzeugter Energie (EKP 10, LT 3, IT 1.1).
 8. Sensibilisierung von Unternehmen und Bürgern für ein nachhaltigeres Verhalten und einen gerechten Übergang auf der Grundlage des sozialen Dialogs und hochwertiger Arbeitsplätze (EKP 12 und Online-Plattform).
 9. Aufnahme ehrgeiziger Standards in den Bereichen Soziales, Arbeit und Gesundheit, einschließlich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, in neue EU-Handelsabkommen. (LT8)
-
- 8 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerforum 1: 9, 10, 11, 12, 14; Niederlande: 1; Italien: 1.1, Litauen: 3, 8.

12. Vorschlag: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und weitere Vertiefung des Binnenmarkts

Ziel: Wir schlagen vor, die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der Wirtschaft, des Binnenmarkts und der Industrie der EU zu stärken und strategische Abhängigkeiten zu beseitigen. Wir müssen eine Unternehmenskultur in der EU fördern, in der innovative Unternehmen jeder Größe, insbesondere Kleinunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen sowie Start-up-Unternehmen, gefördert werden und gedeihen können, um zu widerstandsfähigeren und solidarischeren Gesellschaften beizutragen. Eine starke und tragfähige Marktwirtschaft ist erforderlich, um die Vision eines sozialeren Europas zu fördern. Dies könnte durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

Maßnahmen:⁹

1. Entwicklung einer klaren Vision für die europäische Wirtschaft und Nutzung der Stärken, der Qualität und der Vielfalt Europas unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sonstigen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sowie Förderung der Zusammenarbeit und des Wettbewerbs zwischen Unternehmen. (NL 1 & 2)
2. Konsolidierung der Maßnahmen in Bezug auf die einheitliche Währung und die Vernetzung von Zahlungssystemen und Telekommunikation. (IT 4.a.2)
3. Verringerung der Produktnormierung und Anerkennung lokaler und regionaler kultureller und produktionsbezogener Besonderheiten (Achtung der Produktionstraditionen). (IT 2.2)
4. Stärkung der sozialen und wirtschaftlichen Aufwärtskonvergenz im Binnenmarkt durch den Abschluss bestehender Initiativen wie der Bankenunion und der Kapitalmarktunion und die Umsetzung einer zukunftsorientierten Reform unserer Wirtschafts- und Währungsunion (Diskussionen).
5. Förderung von Maßnahmen zur Förderung einer starken industriellen Basis und von Innovationen bei Schlüsseltechnologien sowie einer zukunftsorientierten Klimapolitik in Verbindung mit einer industriellen Wettbewerbsfähigkeit mit einer starken sozialen Dimension, die auf dem sozialen Dialog und gut funktionierenden Arbeitsbeziehungen beruht (Diskussionen).
6. Bei allen neuen Initiativen ist den KMU, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden, besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Der Grundsatz „Vorfahrt für KMU“ muss in allen Legislativvorschlägen der EU eingehalten werden, und der KMU-Test sollte in den Folgenabschätzungen der Kommission im Einklang mit klaren Grundsätzen unter uneingeschränkter Achtung der Sozial- und Umweltstandards und der Verbraucherrechte (Diskussionen) gestärkt werden.
7. Gewährleistung der Beteiligung von KMU an Finanzierungsanträgen, Ausschreibungen und Netzen mit möglichst geringem Verwaltungsaufwand. Der Zugang zu Finanzmitteln für KMU mit risikoreichen Innovationsprojekten sollte von Einrichtungen wie dem Europäischen Innovationsrat und der Europäischen Investitionsbank (Diskussionen) weiter ausgebaut werden.
8. Schaffung eines besseren Rahmens für Full-Investitionen, um nachhaltigere und biodiversitätsreichere Geschäftsmodelle zu schaffen (EKP 10, 11 und 14); den Schwerpunkt auf Technologie und Innovation als Wachstumsmotoren zu legen. (IT 1.3)
9. Förderung der kollektiven Wirtschaftsleistung durch eine autonome und wettbewerbsfähige Industrie. (FR3)
10. Ermittlung und Entwicklung strategischer Sektoren, einschließlich Weltraum, Robotik und KI. (DE 3 & 9)
11. Investitionen in die Tourismus- und Kulturwirtschaft, wobei auch die vielen kleinen Reiseziele in Europa aufgewertet werden. (IT 1.2)

12. Gewährleistung der Versorgungssicherheit durch Diversifizierung der Input-/Rohstoffquellen und Steigerung der Produktion wichtiger Güter in Europa wie Gesundheit, Ernährung, Energie, Verteidigung und Verkehr. (FR 9, LT 1, IT 1.4)
 13. Förderung der Digitalisierung europäischer Unternehmen, z. B. durch ein spezielles Scoreboard, das es den Unternehmen ermöglicht, ihren Digitalisierungsgrad zu vergleichen, mit dem übergeordneten Ziel, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. (DE 2.1)
 14. Förderung des digitalen Zusammenhalts als Beitrag zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt im Sinne des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Diskussionen).
 15. Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zur Stärkung des Zusammenhalts und der Resilienz innerhalb und außerhalb der Regionen durch Förderung des europäischen grenzübergreifenden Mechanismus und ähnlicher Instrumente (Diskussionen).
 16. Stärkung und Förderung grenzüberschreitender Ausbildungsmöglichkeiten, um die Kompetenzen der europäischen Arbeitskräfte zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und gleichzeitig die Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger im Wirtschaftsbereich zu stärken. (DE 2.2, LT7). Förderung des Austauschs zwischen Arbeitnehmern in Europa durch ein Europäisches Beschäftigungszentrum; (IT 6.1) Ermutigung junger Menschen, wissenschaftliche Fächer zu studieren. (IT 1.5)
 17. Verringerung des bürokratischen Aufwands (Genehmigungen, Zertifizierungen), wenn dies nicht unbedingt erforderlich ist. (IT 2.1)
 18. Bekämpfung von Nachahmung und unlauterem Wettbewerb. (IT 2.4)
 19. Gewährleistung einer stärkeren Beteiligung von Start-up-Unternehmen und KMU an Innovationsprojekten, da dies ihre Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und Vernetzung stärkt (Online-Plattform, Diskussionen).
 20. Die Konsolidierung und der Schutz des Binnenmarkts sollten weiterhin eine Priorität sein; Maßnahmen und Initiativen auf nationaler und EU-Ebene sollten sich nicht nachteilig auf den Binnenmarkt auswirken und zum freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr beitragen (Diskussionen).
 21. Neue politische Initiativen der EU sollten einer „Wettbewerbsfähigkeitskontrolle“ unterzogen werden, um ihre Auswirkungen auf Unternehmen und ihr Geschäftsumfeld (Kosten der Wirtschaftstätigkeit, Innovationsfähigkeit, internationale Wettbewerbsfähigkeit, gleiche Wettbewerbsbedingungen usw.) zu analysieren. Diese Überwachung steht im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris und den Zielen für nachhaltige Entwicklung, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter, und beeinträchtigt nicht den Schutz der Menschenrechte, der sozialen Rechte und der Arbeitnehmerrechte sowie der Umwelt- und Verbraucherschutzstandards. Zu diesem Zweck schlagen wir auch die Einrichtung eines europäischen Beratungsgremiums für Wettbewerbsfähigkeit vor, das überwachen soll, wie die Überwachung der Wettbewerbsfähigkeit durchgeführt wird, und insbesondere die kumulativen Auswirkungen der Rechtsvorschriften bewerten und Vorschläge zur Verbesserung der geeigneten Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der EU vorlegen soll. Dieses Gremium sollte die organisierte Zivilgesellschaft und die Sozialpartner in seine Governance einbeziehen; (Diskussionen)
-
- 9 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerforum 1: 10, 11 & 14; Deutschland: 2.1, 2.2; Niederlande: 1, 2; Frankreich: 3, 9; Italien: 1,2, 1,3, 1,4, 1,5, 2,1, 2,2, 2,4, 4.a.2, 6,1; Litauen: 1, 7.

13. Vorschlag: Inklusive Arbeitsmärkte

Ziel: Wir schlagen vor, die Funktionsweise der Arbeitsmärkte zu verbessern, um fairere Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und die Gleichstellung der Geschlechter sowie die Beschäftigung, insbesondere von jungen Menschen und schutzbedürftigen Gruppen, zu fördern. Die EU, die Mitgliedstaaten und die Sozialpartner müssen sich dafür einsetzen, die Armut trotz Erwerbstätigkeit zu beenden, die Rechte von Plattformbeschäftigten zu stärken, unbezahlte Praktika zu verbieten und eine faire Arbeitskräftemobilität in der EU sicherzustellen. Wir müssen den sozialen Dialog und Tarifverhandlungen fördern. Wir müssen die vollständige Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte, einschließlich ihrer einschlägigen Kernziele für 2030, auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene in den Bereichen „Chancengleichheit und Zugang zum Arbeitsmarkt“ und „faire Arbeitsbedingungen“ sicherstellen und dabei die Zuständigkeiten sowie die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit achten und ein Protokoll über den sozialen Fortschritt in die Verträge aufnehmen. Dabei müssen die nationalen Traditionen und die Autonomie der Sozialpartner geachtet und mit der Zivilgesellschaft zusammengearbeitet werden. Dies könnte durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

Maßnahmen:¹⁰

1. Es sollte sichergestellt werden, dass die gesetzlichen Mindestlöhne für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen Mitgliedstaaten eine angemessene und vergleichbare Lebensqualität gewährleisten. Es sollten klare Kriterien (z. B. Lebenshaltungskosten, Inflation, ein Niveau oberhalb der Armutsgrenze, nationaler Durchschnitts- und Medianlohn) festgelegt werden, die bei der Festlegung der Höhe der Mindestlöhne zu berücksichtigen sind. Die Höhe der gesetzlichen Mindestlöhne sollte regelmäßig anhand dieser Kriterien überprüft werden, um sicherzustellen, dass sie angemessen sind. Besondere Aufmerksamkeit sollte der wirksamen Umsetzung dieser Vorschriften und der Überwachung und Überwachung der Verbesserung des Lebensstandards gewidmet werden. Gleichzeitig sollten Tarifverhandlungen in der gesamten Union gestärkt und gefördert werden (EKP 1 und 30; DE 4.2; Online-Plattform).
2. Bestandsaufnahme und weitere Stärkung der Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie (Richtlinie 2003/88/EG) und anderer einschlägiger Rechtsvorschriften zur Gewährleistung einer gesunden Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben bei gleichzeitiger Prüfung neuer nationaler Maßnahmen in diesem Bereich (EKP 2).
3. Einführung oder Stärkung der bestehenden Rechtsvorschriften für intelligentes Arbeiten und Schaffung von Anreizen für Unternehmen, diese neue Arbeitsweise zu fördern. (EKP 7) Die Union sollte das Recht auf Nichterreichbarkeit gewährleisten, mehr tun, um die digitale Kluft am Arbeitsplatz zu überwinden und die Auswirkungen von Telearbeit auf die Gesundheit, die Arbeitszeit und die Leistung von Unternehmen zu bewerten. Es muss für eine faire Digitalisierung auf der Grundlage der Menschenrechte, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Tarifverhandlungen (Diskussionen) gesorgt werden.
4. Integration der Beschäftigungspolitik auf EU-Ebene, wo aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nach wie vor zentral und zunehmend koordiniert sind (IT 6.2), während sich die Mitgliedstaaten auf die Fortsetzung ihrer Reformbemühungen konzentrieren, um günstige Bedingungen für die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze zu schaffen (Diskussionen).
5. Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die sozialen Rechte im Konfliktfall umfassend geschützt werden und Vorrang vor den wirtschaftlichen Freiheiten haben, unter anderem durch die Aufnahme eines Protokolls über den sozialen Fortschritt in die Verträge (Online-Plattform, Diskussionen).

6. Gewährleistung der Gleichstellung der Geschlechter im Einklang mit der EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025. Die EU sollte die Gleichstellung der Geschlechter weiterhin anhand eines Gleichstellungsindex messen (Einstellung, Lohngefälle, Beschäftigung, Führungsrolle usw.), die Strategie jährlich überwachen, für Transparenz in Bezug auf die erzielten Ergebnisse sorgen, den Austausch von Fachwissen und bewährten Verfahren fördern und einen möglichen direkten Mechanismus für Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger (z. B. einen Bürgerbeauftragten) einrichten (EKP 28; IT 5.a.1). Das geschlechtsspezifische Lohngefälle muss angegangen und Quoten für höhere Führungspositionen eingeführt werden. Unternehmerinnen sollten im Unternehmensumfeld stärker unterstützt werden, ebenso wie Frauen in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (Diskussionen).
7. Förderung der Beschäftigung junger Menschen, unter anderem durch finanzielle Unterstützung für Unternehmen, aber auch durch zusätzliche Unterstützung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer (NL 4) und Unterstützung für Jungunternehmer und Selbstständige, z. B. durch Bildungsinstrumente und Kurse (Diskussionen).
8. Förderung der Beschäftigung benachteiligter Gruppen (NL 4), insbesondere von Menschen mit Behinderungen (Online-Plattform).
9. Förderung von Beschäftigung und sozialer Mobilität, damit die Menschen alle Chancen auf Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung haben. (IT 5.a.4 und IT 6.1) Es könnte eine langfristige Strategie geben, um sicherzustellen, dass jeder in unserer Gesellschaft über die richtigen Kompetenzen verfügt, um einen Arbeitsplatz zu finden und sein Talent zu fördern, insbesondere die jüngere Generation (Diskussionen). Es ist wichtig, in Kompetenzen zu investieren, die an die sich wandelnden Bedürfnisse des Arbeitsmarktes angepasst sind, und das lebenslange Lernen unter anderem durch ein Austauschprogramm in allen Lebensphasen zu fördern und das Recht auf lebenslanges Lernen und das Recht auf Bildung zu gewährleisten. (FR 6; DE 4.1) Zu diesem Zweck ist eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Anbietern beruflicher Aus- und Weiterbildung (Diskussionen) erforderlich.
10. Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerforum 1: 1, 2, 7, 28, 30; Deutschland: 4.1, 4.2; Niederlande: 4; Frankreich: 6; Italien: 5.a.1, 5.a.4, 6.1, 6.2.

14. Vorschlag: Stärkere Sozialpolitik

Ziel: Wir schlagen vor, Ungleichheiten abzubauen, soziale Ausgrenzung und Armut zu bekämpfen. Wir müssen eine umfassende Strategie zur Armutsbekämpfung entwickeln, die unter anderem eine Stärkung der Kinder- und Jugendgarantie, die Einführung von Mindestlöhnen, einen gemeinsamen europäischen Rahmen für Mindesteinkommensregelungen und menschenwürdigen Sozialwohnungen umfassen könnte. Wir müssen die vollständige Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte, einschließlich ihrer einschlägigen Kernziele für 2030, auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene in den Bereichen „sozialer Schutz und soziale Inklusion“ unter Wahrung der jeweiligen Zuständigkeiten und der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sicherstellen und ein Protokoll über den sozialen Fortschritt in die Verträge aufnehmen. Dies könnte durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

Maßnahmen:¹¹

1. Stärkung der Zuständigkeiten der Union im Bereich der Sozialpolitik und Vorschlag harmonisierter Rechtsvorschriften für die gesamte Union zur Förderung der Sozialpolitik und zur Gewährleistung gleicher Rechte, auch im Gesundheitsbereich, unter Berücksichtigung der erlassenen Vorschriften und der Mindestanforderungen im gesamten Hoheitsgebiet. (EKP 19 & 21) Die EU könnte die Politik der Mitgliedstaaten unterstützen und ergänzen, indem sie unter anderem einen gemeinsamen Rahmen zur Gewährleistung eines Mindesteinkommens vorschlägt, damit niemand zurückgelassen wird. Diese Maßnahmen sollten im Rahmen der vollständigen Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte und ihres Aktionsplans (Diskussionen) durchgeführt werden.
2. Keine Kompromisse bei den sozialen Rechten (öffentliche Gesundheit, öffentliche Bildung, Arbeitspolitik). (IT 4.a.1)
3. Förderung der Sozial- und Gesundheitsforschung in der EU unter Beachtung von Prioritäten, die als von öffentlichem Interesse angesehen und von den Mitgliedstaaten gebilligt wurden, und Bereitstellung angemessener Finanzmittel. Dies könnte zum Teil durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Fachgebieten, Ländern und Studienzentren (Universitäten usw.) erreicht werden (EKP 20).
4. Gewährung des Zugangs zu medizinischen Dienstleistungen für alle Personen unter 16 Jahren in der gesamten EU, wenn diese Dienstleistungen im nationalen Kontext nicht verfügbar sind (Diskussionen).
5. Gewährleistung, dass die EU gemeinsam mit den Sozialpartnern und den nationalen Regierungen den gezielten Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu angemessenem sozialem Wohnraum entsprechend ihren spezifischen Bedürfnissen unterstützt; Die finanziellen Anstrengungen sollten zwischen privaten Geldgebern, Eigentümern, Wohnungsbegünstigten, Regierungen der Mitgliedstaaten auf zentraler und lokaler Ebene und der Europäischen Union (EKP 25) aufgeteilt werden.

¹¹ Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerforum 1: 19, 20, 21, 25; Italien: 4.a.1.

15. Vorschlag: Demografischer Wandel

Ziel: Wir schlagen vor, die Herausforderungen zu bewältigen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben, der ein kritischer Bestandteil der allgemeinen Resilienz Europas ist, insbesondere die niedrigen Geburtenraten und die anhaltende Alterung der Bevölkerung, indem die Menschen während ihres gesamten Lebens unterstützt werden. Dies sollte eine umfassende Maßnahme sein, die sich an alle Generationen richtet, von Kindern und Jugendlichen bis hin zu Familien, der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, älteren Menschen, die noch arbeitsbereit sind, sowie Menschen, die im Ruhestand sind oder Pflege benötigen. Dies könnte durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

Maßnahmen:¹²

1. Gewährleistung hochwertiger, erschwinglicher und zugänglicher Kinderbetreuungsdienste in der gesamten Union, damit Mütter und Väter ihr Berufs- und Familienleben vertrauensvoll miteinander vereinbaren können. Gegebenenfalls könnte dies Kinderbetreuungsmöglichkeiten am oder in der Nähe des Arbeitsplatzes umfassen. In einigen Mitgliedstaaten gibt es auch nächtliche Kinderbetreuung, die als Beispiel dienen sollte. Darüber hinaus könnten diese Maßnahmen mit Unterstützungsmaßnahmen wie ermäßigten Mehrwertsteuersätzen für die für Kinder benötigte Ausrüstung einhergehen. Die Verhinderung von Kinderarmut und sozialer Ausgrenzung ist von entscheidender Bedeutung. (EKP 22 und 26) Die Stärkung der Garantie für Kinder, indem der Zugang bedürftiger Kinder zu Dienstleistungen wie Bildung und Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung, Ernährung und Wohnraum sichergestellt wird, könnte ein Instrument sein, um dies zu erreichen (Online-Plattform, Diskussionen).
2. Spezifische Unterstützung und Arbeitsschutz für junge Menschen. Maßnahmen für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sollten den Zugang von Müttern und Vätern zu Wissen bei ihrer Rückkehr an den Arbeitsplatz umfassen (EKP 22). Die Stärkung der Jugendgarantie könnte ein Instrument sein, um den Zugang junger Menschen unter 30 Jahren zu einem hochwertigen Angebot in Bezug auf Beschäftigung, Weiterbildung, Ausbildung oder Praktikum zu verbessern. (Diskussionen)
3. Förderung des Rechts auf Freizügigkeit im Bildungsbereich innerhalb der Union, unter anderem durch die gegenseitige Anerkennung von Diplomen, Besoldungsgruppen, Kompetenzen und Qualifikationen. (Diskussionen)
4. Verbesserung der Rechtsvorschriften und ihrer Umsetzung, um Familien in allen Mitgliedstaaten zu unterstützen, z. B. in Bezug auf Elternurlaub sowie Geburts- und Kinderbetreuungsbeihilfen. (EKP 26 und IT 5.a.1) Der Wohnungsbau spielt eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung von Familien und sollte angegangen werden (Online-Plattform, Diskussionen).
5. Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass alle Familien in allen Mitgliedstaaten die gleichen Familienrechte genießen. Dazu sollte auch das Recht auf Eheschließung und Adoption gehören. (PCE 27)
6. Förderung eines flexiblen Renteneintrittsalters unter Berücksichtigung der besonderen Situation älterer Menschen. Bei der Bestimmung des Renteneintrittsalters ist nach Beruf zu differenzieren und damit eine besonders anspruchsvolle Arbeit sowohl geistig als auch körperlich zu berücksichtigen. (EKP 21 und IT 5.a.1)
7. Vermeidung der Altersarmut durch Einführung von Mindestrenten. Bei diesen Mindestniveaus sollten der Lebensstandard, die Armutsgrenze und die Kaufkraft in dem betreffenden Mitgliedstaat berücksichtigt werden. (PCE 21)
8. Gewährleistung einer angemessenen Sozial- und Gesundheitsfürsorge für ältere Menschen. Dabei ist es wichtig, sowohl auf gemeindenahe Pflegedienste als auch auf

häusliche Pflege zu achten. Ebenso müssen bei den Maßnahmen sowohl die Pflegebedürftigen als auch die Leistungserbringer berücksichtigt werden. (PCE 23)

9. Gewährleistung der nachhaltigen Entwicklung und der demografischen Resilienz von Regionen mit Entwicklungsrückstand, um sie dynamischer und attraktiver zu machen, auch durch die Kohäsionspolitik. (Online-Plattform und Diskussionen)
10. Ergreifung koordinierter Maßnahmen auf europäischer Ebene, um nach Faktoren wie

dem Geschlecht aufgeschlüsselte Daten zu erheben und demografische Trends zu analysieren, bewährte Verfahren und Wissen auszutauschen und die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung und Umsetzung geeigneter politischer Maßnahmen zu unterstützen, unter anderem durch die Einrichtung einer speziellen EU-Einrichtung in diesem Bereich. (Online-Plattform und Diskussion).

-
- 12 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerforum 1: 21, 22, 23, 26, 27; Italien: 5.a.1.

16. Vorschlag: Haushalts- und Steuerpolitik

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU zukunftsorientierte Investitionen mit Schwerpunkt auf dem grünen und dem digitalen Wandel mit einer starken sozialen und geschlechtsspezifischen Dimension fördert und dabei die Beispiele von NextGenerationEU und des Europäischen Instruments zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage (SURE) berücksichtigt. Die Union muss die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine und den Zusammenhang zwischen ihrer wirtschaftspolitischen Steuerung und dem neuen geopolitischen Kontext berücksichtigen und ihren eigenen Haushalt durch neue Eigenmittel stärken. Die Bürgerinnen und Bürger möchten, dass sich die Besteuerung von Bürgern und KMU abwendet und auf Steuerhinterzieher, große Umweltverschmutzer und digitale Giganten abzielt. Gleichzeitig möchten sie, dass die EU die Fähigkeit der Mitgliedstaaten und der lokalen Behörden unterstützt, sich selbst zu finanzieren und EU-Mittel zu nutzen. Dies sollte durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

Maßnahmen:¹³

1. Harmonisierung und Koordinierung der Steuerpolitik in den EU-Mitgliedstaaten, um Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung zu verhindern, Steueroasen in der EU zu vermeiden und Verlagerungen innerhalb Europas ins Visier zu nehmen, unter anderem indem sichergestellt wird, dass Beschlüsse in Steuerangelegenheiten mit qualifizierter Mehrheit im Rat der EU gefasst werden können. Andererseits gibt es Empfehlungen von Bürgerforen, dass die Besteuerung in die Zuständigkeit der einzelnen Länder fällt, die ihre eigenen Ziele und Umstände haben. (EKP 13 und 31, IT 4.b.3, NL 2.3)
2. Förderung der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten, um sicherzustellen, dass alle EU-Unternehmen ihren gerechten Anteil an Steuern zahlen; Einführung einer gemeinsamen Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) oder eines effektiven Mindestsatzes. (NL 3)
3. Stellen Sie sicher, dass Unternehmen dort Steuern zahlen, wo Gewinne erzielt werden. (PCE 13)
4. Sicherstellen, dass die Steuerpolitik die europäische Industrie unterstützt und Arbeitsplatzverluste in Europa verhindert. (EKP 13 und 31)
5. Weitere Prüfung der Möglichkeit gemeinsamer Anleihen auf EU-Ebene, um günstigere Anleihebedingungen zu schaffen und gleichzeitig eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik auf der Ebene der Mitgliedstaaten aufrechtzuerhalten. (LT 9)

6. Verstärkte Überwachung der Ausschöpfung
und Verwendung von EU-Mitteln, auch auf
lokaler und kommunaler Ebene.(LT 10)

13 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf

die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt:

Europäisches Bürgerforum 1: 13, 31;

Niederlande: 2.3; Italien: 4.b.3, 4.b.6; Litauen: 9,
10.



„Die EU in der Welt“

17. Vorschlag: Verringerung der Abhängigkeit der EU von ausländischen Akteuren in strategischen Wirtschaftszweigen aus wirtschaftlicher Sicht

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU Maßnahmen ergreift, um ihre Autonomie in wichtigen strategischen Sektoren wie landwirtschaftlichen Erzeugnissen, strategischen Wirtschaftsgütern, Halbleitern, Medizinprodukten, innovativen digitalen und ökologischen Technologien sowie Energie zu stärken, und zwar durch:

Maßnahmen:

1. Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation und Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Partnern in diesem Bereich.
2. Aufrechterhaltung einer ehrgeizigen Agenda für Handelsverhandlungen, die dazu beitragen kann, die Widerstandsfähigkeit und Diversifizierung der Lieferketten, insbesondere für Rohstoffe, zu stärken und gleichzeitig die Vorteile des Handels gerechter und mit mehr Partnern zu teilen, wodurch unsere Exposition und Abhängigkeit von einer kleinen Anzahl von Lieferanten, die ein Risiko darstellen können, begrenzt wird.¹⁴
3. Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Lieferketten der EU durch Förderung von Investitionen in strategische Sektoren in der EU, Lagerung kritischer Produktionen und Geräte und Diversifizierung der Bezugsquellen für kritische Rohstoffe.
4. Weitere Investitionen in die Vervollständigung des Binnenmarkts und die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen, um die Herstellung und den Kauf dieser Erzeugnisse in der Europäischen Union attraktiver zu machen.
5. Unterstützung, um sicherzustellen, dass diese Produkte für die europäischen Verbraucher verfügbar und erschwinglich sind, und um Abhängigkeiten von außen zu verringern, z. B. durch Struktur- und Regionalpolitik, Steuererleichterungen, Subventionen, Investitionen in Infrastruktur und Forschung, die die Wettbewerbsfähigkeit von KMU fördern, sowie durch Bildungsprogramme, um die entsprechenden Kompetenzen und Arbeitsplätze in Europa zu erhalten, die für die Sicherung der Grundbedürfnisse relevant sind.¹⁵
6. Ein europäisches Programm zur Unterstützung kleiner lokaler Erzeuger in strategischen Sektoren in allen Mitgliedstaaten¹⁶ durch verstärkte Nutzung von EU-Programmen und -Finanzierungsinstrumenten wie InvestEU.
7. Bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten beim Management von Lieferkettenrisiken.¹⁷

¹⁴ Aus den Debatten der Arbeitsgruppe und der Plenartagung.

¹⁵ Siehe Empfehlung 1 des EKP4, Empfehlung 2 des NKS Deutschland, Panel 1 „Die EU in der Welt“, und Empfehlung 2 des NKS Italien, Gruppe 2, Rec. 1, entwickelt in der Arbeitsgruppe.

¹⁶ Siehe Empfehlung 4 des EKP4 und die Empfehlungen 5 und 6 des NKS Italien, Gruppe 2, die in der Arbeitsgruppe entwickelt wurden.

¹⁷ Siehe die digitale Plattform und die Empfehlungen 2 und 3 des NKS Italien, Gruppe

2, entwickelt in der Arbeitsgruppe,
<https://futureu.europa.eu/processes/EUInTheWorld/f/16/proposals/197870?locale=de>.

18. Vorschlag: Verringerung der Abhängigkeit der EU von ausländischen Akteuren im Energiebereich

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU im Rahmen des laufenden ökologischen Wandels eine größere Autonomie bei der Energieerzeugung und -versorgung durch folgende Maßnahmen erreicht:

Maßnahmen:

1. Annahme einer Strategie zur Stärkung der Eigenständigkeit bei der Energieerzeugung. Eine europäische Einrichtung sollte bestehende europäische Energieagenturen integrieren, die Entwicklung erneuerbarer Energien koordinieren und den Wissensaustausch fördern.¹⁸
2. Aktive Unterstützung von Projekten im Bereich des öffentlichen Verkehrs und der Energieeffizienz, eines europäischen Hochgeschwindigkeitsschienennetzes für den Güterverkehr, der Ausweitung der Versorgung mit sauberer und erneuerbarer Energie (einschließlich Solar- und Windenergie), alternativer Technologien (wie Wasserstoff oder energetische Abfallverwertung) sowie des Übergangs in städtischen Gebieten von einer Kultur des Individualverkehrs zu einer Kultur des öffentlichen Verkehrs, der gemeinsamen Nutzung von Elektroautos und des Fahrrads.¹⁹
3. Gewährleistung eines gerechten und gerechten Übergangs, insbesondere durch Unterstützung schutzbedürftiger Bürgerinnen und Bürger, die beim Übergang zur Klimaneutralität vor den größten Herausforderungen stehen und aufgrund der Energieabhängigkeit und der jüngsten Verdreifachung der Energiepreise bereits unter steigenden Energiepreisen leiden.
4. Verstärkte Zusammenarbeit bei der Bewertung der Nutzung der Kernenergie im Rahmen des laufenden ökologischen Wandels hin zu erneuerbaren Energien in Europa, indem kollektive Fragen untersucht werden, die durch sie gelöst oder geschaffen werden könnten, da sie in vielen Mitgliedstaaten nach wie vor genutzt wird.²⁰
5. Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, um sie zu verpflichten, in verschiedenen internationalen Foren, einschließlich der G7 und der G20, ehrgeizigere Klimaschutzziele zu erreichen.
6. Verknüpfung des Außenhandels mit klimapolitischen Maßnahmen (z. B. durch die Einleitung eines Investitionspakets für klimafreundliche Technologien und Innovationen, einschließlich Finanzierungsprogramme).²¹
7. Gemeinsame Beschaffung importierter Energie und nachhaltige Energiepartnerschaften, um die Abhängigkeit Europas von Energieeinfuhren, insbesondere in den Bereichen Gas und Öl, zu verringern und die inländischen Energiequellen der EU auszubauen.

18 Siehe Empfehlung 14 des EKP4, die von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde.

19 Siehe Empfehlung 2 des EKP4 und Empfehlung 4 des NKS Italien, Gruppe 2, die in der Arbeitsgruppe entwickelt wurden.

20 Siehe Empfehlung 17 des EKP4 und Empfehlung 4 des NKS Italien, Gruppe 2, die in der Arbeitsgruppe entwickelt wurden.

21 Siehe Empfehlung 1 des NKS Deutschland, Panel 1 „Die EU in der Welt“, entwickelt in der Arbeitsgruppe.

19. Vorschlag: Festlegung von Standards innerhalb und außerhalb der EU für Handels- und Investitionsbeziehungen

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU die ethische Dimension ihrer Handels- und Investitionsbeziehungen durch folgende Maßnahmen stärkt:

Maßnahmen:

1. Erhaltung und Reform unserer regelbasierten multilateralen internationalen Handelsarchitektur und Partnerschaft mit gleichgesinnten Demokratien.
2. Wirksame und verhältnismäßige EU-Rechtsvorschriften, mit denen sichergestellt werden soll, dass menschenwürdige Arbeitsstandards in allen globalen Wertschöpfungsketten, auch in den Produktions- und Lieferketten der EU, vollständig angewandt werden und dass eingeführte Waren ethischen Qualitätsstandards, nachhaltiger Entwicklung und Menschenrechtsstandards, einschließlich der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, entsprechen, indem eine Zertifizierung für Produkte angeboten wird, die mit diesen EU-Rechtsvorschriften im Einklang stehen,²² und indem ein EU-weiter Dialogprozess eingeleitet wird, der darauf abzielt, über die ökologischen und ethischen Auswirkungen strategischer Veränderungen im internationalen Handel zu informieren und aufzuklären.
3. Beschränkungen für die Einfuhr und den Verkauf von Produkten aus Ländern, die Zwangs- und Kinderarbeit zulassen, eine regelmäßig aktualisierte schwarze Liste von Unternehmen und die Sensibilisierung der Verbraucher für Kinderarbeit durch Informationen, die über offizielle EU-Kanäle veröffentlicht werden.²³
4. Überwachung und Durchsetzung der durchsetzbaren Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung in den Freihandelsabkommen der EU, einschließlich der Möglichkeit eines Mechanismus auf der Grundlage von Sanktionen als letztes Mittel.
5. Reform des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) der EU, um strenge Cross-Compliance-Bestimmungen und wirksame und angepasste Überwachungs-, Berichterstattungs- und Dialogverfahren aufzunehmen, um die Auswirkungen des APS auf Handel, Menschenrechte und Entwicklung in Partnerländern zu verbessern, mit der Möglichkeit, Handelspräferenzen im Falle der Nichteinhaltung zurückzuziehen.

22 Siehe Empfehlung 3 des EKP4, die von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde.

23 Siehe Empfehlung 11 des EKP4, die von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde.

20. Vorschlag: Festlegung umweltpolitischer Standards innerhalb und außerhalb der EU

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU die Umweltdimension ihrer Handelsbeziehungen durch folgende Maßnahmen stärkt:

Maßnahmen:

1. Harmonisierung und Stärkung der Umweltkennzeichnung und obligatorische Kennzeichnung aller Verbraucherprodukte mit einem europäischen Umweltverträglichkeitsindikator (Ecoscore). Der Ökoscore würde auf der Grundlage der Emissionen aus Produktion und Transport sowie der Schädlichkeit des Inhalts auf der Grundlage einer Liste gefährlicher Produkte berechnet. Der Ecoscore sollte von einer europäischen Behörde verwaltet und überwacht²⁴ werden.
2. Höhere Umweltstandards für die Ausfuhr von Abfällen sowie strengere Kontrollen und Sanktionen, um illegale Ausfuhren zu unterbinden. Die Union sollte Anreize für die Mitgliedstaaten schaffen, ihre eigenen Abfälle zu recyceln und zur Energieerzeugung zu nutzen.²⁵
3. Festlegung eines Ziels für die Beseitigung umweltschädlicher Verpackungen durch Förderung umweltverträglicherer Verpackungen oder umweltfreundlicherer Verpackungen²⁶ und Aufbau von

Partnerschaften mit Entwicklungsländern, Unterstützung ihrer Infrastruktur und Erwägung gegenseitig vorteilhafter Handelsabkommen, um sie beim Übergang zu umweltfreundlichen Energiequellen zu unterstützen.²⁷

4. Die Möglichkeit, Länder mit hohen Nachhaltigkeitsstandards zu belohnen, indem ihnen ein zusätzlicher Zugang zum EU-Markt für ihre langlebigen Waren und Dienstleistungen gewährt wird, entweder einseitig im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems APS+, bilateral im Rahmen ausgehandelter Handelsabkommen oder multilateral im Rahmen von Initiativen der Welthandelsorganisation.

24 Siehe Empfehlung 13 des EKP4, die von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde.

25 Siehe Empfehlung 15 des EKP4, die in der Arbeitsgruppe entwickelt wurde.

26 Siehe Empfehlung 16 des EKP4, die in der Arbeitsgruppe entwickelt wurde.

27 Siehe Empfehlung 12 des EKP4, die in der Arbeitsgruppe entwickelt wurde.

21. Vorschlag: Beschlussfassung und Zusammenhalt in der EU

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU ihre Fähigkeit verbessert, rasche und wirksame Entscheidungen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu treffen, indem sie mit einer Stimme spricht und als wirklich globaler Akteur auftritt, um eine positive Rolle in der Welt zu spielen und als Reaktion auf jede Krise etwas zu bewirken, unter anderem durch:

Maßnahmen:

1. Indem sichergestellt wird, dass insbesondere im Bereich der GASP Fragen, die derzeit einstimmig angenommen werden, in der Regel mit qualifizierter Mehrheit angenommen werden.²⁸
2. Aufbau der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit auf dem kürzlich vereinbarten Strategischen

Kompass und Nutzung der Europäischen Friedensfazilität.²⁹

3. Stärkung der Rolle des Hohen Vertreters, um sicherzustellen, dass die EU mit einer Stimme spricht.³⁰

4. Einigung auf eine starke Vision und eine gemeinsame Strategie zur Stärkung der Einheit und Entscheidungsfähigkeit der EU,

um die Union auf weitere Erweiterungen vorzubereiten.³¹

5. Durch eine schnellere Ratifizierung der kürzlich abgeschlossenen Handelsabkommen, ohne auf eine angemessene Überprüfung und Diskussion zu verzichten.

28 Siehe Empfehlung 21 des EKP4, die in der

Arbeitsgruppe entwickelt wurde.

29 Siehe die in der Arbeitsgruppe entwickelte digitale Plattform.

30 Siehe die in der Arbeitsgruppe entwickelte digitale Plattform.

31 Siehe Empfehlung 26 des EKP4, die in der Arbeitsgruppe entwickelt wurde.

22. Vorschlag: Transparenz der EU und ihrer Beziehungen zu den Bürgerinnen und Bürgern

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU insbesondere im Rahmen ihrer Maßnahmen auf internationaler Ebene, einschließlich ihrer Handelsverhandlungen, ihre Zugänglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger verbessert, indem sie die Informationen, die Bildung, die Bürgerbeteiligung und die Transparenz ihrer Maßnahmen verbessert, unter anderem durch:

Maßnahmen:

1. Stärkung der Beziehungen zu den Bürgerinnen und Bürgern und den lokalen Institutionen, um die Transparenz zu verbessern, die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, besser zu kommunizieren und sich mit ihnen über konkrete EU-Initiativen auf internationaler Ebene abzustimmen.³²
2. Stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der internationalen Politik der EU und Veranstaltungen zur direkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wie die Konferenz zur Zukunft Europas, die auf nationaler, lokaler und europäischer Ebene³³ und unter aktiver Beteiligung der organisierten Zivilgesellschaft organisiert³⁴ werden.
3. Volle Unterstützung aller einschlägigen Interessenträger für Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Teilnahme an Organisationen der organisierten Zivilgesellschaft entscheiden, wie dies bei COVID-19 und der Ukraine der Fall war.
4. Bereitstellung spezifischer Mittel für die Entwicklung von Bildungsprogrammen über

die Funktionsweise der EU und ihre Werte, die sie den Mitgliedstaaten, die dies wünschen, vorschlagen könnte, damit sie diese in ihre Lehrpläne (Grund-, Sekundar- und Hochschulstudiengänge) aufnehmen können. Darüber hinaus könnte Studierenden, die im Rahmen des Erasmus-Programms in einem anderen europäischen Land studieren möchten, ein spezieller Kurs über die EU und ihre Funktionsweise angeboten werden. Studierende, die sich für diesen Kurs entscheiden, hätten Vorrang, um von den Erasmus-Programmen zu profitieren.

5. Verbesserung der Medienstrategie der EU durch größere Sichtbarkeit in den sozialen Medien und aktive Werbung für deren Inhalte; Förderung von Innovation durch Verbesserung der Zugänglichkeit der Präsenz der EU in den sozialen Medien.³⁵

32 Siehe Empfehlung 18 des EKP4, die in der Arbeitsgruppe entwickelt wurde.

33 Siehe Empfehlung 19 des EKP4, die in der Arbeitsgruppe entwickelt wurde.

34 Siehe Empfehlung 19 des EKP4, die in der Arbeitsgruppe entwickelt wurde.

35 Siehe Empfehlung 25 des EKP 4.

23. Vorschlag: Die EU als weltweit führender Akteur im Bereich Frieden und Sicherheit

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU weiterhin tätig wird, um den Dialog zu fördern und den Frieden und eine regelbasierte internationale Ordnung zu gewährleisten, indem sie den Multilateralismus stärkt und auf den langjährigen Friedensinitiativen der EU aufbaut, die 2012 zur Verleihung des Nobelpreises beigetragen haben, und gleichzeitig ihre gemeinsame Sicherheit durch folgende Maßnahmen stärkt:

Maßnahmen:^{36 37}

1. Gemeinsame Streitkräfte, die zur Selbstverteidigung eingesetzt werden und dazu bestimmt sind, aggressive militärische Handlungen jeglicher Art zu verhindern, und die in der Lage sind, in Krisenzeiten, einschließlich Naturkatastrophen, Hilfe zu leisten. Außerhalb der europäischen Grenzen könnten sie unter außergewöhnlichen Umständen eingesetzt werden, vorzugsweise aufgrund eines gesetzlichen Mandats des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und damit unter Einhaltung des Völkerrechts,³⁸ ohne mit der NATO in Wettbewerb zu treten oder sich mit ihr zu überschneiden, und unter Achtung der verschiedenen nationalen Beziehungen zur NATO; In diesem Zusammenhang sollte im Rahmen der Debatte über die strategische Autonomie der EU eine Bewertung der Beziehungen der EU zur NATO vorgenommen werden.
 2. Eine führende Rolle bei der Schaffung der globalen Sicherheitsordnung nach dem Krieg in der Ukraine auf der Grundlage des
 3. kürzlich angenommenen Strategischen Kompasses der EU.
 3. Schutz seiner strategischen Forschung und seiner Kapazitäten in vorrangigen Bereichen wie Raumfahrt, Cybersicherheit, Medizin und Umwelt.³⁹
 4. Stärkung der operativen Kapazitäten, die erforderlich sind, um die Wirksamkeit der Beistandsklausel nach Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union zu gewährleisten, die jedem Mitgliedstaat, der von einem Drittland angegriffen wird, einen angemessenen Schutz der EU gewährleistet.
 5. Eine Reflexion darüber, wie Desinformation und Propaganda objektiv und sachlich bekämpft werden können.
- ³⁶ Aus den Debatten der Arbeitsgruppe und der Plenartagung.
- ³⁷ Siehe Änderung 2 des französischen nationalen Panels/Veranstaltungen.
- ³⁸ Siehe Empfehlung 20 des EKP4 und Empfehlung 7 des NKS Italien, Gruppe 2, die in der Arbeitsgruppe entwickelt wurden.
- ³⁹ Siehe Änderung 2 des französischen nationalen Bürgerforums.

24. Vorschlag: Die EU als weltweit führender Akteur im Aufbau von Beziehungen

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU in ihren Beziehungen zu Drittländern

Maßnahmen:

1. Nutzt ihr kollektives politisches und wirtschaftliches Gewicht stärker aus, indem sie mit einer Stimme spricht und geeint handelt, ohne dass einige Mitgliedstaaten die Union durch unangemessene bilaterale Eingriffe spalten.⁴⁰
2. Verstärkt seine Fähigkeit, Sanktionen gegen Staaten, Regierungen, Einrichtungen, Gruppen oder Organisationen sowie gegen Personen zu verhängen, die seine Grundprinzipien, Abkommen und Gesetze nicht einhalten, und stellt sicher, dass bereits bestehende Sanktionen rasch umgesetzt und durchgesetzt werden.

Gegen Drittländer verhängte Sanktionen sollten in einem angemessenen Verhältnis zu den Maßnahmen stehen, die sie ausgelöst haben, wirksam sein und rechtzeitig verhängt werden.⁴¹

3. Förderung eines nachhaltigen und regelbasierten Handels bei gleichzeitiger Erschließung neuer Handels- und Investitionsmöglichkeiten für europäische Unternehmen. Während bilaterale Handels- und Investitionsabkommen für die Förderung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit von entscheidender Bedeutung sind, sind Standards und Regeln erforderlich, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten. Die EU muss ein aktiver und zuverlässiger Partner bleiben, indem sie Handelsabkommen aushandelt, abschließt und umsetzt, in denen auch hohe Nachhaltigkeitsstandards festgelegt sind.
4. Schließt die wichtigsten internationalen Kooperationsabkommen ab, indem es die Europäische Union und nicht einzelne Länder vertritt.⁴²
5. Reform der Handels- und Investitionspolitik der EU zur Wiederbelebung des globalen Multilateralismus mit den Zielen der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze und des Schutzes grundlegender Menschenrechte, einschließlich der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, des Schutzes der Umwelt und der biologischen Vielfalt sowie der Einhaltung des Übereinkommens von Paris über den Klimawandel, der Gewährleistung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen und der Stärkung der industriellen Basis Europas. Die EU sollte durch eine tiefgreifende Reform auf der Grundlage von Demokratie und Frieden, Solidarität und Achtung der Menschenrechte, der sozialen Rechte und der Umweltrechte sowie durch eine stärkere Rolle der IAO zur Wiederbelebung des globalen Multilateralismus beitragen.
6. Beinhaltet die Bekämpfung von Menschenhandel und irregulärer Einwanderung sowie die Zusammenarbeit bei möglichen Rückführaktionen in

Kooperations- und Investitionsabkommen mit Drittländern.

7. Aufbau von Partnerschaften mit Entwicklungsländern, um ihre Infrastruktur zu unterstützen und für beide Seiten vorteilhafte Handelsabkommen in Betracht zu ziehen, um sie beim Übergang zu umweltfreundlichen Energiequellen zu unterstützen.⁴³
8. Entwicklung einer wirksameren und geeinten Politik gegenüber autokratischen und hybriden Regimen und Aufbau von Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in diesen Ländern.
9. Aufstockung der Mittel für EU-Wahlbeobachtungsmissionen.
10. Bietet Bewerberländern und potenziellen Bewerberländern eine glaubwürdige Beitrittsperspektive, um Frieden und Stabilität in Europa zu fördern und Millionen Europäerinnen und Europäern Wohlstand zu bringen.⁴⁴

40 Siehe Empfehlung 24 des EKP4 und Empfehlung 7 des NKS Italien, Gruppe 2, die in der Arbeitsgruppe entwickelt wurden.

41 Siehe Empfehlung 22 des EKP4, die in der Arbeitsgruppe entwickelt wurde.

42 Siehe Empfehlung 1 des niederländischen nationalen Bürgerforums zum Thema „Die EU in der Welt“, die in der Arbeitsgruppe entwickelt wurde.

43 Siehe digitale Plattform und Plenardebatte, die in der Arbeitsgruppe entwickelt wurden.

44 Siehe die in der Arbeitsgruppe entwickelte digitale Plattform.

HINWEIS: Mehrere Mitglieder der Arbeitsgruppe sind der Ansicht, dass insbesondere die Vorschläge „Verringerung der Abhängigkeit der EU von ausländischen Akteuren im Energiebereich“ und „Transparenz der EU und ihrer Beziehungen zu den Bürgerinnen und Bürgern“ in den Zuständigkeitsbereich anderer Arbeitsgruppen fallen. Einige Mitglieder sprachen neben der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auch andere Lösungen als die Einstimmigkeit im Rat an, wie die variable Geometrie, die Opt-out-Klauseln und die verstärkte Zusammenarbeit. Einige Mitglieder der Arbeitsgruppe sprachen sich für die Verwendung des Begriffs „nachhaltig“ anstelle von „ethisch“ im Vorschlag „Standards innerhalb und außerhalb der EU in Handels- und Investitionsbeziehungen festlegen“ aus. Es bestehen Meinungsverschiedenheiten darüber, ob für den Beitritt neuer Mitgliedstaaten weiterhin die einstimmige Zustimmung aller derzeitigen Mitgliedstaaten erforderlich ist. In Bezug auf den wünschenswerten Umfang der Einrichtung gemeinsamer Streitkräfte wurde eine Reihe unterschiedlicher Auffassungen vertreten. Zwei Mitglieder sprachen die Perspektive der irischen Einheit für den Fall an, dass Nordirland im Einklang mit den Bestimmungen des Karfreitagsabkommens in diese Richtung abstimmen sollte, und die Notwendigkeit, dass die EU auf eine solche Möglichkeit vorbereitet sei.



„Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“

25. Vorschlag: Rechtsstaatlichkeit, demokratische Werte und europäische Identität

Ziel: Systematische Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten, einschließlich:

Maßnahmen:⁴⁵

1. Gewährleistung, dass die in den EU-Verträgen und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Werte und Grundsätze nicht verhandelbar und unumkehrbar sind und eine unabdingbare Voraussetzung für die Mitgliedschaft und den Beitritt zur Union darstellen. Die Werte der Union müssen in allen Mitgliedstaaten uneingeschränkt geachtet werden; Sie sollten auch als internationaler Standard fungieren und durch Diplomatie und Dialog einen Anziehungspunkt darstellen. Die Erweiterung der Union sollte den Besitzstand der Union in Bezug auf die Grundwerte und die Rechte der Bürger nicht beeinträchtigen.⁴⁶
2. Indem die europäischen Werte für die Bürgerinnen und Bürger der EU greifbar gemacht werden, insbesondere durch eine interaktivere und direktere Beteiligung. Zu diesem Zweck sollte die Unionsbürgerschaft gestärkt werden, z. B. durch einen Unionsbürgerstatus mit den spezifischen Rechten und Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger sowie durch einen Status für grenzüberschreitende europäische Vereinigungen und gemeinnützige Organisationen. Ebenso sollten die europäischen Werte durch eine „Integrationsmappe“ mit didaktischen Elementen und Informationsmaterial für die Bürgerinnen und Bürger gefördert werden. Schließlich sollte durch neue EU-Investitionen, die Verbesserung bestehender Medienplattformen und die verstärkte Unterstützung der mehr als 500 europäischen Verbindungsbüros auf lokaler Ebene ein europäischer öffentlicher Raum für audiovisuelle und Online-Medien geschaffen⁴⁷ werden.
3. Es ist wichtig, dass die Charta der Grundrechte der Europäischen Union universell anwendbar ist. Darüber hinaus sollten jährliche Konferenzen zur Rechtsstaatlichkeit (im Anschluss an den Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit) organisiert werden, an denen Delegationen aus allen Mitgliedstaaten teilnehmen, die sich aus Bürgerinnen und Bürgern, Beamten, Parlamentariern, lokalen Behörden, Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft zusammensetzen und nach dem Zufallsprinzip ausgewählt und diversifiziert werden. Es ist auch wichtig, Organisationen, einschließlich Organisationen der Zivilgesellschaft, die die Rechtsstaatlichkeit vor Ort fördern, stärker zu unterstützen.⁴⁸
4. Tatsächliche Anwendung der Konditionalitätsverordnung, Bewertung des Anwendungsbereichs der Konditionalitätsverordnung und anderer Rechtsstaatlichkeitsinstrumente sowie Erwägung der Ausweitung ihres Anwendungsbereichs auf neue Bereiche, unabhängig von ihrer Relevanz für den EU-Haushalt. Zur Ahndung von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit sollten alle erforderlichen Rechtsbehelfe, einschließlich Vertragsänderungen,⁴⁹ in Betracht gezogen werden.

5. Förderung von Bildungs- und Medienprogrammen, die die Werte der EU in den Mittelpunkt des Integrationsprozesses von Migranten stellen und die Interaktion zwischen EU-Bürgern und Migranten fördern, um eine erfolgreiche Integration von Migranten in die Gesellschaften der EU zu ermöglichen und das Bewusstsein der EU-Bürger für migrationsbezogene Fragen zu schärfen.⁵⁰

45 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerforum 2 (EKP 2) 10, 11, 14,

30; Belgisches Nationales Bürgerforum (NPC): 1.3.1, 1.4.2, 1.4.3; Deutsche NKS: 5.1, 5.2; Niederländische NKS: 1.2.

46 Empfehlung 14 des EKP2. Empfehlungen 1.3.1, 1.4.2 und 1.4.3 des belgischen NKS und 1.2 des niederländischen NKS.

47 Empfehlung 11 des EKP2. Empfehlungen 5.1 und 5.2 der deutschen NKS. Debatte in der AG.

48 Empfehlung 11 des EKP2. Debatte in der AG. Aussprache im Plenum.

49 Empfehlung 10 des EKP2.

50 Empfehlung 30 des EKP2.

26. Vorschlag: Datenschutz

Ziel: Gewährleistung einer Politik der Datenverarbeitung, die die Bürgerinnen und Bürger besser schützt und ihnen besser dient, insbesondere durch:

Maßnahmen:⁵¹

1. Vollständige Anwendung und Überprüfung der geltenden Datenschutzvorschriften, um zu bewerten, ob verstärkte Mechanismen zur Überwachung der Einhaltung der Vorschriften durch die Stellen, die personenbezogene Daten verarbeiten, erforderlich sind, die derzeit in die Zuständigkeit unabhängiger nationaler Datenschutzbehörden fallen, die das Subsidiaritätsprinzip achten. Diese Unternehmen sollten im Verhältnis zu ihrem Jahresumsatz (bis zu 4 %) strenger sanktioniert oder sogar verboten werden als bei der derzeitigen Anwendung der Vorschriften und einer jährlichen unabhängigen Prüfung unterzogen werden.^{52 53}

2. Stärkere Wirkung des Grundsatzes des Datenschutzes durch Technikgestaltung oder durch datenschutzfreundliche Voreinstellungen, z. B. durch die Bewertung und Ausarbeitung leicht verständlicher, prägnanter und intuitiver Einwilligungsformulare für die Datenverarbeitung, aus denen klar hervorgeht, was erforderlich ist und was nicht. Die Nutzer müssen in der Lage sein, ihre Einwilligung in die Datenverarbeitung auf einfache, schnelle und dauerhafte Weise zu erteilen oder zu widerrufen.^{54 55}

3. Bewertung und Einführung klarerer und stärker schützender Vorschriften für die Verarbeitung von Daten von Minderjährigen, möglicherweise in der EU-DSGVO, unter anderem durch die Schaffung einer speziellen Kategorie für sensible Daten von Minderjährigen und die Harmonisierung des Mindestalters für die Einwilligung in den Mitgliedstaaten. Während der Großteil der Umsetzung der Vorschriften zum Schutz der Privatsphäre und zur Sensibilisierung weiterhin in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen sollte, insbesondere durch mehr Investitionen und Ressourcen auf nationaler Ebene, sollte die Union auch eine wichtigere⁵⁶ Rolle spielen, z. B. durch die Schaffung europäischer Kompetenzen im Bereich der politischen Bildung zum Datenschutz.

4. Bessere Einhaltung der Qualifikations- und Eignungskriterien für europäische und nationale Datenschutzbehörden, um ein Höchstmaß an Unabhängigkeit ihrer Mitglieder zu gewährleisten.^{57 58}

51 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: EKP2: 7, 8, 9; Niederländische NKS: 1.3, 4.3.

52 Empfehlung 7 des EKP2. Debatte in der AG.

53 Diese Frage wurde auch von der Arbeitsgruppe „Digitale Transformation“ erörtert.

54 Empfehlung 9 des EKP2.

55 Diese Frage wurde auch von der Arbeitsgruppe „Digitale Transformation“ erörtert.

56 Empfehlung 8 des EKP2. Empfehlungen 1.3 und 4.3 des niederländischen NKS.

57 EKP2-Empfehlungen 7 und 8.

58 Diese Frage wurde auch von der Arbeitsgruppe „Digitale Transformation“ erörtert.

27. Vorschlag: Medien, Fake News, Desinformation, Faktencheck, Cybersicherheit

Ziel: Bekämpfung von Desinformation durch verstärkte Förderung der Unabhängigkeit und des Pluralismus der Medien sowie durch Medienkompetenz, insbesondere durch:

Maßnahmen:⁵⁹

1. Einführung von Rechtsvorschriften zur Abwehr von Bedrohungen der Unabhängigkeit der Medien durch unionsweit geltende Mindeststandards, einschließlich einer Überarbeitung des Medienwirtschaftsmodells, um die Integrität und Unabhängigkeit des europäischen Medienmarkts sicherzustellen.⁶⁰
2. Strikte Anwendung der EU-Wettbewerbsvorschriften im Mediensektor, um die Entstehung großer Medienmonopole zu verhindern und den Pluralismus und die Unabhängigkeit der Medien von unerwünschter Einflussnahme aus Politik, Wirtschaft und/oder aus dem Ausland zu gewährleisten. Qualitätsjournalismus mit anerkannten und hohen Standards in Bezug auf Ethik und Selbstregulierung sollte ebenfalls gefördert werden.⁶¹
3. Einrichtung einer EU-Einrichtung zur Bekämpfung gezielter Desinformation und Einflussnahme, Verbesserung der Lagewahrnehmung und Stärkung von Faktenüberprüfungsorganisationen und unabhängigen Medien. „Notrufnummern“ und Websites wie Europe Direct, die es den Bürgerinnen und Bürgern und den nationalen Medien ermöglichen, überprüfte Informationen über die Strategien und Maßnahmen der Union anzufordern und zu erhalten, sollten ebenfalls stärker unterstützt und aktiver gefördert werden.^{62 63}
4. Förderung der Medienkompetenz und Sensibilisierung der Bürger für Desinformation und die unbeabsichtigte Verbreitung von Informationen, unter anderem durch obligatorische Schulbildung.

Die Mitgliedstaaten sollten auch dazu angehalten werden, angemessene personelle und finanzielle Ressourcen für diesen Zweck bereitzustellen.⁶⁴

5. Aufbauend auf bestehenden Initiativen wie dem Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation und der Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO), um Online-Plattformen zu verpflichten, klare Informationen über die von ihnen verwendeten Algorithmen zu veröffentlichen (wobei den Nutzern die Wahl gelassen wird, ob sie zustimmen oder nicht) und über die Risiken von Desinformation, denen die Nutzer ausgesetzt sind, unter Wahrung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und des Rechts auf Privatsphäre.^{65 66}

59 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: EKP2: 5, 12, 13, 17, 28; Belgische NKS: 1.5.1, 2.1.1 bis 2.4.3; Niederländische NKS: 3.1.

60 Empfehlung 5 des EKP2. Empfehlung Nr. 2.1.1 der belgischen NKS. Empfehlung 3.1 der niederländischen nationalen Kontaktstelle.

61 Empfehlung 12 des EKP2. Empfehlung 2.1.4 der belgischen NKS.

62 EKP2-Empfehlungen 17 und 28 Belgische NKS-Empfehlungen Nr. 1.5.1, 2.1.3, 2.2.1 und 2.2.2.

63 Diese Frage wurde auch von der Arbeitsgruppe „Digitale Transformation“ erörtert.

64 EKP2-Empfehlungen 5 und 28 Empfehlungen 2.3.2 und 2.3.3 des belgischen NKS.

65 Empfehlung 28 des EKP2. Belgische NKS-Empfehlungen 2.3.1, 2.4.1 und 2.4.2.

66 Diese Frage wurde auch von der Arbeitsgruppe „Digitale Transformation“ erörtert.

28. Vorschlag: Medien, Fake News, Desinformation, Faktencheck, Cybersicherheit (bis)

Ziel: Stärkung der Rolle der Union bei der Abwehr von Cybersicherheitsbedrohungen, insbesondere durch

Maßnahmen:

1. Stärkung der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA), um Einzelpersonen, Organisationen und Einrichtungen besser vor Cyberangriffen und der Nutzung künstlicher Intelligenz für kriminelle Zwecke zu schützen. Gleichzeitig sollten die Vertraulichkeit und der Schutz personenbezogener Daten gewahrt werden.

^{67 68}

2. Verbesserung der Koordinierung der nationalen Cybersicherheitsbehörden und weitere Anstrengungen, um eine wirksame Umsetzung der Unionsvorschriften auf nationaler Ebene sicherzustellen.^{69 70}

⁶⁷ Empfehlung 13 des EKP2.

⁶⁸ Diese Frage wurde auch von der Arbeitsgruppe „Digitale Transformation“ erörtert.

⁶⁹ Empfehlung 13 des EKP2.

⁷⁰ Diese Frage wurde auch von der Arbeitsgruppe „Digitale Transformation“ erörtert.

29. Vorschlag: Bekämpfung von Diskriminierung, Gleichstellung und Lebensqualität

ZIEL: Maßnahmen zur Harmonisierung der Lebensbedingungen in der gesamten Union und zur Verbesserung der sozioökonomischen Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger, insbesondere:

Maßnahmen:⁷¹

1. Entwicklung transparenter Indikatoren für die Lebensqualität, einschließlich wirtschaftlicher, sozialer und rechtsstaatlicher Kriterien, in Absprache mit Sachverständigen und Sozialpartnern, um einen klaren und realistischen Zeitplan für die Anhebung der Sozialstandards und die Schaffung einer gemeinsamen sozioökonomischen Struktur der Union festzulegen, unter anderem durch die Anwendung der europäischen Säule sozialer Rechte. Diese Maßnahmen sollten in den Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung und in das Europäische Semester integriert^{72 73} werden.

2. Erhöhung und Erleichterung direkter öffentlicher Investitionen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, physische Infrastruktur und Alten- und Behindertenpflege. Zusätzliche Investitionen sollten auch darauf abzielen, den Bürgerinnen und Bürgern eine zufriedenstellende Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben

zu gewährleisten. Diese Investitionen sollten in einer vollständig transparenten Weise getätigt werden, die es ermöglicht, den gesamten Prozess zu verfolgen.⁷⁴

3. Förderung der Besteuerung großer Unternehmen, Bekämpfung des Zugangs zu Steueroasen und Beseitigung ihrer Existenz in der EU, um die öffentlichen Investitionen in vorrangigen Bereichen wie Bildung (Stipendien, Erasmus) und Forschung zu erhöhen. Die Bekämpfung der Steuervermeidung auf EU-Ebene sollte auch eine Möglichkeit sein, Mittel für Initiativen zu beschaffen, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.^{75 76}

4. Festlegung EU-weiter Kriterien für die Bekämpfung von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und Förderung der Einstellung von Personen, die im Allgemeinen am stärksten von Diskriminierung betroffen sind (insbesondere junge Menschen, ältere Menschen, Frauen und Angehörige von Minderheiten), durch private Unternehmen, unter anderem durch Subventionen und in

einem zweiten Schritt durch befristete Quoten. Die Sozialpartner sollten dabei eng eingebunden werden. Diskriminierung außerhalb des Arbeitsmarktes sollte ebenfalls gesetzlich verboten und die Gleichstellung gefördert werden.⁷⁷

5. Gewährleistung und Erleichterung der Einrichtung öffentlicher und privater Kindergärten zu erschwinglichen Preisen sowie der kostenlosen Kinderbetreuung für Bedürftige.⁷⁸

71 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt:

EKP2: 1, 2, 21, 22, 23; Niederländische NKS: 1.1.

72 Empfehlung 22 des EKP2. Debatte in der AG.

73 Diese Frage wurde auch von der Arbeitsgruppe „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ erörtert.

74 Empfehlung 21 des EKP2. Empfehlung 1.1 der niederländischen nationalen Kontaktstelle.

75 Empfehlung 23 des EKP2.

76 Diese Frage wurde auch von der Arbeitsgruppe „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ erörtert.

77 Empfehlung 1 des EKP2. Debatte in der AG.

78 Empfehlung 2 des EKP2. Debatte in der AG.

30. Vorschlag: Tierrechte, Landwirtschaft

Ziel: Entscheidende Maßnahmen zur Förderung und Gewährleistung einer umweltfreundlicheren und klimafreundlicheren Landwirtschaft, insbesondere:

Maßnahmen:⁷⁹

1. Festlegung detaillierter, messbarer und zeitgebundener Mindestkriterien für den Schutz von Nutztieren mit dem Ziel, im Einklang mit der Einführung von Nachhaltigkeitszielen und auf der Grundlage eines integrierten Ansatzes für das Lebensmittelsystem höhere Tierschutzstandards zu gewährleisten.^{80 81}

2. Finanzielle Sanktionen für negative Auswirkungen landwirtschaftlicher Tätigkeiten (z. B. Treibhausgasemissionen, Einsatz von Pestiziden, übermäßiger Wasserverbrauch, Langstreckentransport usw.) auf der Grundlage ihrer Umweltauswirkungen. Auch landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in die Union eingeführt werden, sollten auf dieser Grundlage bewertet werden, auch durch Zölle, um Wettbewerbsvorteile zu beseitigen, die sich aus weniger strengen Umweltstandards ergeben.⁸²

3. Verringerung der Subventionen für die landwirtschaftliche Massenproduktion, wenn sie nicht zu einem nachhaltigen Übergang führt, und Umlenkung dieser Ressourcen zur Unterstützung einer ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft bei gleichzeitiger Sicherstellung der Erschwinglichkeit von Nahrungsmitteln.^{83 84}

79 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: EKP2: 3, 4, 6.

80 Empfehlung 3 des EKP2.

81 Diese Frage wurde auch von der Arbeitsgruppe „Klimawandel und Umwelt“ erörtert.

82 Empfehlung 4 des EKP2.

83 Empfehlung 6 des EKP2.

84 Diese Frage wurde auch von der Arbeitsgruppe „Klimawandel und Umwelt“ erörtert.



„Digitaler Wandel“

Europa muss weltweit führend sein und Standards für den digitalen Wandel setzen und einen europäischen Weg zu einer ethischen, auf den Menschen ausgerichteten, transparenten und sicheren Gesellschaft einschlagen. Europa muss einen ehrgeizigen Ansatz verfolgen, die Chancen der Digitalisierung voll ausschöpfen und gleichzeitig die mit der Digitalisierung verbundenen Risiken und Herausforderungen bewältigen. Die Digitalisierung betrifft alle Bereiche unserer Gesellschaft und muss systematisch berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang wurde auf die Europäische Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen für die digitale Dekade verwiesen und vorgeschlagen, für die Zukunft die mögliche Ausarbeitung einer Charta der digitalen Rechte in Erwägung zu ziehen.

Die Aggression Russlands in der Ukraine bestätigt nur viele der in den Vorschlägen behandelten Elemente, wie die Notwendigkeit der digitalen Souveränität, der verstärkten Aufmerksamkeit für die Cyberabwehr und des Schutzes vor Desinformation. Sie zeigt auch, dass aktuelle Konflikte Folgen im digitalen Bereich haben, und wirft neue Fragen auf, wie etwa die langfristigen Folgen des Missbrauchs personenbezogener Daten und der unrechtmäßigen Nutzung personenbezogener Daten in der Zukunft.

31. Vorschlag: Zugang zu digitaler Infrastruktur

Ziel: Der gleichberechtigte Zugang zum Internet ist ein Grundrecht aller europäischen Bürgerinnen und Bürger. Wir schlagen vor, dass jeder in Europa effektiv Zugang zum Internet und zu digitalen Diensten hat und dass die Souveränität der digitalen Infrastruktur der EU durch folgende Maßnahmen gestärkt wird:

Maßnahmen:⁸⁵

1. Investitionen in hochwertige und innovative europäische digitale Infrastrukturen (einschließlich der Entwicklung von 5G und 6G in Europa) (Empfehlungen 40 und 47 des EKP 1 und Nr. 1 des niederländischen NKS).
2. Gewährleistung eines schnellen, erschwinglichen, sicheren und stabilen Internetzugangs in der gesamten Union, einschließlich Roaming, mit Schwerpunkt auf dem Aufbau von Internetanschlüssen in „weißen/toten Gebieten“, ländlichen Gebieten sowie abgelegenen und peripheren Gebieten, um die digitale Kluft zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten zu überbrücken und sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird
3. Förderung der Einführung digitaler und elektrischer Infrastrukturen im öffentlichen und privaten Raum, die die Nutzung elektrischer und autonomer Fahrzeuge ermöglichen (Aussprache in der AG)⁸⁶
4. Maßnahmen zu ergreifen, um einen fairen und offenen Wettbewerb zu gewährleisten und Monopole, Lieferantenabhängigkeit, Datenkonzentration und Abhängigkeit von Drittländern in Bezug auf Infrastruktur und Dienstleistungen zu verhindern; Verbesserung der Märkte aus Sicht der Verbraucher (Empfehlung 17 des EKP1).
5. Priorisierung von Kindern, Familien, älteren Menschen und schutzbedürftigen Gruppen beim Zugang zum Internet und zu IT-

Geräten, insbesondere im Hinblick auf den Zugang zu Bildung, öffentlichen Dienstleistungen und Gesundheit (Empfehlung 17 des EKP1 und Aussprache in der AG).

6. Verbesserung des barrierefreien digitalen Zugangs zu wesentlichen öffentlichen und privaten Diensten für Bürger und Unternehmen, z. B. in Bezug auf Verwaltungsverfahren, und Gewährleistung des Zugangs zu diesen Diensten für alle und der damit verbundenen Unterstützung, z. B. durch Unterstützungsdienste (Aussprache in der AG, mehrsprachige digitale Plattform).
7. Harmonisierung hochwertiger digitaler Standards und Verbesserung der sicheren

Datenmobilität zur Erleichterung der grenzüberschreitenden Interoperabilität (Aussprache in der AG, mehrsprachige digitale Plattform).

8. Überlegungen zu den Umweltauswirkungen der digitalen Infrastruktur und der Digitalisierung, um den digitalen Wandel nachhaltig zu gestalten und eine grüne digitale Gesellschaft anzustreben (Aussprache in der AG, mehrsprachige digitale Plattform).

- 85 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerforum Nr. 1 (ECP 1): 17, 40, 47; Niederländisches Bürgerforum Nr. 1.
- 86 Siehe Link zur EKP-3-Empfehlung 38 in Bezug auf die Infrastruktur für Elektrofahrzeuge.

32. Vorschlag: Digitales Wissen und digitale Kompetenzen, die Menschen befähigen

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU dafür sorgt, dass alle europäischen Bürgerinnen und Bürger die Vorteile der Digitalisierung nutzen können, indem sie sie in die Lage versetzt, die erforderlichen digitalen Kompetenzen und Möglichkeiten zu erwerben, und zwar durch folgende Maßnahmen:

Maßnahmen:⁸⁷

1. Gewährleistung des Zugangs zu Bildung und Ausbildung, auch auf der Ebene der schulischen, formalen und nichtformalen Lehrpläne, zu digitalen Kompetenzen und Wissen während des gesamten Lebens, ausgehend von bestehenden Initiativen auf europäischer Ebene, mit besonderem Augenmerk auf der Inklusion von schutzbedürftigen Gruppen und älteren Menschen, der Stärkung der digitalen Kompetenzen von Kindern in einer Weise, die mit ihrer guten Entwicklung vereinbar ist, und der Bekämpfung digitaler Ungleichheiten, einschließlich der digitalen Kluft zwischen den Geschlechtern (Empfehlung Nr. 8 des EKP 1, Empfehlung Nr. 5.2 des italienischen NCP und Aussprache in der Arbeitsgruppe).
2. Gewährleistung einer sinnvollen Nutzung des Internets durch Ermutigung der Mitgliedstaaten, Schulungen zu digitalen Kompetenzen für alle Altersgruppen mit europaweit harmonisierten Lehrplänen und Inhalten einzuführen, z. B. in Bezug auf die Risiken und Chancen des Internets, die Online-Rechte der Nutzer und die Nabelschnur (Empfehlung 47 des EKP1 und Aussprache in der AG).
3. Ergreifen aller erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Digitalisierung der Gesellschaft ältere Menschen nicht ausschließt und ihnen die Technologie zugänglich gemacht wird, indem einschlägige Programme und Initiativen, z. B. auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Kurse, gefördert werden. Gleichzeitig sollte sichergestellt werden, dass wesentliche Dienste auch persönlich und nicht digital zugänglich sind (Empfehlungen 34 und 47 des EKP 1).
4. Einführung eines EU-Zertifikats für digitale Kompetenzen in Schulen, das junge Menschen auf den künftigen Arbeitsmarkt vorbereitet (Empfehlung 8 des EKP1).

5. Durchführung koordinierter Schulungsinitiativen auf EU-Ebene zur Umschulung und Weiterbildung von Arbeitnehmern, um auf dem Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben, auch und vor allem unter Berücksichtigung der in kleinen und mittleren Unternehmen erforderlichen Kompetenzen und Qualifikationen, sowie zur Ausbildung von Digitalexperten (Empfehlung 8 des EKP1 und Aussprache in der AG).
6. Bekanntmachung bestehender digitaler Plattformen, die die Bürgerinnen und Bürger mit Arbeitgebern in Kontakt bringen und ihnen bei der Arbeitssuche in der EU helfen, wie z. B. EURES (Empfehlung Nr. 8 des EKP 1).
7. Mehr Investitionen und Anstrengungen zur Förderung der Digitalisierung der Bildung, einschließlich der Hochschulbildung (Aussprache in der AG/mehrsprachige digitale Plattform).
- 87 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerforum Nr. 1 (ECP 1): 8, 34 und 47; Italienisches Bürgerforum 5.2.

33. Vorschlag: Eine sichere und vertrauenswürdige digitale Gesellschaft – Cybersicherheit und Desinformation

Ziel: Wir schlagen vor, dass die Union im Hinblick auf die Schaffung einer sicheren, widerstandsfähigen und vertrauenswürdigen digitalen Gesellschaft die wirksame und rasche Umsetzung der geltenden Rechtsvorschriften sicherstellt und über mehr Befugnisse verfügt, um die Cybersicherheit zu stärken, illegale Inhalte und Cyberkriminalität zu bekämpfen, Cyberbedrohungen durch nichtstaatliche Akteure und autoritäre Staaten zu bekämpfen und deren Folgen anzugehen sowie Desinformation zu bekämpfen, indem sie

Maßnahmen:⁸⁸

1. Stärkung der finanziellen und personellen Kapazitäten von Europol/des Europäischen Zentrums zur Bekämpfung der Cyberkriminalität, um einen vorausschauenderen Ansatz bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität zu ermöglichen und die gemeinsamen europäischen Fähigkeiten zur Cyberabwehr gegen groß angelegte Angriffe zu stärken, auch durch eine bessere Zusammenarbeit (EKP-Empfehlung 39, Empfehlung 2.6 des litauischen NKS und Empfehlung 1 des niederländischen NKS und Aussprache in der Arbeitsgruppe).
2. Ergreifen der erforderlichen Maßnahmen, um auf groß angelegte Angriffe und Betriebsunterbrechungen vorbereitet zu sein und diese schnell zu überwinden, z. B. durch die Gewährleistung widerstandsfähiger Infrastrukturen und alternativer Kommunikationskanäle (Aussprache in der AG).
3. Gewährleistung ähnlicher Sanktionen und ihrer raschen und wirksamen Anwendung in den Mitgliedstaaten im Falle von Cyberkriminalität durch eine bessere Koordinierung der lokalen, regionalen und nationalen Cybersicherheitszentren und -behörden (Empfehlung 39 des EKP 1).
4. Verbesserung des digitalen Wissens und des kritischen Denkens als Mittel zur Bekämpfung von Desinformation, Online-Bedrohungen und Hetze sowie von manipulierten Schnittstellen und Vorzugspreisen (Aussprache in der AG).
5. Bekämpfung von Desinformation durch die Annahme von Rechtsvorschriften und Leitlinien, mit denen sichergestellt wird, dass Online-Plattformen und Unternehmen der sozialen Medien ihre Schwachstellen in Bezug auf Desinformation angehen und Transparenzmaßnahmen anwenden, einschließlich beispielsweise auf künstlicher Intelligenz basierender Algorithmen, die die Zuverlässigkeit von Informationen in sozialen Medien und neuen Medien hervorheben können, indem sie dem Nutzer überprüfte Informationsquellen zur Verfügung stellen. Bei der Verwendung von

Algorithmen sollte die letztendliche Kontrolle über die Entscheidungsfindung beim Menschen liegen (Empfehlung 46 des EKP1 und Erörterung in der AG).

6. Unterstützung digitaler Plattformen, die zum Medienpluralismus beitragen und Ressourcen und Initiativen bereitstellen, um die Zuverlässigkeit und Unparteilichkeit von Informationen aus traditionellen Medien (Fernsehen, Printmedien, Radio) und anderen Medien unter uneingeschränkter Achtung des Grundsatzes der

Medienfreiheit zu bewerten und den Bürgerinnen und Bürgern Informationen über die Qualität der Informationen zur Verfügung zu stellen (Empfehlung 46 des EKP 1).

-
- 88 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Empfehlungen Nr. 39 und 46 des Europäischen Bürgerforums Nr. 1 (ECP 1) und Empfehlungen Nr. 2.6 des nationalen Bürgerforums Litauens und Nr. 1 des nationalen Bürgerforums der Niederlande.

34. Vorschlag: Eine sichere und vertrauenswürdige digitale Gesellschaft – Datenschutz

Ziel: Wir unterstützen die Datensouveränität des Einzelnen, eine bessere Sensibilisierung und eine wirksamere Umsetzung und Durchsetzung der bestehenden Datenschutzvorschriften (DSGVO), um die Kontrolle des Einzelnen über seine Daten zu stärken und den Datenmissbrauch zu begrenzen, indem wir die folgenden Maßnahmen ergreifen:

Maßnahmen:⁸⁹

1. Bessere Erläuterung der Datenschutzvorschriften (DSGVO), Erhöhung der Transparenz und Verbesserung der Kommunikation durch die Entwicklung von Leitprinzipien für Texte mit Einwilligung nach Aufklärung, die eine einfache, klare und für alle verständliche Sprache verwenden, einschließlich einer visuelleren Darstellung, um der Verwendung der Daten zuzustimmen, sowie durch eine Informationskampagne, um sicherzustellen, dass die für die Verarbeitung Verantwortlichen über die erforderlichen Kompetenzen verfügen, und um diejenigen zu beraten, die Unterstützung benötigen (Empfehlungen Nr. 42 und 45 des EKP 1 und Nr. 2 des niederländischen NKS).
2. Durchsetzung des bestehenden Verbots der standardmäßigen Einwilligung in die Weiterverwendung oder den Weiterverkauf von Daten (Empfehlung 42 des EKP 1).
3. Gewährleistung, dass den Anträgen der Nutzer auf endgültige Löschung von Daten innerhalb einer bestimmten Frist stattgegeben wird (Empfehlung 42 des EKP 1).
4. Bereitstellung klarer und möglichst knapper Informationen für die Nutzer darüber, wie und von wem die Daten verwendet werden (Empfehlung 42 des EKP1)
5. Gewährleistung der Einhaltung der EU-Datenschutzvorschriften durch außereuropäische Unternehmen (Empfehlungen 42 und 43 des EKP 1).
6. Förderung der Einrichtung eines Zertifizierungssystems auf Unionsebene, das die Einhaltung der DSGVO in zugänglicher, klarer und einfacher Weise bescheinigt, auf Websites und Plattformen sichtbar ist und von einem unabhängigen Zertifizierer auf europäischer Ebene ausgestellt werden sollte. Dies sollte keine unverhältnismäßige Belastung für kleine und mittlere Unternehmen darstellen (Empfehlung 44 des EKP1 und Erörterung in der AG).
7. Gewährleistung einer wirksamen und raschen Unterstützung für Bürgerinnen und Bürger, die Schwierigkeiten haben, der Verarbeitung ihrer Daten zu widersprechen oder ihre Einwilligung zu widerrufen. Zu diesem Zweck ist es notwendig, auf europäischer Ebene das aufdringliche

Verhalten besser zu definieren und Leitprinzipien und Mechanismen zu entwickeln, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich der Verarbeitung ihrer Daten zu widersetzen und deren Löschung zu erwirken, und die es ermöglichen, Betrüger zu identifizieren und zu bestrafen (Empfehlung 43 des EKP1 und Aussprache in der AG).

8. Verhängung von Sanktionen, einschließlich Geldbußen, die in einem angemessenen Verhältnis zum Umsatz der Unternehmen stehen, und Beschränkungen ihrer

Tätigkeiten, z. B. vorübergehende oder endgültige Verbote der unerwünschten Datenverarbeitung, und Unterstützung des Europäischen Datenschutzbeauftragten und der nationalen Agenturen bei der Gewährleistung ihrer Umsetzung (Empfehlungen 42 und 43 des EKP1 und Erörterung in der AG).

- 89 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Empfehlungen Nr. 42, 43, 44 und 45 des Europäischen Bürgerforums Nr. 1 (ECP 1) und Empfehlung Nr. 2 des niederländischen nationalen Bürgerforums (NCP).

35. Vorschlag: Digitale Innovation zur Stärkung der sozialen und nachhaltigen Wirtschaft

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU Digitalisierungsmaßnahmen fördert, die die Wirtschaft und den Binnenmarkt auf faire und nachhaltige Weise stärken, Europa in den Bereichen Technologie und Innovation wettbewerbsfähiger machen, den digitalen Binnenmarkt für Unternehmen jeder Größe verbessern und Europa in Bezug auf den digitalen Wandel und die auf den Menschen ausgerichtete Digitalisierung weltweit führend machen, indem sie

Maßnahmen:⁹⁰

1. Einführung oder Stärkung bestehender Rechtsvorschriften über „mobile Arbeit“ (menschenzentriert) unter Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf die körperliche und geistige Gesundheit der Arbeitnehmer, z. B. durch Gewährleistung des Rechts auf Nichterreichbarkeit. Ein auf den Menschen ausgerichteter Ansatz setzt den Grundsatz der „Kontrolle durch den Menschen“ voraus (Empfehlung 7 des EKP1 und Debatte in der AG).⁹¹
2. Rechtsvorschriften auf EU-Ebene, um Anreize für Unternehmen zu schaffen, sozial verantwortlich zu handeln und hochwertige „mobile Arbeitsplätze“ in Europa zu erhalten, damit diese Arbeitsplätze nicht zu geringeren Kosten in Länder verlagert werden. Die Anreize können finanzieller Art sein und/oder das Image des Unternehmens beeinflussen und sollten international anerkannten Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (ESG-Kriterien) Rechnung tragen. Zu diesem Zweck sollte die EU eine Arbeitsgruppe einsetzen, die sich aus Sachverständigen aller Interessenträger zusammensetzt, um

diese Rechtsvorschriften zu prüfen und zu stärken (Empfehlung 7 des EKP 1).

3. Gewährleistung der menschlichen Kontrolle über Entscheidungsprozesse, bei denen künstliche Intelligenz am Arbeitsplatz eingesetzt wird, und der Transparenz der verwendeten Algorithmen; die nachteiligen Auswirkungen der grenzenlosen digitalen Überwachung am Arbeitsplatz zu berücksichtigen; Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer vor der Einführung digitaler Technologien, die sich auf die Arbeitsbedingungen auswirken; Sicherstellung, dass neue Beschäftigungsformen, z. B. Plattformarbeit, mit den Arbeitnehmerrechten im Einklang stehen und angemessene Arbeitsbedingungen bieten (Aussprache in der AG).

4. Initiativen zur Unterstützung der Telearbeit ergreifen, z. B. durch die Schaffung von Büroräumen mit Zugang zu einer schnellen und zuverlässigen Internetverbindung, die Organisation digitaler Schulungen und die Bereitstellung von Ressourcen für ergonomische Ausrüstung für die Arbeit von zu Hause aus (Empfehlung 17 des EKP1 und Debatte in der AG).
 5. Einrichtung eines öffentlich zugänglichen digitalen Scoreboards, mit dem ein Rankingsystem eingerichtet wird, das den aktuellen Digitalisierungsgrad von EU-Unternehmen angibt und vergleicht.
 6. Aufbau einer starken und wettbewerbsfähigen digitalen Wirtschaft und gerechte Aufteilung der Vorteile des digitalen Wandels in ganz Europa, wobei der Schwerpunkt auf Technologie und Innovation als Wachstumsmotoren liegt, bahnbrechende, auf den Wandel ausgerichtete Forschung gefördert wird und Raum für Innovationsökosysteme in allen Regionen geschaffen wird, indem das Betriebsumfeld für KMU und Start-up-Unternehmen und der gleichberechtigte Zugang zu Finanzmitteln verbessert werden und rechtliche oder andere Belastungen, die grenzüberschreitende Tätigkeiten behindern, beseitigt werden (Empfehlung 1.3 des italienischen NKS, Debatte in der Arbeitsgruppe und mehrsprachige digitale Plattform). Aufbau einer Dateninfrastruktur auf der Grundlage europäischer Werte; Anwendung der Grundsätze der „digitalen Priorität“ und der „einzigen Informationsübermittlung“ und Erleichterung des digitalen und sicheren Zugangs zu Daten für Innovation und Unternehmen; Förderung der Digitalisierung öffentlicher Dienste (Aussprache in der AG und mehrsprachige digitale Plattform). das Potenzial der vertrauenswürdigen und verantwortungsvollen Nutzung künstlicher Intelligenz voll auszuschöpfen und das Potenzial der Blockchain-Technologie und der Cloud-Dienste auszuschöpfen, indem Garantien und Standards festgelegt werden, die Transparenz und Interoperabilität gewährleisten, Vertrauen schaffen, die Nutzung erleichtern und diskriminierende oder voreingenommene Algorithmen ausschließen (Aussprache in der AG und mehrsprachige digitale Plattform).
 9. Förderung freier Software, ihrer Nutzung in der allgemeinen und beruflichen Bildung und des freien Zugangs zu öffentlich finanzierter Forschung und Software (Aussprache in der AG und mehrsprachige digitale Plattform).
 10. Einführung einer gemeinsamen europäischen digitalen Identität zur Erleichterung grenzüberschreitender digitaler Transaktionen und Dienstleistungen durch einen Rahmen europäischer Standards und Leitprinzipien, die die erforderlichen Garantien vorsehen (Aussprache in der AG und mehrsprachige digitale Plattform).
 11. Bewertung, ob es möglich wäre, Informationen über Verbraucher- und Lebensmittelprodukte über eine standardisierte europäische Anwendung zu digitalisieren, die einen benutzerfreundlicheren Zugang zu Informationen und zusätzliche Informationen über Produkte und die Produktionskette ermöglichen würde (Empfehlung 16 des EKP 1).
-
- 90 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerforum Nr. 1 (ECP 1) Nr. 7, 16 und 17 und nationale Bürgerforen (NCP) Deutschlands und Italiens Nr. 1.3.
 - 91 Im Zusammenhang mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe „Eine stärkere Wirtschaft“ zu prüfen.



„Demokratie in Europa“

36. Vorschlag: Information der Bürger, Partizipation und Jugend

Ziel: Stärkung der Bürgerbeteiligung und der Beteiligung junger Menschen an der Demokratie auf EU-Ebene, um eine „umfassende Bürgererfahrung“ für die Europäerinnen und Europäer zu schaffen; sicherzustellen, dass ihre Ansichten berücksichtigt werden, auch außerhalb der Wahlperioden, und dass ihre Beteiligung tatsächlich erfolgt. Es sollte daher festgelegt werden, welche Form der Beteiligung für jedes Thema am besten geeignet ist, z. B.:

1. Entwicklung neuer und wirksamerer Mechanismen für die Bürgerbeteiligung im Einklang mit dem EU-Besitzstand bei gleichzeitiger Verbesserung der Kommunikation über alle diese Mechanismen. Idealerweise sollten alle Informationen über Crowdsourcing-Räume⁹² auf einer vollständigen offiziellen Website mit verschiedenen Funktionen zusammengefasst werden.⁹³ Es sollte ein Mechanismus zur Überwachung politischer und legislativer Initiativen entwickelt werden, die sich aus den Prozessen der partizipativen Demokratie ergeben.⁹⁴ Partizipative Mechanismen sollten sich an die gesamte Bevölkerung richten, um unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen. Es sollte auf den Inhalt, die behandelten Themen und die Fähigkeiten der Moderatoren geachtet werden. Diese Mechanismen sollten sich auf eine Analyse der Auswirkungen der betreffenden Maßnahmen, insbesondere auf Frauen und schutzbedürftige⁹⁵ Personen, stützen.
2. Erhöhung der Häufigkeit der Online- und Offline-Interaktionen zwischen den Organen der Union und den Bürgerinnen und Bürgern auf unterschiedliche Weise, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger am europäischen Politikgestaltungsprozess teilnehmen, ihre Meinung äußern und Feedback erhalten können, und Ausarbeitung einer Charta über die Bürgerbeteiligung für EU-Beamte.⁹⁶
3. Vorschlag einer benutzerfreundlichen digitalen Plattform, auf der die Bürgerinnen und Bürger – insbesondere junge Menschen – ihre Ideen einbringen, Fragen an die Vertreter der EU-Organe stellen und ihre Ansichten zu wichtigen EU-Themen und Legislativvorschlägen äußern können. Es sollte auch die Möglichkeit vorgesehen werden, Online-Umfragen auf dieser Plattform durchzuführen.⁹⁷
4. Verbesserung und Harmonisierung der bestehenden Mechanismen auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene, um sie sicherer, zugänglicher, sichtbarer und inklusiver zu machen.⁹⁸
5. Einbeziehung der Organisationen der Zivilgesellschaft, der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften sowie bestehender Einrichtungen wie des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) und des Ausschusses der Regionen (AdR)⁹⁹ in die Prozesse der Bürgerbeteiligung.¹⁰⁰
6. Schaffung eines Systems lokaler EU-Berater, um die EU-Organe den EU-Bürgern näher zu bringen.¹⁰¹
7. Durch regelmäßige Zusammenkünfte von Bürgerversammlungen auf einer rechtsverbindlichen Grundlage des Unionsrechts. Die Teilnehmer werden nach Kriterien der Repräsentativität ausgelost, und die Teilnahme wird nachdrücklich gefördert. Falls erforderlich, werden die

Mitglieder des Plenums von Fachleuten mit Informationen versorgt, die für ihre Beratungen relevant sind. Wenn die Organe die Schlussfolgerungen dieser Versammlungen nicht berücksichtigen, müssen sie ihre Entscheidung begründen.¹⁰² Es ist wichtig, dass die gewählten Vertreter die Bürger und die Zivilgesellschaft konsultieren, bevor sie politische Entscheidungen treffen, und ihre Beiträge berücksichtigen. Die Europäische Union beruht auf der repräsentativen Demokratie: Bei den Europawahlen senden die Bürgerinnen und Bürger eine klare Botschaft an ihre Vertreter und äußern sich indirekt zur Politik der Union.¹⁰³

8. verstärkte strukturelle finanzielle oder sonstige Unterstützung der Zivilgesellschaft, insbesondere der Jugend, und der lokalen Behörden bei der Einrichtung lokaler Jugendräte;¹⁰⁴ Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner könnte eine vollwertige Säule des Europäischen Aktionsplans für Demokratie sein, und der Zivilgesellschaft könnte eine spezifische Strategie gewidmet werden.¹⁰⁵
9. Einführung einer „Jugendkontrolle“ der Rechtsvorschriften, die eine Folgenabschätzung und einen Mechanismus zur Konsultation von Jugendvertretern umfassen würde, wenn die Rechtsvorschriften Auswirkungen auf junge Menschen haben könnten.¹⁰⁶

10. Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Unionsgesetzgebern und den Organisationen der Zivilgesellschaft, um deren Verbindungen zwischen Entscheidungsträgern und Bürgern zu nutzen.¹⁰⁷
11. Zusammenfassung der Punkte zur Bürgerbeteiligung in einer Europäischen Charta für den Beitrag der Bürger zu EU-Angelegenheiten.

-
- 92 Änderungen Nr. 3A und Nr. 3B der Arbeitsgruppe (AG).
- 93 Empfehlungen Nr. 32 und 37 des Europäischen Bürgerforums 2 (EWP 2); Nationale Gremien BE, FR und NL.
- 94 Nationales Panel FR.
- 95 Änderung Nr. 8 der AG, prägnanter Wortlaut.
- 96 Empfehlung 29 des EKP2.
- 97 EKP-2-Empfehlungen 19 und 32; Nationale Panels BE und FR und DK-Vertreter der nationalen Veranstaltungen.
- 98 Nationales Gremium BE.
- 99 Änderung Nr. 7B der AG.
- 100 Nationales Gremium BE.
- 101 Kantar-Abschlussbericht, S. 85.
- 102 EKP-2-Empfehlung 39; Nr. 3 des nationalen Gremiums BE.
- 103 Änderung Nr. 10A der AG, prägnanter Wortlaut.
- 104 DK-Vertreter für nationale Veranstaltungen.
- 105 Änderung Nr. 54C der AG.
- 106 DK-Vertreter für nationale Veranstaltungen.
- 107 DK-Vertreter für nationale Veranstaltungen.

37. Vorschlag: Information der Bürger, Partizipation und Jugend (a)

Ziel: die EU verständlicher und zugänglicher zu machen; Stärkung der gemeinsamen europäischen Identität, insbesondere durch

1. ¹⁰⁸Gewährleistung eines Mindestunterrichtsvolumens über die Europäische Union, insbesondere ihre demokratischen Prozesse, ohne dabei die Geschichte der europäischen Integration und der Unionsbürgerschaft zu vernachlässigen. Menschen jeden Alters sollten in den Genuss solcher Programme kommen können, die auf attraktive und altersgerechte Weise gestaltet werden

sollten, z. B. durch die Entwicklung spezieller Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien für Kinder, Schulen¹⁰⁹ und Organisationen der Zivilgesellschaft, die im nichtformalen Unterricht tätig sind.¹¹⁰

2. Inklusive Bereitstellung zuverlässiger Informationen über die EU für alle Bürgerinnen und Bürger. Die EU-Organe sollten eine leichter verständliche Sprache verwenden und bei ihrer Kommunikation keinen bürokratischen Jargon verwenden, wobei die Qualität und das technische Niveau der bereitgestellten Informationen zu wahren¹¹¹ sind, und die Informationen an die verschiedenen Kommunikationskanäle und Empfängerprofile anpassen. Sie sollten beispielsweise die Einrichtung einer mobilen Anwendung in Betracht ziehen, die Informationen über die Politik der Union in klarer Sprache enthält.¹¹² Besondere Anstrengungen sind erforderlich, um junge Menschen in den sozialen Medien anzusprechen, aber auch durch Jugendbewegungen und verschiedene „Botschafter“ (Organisationen und Einzelpersonen), die¹¹³ das europäische Projekt erläutern.¹¹⁴
3. verstärkte Nutzung von Technologien der künstlichen Intelligenz und der maschinellen Übersetzung, um¹¹⁵ die Sprachbarriere¹¹⁶ zu überwinden und sicherzustellen, dass alle digitalen Instrumente für Menschen mit Behinderungen zugänglich¹¹⁷ und benutzerfreundlich sind.
4. Förderung und Unterstützung der Freiheit, des Pluralismus und der Unabhängigkeit der Medien, einschließlich öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten, öffentlich-rechtlicher Nachrichtenagenturen und europäischer Medien, zur regelmäßigen Berichterstattung über europäische Angelegenheiten unter Wahrung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit, um eine regelmäßige und umfassende Berichterstattung in allen Mitgliedstaaten der Union zu gewährleisten,¹¹⁸ verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung von Desinformation und Einflussnahme aus dem Ausland zu unternehmen und Journalisten zu schützen.¹¹⁹

5. Indem Europa den Bürgerinnen und Bürgern näher gebracht wird, indem auf lokaler Ebene spezielle Kontaktstellen¹²⁰ und Cluster („Europahäuser“) eingerichtet werden, die den Bürgerinnen und Bürgern Ressourcen, Informationen und Beratung zu EU-Themen anbieten, ihren Anliegen zuhören und mit Verbänden diskutieren, um dazu beizutragen, die Ansichten der Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene wiederzugeben.¹²¹
6. Ergreifung neuer Maßnahmen zur Stärkung einer gemeinsamen Identität der Europäerinnen und Europäer, z. B. durch einen EU-Fonds, der die mehr oder weniger langwierige Online- und Offline-Interaktion (z. B. Austauschprogramme, Foren oder Sitzungen) zwischen EU-Bürgerinnen und -Bürgern fördert, europäische Sportveranstaltungen organisiert, gemeinsame Teams einrichtet oder den 9. Mai (Europatag)¹²² zu einem zusätzlichen Feiertag für alle EU-Bürgerinnen¹²³ und -Bürger macht.

108Änderung Nr. 15A der AG, Kompromissformulierung.

109EKP-2-Empfehlungen 24, 36 und 38; Nationales Gremium BE.

110Änderung Nr. 16C der AG.

111 EKP-2-Empfehlung 33; Nationale Gremien BE, FR und NL.

112Empfehlung 26 des EKP2.

113Änderung Nr. 17 der AG.

114Nationales Gremium BE.

115Änderung Nr. 18A der AG.

116Empfehlung 25 des EKP2.

117 Änderung Nr. 18B der AG.

118 EKP-2-Empfehlung 31; Nationale Panels BE und NL.

119 Änderungen Nr. 19A der AG, Umformulierung, um einen angemesseneren Text zu erhalten.

120 Änderung Nr. 21 der AG, Kompromiss.

121 Nationale Panels BE und FR.

122 Änderung Nr. 23B der AG.

123 EKP-2-Empfehlung 27; Nationales Gremium BE.

38. Vorschlag: Demokratie und Wahlen

Ziel: Stärkung der europäischen Demokratie durch Stärkung ihrer Grundlagen, Förderung der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Europawahlen, Förderung transnationaler Debatten über EU-Themen und Gewährleistung einer engen Verbindung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihren gewählten Vertretern, insbesondere durch:

1. Gewährleistung der Wahrung der in den Verträgen verankerten europäischen Werte, einschließlich der Rechtsstaatlichkeit und eines robusten¹²⁴ Sozialmodells, die das Herzstück der europäischen Demokratie bilden. In ihren Beziehungen zur übrigen Welt sollte die Union den gemeinsamen demokratischen Werten in den Grenzländern Vorrang einräumen. Erst wenn sie dieses Ziel erreicht hat, kann sie durch Diplomatie und Dialog Botschafterin unseres demokratischen Modells in den Ländern werden, die dazu in der Lage und willens¹²⁵ sind.
2. Einführung der Möglichkeit, auf Initiative des Europäischen Parlaments ausnahmsweise ein Referendum in der gesamten Union einzuberufen, wenn sich ein Thema für alle europäischen Bürger als besonders wichtig erweist.¹²⁶
3. Änderung des Wahlrechts der Union, um die Modalitäten der Europawahlen zu harmonisieren (Alter der Wahlmehrheit, Datum der Wahlen, Anforderungen an Wahlkreise, Kandidaten, politische Parteien und ihre Finanzierung) sowie Entwicklung zu europaweiten oder transnationalen Listen,^x die Kandidaten aus verschiedenen Mitgliedstaaten umfassen, unter Berücksichtigung¹²⁷ der von den Bürgern der Mitgliedstaaten zu diesem Thema geäußerten Ansichten.¹²⁸
- Einige Mitglieder des Europäischen Parlaments sollten auf gesamteuropäischen Listen gewählt werden, während die anderen auf der Ebene der Mitgliedstaaten ausgewählt würden.¹²⁹
- Diese Reform sollte auch darauf abzielen, digitale Wahlmodalitäten zu erleichtern¹³⁰ und das tatsächliche Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.¹³¹
4. Stärkung der Beziehungen zwischen den Bürgern und ihren gewählten Vertretern unter Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten: Die Bürgerinnen und Bürger möchten spüren, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments und die nationalen Parlamentarier ihnen nahe stehen und mit spezifischen Maßnahmen auf ihre Anliegen eingehen.¹³² Dies ist ein universelles Problem, und Menschen jeden Alters sollten einbezogen werden.¹³³
- Die europäischen Bürgerinnen und Bürger sollten bei der Wahl des Kommissionspräsidenten mehr Gewicht haben. Dieses Ziel könnte durch die direkte Wahl des Präsidenten der Kommission¹³⁴ oder durch das System der Spitzenkandidaten verwirklicht^{xi} werden.

X Die Vertreter der Europäischen Kommission erklärten, dass eine Übergangszeit erforderlich sei, um eine zu abrupte Entwicklung zu vermeiden.

XI Standpunkt des Parlaments: Der Spitzenkandidat der europäischen politischen Partei, die bei der Wahl zum Europäischen Parlament die meisten Stimmen erhielt und von einer Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments unterstützt wurde, sollte zum Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt werden. Für den Fall, dass keine Koalitionsmehrheit zustande kommt, sollte der Posten an die nächste Spitze der Liste

- Das Europäische Parlament sollte das Recht haben, legislative Initiativen zu ergreifen, um Diskussionsthemen¹³⁵ vorzuschlagen und dann die Texte anzunehmen, die erforderlich sind, um den Empfehlungen aus den Beratungen nachzukommen.¹³⁶
- Das Europäische Parlament sollte über den EU-Haushalt entscheiden, wie es die Parlamente auf nationaler Ebene tun.^{XII137}
- Politische Parteien, Organisationen der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften sollten dynamischer und zugänglicher sein, damit sich die Bürgerinnen und Bürger stärker in die europäische Demokratie einbringen und einbringen¹³⁸ können. Dies würde auch die Einbeziehung europäischer Themen in öffentliche Debatten fördern, die von politischen Parteien, Organisationen der Zivilgesellschaft und Sozialpartnern organisiert werden, sei es im Vorfeld der

zurückkehren. Zu diesem Zweck könnten die europäischen politischen Parteien Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten ernennen. Paulo Rangel: Um das Spitzenkandidatenverfahren zu stärken, sollten die Rollen des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates umgekehrt werden, was eine Änderung der Verträge erfordert: Der Präsident der Kommission würde vom Parlament vorgeschlagen und vom Europäischen Rat gebilligt. PNM (Abschlussbericht Kantar: „Eine Gruppe von Beiträgen befasst sich mit der Wahl des Kommissionspräsidenten und der Ernennung der Kommissionsmitglieder, insbesondere mit dem Spitzenkandidatensystem.“) EYE, S. 23: „Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten sollten nicht in Backstage-Verhandlungen zwischen Gewinnerparteien gewählt werden. Wir sollten das Spitzenkandidatensystem anwenden, bei dem jede Partei vor dem Wahlkampf ankündigt, wer Präsident der Kommission sein wird, wenn diese Partei die Mehrheit gewinnt. Durch die aktive Teilnahme an der Kampagne und die direkte Interaktion mit den EU-Bürgern könnte der künftige Präsident näher an den EU-Bürgern sein.“ Diskussion in der AG.

- XII Der Rat ist der Auffassung, dass dieser Vorschlag nicht auf einer Empfehlung der Bürger beruht. Sie steht daher nicht im Einklang mit der vereinbarten Methode. Siehe auch die Position der Bürgerkomponente auf Seite 42.

Europawahlen oder im Vorfeld nationaler, regionaler oder lokaler Wahlen.¹³⁹

5. Die Demokratie verkörpert sich in den Institutionen und der Gesellschaft im Allgemeinen, auch am Arbeitsplatz durch die Sozialpartner.¹⁴⁰

124Änderung Nr. 25C der AG.

125Empfehlung 14 des EKP.

126Empfehlung 18 des EKP. NB: Die Vertreter der Bürgerinnen und Bürger erklärten, dass dieser Mechanismus mit Vorsicht konzipiert und angewandt werden sollte.

127GT-Änderungen Nr. 28E, 28G und 28H.

128EKP-2-Empfehlung 16; Nr. 20 des nationalen NL-Panels, aufgeteilt in länderübergreifende Listen.

129auf der Grundlage der EKP-2-Empfehlung Nr. 16; Diskussion in der AG.

130EKP-2-Empfehlung 19 und mehrsprachige digitale Plattform.

131EWSA.

132Änderung Nr. 32B der AG.

133EKP-2-Empfehlung 36; Nationale Panels BE und FR.

134Nationales FR-Panel („Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission in allgemeiner Wahl“); PNM (Abschlussbericht Kantar: Eine Gruppe von Beiträgen bezieht sich auf die direkte Wahl des Kommissionspräsidenten durch die Bürgerinnen und Bürger).

135Änderung Nr. 34C der AG.

136Nationales Panel BE (3.2), nationales Panel FR (11) NMP (Abschlussbericht Kantar: „Was das Europäische Parlament betrifft, so fordern die Beitragenden in den meisten Fällen, dass ihm ein echtes legislatives Initiativrecht übertragen wird“).

137PNM (Abschlussbericht Kantar: „Was das Europäische Parlament betrifft, (...) Es gibt auch Forderungen, ihm Haushaltsbefugnisse zu übertragen“).

138PNM (Abschlussbericht Kantar: „Nach einem anderen Beitrag sollten die Parteien für Menschen aus unterschiedlichen kulturellen oder sozioökonomischen Hintergründen zugänglicher werden“).

139AdR in GT.

140. Änderung Nr. 38 der AG,

Kompromissformulierung.

39. Vorschlag: Der Beschlussfassungsprozess der EU

Ziel: Verbesserung des Entscheidungsprozesses der Union, um ihre Handlungsfähigkeit zu gewährleisten und gleichzeitig die Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen und einen transparenten und für die Bürgerinnen und Bürger verständlichen Prozess zu gewährleisten, insbesondere durch:

1. Überprüfung der Vorschriften für die Beschlussfassung und Abstimmung in den EU-Organen. Die Frage der Einstimmigkeit verdient besondere Aufmerksamkeit, da sie eine Einigung sehr schwierig macht. Es muss für eine faire Stimmengewichtung gesorgt werden, um die Interessen kleiner Länder zu schützen.¹⁴¹
 - Alle derzeit einstimmig gefassten Beschlüsse sollten künftig mit qualifizierter Mehrheit angenommen werden. Die einzigen Ausnahmen sollten die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die Europäische Union und die Änderung der in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union und in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundprinzipien der Union sein.¹⁴²
2. Gewährleistung der Transparenz des Entscheidungsprozesses, indem es unabhängigen Bürgerbeobachtern ermöglicht wird, diesen Prozess genau zu verfolgen, indem ein umfassenderes Recht auf Zugang zu Dokumenten durchgesetzt¹⁴³ wird und auf dieser Grundlage engere Verbindungen und ein verstärkter Dialog zwischen den Bürgern und den europäischen Organen hergestellt¹⁴⁴ werden.
 - Die EU muss die Transparenz ihres Entscheidungsprozesses und ihrer Organe verbessern. So sollten beispielsweise die Sitzungen des Rates und des Europäischen Parlaments, einschließlich der Abstimmungsrunden, auf die gleiche Weise online übertragen werden. Dies würde es interessierten Bürgern ermöglichen, die Politikgestaltung der Union zu verfolgen, und die politischen Entscheidungsträger zur Rechenschaft ziehen.¹⁴⁵ Auch das Untersuchungsrecht des Europäischen Parlaments sollte gestärkt werden.¹⁴⁶
3. Indem er erwägt, die Namen der europäischen Organe zu ändern, um die Funktion und die Rolle der einzelnen Organe im Entscheidungsprozess der Union in den Augen der Bürgerinnen und Bürger zu klären.¹⁵⁰
 - Der Beschlussfassungsprozess der Union sollte auf einer klareren und verständlicheren Struktur beruhen, die den nationalen Systemen ähnelt¹⁵¹ und ausdrücklich die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den europäischen Organen und den Mitgliedstaaten angibt.¹⁵²
 - Beispielsweise könnte der Rat der Europäischen Union in „Senat der Union“ und die Europäische Kommission in „Exekutivkommission der Union“ umbenannt¹⁵³ werden.
4. Stärkung der Kapazitäten der Union zur Erzielung von Ergebnissen in Schlüsselbereichen.¹⁵⁴
5. Gewährleistung von Mechanismen des sozialen Dialogs und der Konsultation der Bürgerinnen und Bürger in allen Phasen des Entscheidungsprozesses der Union,

von der Folgenabschätzung bis zur Gestaltung und Umsetzung der Maßnahmen.¹⁵⁵

6. Reform der Arbeitsweise der Europäischen Union, unter anderem durch eine engere Einbeziehung der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft. Die bestehenden Strukturen müssen gestärkt werden, damit der Entscheidungsprozess den Bedürfnissen und Erwartungen der europäischen Bürger, die in der europäischen Demokratie eine zentrale Rolle spielen, besser gerecht wird. In diesem Zusammenhang muss der EWSA die Mittel erhalten, um eine wichtigere institutionelle Rolle als Garant und Förderer der Aktivitäten der partizipativen Demokratie zu spielen, wie z.B. den strukturierten Dialog mit den Organisationen der Zivilgesellschaft und den Bürgerforen. Eine dynamische Zivilgesellschaft ist für das demokratische Leben der Union von entscheidender Bedeutung.¹⁵⁶
7. Wenn es sinnvoll ist, die Debatte über die Verfassung wieder aufzunehmen, um unsere Werte klar zu definieren. Eine Verfassung könnte zu mehr Genauigkeit führen, die Bürgerinnen und Bürger mobilisieren und es ermöglichen, sich auf die Regeln für den Entscheidungsprozess zu einigen.¹⁵⁷

141EKP-2-Empfehlung 20

142Empfehlung 21 des EKP4.

143Änderung Nr. 43 der AG.

144EKP-2-Empfehlung 34; Nationales NL-Panel.

145Aussprache in der AG auf der Grundlage der Empfehlung 34 des EKP 2; Nationales NL-Panel; PNM (Abschlussbericht Kantar: „Mehr Transparenz und eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Beschlussfassungsprozess der EU werden ebenfalls unterstützt.“

146Änderung Nr. 44A der AG.

147Debatte in der AG (Präsentation durch die nationalen Parlamente und den AdR).

148Änderung Nr. 45C der AG.

149Änderung Nr. 46B der AG.

150Empfehlung 15 des EKP 2.

151Debatte in der Arbeitsgruppe auf der Grundlage der in der Empfehlung 15 des Europäischen Bürgerforums 2 zum Ausdruck gebrachten Notwendigkeit, „die Aufgaben der europäischen Organe zu klären“; PNM (Abschlussbericht Kantar: „Es gibt auch [...] Vorschläge zur Vertiefung der Zweikammer-Gesetzgebung in der EU.“)

152Änderung Nr. 48B der AG.

153Empfehlung 15 des EKP 2.

154Debatten in der AG.

155Änderung Nr. 52A der AG.

156EWSA, Kompromissformulierung.

157EKP-Empfehlung 35, nationales Gremium FR und Änderungen der AG 51C und 51D in Kombination.

40. Vorschlag: Subsidiarität

1. Aktive Subsidiarität und Multi-Level-Governance sind wesentliche Grundsätze für ein demokratisches und verantwortungsvolles Funktionieren der Europäischen Union.¹⁵⁸
2. Die Union muss den Mechanismus überarbeiten, mit dem die nationalen Parlamente prüfen, ob europäische Gesetzgebungsvorschläge in die nationalen Zuständigkeiten eingreifen oder nicht. Die nationalen Parlamente sollten in der Lage sein, den EU-Organen
3. Der AdR sollte reformiert werden, um geeignete Wege für den Dialog mit den Regionen, Städten und Gemeinden zu eröffnen. Es sollte eine größere Rolle¹⁶⁰ im institutionellen Gefüge spielen, wenn es um Themen mit territorialen Auswirkungen geht.¹⁶¹

Gesetzgebungsinitiativen vorzuschlagen. Diese Mechanismen sollten auf alle regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen ausgeweitet¹⁵⁹ werden.

4. Durch die systematische Anwendung einer von allen EU-Organen gebilligten gemeinsamen Subsidiaritätsdefinition könnte klarer festgelegt werden, auf welcher (europäischen, nationalen oder regionalen) Ebene Entscheidungen zu treffen sind.¹⁶²
5. Die Sozialpartner und die Organisationen der Zivilgesellschaft, die in der europäischen Demokratie eine zentrale Rolle spielen, müssen besser in den Entscheidungsprozess eingebunden werden. Eine dynamische Gesellschaft ist für das demokratische Leben der Union von entscheidender Bedeutung.¹⁶³
6. Wir fordern die EU-Organe auf, die Schlussfolgerungen dieser Arbeitsgruppe umzusetzen und umzusetzen. Dies könnte
- durch die bestehenden Bestimmungen des Vertrags von Lissabon sowie erforderlichenfalls durch die Forderung nach der Einleitung eines Europäischen Konvents¹⁶⁴ geschehen.
-
- 158Änderung Nr. 53D der AG.
- 159Diskussion in der Arbeitsgruppe; nationalen Parlamenten.
- 160Diskussion in der Arbeitsgruppe; AdR und EWSA; Kantar-Abschlussbericht, S. 85.
- 161Änderung Nr. 58B der AG.
- 162Änderung Nr. 59B der AG.
- 163Diskussion in der Arbeitsgruppe; Sozialpartner und andere Mitglieder.
- 164Änderung Nr. 63A der AG, Kompromissformulierung.



„Migrationen“

41. Vorschlag: Legale Migration

Ziel: Stärkung der Rolle der EU im Bereich der legalen Migration

Maßnahmen:¹⁶⁵

1. Einleitung einer Kommunikationskampagne auf europäischer Ebene, damit EURES (das Europäische Netz der Arbeitsvermittlungen), das EU-Einwanderungsportal und das EU-Instrument zur Erstellung von Kompetenzprofilen für Drittstaatsangehörige den EU-Bürgern besser bekannt sind und von EU-Unternehmen bei der Einstellung häufiger genutzt werden (Empfehlung 6).
2. Schaffung einer europäischen Einrichtung für den Zugang von Migranten zum EU-Arbeitsmarkt oder, falls dies nicht möglich ist, Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Netzes der Arbeitsvermittlungen (EURES), z. B. Verbesserung der Projekte im Rahmen der Fachkräftepartnerschaft (Empfehlung 7 und Debatte in der Arbeitsgruppe), mit der Möglichkeit, das Angebot und die Nachfrage nach Kompetenzen im Herkunftsland auf der Grundlage von Bewertungskriterien online zusammenzubringen (Empfehlung 9 und Debatte in der Arbeitsgruppe). Die EU sollte die Mitgliedstaaten dazu anhalten, den Prozess der Aufnahme und Integration legaler Migranten und ihren Zugang zum EU-Arbeitsmarkt zu vereinfachen, indem die Interoperabilität zwischen den verschiedenen betroffenen Verwaltungen verbessert wird (Aussprache in der AG).
3. Verbesserung der Funktionsweise und Umsetzung der Richtlinie über die Blaue Karte, um die für die Wirtschaft der EU erforderlichen Qualifikationen anzuziehen (Empfehlung 7 und Erörterung in der Arbeitsgruppe), wobei dem Risiko der Abwanderung hochqualifizierter Kräfte gebührend Rechnung zu tragen ist (gemäß Maßnahme 1 des Vorschlags Nr. 42).
4. Förderung einer harmonischen Aufwärtskonvergenz bei den Arbeitsbedingungen in der gesamten Union, um Ungleichheiten bei den Arbeitsbedingungen zu bekämpfen, eine wirksame EU-Politik für die Arbeitsmigration sicherzustellen und die Arbeitnehmerrechte zu verteidigen. In diesem Zusammenhang Stärkung der Rolle der Gewerkschaften auf nationaler und transnationaler Ebene (Empfehlung 28 und Aussprache in der Arbeitsgruppe) in Zusammenarbeit mit den Arbeitgeberverbänden (Aussprache im Plenum).
5. Verstärkte Anstrengungen zur Information und Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten über Migrations- und Integrationsfragen (Empfehlung 30, Empfehlung 9 des LT-Gremiums und Aussprache in der AG).

¹⁶⁵Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerforum Nr. 4 (EKP 4) Nr.⁶ 7, 9, 28 und 30, Litauen Nr. 9.

42. Vorschlag: Irreguläre Migration

Ziel: Stärkung der Rolle der EU bei der Bekämpfung aller Formen der irregulären Migration und Stärkung des Schutzes der EU-Außengrenzen unter Wahrung der Menschenrechte

Maßnahmen:¹⁶⁶

1. Aktive Beteiligung, z. B. durch Partnerschaftsabkommen, an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Ländern außerhalb der Europäischen Union, aus denen ein erheblicher Zustrom von Migranten stattfindet, um die Ursachen der Migration, einschließlich des Klimawandels, anzugehen. Diese Maßnahmen sollten transparent sein und zu greifbaren Ergebnissen mit messbaren Auswirkungen führen, die den Unionsbürgern klar mitgeteilt werden sollten (Empfehlung 27, Empfehlung 3 und Aussprache in der AG).
2. Gewährleistung des Schutzes aller Außengrenzen durch Verbesserung der

Transparenz und Rechenschaftspflicht von Frontex und Stärkung ihrer Rolle (Empfehlung 8 und Erörterung in der Arbeitsgruppe) und Anpassung der EU-Rechtsvorschriften, um den aktuellen Herausforderungen der irregulären Migration wie Menschenhandel, Menschenhandel, sexuelle Ausbeutung, hybride Angriffe von Staaten, die Migranten instrumentalisieren, und Menschenrechtsverletzungen besser zu begegnen (Empfehlung 10 der Arbeitsgruppe und Erörterung in der Arbeitsgruppe).

¹⁶⁶Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerforum Nr. 4 (EKP 4) Nr.⁸ und 27, Litauen Nr. 10, Niederlande Nr. 3.

43. Vorschlag: Irreguläre Migration (a)

Ziel: Einheitliche Anwendung gemeinsamer Vorschriften für die Erstaufnahme von Migranten in allen Mitgliedstaaten

Maßnahmen:¹⁶⁷

1. Entwicklung EU-weiter Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Gesundheit aller Migranten, insbesondere schwangerer Frauen, Kinder, unbegleiteter Minderjähriger und schutzbedürftiger Personen (Empfehlungen 10 und 38 und Aussprache in der AG).
2. Aufstockung der finanziellen, logistischen und operativen Unterstützung der EU, auch für lokale Behörden, regionale

Entscheidungsträger und Organisationen der Zivilgesellschaft, für das Erstaufnahmemanagement, was möglicherweise zur Integration von Flüchtlingen oder legalen Migranten in die EU und zur Rückführung irregulärer Migranten führt (Empfehlung 35 und Aussprache in der AG).

¹⁶⁷Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerforum Nr. 4 (EKP 4) Nr. 10, 35 und 38.

44. Vorschlag: Asyl, Integration

Ziel: Stärkung der Rolle der EU und Reform des europäischen Asylsystems auf der Grundlage der Grundsätze der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten

Maßnahmen:¹⁶⁸

1. Annahme gemeinsamer EU-Vorschriften über die Verfahren zur Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz in den Mitgliedstaaten, die einheitlich für alle Asylbewerber gelten. Bei diesen Verfahren müssen die Menschenwürde und das Völkerrecht geachtet werden (Empfehlung 29, IT-Empfehlungen 3.8 und 4.4, S. 15 und Aussprache in der AG). Da an der Aufnahme von Asylbewerbern verschiedene Akteure auf nationaler Ebene beteiligt sind, sollte die Union die Mitgliedstaaten dazu anhalten, diesen Prozess zu vereinfachen und zu beschleunigen, indem die Interoperabilität zwischen den verschiedenen betroffenen Verwaltungen verbessert wird, und eine zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber einrichten, um die nationalen Verwaltungsverfahren zu straffen (Empfehlung 37 und Erörterung in der AG).
2. Überprüfung des Dublin-Systems, um Solidarität und eine gerechte Aufteilung der Verantwortlichkeiten, einschließlich der Verteilung der Migranten auf die Mitgliedstaaten, zu gewährleisten; Es könnten auch andere Formen der Unterstützung in Betracht gezogen werden (Empfehlungen 33, 36, 37, 40; Empfehlung LT Nr. 2; Empfehlungen IT 3.8 (S. 15) und
- NL 2, Aussprache in der Arbeitsgruppe und Aussprache im Plenum).
3. Verschärfung der in der Richtlinie 2013/33/EU festgelegten Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern durch strengere legislative Maßnahmen zur Verbesserung der Aufnahmeeinrichtungen und der Unterbringung (Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates Nr. 31, IT-Empfehlung Nr. 5.6, S. 11 und Aussprache in der Arbeitsgruppe).
4. Besondere Aufmerksamkeit sollte Schwangeren, Kindern und insbesondere unbegleiteten Minderjährigen gewidmet werden (Empfehlung 38 und Aussprache in der AG).
5. Stärkung und Ausbau der finanziellen und personellen Ressourcen sowie der Verwaltungskapazitäten der Asylagentur der Europäischen Union zur Koordinierung und Verwaltung der Umsiedlung von Asylbewerbern innerhalb der EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine gerechte Verteilung (Empfehlungen 36 und 37, Empfehlung LT Nr. 3 und Aussprache in der AG).

¹⁶⁸Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerforum Nr. 4 (EKP 4) Nr.²⁹, 31, 33, 36, 37, 38, 39 und 40, Italien Nr.^{3.8}, 4.4 (S. 15) und 5.6 (S. 11), Litauen Nr.² und 3, Niederlande Nr. 1 und 2.

45. Vorschlag: Asyl, Integration(bis)

Ziel: Verbesserung der Integrationspolitik in allen Mitgliedstaaten

Maßnahmen:¹⁶⁹

1. Die EU stellt auch unter Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und der Organisationen der Zivilgesellschaft sicher, dass alle Asylsuchenden und Flüchtlinge während der Prüfung ihres Aufenthaltsantrags an Sprach- und Integrationskursen und -aktivitäten sowie an Berufsausbildungen teilnehmen (Empfehlung 32, Empfehlung FR Nr. 13,

Aussprache in der AG und Aussprache im Plenum).

2. Asylsuchende mit den erforderlichen Qualifikationen sollten in der gesamten Union Zugang zum Arbeitsmarkt haben, wenn dies möglich ist, um ihre Autonomie zu stärken (Empfehlung 7 und Aussprache in der AG).

¹⁶⁹Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerforum Nr. 4 (EKP 4) Nr. 7 und 32, Frankreich Nr. 13.



Bildung, Kultur, Jugend und Sport

46. Vorschlag: Bildung

Ziel: Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten sich bemühen, bis 2025 einen inklusiven europäischen Bildungsraum zu schaffen, in dem alle Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigten Zugang zu hochwertiger Bildung und lebenslangem Lernen haben, auch Menschen, die in ländlichen und abgelegenen Gebieten leben. Zu diesem Zweck sollten die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten insbesondere

Maßnahmen:

1. Koordinierung des Niveaus aller verschiedenen Bildungsprogramme in der Europäischen Union durch die Akzeptanz nationaler, regionaler und lokaler Inhalte und Schaffung engerer Verbindungen zwischen den Bildungssystemen, insbesondere durch die Gleichwertigkeit von Abschlüssen.¹⁷⁰ Ein zertifizierter Mindeststandard für den Unterricht in wesentlichen Fächern sollte bereits in der Grundschule¹⁷¹ eingeführt werden. Im Bildungsbereich sollten geteilte Zuständigkeiten geschaffen werden, zumindest in Bezug auf die politische Bildung, und die Ausübung dieser Zuständigkeit durch die Union sollte die Mitgliedstaaten nicht daran hindern, ihre eigenen Zuständigkeiten auszuüben. Diplome und Berufsausbildungen sollten in allen EU-Mitgliedstaaten validiert und gegenseitig anerkannt werden.¹⁷² Die EU sollte auch die Anerkennung von nichtformalem und informellem Lernen¹⁷³ und von Jugendorganisationen, die es anbieten, sowie von Lernzeiten im Ausland nutzen.
2. Entwicklung einer zukunftssicheren Bildung und eines zukunftsfähigen lebenslangen Lernens in Europa – im Einklang mit dem Recht auf Ausbildung am Arbeitsplatz für alle – mit Schwerpunkt auf folgenden Aspekten:
 - Politische Bildung über demokratische Prozesse sowie die Werte der EU und die

Geschichte Europas.¹⁷⁴ Es sollte ein gemeinsames Modul sein, das in allen Mitgliedstaaten unterrichtet werden sollte. Die Wirtschaftskennntnisse sollten ebenfalls verbessert werden, um ein besseres Verständnis des europäischen Integrationsprozesses zu ermöglichen.¹⁷⁵

- Digitale Kompetenzen.¹⁷⁶
- STIAM¹⁷⁷
- Unternehmertum und Forschung.
- Entwicklung des kritischen Denkens. Die Medienkompetenz sollte verbessert werden, um die Online-Sicherheit zu gewährleisten und es den Bürgerinnen und Bürgern in allen Mitgliedstaaten zu ermöglichen, unabhängig zu beurteilen, ob eine Information glaubhaft ist oder nicht, und Falschmeldungen zu identifizieren und gleichzeitig die Möglichkeiten des Internets zu nutzen. Diese Bildung sollte durch die Organisation spezieller Kurse auf der Ebene der Grundbildung erfolgen und in anderen öffentlichen Räumen unter der Schirmherrschaft einer spezialisierten Einrichtung auf Unionsebene und unter Nutzung bewährter Verfahren in allen Mitgliedstaaten Bürgern jeden Alters angeboten werden. Die EU sollte sicherstellen, dass die speziell für diese Aktivitäten bereitgestellten Mittel für die vorgesehenen Zwecke verwendet werden.¹⁷⁸
- Einbeziehung von Soft Skills in alle Kurse in die Lehrpläne der Schulen. Als Soft Skills gelten: gegenseitiges Zuhören, Dialog, Resilienz, Verständnis, Respekt und

Wertschätzung für andere, kritisches Denken, Selbstlernen sowie Neugier und Ergebnisorientierung;¹⁷⁹ – Allen die Möglichkeit geben, mehr über ökologische Nachhaltigkeit und ihre Zusammenhänge mit der Gesundheit zu erfahren. Die biologische Vielfalt sollte in der Schule Pflichtfach sein. Sie sollte in der Schule mit spezifischen Themen beginnen, die alle ökologischen Probleme behandeln, und mit Hilfe eines Finanzierungsprogramms Exkursionen umfassen, um relevante reale¹⁸⁰ Beispiele vorzustellen.
– Bekämpfung von Mobbing in der Schule und Rassismus.

3. Unterstützung der Lehrerausbildung,¹⁸¹ um Lehren aus bewährten Verfahren zu ziehen und aktuelle innovative und kreative Lehrtechniken zu nutzen, die die Entwicklung von Lehrmethoden, einschließlich praktischer Aktivitäten, widerspiegeln, wobei auch auf Lehren aus der COVID-19-Pandemie und anderen Arten von Krisen aufgebaut wird, sowie Förderung von Mobilitätsmöglichkeiten.¹⁸²
4. Um den Bildungsbedürfnissen aller Kinder und Familien gerecht zu werden, sollte dem Zugang zu Ausrüstung und einer effizienten Breitbandanbindung Vorrang eingeräumt¹⁸³ werden.
5. Einrichtung einer Informationsplattform für den unionsweiten Wissens- und Erfahrungsaustausch durch die Bündelung von Informationen über grenzüberschreitende allgemeine und berufliche Bildung in der Union, die Präsentation von Beispielen für bewährte Verfahren und die Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, neue Ideen für den grenzüberschreitenden Austausch vorzustellen. Sie sollte Lehrmaterial zu Klimawandel, Umweltfragen und Digitalisierung sowie Informationen zu

bestehenden Fachforen zu den wichtigsten Themen anbieten.¹⁸⁴ - Diese Einrichtung könnte mit einem Finanzierungsprogramm einhergehen, um die Nutzung und Nutzung der Informationen der Plattform zu unterstützen.

- 170 Französische NKS, Änderung 6.
- 171 Empfehlung 37 des EKP 1.
- 172 EKP-Empfehlung 3. Französische NKS, Änderung 6.
- 173 Empfehlung 41 des EKP 1.
- 174 Dieser Aspekt wurde von der Arbeitsgruppe „Europäische Demokratie“ eingehender erörtert. Siehe EKP-2-Empfehlung 24, belgische NKS-Empfehlungen 1.1, 1.2 und 2.12 und italienische NKS-Empfehlung zu „Inklusionsstrategien“.
- 175 Empfehlung der italienischen nationalen Kontaktstelle zur „Inklusionspolitik“.
- 176 Dieser Aspekt wurde von der Arbeitsgruppe „Digitale Transformation“ eingehender erörtert. Siehe EKP-1-Empfehlungen 8 und 34.
- 177 Empfehlung des italienischen NKS „Ermunterung junger Menschen, wissenschaftliche Fächer zu studieren“.
- 178 EKP-1-Empfehlungen 33 und 48. Dieser Aspekt wird auch von der Arbeitsgruppe „Digitaler Wandel“ behandelt. Siehe Empfehlung 47 des EKP1 zur gesunden Nutzung des Internets.
- 179 Empfehlung 5 des EKP 1.
- 180 EKP-1-Empfehlungen 15 und 18.
- 181 Empfehlung der italienischen NKS „Europa in der Welt“
- 182 EKP-1-Empfehlungen^{Nr. 18} und 41 und Empfehlung des italienischen NKS „Investitionen in die Ausbildung von Ausbildern“.
- 183 Empfehlung 17 des EKP 1, die vollständig an die Arbeitsgruppe Digitales gerichtet ist.
- 184 Empfehlung 15 des EKP 1. Empfehlung des deutschen NKS zu einer „Informationsplattform für den EU-weiten Wissens- und Erfahrungsaustausch“.

47. Vorschlag: Fragen im Zusammenhang mit der europäischen Jugend

Ziel: Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich in allen einschlägigen Politikbereichen, einschließlich der EU-Regionalpolitik, auf die besonderen Bedürfnisse junger Menschen konzentrieren, um ihnen die bestmöglichen Bedingungen zu bieten, um zu studieren und zu

arbeiten und ein unabhängiges Leben zu beginnen, und sie gleichzeitig in das demokratische Leben und die Entscheidungsprozesse, auch auf europäischer Ebene, einzubeziehen. Den Jugendorganisationen kommt eine Schlüsselrolle zu. Um dieses Ziel zu erreichen, schlagen wir Folgendes vor:

Maßnahmen:

1. Schaffung von mehr Möglichkeiten für junge Menschen, sich an demokratischen Prozessen und Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen zu beteiligen und zu vertreten, und Unterstützung bestehender Programme in diesem Bereich, unter anderem durch die Organisation von Bürgerforen mit Kindern (z. B. im Alter von 10 bis 16 Jahren) in Schulen. Die europäischen Vertreter könnten Schulkinder in ihren Schulen treffen, um die Bürger schon in jungen Jahren näher an Europa zu bringen und Europa besser zu verstehen.¹⁸⁵ Um sicherzustellen, dass alle politischen Entscheidungen der EU aus der Perspektive junger Menschen analysiert werden, sollte auf europäischer Ebene ein „Jugendtest“ entwickelt werden, damit alle neuen politischen Maßnahmen und Legislativvorschläge einer jugendorientierten Folgenabschätzung unterzogen werden, die auch eine Konsultation junger Menschen umfasst.
2. Die Gewährung des Wahlrechts ab 16 Jahren bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in Verbindung mit einer stärkeren staatsbürgerlichen und EU-bezogenen Bildung sollte erörtert und erwogen werden. Die nationalen politischen Parteien sollten sicherstellen, dass auch jüngere Kandidaten für die Wahlen zum Europäischen Parlament auf ihre Listen gesetzt¹⁸⁶ werden.
3. Bessere Vorbereitung junger Menschen auf den Eintritt ins Berufsleben, indem Schülerinnen und Schüler (ab 12 Jahren) die Möglichkeit erhalten, in enger Zusammenarbeit zwischen Schulen, lokalen Gebietskörperschaften und einschlägigen Organisationen und Unternehmen an hochwertigen Beobachtungsbesuchen¹⁸⁷ in gewinnorientierten und gemeinnützigen Organisationen teilzunehmen. Diese Besuche sollten als Teil eines umfassenderen Berufsberatungsprozesses in der formalen Bildung betrachtet werden, um jungen Menschen einen ersten Kontakt zur Arbeitswelt zu ermöglichen, damit sie ihre Berufswahl steuern und/oder in Erwägung ziehen können, Unternehmer zu werden.
4. Mehr EU-Mittel im Rahmen von NextGenerationEU sollten auch für die Umsetzung der verstärkten Europäischen Jugendgarantie bereitgestellt werden, einschließlich eines stärkeren Engagements, einer stärkeren Sensibilisierung, einer besseren Qualität des Angebots, der Finanzierung und der Maßnahmen aller Mitgliedstaaten und der einschlägigen Ebenen der zuständigen Behörden. Da Jugendorganisationen besser in der Lage sind, die Bedürfnisse junger Menschen zu ermitteln, sollten die nationalen Regierungen im Wege eines engen Dialogs mit diesen Organisationen zusammenarbeiten, um eine möglichst wirksame Umsetzung der Jugendgarantie zu gewährleisten.
5. Es sollte sichergestellt werden, dass Praktika und Arbeitsplätze für junge Menschen den Qualitätsstandards entsprechen, insbesondere in Bezug auf die Entlohnung, indem Mindestlöhne für junge Menschen und andere diskriminierende Bestimmungen des Jugendarbeitsrechts abgeschafft werden und unbezahlte Praktika auf dem Arbeitsmarkt und außerhalb der formalen Bildung durch ein Rechtsinstrument verboten¹⁸⁸ werden.
6. Gewährleistung eines angemessenen Lebensstandards für junge Menschen, einschließlich des Zugangs zu Sozialschutz und Wohnraum. Junge Menschen sollten Zugang zu einem Sozialschutzniveau haben, das dem anderer Altersgruppen gleichwertig ist. Auch der Zugang junger Menschen zu erschwinglichem Wohnraum sollte erleichtert werden, unter anderem durch EU-Mittel.¹⁸⁹
7. Es sind spezifische Maßnahmen erforderlich, um die Abwanderung hochqualifizierter Kräfte aus bestimmten Regionen und

Ländern innerhalb der Union aufgrund unzureichender Chancen für junge Menschen zu verhindern und gleichzeitig Europa attraktiver zu machen, um die Abwanderung von Talenten und Arbeitskräften aus der EU in Drittländer zu verhindern, um eine Beeinträchtigung des territorialen Zusammenhalts zu vermeiden, insbesondere in Regionen, in denen ein erheblicher Verlust an jungen Talenten zu verzeichnen ist, auch durch EU-Mittel.¹⁹⁰

8. Im Falle einer schweren Krise (z. B. Gesundheitskrise, Krieg) sollten gut konzipierte Pläne mit detaillierten Szenarien bereit sein, flexibel eingesetzt zu werden, um die Auswirkungen auf die Ausbildung, die Berufsausbildung, den Übergang in den Arbeitsmarkt und das psychische

Wohlbefinden junger Menschen so gering wie möglich zu halten.¹⁹¹

- 185 Empfehlung 6.1 der belgischen NKS. Französische NKS, Änderung 7.
- 186 Empfehlung 7.2 der belgischen NKS.
- 187 Empfehlung 4 des EKP 1.
- 188 Vorschlag zur Ergänzung der EKP-1-Empfehlungen 1 und 30 der Arbeitsgruppe „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“.
- 189 Vorschlag zur Ergänzung der EKP-1-Empfehlung 25 der Arbeitsgruppe „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“.
- 190 Empfehlung 28 des EKP4. Niederländische NKS („Unsere Vision von Kultur, Jugend und Sport“), Empfehlung 1. Französische NKS, Änderung 6.
- 191 Empfehlung 6 des EKP 1.

48. Vorschlag: Kultur und Austausch

Ziel: Um eine Kultur des Austauschs zu fördern und die europäische Identität und Vielfalt in verschiedenen Bereichen zu fördern, sollten die Mitgliedstaaten mit Unterstützung der Europäischen Union

Maßnahmen:¹⁹²

1. Förderung des europäischen Austauschs in verschiedenen Bereichen, sowohl physisch als auch digital, einschließlich Bildungsaustausch, Partnerschaften, Reisen und beruflicher Mobilität (insbesondere für Lehrkräfte und lokale Mandatsträger). Dieser Austausch sollte allen Menschen in allen Mitgliedstaaten zugänglich gemacht werden, unabhängig von Alter, Bildungsstand, Herkunft und finanziellen Mitteln.¹⁹³ Zu diesem Zweck sollte die Union insbesondere bestehende Austausch- und Mobilitätsprogramme auf Unionsebene wie das Europäische Solidaritätskorps, Erasmus+ und DiscoverEU stärken, für eine breitere und vielfältigere Teilnahme an diesen Programmen sorgen und die Aufnahme neuer Elemente wie ein zusätzliches Ziel des zivilgesellschaftlichen Dienstes, das durch Freiwilligentätigkeit (für das Europäische Solidaritätskorps) gefördert wird, und „kulturelle Zugangsweise“ (für

DiscoverEU) in Erwägung ziehen. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften müssen unter der Schirmherrschaft des Ausschusses der Regionen in diesem Bereich eine führende Rolle spielen.

2. Förderung der Mehrsprachigkeit als Brücke zu anderen Kulturen von frühester Kindheit an. Regional- und Minderheitensprachen benötigen zusätzlichen Schutz, wobei das Übereinkommen des Europarats über Minderheitensprachen und das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten zu berücksichtigen sind. Die EU sollte die Einrichtung einer Einrichtung zur Förderung der Sprachenvielfalt auf europäischer Ebene in Erwägung ziehen. Kinder sollten bereits in der Grundschule dazu verpflichtet werden, Kompetenzen in einer anderen aktiven EU-Sprache als ihrer eigenen auf dem höchstmöglichen Niveau zu erwerben. Um die Fähigkeit der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu erleichtern, mit größeren

Gruppen anderer Europäerinnen und Europäer zu kommunizieren, und als Faktor des europäischen Zusammenhalts sollten die Mitgliedstaaten das Erlernen der Sprache der direkt angrenzenden EU-Mitgliedstaaten in den Grenzregionen und den Erwerb eines zertifizierten Englischniveaus fördern.¹⁹⁴

3. Schaffung von Möglichkeiten, die europäischen Kulturen zu teilen, die Menschen einander näher zu bringen und ihnen eine gemeinsame europäische Identität zu vermitteln, z. B. durch Veranstaltungen und Zusammenkünfte, an denen alle Zielgruppen beteiligt sind und die an verschiedenen Orten stattfinden. Beispiele hierfür sind die Organisation von Weltkunsttagen,¹⁹⁵ eine europäische Ausstellung mit pädagogischen Veranstaltungen oder die Umwandlung des Europatags (9.¹⁹⁶ Mai) in einen offiziellen europäischen Urlaubstag für alle Unionsbürger.
4. Schutz des europäischen Kulturerbes und der europäischen Kultur,¹⁹⁷ insbesondere durch die Anerkennung lokaler und regionaler kultureller und¹⁹⁸ produktionsbezogener Besonderheiten, durch neue Initiativen zur Erhaltung und Feier des kulturellen Erbes, durch Mobilität zur Förderung des Austauschs des kulturellen Erbes und durch die Förderung bestehender Maßnahmen wie Kreatives Europa, Neues Europäisches Bauhaus, Städtepartnerschaftsprogramme und Kulturhauptstädte Europas im Einklang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung.
5. Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass Kulturschaffende auf EU-Ebene, insbesondere in künftigen Krisen, durch die Annahme eines Rechtsstatus auf EU-Ebene ausreichend geschützt werden.

¹⁹²Niederländische NKS („Unsere Vision von Kultur, Jugend und Sport“), Empfehlung 2.

¹⁹³Empfehlung 36 des EKP 1. Französische NKS, Änderung 6. Empfehlungen Nrn. 2.10 und 2.11 der belgischen NKS. Deutsche NKS, „Schaffung von mehr Austauschmöglichkeiten für Studierende in Europa“. Niederländische NKS („Unsere Vision von Kultur, Jugend und Sport“), Empfehlungen¹ und 3. Italienische nationale Kontaktstelle, Empfehlung „Verknüpfung von Ost

und West durch Förderung des kulturellen Austauschs und gemeinsamer kultureller Initiativen“.

194EKP-1-Empfehlungen³² und 38. Niederländische NKS („Unsere Vision von Kultur, Jugend und Sport“), Empfehlung 3.

195Empfehlung der italienischen NKS „Europa in der Welt“

196Französische NKS, Änderung 7. Empfehlungen 2.5, 6.1 und 8.7 der belgischen NKS. Italienische NKS, Empfehlung zur „Stärkung der europäischen Werte und kulturellen Merkmale sowie der regionalen Besonderheiten“.

197Niederländische NKS („Unsere Vision von Kultur, Jugend und Sport“), Empfehlung 2.

198Empfehlung der italienischen NKS zur "Überwindung des Produktionsmodells des vergangenen Jahrhunderts"

49. Vorschlag: Sport

Ziel: Sport ist für unsere Gesellschaften von entscheidender Bedeutung – um unsere Werte zu verteidigen, eine gesunde Lebensweise zu führen und gesund zu altern, eine Kultur des Austauschs zu fördern und die Vielfalt des europäischen Erbes zu feiern. Aus diesem Grund sollten die Mitgliedstaaten mit Unterstützung der Europäischen Union Folgendes anstreben:

Maßnahmen:

1. Betonung von Werten, insbesondere der Gleichstellung der Geschlechter, Fairness und Inklusion, die sich in der Ausübung eines Sports während des gesamten Bildungswegs konkret widerspiegeln können.
2. Sensibilisierung für die gesundheitlichen Vorteile von Sport und körperlicher Aktivität.¹⁹⁹
3. Aufnahme sportlicher Aktivitäten in Austausch- und Mobilitätsprogramme auf EU-Ebene²⁰⁰200.
4. Verstärkte Aufmerksamkeit nicht nur für den Profisport und den kommerziellen Sport, sondern auch für den lokalen Sport und den traditionellen Sport als Zeugen der kulturellen Vielfalt Europas, um das

kulturelle Erbe zu fördern und sportliche Champions in einem nichtprofessionellen Rahmen zu unterstützen.

5. Gleichzeitig sollte die Hervorhebung der europäischen Identität gefördert werden, indem mehr innereuropäische Sportveranstaltungen organisiert, EU-Sportteams gegründet oder europäische Flaggen oder Symbole bei europäischen Sportveranstaltungen gezeigt werden.
6. Stärkere Investitionen in die Kommunikation, z. B. die Europäische Woche des Sports, damit die Bürgerinnen und Bürger in der gesamten EU gemeinsam von erstklassigen Möglichkeiten profitieren können.

199Empfehlung 29 des EKP 1.

200Empfehlung 36 des EKP 1.

Schlussbemerkungen des Exekutivausschusses

Das Hauptziel der Konferenz zur Zukunft Europas bestand darin, die Bereitschaft der Europäischen Union zur Bewältigung aktueller und künftiger Herausforderungen sicherzustellen, indem den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben wird, ihre Anliegen und Bestrebungen zum Ausdruck zu bringen, und in Zusammenarbeit mit Vertretern der drei Organe, der nationalen Parlamente und anderer Interessenträger Orientierungshilfen für die Zukunft bereitgestellt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, musste die Konferenz eine bürgerorientierte Übung sein, die auf einem Bottom-up-Ansatz beruhte und einen neuen Raum für die Debatte über die Prioritäten Europas schaffen und einen Überblick darüber geben konnte, was die Bürgerinnen und Bürger von der Europäischen Union erwarten.

Diese Rolle konnte die Konferenz tatsächlich spielen. Europäische Bürgerinnen und Bürger aus allen Lebensbereichen und aus der gesamten EU nahmen an der Konferenz teil und formulierten die Empfehlungen der Bürgerforen sowie Vorschläge für die Zukunft Europas in Zusammenarbeit mit der anschließenden Plenarversammlung, an der Mitglieder des Europäischen Parlaments, des Rates und der Europäischen Kommission sowie Vertreter aller nationalen Parlamente, des Ausschusses der Regionen, regionaler und lokaler Mandatsträger, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft und anderer wichtiger Akteure teilnahmen. Die für diesen Prozess entwickelten Instrumente und Methoden stellen eine einzigartige Sammlung von Ressourcen dar, die als Grundlage für künftige Übungen im Bereich der Bürgerbeteiligung und der deliberativen Demokratie auf EU-Ebene dienen könnten.

Dank einer Vielzahl von Veranstaltungen und Debatten in der gesamten EU, der interaktiven mehrsprachigen digitalen Plattform, der europäischen und nationalen Bürgerforen und

der Plenarversammlung der Konferenz hat die Konferenz nun einen Abschlussbericht vorgelegt, der einen Überblick über die in diesem Jahr nachhaltig geleistete Arbeit sowie die Vorschläge der Plenarversammlung für die Zukunft Europas enthält. Aus diesen Vorschlägen geht eindeutig hervor, dass die EU handeln muss, um den grünen und den digitalen Wandel erfolgreich zu bewältigen, die Widerstandsfähigkeit Europas und seinen Sozialvertrag zu stärken und gleichzeitig Ungleichheiten zu beseitigen und sicherzustellen, dass die Europäische Union eine gerechte, nachhaltige, innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft ist, in der niemand zurückgelassen wird.

Die geopolitischen Entwicklungen während der Konferenz und insbesondere der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine haben auch gezeigt, dass sich die EU stärker behaupten muss, indem sie weltweit eine führende Rolle bei der Förderung ihrer Werte und Standards in einer zunehmend krisengeschüttelten Welt spielt.

Die Konferenz hat in diesen Bereichen klare Leitlinien vorgegeben, und die drei EU-Organe müssen nun prüfen, wie auf die geäußerten Bedenken, Bestrebungen und Ideen reagiert werden kann. Der nächste Schritt in diesem Prozess besteht darin, auf der Grundlage der Ergebnisse der Konferenz, die in diesem Abschlussbericht dargelegt sind, konkrete Maßnahmen der EU zu entwickeln. Die EU-Organe werden diesen Bericht und seine Folgemaßnahmen nun im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten und im Einklang mit den Verträgen prüfen. Im Herbst 2022 wird eine Folgeveranstaltung stattfinden, um die Bürgerinnen und Bürger darüber zu informieren, wie die Organe ihrer Zusage nachkommen werden, dafür zu sorgen, dass ihnen zugehört wird und sie die Zukunft Europas in ihren Händen halten.



Anhang I – Empfehlungen der vier europäischen Bürgerforen



Konferenz über Die Zukunft Europas

Europäisches Bürgerforum Nr. 1: „Eine stärkere
Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und
Beschäftigung/Bildung, Kultur, Jugend und
Sport/Digitaler Wandel“

Empfehlungen

Europäisches Bürgerforum Nr. 1: "Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung/Bildung, Kultur, Jugend und Sport/Digitaler Wandel"

EMPFEHLUNGEN DES PANELS (ZUR PLENARTAGUNG)

Achse 1: Arbeiten in Europa

Teilbereich 1.1 Arbeitsmarkt

1. Wir empfehlen die Einführung eines Mindestlohns, um eine vergleichbare Lebensqualität in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Wir sind uns der laufenden Bemühungen im Rahmen der EU-Richtlinie COM(2020) 682 zur Harmonisierung des Lebensstils bewusst. Der Mindestlohn muss ein Mindestnettoeinkommen gewährleisten, um ein wesentliches Ziel zu erreichen: Alle Bedürftigen sollten ein höheres Einkommen haben. Der Mindestlohn sollte folgende Aspekte berücksichtigen:

- **Die EU sollte für eine wirksame Umsetzung sorgen, da derzeit nicht alle Mitgliedstaaten den Arbeitnehmerschutz ordnungsgemäß anwenden.**
- **der Überwachung der Verbesserung des Lebensstandards sollte besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden;**
- **Der Mindestlohn muss die Kaufkraft in den einzelnen Ländern berücksichtigen. Zur Anpassung an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten (z. B. zur Berücksichtigung der Inflation) ist ein Verfahren der regelmäßigen Überprüfung erforderlich.**

Wir empfehlen dies, da ein Mindestlohn die soziale Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt stärkt und die konkreten Lebensbedingungen der Arbeitnehmer in allen Mitgliedstaaten verbessert, was vor dem Hintergrund eines sich rasch verändernden Arbeitsumfelds, beispielsweise aufgrund der Digitalisierung, besonders wichtig ist.

2. Es gibt bereits einen EU-Rechtsakt (EU-Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG), der jedoch nicht ausreicht, um eine gesunde Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu gewährleisten. In einem ersten Schritt empfehlen wir, den bestehenden Rahmen zu überprüfen, um sicherzustellen, dass er an die aktuellen Umstände angepasst ist. Zweitens sollte die EU einen strengeren Überwachungsmechanismus einrichten, um dessen Umsetzung in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Besondere Aufmerksamkeit sollte den verschiedenen Sektoren gewidmet werden, die sowohl psychisch als auch körperlich unterschiedliche Belastungen und Belastungen aufweisen. Gleichzeitig sind jedoch andere Branchen auf eine größere Flexibilität ihrer Arbeitnehmer angewiesen, um sich an die spezifischen Bedürfnisse der Unternehmen anzupassen.

Diese Empfehlung geben wir aufgrund der Bedeutung einer besseren Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben ab. Eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben stärkt den sozialen Zusammenhalt und trägt zur Schaffung gleicher Bedingungen für die Arbeitnehmer bei. Darüber hinaus wirkt es sich positiv auf das individuelle Wohlbefinden der Arbeitnehmer aus.

Teilbereich 1.2 Jugend und Beschäftigung

3. Wir empfehlen, das Niveau aller verschiedenen Bildungsprogramme in der EU zu harmonisieren und nationale Inhalte zu akzeptieren. Daher empfehlen wir, dass alle Berufsabschlüsse in allen EU-Mitgliedstaaten validiert und gegenseitig anerkannt werden.

Wir geben diese Empfehlung ab, weil wir die Mobilität der europäischen Arbeitskräfte erleichtern und den Verwaltungsaufwand verringern wollen.

4. Wir empfehlen, Schülern der Sekundarstufe (ab 12 Jahren) einen Einblick in ihren zukünftigen Arbeitsmarkt zu geben, indem sie die Möglichkeit erhalten, an verschiedenen qualitativ hochwertigen Beobachtungsbesuchen in gemeinnützigen und gemeinnützigen Organisationen teilzunehmen. Wir schlagen vor, Unternehmen zu ermutigen, Schüler für Beobachtungspraktika aufzunehmen, indem wir ihnen Zuschüsse gewähren. In abgelegenen Gebieten mit geringeren Chancen müssen lokale Schulen, Behörden, Organisationen und Unternehmen eng zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass diese Beobachtungsbesuche auch verfügbar sind.

Wir empfehlen dies, weil wir möchten, dass sich junge Menschen ein Bild von den verschiedenen Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt machen können, damit sie ihre Ausbildung und ihre berufliche Zukunft besser wählen können und verstehen, wie wichtig es ist, sich für ein gutes Studium zu entscheiden. Dies würde ihnen auch Verantwortungsbewusstsein und Respekt für den Arbeitsmarkt vermitteln und ihnen helfen, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, was für alle von Vorteil wäre.

5. Wir empfehlen, die Praxis der Soft Skills in alle Kurse der Schulprogramme zu integrieren. Unter Soft Skills verstehen wir: gegenseitiges Zuhören, Dialog, Resilienz, Verständnis, Respekt und Wertschätzung für andere, kritisches Denken, Selbstlernen sowie neugierig und ergebnisorientiert zu bleiben. Die Lehrkräfte sollten in enger Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern und/oder Psychologen in der Vermittlung dieser Kompetenzen geschult werden. Weitere Vorschläge für die Umsetzung: Organisation von Schüleraustauschprogrammen zwischen Schulen, Teilnahme an schulübergreifenden Sport- und Kulturveranstaltungen usw.

Wir empfehlen dies, weil Soft Skills notwendige Grundkompetenzen sind, die im digitalen Zeitalter verloren gehen und die unsere jungen Menschen in ihrem zukünftigen Leben unbedingt brauchen werden. Deshalb bestehen wir darauf, diese Kompetenzen in die Lehrpläne aufzunehmen, um jungen Menschen zu helfen, widerstandsfähig zu sein und psychische Probleme, die sie in ihrem zukünftigen Leben erleben könnten, zu vermeiden oder zu überwinden. Soziale Kompetenzen stärken die zwischenmenschlichen Beziehungen und helfen damit den Menschen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

6. Wir empfehlen, dass im Falle einer schweren Krise (Gesundheitskrise, Krieg usw.) gut durchdachte Pläne mit detaillierten Szenarien flexibel eingesetzt werden können, um die Auswirkungen auf die Ausbildung, die Berufsausbildung und das psychische Wohlbefinden

unserer jungen Menschen zu minimieren. eine Erhöhung der Studien- oder Ausbildungskosten, eine obligatorische Verlängerung des Studiums, die Unmöglichkeit, Praktika zu absolvieren, eine Zunahme psychischer Probleme. Diese Pläne müssen so umgesetzt werden, dass die Auswirkungen auf junge Menschen und ihren Übergang in den Arbeitsmarkt so gering wie möglich gehalten werden.

Wir empfehlen dies, weil junge Menschen in Krisenzeiten besonders gefährdet sind.

Teilbereich 1.3 Digitale Transformation am Arbeitsplatz

7. Wir empfehlen der EU, Rechtsvorschriften über „Smart Working“, d. h. Online- und Fernarbeit, z. B. zu Hause oder von einem anderen online verbundenen Ort aus, einzuführen oder zu verschärfen. Wir empfehlen der EU auch, Rechtsvorschriften zu erlassen, um Anreize für Unternehmen zu schaffen, sozial verantwortlich zu handeln und hochwertige mobile Arbeitsplätze in der EU zu erhalten. Die Anreize können finanzieller Art sein und/oder das Image des Unternehmens beeinflussen und sollten international anerkannten Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (ESG-Kriterien) Rechnung tragen. Zu diesem Zweck sollte die EU eine Arbeitsgruppe einsetzen, die sich aus Sachverständigen aller Interessenträger zusammensetzt, um diese Rechtsvorschriften zu prüfen und zu stärken.

Wir empfehlen dies, weil wir hochwertige mobile Arbeitsplätze fördern und ihre Verlagerung in Drittländer mit niedrigeren Kosten vermeiden müssen. Die COVID-19-Pandemie und die globalen Wirtschaftstrends machen es noch dringlicher, Arbeitsplätze in der EU zu schützen und mobile Arbeit zu regulieren.

8. Wir empfehlen, dass die EU allen EU-Bürgern das Recht auf digitale Bildung garantiert. Insbesondere könnten die digitalen Kompetenzen junger Menschen durch die Einführung eines EU-Zertifikats an Schulen gestärkt werden, das sie auf den künftigen Arbeitsmarkt vorbereiten würde. Wir empfehlen auch spezifische Schulungen auf EU-Ebene für die Umschulung und Weiterbildung von Arbeitnehmern, damit sie auf dem Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig bleiben. Schließlich empfehlen wir der EU, das Bewusstsein für die bestehenden digitalen Plattformen zu schärfen, die die Bürgerinnen und Bürger mit den Arbeitgebern in Kontakt bringen und ihnen helfen, einen Arbeitsplatz in der EU zu finden, z. B. EURES.

Wir empfehlen dies, da zertifizierte digitale Kompetenzen von entscheidender Bedeutung sind, um Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten und es den Arbeitnehmern zu ermöglichen, sich umzuschulen und wettbewerbsfähig zu bleiben.

Achse 2 Eine zukunftsorientierte Wirtschaft

Teilbereich 2.1 Innovation und europäische Wettbewerbsfähigkeit

9. Wir empfehlen der EU, Investitionsmöglichkeiten in Forschung und Innovation für verschiedene Einrichtungen (Universitäten, Unternehmen, Forschungsinstitute usw.) zu schaffen, um Folgendes zu entwickeln:

- **neue, nachhaltigere und biodiversifizierte Materialien, die die derzeit verwendeten ersetzen sollen;**
- **innovative Nutzung bestehender Materialien (unter anderem auf der Grundlage von Recycling und modernsten Techniken mit dem geringsten ökologischen Fußabdruck).**

Wir empfehlen, dass dies ein dauerhaftes und langfristiges Engagement der EU (mindestens bis 2050) ist.

Wir empfehlen dies, weil wir auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen leben. Wenn wir eine Zukunft haben wollen, müssen wir das Klima schützen und umweltfreundliche Alternativen suchen. Wir wollen auch, dass die EU in diesem Bereich zu einem führenden Akteur mit einem starken Wettbewerbsvorteil auf der internationalen Bühne wird. Die Empfehlung zielt darauf ab, innovative Ergebnisse zu erzielen, die in großem Maßstab angewendet und in verschiedenen Bereichen und Ländern umgesetzt werden können. Sie würde sich auch positiv auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt auswirken, da neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich der nachhaltigen Innovation geschaffen würden. Sie könnte zum Kampf gegen soziale Ungerechtigkeiten beitragen, da die heutigen, auf Ausbeutung basierenden Produktionsmittel durch andere, ethischere ersetzt würden.

10. Wir empfehlen der EU, sich langfristig kontinuierlich dazu zu verpflichten, ihren Anteil an nachhaltig erzeugter Energie deutlich zu erhöhen und dabei ein breites Spektrum erneuerbarer Energiequellen mit dem geringsten ökologischen Fußabdruck (auf der Grundlage einer umfassenden Lebenszyklusanalyse) zu nutzen. Darüber hinaus sollte die EU in die Verbesserung und Aufrechterhaltung der Qualität der Strominfrastruktur und des Stromnetzes investieren. Wir empfehlen auch, den Zugang zu und die Erschwinglichkeit von Energie als Grundrecht der Bürger anzuerkennen.

Wir geben diese Empfehlung aus folgenden Gründen ab:

- Die Diversifizierung der Energiequellen (einschließlich Solarenergie, Windenergie, Wasserstoff, Meerwasser oder anderer künftiger nachhaltiger Methoden) würde die EU energieunabhängiger machen.
- sie würde die Stromkosten für die EU-Bürger senken;
- sie würde Arbeitsplätze schaffen und den Energiemarkt umstrukturieren (insbesondere in Regionen, die bisher von fossilen Brennstoffen abhängig waren);
- sie könnte die wissenschaftliche Entwicklung innovativer Energieversorgungstechniken fördern;
- Die Qualität der Strominfrastruktur und des Stromnetzes ist genauso wichtig wie die Energiequellen, da sie eine reibungslose, effiziente und erschwingliche Verteilung und Übertragung von Energie ermöglicht.

11. Wir empfehlen der EU, aktiv umweltfreundlichere Produktionsprozesse zu fördern, indem sie Unternehmen subventioniert oder auf andere Weise belohnt, die in die Senkung der Umweltkosten ihrer Produktion investieren. Wir fordern auch, dass Anstrengungen unternommen werden, um postindustrielle Stätten wieder zu bebauen und um bestehende Stätten herum geschützte Grünflächen zu schaffen. Die Unternehmen sollten verpflichtet werden, diese Bemühungen zumindest teilweise aus eigenen Mitteln zu finanzieren.

Wir empfehlen dies, da die Produktionsprozesse ein wichtiger Bestandteil der Lieferkette sind. Wenn wir dafür sorgen, dass sie umweltfreundlicher sind, können wir unsere Auswirkungen auf das Klima erheblich reduzieren. Wir sind der Ansicht, dass Unternehmen und Industrien für die Art und Weise, wie sie ihre Produkte herstellen, zur Verantwortung gezogen werden sollten (einschließlich Maßnahmen zur Rekultivierung und zum Umweltschutz). Die Ökologisierung von Produktionsprozessen bereitet Unternehmen auch auf die Zukunft vor und stärkt ihre Widerstandsfähigkeit (was Arbeitsplätze schützt).

Teilbereich 2.2 Nachhaltige Wirtschaft/Teilbereich 2.3 Besteuerung

12. Wir empfehlen, auf Kunststoffverpackungen zu verzichten und wiederverwendbare Verpackungen zu verallgemeinern. Es sollten Anreize für Verbraucher und Unternehmen geschaffen werden, damit es für einen Verbraucher nicht teurer ist, Massenware ("in bulk" auf Englisch oder "sfuso" auf Italienisch) als verpackte Ware zu kaufen. Unternehmen, die zu diesem Übergang beitragen, sollten von Steuervorteilen profitieren und andere mehr Steuern zahlen. Produkte, die nicht wiederverwendet werden können, sollten recycelbar und/oder biologisch abbaubar sein. Es ist notwendig, eine öffentliche Einrichtung oder eine Aufsichtsinstitution einzurichten, die für die Überwachung, die Festlegung von Vorschriften und deren Verbreitung an alle verantwortlich ist. Es wird empfohlen, über diese Maßnahmen aufzuklären und zu kommunizieren - auch über soziale Medien - und sich dabei sowohl an Unternehmen als auch an Verbraucher zu wenden, um ihr Verhalten langfristig zu ändern. Unternehmen (z. B. Bauunternehmen) sollten ermutigt und dabei unterstützt werden, die besten Lösungen für ihre Abfälle zu finden.

Wir machen diese Empfehlung, weil wir alle für unser Handeln verantwortlich sein müssen. Deshalb müssen wir alle Produktionsprozesse überdenken. Recycling erfordert viele Ressourcen (Wasser, Energie) und kann daher nicht die einzige Lösung sein, weshalb wir anbieten, die Produkte in loser Schüttung zu verkaufen. Recycling sollte nur für leicht recycelbare Materialien verwendet werden, und wir haben aus dem finnischen Beispiel gelernt, dass es möglich ist, in großem Maßstab zu recyceln.

13. Wir empfehlen, überall in Europa die gleiche Besteuerung zu haben und die Steuerpolitik in der gesamten EU zu harmonisieren. Die Harmonisierung in diesem Bereich sollte den einzelnen Mitgliedstaaten Spielraum bei der Festlegung ihrer eigenen Vorschriften lassen und gleichzeitig Steuerhinterziehung verhindern. Sie wird schädlichen Steuerpraktiken und dem Steuerwettbewerb ein Ende setzen. Steuern sollten auf Geschäftsvorgänge dort erhoben werden, wo sie stattfinden: Wenn ein Unternehmen in einem Land verkauft, müsste es dort Steuern zahlen. Diese neuen Vorschriften sollen eine Standortverlagerung verhindern und sicherstellen, dass Produktion und Handel zwischen europäischen Ländern stattfinden.

Wir geben diese Empfehlung ab, um die Beschäftigung und die Wirtschaftstätigkeit in Europa auf eine Weise zu schützen und zu entwickeln, die für alle Mitgliedstaaten gerecht ist. Auf diese Weise wird Europa über ein gemeinsames Steuersystem verfügen und der absurden Monopolstellung sehr großer Unternehmen, die im Vergleich zu kleineren Unternehmen nicht genügend Steuern zahlen, ein Ende setzen. Darüber hinaus werden die Finanzmittel dorthin umgeleitet, wo der Handel stattfindet.

14. Wir empfehlen, das geplante Obsoleszenzsystem von allen elektronischen Geräten zu entfernen. Die Änderung sollte sowohl auf individueller als auch auf kommerzieller Ebene erfolgen, um sicherzustellen, dass die Geräte langfristig repariert und aufgerüstet werden können und lange aufbewahrt werden können. Wir empfehlen, überholte Geräte zu fördern. Eine Regelung sollte die Unternehmen verpflichten, das Recht auf Reparatur, einschließlich Software-Upgrades und -Aktualisierungen, zu gewährleisten und alle Geräte langfristig zu recyceln. Es wird auch empfohlen, dass jedes Unternehmen Standard-Steckverbinder verwendet.

Wir empfehlen dies, da Produkte in der modernen Welt tendenziell zwei Jahre halten und wir uns wünschen, dass sie eine viel längere Lebensdauer von etwa 10 Jahren haben. Dieser Vorschlag wird sich positiv auf den Klimawandel und die Umwelt auswirken. Sie wird auch die Kosten für die Verbraucher und den Konsumismus senken.

15. Wir empfehlen, jedem zu helfen, durch Bildung mehr über unsere Umwelt und ihre Verbindungen zur individuellen Gesundheit zu erfahren. Die Bildungswege werden jedem helfen, seine eigenen persönlichen Strategien zu definieren, um diese Themen in seinen Alltag zu integrieren. Diese Ausbildung sollte in der Schule mit spezifischen Fächern beginnen, die sich mit allen ökologischen Fragen befassen, und wir sollten unser ganzes Leben lang (zum Beispiel am Arbeitsplatz) weiterbilden. Sie wird zur Verringerung von Abfällen und zum Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit beitragen und den lokalen Verzehr gesunder und unverarbeiteter Erzeugnisse von lokalen Erzeugern fördern. Diejenigen, die nichts tun, um ihren Abfall zu reduzieren, müssen eine kostenlose Schulung zu diesem Thema absolvieren. Um diese Anpassung der Lebensweise zu ermöglichen, müssen die Preise sowohl für den Erzeuger als auch für den Verbraucher fair sein. Daher schlagen wir vor, dass kleine, umweltfreundliche lokale Erzeuger von Steuerbefreiungen profitieren.

Wir empfehlen dies, weil wir der Meinung sind, dass viele Menschen sich von diesen Fragen noch nicht betroffen fühlen. Deshalb muss eine entsprechende Bildung für alle geschaffen werden. Darüber hinaus sind lokale und gesunde Produkte für viele Menschen unerschwinglich. Wir müssen dafür sorgen, dass lokale Produkte für alle zugänglicher werden.

Teilbereich 2.4 Landwirtschaft/Teilbereich 2.5 Digitale Infrastruktur

16. Wir empfehlen die Einführung eines gemeinsamen europäischen Kennzeichnungssystems für Verbraucher- und Ernährungsprodukte, das leicht verständlich ist (z. B. Angabe von Allergenen, Ursprungsland usw.); Wir empfehlen die Transparenz

laufender Zulassungsverfahren und die Digitalisierung von Produktinformationen durch eine standardisierte europäische Anwendung, die einen benutzerfreundlicheren Zugang zu Informationen und zusätzliche Informationen über Produkte und die Produktionskette ermöglichen würde. Wir sehen auch die Notwendigkeit eines wirklich unabhängigen Gremiums, das die Lebensmittelstandards in der gesamten EU regelt und über Gesetzgebungsbefugnisse verfügt, um Sanktionen verhängen zu können.

Wir geben diese Empfehlungen ab, weil alle EU-Bürger die gleiche Qualität von Lebensmitteln erwarten können sollten. Die Unversehrtheit von Lebensmitteln ist notwendig, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Diese Empfehlungen wurden formuliert, um die Kontrolle der Zulassungsverfahren und die Transparenz der Lebensmittelerzeugung auf harmonisierte Weise zu verbessern.

17. Wir empfehlen, dass die Infrastruktur dem Staat gehört, um das Entstehen von Monopolen im Bereich der Telekommunikation und der Internetdienste zu verhindern. Der Zugang zum Internet sollte ein Recht sein; Es sollte eine Priorität sein, die Internetverbindung in „weiße/tote Zonen“ (Bereiche ohne Internetzugang) zu bringen. Wenn es um den Zugang zum Internet und zu IT-Geräten geht, haben Kinder und Familien insbesondere im Bildungsbereich und insbesondere in Zeiten der Pandemie Priorität. Es bedarf einer Initiative, um die Telearbeit zu unterstützen, z. B. durch die Schaffung von Büroräumen mit Zugang zu einer schnellen und zuverlässigen Internetverbindung oder durch digitale Schulungen.

Wir empfehlen dies, weil wir sicherstellen müssen, dass der digitale Wandel fair verläuft. Der Zugang zum Internet ist von grundlegender Bedeutung für die Demokratie und ein Recht aller europäischen Bürger.

18. Wir empfehlen, lokale Insekten zu respektieren und sie vor invasiven Arten zu schützen. Wir schlagen auch vor, die Verpflichtung zur Schaffung von Grünflächen in neuen Urbanisierungsprojekten zu fördern und zu verteidigen. Wir fordern, dass die biologische Vielfalt zu einem Pflichtfach in den Schulen wird und Gegenstand schulischer Aktivitäten, zum Beispiel praktischer Aktivitäten, ist. Es ist wichtig, das Bewusstsein für die biologische Vielfalt durch Medienkampagnen und EU-weite „Wettbewerbe“ (Wettbewerbe auf lokaler Ebene) zu schärfen. Wir empfehlen, in allen EU-Mitgliedstaaten verbindliche nationale Ziele für die Wiederaufforstung mit einheimischen Bäumen und die Wiedereinführung der lokalen Florafestzulegen.

Wir empfehlen dies, weil die biologische Vielfalt für die Umwelt, die Lebensqualität und die Bekämpfung des Klimawandels von entscheidender Bedeutung ist.

Achse 3 Eine gerechte Gesellschaft

Teilbereich 3.1 Soziale Sicherheit

19. Wir empfehlen die Förderung gleicher Rechte und einer EU-weit harmonisierten Sozialpolitik, einschließlich der Gesundheitspolitik, die den erlassenen Vorschriften und den Mindestanforderungen im gesamten Hoheitsgebiet Rechnung trägt.

Wir geben diese Empfehlung ab, da zwischen den Mitgliedstaaten große Unterschiede in der Sozialpolitik bestehen, die verringert werden müssen, um allen Bürgern ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten und schutzbedürftigen Personen aus verschiedenen Gründen (Gesundheit, Alter, sexuelle Ausrichtung usw.) die notwendige Pflege und Unterstützung zu bieten.

20. Der Hof empfiehlt, die Sozial- und Gesundheitsforschung in der EU zu fördern, indem vorrangige Bereiche verfolgt werden, die als von öffentlichem Interesse angesehen und von den Mitgliedstaaten gebilligt werden, und indem angemessene Finanzmittel bereitgestellt werden. Wir müssen die Zusammenarbeit zwischen Fachgebieten, Ländern, Studienzentren (Universitäten usw.) verstärken.

Wir geben diese Empfehlung ab, da es viele Bereiche gibt, in denen wir Fortschritte machen und unser Wissen vertiefen müssen. Die Erfahrungen mit der Pandemie sind ein Beispiel dafür, dass Forschung unerlässlich ist, um das Leben zu verbessern, dass die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor sowie zwischen den Regierungen unerlässlich ist und dass finanzielle Unterstützung erforderlich ist.

21. Wir empfehlen, dass die EU über mehr sozialpolitische Kompetenzen verfügt, um Mindestvorschriften und Rentenleistungen EU-weit zu harmonisieren und auf der Grundlage einer gründlichen Diagnose neue zu schaffen. Die Mindestrente muss über der Armutsgrenze des Landes liegen. Das Renteneintrittsalter sollte je nach Berufsgruppe variieren und für geistig und körperlich anspruchsvolle Berufe niedriger sein. Gleichzeitig muss das Recht auf Arbeit für ältere Menschen, die weiterhin freiwillig arbeiten wollen, gewährleistet werden.

Wir empfehlen dies, weil die Lebenserwartung steigt und die Geburtenrate sinkt. Die europäische Bevölkerung altert, weshalb wir zusätzliche Maßnahmen ergreifen müssen, um das Risiko der Marginalisierung älterer Menschen zu vermeiden und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

22. Wir empfehlen eine Reihe von Maßnahmen, um eine höhere Geburtenrate zu fördern und angemessene Lösungen für die Kinderbetreuung zu gewährleisten. Diese Maßnahmen sollten unter anderem erschwingliche und zugängliche Kinderbetreuungsdienste (am Arbeitsplatz, bei Nacht, ermäßigte Mehrwertsteuer auf Kinderausrüstung), Wohnraum, Arbeitsplatzstabilität, Unterstützung bei der Mutterschaft, besondere Unterstützung und Arbeitsschutz für junge Menschen und Eltern sowie Unterstützung für Mütter und Väter in Form des Zugangs zu Wissen bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz umfassen.

Wir empfehlen dies, weil die EU sich durch niedrige Geburtenraten auszeichnet, die ebenfalls zur Alterung der europäischen Bevölkerung beitragen und sofortige Maßnahmen erfordern. Mit dem vorgeschlagenen Maßnahmenpaket soll sichergestellt werden, dass junge Familien die nötige Stabilität für die Betreuung von Kindern erhalten.

23. Wir empfehlen, Sozialhilfe und Gesundheitsfürsorge für ältere Menschen zu Hause und in Pflegeheimen zu gewährleisten. Es ist auch notwendig, die Unterstützung für Menschen zu verbessern, die sich um (nahe) ältere Menschen kümmern.

Wir empfehlen dies, weil die Lebenserwartung steigt und die Geburtenrate sinkt. Die europäische Bevölkerung altert, weshalb wir zusätzliche Maßnahmen ergreifen müssen, um das Risiko der Marginalisierung älterer Menschen zu vermeiden und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

24. Wir empfehlen der EU, Palliative Care und Assisted Death [Euthanasie] nach konkreten Regeln und Vorschriften zu unterstützen.

Wir empfehlen dies, da dies die Schmerzen von Patienten und Familien lindern und ein anständiges Lebensende gewährleisten würde.

Teilbereich 3.2 Gleiche Rechte

25. Wir empfehlen der EU, den gezielten Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu angemessenem sozialem Wohnraum entsprechend ihren spezifischen Bedürfnissen zu unterstützen. Die finanziellen Anstrengungen sollten zwischen privaten Geldgebern, Eigentümern, Wohnungsbegünstigten, Regierungen der Mitgliedstaaten auf zentraler und lokaler Ebene und der Europäischen Union aufgeteilt werden. Ziel sollte es sein, den Bau/die Instandsetzung des bestehenden Bestands an Sozialwohnungen zu erleichtern, unter anderem durch den Rückgriff auf Genossenschaften, Miete und Kauf. Die Beihilfe sollte auf der Grundlage klarer Kriterien (z. B. Höchstfläche/zu fördernde Person, Einkommen der Begünstigten usw.) gewährt werden.

Wir empfehlen dies, weil ein verbesserter Zugang zu Wohnraum sicherstellen würde, dass die EU-Bürger greifbare gleiche Rechte genießen, und dazu beitragen würde, soziale Spannungen abzubauen. Die EU ist in erster Linie für die Überwachung des Unterstützungsmechanismus zuständig. Die nationalen und lokalen Behörden sollten sich stärker um die Lösung von Wohnungsproblemen bemühen.

26. Wir empfehlen der EU, die Regulierung und die einheitliche Umsetzung von Maßnahmen zur Unterstützung von Familien mit Kindern in allen Mitgliedstaaten zu verbessern. Zu diesen Maßnahmen gehören insbesondere: eine Erhöhung der Dauer des Elternurlaubs, der Höhe des Geburtsgeldes und des Kinderbetreuungsgeldes.

Wir geben diese Empfehlung ab, weil wir der Ansicht sind, dass diese Maßnahmen das demografische Problem, mit dem die EU konfrontiert ist, mildern würden. Sie würden auch die Gleichstellung der Geschlechter zwischen den Eltern verbessern.

27. Wir empfehlen der EU, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass alle Familien in allen Mitgliedstaaten die gleichen Familienrechte genießen. Zu diesen Rechten gehören das Recht auf Eheschließung und Adoption.

Wir empfehlen dies, weil wir der Meinung sind, dass alle EU-Bürger die gleichen Rechte haben sollten, auch in Bezug auf die Familienrechte. Die Familie ist die Grundform der sozialen Organisation. Eine glückliche Familie trägt zu einer gesunden Gesellschaft bei. Mit der Empfehlung soll sichergestellt werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger ungeachtet ihres Geschlechts, ihres Erwachsenenalters, ihrer ethnischen Herkunft oder ihres körperlichen Gesundheitszustands Familienrechte genießen.

Unterachse 3.3 Fairness / Unterachse 3.4 Zugang zu Sport

28. Wir empfehlen, die EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025 nachdrücklich zu fördern und als dringendes Thema, das von den Mitgliedstaaten wirksam angegangen wird, hohe Priorität einzuräumen. Die EU sollte a) Indikatoren (Einstellung, Lohngefälle, Beschäftigung, Führungsrolle usw.) festlegen, die Strategie jährlich überwachen und in Bezug auf die erzielten Ergebnisse transparent sein; und b) Einrichtung eines Bürgerbeauftragten, um von den Bürgern direkte Rückmeldungen zu erhalten.

Wir geben diese Empfehlung ab, weil wir der Ansicht sind, dass die Gleichstellungssituation in der EU alles andere als zufriedenstellend ist. Die Gleichstellung der Geschlechter und die Bürgerrechte müssten auf europäischer Ebene in Einklang gebracht werden, um die Gleichstellungsziele in allen Ländern zu erreichen, nicht nur in den Ländern, in denen der Kompromiss stärker ist. Wir legen Wert auf die Präsenz und den Beitrag von Frauen in Führungspositionen und Berufen aller Art, um eine vielfältige und erfolgreiche Europäische Union zu schaffen. Frauen sind in vielen Situationen benachteiligt (selbst wenn sie über ein gutes Bildungsniveau/einen Hochschulabschluss oder andere Privilegien verfügen), so dass eine solche Strategie unbedingt erforderlich ist.

29. Wir empfehlen der EU, Sport und körperliche Aktivität in allen Mitgliedstaaten aufgrund ihrer gesundheitlichen Vorteile zu fördern und für sie zu sensibilisieren. Sport und körperliche Aktivität sollten in die Sozialpolitik, in die Politik im Bereich der psychischen und körperlichen Gesundheit sowie in die Bildungs- und Arbeitspolitik einbezogen werden (d. h. Förderung der Verschreibung von Sport und/oder körperlicher Aktivität durch Ärzte und gegebenenfalls Gewährleistung des Zugangs zu Sporteinrichtungen; 1 Stunde Arbeit/Woche für körperliche Aktivität usw.).

Wir empfehlen dies, da es sich um eine langfristige Investition handelt. Investitionen in Sport und körperliche Aktivität senken die Kosten und Belastungen für das Gesundheitswesen. Zum Beispiel würden Sport und körperliche Aktivität als Gesundheitsintervention die Dauer der Behandlungen

verkürzen und sie effektiver machen. Diese Strategie wird in einigen Ländern wie Deutschland bereits erfolgreich umgesetzt. Sport ist eine Möglichkeit, Werte wie Engagement, Anstrengung, Selbstwertgefühl, Respekt oder Kameradschaft aufzubauen. Sitzende Lebensweisen sind häufiger als bei früheren Generationen, was unter anderem auf eine größere Anzahl von Bürojobs und/oder veränderte Gewohnheiten in der Freizeit zurückzuführen ist.

30. Wir empfehlen der EU, jeden Mitgliedstaat zu verpflichten, über einen Mindestlohn zu verfügen, der auf der Grundlage der Lebenshaltungskosten in seinem Hoheitsgebiet festgelegt wird und als gerechter Lohn gilt, der Mindestlebensbedingungen oberhalb der Armutsgrenze ermöglicht. Jeder Mitgliedstaat muss dies überwachen.

Wir machen diese Empfehlung, weil es unfair ist, nicht bis zum Ende des Monats arbeiten zu können. Faire Löhne sollten zur sozialen Lebensqualität beitragen. Ungerechte Löhne verursachen hohe Kosten für die Staaten (Sicherheit, Steuervermeidung, höhere Sozialkosten usw.).

31. Wir empfehlen eine EU-weite Steuerharmonisierung in den Mitgliedstaaten (zur Vermeidung von Steueroasen in der EU und zur Bekämpfung von Standortverlagerungen innerhalb Europas) sowie einen steuerlichen Anreiz zur Abschreckung von Arbeitsplatzverlagerungen außerhalb Europas.

Wir geben diese Empfehlung ab, weil wir über die Auswirkungen der Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Europa besorgt sind und glauben, dass sie den Steuerwettbewerb zwischen den EU-Mitgliedstaaten verhindern würde.

Schwerpunkt 4 Lernen in Europa

Teilbereich 4.1 Europäische Identität/Teilbereich 4.2 Digitale Bildung

32. Wir empfehlen, die Mehrsprachigkeit bereits in jungen Jahren zu fördern, zum Beispiel im Kindergarten. Ab der Grundschule sollten Kinder das Niveau C1 in einer anderen aktiven EU-Sprache als ihrer eigenen erreichen müssen.

Wir empfehlen dies, weil die Mehrsprachigkeit ein Instrument ist, das die Bürger verbindet und eine Brücke zu anderen Kulturen schlägt, indem sie andere Länder und ihre Kulturen zugänglicher macht. Es stärkt die europäische Identität und den interkulturellen Austausch. Es ist wichtig, andere Kulturen im Kontext der Europäischen Union kennenzulernen. Die Fähigkeit, sich auf einem guten Niveau in zwei Sprachen zu unterhalten, würde daher dazu beitragen, eine gemeinsame europäische Identität zu schaffen und andere europäische Kulturen zu verstehen. Die EU muss eng mit Bildungseinrichtungen zusammenarbeiten, um gute Bildungsergebnisse zu erzielen. Darüber hinaus ist ein spezifisches Programm (z. B. digitale Plattformen, erweiterte Erasmus+-Programme usw.) erforderlich, um ausschließlich die Mehrsprachigkeit zu fördern. Die derzeitigen Europäischen Schulen können in dieser Hinsicht als Vorbild dienen. Die EU sollte mehr solcher Schulen schaffen und aktiv fördern.

33. Wir empfehlen der EU, das Bewusstsein junger Menschen für die Gefahren des Internets und der Digitalisierung zu schärfen, indem sie ein Pflichtfach in der Grundschule schafft. Die EU sollte Instrumente entwickeln und gemeinsame Bildungsräume schaffen, in denen junge Menschen gemeinsam lernen können.

Wir empfehlen dies, weil die derzeitigen Initiativen oder Programme in diesem Bereich nicht ausreichen. Darüber hinaus sind vielen EU-Bürgern die bestehenden EU-Initiativen in diesen Bereichen nicht bekannt. Kinder sind sich der Gefahren des Internets nicht ausreichend bewusst, weshalb wir viel mehr tun sollten, um die jüngere Generation zu sensibilisieren.

34. Wir empfehlen der EU, darauf hinzuarbeiten, die Technologie für ältere Menschen zugänglicher zu machen, indem sie Programme und Initiativen fördert, beispielsweise in Form von Kursen, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Die EU sollte das Recht auf digitale Nutzung für diejenigen gewährleisten, die dies wünschen, und Alternativen für diejenigen anbieten, die dies nicht wünschen.

Wir empfehlen dies, weil die EU dafür sorgen sollte, dass ältere Menschen an der digitalen Welt teilhaben können und niemand diskriminiert wird. Für Generationen, die weniger Erfahrung mit bestimmten Technologien haben, sollten vereinfachte Instrumente eingeführt werden, um sie in die heutige Welt zu integrieren. Wir empfehlen, bereits bestehende Initiativen besser zu fördern, damit die Bürgerinnen und Bürger davon erfahren. Ältere Menschen sollten in der EU bei der Nutzung von IT-Tools nicht diskriminiert werden. (Zusätzlich bedeutet dies, dass die Bürger in der Lage sein sollten, ihr Leben zu leben, ohne gezwungen zu sein, über ein Internet zu gehen). Die EU sollte eine ständige kostenlose Unterstützung für ältere Menschen organisieren und bereitstellen, um den Zugang zu digitalen Instrumenten zu erleichtern.

Teilbereich 4.3 Kulturaustausch/Teilbereich 4.4 Umwelterziehung

35. Wir empfehlen der EU, eine Plattform zu schaffen, auf der Lehrmaterial zu Klimawandel, Nachhaltigkeit und Umweltfragen für Bildungszwecke zur Verfügung gestellt wird. Diese Informationen sollten faktenbasiert, von Sachverständigen überprüft und auf die einzelnen Mitgliedstaaten zugeschnitten sein. Die Plattform:

- sollte Unterricht für verschiedene Zielgruppen umfassen, z. B. für Menschen, die in städtischen oder ländlichen Gebieten leben, für alle Altersgruppen und alle Vorkenntnisse;
- muss allen Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen und leicht zugänglich sein;
- sollte in seine Umsetzung einen Absatzförderungsplan aufnehmen, an dem die betreffenden Unternehmen beteiligt sein sollten;
- könnte zusammen mit einem Finanzierungsprogramm zur Verfügung gestellt werden, um die Nutzung und Umsetzung der auf der Plattform verfügbaren Informationen zu unterstützen. Mit diesen Mitteln sollten auch Besuche vor Ort unterstützt werden, um konkrete Beispiele vorzustellen.

Wir empfehlen dies, weil Menschen aller Altersgruppen Zugang zu faktengestützten Informationen über den Umgang mit Klimawandel, Nachhaltigkeit und Umweltfragen haben müssen. Wichtige Begriffe wie der ökologische Fußabdruck müssen von allen verstanden werden, insbesondere von jungen Menschen, denn was wir als Kinder lernen, begleitet uns unser ganzes Leben lang. Diese Themen sind komplex und Desinformation ist weit verbreitet. Wir brauchen eine verlässliche Quelle, und die EU verfügt über die Glaubwürdigkeit und die Ressourcen, um diese Rolle zu übernehmen. Dies ist auch deshalb wichtig, weil der Kenntnisstand und der Zugang zu glaubwürdigen Informationen von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich sind.

36. Wir empfehlen der EU, vorrangig sicherzustellen, dass Austauschprogramme für alle (Altersgruppen, Mitgliedstaaten, Bildungsniveau und finanzielle Leistungsfähigkeit) zugänglich sind, und Praktika oder den Austausch zwischen Sektoren, Ländern, Bildungseinrichtungen, Städten und Unternehmen zu ermöglichen. Die EU sollte für die Einleitung, Vermittlung und Finanzierung des kulturellen und sozialen Austauschs in der gesamten EU, sowohl physisch als auch digital, verantwortlich sein. Die EU muss diese Initiativen aktiv fördern und diejenigen ansprechen, die noch keine Kenntnis von kulturellen und sozialen Austauschprogrammen haben. Die Konferenz zur Zukunft Europas, für die die Bürgerinnen und Bürger nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden, ist das perfekte Beispiel für einen europäischen Austausch. Wir wollen mehr Initiativen dieser Art, aber wir wollen auch kleinere Initiativen sowie den Austausch in den Bereichen Sport, Musik, (soziale) Praktika usw.

Wir empfehlen dies, weil es wichtig ist, ein Gefühl der Zugehörigkeit und des Zusammenhalts zu schaffen und Toleranz gegenüber unserer großartigen Vielfalt und unseren verschiedenen Perspektiven sowie der Entwicklung individueller Fähigkeiten zu fördern. Dieser Prozess wird es ermöglichen, Freundschaften, gegenseitiges Verständnis und kritisches Denken zu entwickeln. Wir möchten das Engagement aller Mitglieder unserer Gemeinschaften fördern, auch derjenigen, die bisher nicht an solchen Initiativen teilgenommen haben.

Teilbereich 4.5 Qualität, Finanzierung und Zugang zur Bildung/Teilbereich 4.6 Harmonisierung der Bildung

37. Wir empfehlen allen Mitgliedstaaten, bereits in der Grundschule einen Mindeststandard für den zertifizierten Unterricht in wesentlichen Fächern festzulegen und anzunehmen. Es geht darum, sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigten Zugang zu hochwertiger Bildung haben, die Fairness und Gleichheit garantiert.

Wir geben diese Empfehlung aus folgenden Gründen ab:

- Ein Mindeststandard würde das Vertrauen von Eltern, Lehrern und Schülern in ihre Bildungssysteme stärken und gleichzeitig Raum für Initiative und Vielfalt lassen.
- Wenn unsere Empfehlung umgesetzt wird, wird sie die gemeinsame europäische Identität stärken und festigen und den Zusammenhalt, die Einheit und das Zugehörigkeitsgefühl fördern.
- Die Umsetzung dieser Empfehlung würde die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen Schulen in der gesamten EU stärken, die Beziehungen zwischen Lehrkräften und Schülern verbessern und Austauschprogramme erheblich erleichtern.

38. Wir empfehlen, Englisch nach einem zertifizierbaren Standard als Hauptfach an Grundschulen in allen EU-Mitgliedstaaten zu unterrichten, um die Kommunikationsfähigkeit der europäischen Bürger zu erleichtern und zu stärken.

Wir geben diese Empfehlung aus folgenden Gründen ab:

- dies würde zu größerer Einheit und Gleichheit führen, indem die Fähigkeit der Bürger, miteinander zu kommunizieren, gestärkt und eine stärkere gemeinsame europäische Identität unterstützt würde;
- Dies würde den Arbeitsmarkt erweitern und ihn flexibler und zugänglicher machen und den Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen geben, in allen anderen Mitgliedstaaten zu arbeiten und zu kommunizieren, die mehr persönliche und berufliche Perspektiven bieten.
- ein solcher Ansatz würde die Verbreitung einer gemeinsamen europäischen Sprache in sehr kurzer Zeit ermöglichen;
- Die Verwendung einer gemeinsamen Sprache beschleunigt den Informationsaustausch, was der Zusammenarbeit, der gemeinsamen Krisenreaktion, der humanitären Hilfe und der Annäherung zwischen Europa und den Europäern zugutekäme.

Schwerpunkt 5 Ethische und sichere digitale Transformation

Teilbereich 5.1 Demokratisierung der digitalen Transformation/Teilbereich 5.2 Cybersicherheit

39. Wir empfehlen, dass die EU mehr Befugnisse zur Bekämpfung illegaler Inhalte und Cyberkriminalität erhält. Wir empfehlen, die Kapazitäten von Europol/dem Europäischen Zentrum zur Bekämpfung der Cyberkriminalität auszubauen, insbesondere durch:

- Erhöhung der finanziellen Ressourcen und des Personalbestands
- Gewährleistung ähnlicher Sanktionen in jedem Land • Gewährleistung einer raschen und wirksamen Kontrolle der Rechtmäßigkeit

Wir empfehlen diese Empfehlung, um die Freiheit im Internet zu gewährleisten und gleichzeitig sicherzustellen, dass Diskriminierung, Missbrauch und Belästigung geahndet werden. Wir unterstützen die Idee einer europäischen öffentlichen Einrichtung, weil wir die Regulierung von Online-Plattformen nicht allein privaten Unternehmen überlassen wollen. Online-Plattformen müssen die Verantwortung für verteilte Inhalte übernehmen, aber wir wollen sicherstellen, dass nicht ihre Interessen Vorrang haben. Die Regulierung von Inhalten und die strafrechtliche Verfolgung von Verantwortlichen müssen schnell und effizient erfolgen, damit sie auch eine abschreckende Wirkung auf böswillige Personen haben.

40. Wir empfehlen der EU, in innovative und hochwertige digitale Infrastrukturen (wie 5G, das derzeit in Europa entwickelt wird) zu investieren, um die Autonomie Europas zu gewährleisten und die Abhängigkeit von Drittländern oder privaten Unternehmen zu

verhindern. Die EU sollte auch Investitionen in ihren Regionen mit Entwicklungsrückstand besondere Aufmerksamkeit widmen.

Wir empfehlen dies, da die digitale Infrastruktur für die europäische Wirtschaft und für das tägliche Leben der Europäer, das sie erleichtert, von entscheidender Bedeutung ist. Europa braucht daher eine hochwertige digitale Infrastruktur. Wenn Europa von Dritten abhängig ist, kann es anfällig für negative Einflüsse durch private Unternehmen oder aus dem Ausland sein. Europa sollte daher in die digitale Infrastruktur investieren, um seine Autonomie zu verbessern. Es ist auch wichtig, die digitale Inklusion zu gewährleisten, indem sichergestellt wird, dass Investitionen in digital weniger entwickelte Regionen getätigt werden.

41. Wir empfehlen der EU, die Aufklärung über Falschmeldungen, Desinformation und Online-Sicherheit an den Europäischen Schulen zu fördern. Sie sollte sich an Beispielen bewährter Verfahren aus der gesamten EU orientieren. Die EU sollte eine spezielle Organisation einrichten, die für die Förderung dieser Arbeit und die Abgabe von Empfehlungen an die Bildungssysteme zuständig ist. Sie sollte auch nichtformale Bildung sowie innovative und kreative Lehrtechniken (z. B. partizipative Spiele) fördern.

Wir machen diese Empfehlung, weil die Einführung von Kursen über Online-Sicherheit und digitale Sicherheitskultur (Bekämpfung von Online-Betrug, Fake News usw.) in der Schule wichtig ist, um jedem die notwendigen Werkzeuge zu geben, um sich vor Online-Bedrohungen zu schützen. Es ist wichtig, junge Menschen ins Visier zu nehmen, die solchen Bedrohungen sehr ausgesetzt sind. Schulen können auch mit Eltern kommunizieren, um bewährte Verfahren zu fördern. Diese Kurse können sich an Beispielen bewährter Verfahren in Europa (z. B. Finnland) orientieren und sich gleichzeitig an die Bedürfnisse der einzelnen Länder anpassen.

Teilbereich 5.3 Datenschutz

42. Wir empfehlen, den Missbrauch von Daten durch "Datengiganten" weiter einzudämmen, indem die DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung) besser durchgesetzt wird, EU-weit einheitlichere Mechanismen geschaffen werden und sichergestellt wird, dass auch außerhalb der EU tätige Unternehmen diese Verordnung einhalten. Diese Verbesserung sollte eine klare und knappe Erläuterung der Bedingungen für die Verwendung der Daten umfassen, um Unklarheiten zu vermeiden und zusätzliche Informationen darüber bereitzustellen, wie und von wem die Daten verwendet werden, und um zu vermeiden, dass die Zustimmung zur Weiterverwendung und zum Weiterverkauf der Daten die Standardoption ist. Sie sollte sicherstellen, dass die Daten auf Antrag eines Bürgers dauerhaft gelöscht werden. Sie sollte auch die Kohärenz der Durchsetzung in Bezug auf die Erstellung von Profilen von Personen auf der Grundlage ihrer Online-Aktivitäten verbessern. Wir schlagen zwei Arten von Sanktionen vor: eine Geldbuße, die dem Umsatz des Unternehmens und den Beschränkungen der Tätigkeit des Unternehmens entspricht.

Wir empfehlen dies, da die Transparenz in Bezug auf die Art der gesammelten Daten, die Art ihrer Verarbeitung und die Identität der Personen, an die sie verkauft werden, derzeit sehr begrenzt ist. Wir müssen den Machtmissbrauch durch Datengiganten weiter einschränken und sicherstellen,

dass die Bürgerinnen und Bürger der Verarbeitung ihrer Daten in voller Kenntnis der Sachlage zustimmen.

43. Wir empfehlen die Einrichtung einer unabhängigen europaweiten Agentur, die aufdringliches Verhalten (z. B. Spam) klar definieren und Leitlinien dafür ausarbeiten sollte, wie Bürger der Verarbeitung ihrer Daten widersprechen und ihre Löschung, insbesondere von Dritten, erwirken können. Diese Agentur muss den Auftrag haben, Betrüger und Organisationen, die sich nicht an die Regeln halten, zu identifizieren und zu bestrafen. Sie sollte sich darauf konzentrieren, die Einhaltung der EU-Vorschriften durch Einrichtungen zu gewährleisten, die außerhalb der EU niedergelassen, aber dort tätig sind. Sie würde von den EU-Organen finanziert und würde sich aus einem Gemischten Rat unabhängiger Einrichtungen (d. h. Experten aus dem akademischen Bereich und Einrichtungen, die Fachleute vertreten) zusammensetzen. Sie sollte mit einem rotierenden Praesidium ausgestattet werden. Wir schlagen zwei Arten von Sanktionen vor: eine Geldbuße, die im Verhältnis zum Umsatz der Unternehmen steht, und Beschränkungen der Geschäftstätigkeit der Unternehmen.

Wir empfehlen dies, weil es keine zentrale Agentur mit einem soliden Mandat gibt, die den Bürgern helfen kann, insbesondere wenn sie ein Problem haben und Hilfe, Beratung oder Unterstützung benötigen. Es gibt keine klaren und verbindlichen Regeln, die Unternehmen befolgen müssen. Sanktionen werden nicht angewandt oder haben nur geringfügige Auswirkungen auf die Unternehmen.

44. Wir empfehlen die Einrichtung eines EU-Zertifizierungssystems, das die Einhaltung der DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung) auf transparente Weise bescheinigt und sicherstellt, dass die Datenschutzinformationen auf zugängliche, klare und einfache Weise dargestellt werden. Dieses Zertifikat wäre verpflichtend und auf Websites und Plattformen sichtbar. Es sollte von einem unabhängigen Zertifizierer auf europäischer Ebene ausgestellt werden, der entweder bereits besteht oder zu diesem Zweck eingerichtet wurde und weder mit den nationalen Regierungen noch mit dem Privatsektor verbunden ist.

Wir empfehlen dies, da es derzeit keine oder nur geringe Transparenz darüber gibt, wie Daten von jedem Unternehmen geschützt werden, und Benutzer/Kunden keine fundierten Entscheidungen treffen können.

45. Wir empfehlen, die DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung) besser zu erläutern und die Kommunikation darüber zu verbessern, indem ein Standardtext über die Einhaltung der Verordnung erstellt wird, der eine einfache und klare Sprache verwendet, die für alle verständlich ist. Dieser Text sollte eine Kernbotschaft und/oder Grundprinzipien enthalten. Das Zustimmungsverfahren sollte visueller sein (z. B. ein Antrag auf ausdrückliche Genehmigung des Zugriffs auf das Telefon durch eine App). Sie sollte von einer Informationskampagne (insbesondere im Fernsehen) und systematisch von Pflichtkursen (zumindest für diejenigen, die mit Daten arbeiten) und Beratung für diejenigen, die Hilfe benötigen, begleitet werden.

Wir empfehlen dies, da der Wortlaut der DSGVO derzeit zu vage und zu technisch ist und die Menge an Informationen überwältigend und nicht für alle zugänglich ist. Die Kommunikation ist

auch nicht länderübergreifend ähnlich und schließt oft verschiedene Gruppen aus, vor allem ältere Menschen und Menschen, die vor der Digitalisierung geboren wurden.

Teilbereich 5.4 Digitale Transformation und Gesundheit

46. Wir empfehlen der EU, das Problem der "Fake News" auf zweierlei Weise anzugehen:

- **Rechtsvorschriften, die es Social-Media-Unternehmen ermöglichen, Algorithmen für maschinelles Lernen einzuführen, mit denen die Zuverlässigkeit von Informationen in sozialen Medien und neuen Medien hervorgehoben werden kann, indem dem Nutzer überprüfte Informationsquellen zur Verfügung gestellt werden. Wir empfehlen, dass Algorithmen von Experten überprüft werden, um sicherzustellen, dass sie ordnungsgemäß funktionieren.**
- **Einrichtung einer digitalen Plattform, die Informationen aus traditionellen Medien (z. B. Fernsehen, Printmedien, Radio) unabhängig von politischen und wirtschaftlichen Interessen bewertet und die Bürgerinnen und Bürger über die Qualität der Informationen informiert, ohne irgendeine Form der Zensur anzuwenden. Diese Plattform sollte der öffentlichen Kontrolle unterliegen und höchsten Transparenzstandards genügen, und die EU sollte sicherstellen, dass die ihr zugewiesenen Mittel für den vorgesehenen Zweck verwendet werden.**

Wir empfehlen dies, da verschiedene Arten von Medien betroffen sind, und wir sind der Ansicht, dass Sanktionen oder die Entfernung von Inhalten zu Zensur führen und die Meinungs- und Pressefreiheit beeinträchtigen könnten. Wir empfehlen Experten, die ordnungsgemäße Funktionsweise des Algorithmus zu überprüfen und zu überwachen, um sicherzustellen, dass er ordnungsgemäß funktioniert. Schließlich empfehlen wir, dass die Plattform unpolitisch und unabhängig sein sollte, um Transparenz und Meinungsfreiheit zu gewährleisten. Da es außerdem unmöglich ist, Falschmeldungen vollständig zu beseitigen, wird die Bereitstellung dieser Instrumente für die Bürgerinnen und Bürger dazu beitragen, ihre Auswirkungen in Europa zu verringern.

47. Wir empfehlen der EU, verschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um eine gesunde Nutzung des Internets zu gewährleisten:

- **Erstens muss die EU den Mangel an Infrastruktur und Ausrüstung beheben, der den Zugang der Bürger zum Internet behindert;**
- **Anschließend empfehlen wir der EU, die Mitgliedstaaten zu ermutigen, Schulungen über das Internet und seine Risiken für alle Altersgruppen durchzuführen. Dies könnte durch die Einführung von Schulkursen für Kinder und Jugendliche sowie durch die Schaffung verschiedener Lehrpläne und Lehrpläne erreicht werden, um erwachsene und ältere Bürger zu erreichen. Der Inhalt dieser Kurse sollte auf europäischer Ebene von einer Gruppe unabhängiger Sachverständiger festgelegt werden.**
- **Schließlich fordern wir die EU auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Digitalisierung der Gesellschaft ältere Menschen nicht ausschließt, und sicherzustellen, dass grundlegende Dienstleistungen auch persönlich zugänglich sind.**

- **Die EU sollte sicherstellen, dass die speziell für diese Tätigkeiten bereitgestellten Mittel für den vorgesehenen Zweck verwendet werden.**

Wir empfehlen dies aufgrund des Mangels an Infrastruktur und Hardware (z. B. Geräten) an einigen Orten in Europa und der Notwendigkeit, die Verbindung vor der Bildung der Bürger zu gewährleisten, da wir wissen, dass der Zugang zum Internet in bestimmten Regionen und für bestimmte Profile eingeschränkt ist. Wir empfehlen, Kurse zu organisieren, um Kindern zu helfen, digitale Fähigkeiten zu erwerben, andere Programme zu planen, um älteren Menschen zu helfen, digital zu werden, und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass der digitale Wandel die Rechte älterer Menschen nicht beeinträchtigt.

48. Wir empfehlen der EU, die Bildung der Bürger in jedem Mitgliedstaat zu fördern, um kritisches Denken, Skepsis und Faktenprüfung zu stärken und ihnen beizubringen, unabhängig zu beurteilen, ob Informationen zuverlässig sind oder nicht. Diese Bildung sollte durch die Organisation spezifischer Kurse auf der Ebene der Grundbildung erfolgen und sollte Bürgern aller Altersgruppen, die daran interessiert sind, in anderen öffentlichen Räumen angeboten werden. Die EU sollte sicherstellen, dass die speziell für diese Tätigkeiten bereitgestellten Mittel für den vorgesehenen Zweck verwendet werden.

Wir machen diese Empfehlung, weil wir glauben, dass es unmöglich ist, falsche Informationen vollständig loszuwerden. Diese Schulung wird den Bürgerinnen und Bürgern helfen, sie selbst zu erkennen. Dadurch werden die Auswirkungen von Falschmeldungen auf die Gesellschaft und die Bürger selbst verringert. Dies würde den Bürgern auch mehr Handlungsmöglichkeiten bieten, anstatt sich auf die Institutionen zu verlassen, um verlässliche Informationen zu erhalten.

Anlage: SONSTIGE EMPFEHLUNGEN DES PANELS, DIE NICHT ANGENOMMEN WURDEN

Achse 3 Eine gerechte Gesellschaft

Teilbereich 3.2 Gleiche Rechte

Wir empfehlen, dass die EU einen Mechanismus zur Überwachung und Durchsetzung der Rechte von Minderheiten einrichtet (z. B. ein Portal oder Büro, in dem Einzelpersonen Beschwerden einreichen können).

Wir machen diese Empfehlung, weil wir glauben, dass jeder Einzelne seine Meinung äußern kann und das Recht hat, Hilfe zu suchen und zu erhalten. Ein solches Büro ist notwendig, um die Spannungen zwischen Minderheiten und der Mehrheit zu verringern.

Unterachse 3.3 Fairness/Unterachse 3.4 Zugang zu Sport

Wir empfehlen der EU, das Bewusstsein für körperliche Aktivität durch „Rollenmodellierung“ zu schärfen und dabei Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens einzubeziehen (so sollten die vom Parlament organisierten Veranstaltungen jede Form von körperlicher Aktivität oder Bewegung für einige Sekunden wie Dehnen, Gehen oder Springen umfassen).

Wir empfehlen dies, weil die Mobilisierung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für körperliche Aktivität die Öffentlichkeit sensibilisieren wird.

Schwerpunkt 5 Ethische und sichere digitale Transformation

Teilbereich 5.3 Datenschutz

Wir empfehlen die Erstellung einer Web-ID, die personenbezogene und sensible Daten speichert, diese jedoch nur den Behörden und der Polizei zur Verfügung stellt. Online-Plattformen und -Verkäufer verwenden den mit dieser Web-ID verknüpften Online-Code und die für eine bestimmte Aktivität erforderlichen Daten. Die Standardeinstellung für die gemeinsame Nutzung von Daten mit dieser Kennung sollte die Nichtzustimmung sein. Die Daten sollten nur an die unmittelbar Betroffenen und nicht an Dritte weitergegeben werden. Wenn die Daten an einen Dritten weitergegeben werden, sollte ein Bürger leicht dagegen Einspruch erheben können. Die Daten sollten nur für einen begrenzten Zeitraum oder für eine bestimmte Transaktion verfügbar sein. Die Erlaubnis zur Verwendung der Daten sollte zeitlich begrenzt sein oder klar definieren, was Unternehmen mit diesen Daten tun können.

Wir empfehlen dies, da Unternehmen derzeit alle Daten, einschließlich personenbezogener und sensibler Daten, sammeln und für viele Zwecke verwenden können, ohne offenzulegen, wie und warum genau. Betreiber erhalten daher mehr Informationen, als sie tatsächlich benötigen, um uns Dienstleistungen zu erbringen, und können dann andere Daten ohne unsere Zustimmung weiterverkaufen oder wiederverwenden. Gleichzeitig wird dies die Rechenschaftspflicht der Internetnutzer gewährleisten und gleichzeitig ihre relative Anonymität wahren.

Europäisches Bürgerforum 2: "Europäische Demokratie; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit"

EMPFEHLUNGEN DES PANELS (ZUR EINREICHUNG IM PLENUM)

Achse 1: Gewährleistung von Rechten und Nichtdiskriminierung

Teilbereich 1.1 Nichtdiskriminierung / Teilbereich 1.2 Gleichstellung der Geschlechter

1. "Wir empfehlen, dass die EU Kriterien für die Bekämpfung von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt (Quoten für junge Menschen, ältere Menschen, Frauen, Minderheiten) festlegt. Wenn die Unternehmen diese Kriterien erfüllen, erhalten sie Subventionen oder Steuererleichterungen."

Wir empfehlen, die Arbeitnehmer stärker für folgende Themen zu sensibilisieren:

- supranationale und nationale Institutionen (z. B. Gewerkschaften);
- Mechanismen, mit denen sichergestellt wird, dass Unternehmen die bestehenden Vorschriften zur Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz einhalten;
- Qualifizierungsprogramme für soziale Gruppen, die auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden (junge Menschen, ältere Menschen, Frauen, Minderheiten).

Wir empfehlen die Annahme eines EU-Rechtsakts in zwei Schritten. Erstens sollten Subventionen für die Einstellung von Arbeitnehmern bestimmter Kategorien, die diskriminiert werden könnten, vorgesehen werden. Zweitens sollte der Rechtsakt den Arbeitgebern vorschreiben, diese Gruppen für einen Mindestzeitraum zu beschäftigen."

Die Union hat nämlich die Aufgabe, ein Gleichgewicht zwischen den Interessen des freien Marktes und dem Schutz schutzbedürftiger Gruppen, die rechtlich geschützt werden müssen, aufrechtzuerhalten. Heterogene Gruppen sind für Unternehmen wünschenswert, da sie unterschiedliche Qualifikationen bieten. Subventionen sind ein zusätzlicher Anreiz für Unternehmen.

2. "Wir empfehlen der EU, ein Anreizprogramm zu schaffen, das die Schaffung erschwinglicher Kindergärten und Spielplätze in großen und kleinen Unternehmen erleichtert. Gemeinsame Anlagen sind auch eine praktikable Lösung für kleine Unternehmen, um in den Genuss des Zuschusses zu kommen."

Wir empfehlen, dass die EU Unternehmen dazu verpflichtet, Kindergärten zu schaffen, die im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten stehen."

Wir empfehlen diese Maßnahme, weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Arbeitsleistung verbessert, die Arbeitslosigkeit verringert und Eltern, insbesondere Frauen, in eine Situation versetzt, in der sie ihre Karriere fortsetzen können. Die vorgeschlagene Lösung, die sich auf die soziale Dimension konzentriert, gewährleistet die Sicherheit der Kinder und reduziert die Ängste der Eltern.

Teilbereich 1.3: Schutz der Menschen-, Natur- und Tierrechte

3. "Wir empfehlen, den Tierschutz und die Nachhaltigkeit der Tierhaltung durch Änderung der Richtlinie 98/58/EG über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere zu wahren. Es müssen detailliertere Mindestkriterien festgelegt werden. Sie müssen präzise, messbar und zeitlich begrenzt sein. Die Mindestkriterien sollten so festgelegt werden, dass sie zu höheren Tierschutzstandards führen und gleichzeitig den Übergang zu einem nachhaltigen Klima, einer nachhaltigen Umwelt und einer ökologischen Landwirtschaft ermöglichen."

Als Bürgerinnen und Bürger halten wir es für wichtig, dass in der EU strengere Mindeststandards für die Tierhaltung harmonisiert werden. Wir sind uns bewusst, dass der Übergang in einigen landwirtschaftlichen Sektoren, die Subventionen erhalten, und für diejenigen, die sich im Übergang zu einer ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft befinden, zu Problemen führen könnte. Dennoch halten wir es für sehr wichtig, dafür zu sorgen, dass dieser Übergang stattfindet.

4. "Wir empfehlen, eine umweltfreundlichere und klimafreundlichere Landwirtschaft in Europa und weltweit zu fördern, indem beispielsweise alle negativen Emissionen, Pestizide und die extreme Wassernutzung nach ihren Umweltauswirkungen besteuert werden. Zölle auf alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die in die Union eingeführt werden, müssen die Wettbewerbsvorteile von Drittländern beseitigen, die nicht dieselben Standards wie die Union einhalten. Um eine tierfreundliche Landwirtschaft zu fördern, empfehlen wir, Emissionen zu besteuern, die durch den Transport von Tieren über weite Strecken verursacht werden."

Durch die Einführung eines solchen Systems glauben wir, dass es möglich ist, den Übergang zu einer klima- und umweltfreundlichen Landwirtschaft zu unterstützen.

5. „Während in letzter Zeit viele Falschmeldungen verbreitet werden, empfehlen wir, eine unabhängigere, objektivere und ausgewogenere Berichterstattung in den Medien zu fördern, indem folgende Maßnahmen ergriffen werden: 1. Ausarbeitung einer EU-Richtlinie zur Festlegung von Mindeststandards für die Unabhängigkeit der Medien; 2. Förderung der Entwicklung von Medienkompetenz für jeden Bürger auf Unionsebene."

Die EU muss eine Richtlinie ausarbeiten, um die Unabhängigkeit der Medien und die Meinungsfreiheit zu gewährleisten.

6. „Wir empfehlen, die Subventionierung der landwirtschaftlichen Massenproduktion einzustellen, wenn dies nicht zu einem Übergang zu einer klimafreundlichen, ökologischen

und nachhaltigen Landwirtschaft führt. Stattdessen empfehlen wir, Subventionen neu auszurichten, um einen nachhaltigen Übergang zu unterstützen.“

Anstatt den landwirtschaftlichen Massentierhaltungssektor zu subventionieren, sollten die Subventionen auf Betriebe umgelenkt werden, die sich im Übergang befinden, um die neuen Mindeststandards für den Tierschutz zu erfüllen.

Teilbereich 1.4 Recht auf Privatsphäre

7. "Wir empfehlen, dass Einrichtungen, die personenbezogene Daten verarbeiten, auf EU-Ebene zugelassen werden. Diese Einrichtungen müssen auch einer jährlichen externen und unabhängigen Datenschutzprüfung unterzogen werden. Diese Unternehmen werden bei Datenschutzverletzungen im Verhältnis zu ihrem Jahresumsatz strenger bestraft als im Rahmen der geltenden Verordnung. Die Zulassung sollte nach zwei aufeinanderfolgenden Verstößen und unmittelbar nach einem schwerwiegenden Verstoß entzogen werden."

Wir empfehlen solche Maßnahmen, da die geltenden Vorschriften (DSGVO) nicht ausreichen und die Einrichtungen besser überwacht und sanktioniert werden müssen, um sicherzustellen, dass sie den Datenschutz und das Recht auf Privatsphäre nicht beeinträchtigen.

8. "Wir empfehlen, die Zuständigkeiten der Union in folgenden Bereichen zu stärken: 1) Datenschutzerziehung, 2) Sensibilisierung für den Datenschutz und 3) Schutz der personenbezogenen Daten Minderjähriger. Wir empfehlen, die Vorschriften über die Verarbeitung von Daten Minderjähriger in der DSGVO zu präzisieren und zu stärken, einschließlich der Vorschriften über die Einwilligung, die Altersüberprüfung und die Kontrolle durch Erziehungsberechtigte. Wir empfehlen auch, in die DSGVO eine spezielle Kategorie für sensible Daten von Minderjährigen (z. B. Strafregister, Gesundheitsinformationen, Nacktheit) aufzunehmen, damit Minderjährige vor jeder Form von Missbrauch und Diskriminierung geschützt sind."

Diese Empfehlung ist notwendig, da Minderjährige besonders anfällig für Verletzungen des Datenschutzes und der Privatsphäre sind und die allgemeine Bevölkerung (insbesondere Minderjährige, Lehrer und Erziehungsberechtigte) derzeit nicht ausreichend für den Datenschutz sensibilisiert ist. Sie alle müssen lernen, Online- und Offline-Datendienste zu nutzen und das Recht auf Privatsphäre von Kindern zu schützen. Darüber hinaus können Erziehungsberechtigte häufig der Verarbeitung von Daten von Kindern zustimmen, ohne vollständig bewusst oder informiert zu sein, und Kinder können die Zustimmung der Eltern fälschen. Schließlich ist diese Empfehlung notwendig, da es keine wirkliche EU-weite Sensibilisierungskampagne zum Datenschutz gibt, die sich insbesondere an Minderjährige, Erziehungsberechtigte und Lehrkräfte richtet, obwohl eine solche Kampagne unerlässlich ist.

9. "Wir empfehlen die Einführung standardisierter Datenschutzrichtlinien und leicht verständlicher, prägnanter und intuitiver Einwilligungsformulare, aus denen klar hervorgeht, welche Datenverarbeitung unbedingt erforderlich ist und was optional ist. Wir empfehlen, dass der Widerruf der Einwilligung einfach, schnell und dauerhaft erfolgt. Wir

empfehlen, Unternehmen zu verbieten, ihre Dienste mehr als nötig einzuschränken, wenn die Zustimmung zu einer freiwilligen Datenverarbeitung nicht erteilt wurde."

Wir empfehlen diese Maßnahme, da die derzeitigen EU-Vorschriften nicht präzise genug sind, der Widerruf der Einwilligung langwierig, vorübergehend und komplex ist und die Einrichtungen kein Interesse daran haben, ihre Dienste Bürgern anzubieten, die sich auf ihr Recht auf Datenschutz berufen.

Schwerpunkt 2: Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Teilbereich 2.1 Schutz der Rechtsstaatlichkeit

10. "Wir empfehlen, die Konditionalitätsverordnung (2020/2092, angenommen am 16. Dezember 2020) so zu ändern, dass sie für alle Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit und nicht nur für Verstöße mit Auswirkungen auf den Unionshaushalt gilt."

Die Konditionalitätsverordnung ermöglicht die Aussetzung der Auszahlung von EU-Mitteln an Mitgliedstaaten, die gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoßen. In seiner derzeitigen Fassung gilt er jedoch nur für Verstöße, die Auswirkungen auf den EU-Haushalt haben oder haben könnten. Darüber hinaus schützt der derzeitige Wortlaut der Konditionalitätsverordnung den EU-Haushalt und die EU-Organe und nicht die Bürger der betroffenen Mitgliedstaaten. Daher empfehlen wir, den derzeitigen Text der Verordnung so zu ändern, dass er alle Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit abdeckt.

11. "Wir empfehlen der EU, nach der Veröffentlichung des jährlichen Berichts über die Rechtsstaatlichkeit (dem Mechanismus der Kommission zur Überwachung der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit durch die Mitgliedstaaten) jährliche Konferenzen zur Rechtsstaatlichkeit abzuhalten. Die Mitgliedstaaten sollten verpflichtet werden, zur Konferenz nationale Delegationen zu entsenden, die in sozialer Hinsicht unterschiedlich sind und sowohl Bürger als auch Beamte umfassen."

Diese Konferenz würde den Dialog zwischen den Unionsbürgern über Fragen der Rechtsstaatlichkeit sowie den Dialog zwischen den Bürgern und den Sachverständigen, die die jährlichen Berichte über die Rechtsstaatlichkeit erstellen, fördern. Wir glauben, dass die Teilnehmer in einem Klima der gegenseitigen Wertschätzung und des Austauschs in der Lage sein werden, bewährte Verfahren und Ideen in ihre Heimatländer zurückzubringen. Darüber hinaus würde die Konferenz dazu beitragen, den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit sowie die Schlussfolgerungen und den Prozess, die dem jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit zugrunde liegen, bekannt zu machen und zu verstehen. Sie würde auch die Aufmerksamkeit der Medien auf sich ziehen und es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, ihre Erfahrungen auszutauschen und sie mit den Schlussfolgerungen des Berichts zu vergleichen.

Teilbereich 2.2 Schutz und Stärkung der Demokratie/Teilbereich 2.4 Medien und Desinformation

12. "Wir empfehlen, dass die EU ihre Wettbewerbsregeln im Mediensektor strenger anwendet, um den Schutz des Medienpluralismus in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Die Union sollte große Medienmonopole und politische Ernennungen in Medienvorstände verhindern. Wir empfehlen ferner, dass der künftige Rechtsakt der Union über die Medienfreiheit Vorschriften enthält, mit denen verhindert werden soll, dass politische Entscheidungsträger Medien besitzen oder einen starken Einfluss auf deren Inhalte haben."

Wir empfehlen diese Maßnahme, da die Anwendung der EU-Wettbewerbsregeln eine pluralistische Medienlandschaft fördert, in der die Bürger die Wahl haben. Da die Kommission derzeit einen Rechtsakt (zur Medienfreiheit) für die Integrität des EU-Medienmarktes ausarbeitet, sollte auch vorgesehen werden, dass Medien nicht im Eigentum von Politikern stehen oder von ihnen beeinflusst werden dürfen.

Teilbereich 2.3 Sicherheit

13. "Wir empfehlen den Organen der Union, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Instrumenten, einschließlich der nationalen Cybersicherheitszentren und der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA), eine wichtigere Rolle zu spielen, um Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Einrichtungen vor neuen Bedrohungen zu schützen, die sich aus Verstößen gegen die Cybersicherheit und der Nutzung künstlicher Intelligenz zu kriminellen Zwecken ergeben. Darüber hinaus empfehlen wir, dass die Richtlinien der EU und ihrer Agenturen ordnungsgemäß umgesetzt und in allen Mitgliedstaaten verbreitet werden."

Wir empfehlen diese Maßnahme, weil sich die Bürger machtlos fühlen und sich nicht bewusst sind, was die Europäische Union tut, um diese Bedrohungen zu bekämpfen. Wir empfehlen diese Maßnahme, weil diese Bedrohungen ein ernstes Problem für die nationale und europäische Sicherheit darstellen. Wir empfehlen diese Maßnahme, weil Europa in diesem Bereich ein echter Innovationsmotor sein sollte.

14. "Wir empfehlen, dass die Union in ihren Beziehungen zu den Drittländern zunächst die gemeinsamen demokratischen Werte an ihren Grenzen stärkt. Erst nachdem wir dieses Ziel erreicht haben, empfehlen wir der Union, Botschafterin unseres demokratischen Modells in den Ländern zu werden, die bereit und willens sind, dieses Modell durch Diplomatie und Dialog umzusetzen."

Wir empfehlen diese Maßnahme, weil wir nach innen schauen müssen, bevor wir nach außen schauen. Denn Europa kann und muss den Mitgliedstaaten helfen, ihre Demokratien zu stärken. Denn wir schützen uns auch dadurch, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen und die Bemühungen externer Länder um Demokratie unterstützen.

Schwerpunkt 3: Reform der Europäischen Union

Teilbereich 3.1 Institutionelle Reform

15. "Wir empfehlen, die Namen der Organe der Union zu ändern, um deren Aufgaben zu präzisieren. Zum Beispiel könnte der Rat der Europäischen Union der Senat der Europäischen Union genannt werden. Die Europäische Kommission könnte sich "Exekutivkommission der Europäischen Union" nennen.

Wir empfehlen diese Maßnahme, da es für die Bürger derzeit schwierig ist, die Aufgaben und Funktionen der einzelnen EU-Organe zu verstehen. Ihre Namen spiegeln nicht ihre Funktionen wider. Von den Bürgern kann nicht erwartet werden, dass sie es schaffen, zwischen dem Rat der Europäischen Union, dem Europäischen Rat und dem Europarat zu unterscheiden. Es ist wichtig, Überschneidungen zu vermeiden.

16. „Wir empfehlen die Annahme eines Wahlgesetzes für das Europäische Parlament, mit dem die Wahlbedingungen (Alter des Wahlrechts, Datum der Wahl, Anforderungen an Wahlkreise, Kandidaten, politische Parteien und deren Finanzierung) harmonisiert werden. Die europäischen Bürger sollten das Recht haben, für verschiedene Parteien auf EU-Ebene zu stimmen, die jeweils aus Kandidaten aus mehreren Mitgliedstaaten bestehen. Während eines ausreichenden Übergangszeitraums könnten die Bürgerinnen und Bürger weiterhin für nationale und transnationale Parteien stimmen.“

Wir empfehlen diese Maßnahme, weil die Union ein Gefühl der Einheit entwickeln muss, das durch eine wirklich einheitliche Wahl des Europäischen Parlaments entstehen könnte. Diese gemeinsame Wahl wird es ermöglichen, die Mitglieder des Europäischen Parlaments zur Rechenschaft zu ziehen und den Wahlkampf auf gemeinsame europäische Themen auszurichten.

Teilbereich 3.2 Beschlussfassung

17. „Wir empfehlen die Einrichtung einer Online-Plattform, auf der die Bürgerinnen und Bürger nach Fakten überprüfte Informationen finden und anfordern können. Die Plattform sollte eindeutig mit den Organen der Union verbunden, nach Themen gegliedert und leicht zugänglich sein (z. B. durch eine Hotline). Die Bürgerinnen und Bürger sollten die Möglichkeit haben, Experten (z. B. Wissenschaftlern, Journalisten) kritische Fragen zu stellen und aus Quellen sachliche Antworten zu erhalten.“

Der freie Zugang zu Sachinformationen ist für unsere Gesellschaft von größter Bedeutung, damit die Bürgerinnen und Bürger gut informiert und vor Falschmeldungen und Desinformation geschützt sind. Wir brauchen eine glaubwürdige und unabhängige Informationsquelle, die nicht von politischen, wirtschaftlichen und nationalen Interessen beeinflusst wird. Darüber hinaus kann die Plattform eine Brücke (d. h. eine direkte Beziehung) zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Union schlagen.

18. "Wir empfehlen, dass in Ausnahmefällen ein EU-weites Referendum zu Themen abgehalten wird, die für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger von größter Bedeutung sind. Das Referendum sollte vom Europäischen Parlament eingeleitet werden und rechtsverbindlich sein."

Die EU-Bürger sollten einen direkteren Einfluss auf wichtige Entscheidungen in EU-Angelegenheiten haben. Referenden sollten jedoch nur unter außergewöhnlichen Umständen abgehalten werden, da sie aufgrund ihrer hohen Kosten nicht regelmäßig durchgeführt werden könnten. Wir sind uns bewusst, dass diese Empfehlung eine Vertragsänderung und eine Anpassung der nationalen Verfassungen erfordern könnte.

19. "Wir empfehlen die Einrichtung einer multifunktionalen digitalen Plattform, über die die Bürgerinnen und Bürger bei Online-Wahlen und -Abstimmungen abstimmen können. Die Bürgerinnen und Bürger sollten die Möglichkeit haben, ihre Stimme zu wichtigen Themen und Legislativvorschlägen der EU-Organe zu begründen. Diese Plattform sollte sicher, weithin zugänglich und für jeden Bürger gut sichtbar sein."

Ziel dieser Plattform ist es, die Beteiligung an der europäischen Politik zu erhöhen und den Bürgern den Zugang zu Konsultation und Abstimmung zu erleichtern. Bestehende Tools und Prozesse sind nicht sichtbar genug, weshalb wir für diese verschiedenen Funktionen ein neues, integriertes Tool benötigen. Eine stärkere Beteiligung führt zu besseren Entscheidungen, zu mehr Vertrauen unter den europäischen Bürgern und zu einem besseren Funktionieren der Union im Allgemeinen.

20. "Wir empfehlen, die Abstimmungssysteme in den EU-Organen neu zu bewerten und sich dabei auf die Frage der Einstimmigkeit zu konzentrieren. Die „Gewichtung“ der Stimmen sollte fair berechnet werden, um die Interessen kleiner Länder zu schützen."

Einstimmigkeit ist eine große Herausforderung für die Entscheidungsfindung in der Union. Angesichts der großen Zahl von Mitgliedstaaten ist es sehr schwierig, eine Einigung zu erzielen. Erforderlichenfalls sollten die EU-Verträge geändert werden, um die Frage der Einstimmigkeit zu regeln.

Unterachse 3.3 Engere Integration

21. "Wir empfehlen der Union, öffentliche Investitionen zu tätigen, die zur Schaffung angemessener Arbeitsplätze und zur Verbesserung und Harmonisierung der Lebensqualität in der gesamten Union, zwischen den Mitgliedstaaten und innerhalb der Mitgliedstaaten (d. h. auf regionaler Ebene) führen. Es ist notwendig, bei der Umsetzung öffentlicher Investitionen für eine wirksame Überwachung, Transparenz und Kommunikation gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu sorgen und es den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, den gesamten Investitionsprozess zu verfolgen. Für eine bessere Lebensqualität sollten Investitionen in Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Wohnraum, physische Infrastruktur, Altenpflege und Pflege von Menschen mit Behinderungen getätigt

werden, wobei den Bedürfnissen der einzelnen Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen ist. Die zusätzlichen Investitionen sollten darauf abzielen, eine angemessene Work-Life-Balance zu erreichen, um einen gesunden Lebensstil zu ermöglichen."

Wir empfehlen diese Maßnahme, da die Harmonisierung des Lebensstandards in der Union den wirtschaftlichen Fortschritt in der gesamten Union verbessern wird, was zu einer einheitlichen Europäischen Union führen wird. Dies ist ein grundlegender Indikator für die weitere Integration der Union. Obwohl einige dieser Mechanismen bereits vorhanden sind, glauben wir, dass sie noch verbessert werden können.

22. "Wir empfehlen, eine gemeinsame Grundlage auf der Grundlage einer Reihe von Wirtschaftsindikatoren und Indikatoren für die Lebensqualität für alle Mitgliedstaaten zu schaffen, um gleiche Chancen zu bieten und alle gleich zu stellen, um eine gemeinsame Wirtschaftsstruktur zu erreichen. Es ist wichtig, dass diese gemeinsame Grundlage nach einem klaren und realistischen Zeitplan festgelegt wird, den die Organe auf Empfehlung von Sachverständigen festlegen. Die Sachverständigen sollten auch zu der Form einer solchen gemeinsamen Wirtschaftsstruktur konsultiert werden. Es ist auch wichtig, dass die Indikatoren, auf denen diese gemeinsame Grundlage beruht, mit Hilfe von Sachverständigen genauer festgelegt werden."

Wir empfehlen diese Maßnahme, denn wenn wir eine gerechte Union haben, werden wir ein vereintes Europa haben. Um fair zu sein, müssen wir der gesamten Union gleiche Chancen und eine gemeinsame Basis bieten. Eine gemeinsame Wirtschaftsstruktur kann nur erreicht werden, wenn eine gemeinsame Grundlage geschaffen wird.

23. "Wir empfehlen, große Unternehmen und die Einnahmen großer Unternehmen zu besteuern, um zu öffentlichen Investitionen beizutragen, und die Besteuerung zu nutzen, um in die Bildung und Entwicklung jedes Landes zu investieren (R&D, Stipendien – Erasmus usw.). Es ist auch wichtig, dafür zu sorgen, dass Steueroasen in der Union beseitigt werden."

Wir empfehlen diese Maßnahme, da sie dazu beitragen wird, Steuerhinterziehung und die Schaffung von Steueroasen zu verhindern und die Einhaltung der Rechtsvorschriften zu fördern.

Achse 4: Aufbau der europäischen Identität

Teilbereich 4.1 Demokratieerziehung

24. Wir empfehlen, dafür zu sorgen, dass die Demokratieerziehung in der Union in allen Mitgliedstaaten zu einer Verbesserung und einem Mindestmaß an Wissen führt. Diese Bildung sollte unter anderem demokratische Prozesse und allgemeine Informationen über die Union umfassen, die in allen Mitgliedstaaten der Union vermittelt werden sollten. Sie sollte durch eine Reihe unterschiedlicher Konzepte zur Vermittlung des demokratischen

Prozesses bereichert werden, die attraktiv und an das Alter der Schüler angepasst sein sollten.“

Diese Empfehlung und die Gründe dafür sind wichtig, denn wenn sie umgesetzt wird, wird sie zu einem harmonischeren und demokratischeren Leben in der Union führen. Die Begründungen lauten wie folgt: junge Menschen in demokratischen Prozessen erzogen werden; diese Bildung könnte dazu beitragen, Populismus und Desinformation in der öffentlichen Debatte einzudämmen; sie könnte die Diskriminierung verringern; und schließlich würde sie es ermöglichen, die Bürger über ihre bloße Wahlpflicht hinaus für die Demokratie zu erziehen und zu mobilisieren.

25. "Wir empfehlen, bestehende und neu entstehende Übersetzungstechnologien wie künstliche Intelligenz weiterzuentwickeln, zu verbessern und zugänglicher zu machen, um Sprachbarrieren abzubauen und die gemeinsame Identität und Demokratie in der Union zu stärken."

Diese Empfehlung und die Gründe dafür sind wichtig, denn wenn sie umgesetzt wird, wird sie zum Aufbau einer gemeinsamen europäischen Identität beitragen, indem die Kommunikation zwischen den Bürgern aller Mitgliedstaaten verbessert wird.

26. "Wir empfehlen, dass überprüfbare Informationen den Bürgerinnen und Bürgern über eine App für Mobilgeräte leicht und verständlich zugänglich gemacht werden, um die Transparenz, die öffentliche Debatte und die Demokratie zu verbessern. Diese Anwendung könnte genutzt werden, um Informationen z. B. über Rechtsvorschriften, Diskussionen in der EU, Vertragsänderungen usw. zu verbreiten."

Diese Empfehlung und die Gründe dafür sind wichtig, denn wenn sie umgesetzt wird, wird sie die Kommunikation erleichtern, da sie eine fundiertere Debatte zwischen den Bürgern der verschiedenen Mitgliedstaaten über eine Anwendung ermöglicht, die viele verschiedene Funktionen haben könnte. Diese Anwendung sollte so konzipiert werden, dass sie für alle von Interesse ist und in der Lage ist, Neugier zu wecken und technische Informationen zugänglicher und attraktiver zu machen. Die Anwendung sollte als ergänzende Quelle betrachtet werden, die offiziell verifizierte Informationen direkt von der Union verbreitet, um das Vertrauen und die Transparenz in der öffentlichen Debatte zu verbessern und zum Aufbau einer gemeinsamen europäischen Identität beizutragen.

Teilbereich 4.2 Europäische Werte und Identität

27. "Wir empfehlen der EU, einen speziellen Fonds für kurz- und langfristige Online- und Offline-Interaktionen (d. h. Austauschprogramme, Foren, Sitzungen) zwischen EU-Bürgern einzurichten, um die europäische Identität zu stärken. Die Teilnehmer sollten repräsentativ für die Gesellschaft in der Union sein und insbesondere Gruppen angehören, die auf der Grundlage verschiedener Kriterien, d. h. demografischer, sozioökonomischer und beruflicher Kriterien, gezielt ausgewählt werden. Die Ziele dieses Fonds müssen klar dargelegt werden, um die europäische Identität zu fördern, und der Fonds muss in regelmäßigen Abständen evaluiert werden."

Wir empfehlen diese Maßnahme, da diese Art der Interaktion es den Bürgern ermöglicht, Ideen auszutauschen, und ein längerer Austausch es ihnen ermöglicht, verschiedene Kulturen zu verstehen und Erfahrungen, einschließlich beruflicher Praktiken, auszutauschen. Es ist ein EU-Fonds erforderlich, da es wichtig ist, dass sich alle beteiligen können, auch diejenigen, die normalerweise nicht teilnehmen.

28. "Wir empfehlen, dass die EU rasch in die Bekämpfung von Desinformation investiert und bestehende Organisationen und Initiativen wie den Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation und die Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien sowie vergleichbare Initiativen in den Mitgliedstaaten unterstützt. Es könnten verschiedene Gegenmaßnahmen ergriffen werden: Faktenprüfung, Sensibilisierung für Desinformation, Erstellung leicht zugänglicher Statistiken, Verhängung angemessener Sanktionen im Rahmen eines Rechtsrahmens gegen diejenigen, die Desinformation verbreiten, und Bekämpfung von Desinformationsquellen."

Diese Empfehlung ist wichtig, da Fehl- und Desinformation innerhalb und außerhalb der EU zu Konflikten zwischen den EU-Bürgern führen, die Gesellschaft polarisieren, die Demokratie gefährden und der Wirtschaft schaden. Angesichts der Komplexität des Themas sind erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen erforderlich.

29. "Wir empfehlen, 1) die Häufigkeit der Online- und Offline-Interaktionen zwischen der EU und ihren Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen (d. h. die Bürgerinnen und Bürger direkt zu EU-Themen zu befragen und eine benutzerfreundliche Plattform zu schaffen, um sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger mit den EU-Organen und -Beamten interagieren können), und 2) sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger an der Politikgestaltung der EU teilnehmen, ihre Meinung äußern und Rückmeldungen erhalten können, und wir empfehlen, eine Charta oder einen Verhaltenskodex oder Leitlinien für EU-Beamte zu erstellen. Es sollte verschiedene Möglichkeiten der Interaktion geben, damit jeder Bürger teilnehmen kann."

Wir empfehlen diese Maßnahme, da es verschiedene Möglichkeiten gibt, mit den EU-Organen in Kontakt zu treten (Online-Plattformen, Vertretungsorgane), aber sie sind nicht bekannt, nicht wirksam und nicht transparent. Die Zugänglichkeit ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. Häufigere und bessere Interaktionen werden zu einem Gefühl der Eigenverantwortung für die Unionsbürgerschaft führen.

30. "Wir empfehlen, dass die europäische Identität und die europäischen Werte (d. h. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Solidarität) im Prozess der Integration von Migranten einen besonderen Platz einnehmen. Es können verschiedene Maßnahmen in Betracht gezogen werden, wie die Einrichtung von Programmen oder die Unterstützung bereits bestehender (lokaler) Programme, um die soziale Interaktion zwischen Migranten und EU-Bürgern zu fördern, oder die Beteiligung von Unternehmen an Programmen zur Unterstützung der Integration von Migranten. Gleichzeitig sollten ähnliche Programme auf den Weg gebracht werden, um die Unionsbürger für Migrationsfragen zu sensibilisieren."

Diese Empfehlung ist wichtig, da Programme zur sozialen Interaktion Migranten in ihrem neuen Leben helfen und es Nicht-Migranten ermöglichen können, das tägliche Leben von Migranten besser zu verstehen. Wenn Migranten in Ghettos leben, gibt es weder auf nationaler noch auf EU-Ebene eine Möglichkeit, sie in die Gesellschaft zu integrieren. Eine gemeinsame Politik ist notwendig, denn sobald Migranten in die EU einreisen, können sie in alle EU-Länder einreisen. Lokale Initiativen sollten unterstützt werden, da die lokalen Regierungen die Mittel effizienter nutzen werden als auf nationaler Ebene.

Teilbereich 4.3 EU-Informationen

31. "Wir empfehlen, dass die EU die europäischen Bürgerinnen und Bürger besser informiert. Zu diesem Zweck sollte die Union alle erforderlichen Mittel einsetzen und gleichzeitig die Freiheit und Unabhängigkeit der Medien achten. Sie sollte den Medien Ressourcen sowie allgemeine und zuverlässige Informationen über die Tätigkeiten und Politiken der Union zur Verfügung stellen. Die Union sollte dafür sorgen, dass Informationen von den nationalen und europäischen Medien in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen verbreitet werden, und sie sollte sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die öffentlich-rechtlichen Nachrichtenagenturen ermutigen, sich mit EU-Angelegenheiten zu befassen."

Wir empfehlen diese Maßnahme, da nach unserer persönlichen Erfahrung und den Daten des Eurobarometers die Mehrheit der europäischen Bürger sich über die traditionellen Medien (Presse, Radio und Fernsehen) informiert und diese Kanäle derzeit nur sehr wenige Informationen über die Union bieten. Die Medien, insbesondere die öffentlichen Medien, haben eine öffentlich-rechtliche Funktion. Um diese Aufgabe zu erfüllen, ist es daher unerlässlich, sich mit europäischen Fragen zu befassen, die die europäische Bevölkerung betreffen. Wir empfehlen, dass die Informationen über die EU, die in den einzelnen Mitgliedstaaten verbreitet werden, gleich sind, um die Integration zu fördern, und wir empfehlen, die Verbreitung unterschiedlicher Informationen über unterschiedliche Themen in den einzelnen Ländern zu vermeiden. Es ist bequemer und kostengünstiger, bereits bestehende Medienkanäle zu nutzen, als einen neuen Kanal zu erstellen, um das gleiche Ergebnis zu erzielen. Die bereits bestehenden Kanäle haben auch den Vorteil, dass sie den Bürgern bereits bekannt sind. Kein Bürger sollte zwischen verschiedenen Kanälen wählen müssen, um auf unterschiedliche (nationale oder europäische) Inhalte zugreifen zu können.

32. "Wir empfehlen der Union, mehrsprachige Online-Foren und Offline-Treffen einzurichten und zu fördern, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, unabhängig vom Thema und vom geografischen Anwendungsbereich des aufgeworfenen Themas eine Debatte mit den Vertretern der Union anzustoßen. Die Antworten auf die in diesen Online-Foren und Offline-Sitzungen gestellten Fragen sollten innerhalb einer genau festgelegten kurzen Frist erfolgen. Alle Informationen über diese Bereiche sollten auf einer integrierten offiziellen Website mit verschiedenen Merkmalen zentralisiert werden, z. B. einem Bereich für häufig gestellte Fragen, der Möglichkeit, Ideen, Vorschläge oder Bedenken mit anderen Bürgerinnen und Bürgern auszutauschen, und einem Mechanismus, mit dem ermittelt werden kann, welche Bürger die größte Unterstützung erhalten. In jedem Fall sollte der Zugang zu dieser Website einfach sein und eine unbürokratische Sprache verwendet werden."

Wir empfehlen dies, weil es eine Möglichkeit ist, eine direkte Brücke zwischen den europäischen Bürgern und den europäischen Vertretern zu schlagen, um gemeinsam zu sprechen und sich zu engagieren, den Bürgern einen einfachen Zugang zu Informationen über die Union zu ermöglichen und ihnen die bereits verfügbaren Informationen besser zur Verfügung zu stellen. Dies wird eine transparentere und offenere Union schaffen und den Bürgerinnen und Bürgern helfen, ihre Probleme und Überlegungen zu teilen und politische Antworten und Lösungen zu erhalten, und es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich zu engagieren und Perspektiven und Erfahrungen mit anderen Bürgerinnen und Bürgern auszutauschen.

33. "Wir empfehlen den Organen und Vertretern der Union, eine leichter verständliche Sprache zu verwenden und in ihrer Kommunikation keine bürokratischen Begriffe zu verwenden, wobei die Qualität  das technische Niveau der bereitgestellten Informationen zu wahren sind. Die EU sollte die Informationen, die sie den Bürgern zur Verfügung stellt, auch über verschiedene Kommunikationskanäle und verschiedene Zielgruppen (z. B. Zeitungen, Fernsehen, soziale Medien) anpassen. Die Union sollte besondere Anstrengungen unternehmen, um die Kommunikation an die digitalen Medien anzupassen, um ihre Fähigkeit, junge Menschen anzusprechen, zu verbessern."

Wir empfehlen diese Maßnahme, denn verständliche Informationen werden es der Union ermöglichen, mehr europäische Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, und nicht nur diejenigen, die sich engagieren. Dank neuer moderner Instrumente, die auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet sind, werden die Bürgerinnen und Bürger die Tätigkeiten und Politiken der Union besser verstehen, insbesondere junge Menschen, die sich der Union nicht nahe fühlen oder ihr nicht verbunden sind.

Schwerpunkt 5: Stärkung der Bürgerbeteiligung

Teilbereich 5.1 Bürgerbeteiligung

34. "Wir empfehlen, dass unabhängige Bürgerbeobachter bei allen Beschlussfassungsprozessen der EU anwesend sein sollten. Es sollte ein Forum oder ein ständiges Gremium von Bürgervertretern geben, das für die Verbreitung nützlicher und wichtiger Informationen unter allen definierten Unionsbürgern zuständig wäre. Diese Bürgerinnen und Bürger würden sich mit allen anderen europäischen Bürgerinnen und Bürgern in einem Top-down/Bottom-up-Ansatz engagieren, der es ermöglichen würde, den Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den EU-Organen weiterzuentwickeln."

Die Bürgerinnen und Bürger verdienen es natürlich, über alle Fragen auf dem Laufenden gehalten zu werden, und es ist wichtig, dafür zu sorgen, dass die politischen Entscheidungsträger bestimmte Fragen, die sie lieber ignorieren würden, den Bürgerinnen und Bürgern nicht vorenthalten können. Dies würde dazu beitragen, die Kluft zwischen den Bürgern und den gewählten Vertretern zu überbrücken, indem neue Wege des Vertrauens geschaffen werden.

35. "Wir empfehlen, dass die Union die Diskussion über die Verfassung Europas wieder aufnimmt, um eine von den Unionsbürgern inspirierte Verfassung auszuarbeiten. Die Bürger sollten in der Lage sein, für die Ausarbeitung einer solchen Verfassung zu stimmen. Um Konflikte mit den Mitgliedstaaten zu vermeiden, sollten die Werte der Menschenrechte und der Demokratie vorrangig in diese Verfassung aufgenommen werden. Bei der Ausarbeitung einer solchen Verfassung sollten frühere Bemühungen berücksichtigt werden, die nie zu einer Verfassung geführt haben."

Denn diese Verfassung würde junge Menschen in die Politik auf EU-Ebene einbeziehen und den wachsenden Kräften des Nationalismus entgegenwirken. Weil sie eine gemeinsame Definition der Demokratie in Europa liefern und in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen umgesetzt werden würde. Weil die Union gemeinsame Werte in Bezug auf Demokratie und Menschenrechte teilt. Denn auf diese Weise hätten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, in den Entscheidungsprozess einbezogen zu werden und sich durch die Beteiligung an diesem Prozess stärker mit der Union zu identifizieren.

36. „Wir empfehlen, dass die Politiker mehr Verantwortung dafür übernehmen, wie sie die Bürgerinnen und Bürger vertreten, die sie gewählt haben. Vor allem junge Menschen sind von der Politik abgekoppelt und werden bei ihrer Teilnahme nicht ernst genommen. Aber Desinteresse ist ein universelles Problem, und Menschen jeden Alters sollten engagierter sein, als sie es derzeit sind.

Die Definition dessen, was Demokratie ist, muss aktualisiert werden. Wir müssen uns daran erinnern, was Demokratie wirklich ist. Weil junge Menschen es satt haben und von Politikern desillusioniert sind, die sie als Eliten betrachten, die ihre Meinung nicht teilen. Deshalb müssen die Bürgerinnen und Bürger auf originelle und attraktive Weise stärker mobilisiert werden. Das Bildungssystem, die sozialen Medien und alle anderen Medienformen könnten diese Rolle während des gesamten Lebenszyklus und in allen Sprachen erfüllen.

Teilbereich 5.2 Bürgerbeteiligung

37. "Wir empfehlen der EU, sich den Bürgerinnen und Bürgern stärker anzunähern. Um dies zu erreichen, müssen die Mitgliedstaaten in die Förderung der Bürgerbeteiligung in der Union einbezogen werden. Die Union sollte die Nutzung von Mechanismen der Bürgerbeteiligung fördern, indem sie Marketing- und Werbekampagnen durchführt. Nationale und lokale Regierungen sollten verpflichtet werden, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Die Union sollte die Wirksamkeit der Plattformen der partizipativen Demokratie sicherstellen."

Wir empfehlen diese Maßnahme, weil die bereits bestehende Plattform gestärkt und effizienter gestaltet werden muss: Es muss mehr Rückmeldungen der Bürger in die EU geben und umgekehrt. Es gibt nicht genug Debatten innerhalb der Union, sowohl zwischen den Bürgern als auch zwischen den Regierungen. Weil die Bürger keine Petitionen einreichen, weil sie entweder nicht wissen, dass es den Mechanismus gibt, oder weil sie nicht glauben, dass solche Petitionen erfolgreich sein können.

38. "Wir empfehlen, dass die Union Programme für Schulen aufstellt und umsetzt, was in der Union in Bezug auf die Beteiligungsmechanismen geschieht. Solche Lehrpläne sollten in die Lehrpläne für europäische Bürgerschaft und Ethik mit altersgerechten Inhalten integriert werden. Es sollte auch Programme für Erwachsene geben. Den Bürgerinnen und Bürgern sollten Programme für lebenslanges Lernen zur Verfügung gestellt werden, um ihr Wissen über die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in der Union zu vertiefen."

Wir empfehlen diese Maßnahme, da sie für die Zukunft unserer Kinder wichtig ist. Die Bürgerinnen und Bürger wollen wissen, wie sie ihre Stimme erheben können. Es ist wichtig, dass sie die genauen Mechanismen kennen und wissen, wie sie genutzt werden können, damit ihre Stimme von der Union gehört wird. Das ist wichtig, damit alle europäischen Bürgerinnen und Bürger gleichgestellt werden. Als europäische Bürgerinnen und Bürger müssen wir wissen, wie wir unsere Rechte nutzen können. Als europäische Bürger haben wir das Recht, diese Informationen zu erfahren.

Teilbereich 5.3 Bürgerbeteiligung

39. „Wir empfehlen, dass die Union Bürgerversammlungen organisiert. Wir empfehlen dringend, dass sie auf der Grundlage eines Gesetzes oder einer rechtsverbindlichen und verbindlichen Verordnung eingeführt werden. Diese Bürgerversammlungen sollten alle 12 bis 18 Monate stattfinden. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sollte nicht verpflichtend sein, sondern auf der Grundlage begrenzter Mandate gefördert werden. Die Teilnehmer sollten nach dem Zufallsprinzip nach Repräsentativitätskriterien ausgewählt werden. Sie dürfen keine Organisationen jeglicher Art vertreten und aufgrund ihrer beruflichen Funktion nicht zur Teilnahme aufgerufen werden, wenn sie Mitglieder der Versammlung sind. Bei Bedarf wird die Versammlung von Sachverständigen unterstützt, um sicherzustellen, dass die Mitglieder über ausreichende Informationen für Beratungen verfügen. Die Entscheidungsfindung liegt in den Händen der Bürger. Die Union muss das Engagement der politischen Entscheidungsträger für die von den Bürgern in den Bürgerversammlungen getroffenen Entscheidungen gewährleisten. Werden die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger ignoriert oder ausdrücklich abgelehnt, müssen die EU-Organe darüber Bericht erstatten und die Gründe für diese Entscheidung darlegen.“

Wir empfehlen die Einrichtung von Bürgerversammlungen, weil wir wollen, dass sich die Bürger den europäischen Institutionen näher fühlen und direkt zur Entscheidungsfindung beitragen, Hand in Hand mit den politischen Entscheidungsträgern, um das Gefühl der Zugehörigkeit und der unmittelbaren Wirksamkeit zu stärken. Darüber hinaus wollen wir, dass die politischen Parteien den Bürgern Rechenschaft ablegen müssen, auch über ihre Wahlprogramme.

Anlage: SONSTIGE EMPFEHLUNGEN DES PANELS, DIE NICHT ANGENOMMEN WERDEN

Achse 1: Gewährleistung von Rechten und Nichtdiskriminierung

Teilbereich 1.1 Nichtdiskriminierung / Teilbereich 1.2 Gleichstellung der Geschlechter

"Wir empfehlen der EU, Minderheiten aktiv in die Politikgestaltung in Bezug auf Schlüsselaspekte staatlicher Institutionen (z. B. Polizei und NRO) einzubeziehen. Wir empfehlen der EU, einen Beirat einzurichten, der direkt von Minderheiten gewählt wird. Es sollte sich in erster Linie aus Vertretern von Minderheiten zusammensetzen, wobei auch Vertreter von NRO einbezogen werden sollten. Er sollte eine ausbildende Rolle bei der Sensibilisierung der Beamten für die Bedürfnisse von Minderheiten übernehmen. Dieses Gremium sollte in Minderheitenfragen ein Vetorecht haben."

Wir empfehlen diese Maßnahme, weil die Stimmen der Minderheiten nicht ausreichend gehört werden. Sie sollten sich in ihrem eigenen Namen, auf selbstbestimmte Weise und auf beruflicher Ebene äußern; Deshalb haben wir Vertretung durch Abstimmung und Expertise kombiniert.

Schwerpunkt 2: Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Teilbereich 2.2 Schutz und Stärkung der Demokratie/Teilbereich 2.4 Medien und Desinformation

"Wir empfehlen die Einrichtung einer Agentur für die Überwachung der audiovisuellen Medien, der Printmedien und der digitalen Medien auf europäischer Ebene. Diese Agentur sollte sicherstellen, dass die nationalen Medien bei der Produktion ihrer Inhalte einen unparteiischen und objektiven Prozess verfolgen. Um Desinformation zu verhindern, sollte die Agentur ein Bewertungssystem für die Zuverlässigkeit der nationalen Medien einrichten. Dieses Bewertungssystem sollte für die Bürgerinnen und Bürger leicht verständlich sein."

Wir empfehlen diese Maßnahme, da wir eine Bewertung der Medien und ihrer Verlässlichkeit, aber auch der Medienvielfalt in den EU-Ländern benötigen. Eine europäische Agentur wäre das objektivste Organ, um eine solche Aufgabe zu erfüllen. Darüber hinaus ermöglicht ein solches Bewertungssystem den Bürgerinnen und Bürgern, fundierte Entscheidungen zu treffen, und regt die Medien dazu an, zuverlässige Informationen bereitzustellen. Erweist sich das Ratingsystem als unzureichend, um die Zuverlässigkeit der Medien zu gewährleisten, sollte die Agentur auch befugt sein, Sanktionen zu verhängen.

Schwerpunkt 5: Stärkung der Bürgerbeteiligung

Teilbereich 5.1 Bürgerbeteiligung

"Wir empfehlen die Einrichtung eines Bürgerversammlungsgremiums, das den Entscheidungsprozess erörtert und einen wesentlichen Beitrag dazu leistet – wann immer auf EU-Ebene über ein für die europäischen Bürgerinnen und Bürger wichtiges Thema entschieden wird (je nach Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger – möglicherweise im Wege einer Umfrage). Es sollte sich um eine heterogene Gruppe von etwa 100 Bürgerinnen und Bürgern aus allen EU-Ländern handeln, in der jedes Land gleichermaßen vertreten ist."

Es sollte sich um eine turnusmäßig wechselnde Gruppe handeln, deren Mitglieder regelmäßig ersetzt werden."

Weil es wichtig ist, Probleme wie Korruption zu vermeiden, die sich aus einem ständigen Vertretungsorgan ergeben könnten, und weil es von entscheidender Bedeutung ist, dass ein solches Gremium eine gleichberechtigte Vertretung aller Länder hat, um eine unfaire Entscheidungsbefugnis zu vermeiden. Denn dieser Betriebsmodus würde Probleme im Zusammenhang mit der Installation oder dem ständigen Einsatz von Remote-Technologien vermeiden.

Europäisches Bürgerforum 3: "Klimawandel und Umwelt / Gesundheit"

EMPFEHLUNGEN DES PANELS (ZUR PLENARTAGUNG)

Achse 1: Bessere Lebensweisen

Teilbereich 1.1 Gesunde Lebensweisen

1. Wir empfehlen der EU, Subventionen für den ökologischen/biologischen Landbau zu gewähren, einschließlich Anreizen für ökologische/biologische Pestizide, um ökologische/biologische Erzeugnisse erschwinglicher zu machen. Darüber hinaus muss die EU die Aufklärung der Landwirte über den ökologischen und nachhaltigen Landbau unterstützen und landwirtschaftliche Monokulturen vermeiden. Kleine ökologische/biologische Betriebe, nichtintensive Betriebe und Betriebe mit kurzen Versorgungsketten sollten unterstützt werden, damit sie wettbewerbsfähiger werden.

Eine Subventionierung ökologischer/biologischer Erzeugnisse würde sie erschwinglicher machen. Wir sollten Supermärkten mit kürzeren Versorgungsketten und Kleinbauern helfen, indem wir ihnen Möglichkeiten bieten, ihre Produkte zu verkaufen. Dadurch wird der Zugang zu frischeren Produkten erweitert. Darüber hinaus spiegeln die niedrigen Preise für nichtökologische/nichtbiologische Erzeugnisse nicht die durch sie verursachte Schädigung wider.

2. Wir empfehlen, dass Innovationen in der vertikalen Landwirtschaft durch EU-Investitionen finanziert werden.

Die vertikale Landwirtschaft ermöglicht es uns, Landfläche zu sparen, die stattdessen für die Forstwirtschaft genutzt werden könnte. Es erfordert auch keine Pestizide, so dass wir mehr Bio-Lebensmittel produzieren können. Darüber hinaus ist es nicht von schlechten Wetterbedingungen betroffen, die aufgrund des Klimawandels immer häufiger auftreten, und ermöglicht kürzere Versorgungsketten.

3. Die EU sollte Mindeststandards für die Lebensmittelqualität, die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln und den Verzehr saisonaler Produkte in Schulkantinen festlegen. Daher sollten gesunde Zutaten für Schulkantinen subventioniert werden, um den Schülern eine erschwingliche und hochwertige Ernährung zu bieten.

Wir entwickeln bereits in jungen Jahren Gewohnheiten, die unsere Einstellung zur Gesundheit prägen. Gute Gewohnheiten sollten in der Schule gefördert werden, und die Schüler könnten sie

zu Hause reproduzieren. Es geht auch um soziale Gerechtigkeit: Jeder EU-Schüler sollte das Recht auf eine hochwertige Ernährung in der Schule haben.

4. Wir empfehlen, in neue und verbesserte Radwege zu investieren, um das Radfahren sicher und attraktiv zu machen und sicherzustellen, dass alle Altersgruppen in Europa von einer Ausbildung in Verkehrsregeln profitieren können, insbesondere für Nutzer von E-Bikes und Menschen ohne Führerschein. Hersteller von E-Bikes sollten verpflichtet werden, Informationen über die Verwendung des E-Bikes und die damit verbundenen Risiken bereitzustellen. Radfahrer sollten im Falle eines Unfalls, an dem ein Fahrzeug beteiligt ist, rechtlich geschützt werden (siehe niederländische Vorschriften). Wir befürworten autofreie Zonen in Städten (ohne dass dies den Gewerbegebieten schadet). Generell empfehlen wir, Radfahrern und Fußgängern Vorrang und zusätzliche Rechte gegenüber motorisierten Fahrzeugen einzuräumen und gleichzeitig die Verkehrssicherheit und die Einhaltung der Verkehrsregeln zu gewährleisten.

Diese Empfehlungen sind wichtig, da das Fahrrad Vorteile für die Gesundheit des Einzelnen und die öffentliche Gesundheit, die Luftqualität, den Lärmpegel, das Klima und den Verkehr in den Innenstädten bietet. Radfahrer und Fußgänger müssen sich angesichts der Risiken, die mit der verstärkten Nutzung des E-Bikes verbunden sind, sicher fühlen. Manchmal fehlen Fahrradwege oder sind in schlechtem Zustand.

5. Wir empfehlen, die Lebensmittelproduktion in die öffentliche Bildung zu integrieren. Wir empfehlen, die Schaffung von Gärten in Schulen zu subventionieren und zu unterstützen, wenn dies möglich ist, und städtische Gartenprojekte in öffentlichen und privaten Räumen. Stadtplanungsrahmen müssen den Bedarf an Raum, Wasser und unterstützender Infrastruktur berücksichtigen. Beispielsweise könnten alte Parkplätze für Begrünungsprojekte genutzt werden, vertikale Gartenprojekte könnten an Gebäuden durchgeführt werden oder die Erteilung von Baugenehmigungen könnte von der Integration von Grünflächen abhängig gemacht werden. Wir empfehlen den Austausch innovativer und bewährter Verfahren in allen Mitgliedstaaten.

Gartenprojekte fördern die Widerstandsfähigkeit von Städten und ihren Bewohnern, indem sie Menschen unterschiedlichen Alters und verschiedener sozialer Gruppen zusammenbringen. Die Vermehrung von Grünflächen verbessert die Lebensqualität, die Luftqualität, die geistige und körperliche Gesundheit und die Umwelt.

Teilbereich 1.2 Umwelterziehung

6. Wir empfehlen der EU, eine Richtlinie zu erlassen, die vorschreibt, dass Stadtentwicklungsprogramme spezifische Umweltanforderungen erfüllen müssen, um Städte grüner zu machen. Diese Richtlinie muss für private und öffentliche Güter und Räume gelten, insbesondere für neue Gebäude, die sich in der Entwicklung befinden. Sie muss Mindeststandards vorschreiben, um sicherzustellen, dass Gebäude und Flächen so grün wie möglich sind. Das Adjektiv "grün" bezieht sich hier auf die Nutzung erneuerbarer Energiequellen, einen reduzierten Energieverbrauch, niedrige CO₂-Emissionen und die Einbeziehung von Pflanzen in Architekturprojekte.

Umweltfreundlichere Städte tragen aktiv zur Verringerung der Auswirkungen des Klimawandels und insbesondere der CO₂- und Ozonemissionen bei, die sich negativ auf die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger auswirken. Investitionen in grünere Städte tragen zu einer nachhaltigen Entwicklung der Gemeinschaften bei, die langfristig wirtschaftliche und soziale Vorteile bietet.

7. Wir empfehlen der EU, mit Unterstützung der Mitgliedstaaten eine gemeinsame Europäische Charta zu entwickeln, anzunehmen und umzusetzen, die sich mit Umweltfragen in ihrer Komplexität befasst. Die Charta wird den Mitgliedstaaten einen Rahmen für die Organisation regelmäßiger Informations- und Schulungskampagnen bieten, die über alle verfügbaren Medienkanäle und ein neues, zu diesem Zweck eingerichtetes Informationsportal verbreitet werden. Diese Kampagnen sollten in der gesamten EU und auf allen Ebenen durchgeführt werden, um das Umweltbewusstsein aller Bürgerinnen und Bürger zu schärfen.

Die mangelnde Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten behindert die Wirksamkeit bestehender Kampagnen und verlangsamt die Anstrengungen zur Bewältigung der globalen Herausforderung des Klimawandels. Eine gemeinsame Charta wird Synergien zwischen den Aktionsplänen der Mitgliedstaaten fördern und so eine größere Effizienz der Bemühungen gewährleisten. Darüber hinaus wird sie dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger kohärente und einheitliche Informationen über die Auswirkungen ihres täglichen Handelns erhalten, z. B. über die Wahl des Verkehrsmittels und die Behandlung ihrer Abfälle.

Schwerpunkt 2: Schutz unserer Umwelt und Gesundheit

Teilbereich 2.1 Gesunde natürliche Umwelt

8. Wir empfehlen ein einheitliches Öko-Score-System, das den gesamten ökologischen Fußabdruck jedes in der EU gekauften Produkts anzeigt. Produkte aus Drittländern müssen diesem Öko-Score-System in transparenter Weise entsprechen. Dieses System sollte auf klaren Klassifizierungskriterien beruhen, die für die Produkte selbst gelten, und beispielsweise einen QR-Code verwenden, der detailliertere Informationen über das Produkt enthält.

Diese Informationen über den Produktlebenszyklus sind für alle EU-Bürger von grundlegender Bedeutung, um die Verbraucher beim Einkauf zu stärken. Auf diese Weise können die EU-Bürger verantwortungsbewusste Entscheidungen treffen, die zum Schutz ihrer Umwelt beitragen.

9. Wir empfehlen, mehr in die Erforschung neuer umweltfreundlicher Energiequellen zu investieren und bis zum Einsatz dieser neuen Energiequellen zusätzliche Investitionen in bestehende optimale Energieerzeugungslösungen zu tätigen. Wir empfehlen auch, die europäischen Bürger transparent über bestimmte Energiequellen zu informieren und aufzuklären. Wir empfehlen dringend, alle ökologischen und sozialen Auswirkungen des Energieerzeugungsprozesses auf heutige und künftige Generationen zu berücksichtigen.

Wir sind mit sehr hohen Emissionen von Kohlenstoff und anderen giftigen Stoffen aus der Energieerzeugung konfrontiert, die das Klima und die Luftqualität beeinträchtigen. Um den europäischen Richtlinien, den Empfehlungen der IPCC-Berichte und den Zielen der COP 26 zu entsprechen, müssen wir die Forschung und Investitionen verstärken, um eine klimaneutrale Energieerzeugung zu erreichen.

Teilbereich 2.2 Schutz unserer biologischen Vielfalt

10. Wir empfehlen, den Einsatz von chemischen Pestiziden und Düngemitteln in allen Arten der Landwirtschaft drastisch zu reduzieren, indem wir die Anwendung strengerer gemeinsamer Standards sicherstellen, die Erforschung natürlicher Alternativen beschleunigen und die Einführung neuer Lösungen unterstützen, einschließlich der Ausbildung von Landwirten.

Obwohl bei alternativen Düngemitteln und Pestiziden Fortschritte erzielt wurden, sind die meisten von ihnen für große landwirtschaftliche Betriebe noch nicht nutzbar. Daher sind weitere Anstrengungen erforderlich, um neue Lösungen zu entwickeln. Die Forschung sollte durch öffentliche Ausgaben und strengere Standards für den Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln gefördert werden. Forschungsergebnisse müssen rasch auf EU-Ebene verbreitet werden.

11. Wir empfehlen die Ausweitung von Schutzgebieten zur Erhaltung der biologischen Vielfalt (Säugetiere, Vögel, Insekten und Pflanzen) und eine Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Bezug auf menschliche Eingriffe in diese Gebiete. Schutzgebiete werden nicht nur als Inselchen, sondern auch als Kontinuum mit umweltfreundlicheren städtischen Gebieten im Einklang mit harmonisierten EU-Normen betrachtet.

Die biologische Vielfalt leidet stark unter der Entwaldung. Die Schaffung von Schutzgebieten ist eines der wichtigsten Mittel zum Schutz der biologischen Vielfalt an Land. Es ist jedoch schwierig, Schutzgebiete in der Nähe verschmutzter Städte zu erhalten oder menschliche Eingriffe zu vermeiden, wenn die umliegenden Gebiete wenig Raum für die Natur lassen. Wir müssen die Wohngebiete begrünen und in ihre umgebende Natur integrieren.

12. Wir empfehlen, die allgemeinen Subventionen für die Landwirtschaft in erster Linie auf Projekte zur Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft auszurichten, die den Respekt für die Natur und die Arbeitnehmer einbezieht. Die Begünstigten sollten klare Umweltstandards einhalten und streng überwacht werden.

Wir sind der Ansicht, dass nur eine nachhaltige Landwirtschaft gefördert werden sollte, was bedeutet, dass die derzeit für allgemeine Subventionen verwendeten Mittel umgeschichtet werden sollten. Darüber hinaus kann die Effizienz der eingesetzten Mittel erhöht werden, indem der Schwerpunkt auf transformative Projekte und innovative Lösungen und nicht auf jährliche Zahlungen gelegt wird. Die ökologischen Auswirkungen landwirtschaftlicher Tätigkeiten und Projekte sollten besser überwacht werden. Auch die Menschenrechte der Arbeitnehmenden müssen als integraler Bestandteil der Nachhaltigkeit betrachtet werden.

13. Wir empfehlen der EU, für einen fairen Wettbewerb umweltfreundliche landwirtschaftliche Erzeugnisse zu sorgen, indem sie sowohl für EU-Erzeugnisse als auch für eingeführte Erzeugnisse strengere Standards festlegt und ihre Rückverfolgbarkeit, Kennzeichnung und Qualitätskontrolle sicherstellt.

Die geringere Produktivität nachhaltiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse beeinträchtigt deren Kostenwettbewerbsfähigkeit. Importierte Produkte sollten die gleichen strengen Standards in Bezug auf die ökologischen Auswirkungen ihrer Produktion erfüllen. Unsere Behörden sollten in der Lage sein, die Rückverfolgbarkeit importierter landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu gewährleisten.

14. Wir empfehlen eine schnelle und massive Wiederaufforstung und Aufforstung in der EU durch eine optimierte Landnutzung. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Wiederaufforstung bewirtschafteter oder zerstörter Wälder und der Aufforstung von Gebieten mit geschädigten Böden gewidmet werden. Neue und verantwortungsvollere Lösungen für eine bessere Nutzung von Holz, z. B. zur Ersetzung von Kunststoff und anderen chemischen Stoffen, zur Steigerung der Energieeffizienz aus Biomasse und zum Recycling von Holzprodukten, sollten gefördert werden.

Die Wiederaufforstung hat eindeutig positive Auswirkungen auf die Umwelt und die biologische Vielfalt im Allgemeinen. Gleichzeitig müssen wir weniger Holz zum Heizen verwenden, aber mehr, um daraus Produkte mit hohem Mehrwert zu machen; Zum Beispiel, um Kunststoffe zu ersetzen, ist die Verwendung von Holz von größter Bedeutung.

Teilbereich 2.3 Sichere und gesunde Lebensmittel

15. Wir empfehlen die rasche und schrittweise Abschaffung von nicht nachhaltigen Verpackungen, die für Lebensmittel verwendet werden, einschließlich Kunststoffverpackungen und Verpackungen aus anderen, nicht biologisch abbaubaren Materialien. Zu diesem Zweck schlagen wir finanzielle Anreize für Unternehmen vor, die auf vollständig biologisch abbaubare Verpackungsformen umstellen, in die Suche nach Alternativen investieren und Sanktionen für Unternehmen einführen, die keine biologisch abbaubaren Verpackungen verwenden.

Kunststoffabfälle, insbesondere Mikroplastik, werden immer häufiger und abbauen sich langsam. Der Verbrauch von Kunststoffen beeinträchtigt die Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln und birgt gleichzeitig Risiken für die Gesundheit von Mensch und Tier. Darüber hinaus sind die bestehenden EU-Rechtsvorschriften zur Verringerung nicht biologisch abbaubarer Verpackungen unzureichend.

16. Wir empfehlen den schrittweisen Ausstieg aus der intensiven Tierhaltung, einschließlich des Endes der erniedrigenden Lebensbedingungen für die Tiere. Wir schlagen vor, gemeinsame Zuchtstandards einzuführen (z. B. maximale Anzahl von Tieren, angepasster Außenbereich) und mehr in nicht intensive Methoden (extensive und nachhaltige

Landwirtschaft) zu investieren, indem finanzielle Anreize und Schulungen für Landwirte angeboten werden, um diese Entwicklung zu unterstützen.

Die schrittweise Abschaffung der intensiven Landwirtschaft wird die Umweltverschmutzung verringern und den Naturschutz stärken. Darüber hinaus wird der schrittweise Ausstieg aus der Intensivtierhaltung die Menge an Medikamenten verringern, die zur Bekämpfung von Tierkrankheiten benötigt werden, und die Qualität unserer Ernährung verbessern. Auch bei der Intensivtierhaltung wird das Tierwohl nicht geachtet, aber es gibt nachhaltigere Haltungsformen wie die extensive Tierhaltung; Es ist notwendig, den Landwirten Subventionen zu gewähren, um sie dabei zu unterstützen, diesen Weg zu beschreiten.

17. Wir empfehlen, die Kontrollen für das Verbot der unnötigen Verwendung von Antibiotika und anderen Tierarzneimitteln in Futtermittelzusatzstoffen zu verstärken: Lassen Sie uns dafür sorgen, dass diese Initiative Wirklichkeit wird! Wir schlagen vor, die Verwendung von Antibiotika in der Tierhaltung nur dann zuzulassen, wenn dies unbedingt erforderlich ist, um die Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere zu schützen, und nicht vorbeugend. Darüber hinaus ist es notwendig, mehr in die Erforschung wirksamerer Antibiotika zu investieren, indem Alternativen entwickelt werden und gleichzeitig auf der laufenden Forschung auf diesem Gebiet aufgebaut wird.

Die Resistenz des Menschen gegen Antibiotika wird durch den Verzehr von Lebensmitteln verringert, die von Tieren stammen, denen Antibiotika verabreicht wurden. Darüber hinaus braucht es Zeit, um geeignete Alternativen zu bestehenden Antibiotika zu entwickeln und sicherzustellen, dass die Landwirte informiert und bereit sind, sie zu verwenden. Wir erkennen an, dass es EU-Richtlinien zu Antibiotika gibt; Diese wurden jedoch nicht in allen Mitgliedstaaten in gleicher Weise umgesetzt. Schließlich werden Tierarzneimittel zu Dopingzwecken missbraucht. Strengere Rechtsvorschriften in diesem Bereich werden daher das Wohlergehen der Tiere verbessern und ihre Lebensqualität verbessern.

18. Wir empfehlen, in den EU-Rechtsvorschriften die Verwendung von Hormonen und endokrinen Disruptoren bei der Herstellung von Lebensmitteln zu deklarieren, um Art, Menge und Exposition des verwendeten Endprodukts zu präzisieren. Auf der Verpackung aller betroffenen Lebensmittel müssen deutlich sichtbare Etiketten angebracht sein, auf denen die vorhandenen Stoffe und die Gründe für ihre Verwendung angegeben sind. Darüber hinaus sollte die Erforschung der Auswirkungen von Hormonen und endokrinen Disruptoren auf die menschliche Gesundheit beschleunigt werden.

Derzeit ist die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln unzureichend, insbesondere in Bezug auf Hormone und endokrine Disruptoren. Wir sind der Ansicht, dass Transparenz in der Lebensmittelproduktion erforderlich ist, um der Rechenschaftspflicht gerecht zu werden. Darüber hinaus sollten die Verbraucher die vollständige Zusammensetzung der von ihnen verzehrten Lebensmittel kennen und frei wählen können, was sie essen. Darüber hinaus ist die Erforschung der Auswirkungen auf den Menschen (und der potenziellen Risiken) im Zusammenhang mit dem Verzehr von Lebensmitteln, die Hormone und endokrine Disruptoren enthalten, unzureichend.

19. Wir empfehlen, vom Verzehr verarbeiteter Lebensmittel abzuschrecken, indem Steuern auf gesundheitsschädliche Lebensmittel erhoben und die erhaltenen Mittel in gesunde

Lebensmittel investiert werden. Wir schlagen vor, auf EU-Ebene ein Bewertungssystem für gesunde Lebensmittel auf der Grundlage bewährter Verfahren in den Mitgliedstaaten einzurichten und Lebensmittel mit Etiketten zu versehen, um die Verbraucher über ihre gesundheitlichen Auswirkungen zu informieren.

Auf diese Weise können die gesammelten Mittel verwendet werden, um Sensibilisierungsmaßnahmen und Werbekampagnen zu entwickeln, einer gesunden Ernährung im Bildungssektor Vorrang einzuräumen und dafür zu sorgen, dass ungesunde Lebensmittel in Supermärkten weniger sichtbar sind. Investitionen in gesunde Lebensmittel tragen auch dazu bei, den allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung zu verbessern und damit die öffentlichen Ausgaben für die Bewältigung von Gesundheitsproblemen infolge schlechter Ernährung zu senken. Darüber hinaus glauben wir, dass Steuern und Subventionen Unternehmen dazu ermutigen werden, gesündere Lebensmittel zu produzieren.

Schwerpunkt 3: Neuausrichtung unserer Wirtschaft und unseres Konsums

Teilbereich 3.1 Regulierung von Überproduktion und Überverbrauch

20. Wir empfehlen der EU, mehr zu tun, damit die Verbraucher die Produkte länger nutzen können, und sie dazu anzuregen, dies zu tun. Die EU sollte die geplante Obsoleszenz bekämpfen, indem sie die Produktgarantie verlängert und nach Ablauf der Garantiezeit einen Höchstpreis für Ersatzteile festlegt. Alle Mitgliedstaaten sollten eine Steuerermäßigung für Reparaturdienstleistungen einführen, wie dies in Schweden der Fall ist. Die Hersteller sollten verpflichtet werden, die voraussichtliche Lebensdauer ihrer Produkte anzugeben. Die EU sollte über eine Website und Bildungsmaßnahmen Informationen darüber bereitstellen, wie Produkte wiederverwendet und repariert werden können.

Unsere Verschwendungsgesellschaft ist nicht lebensfähig, weil sie zu viel Abfall erzeugt. Durch die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen werden wir uns zu einer Gesellschaft entwickeln, in der Produkte wiederverwendet und repariert werden, deren Anzahl sinkt, wodurch der übermäßige Verbrauch verringert wird.

21. Wir empfehlen der EU, strengere Umweltstandards anzuwenden und faire Arbeitsbedingungen entlang der gesamten Produktionskette zu gewährleisten. Die EU-Produktionsstandards sollten nachhaltiger und zwischen den Mitgliedstaaten stärker harmonisiert sein und auf eingeführte Waren angewandt werden. Diese Normen müssen auch sozialer Art sein und insbesondere ein angemessenes Einkommen für die Arbeitnehmer und zufriedenstellende Arbeitsbedingungen in den Fabriken umfassen. Es sollte Konsequenzen für Waren geben, die diesen Normen nicht entsprechen.

Es ist wichtig, in Europa ökologisch und sozial einheitliche Herstellungsstandards festzulegen, um sicherzustellen, dass alle angebotenen Produkte nachhaltig hergestellt werden. Diese Maßnahmen

sind von entscheidender Bedeutung, um unsere Wirtschaft neu auszurichten und die Produktionsmodelle der Unternehmen zu verändern.

22. Wir empfehlen, dass die EU und die Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen, um die Werbung für umweltschädliche Produkte zu begrenzen. Für Produkte mit geringer Haltbarkeit sollte ein obligatorischer Haftungsausschluss für alle Formen der Werbung gelten, aus denen hervorgeht, dass sie umweltschädlich sind. Die EU sollte Werbung für Produkte verbieten, die überhaupt nicht nachhaltig sind.

Werbung fördert den Konsum; Umweltschädliche Produkte sollten nicht in den Vordergrund gerückt werden. Auf diese Weise werden die Verbraucher weniger geneigt sein, umweltschädliche Produkte zu kaufen.

23. Wir empfehlen der EU, die Pfand- und Rücknahmesysteminfrastruktur für alle Primärverpackungen aus Glas, Kunststoff, Aluminium usw. EU-weit einheitlich einzurichten und auszubauen. Die Hersteller sollten Pfandverpackungen so weit wie möglich durch Sterilisation wiederverwenden und nicht nur das Material recyceln. Neben Verpackungen für Lebensmittel und Getränke sollte das Produkt auch für andere Arten von Flaschen und Behältern wie Shampooflaschen gelten.

Derzeit werfen die Verbraucher zu viele Verpackungen weg, die unsere Ökosysteme verschmutzen und zerstören. Pfand- und Rücknahmesysteme tragen zur Abfallreduzierung bei, indem sie Anreize für die Bürgerinnen und Bürger schaffen, Verpackungen zurückzugeben, anstatt sie zu entsorgen. Durch die Entwicklung dieses Systems werden wir weniger Ressourcen verbrauchen; Die Menge der erzeugten Abfälle wird reduziert.

Teilbereich 3.2 Abfallvermeidung

24. Wir empfehlen, eine verstärkte Umsetzung der Politik für die Kreislaufwirtschaft auf europäischer Ebene zu fördern, die sowohl auf Unternehmen als auch auf Bürger ausgerichtet ist, und zwar in Form finanzieller Anreize für diejenigen, die sich daran halten.

Viele Menschen werden schließlich arbeitslos werden, wenn die Produktionsunternehmen ihre Belegschaft reduzieren oder sogar ihre Zahlungen/Fermente einstellen. Umschulungsmaßnahmen für Arbeitslose werden umweltverträgliche Praktiken fördern und gleichzeitig die Arbeitslosigkeit begrenzen und die Modernisierung einer diversifizierten Wirtschaft fördern.

25. Wir empfehlen, dass die EU die Verwendung umweltverträglicher Verpackungen (d. h. Verpackungen aus biologisch abbaubaren oder recyclingfähigen oder nachhaltigeren Materialien, sofern möglich) und/oder die Verwendung kleinerer Verpackungen, die auch mit einem QR-Code versehen sind, der relevante Informationen für den Prozess des Recyclings und/oder der Entsorgung von Verpackungen nach der Verwendung enthält, regelt.

Diese Empfehlung wird zu einer Verringerung der Verpackungen, einer Verringerung des Abfallaufkommens und damit der Umweltverschmutzung führen; Dadurch wird die Umwelt sauberer und letztlich der CO₂-Fußabdruck geringer. Die Steuerlast für die Erzeuger wird ebenfalls geringer sein.

Teilbereich 3.3 Faire Produkte, gleichberechtigter Zugang und fairer Verbrauch

26. Wir empfehlen der Europäischen Union, einen Rechtsrahmen zu schaffen, um allen europäischen Verbrauchern einen erschwinglichen und verbesserten Zugang zu hochwertigen lokalen Lebensmitteln zu gewährleisten.

Derzeit gibt es auf EU-Ebene keine einheitliche Auslegung dessen, was als lokale und hochwertige Lebensmittel zu betrachten ist. Diese Lücke muss geschlossen werden.

Die Einfuhr minderwertiger Produkte wirkt sich unmittelbar negativ auf die Umwelt aus. Um den Klimawandel zu bekämpfen, müssen wir alle seine Ursachen bekämpfen, einschließlich der Einfuhr minderwertiger Produkte: Die Transportwege müssen verkürzt und saisonale Produkte bevorzugt werden.

Diese Empfehlung ist vielversprechend, da sie auch für Non-Food-Produkte gelten könnte.

27. Wir empfehlen der Europäischen Union, Forschung und Entwicklung durch Finanzierungsprogramme zu fördern, um sicherzustellen, dass nachhaltigere und erschwinglichere Produkte auf dem europäischen Markt verfügbar sind. Darüber hinaus muss die Europäische Union auf allen Entscheidungsebenen, auch auf lokaler Ebene, Konsultationen mit den Bürgerinnen und Bürgern durchführen, um deren Bedarf an nachhaltigen Produkten zu ermitteln.

Wir sind der Ansicht, dass die Forschung zu nachhaltigen Produkten unzureichend ist und dass dringend mehr Finanzmittel für die Forschung bereitgestellt werden müssen, damit die Europäerinnen und Europäer Zugang zu erschwinglicheren nachhaltigen Produkten haben.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen in den Entscheidungsprozess eingebunden werden. Das Programm für Forschungs- und Innovationsmaßnahmen muss gemeinsam mit den Bürgern aufgestellt werden. Sie sollten über die Überwachung und die Ergebnisse informiert werden.

28. Wir empfehlen der Europäischen Union, einen Regelungsmechanismus für Modeartikel einzuführen, die auf den Gemeinsamen Markt gelangen. Dieser Mechanismus soll durch einen Indikator, der sicherstellt, dass das Produkt Nachhaltigkeitskriterien erfüllt, einen besseren Verbrauch fördern.

Die Modebranche, die zu viele minderwertige Waren außerhalb der europäischen Grenzen herstellt, wendet keine ethischen Standards an und verhält sich nicht nachhaltig.

Wir müssen einen fairen Mechanismus finden, der es den Verbrauchern ermöglicht, besser zu konsumieren. Es ist jedoch wichtig, die Steuern nicht zu erhöhen, was sich negativ auf die Verbraucher auswirken würde, indem sie ihre Kaufkraft verringern.

Die Verbraucher sollten wissen, unter welchen Bedingungen die von ihnen gekauften Produkte hergestellt werden und ob sie nachhaltige Qualitätsstandards erfüllen.

Achse 4: Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft

Teilbereich 4.1 Erneuerbare Energien, ab sofort

29. Wir empfehlen der EU, Maßnahmen zu ergreifen, um CO₂-Filter, insbesondere für Kohlekraftwerke, während eines Übergangszeitraums verbindlich vorzuschreiben, solange wir weiterhin von konventioneller Energie abhängig sind. Darüber hinaus empfiehlt der Hof der EU, Mitgliedstaaten, die über keine finanziellen Mittel zur Umsetzung von CO₂-Filtern verfügen, finanzielle Unterstützung zu gewähren. Die Unterstützung ist an die Einhaltung der EU-Klimapolitik im Zusammenhang mit dem Übereinkommen von Paris, dem Grünen Deal und etwaigen neuen Klimagesetzen geknüpft.

Dies ist eine konkrete Maßnahme, die parallel zu weiteren Investitionen in die Forschung zur Sicherheit der Energieerzeugung ergriffen werden muss, um die EU-Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, die gemeinsamen Ziele zur Verringerung der CO₂-Emissionen schrittweise zu erreichen.

Wir wissen, dass die Verwendung herkömmlicher Brennstoffe zur Emission von Treibhausgasen führt, und die EU-Mitgliedstaaten müssen den Einsatz dieser Art von Energie reduzieren, um das Übereinkommen von Paris einzuhalten. Da es nicht möglich ist, den CO₂-Ausstoß sofort zu stoppen und wir immer noch auf Kohle angewiesen sind, müssen wir kurz- und mittelfristig handeln.

Die Verringerung der CO₂-Emissionen ist von gemeinsamem Interesse und betrifft alle Bürgerinnen und Bürger sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU. Die EU als Institution hat ihre eigene Verantwortung, und die Institution gibt Empfehlungen ab und hilft, Lösungen zu finden, da die Mitgliedstaaten die Ziele nicht allein erreichen können.

30. Wir empfehlen, die intensive industrielle Tierhaltung zu reduzieren, um die Methanproduktion und die Wasserverschmutzung zu reduzieren. Zu diesem Zweck überarbeitet die EU ihre Gemeinsame Agrarpolitik, um ihre Subventionen auf eine nachhaltige und lokale Landwirtschaft auszurichten, unter anderem durch ein Kennzeichnungssystem, das es den Verbrauchern ermöglicht, nachhaltige Fleischerzeugnisse zu erkennen. Darüber hinaus fordern wir die EU auf, in Methoden zur Wiederverwendung von Abfällen aus der tierischen Erzeugung und anderen Industriezweigen zu investieren.

Die Bevölkerung wächst, was in Zukunft zu einer steigenden Nachfrage nach Fleisch führen wird. Deshalb muss der Fleischkonsum reduziert werden.

Da Methan Treibhausgas erzeugt, halten wir es für selbstverständlich, zunächst die Emissionen aus der Tierhaltung zu reduzieren.

Wir alle wissen, dass es notwendig ist, weniger Fleisch zu essen und damit die Zahl der Rinder entsprechend zu reduzieren.

31. Obwohl die Erzeugung von grünem Wasserstoff ein kostspieliger Prozess ist, da 75 % Energie benötigt werden, um 25 % Wasserstoff zu erhalten, hat diese Art von Energie viele positive Aspekte. Die beste Lösung kann darin bestehen, parallel zur Entwicklung von grünem Wasserstoff CO₂-freie Energie zu erzeugen. Windenergie sollte für die Erzeugung von grünem Wasserstoff genutzt werden, und die EU sollte mehr investieren und die Windenergieerzeugung erhöhen und für den weiteren Bedarf speichern.

Grüner Wasserstoff ist flexibel und kann bei Bedarf gelagert werden. Es verursacht keine CO₂-Verschmutzung.

Teilbereich 4.2 Unterstützung des Wandels

32. Wir empfehlen, dass die EU ein Zwangs- und Belohnungssystem einführt, um die Verschmutzung, insbesondere von Wasser, Boden, Luft und Strahlung, zu bekämpfen. Verursacher müssen bestraft werden, verbunden mit der obligatorischen Unterstützung einer spezialisierten Organisation, die speziell darauf ausgerichtet ist, Einrichtungen bei der Beseitigung der Umweltverschmutzung und der Wiederherstellung des Ökosystems zu unterstützen. Diese spezialisierte Organisation sollte eine führende Rolle bei der Verhütung und Kontrolle der Verschmutzung spielen.

Weil es wichtig ist, die Verantwortung der Verursacher zu betonen und Anreize für Einrichtungen zu schaffen, die Umweltverschmutzung durch Null-Schadstoff-Ziele zu verringern. Es ist wichtig, einen gesunden Planeten zu haben, da er direkt mit unserem Wohlbefinden und unserer zukünftigen Existenz verbunden ist.

33. Wir empfehlen der EU, eine spezielle Website/Plattform einzurichten, die von mehreren Sachverständigen überprüft wird – mit diversifizierten und regelmäßig aktualisierten wissenschaftlichen Umweltinformationen –, die für alle Bürgerinnen und Bürger leicht zugänglich und transparent ist. Diese Website/Plattform wird mit einem Forum verbunden, in dem Bürger und Experten interagieren können. Wir empfehlen auch dringend, eine Medienkampagne zu starten, um für diese Website/Plattform zu werben (z.B. über soziale Medien wie YouTube, TikTok und LinkedIn).

Alle Bürgerinnen und Bürger müssen über unabhängige, wissenschaftlich fundierte Informationsquellen verfügen, um die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel (ihre Folgen und die zu ergreifenden Maßnahmen zur Umkehrung des Klimawandels) zu verstehen und gegen Falschmeldungen vorzugehen. Die Medienkampagne wird sie für die Existenz dieser Plattform/Website sensibilisieren. Es ist auch wichtig, dass die auf der Website/Plattform bereitgestellten Informationen für alle Bürgerinnen und Bürger verständlich sind und dass diejenigen, die das Thema vertiefen möchten, Zugang zum Quellmaterial haben.

34. Wir empfehlen, dass die EU die Menge der eingeführten Waren verringert, die die EU-Standards für den ökologischen Fußabdruck nicht erfüllen.

Denn damit sorgen wir dafür, dass die in die EU eingeführten Waren einen grüneren Fußabdruck haben. Ziel ist es, die Umweltverschmutzung weltweit zu verringern. Es ist auch wichtig, den Ländern die Normen vorzustellen, die sie erfüllen müssen, wenn sie Waren in die EU exportieren wollen.

35. Wir empfehlen der EU, den Dialog über den Klimawandel zwischen allen Entscheidungsebenen, von der sehr lokalen Ebene (Bürger) bis zur globalen Ebene (national, international und interkontinental), zu fördern, zu fördern und zu erleichtern, um den Anliegen aller Beteiligten Rechnung zu tragen.

Denn Dialog und Konsens sind der beste Weg, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen: Wenn die Parteien einander verstehen, besteht ein größerer Wille, eine gemeinsame Grundlage zu finden.

Teilbereich 4.3 Umweltfreundlicher Verkehr

36. Wir empfehlen, dass die EU die EU-Mitgliedstaaten finanziell unterstützt, um die Anbindung ländlicher Gebiete zu verbessern. Zu diesem Zweck sollte ein europäisches öffentliches Verkehrsnetz entwickelt werden, das auf erschwinglichen Preisen (vorrangig Eisenbahnen) und Anreizen für die Nutzung des öffentlichen Verkehrs beruht. Zu diesem Zweck sollte die Internetanbindung auch in ländlichen Gebieten innerhalb eines kurzen und realistischen Zeitrahmens entwickelt werden.

Wir empfehlen dies, weil es keinen gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und Internetverbindungen zwischen ländlichen und städtischen Gebieten gibt. Ein gemeinsames europäisches Projekt würde gestärkt, weil alle Bürger das Gefühl hätten, die gleichen Rechte zu haben. Die Stärkung des öffentlichen Verkehrsnetzes und der Internetanbindung würde die Menschen dazu bewegen, sich in ländlichen Gebieten niederzulassen. Dies würde die Umweltverschmutzung verringern, da weniger Menschen in überfüllten Städten leben würden.

37. Wir empfehlen, bestehende Verkehrsinfrastrukturen zu verbessern, die nicht mehr genutzt werden oder die aus ökologischer Sicht noch verbessert werden können (Einführung von Elektrozügen). Dieser Prozess muss so durchgeführt werden, dass die ökologisch geschützten Gebiete nicht beeinträchtigt werden.

Durch die Verbesserung der bestehenden Infrastruktur könnten zu viele Ressourcen vermieden und Schutzgebiete geschädigt werden, die für die Erhaltung der biologischen Vielfalt von Bedeutung sind. Die Vervielfachung der Eisenbahninfrastruktur würde zu einer Verringerung der CO₂-Emissionen führen und die Mobilität der Bevölkerung von städtischen in ländliche Gebiete fördern.

38. Wir empfehlen der EU, den Kauf von Elektrofahrzeugen zu fördern, die gute Standards für die Lebensdauer von Batterien erfüllen. Zu diesem Zweck könnte die EU Anreize für alle Mitgliedstaaten schaffen und die Strominfrastruktur verbessern. Gleichzeitig sollte die EU in die Entwicklung anderer umweltfreundlicher Technologien wie Biokraftstoffe und Wasserstoff für schwer zu elektrifizierende Fahrzeuge wie Schiffe und Lastkraftwagen investieren.

Wir empfehlen dies, da Elektrizität zusammen mit anderen Energiequellen wie Wasserstoff und Biokraftstoffen der schnellste Weg ist, die Emissionen von Fahrzeugen zu reduzieren. Die schnellste, wirtschaftlichste und praktikabelste Lösung ist Strom, gefolgt von Biokraftstoffen. Längerfristig sollte grüner Wasserstoff eine ergänzende Rolle bei der Abdeckung von Verkehrsträgern spielen, die nicht elektrifiziert werden können.

Schwerpunkt 5: Fürsorge für alle

Teilbereich 5.1 Stärkung des Gesundheitssystems

39. Wir empfehlen, dass die Europäische Union gemeinsame Gesundheitsnormen gewährleistet, sich aber auch für angemessene Mindestlöhne, eine Höchstarbeitszeit und gleiche Ausbildungsstandards für die Angehörigen der Gesundheitsberufe in der gesamten Europäischen Union einsetzt.

Wenn es keine gemeinsamen Standards für die Gesundheitsversorgung, Löhne und Ausbildung von Angehörigen der Gesundheitsberufe gibt, könnten die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu unausgewogenen Situationen in der gesamten Europäischen Union führen. Die Standardisierung der Gesundheitsversorgung könnte zu einem robusteren, effizienteren und widerstandsfähigeren System beitragen (Beispiel der COVID-19-Krise für die Stabilität unserer Systeme). Sie würde auch den Austausch von Wissen und Informationen im Bereich der Angehörigen der Gesundheitsberufe erleichtern.

40. Wir empfehlen der Europäischen Union, dafür zu sorgen, dass Behandlungen in der gesamten EU von gleicher Qualität und zu fairen lokalen Kosten durchgeführt werden. Dies könnte beispielsweise durch eine Ausweitung der Zuständigkeiten der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) oder die Schaffung einer neuen europäischen Agentur für die Vergabe öffentlicher Aufträge sichergestellt werden, die für die Aushandlung und Erlangung angemessenerer Arzneimittelpreise für alle Mitgliedstaaten zuständig wäre. Das Risiko von Monopolen in der Pharmaindustrie muss auf ein Minimum reduziert werden.

Gleiche Bestimmungen und medizinische Behandlungen gewährleisten in der EU gleiche Gesundheitsrechte für alle EU-Bürger. Erhöhte Einkaufsmöglichkeiten sorgen für bessere Einkaufskonditionen. Dies darf jedoch nicht zu Monopolstrukturen und Pharmeddling führen. Die Bewältigung der COVID-19-Krise war ein gutes Beispiel für ein kooperatives Gesundheitsmanagement in der gesamten Europäischen Union.

41. Wir empfehlen die Einrichtung einer europäischen Gesundheitsdatenbank, in der Patientenakten im Notfall oder bei Krankheit zugänglich sind. Die Teilnahme sollte freiwillig sein, und der Schutz personenbezogener Daten sollte gewährleistet sein.

Der Datenzugriff und die Datennutzung ermöglichen eine schnelle Reaktion in lebensbedrohlichen Situationen. Piraterie oder Missbrauch stellen eine große Bedrohung für ein solches europäisches Datenbanksystem für das Gesundheitswesen dar, weshalb es notwendig ist, die Daten zu sichern, während die Beteiligung freiwillig bleibt und natürlich Sicherheitsbedrohungen vorbeugt.

42. Wir empfehlen der Europäischen Union, die bestehenden Forschungs- und Innovationsprogramme im Gesundheitsbereich weiterzuentwickeln und zu synchronisieren, wie dies im Rahmen des bestehenden Programms Horizont Europa der Fall ist. Die Ergebnisse der Studien sollten in allen Mitgliedstaaten frei zugänglich sein.

Die wissenschaftliche Zusammenarbeit auf EU-Ebene könnte die wissenschaftlichen Kapazitäten und Kenntnisse einzelner Forscher erweitern. Der Austausch von Wissen könnte beispielsweise zu einer frühzeitigen Diagnose und besseren Behandlungen führen, um schwere und lebensbedrohliche Krankheiten in ganz Europa zu reduzieren. Es würde auch die Selbstversorgung Europas mit Arzneimitteln und Ausrüstungen fördern.

43. Wir empfehlen der Europäischen Union, ihre Mittel für gemeinsame Forschungs- und Innovationsprojekte im Gesundheitsbereich aufzustocken (ohne Kürzungen bei anderen gesundheitsbezogenen EU-Programmen). Dies würde auch die europäischen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen insgesamt stärken.

Forschung und Investitionen im Gesundheitswesen werden die präventive Medizin langfristig stärken und die Gesundheitskosten senken. Höhere Mittel könnten verhindern, dass europäische Fachkräfte in andere Industrieländer mit höheren FuE-Budgets im Gesundheitswesen abwandern. Diese Mittel sollten nicht aus den bereits vorhandenen Finanzmitteln für die Gesundheitsversorgung stammen.

Teilbereich 5.2 Ein umfassenderer Blick auf die Gesundheit

44. Wir empfehlen die Einrichtung einer Gesundheitswoche als Initiative der Europäischen Union in allen Mitgliedstaaten in derselben Woche, die sich mit allen Gesundheitsfragen befasst und sich auf die psychische Gesundheit konzentriert. In dieser Woche werden alle wichtigen Themen im Zusammenhang mit der psychischen Gesundheit gemeinsam behandelt und gefördert, ebenso wie andere bereits bestehende Initiativen wie die der Organisation "Psychische Gesundheit Europa".

Wir empfehlen dies, weil sich alle europäischen Bürger akzeptiert und einbezogen fühlen müssen, insbesondere wenn sie unter psychischen Problemen leiden. Darüber hinaus ist es notwendig, das Bewusstsein für psychische Gesundheitsprobleme zu normalisieren und zu verbessern und damit verbundene soziale Probleme wie Diskriminierung zu verhindern. Da die psychischen

Gesundheitsprobleme mit der Pandemie zugenommen haben und wahrscheinlich anhalten werden, ist diese Initiative umso wichtiger.

45. Wir empfehlen, dass Frauenhygieneprodukte aus steuerlicher Sicht nicht mehr als Luxusgüter gelten, da es sich um wesentliche Produkte handelt. Wir empfehlen auch, dass hormonelle Verhütungsmittel, die aus medizinischen Gründen verwendet werden, wie bei Fibromyalgie und Endometriose, als regelmäßige medizinische Behandlung besteuert werden. Wir empfehlen ferner, dass die Europäische Union die Harmonisierung der Behandlungen der assistierten Reproduktion für alle Frauen (Ledige oder Verheiratete) in allen Mitgliedstaaten fördert.

In einigen europäischen Ländern werden Frauenhygieneprodukte als Luxusgüter besteuert, was unfair ist. Einige hormonelle Kontrazeptiva werden für medizinische Zwecke verwendet und sollten daher entsprechend besteuert werden. Weil reproduktive Behandlungen für Frauen, wie In-vitro-Fertilisation und Verfahren zum Einfrieren von Eizellen, in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedliche Zulassungsbedingungen haben und die Europäische Union sich bemühen muss, diese zu harmonisieren.

46. Wir empfehlen der Europäischen Union, sich entschieden dafür einzusetzen, dass alle Mitgliedstaaten gegebenenfalls Fragen der psychischen Gesundheit und der Sexualerziehung in ihre Lehrpläne aufnehmen. Um die Mitgliedstaaten bei der Übernahme dieser Fragen in die Lehrpläne zu unterstützen, sollte die Europäische Union ein Standardprogramm für psychische Gesundheit und sexuelle Fragen ausarbeiten und bereitstellen.

Diskriminierung und Tabus bei psychischen Problemen müssen verringert werden. Desinformation und unwissenschaftliche Ansätze müssen ebenfalls vermieden werden. Darüber hinaus ist sexualerziehung von grundlegender bedeutung für ein gesundes leben und eine gesunde gemeinschaft und hilft, probleme wie teenagerschwangerschaften zu vermeiden.

47. Wir empfehlen der Europäischen Union, ein besseres Kommunikationssystem für alle ihre Initiativen im Bereich der psychischen Gesundheit zu entwickeln, nämlich das Portal für bewährte Verfahren im Bereich der öffentlichen Gesundheit in den Mitgliedstaaten und für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments könnten sich diese bewährten Verfahren gegenseitig vorstellen, um sie in allen Mitgliedstaaten bekannter zu machen.

Die Bürger sind nicht gut über die Initiativen der Europäischen Union informiert, und der Austausch bewährter Verfahren ermöglicht es uns, voneinander zu lernen.

Teilbereich 5.3 Gleicher Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle

48. Wir empfehlen der EU, für alle EU-Mitgliedstaaten Mindeststandards für eine hochwertige Zahnbehandlung, einschließlich der Prophylaxe, festzulegen und zu fördern.

Kinder, einkommensschwache Gruppen und andere schutzbedürftige Gruppen sollten in den Genuss einer kostenlosen zahnärztlichen Versorgung kommen können. Innerhalb von 15 bis 20 Jahren sollte die EU sicherstellen, dass eine erschwingliche zahnärztliche Versorgung für alle zugänglich ist.

Wir empfehlen dies, da Zahnbehandlungen derzeit für viele Menschen in der EU nicht erschwinglich sind. Das Fehlen von Zahnpflege und Zahnprophylaxe schadet ihrer Gesundheit und ihren Lebensaussichten. Die EU sollte zunächst einen Mindeststandard für die zahnärztliche Versorgung festlegen und die kostenlose zahnärztliche Versorgung von Kindern und einkommensschwachen Gruppen fordern. Langfristig sollte jeder das Recht auf eine hochwertige zahnärztliche Versorgung haben.

49. Wir empfehlen, Gesundheit und Gesundheitsversorgung in die geteilte Zuständigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten aufzunehmen. Um diese neue geteilte Zuständigkeit aufzunehmen, muss Artikel 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) geändert werden.

Wir empfehlen dies, weil die Europäische Union derzeit nicht über ausreichende Befugnisse verfügt, um Rechtsvorschriften im Bereich der Gesundheitsversorgung zu erlassen. Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass die EU in der Gesundheitspolitik stärker präsent sein muss. Diese Vertragsänderung wird es der EU ermöglichen, mehr zu tun, um die Gesundheitsversorgung für alle EU-Bürger zu gewährleisten, und verbindliche Verordnungen und Beschlüsse zu erlassen.

50. Wir empfehlen, dass die EU kostenlose Kurse zur Bereitstellung von Erster Hilfe für alle EU-Bürger anbietet. Die EU könnte erwägen, diese Kurse für Studierende und am Arbeitsplatz (sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor) obligatorisch zu machen. Diese Kurse müssen auch praktisch, wiederkehrend und altersgerecht sein. Eine Mindestanzahl von Defibrillatoren sollte auch an öffentlichen Orten in allen EU-Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen.

Wir empfehlen dies, weil viele Menschen in der Europäischen Union nicht darauf vorbereitet sind, zu handeln, wenn eine Person Hilfe benötigt, und weil sie nicht mit Erste-Hilfe-Techniken vertraut sind. Das ist der Grund, warum viele Leben verloren gehen. An einigen öffentlichen Orten sind keine Defibrillatoren verfügbar.

51. Wir empfehlen der Europäischen Union, dafür zu sorgen, dass private Gesundheitsdienstleister nicht zu Unrecht öffentliche Mittel erhalten und nicht auf Ressourcen der öffentlichen Gesundheitssysteme zurückgreifen. Die Europäische Union sollte den Mitgliedstaaten nachdrücklich empfehlen, die Finanzierung der öffentlichen Gesundheitsversorgung aufzustocken.

Wir geben diese Empfehlung ab, weil die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten verpflichtet sind, allen ihren Bürgern den Zugang zur Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Darüber hinaus erfordert ein stärkeres öffentliches Gesundheitssystem auch eine bessere Vorsorge für künftige Pandemien.

Anlage: SONSTIGE EMPFEHLUNGEN DES PANELS, DIE NICHT ANGENOMMEN WURDEN

Achse 1: Bessere Lebensweisen

Teilbereich 1.1 Gesunde Lebensweisen

Wir empfehlen, dass die EU an alle Mitgliedstaaten eine Empfehlung zu bewährten Verfahren für das Verbot oder die Beschränkung von Alkohol- und Tabakwerbung in allen Medienformen und für alle Altersgruppen richtet, wobei ein besonderes Augenmerk auf junge Zielgruppen zu legen ist. Die EU sollte für die Durchsetzung von Gesetzen sorgen, die den Verkauf dieser Produkte an Minderjährige beschränken. Alle Mitgliedstaaten sollten dafür sorgen, dass die gesetzlichen Bestimmungen über das Rauchen im öffentlichen Raum, insbesondere in Schulen, mit Sanktionen umgesetzt werden, und Räume für Raucher schaffen.

Gesundheitsschädliche Lebensweisen können nicht in der Werbung erscheinen und sollten im öffentlichen Leben weniger sichtbar sein. Da Alkohol und Tabak zu den am häufigsten verwendeten Schadstoffen gehören, wird durch diese Empfehlung deren Missbrauch verhindert.

Wir empfehlen der EU, die Mitgliedstaaten zu ermutigen, in die nationalen Lehrpläne Kurse aufzunehmen, um zu lernen, wie man auf nachhaltige, gesunde und schmackhafte Weise kocht. Zu diesem Zweck kann die EU gesunde Küchenleitfäden sowohl online als auch in gedruckter Form zur Verfügung stellen. Junge Menschen sollten durch aktive Werbung in traditionellen und sozialen Medien erreicht werden. Wir sollten auch Eltern erziehen, damit sie lernen, wie sie das Essen optimal nutzen können, um einen gesunden Lebensstil zu führen. Die Forschung in diesem Bereich sollte gefördert und bereichert werden.

Die Organisation von Koch- und Ernährungskursen in der Schule würde die Gesundheit junger Menschen verbessern und vom Verzehr von Fast-Food-Lebensmitteln abhalten. Die Erziehung der Jugendlichen würde es ihnen ermöglichen, ihrerseits ihren Eltern zu erklären, was sie gelernt haben. Darüber hinaus würde die Erziehung der Eltern zu einem gesunden Lebensstil es ihnen ermöglichen, ihren Kindern mit gutem Beispiel voranzugehen.

Wir empfehlen, die öffentliche Kampagne der Europäischen Kommission für eine gesunde Lebensweise mit dem Titel "HealthyLifestyle4All" (Eine gesunde Lebensweise für alle) sowie die positiven Auswirkungen sozialer Aktivitäten durch konkrete Beispiele und eine umfassende Strategie zu intensivieren. Es sollten Informationskampagnen für gut strukturierte Zielgruppen entwickelt und geeignete Kommunikationsmittel für jede dieser Gruppen ausgewählt werden. Darüber hinaus ist es wichtig, Belohnungs- und Anreizsysteme einzurichten, um positives Verhalten zu fördern. Kampagnen sollten Influencer, Prominente oder Behörden einbeziehen. Sie müssen die doppelten Vorteile sowohl für die Gesundheit als auch für die Umwelt und das Klima hervorheben. Darüber

hinaus sollten in allen Mitgliedstaaten Zuschüsse zur Förderung kostenloser öffentlicher Sportinfrastrukturen zur Verfügung stehen.

Gesündere Lebensweisen wirken sich positiv auf das Gesundheitssystem aus, da sie Gesundheitsprobleme reduzieren. Körperliche Gesundheit beeinflusst die psychische Gesundheit und das Glück. Die aktuellen Kampagnen sind nicht ausreichend bekannt. Sie sind effektiver und motivierender, wenn Persönlichkeiten und Influencer beteiligt sind.

Wir empfehlen eine Informationskampagne über gesunde Ernährung und Ernährung. Die EU sollte eine höhere Besteuerung von Fleisch und Zucker in den Mitgliedstaaten fördern. Sie sollte prüfen, wie zwischen gesunden und gesundheitsschädlichen Lebensmitteln unterschieden werden kann, und eine differenzierte Mehrwertsteuer auf diese Lebensmittel erheben. Wir empfehlen, sehr deutliche Warnsignale auf sehr gesundheitsschädlichen Produkten (wie Tabakwaren) anzubringen. Darüber hinaus empfehlen wir ein EU-weites Nährwertbewertungssystem, das relevante Informationen und einen QR-Code bietet, der es den Verbrauchern ermöglicht, fundiertere Entscheidungen zu treffen. Prüfung der Möglichkeiten, gesunde Lebensmittel billiger als Junk-Food zu machen, und stärkere Anreize für Landwirte, gesunde Produkte herzustellen.

Gesunde Ernährung ist die Grundlage für ein gesundes Leben. Es ist notwendig, sowohl auf der Erzeuger- als auch auf der Verbraucherseite tätig zu werden. Die Produktion gesunder Produkte wirkt sich auch positiv auf die Umwelt aus und kann zur Unterstützung lokaler Landwirte beitragen. Steigt die Produktion gesunder Lebensmittel, sinken die Preise und die Nachfrage steigt.

Teilbereich 1.2 Umwelterziehung

Wir empfehlen der EU, einen Finanzierungsmechanismus einzurichten, um die Einbeziehung eines langfristigen Umweltbildungsprogramms in die nationalen Bildungssysteme für Kinder in Grund- und Sekundarschulen zu fördern. Dieser Finanzierungsmechanismus sollte Mittel für Eltern umfassen, die finanzielle Unterstützung benötigen.

Die derzeitigen Bildungssysteme enthalten nicht genügend praktische Elemente, die eine direkte und tiefgreifende Interaktion zwischen Kindern und der Umwelt erleichtern. Die bestehenden Programme, die kurzfristig angelegt sind, sind heterogen und unterstützen nicht die notwendige Einstellungsänderung. Eltern sollten unterstützt werden, um sicherzustellen, dass alle Kinder gleichermaßen von dem Programm profitieren können und dass keines von ihnen aus finanziellen Gründen ausgeschlossen wird.

Schwerpunkt 2: Schutz unserer Umwelt und Gesundheit

Teilbereich 2.1 Gesunde natürliche Umwelt

Wir empfehlen, unverzüglich den höchstmöglichen Wasserqualitätsstandard in der gesamten EU umzusetzen. Um Wasser zu sparen, bieten wir ein Belohnungssystem auf der Grundlage von Wasserpreisen an, um Anreize und Anreize für einen geringeren Verbrauch zu schaffen, zum Beispiel: 1) durch die Schaffung eines dynamischen Systems, das den Verbraucher davon abhält, den durchschnittlichen Wasserverbrauch zu überschreiten (so führt ein Anstieg des Wasserverbrauchs um 10 % zu einem Anstieg des Preises um 11 %), 2) durch die Schaffung eines Marktsystems für Quoten für Wasser, das von den Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes verschmutzt wird und dem bereits bestehenden Markt für CO₂-Emissionsgenehmigungen ähnelt.

Diese Empfehlung ist dadurch gerechtfertigt, dass die Preiserhöhung für alle Nutzer einen Anreiz darstellt, fundiertere Entscheidungen zu treffen. Angesichts der unterschiedlichen Gegebenheiten in den EU-Ländern und mit dem Ziel, ein sozial gerechtes System zu schaffen, können wir die ärmeren Bevölkerungsgruppen bei ihrer Wasserbewirtschaftung durch Koinvestitionen in die Wasserversorgungsinfrastruktur und die Wasserversorgungsforschung unterstützen.

Schwerpunkt 3: Neuausrichtung unserer Wirtschaft und unseres Konsums

Teilbereich 3.1 Regulierung von Überproduktion und Überverbrauch

Wir empfehlen, dass die EU Bußgelder gegen Unternehmen verhängt, die unverkaufte Produkte aus Überproduktion eliminieren.

In einigen Fällen halten es Unternehmen für rentabler, unverkaufte Produkte wegzuerwerfen, anstatt sie zu recyceln oder wiederzuverwenden. Es ist daher wichtig, die Überproduktion durch die Verhängung von Geldbußen zu verhindern, damit diese Praxis für die Erzeuger nicht mehr rentabel ist.

Teilbereich 3.2 Abfallvermeidung

Wir empfehlen der EU, eine Abfallbewirtschaftungspolitik für Haushalte und Bürger zu konzipieren und umzusetzen, indem sie auf die tatsächliche Menge der von ihnen erzeugten Abfälle aufmerksam macht und die erforderlichen Maßnahmen zur Sensibilisierung der Bürger für die Vorteile der Verringerung des Abfallaufkommens und der getrennten Sammlung von Abfällen trifft. Es sollten auch Maßnahmen ergriffen werden, die auf sozial benachteiligte Familien (z. B. junge Familien mit Kindern, ältere Menschen usw.) abzielen, wobei der Grundsatz „Niemanden zurücklassen“ zu beachten ist.

Ziel einer solchen Politik ist es, einen einheitlichen Ansatz für die Abfallbewirtschaftung in den Haushalten zu entwickeln; Sie erleichtert auch den Umweltschutz durch Abfallreduzierung, fördert die Kreislaufwirtschaft und erhöht die Effizienz der Abfallsammlung. Nicht zuletzt sensibilisiert sie die Bürger und stärkt das Gefühl der Umweltverantwortung.

Wir empfehlen der EU, den freien Wettbewerb zu fördern und Anreize für den Privatsektor zu schaffen, aktiver zur Abfallbehandlung, einschließlich der Abwasserbehandlung, sowie zum Recycling und zur Verwertung von Abfällen beizutragen.

Die EU ist die geeignete Ebene für die Umsetzung dieser Empfehlung, da sie die Abfallrahmenrichtlinie und den Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft ergänzt. Darüber hinaus wird die Umsetzung der Empfehlung innovative Lösungen für die Abfallbewirtschaftung stärken, die Qualität der Abfallbewirtschaftung verbessern und die Menge der behandelten Abfälle erhöhen, da mehr Unternehmen an diesen Tätigkeiten teilnehmen werden.

Teilbereich 3.3 Faire Produkte, gleichberechtigter Zugang und fairer Verbrauch

Wir empfehlen, die Industrie in die Europäische Union umzusiedeln, um qualitativ hochwertige und faire Produkte zu liefern und die Klimaprobleme zu beeinflussen.

Die Europäische Union verfügt über Know-how, das auf ihrem eigenen Markt gefördert werden muss.

Aufgrund der Verlagerung von Industriezweigen außerhalb der EU, insbesondere nach Asien, werden auch bestimmte berufliche Kompetenzen verlagert. Diese Empfehlung beinhaltet die Berufsausbildung europäischer Arbeitnehmer. Wir betonen die Notwendigkeit, Standortverlagerungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten zu vermeiden, um unlauteren Wettbewerb zu vermeiden.

Der Hof stellte fest, dass die massive Verlagerung von Industriezweigen in die ganze Welt Auswirkungen auf die europäische Industrie hat. Daher wird die lokale Produktion die Gesundheit der Bürger und der Umwelt verbessern.

Achse 4: Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft

Teilbereich 4.3 Umweltfreundlicher Verkehr

Wir empfehlen, dass Großstädten je nach Umweltverträglichkeit und Umweltverschmutzung ihres öffentlichen Verkehrs (Elektrofahrzeuge, umweltfreundlicher öffentlicher Verkehr, Einrichtung von Fußgängerzonen, Förderung der Nutzung von Fahrrädern usw.) Bußgelder oder Subventionen auferlegt werden. Insbesondere sollten die Bußgelder oder Subventionen für die lokalen Behörden einer Stadt auf der Grundlage der Veränderungen im ökologischen Verkehr im Vergleich zur Ausgangssituation in dieser Stadt festgelegt werden. Die Europäische Union sollte durch ihre Rechtsvorschriften Leistungsindikatoren für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umweltverschmutzung festlegen und die proportionale Verringerung festlegen. Dabei sollte der Ausgangspunkt jeder Stadt berücksichtigt werden.

Wir empfehlen dies, weil die Städte von Luftverschmutzung betroffen sind, die gesundheitliche Probleme verursacht hat. Die Entwicklung eines umweltfreundlichen Verkehrs würde das Leben

und die Gesundheit der Menschen verbessern und den Treibhauseffekt verringern. Subventionen und Sanktionen sind wirksame Maßnahmen, um Veränderungen zu fördern und die Anpassung an die unterschiedlichen Situationen in den verschiedenen Städten zu erleichtern.

Wir empfehlen, die Nutzung von Kurzstreckenflügen und Kreuzfahrtschiffen durch EU-Rechtsvorschriften einzuschränken und zu regeln. Den Menschen müssen ökologische Alternativen im Verkehr angeboten werden. Eine dieser Alternativen sollte die Standardisierung der Eisenbahnen sein, um die europäischen Hauptstädte zu verbinden. Wir empfehlen ferner, dass die EU Subventionen gewährt, um den Güterverkehr umweltfreundlicher zu gestalten, insbesondere den Schienen- und Schiffsverkehr (für Kurzstrecken).

Wir empfehlen dies, weil Kurzstreckenfahrten zu häufig, umweltschädlich und leicht zu ersetzen sind. Die Beschränkung von Kreuzfahrtschiffen würde die Meeresverschmutzung (ein großes Umweltproblem) und die negativen Auswirkungen auf Küstenstädte verringern. Deshalb müssen wir Alternativen entwickeln, die im Vergleich zu umweltschädlicheren Alternativen erschwinglicher sind. Eine Vereinheitlichung der Spurweite würde die Eisenbahnverbindungen zwischen den europäischen Hauptstädten verbessern.

Schwerpunkt 5: Pflege für alle

Teilbereich 5.2 Ein umfassenderer Blick auf die Gesundheit

Wir empfehlen, dass die Europäische Union im Einklang mit ihrer  Initiative HealthyLife4All auch Initiativen wie soziale Sportveranstaltungen, sportliche Aktivitäten in der Schule und halbjährliche Olympiaden für alle Altersgruppen und Sportarten [nicht für Profis] fördert. Wir empfehlen auch die Entwicklung einer kostenlosen europäischen Sport-App, um kollektive sportliche Aktivitäten zu fördern. Diese app sollte menschen helfen, sich durch sport zu treffen. Darüber hinaus müssen diese Initiativen umfassend bekannt gemacht und verbreitet werden.

Um die Gesundheit der europäischen Bevölkerung zu verbessern, muss die Europäische Union den Sport und eine gesunde Lebensweise fördern. Darüber hinaus ist sich die Bevölkerung der Beziehung zwischen Sport und einem gesunden Lebensstil sehr oft nicht bewusst. Die Anwendung ist wichtig, da die Menschen gerne Sport treiben, wenn sie es zusammen tun.

Europäisches Bürgerforum 4: "Die EU in der Welt / Migration"

EMPFEHLUNGEN DES PANELS (ZUR PLENARTAGUNG)

Achse 1: Selbstversorgung und Stabilität

Teilbereich 1.1 – Autonomie der EU

1. Wir empfehlen, strategische Produkte europäischer Herstellung (wie landwirtschaftliche Erzeugnisse, Halbleiter, Medizinprodukte oder innovative digitale und ökologische Technologien) stärker zu fördern und finanziell zu unterstützen, damit sie für die europäischen Verbraucher verfügbar und zugänglich sind und die Abhängigkeit von außereuropäischen Lieferanten so weit wie möglich verringert wird. Diese Unterstützung könnte u. a. in Form von strukturellen und regionalen Maßnahmen, Unterstützung für die Aufrechterhaltung von Industrien und Lieferketten in der Union, Steuererleichterungen, Zuschüssen, einer aktiven KMU-Politik oder Bildungsprogrammen zur Erhaltung relevanter Qualifikationen und Arbeitsplätze in Europa erfolgen. Eine aktive Industriepolitik sollte jedoch selektiv sein und sich auf innovative Produkte oder Produkte konzentrieren, die für die Gewährleistung grundlegender Güter und Dienstleistungen unerlässlich sind.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil Europa in Schlüsselbereichen, die zu diplomatischen Konflikten führen und zu einem Mangel an grundlegenden oder strategisch wichtigen Produkten oder Dienstleistungen führen können, viel zu stark von außereuropäischen Lieferanten abhängig ist. Da die Produktionskosten in der EU im Allgemeinen höher sind als in anderen Teilen der Welt, wird eine Politik der aktiven Förderung und Unterstützung dieser Produkte es den Europäern ermöglichen, wettbewerbsfähige europäische Produkte zu kaufen und Anreize dafür zu schaffen. Diese Politik wird auch die europäische Wettbewerbsfähigkeit stärken und dazu beitragen, die Industrien der Zukunft und die Arbeitsplätze in Europa zu erhalten. Darüber hinaus wird eine stärkere Regionalisierung der Produktion dazu beitragen, die Transportkosten zu senken und Umweltschäden zu vermeiden.

2. Wir empfehlen der EU, ihre Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten zu verringern. Zu diesem Zweck sollten öffentliche Verkehrs- und Energieeffizienzprojekte, ein europäisches Hochgeschwindigkeitsschiennetz für den Güterverkehr, die Ausweitung der Versorgung mit sauberer und erneuerbarer Energie (insbesondere Solar- und Windenergie) sowie alternative Technologien (wie Wasserstoff oder energetische Abfallverwertung) aktiv unterstützt werden. Die Europäische Union sollte auch einen Mentalitätswandel fördern und die Abkehr vom Individualverkehr hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Fahrgemeinschaften mit Elektrofahrzeugen und Fahrrädern fördern.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil sie eine Situation schaffen, die sowohl die Autonomie Europas durch die Verringerung seiner Abhängigkeit von außen als auch die Erreichung ehrgeiziger Klima- und CO₂-Ziele fördert. Sie werden es Europa auch ermöglichen, ein wichtiger Akteur in Zukunftstechnologien zu werden, seine Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen.

3. Wir empfehlen die Verabschiedung eines Gesetzes auf EU-Ebene, um sicherzustellen, dass alle Produktions- und Beschaffungsprozesse in der EU und die eingeführten Waren den europäischen Qualitäts-, Ethik- und Nachhaltigkeitsstandards sowie allen geltenden europäischen Menschenrechtsnormen entsprechen und dass Produkte, die diese Kriterien erfüllen, zertifiziert werden.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil sie Verbrauchern und Händlern einen einfachen Zugang zu Informationen über die Produkte ermöglichen, die sie kaufen oder verkaufen. Um dies zu tun, müssen Sie nur das Zertifizierungssystem konsultieren. Die Zertifizierung verringert auch die Lücke zwischen billigen und teuren Produkten, die auf dem Markt erhältlich sind. Billige Produkte erfüllen nicht die erforderlichen Kriterien und können daher nicht von guter Qualität sein. Durch die Erfüllung der Zertifizierungskriterien wird die Umwelt geschützt, was Ressourcen spart und einen verantwortungsvollen Konsum fördert.

4. Wir empfehlen die Umsetzung eines europäischen Förderprogramms für kleine lokale Erzeuger in strategischen Sektoren in allen Mitgliedstaaten. Diese Hersteller würden von beruflicher Ausbildung, finanzieller Unterstützung durch Subventionen und (wenn Rohstoffe in der Union verfügbar sind) einem Anreiz profitieren, mehr Waren zu produzieren, die die Kriterien zum Nachteil der Einfuhren erfüllen.

Der Hof empfiehlt diese Maßnahmen, da die Union durch die Unterstützung von Herstellern strategischer Wirtschaftszweige in der Lage ist, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit in diesen Wirtschaftszweigen zu erlangen. Dies kann nur dazu beitragen, den gesamten Produktionsprozess zu stärken und somit Innovationen zu fördern. Dies wird zu einer nachhaltigeren Produktion von Rohstoffen in der EU führen, wodurch die Transportkosten gesenkt und die Umwelt geschützt werden.

5. Wir empfehlen, die Umsetzung der Menschenrechte auf europäischer Ebene wie folgt zu verbessern: Sensibilisierung von Ländern, die die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) oder die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten nicht in angemessenem Umfang einhalten; Gewährleistung einer strengen, von der Europäischen Union und dem Justizbarometer koordinierten Überwachung des Ausmaßes, in dem die Menschenrechte in den einzelnen Mitgliedstaaten geachtet werden, und Gewährleistung ihrer strikten Einhaltung durch verschiedene Formen von Sanktionen.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil die Menschenrechte bereits von den Mitgliedstaaten akzeptiert wurden, als sie die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert haben, aber jetzt in jedem Mitgliedstaat besser akzeptiert werden müssen, damit die Menschenrechte in diesen Mitgliedstaaten bekannt sind und aktiv umgesetzt werden.

6. Wir empfehlen die Einleitung einer Überprüfung und einer intensiven Kommunikationskampagne auf europäischer Ebene, damit EURES (das Europäische Netz der Arbeitsverwaltungen), das EU-Einwanderungsportal und das EU-Instrument zur Erstellung von Kompetenzprofilen für Drittstaatsangehörige den europäischen Bürgern besser bekannt sind und von EU-Unternehmen häufiger genutzt werden, um ihre Stellenangebote zu veröffentlichen und bekannt zu machen.

Wir empfehlen, keine neue Online-Plattform für die Veröffentlichung von Stellenangeboten für junge Europäer zu schaffen. Auf europäischer Ebene gibt es bereits mehr als genug derartige Initiativen. Um das Bewusstsein für vorhandene Arbeitskräfte und Beschäftigungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene zu schärfen, ist es unserer Ansicht nach am besten, das bereits vorhandene Wissen zu verbessern.

Teilbereich 1.2 – Grenzen

7. Wir empfehlen die Einrichtung eines Mechanismus für die Zuwanderung von Arbeitskräften in die EU auf der Grundlage der tatsächlichen Bedürfnisse der europäischen Arbeitsmärkte. Es sollte ein einheitliches System für die Anerkennung von Berufs- und Hochschulabschlüssen innerhalb der Europäischen Union und in Drittländern geben. Es sollte berufliche Qualifizierungsangebote sowie kulturelle und sprachliche Integrationsangebote für qualifizierte Migrantinnen und Migranten geben. Asylbewerber mit den erforderlichen Qualifikationen sollten Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Es sollte eine integrierte Agentur geben, deren Grundlage das Europäische Netz der Arbeitsvermittlungen bilden könnte.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil Europa qualifizierte Arbeitskräfte in bestimmten Sektoren benötigt, in denen es nicht möglich ist, die Nachfrage vollständig durch EU-Arbeitnehmer zu decken. Es gibt derzeit nicht genügend tragfähige Möglichkeiten, um eine legale Arbeitserlaubnis in der EU zu beantragen. Ein europäisches System zur Anerkennung beruflicher und akademischer Abschlüsse wird es erleichtern, diesem Bedarf gerecht zu werden und die Arbeitsmigration innerhalb der EU und die Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Ländern zu vereinfachen. Auf diese Weise könnte die Nachfrage nach Arbeitskräften besser befriedigt und die illegale Einwanderung besser gesteuert werden. Die Öffnung des Mechanismus für die Zuwanderung von Arbeitskräften für Asylbewerber würde ihre Integration in die europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften beschleunigen.

8. Wir empfehlen der Europäischen Union, ihre Rechtsvorschriften zu stärken, um Frontex mehr Macht und Unabhängigkeit zu verleihen. Auf diese Weise kann er in allen Mitgliedstaaten tätig werden, um den Schutz aller Außengrenzen der Union zu gewährleisten. Die Union sollte jedoch die Organisationsprozesse von Frontex prüfen, da Frontex transparent arbeiten muss, um jede Art von Missbrauch zu verhindern.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil es unserer Meinung nach inakzeptabel ist, dass Frontex der Zugang zu den Grenzen verweigert wird, insbesondere wenn es zu Menschenrechtsverletzungen kommt. Wir wollen sicherstellen, dass Frontex die EU-

Rechtsvorschriften umsetzt. Frontex selbst muss Kontrollen und Überprüfungen unterzogen werden, um unangemessenes Verhalten innerhalb der Agentur zu vermeiden.

9. Wir empfehlen der Europäischen Union, insbesondere für Wirtschaftsmigranten die Möglichkeit zu schaffen, Bürger im Herkunftsland auszuwählen (auf der Grundlage ihrer nachgewiesenen Fähigkeiten, ihres Hintergrunds usw.), um zu ermitteln, wer in die Union kommen könnte, um auf der Grundlage der Bedürfnisse der Wirtschaft und der offenen Stellen im Aufnahmeland zu arbeiten. Diese Auswahlkriterien müssen öffentlich und für alle zugänglich sein. Zu diesem Zweck sollte eine Europäische Einwanderungsbehörde (Online-Agentur) eingerichtet werden.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil es auf diese Weise nicht mehr notwendig wäre, die Grenzen illegal zu überschreiten. Der Zustrom von Personen, die in die EU einreisen, würde kontrolliert, was zu einer Verringerung des Grenzdrucks führen und gleichzeitig die Deckung des Arbeitskräftebedarfs in den Aufnahmeländern erleichtern würde.

10. Wir empfehlen der Europäischen Union, dafür zu sorgen, dass die Aufnahmepolitik und die Einrichtungen an allen Grenzen gleich sind, dass die Menschenrechte geachtet werden und dass die Sicherheit und die Gesundheit aller Migranten (einschließlich beispielsweise schwangerer Frauen und Kinder) gewährleistet werden.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil wir der Gleichbehandlung von Migranten an allen Grenzen große Bedeutung beimessen. Wir wollen verhindern, dass Migranten zu lange an den Grenzen bleiben und die Mitgliedstaaten von Migrantenströmen überwältigt werden. Die Mitgliedstaaten müssen gut gerüstet sein, um sie aufnehmen zu können.

Schwerpunkt 2: Die EU als internationaler Partner

Teilbereich 2.1 – Handel und Beziehungen aus ethischer Sicht

11. Wir empfehlen, dass die EU die Einfuhr von Produkten aus Ländern beschränkt, die Kinderarbeit zulassen. Zu diesem Zweck sollte eine schwarze Liste von Unternehmen erstellt werden, die entsprechend den Entwicklungen regelmäßig aktualisiert wird. Wir empfehlen auch, den schrittweisen Zugang von arbeitslosen Kindern zu Bildung zu gewährleisten und die Verbraucher für Kinderarbeit zu sensibilisieren, und zwar durch Informationen, die von der Europäischen Union offiziell verbreitet werden, beispielsweise durch Kampagnen oder Storytelling.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil wir davon überzeugt sind, dass es einen Zusammenhang zwischen fehlender Schulbildung und Kinderarbeit gibt. Mit dieser Empfehlung wollen wir die Verbraucher sensibilisieren und die Nachfrage nach Produkten reduzieren, die von Kindern hergestellt werden, damit diese Praxis schließlich verschwindet.

12. Wir empfehlen, dass die Europäische Union Partnerschaften mit Entwicklungsländern eingeht, um deren Infrastruktur zu unterstützen und Fachwissen im Austausch für für beide Seiten vorteilhafte Handelsabkommen auszutauschen, die sie beim Übergang zu umweltfreundlichen Energiequellen unterstützen sollen.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, um den Übergang der Entwicklungsländer zu erneuerbaren Energiequellen durch Handelspartnerschaften und diplomatische Abkommen zu erleichtern. Auf diese Weise würden die Europäische Union und die Entwicklungsländer gute langfristige Beziehungen aufbauen, was zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen würde.

13. Wir empfehlen, dass die Europäische Union für alle Konsumgüter einen europäischen Umweltverträglichkeitsindikator (Ecoscore) vorschreibt. Der Ecoscore würde auf der Grundlage der Emissionen aus Produktion und Transport sowie der Schädlichkeit des Inhalts auf der Grundlage einer Liste gefährlicher Produkte berechnet. Der Ecoscore sollte von einer europäischen Behörde verwaltet und überwacht werden.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, um die europäischen Verbraucher für den ökologischen Fußabdruck der von ihnen gekauften Produkte zu sensibilisieren. Der Ecoscore würde es ermöglichen, anhand einer europaweiten Skala leicht anzugeben, inwieweit ein Produkt umweltfreundlich ist. Der Ecoscore sollte einen QR-Code auf der Rückseite des Produkts enthalten, um zusätzliche Informationen über seinen ökologischen Fußabdruck einsehen zu können.

Teilbereich 2.2 – Internationale Klimaschutzmaßnahmen

14. Wir empfehlen der Europäischen Union, eine Strategie zu verabschieden, um sie bei der Energieerzeugung unabhängiger zu machen. Eine europäische Einrichtung, in der die derzeit für Energie zuständigen europäischen Institutionen zusammengeschlossen sind, sollte die Entwicklung erneuerbarer Energien entsprechend dem Bedarf, den Kapazitäten und den Ressourcen der Mitgliedstaaten koordinieren und dabei deren Souveränität wahren. Die Institutionen würden den Wissensaustausch zwischen ihnen fördern, um diese Strategie umzusetzen.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil unsere derzeitige Abhängigkeit uns im Falle politischer Spannungen mit den Ländern, aus denen wir unsere Energie importieren, verwundbar macht. Das sehen wir derzeit in der Stromkrise. Bei dieser Koordinierung sollte jedoch die Souveränität jedes Landes geachtet werden.

15. Wir empfehlen strengere Umweltstandards für die Ausfuhr von Abfällen innerhalb und außerhalb der EU sowie strengere Kontrollen und Sanktionen, um illegale Ausfuhren zu unterbinden. Die EU sollte die Mitgliedstaaten dazu anhalten, ihre eigenen Abfälle weiter zu recyceln und zur Energieerzeugung zu nutzen.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, um Umweltschäden durch Länder, die ihre Abfälle zum Nachteil anderer Länder entsorgen, ein Ende zu setzen, insbesondere wenn die Umweltnormen nicht vollständig eingehalten werden.

16. Wir empfehlen der EU, den laufenden ökologischen Wandel entschlossener zu fördern, indem sie sich die Beseitigung umweltschädlicher Verpackungen zum Ziel setzt. Um dies zu erreichen, sollten Anreize für die Reduzierung von Verpackungen geschaffen oder umweltfreundlichere Verpackungen gefördert werden. Damit sich kleine Unternehmen anpassen können, sollten sie Unterstützung und Anpassungen erhalten.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil wir die Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere von Rohstoffen aus Nicht-EU-Ländern, verringern müssen. Wir müssen auch den Schaden verringern, den die Europäer unserem Planeten und seinem Klima zufügen. Kleinere Unternehmen müssen unbedingt besser unterstützt werden, damit sie sich anpassen können, ohne ihre Preise erhöhen zu müssen.

17. Wir empfehlen den Ländern der Europäischen Union, sich gemeinsam ernsthafter mit der Frage der Kernenergie zu befassen. Die Zusammenarbeit bei der Bewertung der Nutzung der Kernenergie und ihrer Rolle beim Übergang Europas zu grüner Energie sollte intensiviert werden.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil die Atomfrage nicht isoliert von einem Land gelöst werden kann. Derzeit gibt es mehr als 100 Reaktoren in der Hälfte der Mitgliedstaaten, und es werden neue Reaktoren gebaut. Da wir ein gemeinsames Stromnetz teilen, kommt der von ihnen erzeugte kohlenstoffarme Strom allen Europäern zugute und trägt dazu bei, die Energieautonomie unseres Kontinents zu erhöhen. Darüber hinaus würde die Aufgabe von Atommüll oder ein Unfall mehrere Länder betreffen. Unabhängig davon, ob über die Nutzung der Kernenergie entschieden wird oder nicht, müssen die Europäer dies gemeinsam diskutieren und konvergentere Strategien festlegen, wobei die nationalen Souveränitäten zu achten sind.

Teilbereich 2.3 – Förderung europäischer Werte

18. Die EU sollte bürgernäher sein. Wir empfehlen, dass die EU Verbindungen zu Bürgern und lokalen Institutionen wie lokalen Behörden, Schulen und Gemeinden aufbaut und stärkt. Ziel ist es, die Transparenz zu erhöhen, die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, sie besser über konkrete EU-Initiativen zu informieren und die allgemeinen Informationen über die EU besser zu vermitteln.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil die aktuellen Informationen über die EU nicht für alle sozialen Gruppen ausreichend zugänglich sind und normale Bürger nicht erreichen. Sie sind oft langweilig, schwer zu verstehen und unfreundlich. Dies muss sich ändern, damit die Bürgerinnen und Bürger ein klares Bild von den Maßnahmen und der Rolle der EU erhalten. Um das Interesse der Öffentlichkeit zu wecken, müssen Informationen über die EU leicht auffindbar, motivierend, interessant und in gängiger Sprache abgefasst sein. Hier sind unsere Vorschläge: Organisation von Schulbesuchen von EU-Politikern, Rundfunkkampagnen in Form von Podcasts, Briefen,

Presseartikeln, Werbe- und Social-Media-Bussen, Bürgerversammlungen vor Ort sowie Einrichtung einer speziellen Arbeitsgruppe zur Verbesserung der EU-Kommunikation. Diese Maßnahmen werden es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, Informationen über die EU zu erhalten, die nicht von den nationalen Medien gefiltert werden.

19. Wir empfehlen eine stärkere Beteiligung der Bürger an der Politik der Union. Wir schlagen die Organisation von Veranstaltungen mit direkter Bürgerbeteiligung nach dem Vorbild der Konferenz zur Zukunft Europas vor. Sie sollten auf nationaler, lokaler und europäischer Ebene organisiert werden. Die EU sollte eine kohärente Strategie und zentrale Leitlinien für diese Veranstaltungen festlegen.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, da diese Übungen der partizipativen Demokratie dazu beitragen werden, korrekte Informationen über die EU zu liefern und die Qualität der EU-Politik zu verbessern. Die Veranstaltungen sollten so organisiert werden, dass die Grundwerte der Union - Demokratie und Bürgerbeteiligung - gefördert werden. Diese Veranstaltungen würden den politischen Entscheidungsträgern die Möglichkeit geben, den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, wie wichtig es für sie ist, dass die Bürgerinnen und Bürger über die aktuellen Ereignisse informiert und in ihre Definition einbezogen werden. Zentrale Leitlinien werden die Kohärenz und Einheitlichkeit der nationalen und lokalen Konferenzen gewährleisten.

Schwerpunkt 3: Eine starke EU in einer friedlichen Welt

Teilbereich 3.1 – Sicherheit und Verteidigung

20. Wir empfehlen, dass künftige "gemeinsame EU-Streitkräfte" in erster Linie zu Verteidigungszwecken eingesetzt werden. Aggressive militärische Aktionen jeglicher Art sind ausgeschlossen. In Europa würde dies die Möglichkeit bieten, im Krisenfall, insbesondere bei Naturkatastrophen, Hilfe zu leisten. Außerhalb der europäischen Grenzen würde dies die Verfügbarkeit von Mitteln ermöglichen, die in Gebieten mit außergewöhnlichen Umständen eingesetzt würden, und zwar ausschließlich im Rahmen eines gesetzlichen Mandats des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und somit im Einklang mit dem Völkerrecht.

Würde diese Empfehlung umgesetzt, könnte die Europäische Union als glaubwürdiger, rechenschaftspflichtiger, starker und friedlicher Partner auf der internationalen Bühne angesehen werden. Seine gestärkte Fähigkeit, auf Krisensituationen im In- und Ausland zu reagieren, sollte es ermöglichen, seine Grundwerte zu schützen.

Teilbereich 3.2 – Beschlussfassung und Außenpolitik der EU

21. Wir empfehlen, dass alle Bereiche, in denen Beschlüsse einstimmig gefasst werden, jetzt durch Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit abgedeckt werden. Die einzigen Ausnahmen sollten die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die Union und die Änderung der

in Artikel 2 des Vertrags von Lissabon und in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundprinzipien der Union sein.

Dies würde die Position der EU in der Welt stärken, indem sie gegenüber Drittländern geschlossen auftritt, und ihre Reaktionsfähigkeit im Allgemeinen und insbesondere ihre Reaktion auf Krisen erleichtern.

22. Wir empfehlen der Europäischen Union, ihre Fähigkeit zu stärken, Sanktionen gegen Mitgliedstaaten, Regierungen, Organisationen, Gruppen oder Organisationen sowie gegen Einzelpersonen zu verhängen, die sich nicht an ihre Grundprinzipien, Abkommen und Gesetze halten. Es ist unerlässlich, dass die bereits bestehenden Sanktionen rasch umgesetzt und wirksam durchgesetzt werden. Die gegen Drittländer verhängten Sanktionen sollten in einem angemessenen Verhältnis zu den Maßnahmen stehen, die sie ausgelöst haben, wirksam sein und rechtzeitig angewandt werden.

Damit die EU glaubwürdig und zuverlässig ist, muss sie Sanktionen gegen diejenigen verhängen, die gegen ihre Grundsätze verstoßen. Diese Sanktionen sollten wirksam und rasch angewandt und überwacht werden.

Teilbereich 3.3 – Nachbarländer und Erweiterung

23. Wir empfehlen, dass die Europäische Union ein spezifisches Budget für die Entwicklung von Bildungsprogrammen bereitstellt, die sich mit der Funktionsweise der EU und ihren Werten befassen. Diese Programme werden dann den Mitgliedstaaten, die dies wünschen, zur Aufnahme in ihre Lehrpläne (Grund- und Sekundarschulbildung sowie Universitäten) angeboten. Darüber hinaus könnte ein spezieller Kurs über die EU und ihre Funktionsweise für Studierende angeboten werden, die im Rahmen des Erasmus-Programms in einem anderen europäischen Land studieren möchten. Studierende, die sich für diesen Kurs entscheiden, haben Vorrang, um von diesen Erasmus-Programmen zu profitieren.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, um das Zugehörigkeitsgefühl zur EU zu stärken. Auf diese Weise werden sich die Bürgerinnen und Bürger besser mit der Union identifizieren und ihre Werte vermitteln. Darüber hinaus werden diese Maßnahmen die Transparenz in Bezug auf die Funktionsweise der EU und ihre Vorteile sowie die Bekämpfung antieuropäischer Bewegungen verbessern. Diese Maßnahmen sollten die Mitgliedstaaten davon abhalten, die EU zu verlassen.

24. Wir empfehlen der EU, ihr politisches und wirtschaftliches Gewicht in ihren Beziehungen zu anderen Ländern stärker zu nutzen, um bestimmte Mitgliedstaaten vor bilateralem wirtschaftlichem, politischem und sozialem Druck zu schützen.

Wir empfehlen diese Maßnahmen aus drei Gründen. Erstens werden sie das Gefühl der Einheit innerhalb der EU stärken. Zweitens wird eine einseitige Reaktion eine klare, starke und rasche Antwort sein, um Einschüchterungsversuche oder Repressionen durch Drittländer gegen EU-Mitgliedstaaten zu vermeiden. Schließlich werden sie dazu beitragen, die Sicherheit der Union zu

erhöhen und sicherzustellen, dass sich kein Mitgliedstaat verlassen oder ignoriert fühlt. Bilaterale Reaktionen spalten die EU und stellen eine Schwäche dar, die von Drittländern gegen uns ausgenutzt wird.

25. Wir empfehlen der EU, ihre Kommunikationsstrategie zu verbessern. Einerseits sollte die EU ihre Sichtbarkeit in den sozialen Medien erhöhen und ihre Inhalte aktiv fördern. Andererseits sollte sie weiterhin jedes Jahr Konferenzen wie die Konferenz zur Zukunft Europas veranstalten. Darüber hinaus empfehlen wir, dass sie weiterhin Innovationen fördert, indem sie ein zugängliches europäisches soziales Netzwerk fördert.

Diese Vorschläge würden nicht nur junge Menschen erreichen, sondern auch das Interesse und die Beteiligung der europäischen Bürger durch ein attraktiveres und effizienteres Kommunikationsinstrument stärken. Veranstaltungen wie die Konferenz zur Zukunft Europas sollten es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, stärker in den Entscheidungsprozess eingebunden zu werden und sicherzustellen, dass ihre Stimme gehört wird.

26. Wir empfehlen den Mitgliedstaaten, eine starke Vision und eine gemeinsame Strategie zu verfolgen, um die europäische Identität und Einheit zu harmonisieren und zu festigen, bevor sie die Union weiter ausbauen.

Wir halten es für wesentlich, die EU zu stärken und die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten zu festigen, bevor die Integration anderer Länder in Betracht gezogen wird. Je mehr Mitgliedstaaten die EU hat, desto komplizierter wird die Entscheidungsfindung. Daher ist es wichtig, die Einstimmigkeit in Entscheidungsprozessen zu überprüfen.

Achse 4: Migration aus menschlicher Sicht

Teilbereich 4.1 – Beseitigung der Auswanderungsursachen

27. Wir empfehlen der Europäischen Union, sich aktiv an der wirtschaftlichen Entwicklung der Drittländer und der Länder zu beteiligen, aus denen die größten Migrationsströme stammen. Die EU sollte mit Hilfe einschlägiger Stellen (lokale NRO und lokale Politiker, Experten vor Ort usw.) nach Wegen suchen, um in den Ländern, aus denen die größten Migrationsströme stammen und die Kooperationsvereinbarungen akzeptiert haben, aktiv, friedlich und wirksam einzugreifen. Diese Maßnahmen sollten greifbare und messbare Auswirkungen haben, die deutlich herausgestellt werden sollten, damit die europäischen Bürger die Entwicklungshilfepolitik der Union verstehen können. So sollten die Maßnahmen der EU im Bereich der Entwicklungshilfe sichtbar werden.

Auch wenn die EU an der internationalen Entwicklung arbeitet, muss sie ihr Handeln fortsetzen und in die Transparenz und Sichtbarkeit ihrer Politik in diesem Bereich investieren.

28. Wir empfehlen die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Rahmens für die Harmonisierung der Arbeitsbedingungen in der gesamten Union (Mindestlohn, Arbeitszeit usw.). Die EU sollte sich darum bemühen, gemeinsame grundlegende Arbeitsnormen zu schaffen, um zu verhindern, dass Menschen ihr Land verlassen, um anderswo nach besseren Arbeitsbedingungen zu suchen. Im Rahmen dieser Standards sollte die EU die Rolle der Gewerkschaften auf transnationaler Ebene stärken. Mit dieser Geste würde die EU anerkennen, dass die interne Wirtschaftsmigration (Migration von EU-Bürgern) ein ernstes Problem darstellt.

Diese Empfehlung geht auf die Feststellung zurück, dass viele Menschen in der EU aufgrund unterschiedlicher Arbeitsbedingungen in den Mitgliedstaaten aus wirtschaftlichen Gründen migrieren. Diese Abwanderung hochqualifizierter Kräfte muss verhindert werden, damit die Mitgliedstaaten ihre Talente und Arbeitskräfte behalten. Wir unterstützen die Freizügigkeit der Bürger, sind jedoch der Ansicht, dass die Migration von EU-Bürgern zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten, wenn sie nicht beabsichtigt ist, auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen ist. Deshalb ist es wichtig, einen gemeinsamen Rahmen für die Arbeit zu schaffen.

Teilbereich 4.2 – Menschliche Überlegungen

29. Wir empfehlen die Umsetzung einer gemeinsamen Migrationspolitik auf der Grundlage des Solidaritätsprinzips. Wir wollen, dass der Schwerpunkt auf das Flüchtlingsproblem gelegt wird. Ein gemeinsames Verfahren für alle EU-Mitgliedstaaten sollte auf den Verfahren beruhen, die sich in allen EU-Ländern als am wirksamsten erwiesen haben. Dieses Verfahren sollte von den nationalen Behörden und der EU-Verwaltung aktiv umgesetzt werden.

Das Flüchtlingsproblem betrifft alle Mitgliedstaaten. Derzeit haben diese Staaten zu unterschiedliche Praktiken, was sich negativ auf Flüchtlinge und EU-Bürger auswirkt. Daher ist ein kohärenter und einheitlicher Ansatz erforderlich.

30. Wir empfehlen der EU, ihre Anstrengungen zur Information und Aufklärung der Bürger der Mitgliedstaaten über Migrationsfragen zu verstärken. Dieses Ziel sollte erreicht werden, indem die Kinder so früh wie möglich von Beginn der Grundschule an über Themen wie Migration und Integration aufgeklärt werden. Wenn wir diese frühzeitige Bildung mit den Aktivitäten von NGOs und Jugendorganisationen sowie mit groß angelegten Medienkampagnen kombinieren, können wir unser Ziel voll und ganz erreichen. Darüber hinaus könnten viele Kommunikationsmittel verwendet werden: Faltblätter, Fernsehen und soziale Netzwerke unter anderem.

Es ist wichtig zu zeigen, dass Migration auch viele positive Aspekte hat, wie z.B. zusätzliche Arbeitskräfte. Wir möchten betonen, wie wichtig es ist, das Bewusstsein für beide Prozesse zu schärfen, damit die Bürger die Gründe und Folgen der Migration verstehen, um die Stigmatisierung zu beseitigen, die sich daraus ergibt, als Migrant wahrgenommen zu werden.

Teilbereich 4.3 – Grenzen

31. Wir empfehlen, die Richtlinie 2013/33/EU zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten durch eine verbindliche EU-Verordnung zu ersetzen, die in allen Mitgliedstaaten einheitlich gilt. Der Verbesserung der Aufnahme- und Unterbringungsstrukturen sollte Vorrang eingeräumt werden. Wir empfehlen die Einrichtung einer speziellen EU-Beobachtungsstelle für die Umsetzung der Verordnung.

Die Richtlinie wird nämlich nicht in allen Mitgliedstaaten einheitlich umgesetzt. Es muss vermieden werden, die Bedingungen, die im Flüchtlingslager Moria zu beobachten waren, zu wiederholen. Die empfohlene Verordnung sollte daher umgesetzt werden und verbindliche Sanktionen enthalten. Die für die Überwachung zuständige Stelle sollte solide und zuverlässig sein.

32. Wir empfehlen der EU, dafür zu sorgen, dass alle Asylsuchenden und Flüchtlinge während der Prüfung ihres Aufenthaltsantrags Sprach- und Integrationskurse besuchen. Die Kurse sollten obligatorisch und kostenlos sein und persönliche Unterstützung bei der Erstintegration beinhalten. Sie sollten innerhalb von zwei Wochen nach Einreichung des Wohnsitzantrags beginnen. Außerdem sollten Anreiz- und Sanktionsmechanismen eingeführt werden.

Das Erlernen der Sprache und das Verständnis der Kultur, Geschichte und Ethik des Ankunftslandes sind ein wesentlicher Integrationsschritt. Die Dauer der Frist bis zum Beginn des ersten Integrationsprozesses wirkt sich negativ auf die soziale Assimilation von Migranten aus. Sanktionsmechanismen können dazu beitragen, den Integrationswillen von Migranten zu erkennen.

Schwerpunkt 5: Verantwortung und Solidarität in der EU

Teilbereich 5.1 – Verteilung der Migranten

33. Wir empfehlen, das Dublin-System durch einen rechtsverbindlichen Vertrag zu ersetzen, um eine gerechte, ausgewogene und verhältnismäßige Verteilung der Asylbewerber in der EU auf der Grundlage von Solidarität und Gerechtigkeit zu gewährleisten. Derzeit müssen Flüchtlinge ihren Asylantrag im ersten Ankunftsmitgliedstaat stellen. Dieser Systemwechsel muss so schnell wie möglich erfolgen. Der Vorschlag der Europäischen Kommission für ein neues EU-Migrations- und Asylpaket ab 2020 ist ein guter Anfang und sollte eine Rechtsform annehmen, da er Quoten für die Verteilung von Flüchtlingen auf die EU-Mitgliedstaaten vorsieht.

Wir empfehlen dies, da das derzeitige Dublin-System nicht den Grundsätzen der Solidarität und Gerechtigkeit entspricht. Er belastet die Mitgliedstaaten in der Nähe der EU-Außengrenzen, die Asylsuchende überqueren, um in die EU einzureisen. Alle Mitgliedstaaten müssen die

Verantwortung für die Steuerung der Flüchtlingsströme in der EU übernehmen. Die EU ist eine Gemeinschaft gemeinsamer Werte und muss entsprechend handeln.

34. Wir empfehlen der EU, ihre Mitgliedstaaten bei der schnelleren Bearbeitung von Asylanträgen nach gemeinsamen Standards zu unterstützen. Darüber hinaus sollte den Flüchtlingen humanitärer Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Um die Ankunftsländer zu entlasten und ihren Asylantrag anderswo bearbeiten zu können, empfehlen wir, dass Flüchtlinge nach ihrer ersten Ankunft in der EU schnell und effizient in die einzelnen Mitgliedstaaten umgesiedelt werden. Zu diesem Zweck sind finanzielle Unterstützung der EU und organisatorische Unterstützung durch die EU-Asylagentur erforderlich. Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, müssen wirksam in ihr Herkunftsland rückgeführt werden, sofern ihr Herkunftsland als sicher gilt.

Wir empfehlen dies, weil die Asylverfahren derzeit zu langwierig sind und sich von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterscheiden können. Durch die Beschleunigung der Asylverfahren verbringen Flüchtlinge weniger Zeit in vorübergehenden Unterkünften, bis die endgültige Entscheidung getroffen ist. Asylsuchende können schneller integriert werden.

35. Wir empfehlen eine starke finanzielle, logistische und operative Unterstützung der EU für die Verwaltung der Erstaufnahme, die möglicherweise zur Integration oder Rückführung irregulärer Migranten führt. Empfänger dieser Unterstützung sind die EU-Grenzstaaten, die die Last des Zustroms tragen.

Aufgrund ihrer geografischen Lage sind einige  Mitgliedstaaten am stärksten vom Zustrom von Migranten betroffen.

36. Wir empfehlen, das Mandat der EU-Asylagentur zu stärken, um eine gerechte Verteilung der Asylbewerber in den Mitgliedstaaten zu erreichen. Um dies zu erreichen, müssen die Bedürfnisse dieser Asylbewerber sowie die logistischen und wirtschaftlichen Kapazitäten der Mitgliedstaaten und ihre Bedürfnisse auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigt werden.

Eine zentral koordinierte und verwaltete Verteilung der Asylbewerber, die von den Mitgliedstaaten und ihren Bürgern als gerecht angesehen wird, trägt dazu bei, chaotische Situationen und soziale Spannungen zu vermeiden und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken.

Teilbereich 5.2 – Gemeinsamer Ansatz für das Asylrecht

37. Wir empfehlen, entweder eine umfassende EU-Institution zu schaffen oder die EU-Asylagentur zu stärken, damit sie EU-weit Asylanträge bearbeiten und auf der Grundlage einheitlicher Standards entscheiden kann. Diese Agentur sollte auch für die gerechte Verteilung der Flüchtlinge zuständig sein. Sie sollte auch sichere und unsichere Herkunftsstaaten definieren und für die Rückführung von Asylbewerbern, deren Antrag abgelehnt wurde, zuständig sein.

Die derzeitige Asylpolitik ist durch unklare Zuständigkeiten und unterschiedliche Standards in den EU-Mitgliedstaaten gekennzeichnet. Die Asylverfahren werden daher in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich behandelt. Darüber hinaus übt die Asylagentur der Europäischen Union derzeit nur eine Einflussnahmebefugnis aus. Sie kann die Mitgliedstaaten nur in Asylfragen beraten.

38. Wir empfehlen die unverzügliche Einrichtung spezialisierter Asylzentren für unbegleitete Minderjährige in allen EU-Mitgliedstaaten. Ziel ist es, Minderjährige entsprechend ihren besonderen Bedürfnissen und so schnell wie möglich aufzunehmen und zu betreuen.

Wir geben diese Empfehlung ab, weil:

- 1) Viele Minderjährige sind wahrscheinlich traumatisiert (weil sie aus Konfliktgebieten kommen);
- 2) unterschiedliche Kinder haben unterschiedliche Bedürfnisse (je nach Alter, Gesundheit usw.);
3. würde diese Empfehlung umgesetzt, so würde sichergestellt, dass schutzbedürftige und traumatisierte Minderjährige so schnell wie möglich die erforderliche Versorgung erhalten;
- 4) Diese Minderjährigen sind zukünftige europäische Bürger und sollten daher, wenn sie angemessen behandelt werden, einen positiven Beitrag zur Zukunft Europas leisten.

39. Wir empfehlen ein gemeinsames, schnelles und transparentes System für die Bearbeitung von Asylanträgen. Dieses Verfahren sollte Mindeststandards vorsehen und in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen angewandt werden.

Wir geben diese Empfehlung ab, weil:

- 1) wenn diese Empfehlung umgesetzt würde, wäre die Bearbeitung von Asylanträgen schneller und transparenter;
- 2) Langsamkeit der derzeitigen Verfahren führt zu Illegalität und Kriminalität;
3. Zu den in unserer Empfehlung vorgesehenen Mindeststandards sollten die Achtung der Menschenrechte, die Gesundheit und der Bildungsbedarf von Asylbewerbern gehören;
4. Die Umsetzung dieser Empfehlung würde zu einem besseren Zugang zu Beschäftigung und Selbstversorgung führen, was einen positiven Beitrag zur europäischen Gesellschaft leisten würde. Asylsuchende mit legalisiertem Beschäftigungsstatus sind weniger anfällig für Missbrauch in ihrem Arbeitsumfeld; dies könnte nur die Integration aller betroffenen Personen fördern;
5. Längere Aufenthalte in Asylzentren wirken sich nachteilig auf die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden der Insassen aus.

40. Wir empfehlen dringend, alle Abkommen und Rechtsvorschriften, die Asyl und Einwanderung in Europa regeln, umfassend zu überarbeiten. Wir empfehlen einen gesamteuropäischen Ansatz.

Wir geben diese Empfehlung ab, weil:

- 1) Seit 2015 sind alle bestehenden Vereinbarungen nicht durchsetzbar, unpraktisch und ungeeignet.

2. Die EU sollte als die wichtigste "Agentur" betrachtet werden, die für alle anderen Agenturen und NRO zuständig ist, deren Aufgabe es ist, sich direkt mit Asylfragen zu befassen.
3. Die Mitgliedstaaten, die am stärksten unter der Situation leiden, sind diejenigen, die weitgehend allein mit dem Problem zu kämpfen haben. Die „à la carte“-Entscheidungen einiger Mitgliedstaaten vermitteln kein einheitliches Bild.
4. neue gezielte Rechtsvorschriften würden die Zukunft aller Asylbewerber verbessern und die Einheit Europas stärken;
5. Die Lücken in den geltenden Rechtsvorschriften führen zu Konflikten und mangelnder Harmonisierung in ganz Europa und führen zu einer zunehmenden Intoleranz der europäischen Bürger gegenüber Migranten.
6. Strengere und sachdienlichere Rechtsvorschriften würden die Kriminalität und den Missbrauch des derzeitigen Asylsystems verringern.

Anlage: SONSTIGE EMPFEHLUNGEN DES PANELS, DIE NICHT ANGENOMMEN WERDEN

Achse 1: Selbstversorgung und Stabilität

Teilbereich 1.1 – Autonomie der EU

Auf Antrag der Entwicklungsländer empfehlen wir, dass Interventionsprogramme für die wirtschaftliche Entwicklung auf der Grundlage von Partnerschaften, die auf die Bedürfnisse jedes Landes zugeschnitten sind, und/oder auf der Grundlage von Handelsabkommen ausgearbeitet werden. Um dies zu erreichen, muss zunächst das wirtschaftliche Potenzial der betreffenden Länder bewertet und ihnen dann wirtschaftliche Unterstützung und die notwendige berufliche Bildung gewährt werden.

Dies würde zu größerer industrieller Unabhängigkeit führen und die allgemeine Migrationssituation durch die Schaffung von Arbeitsplätzen verbessern; Dies würde auch zu besseren Handelsabkommen in Entwicklungsländern führen.

Schwerpunkt 2: Die EU als internationaler Partner

Teilbereich 2.1 – Ethische Perspektive der Handelsbeziehungen

Wir empfehlen der EU, Vorschriften einzuführen, die Unternehmen verpflichten, ihre Lieferkette zu prüfen und regelmäßig einen umfassenden Prüfbericht vorzulegen, sowie Bestimmungen zur Belohnung oder Beschränkung von Einfuhren auf der Grundlage ethischer Kriterien. Die Unternehmen sollten je nach Größe einen internen und/oder externen Prüfbericht vorlegen.

Der ethische Aspekt des Handels mit der EU muss weiterentwickelt werden. Dies kann erreicht werden, indem die Aktivitäten von Unternehmen in internationalen Lieferketten überwacht werden und Unternehmen ermutigt werden, sich nach ethischen Kriterien zu verhalten, beispielsweise in Bezug auf gefährliche Produkte, Rechte und Arbeitsbedingungen, Kinderarbeit und Umweltschutz. Diese Empfehlung würde nicht für Online-Produkte gelten, die direkt vom Verbraucher gekauft werden.

Schwerpunkt 3: Eine starke EU in einer friedlichen Welt

Teilbereich 3.1 – Sicherheit und Verteidigung

Wir empfehlen, die derzeitige europäische Sicherheitsarchitektur im Hinblick auf die Schaffung einer gemeinsamen EU-Armee zu überdenken, um sie zu einer effizienteren und leistungsfähigeren supranationalen Struktur mit verbesserten Fähigkeiten zu machen. Zu diesem Zweck sollten die nationalen Streitkräfte schrittweise zusammengelegt und umgestaltet werden. Ziel ist es, dass diese Verschmelzung der militärischen Fähigkeiten der gesamten Europäischen Union auch die langfristige europäische Integration fördert. Die Schaffung einer gemeinsamen EU-Armee würde auch ein neues Kooperationsabkommen mit den EU-Mitgliedstaaten und den nichteuropäischen NATO-Mitgliedern erfordern.

Wenn diese Empfehlung umgesetzt wird, sind wir der Ansicht, dass die militärischen Strukturen in der Europäischen Union kosteneffizienter werden und besser in der Lage sein werden, bei Bedarf zu reagieren und zu handeln. Dieser integrierte Ansatz würde die Fähigkeit der Europäischen Union stärken, in kritischen Situationen entschlossen und koordiniert zu handeln.

Achse 4: Auswanderung aus menschlicher Sicht

Teilbereich 4.1 – Beseitigung der Auswanderungsursachen

Wir empfehlen der EU, im Vorfeld der nächsten Migrationskrise, der Klimaflüchtlingskrise, ein Handlungsprotokoll zu erstellen. Im Rahmen dieses Protokolls muss die EU die Definition von Flüchtlingen und Asylbewerbern auf vom Klimawandel betroffene Personen ausweiten. Da das Herkunftsland vieler Migranten unbewohnbar geworden ist, muss das Protokoll auch sicherstellen, dass neue Verwendungsmöglichkeiten für die vom Klimawandel betroffenen Gebiete gefunden werden, um Menschen zu unterstützen, die diese Gebiete verlassen haben. So könnten beispielsweise überflutete Gebiete für die Errichtung von Windparks genutzt werden.

Wir machen diese Empfehlung, weil wir alle für die Klimakrise verantwortlich sind. Wir haben also eine Verantwortung gegenüber denen, die am stärksten betroffen sind. Auch wenn wir weder Prognosen noch konkrete Daten über zukünftige Flüchtlinge haben, wird der Klimawandel zweifellos Millionen von Menschen betreffen.

Teilbereich 4.2 – Menschliche Überlegungen

Wir empfehlen, unverzüglich legale und humanitäre Routen und Transportmittel zu stärken und zu finanzieren, damit sich Flüchtlinge in organisierter Weise aus Krisengebieten bewegen können. Ein besonderes System für die Sicherheit der europäischen Straßen sollte von der eigens zu diesem Zweck geschaffenen Stelle eingerichtet und geregelt werden. Diese Agentur muss gemäß dem Gesetzgebungsverfahren eingerichtet werden und über eigene Sonderbefugnisse verfügen, die in ihrer Geschäftsordnung festgelegt sind.

Menschenhandel und Schleuserkriminalität sind ernste Fragen, die angegangen werden müssen. Unsere Empfehlung würde diese Bedenken sicherlich verringern.

Teilbereich 4.3 – Grenzen

Wir empfehlen eine EU-Richtlinie, die sicherstellt, dass jeder Lebensraum in jedem Mitgliedstaat nicht mehr als 30 % Einwohner aus Drittländern hat. Dieses Ziel sollte bis 2030 erreicht werden, und die EU-Mitgliedstaaten müssen Unterstützung bei der Umsetzung dieses Ziels erhalten.

Wir empfehlen dies, weil eine gerechtere geografische Verteilung zu einer besseren Akzeptanz der Migranten durch die lokale Bevölkerung und damit zu einer besseren Integration führen wird. Dieser Prozentsatz geht auf eine kürzlich in Dänemark erzielte politische Einigung zurück.

II A– Nationale Gremien: Belgien



Hier finden Sie alle Empfehlungen der 50 Bürgerinnen und Bürger des Bürgerforums, das unter der Schirmherrschaft der Vizepremierministerin und Ministerin für auswärtige Angelegenheiten Sophie Wilmès als Beitrag der belgischen Bundesregierung zur Konferenz über die Zukunft Europas organisiert wurde. Das Thema der Podiumsdiskussion lautete "Wie können die Bürgerinnen und Bürger stärker in die europäische Demokratie eingebunden werden?". Das Thema dieses Gremiums ist sich zwar sehr wohl bewusst, dass die Konferenz einen breiteren Anwendungsbereich als nur EU-Angelegenheiten hat, verdeutlicht jedoch, warum so viele ausdrückliche Verweise auf die EU und ihre Organe gemacht werden. Gegebenenfalls wird auf Europa im Allgemeinen Bezug genommen.

Um alle Beiträge der Bürgerinnen und Bürger widerzuspiegeln, enthält dieser Bericht alle Empfehlungen, auch diejenigen, die in der Schlussabstimmung über alle Empfehlungen nicht die einfache Mehrheit erreicht haben. Sie sind aufgrund des Prozentsatzes in **Rot und Fett deutlich erkennbar**. In anderen Fällen stehen einige Forderungen im Widerspruch zueinander, und selbst bei den letzten Wahlen blieben die Bürger in Bezug auf sie unschlüssig. Diese Empfehlungen sind erkennbar, da sie *kursiv gedruckt sind*. Bei einer einzigen Empfehlung war die Aufteilung so klar, dass die Abstimmung mit einem „ex aequo“ endete, was **in Orange und Fettdruck** angegeben ist. Die Bürgerinnen und Bürger stimmen darin überein, dass die Meinungen zu diesen Empfehlungen unterschiedlich waren. Sie schlagen daher vor, dass die Organe des CoFE und die EU-Organe bei der Umsetzung dieser Empfehlungen wachsam sein sollten, da es eine Form der Trennung auf der Grundlage der Abstimmung gibt.

1. Kommunikation

Probleme	Empfehlungen	Unterstützt von (%)
1. EU-Mitteilung nicht zufriedenstellend	1.1 Wir schlagen vor, ab der dritten Stufe der Grundschule Kurse über die Europäische Union in die Schullaufbahnen zu integrieren. Ziel ist es, alle Bürger zu erreichen und das Wissen über die Europäische Union zu verbessern.	88.4%
	1.2 Die Europäische Union und insbesondere die Kommission sollten den Bildungsministerien der einzelnen Mitgliedstaaten Unterrichtsmaterial über die Funktionsweise Europas zur Verfügung stellen. Neben Erläuterungen zu Arbeitsweise, Zusammensetzung und Befugnissen der Organe sollten diese Schulungen auch einen kurzen Überblick über die Geschichte der europäischen Integration bieten. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Verwendung einer verständlichen, verständlichen und zugänglichen Sprache sowie von Lehrmitteln wie Dokumentarfilmen, Clips oder Schulfernsehprogrammen in allen 24 Sprachen gewidmet werden.	95.0%
2. Das europäische Projekt bleibt den Bürgern fremd	2.1 Wir schlagen den EU-Organen vor, in ihrer Mitteilung besser zu erläutern, was in den Zuständigkeitsbereich der EU fällt, aber auch, was nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fällt.	97.6%
	2.2 Die Europäische Union sollte in ihre Mitteilung bekannte Beispiele aus dem Alltag der Europäerinnen und Europäer aufnehmen. Diese Erklärungen sollten in den Mitgliedstaaten durch Vereinbarungen zwischen den europäischen Institutionen und den nationalen öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern verbreitet werden, um ein breites Publikum zu erreichen.	80.5%
	2.3 Darüber hinaus sollten Staatsangehörige der Mitgliedstaaten regelmäßig über die Rolle der Europäischen Union in anderen Mitgliedstaaten informiert werden, z. B. durch Videoclips. Auf diese Weise würden die Vor- und Nachteile Europas in den Debatten über die Zukunft Europas besser berücksichtigt.	85.7%
	2.4 Um die europäische Identität zu stärken, schlagen wir vor, regelmäßig Informationen über das Leben der Europäerinnen und Europäer ohne die EU und ihre konkreten Errungenschaften in Erinnerung zu rufen und zugänglich zu machen.	92.7%
	2.5 Außerdem schlagen wir vor, den Europatag (9. Mai) zu einem europäischen Feiertag für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger zu machen.	81.4%
	2.6 Wir empfehlen den EU-Organen, die Informationen zu den auf europäischer Ebene behandelten vorrangigen Themen weiter zu vereinfachen, zu verstehen und zugänglich zu machen.	97.6%
	2.7 Wir empfehlen, dass die Europäische Union für jedes Land ein Dashboard mit den EU-Mitteln für jedes vorrangige Thema	93.0%

	vorlegt. All diese Informationen sollten über die Website der Europäischen Union zugänglich sein.	
	2.8 Wir empfehlen, dass die Europäische Union eine klare Darstellung der laufenden legislativen Arbeiten vorlegt. All diese Informationen sollten über die Website der Europäischen Union zugänglich sein.	90.7%
	2.9 Wir wollen, dass die europäischen Institutionen für die Europäer zugänglicher werden. Ihre Teilnahme an den Debatten auf den Tagungen des Europäischen Parlaments sollte erleichtert werden.	79.0%
	2.10 Wir empfehlen, die Teilnahme am Erasmus-Programm auf alle Studierenden unabhängig von ihrem Bildungsweg (berufliche Technik, duale Ausbildung) auszuweiten. Alle sollten an einem europäischen Austausch teilnehmen können.	79.5%
	2.11 Wir empfehlen, den Erwerbstätigen die Möglichkeit zu geben, von europäischen Austauschprogrammen zu profitieren, unabhängig von der Branche, auch für lokale Unternehmen. Alle sollten an einem europäischen Austausch teilnehmen können.	83.7%
	2.12 Wir empfehlen die Einführung von Kursen zur Unionsbürgerschaft für alle europäischen Bürger.	83.7%
3. Die EU-Rechtsvorschriften werden in den Mitgliedstaaten unterschiedlich angewandt.	3.1 Wir empfehlen, dass die EU häufiger von Rechtsvorschriften Gebrauch macht, die in den Mitgliedstaaten unmittelbar anwendbar sind. Dies würde die nationalen Unterschiede bei der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften verringern und das europäische Projekt schwächen. Auf diese Weise könnten auch die wichtigsten europäischen Errungenschaften wie der Binnenmarkt, der Euro und der Schengen-Raum aufgewertet werden.	81.4%
4. Die europäische Demokratie ist bedroht.	4.1 Wir empfehlen, dass in der Mitteilung der EU über die europäische Demokratie unermüdlich und unmissverständlich darauf hingewiesen wird, was sie für die Europäerinnen und Europäer in Europa bedeutet.	78.0%
	4.2 Die Werte und Grundsätze der EU-Verträge, die die Mitgliedstaaten bei ihrem Beitritt unterzeichnet haben, sind unumkehrbar. Ihr Schutz muss weiterhin gewährleistet sein.	81.0%
	4.3 Der Schutz der Werte und Grundsätze der Verträge wird vom Europäischen Gerichtshof gewährleistet und darf von den Mitgliedstaaten nicht in Frage gestellt werden.	81.0%
5. Informationen über die EU sind schwer zugänglich und schwer verständlich	5.1 Wir empfehlen, die Überprüfung von Informationen über EU-Angelegenheiten zu verstärken. Diese von den Organen verbreiteten und überprüften Informationen müssen für die europäische Öffentlichkeit und die nationalen Medien der einzelnen Mitgliedstaaten leicht zugänglich sein.	83.3%
6. Nationale	6.1 Die EU muss auch im Alltag der Europäerinnen und Europäer	85.7%

Medien vermitteln oft ein negatives Bild von der EU	stärker präsent sein, indem sie proaktiver kommuniziert. (z. B. durch Sponsoring insbesondere kultureller Veranstaltungen, die die Bürgerinnen und Bürger zusammenbringen und stolz darauf machen, EU-Bürger zu sein. Die Erstellung von Reportagen und Teasern würde es den Europäerinnen und Europäern auch ermöglichen, Zugang zu Kontextbezogenen Informationen über die EU zu erhalten).	
7. Die Bürgerinnen und Bürger kennen nicht, wer sie im Europäischen Parlament vertritt.	7.1 Wir empfehlen den Abgeordneten, sich vor allem außerhalb der Wahlperioden in ihrem Heimatland bekannter zu machen. Sie müssen zugänglicher sein. Die Gründe für ihre Abstimmungen im Europäischen Parlament müssen den europäischen Bürgern über die Website der Europäischen Union leichter zugänglich gemacht werden.	92.7%
	7.2 Wir empfehlen den nationalen politischen Parteien, dafür zu sorgen, dass die Kandidaten auf den bei den Wahlen zum Europäischen Parlament vorgelegten Listen verjüngt werden. Ein solches Mandat darf nicht als Belohnung für gute und loyale Dienste in der nationalen Politik betrachtet werden.	74.4%
8. Die EU-Mitteilung ist zu einheitlich; Sie berücksichtigt nicht die Vielfalt der Bevölkerung.	8.1 Um ein ausreichend breites und abwechslungsreiches Publikum anzusprechen, empfehlen wir, dass die EU durch inklusive Kommunikation bereits in der Konzeptionsphase den schulischen Grad der betreffenden Personen und ihre möglichen Behinderungen berücksichtigt. Darüber hinaus empfehlen wir, Personen und Organisationen (Straßenpädagogen, Nachbarschaftsbeamte, ÖSHZ, Zivilgesellschaft) in die Übermittlung dieser Mitteilung einzubeziehen.	73.2%
	8.2 Um die Erwerbsbevölkerung zu erreichen, empfehlen wir, mehr in die Nutzung bestehender Kommunikationskanäle zu investieren, um regelmäßig geeignete Informationen über die EU bereitzustellen, z. B. durch Aufklärungsprogramme. Darüber hinaus empfehlen wir, sich auf Botschafter (sowohl Einzelpersonen als auch Organisationen) zu stützen, die das EU-Projekt fördern.	83.7%
	8.3 Um junge Menschen und Studierende zu erreichen, empfehlen wir, neben bestehenden Kanälen wie Bildung und einschlägigen Jugendbewegungen auch Botschafter hinzuzuziehen, die sich insbesondere an Influencer richten, die junge Menschen über soziale Medien erreichen können. Eine weitere Empfehlung wäre, einen europaweiten Wettbewerb zu veranstalten, um eine Comicfigur zu schaffen, die junge Menschen anspricht und ihnen europäische Botschaften vermittelt.	69.8%
	8.4 Für ältere Menschen empfehlen wir, die gleichen Kanäle zu nutzen wie für die Erwerbsbevölkerung. Darüber hinaus empfehlen wir, das richtige Gleichgewicht zwischen digitaler und nichtdigitaler Kommunikation (Presse, Radio, Präsenzveranstaltungen) zu finden, um den Bedürfnissen aller gerecht zu werden, auch derjenigen, die sich in einer digitalen	85.7%

	Umgebung weniger wohl fühlen, sowie derjenigen, die in der Gesellschaft weniger mobil sind.	
	8.5 Wir empfehlen, dass sich die EU über die Integrationskurse, die es bereits in vielen Mitgliedstaaten gibt, dazu verpflichtet, die „neuen Europäer“ (Personen, die über das eine oder andere Verfahren der legalen Einwanderung in der EU wohnhaft sind) einzubeziehen und ihnen die anderen traditionellen Kanäle, über die die EU kommuniziert, bekannt zu machen. Schließlich empfehlen wir auch, der lokalen Verbandswelt einen Platz zu geben.	76.7%
	8.6 Darüber hinaus empfehlen wir, die EU mit inklusiver Kommunikation auf die Straße zu bringen. So könnten beispielsweise (digitale) Werbetafeln sowie neue Kommunikationsmittel wie QR-Codes und traditionelle Mittel eingesetzt werden.	62.8%
	8.7 Weitere Empfehlungen wären eine visuellere Gestaltung der EU (durch kleine Filme oder Infografiken), die Schaffung einer europäischen Sportbewegung, um eine Verbindung/ein Zugehörigkeitsgefühl zu schaffen und die Bekanntheit der europäischen Hymne zu erhöhen.	68.2%

2. Desinformation

Probleme	Empfehlungen	Unterstützt von (%)
1. Das Risiko von Desinformation wächst in den Medien	1.1 Wir empfehlen, das Medienfinanzierungsmodell sowie die obligatorische Offenlegung von Einnahmequellen in klarer und zugänglicher Weise zu überarbeiten. Das Modell der Medienfinanzierung treibt sie in der Tat zum Sensationalismus und damit zur Veröffentlichung von Informationen, die aus ihrem Kontext stammen und sie in Desinformation verwandeln.	73.8%
	1.2 Wir empfehlen die obligatorische Nennung der Quellen durch die Medien, indem Links zur Verfügung gestellt werden, über die diese überprüft werden können. Andernfalls ist eine Information als ungeprüft zu kennzeichnen.	90.2%
	1.3 Wir empfehlen, dass die Europäische Regulierungsbehörde für die Bekämpfung von Desinformation (siehe Ziffer 2) auch für die Akkreditierung von Organisationen zuständig ist, die Informationen überprüfen („fact checkers“).	85.4%
	1.4 Wir empfehlen, in jedem Mitgliedstaat eine unabhängige Behörde einzurichten, die für die Überprüfung der Medienneutralität	75.6%

	zuständig ist. Diese Behörde sollte von der Europäischen Union finanziert und überwacht werden.	
	1.5 Wir empfehlen die Verbreitung von Informationen über die URL-Adressen der offiziellen Websites der Europäischen Union, um die Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die Herkunft der Informationen zu beruhigen.	90.2%
2. Viele Bürger zweifeln an Medienneutralität	2.1 Wir empfehlen die Einrichtung einer europäischen Regulierungsbehörde zur Bekämpfung von Desinformation. Diese Regulierungsbehörde habe u. a. die Aufgabe, die Kriterien für ein Neutralitätssiegel festzulegen und gegebenenfalls ein System von Sanktionen oder Anreizen im Zusammenhang mit der Einhaltung der Neutralitätsstandards zu schaffen. Alternativ könnte der Beitritt zu einer Ethik-Charta in Betracht gezogen werden. Das Siegel würde von der unabhängigen nationalen Behörde vergeben werden und den Maßnahmen der Medien zur Bekämpfung von Desinformation Rechnung tragen.	87.5%
	2.2 Wir empfehlen die Einrichtung einer europäischen „Hotline“, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, Desinformation über europäische (politische und wirtschaftliche) Kompetenzen zu melden.	82.1%
3. Die Bürgerinnen und Bürger sind sich der Risiken von Desinformation, denen sie ausgesetzt sind, nicht bewusst.	3.1 Wir empfehlen, dass Plattformen verpflichtet werden, klare und verständliche Informationen über die Risiken von Desinformation für ihre Nutzer zu veröffentlichen. Diese Informationen sollten automatisch übermittelt werden, sobald ein Konto eröffnet wird.	85.7%
	3.2 Wir empfehlen eine obligatorische Schulung zur Mediennutzung, die von klein auf an die verschiedenen Ebenen des Bildungssystems angepasst ist.	74.4%
	3.3 Wir empfehlen wiederholte EU-Kampagnen gegen Desinformation. Diese Kampagnen könnten mit einem Logo oder einem Maskottchen gekennzeichnet werden. Die Europäische Union könnte die sozialen Medien zwingen, diese durch die Verbreitung von Spots weiterzugeben.	87.5%
4. Die Mittel zur Bekämpfung von Desinformation sind unzureichend.	4.1 Wir empfehlen die Veröffentlichung von Informationen über die Algorithmen, mit denen die von den Nutzern der Plattformen empfangenen Nachrichten organisiert werden, in klarer und verständlicher Sprache.	83.3%
	4.2 Wir empfehlen, dass Benutzer Algorithmen, die	80.0%

	Verhaltensverzerrungen verstärken, auf einfache Weise deaktivieren können. Die Verpflichtung, Nutzern Zugang zu anderen Quellen zu gewähren, die unterschiedliche Standpunkte zu demselben Thema vertreten, könnte ebenfalls geprüft werden.	
	4.3 Wir empfehlen der EU, die Einrichtung einer Social-Media-Plattform zu unterstützen, die ihren eigenen Standards in Bezug auf Neutralität und die Bekämpfung von Desinformation entspricht. Alternativ könnte die mehrsprachige Plattform zur Unterstützung der Konferenz zur Zukunft Europas um neue Funktionen erweitert werden.	56.4%

3. Bürgerforen

Probleme	Empfehlungen	Unterstützt von (%)
1. Es ist schwierig, die Repräsentativität eines Bürgerforums zu gewährleisten. Letztlich ist nur ein kleiner Teil der Bevölkerung beteiligt.	1.1 Wir empfehlen, den jüngsten wissenschaftlichen Arbeiten zur deliberativen Demokratie in Bezug auf die Probenahme, Entwicklung und wissenschaftliche Validierung der Auswahlmethode zu folgen, um die bestmögliche Repräsentativität zu gewährleisten.	89.7%
	1.2 Wir empfehlen, dass genügend Personen am Tisch sitzen, um die Vielfalt der Meinungen und Profile zu gewährleisten, einschließlich – aber nicht beschränkt auf – Personen, die direkt von dem Thema betroffen sind.	90.2%
	1.3 Wir empfehlen, zusätzlich zu den eher traditionellen Kriterien wie Geschlecht, Alter, Wohnort oder Bildungsniveau das Kriterium der Elternschaft (d. h. ob die Person Kinder hat oder nicht?) in die Stichprobenkriterien aufzunehmen.	33.3%
	1.4 Wir empfehlen die Festlegung von Quoten pro geografischem Gebiet, d. h. die Festlegung, dass ein europäisches Bürgerforum aus X Personen pro europäischem geografischem Gebiet (noch zu bestimmen) bestehen muss, damit dieses Gremium wirklich als europäisch eingestuft und ordnungsgemäß beraten werden kann.	73.2%
	1.5 Wir empfehlen, die Bevölkerungsregister (oder deren Äquivalent, je nach Land) als primäre Datenbanken für die Auslosung zu verwenden, um allen die gleiche Chance zu geben, ausgewählt zu werden, und das Interesse an einem Thema in der Bevölkerung zu wecken.	70.0%
	1.6 Wir empfehlen, die Teilnehmer zu entschädigen, um	87.5%

	ihre Investition aufzuwerten und Personen anzuziehen, die nicht teilnehmen würden, wenn sie nicht entschädigt würden.	
	1.7 Wir empfehlen, zumindest folgende Angaben zu machen: weder zu viele noch zu komplizierte Informationen – vorab durch Präsentationen durch Experten, um sicherzustellen, dass sich auch Personen ohne Vorkenntnisse wohl fühlen, an den Diskussionen teilzunehmen.	82.9%
	1.7.2 Wir empfehlen, das Thema des Bürgerforums im Voraus zu kommunizieren, damit die Menschen wissen, zu welchem Thema sie sich zur Debatte verpflichten.	78.6%
	1.8 Wir empfehlen, keine Bürger zur Teilnahme zu verpflichten.	97.6%
	2.1 Wir empfehlen, dass die Sitzungen des Europäischen Bürgerforums im Hybrid-Format (Präsenz/Präsenz) stattfinden können. Personen, die sich nicht physisch bewegen können, könnten ebenso teilnehmen.	70.0%
2. Schwierigkeiten bei der Organisation eines europaweiten Forums.	2.2 Wir empfehlen der Europäischen Union, die Organisation von Bürgerforen (zu EU-Themen) auf verschiedene nationale Regierungsebenen zu delegieren, um den Zugang und die Organisation zu erleichtern.	69.0%
	2.3 Wir empfehlen, dass ein und dasselbe Thema von einem auf europäischer Ebene organisierten Gremium ausgewählt wird. Dies wird dazu führen, dass alle Teilnehmer das gleiche Thema diskutieren, unabhängig davon, woher sie in Europa kommen.	80.5%
3. Es sollte vermieden werden, dass das Bürgerforum für andere als die angegebenen Zwecke missbraucht wird.	3.1 Wir empfehlen, dass jeder Bürger ein Thema zur Diskussion stellen kann und dass dieses Recht nicht der politischen Welt oder der Welt der Lobbys vorbehalten ist.	82.1%
	3.2 Wir empfehlen, dass das Initiativrecht dem Europäischen Parlament zusteht, damit es das zu erörternde Thema festlegt und anschließend die Texte annimmt, die für die Weiterverfolgung der aus den Beratungen hervorgehenden Empfehlungen erforderlich sind.	63.4%
4. Es ist schwierig, festzulegen, wie der Prozess am besten organisiert werden kann, um die Bürgerinnen und Bürger besser zu vertreten.	4.1.1 Wir empfehlen die Einrichtung eines ständigen Bürgerforums neben dem Parlament, das bestimmte Aufgaben wahrnimmt. Er würde regelmäßig erneuert. Dies würde es ermöglichen, die Bürgerinnen und Bürger langfristig zusammenzubringen und sich Zeit für die Debatten zu nehmen. Die Zeit ermöglicht es, die Debatten zu nuancieren und einen Konsens zu erzielen. Neben diesem ständigen Gremium debattieren punktuelle Bürgerforen über die vom ständigen Gremium ausgewählten Themen. Wir schlagen vor, dem Modell der	54.8%

	Deutschsprachigen Gemeinschaft zu folgen.	
	4.1.2 Wir empfehlen, nur ein oder mehrere nichtständige europäische Bürgerforen einzurichten, die nur für einen bestimmten Zeitraum zusammenkommen, um ein bestimmtes Thema zu erörtern.	58.5%
	4.2 Wir empfehlen, bei dringenden Fragen keine europäischen Bürgerforen zu veranstalten, da genügend Zeit erforderlich ist, um die Qualität der Debatten zu gewährleisten.	63.4%
5. Allzu oft erhalten Bürgerinnen und Bürger, die an Initiativen der partizipativen Demokratie im Stil von Bürgerforen teilnehmen, weder kurzfristig noch langfristig Rückmeldung über die Folgemaßnahmen zu ihrer Arbeit.	5.1 Wir empfehlen, den Bürgerinnen und Bürgern eine Rückmeldung darüber zu geben, ob die im Rahmen der europäischen Bürgerforen abgegebenen Empfehlungen weiterverfolgt wurden (oder nicht). Werden die Empfehlungen nicht befolgt, müssen die beteiligten EU-Organe ihre Entscheidung begründen (z. B. fehlende Zuständigkeit). Zu diesem Zweck empfehlen wir die Erstellung regelmäßiger Zusammenfassungen während des gesamten Panelprozesses.	97.5%
	6.1 Wir empfehlen, Bürgerforen zu veranstalten, auch mit Kindern, um sie von klein auf (z.B. 10 bis 16 Jahre) für die Teilnahme und Debatte zu sensibilisieren. Das kann man in den Schulen organisieren.	59.5%

4. Volksabstimmungen

Probleme	Empfehlungen	Unterstützt von (%)
	0.1 Wir empfehlen, auf europäischer Ebene Volksabstimmungen über EU-Angelegenheiten abzuhalten.	73.3%
1. Die Kultur des Referendums ist von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich	1.1 Wir empfehlen, Forschungsarbeiten zu der Frage in Auftrag zu geben, wie eine gemeinsame Kultur des Referendums in Europa geschaffen werden kann.	70.7%
	1.2 Wir empfehlen, (von unabhängigen Sachverständigen) zu recherchieren, ob ein Referendum zu einem bestimmten Thema auf europäischer Ebene erforderlich und möglich ist.	77.5%
2. Die Formulierung der in einem Referendum	2.1 Wir empfehlen die Einsetzung eines wissenschaftlichen Ausschusses, der darüber nachdenken sollte, wie Fragen, die Gegenstand eines europäischen	87.2%

gestellten Frage kann negative Auswirkungen haben, ebenso wie die Tatsache, dass nur mit „Ja“ oder „Nein“ geantwortet werden kann, was häufig zu polarisierten Debatten und Gesellschaften führt.	Referendums sind, so objektiv wie möglich gestellt werden können.	
	2.2 Wir empfehlen, Multiple-Choice-Fragen zu stellen, die über die einfache Alternative zwischen „Ja“ und „Nein“ hinausgehen, um Nuancen oder sogar Bedingungen für „Ja“ und „Nein“ zu schaffen (d. h. „Ja, wenn ...“, „Nein, wenn ...“).	65.0%
	2.3 Wir empfehlen, leere Stimmen bei der Berechnung der Mehrheit (einfache Mehrheit oder absolute Mehrheit) nicht zu berücksichtigen. Es muss immer noch genügend Stimmen geben (das Quorum muss eingehalten werden).	75.0%
Auch die Auswahl des Themas ist heikel.	2.4.1 Wir empfehlen, dass eine Frage, die anlässlich eines EU-Referendums gestellt wird, in die Zuständigkeit der Europäischen Union fallen sollte.	87.5%
	2.4.2 Wir empfehlen, Themen auszuschließen, die zu Konflikten zwischen den Mitgliedstaaten führen könnten.	39.0%
	2.5 Wir empfehlen, dass auch technische und schwierige Fragen mit einer klaren Formulierung gestellt werden können, da die Menschen die Fähigkeit haben, ausreichend informiert zu werden.	77.5%
3. Das Referendum ist kein demokratisches Instrument, wenn nur die Politik entscheiden kann, ein solches zu organisieren.	3.1 Wir empfehlen, dass das Europäische Parlament ein Initiativrecht hat, um europäische Referenda zu organisieren, und dass es dann sein Ergebnis umsetzen kann (die Europäische Kommission und der Rat sollten folgen, ohne die Möglichkeit einer Blockade).	67.5%
	3.2 Wir empfehlen, dass die Initiative auch von den Bürgerinnen und Bürgern selbst ausgehen kann (z. B. nach ähnlichen Regeln wie bei der Europäischen Bürgerinitiative).	77.5%
	3.3 Wir empfehlen, dass die praktische Durchführung eines EU-Referendums von einem neutralen Gremium organisiert wird.	75.0%
4. Der konsultative oder verbindliche Aspekt des Referendums muss klar definiert werden.	4.1.1 Wir empfehlen, dass das Ergebnis eines europäischen Referendums nur dann verbindlich sein sollte, wenn bestimmte Bedingungen in Bezug auf die Wahlbeteiligung erfüllt sind.	92.7%
	4.1.2 Wir empfehlen, dass die Ergebnisse eines Referendums nur dann verbindlich sind, wenn bestimmte Mehrheiten erreicht werden (51/49, 70/30). Diese Bedingungen werden vor jedem Referendum festgelegt.	72.5%
	4.2 Wir empfehlen, dass das Ergebnis eines europäischen	47.5%

	Referendums verbindlich sein sollte, wenn die Initiative seiner Organisation von Bürgern ergriffen wurde (die zu diesem Zweck eine bestimmte Anzahl von Unterschriften gesammelt hätten), aber als Richtschnur dienen sollte, wenn die Initiative von einer politischen Institution ergriffen wurde.	
	4.3 Wir empfehlen, das Ergebnis eines EU-Referendums nur für bestimmte Themen verbindlich zu machen, jedoch nicht für solche, bei denen die Folgen der Abstimmung sehr schwerwiegend sein könnten.	40.0%
5. Die Bevölkerung wird oft wenig informiert, bevor sie in einem Referendum wählen muss. Gleichzeitig ist es von entscheidender Bedeutung, die übermittelten Informationen zu überwachen, um negative (interne oder ausländische) Einflüsse auf die Stimmabgabe zu vermeiden.	5.1 Wir empfehlen, dass die Bevölkerung vor einem EU-Referendum über die Auswirkungen des Abstimmungsergebnisses auf ihr tägliches Leben in Form von Broschüren, wie sie in der Schweiz durchgeführt werden, und/oder Informationsveranstaltungen klar informiert wird.	97.5%
	5.2 Wir empfehlen, für jedes europäische Referendum einen wissenschaftlichen Ausschuss einzurichten, der die Neutralität der übermittelten Informationen gewährleistet.	87.2%
6. Obwohl in einem Referendum die gesamte Bevölkerung aufgefordert wird, direkt zu entscheiden (im Gegensatz zum Bürgerforum), gibt es immer noch eine gewisse Abwesenheit, die mehr oder weniger groß ist.	6.1.1 Wir empfehlen, dass die Teilnahme an der Abstimmung in einem europäischen Referendum obligatorisch ist.	43.6%
	6.1.2 Wir empfehlen eine freiwillige Abstimmung in einem europäischen Referendum.	52.5%
	6.2 Zur Verringerung des Fernbleibens von der Wahl empfehlen wir, zusätzlich zur papiergestützten Stimmabgabe (oder sogar zusätzlich zu anderen Wahlmöglichkeiten wie der Briefwahl) die elektronische Stimmabgabe zu ermöglichen. E-Voting ist insbesondere für Urlauber interessant, und es regt auch weniger interessierte Menschen dazu an, zu wählen, da die Reisebeschränkungen nicht mehr bestehen.	90.0%
7. Allzu oft erhalten Bürger, die an Initiativen der partizipativen Demokratie im Referenda-Stil	7.1 Wir empfehlen, den Bürgerinnen und Bürgern eine Rückmeldung darüber zu geben, wie die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines europäischen Referendums weiterverfolgt wurde (oder nicht).	92.5%

teilnehmen, weder kurzfristig noch langfristig Rückmeldung über die Folgemaßnahmen zu ihrer Abstimmung.		
---	--	--

5. Bestehende Instrumente

5.1. Europawahlen.

Probleme	Empfehlungen	Unterstützt von (%)
1. Unterschiedliche Regelungen in den einzelnen Mitgliedstaaten	1.1 Wir schlagen eine obligatorische Teilnahme an der Abstimmung im Europäischen Parlament vor, jedoch mit ausreichenden Informationen, damit die Bürger die Gründe dafür verstehen können.	50.0%
	1.2 Unsere Empfehlung ist, die Regeln für die Wahlen zum Europäischen Parlament in allen Ländern, einschließlich des Mindestalters, so weit wie möglich zu vereinheitlichen.	87.2%
2. Es gibt keine ausreichende Vielfalt bei den Kriterien Alter, Herkunft und Geschlecht der Europäer.	2.1.1 Wir schlagen vor, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments jeden Alters und jeder Herkunft sein sollten.	82.1%
	2.1.2 Wir schlagen vor, dass sich die Abgeordneten bewusst für eine europäische Laufbahn entscheiden und nicht nur, weil sie am Ende ihrer Laufbahn stehen.	82.5%
	2.1.3 Wir schlagen eine ausgewogene Geschlechterverteilung in den Mechanismenlisten des Reißverschlusses vor.  Die EU muss diese Kriterien festlegen und überprüfen, ob sie in der Quotenzusammensetzung eingehalten werden. Wenn ein Kandidat sein Mandat ablehnt, wird der nächste Kandidat in der Reihenfolge seiner Präferenz und seines Geschlechts seinen Platz einnehmen.	82.5%
	2.1.4 Wir empfehlen, dass Kandidaten auf europäischen Listen ihr Mandat ausüben, wenn sie gewählt werden.	89.2%
3. Wir stimmen für das Europäische Parlament und haben kein Mitspracherecht bei der Zusammensetzung des Ausschusses.	3.1 Wir schlagen eine Vertragsänderung vor, mit der die größte Partei im Europäischen Parlament den Präsidenten der Europäischen Kommission ernennen kann.	48.6%
	3.2 Wir empfehlen, die Zusammensetzung der Europäischen Kommission nach bestimmten Grundregeln transparenter zu gestalten, damit die Zusammensetzung die Stimme des Bürgers widerspiegelt und der Bürger weiß, wie die Auswahl verlaufen ist.	88.9%
4. Es gibt nicht viele	4.1 Wir schlagen vor, dass die europäischen Kandidaten mit ihren Zielen und ihrem Programm über verschiedene Kanäle vor Ort	84.2%

Informationen über die Kandidaten, es ist nicht viel über sie und ihr Programm sowie über die politische Fraktion, die sie im Europäischen Parlament vertreten werden, bekannt.	konkreter auftreten (Mitteilung).	
---	-----------------------------------	--

5.1.2 Europäischer Bürgerbeauftragter

Probleme	Empfehlungen	Unterstützt von (%)
1. Die Website in anderen Sprachen als Englisch enthält nur Informationen in englischer Sprache auf den ersten beiden Seiten. Dies schafft eine Barriere für Bürger, die Englisch nicht beherrschen	1.1 Wir schlagen vor, die Informationen auf der Startseite in die Sprache jedes Bürgers zu bringen und die Nachrichten in englischer Sprache an anderer Stelle auf der Website zu veröffentlichen, falls sie nicht übersetzt werden können.	89.2%
2. Der Ombudsmann ist nicht an der Sanktion und der möglichen Entschädigung des Beschwerdeführers beteiligt	2.1 Wir schlagen vor, dass der Ombudsmann Teil des Prozesses der Suche und Implementierung der Lösung/Sanktion/Schadensersatz ist und eine Stimme im Kapitel hat.	71.1%
3. Die Zeit ist manchmal sehr lang für die Validierung der Registrierung auf der Website (Validierungs-E-Mail) Es dauert manchmal 24 Stunden und demoralisiert den Bürger, der zu etwas anderem übergeht.	3.1 Wir schlagen vor, ein sofortiges Validierungssystem einzuführen.	47.4%
4. Wenn wir eine Beschwerde einreichen, wird uns die Frage gestellt: Haben Sie alle möglichen Verfahren angewendet? Der Bürger kennt nicht immer alle Verfahren und kann die Frage nicht beantworten.	4.1 Wir schlagen vor, einen Link zu einer einfachen Darstellung/Erklärung anderer Verfahren aufzunehmen.	89.5%
5. Die Website des Ombudsmanns ist gut	5.1 Wir schlagen vor, die grafische Gestaltung der Website zu überarbeiten und sie stärker an die der EU	78.4%

gemacht, aber nicht europäisch, was Fragen für den Bürger aufwirft (bin ich auf der richtigen Website, ist es glaubwürdig? ...).	anzupassen (erster Ratschlag: die EU-Flagge nach oben zeigen). Es muss beim ersten "Klick" klar sein, dass sich der Bürger auf der Website des Bürgerbeauftragten der Institutionen befindet.	
--	---	--

5.1.3 Öffentliche Konsultation

Probleme	Empfehlungen	Unterstützt von (%)
1. Die Website der Konsultationen hat sich geändert, und der Bürger wird in erster Instanz an eine veraltete Website geschickt. Man muss suchen, um die Adresse der neuen Website zu finden.	1.1. Wir schlagen vor, die alte Website zu löschen und zuerst auf die neue Website zu verweisen.	81.6%
2. Der Fahrplan (Englisch) und die Stellungnahmen (Sprache des Bürgers als Redakteur) einer Konsultation werden nicht in die Sprache des Bürgers als Leser übersetzt.	2.1. Wir empfehlen dringend, den Fahrplan in die Sprache des Bürgers zu übersetzen. Die englischsprachige Roadmap blockiert jeden Bürger, der die Anglaise seiner Teilnahme nicht beherrscht.	81.6%
	2.2. Wir schlagen vor, bei jeder Bewertung eine Registerkarte/ein Symbol für "automatische Übersetzung" zu setzen, die mit einer Open-Source-Übersetzungs-Engine wie Google Translate oder Deepl verknüpft ist.	65.8%
3. Sie müssen abonnieren, um die Konsultation zu verfolgen	3.1. Wir bieten an, die Prozessverfolgung automatisch an jede Person zu senden, die reagiert hat, mit der Möglichkeit, sich abzumelden.	89.5%
4. Wir wissen nicht, ob die Anzahl der Stellungnahmen in einem bestimmten Sinne den Ausschuss beeinflusst oder ob ähnliche Stellungnahmen als eine einzige Stellungnahme betrachtet werden (Gewichtung oder nicht). Wenngleich die Zahl der Stellungnahmen in gewisser Weise zählt, sind wir besorgt über das Gewicht der Lobbyisten/Aktivisten/Großunternehmen bei den Konsultationen und über die von der EU ergriffenen	4.1. Wir empfehlen, auf der Website klare Informationen darüber zu veröffentlichen.	81.6%
	4.2. Wenn sich die Anzahl der Stellungnahmen in einer Richtung auswirkt, empfehlen wir die Einrichtung eines Systems, das Lobbyisten/Aktivisten/Großunternehmen usw. herausfiltern kann, um ihnen kein übermäßiges Gewicht zu verleihen.	60.5%
	4.3. Wir empfehlen, eine KI-Software zu entwickeln, die unterschiedliche Bewertungen klassifiziert und gegenteilige oder positive Bewertungen zählt.	47.4%
	4.4. Wir schlagen vor, Brücken zwischen Bürgern und	62.2%

Maßnahmen im Verhältnis zu den Bürgern und der Vereinigungswelt.	(militärischen) Verbänden zu bauen: Orte, an denen die Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung äußern können, in Form von "Europahäusern", die dazu beitragen könnten, die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene zu verbreiten. Diese Orte sollten an verschiedenen Orten, auf lokaler Ebene, angesiedelt und verlagert werden.	
5. Das Mitteilungsformular ist unklar: Es gibt eine offene Frage und einen Fragebogen. Welche Rolle spielt jedes Dokument, was muss es erfüllen?	5.1 Verdeutlichen Sie diese Informationen auf der Website.	81.6%
6. Es gibt zu viele Kompetenzniveaus in Bezug auf Werkzeuge	6.1 Wir schlagen die Einrichtung eines Dispatching-Zentrums vor, das es ermöglicht, Anfragen an die zuständige Regierungsebene weiterzuleiten.	78.9%

5.1.4 Europäische Bürgerinitiative

Problematik	Empfehlungen	Unterstützt von (%)
1. Bürger, die kein Internet haben, sind schwieriger zu erreichen.	1.1 Wir schlagen vor, dass lokale Behörden oder Bibliotheken, die von der Regierung unabhängig sind, an der Verbreitung dieser Initiative und der Sammlung von Unterschriften beteiligt werden können. Sowohl elektronisch als auch auf Papier. Die EU sollte eine Bestandsaufnahme des Netzes nach Ländern vornehmen und es den Initiatoren zur Verfügung stellen.	71.1%
2. Die Zahl der Länder, die teilnehmen müssen, ist zu gering, um eine ausreichende Unterstützung zu erhalten.	2.1 Wir schlagen vor, die Zahl der Länder, aus denen Unterschriften gesammelt werden, auf 13 zu erhöhen, um den Vorschlag stärker zu unterstützen. Die Anzahl der Unterschriften muss im Verhältnis zur Einwohnerzahl eingehalten werden.	64.9%
3. Die Kosten und der Aufwand für das Sammeln von Unterschriften sind hoch	3.1 Wir schlagen vor, dass EU-Mittel zur Unterstützung dieser Initiativen bereitgestellt werden.	71.1%
	3.2 Wir schlagen vor, ein Gremium einzurichten, um die Koordinierung zwischen den verschiedenen Ländern zu erleichtern.	75.7%
4. Das Verfahren ist für die Bürger komplex.	4.1 Wir schlagen vor, einen Helpdesk einzurichten, um den Bürgern zu helfen, die Verfahren zu ergänzen.	83.8%
5. Das Ergebnis der Bürgerinitiative ist unklar.	5.1 Wir schlagen vor, die Europäische Kommission zu verpflichten, den Vorschlag zu erörtern und daran zu arbeiten, ihn weiterzuverfolgen, und nicht nur zu antworten und den	100.0%

	Eingang zu bestätigen. Beschließt die Kommission, auf den Vorschlag nicht einzugehen, muss sie dies begründen.	
	5.2 Wir schlagen vor, bei Erhalt einer Europäischen Bürgerinitiative eine Konsultation der Bürgerinnen und Bürger durchzuführen, um ihre Meinung dazu einzuholen, bevor der Ausschuss Folgemaßnahmen ergreift. Dies würde verhindern, dass es nur extreme Meinungen/Abstimmungen für die Initiative und die Meinung von Personen gibt, die nicht unterschrieben haben. Wenn alle Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung äußern, wird der Vorschlag auf EU-Ebene und auf EU-Ebene mehr Gewicht haben.	55.3%

5.1.5 Petitionsrecht

Problematik	Empfehlungen	Unterstützt von (%)
1. Die Europäische Kommission hat die endgültige Entscheidung, es gibt keine Gewissheit über das Ergebnis	1.1 Wir schlagen vor, dass der Ausschuss der Empfehlung des Europäischen Parlaments folgt.	81.1%
2. Es gibt wenig Transparenz über den Prozess und die Begründung der Entscheidung.	2.1 Wir schlagen vor, die Person, die die Petition einreicht, regelmäßig über den Fortschritt und die Entscheidungen auf dem Laufenden zu halten. Die endgültige Schlussfolgerung ist ebenfalls zu begründen.	94.4%
3. Für die Bürgerinnen und Bürger ist es schwierig, die Notwendigkeit neuer Rechtsvorschriften nachzuweisen.	3.1 Unsere Empfehlung lautet, dass eine Petition auch als Instrument genutzt werden sollte, um die Notwendigkeit neuer Rechtsvorschriften aufzuzeigen.	78.4%

II B Nationale Panels: Frankreich



Conférence
sur l'**avenir**
de l'**Europe**

L'avenir est **entre** **vos mains**

Contribution citoyenne à
la Conférence sur l'avenir
de l'Europe

Dieses Dokument ist eine Zusammenfassung des von Frankreich organisierten Berichts über den „Bürgerbeitrag zur Konferenz zur Zukunft Europas“. Die vollständige Fassung des Berichts in französischer Sprache ist unter folgendem Link abrufbar:

<https://participation-citoyenne.gouv.fr/sites/default/files/2021-11/20211126%20-%20COFE%20-%20Bericht%20final.pdf>



WAVESTONE



Zusammenfassung

II B Nationale Panels: Frankreich 197

Einleitung 199

Vorstellung der wichtigsten Ergebnisse 202

Präsentation der Panels der Regionalkonferenzen 204

Methodische Verpflichtungen und Voreingenommenheit 206

Erster Teil: Vorstellung der Ergebnisse der regionalen Konferenzen zur Zukunft Europas 212

Zweiter Teil: Präsentation der Ergebnisse der Vernehmlassung "Wort an die Jugendlichen" 223

Schlussfolgerung 227

1. Leitprinzipien für den Organisationsprozess des Gremiums 236

2. Teilnehmerauswahl und Teilnahmemodalitäten 237

3. Organisation des Panels 240

4. Arbeitsprogramm 240

5. Empfehlungen 242

Stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung 242

Europa in der Welt 247

6. Abschließende Bewertung durch die Teilnehmer 249

Einleitung

Die Konferenz zur Zukunft Europas ist eine beispiellose Bürgerbeteiligung, bei der die Bürgerinnen und Bürger der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union konsultiert werden, um sie wieder in den Mittelpunkt der Entscheidungen zu stellen, die in den kommenden Jahren und Jahrzehnten getroffen werden. Die Bürgerinnen und Bürger der EU werden aufgefordert, sich Gehör zu verschaffen und Veränderungen und konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, die es Europa ermöglichen, neue Ambitionen zu entwickeln und die globalen Herausforderungen zu bewältigen, vor denen es heute steht.

Die französische Regierung unterstützt die Initiativen des Dreivorsitzes der Konferenz zur Zukunft Europas, indem sie insbesondere ihre Bürgerinnen und Bürger ermutigt, einen wesentlichen Beitrag zur Online-Plattform zu leisten und Veranstaltungen in ganz Frankreich zu organisieren.

Parallel zu diesen europäischen Initiativen wollte die Regierung eine partizipative Übung auf nationaler Ebene durchführen.

Mit Unterstützung des Ministeriums für die Beziehungen zum Parlament und Bürgerbeteiligung (MRPCC) und dem Fachwissen des Interministeriellen Zentrums für Bürgerbeteiligung (CIPC) organisierte das Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten (MEAE) eine Bürgerübung, die auf starken methodischen Parteien beruhte (vgl. unten „Verpflichtungen und methodische Voreingenommenheiten“). Das MEAE stützte sich bei der Umsetzung der Regelung auf ein Konsortium von Dienstleistern, das sich aus Roland Berger, Wavestone, Missions Publiques und Harris Interactive zusammensetzte. Schließlich spielten die regionalen Präfekturen eine Schlüsselrolle bei der Organisation der 18 Konferenzen im gesamten Gebiet.

Im Rahmen dieser Konsultation wurde den Teilnehmern eine einzige Frage gestellt: „Welche **Veränderungen wünschen Sie sich als französische Bürgerinnen und Bürger** für Europa? (vgl. Anhang IV „Beteiligungsmandat“).

Bei dieser nationalen Übung handelte es sich um 18 regionale Konferenzen in den 13 französischen Metropolregionen und den 5 französischen Ultramarinregionen, die an drei Wochenenden im September und Oktober 2021 stattfanden und an denen jeweils 30 bis 50 Bürgerinnen und Bürger per Losentscheid (insgesamt 746) teilnahmen. Diese 18 regionalen Foren wurden anschließend auf einer nationalen Konferenz zusammengefasst, die vom 15. bis 17. Oktober 2021 im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat (EWSA) in Paris stattfand und an der 98 freiwillige Bürgerinnen und Bürger teilnahmen.

Ergänzend wurde vom Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit Make.org eine Online-Konsultation mit dem Titel „*Voiceaux Jeunes*“ organisiert, um das Wort der jungen Franzosen im Vorfeld des Europäischen Jahres der Jugend 2022 hervorzuheben. Mehr als 50 000 junge Menschen im Alter von 15 bis 35 Jahren brachten ihre Ideen und Prioritäten für das Europa des Jahres 2035 zum Ausdruck.

Dieser Bericht enthält die wichtigsten Ergebnisse der beiden von der Regierung durchgeführten Konsultationen.

Konsultationsmethodik

Die Rekrutierung der Bürger, die an den Regionalkonferenzen teilnahmen, kombinierte eine zufällige

Auswahl der Teilnehmer durch Auslosung ihrer Telefonnummern mit einer gezielten Auswahl der Profile, um ein möglichst repräsentatives Panel für die Vielfalt jedes Gebiets zu erreichen.

In den regionalen Foren äußerten sich die Teilnehmer abwechselnd mit Gruppenarbeitszeiten pro Tisch von 6 bis 8 Bürgerinnen und Bürgern in Begleitung eines Moderators und Präsentationszeiten im Plenum. Während der Reflexionszeiten waren Experten anwesend, um Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu beantworten und Einblicke zu geben und gleichzeitig eine neutrale Position zu wahren.

Die Bürgerinnen und Bürger wurden zunächst aufgefordert, sich über ihre derzeitige Wahrnehmung Europas auszutauschen. Anschließend präsentierte sie **in Gruppen und anschließend im Plenum ihre Wünsche für das Europa des Jahres 2035**. Dabei konnten zwischen 3 und 8 Wünsche pro Region ermittelt werden. Für jeden dieser Wünsche formulierten die Bürger dann die **Änderungen**, die sie für notwendig hielten, um das gewünschte Europa zu erreichen, und veranschaulichten sie dann mit konkreten Vorschlägen, die umgesetzt werden sollten. Dieser Prozess führte zu insgesamt 515 Änderungen und 1301 konkreten Vorschlägen auf nationaler Ebene.

Auf jeder regionalen Konferenz wurde ein zusammenfassender Bericht erstellt, der allen Teilnehmern im Vorfeld der nationalen Konferenz zur Verfügung gestellt wurde.

Ander nationalen Synthesekonferenz nahmen 98 Bürgerinnen und Bürger teil, die unter den Teilnehmern der 18 Referentendieser Regionen per Losentscheid ausgewählt wurden. Um eine Vielfalt des nationalen Panels zu gewährleisten, wurden 6 Bürger unter den Freiwilligen der Regionalkonferenzen in der Metropole und auf Réunion und 4 Bürger für die Ultramarine-Konferenzen verlost, wobei bei jeder regionalen Verlosung die Parität und die Altersvielfalt geachtet wurden (siehe Anhang II).

Bei der Vorbereitung der nationalen Konferenz wurden die 515 auf den Regionalkonferenzen festgestellten Änderungen analysiert und zusammengeführt, wenn ihre zugrunde liegende Absicht ähnlich oder nahe zu sein schien, d.h. es wurden 14 Gruppen von Elementen gebildet, die einen gemeinsamen Wunsch für Europa zum Ausdruck brachten (vgl. Par. 6). Diese 14 Wünsche Europas bildeten die Grundlage für die Arbeit der 98 Teilnehmer der Nationalen Konferenz, deren Aufgabe es war, die in den Regionen geleistete Arbeit zu bereichern und die Wünsche Europas, die Veränderungen und die Vorschläge mit Hilfe von etwa 20 Sachverständigen gegeneinander abzuwägen, um zu einer Liste vorrangiger Veränderungen zu gelangen. Jede Gruppe wählte schließlich drei wichtige Änderungen aus, von denen die erste allen 98 Bürgerinnen und Bürgern zur Abstimmung vorgelegt wurde und eine endgültige Rangliste der 14 vorrangigen Änderungen erstellte. In einem zusammenfassenden Bericht werden alle Arbeiten dieser Konferenz zusammengefasst.

Die in Zusammenarbeit mit Make.org durchgeführte Online-Konsultation „Voice aux Jeunes“ fand von Mai bis Juli 2021 statt. Mehr als 50 000 Teilnehmer nahmen daran teil und reichten fast 3 000 Vorschläge für Europa ein. Auf der Grundlage aller Rückmeldungen junger Bürgerinnen und Bürger konnten 35 wichtige Ideen ermittelt werden, von denen 22 breite Zustimmung fanden und 13 unter den Teilnehmern kontrovers diskutiert wurden (siehe Teil 11).

Ausgangspunkt und Folgepflicht

Dieser Bericht wird der Regierung am 29. November 2021 von den Bürgerinnen und Bürgern in Anwesenheit der französischen Abgeordneten, die Mitglieder der Plenarversammlung der Konferenz zur Zukunft Europas sind, vorgelegt. Er wird dem Dreivorsitz der Konferenz während des französischen EU-Ratsvorsitzes (PFUE) zugewiesen.

Im Anschluss an die nationale Synthesekonferenz im EWSA wurde ein Bürger-Begleitausschuss eingerichtet, der das Folgerecht der Teilnehmer verkörpert, um den hohen Erwartungen der per Los ausgewählten Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Dieser Ausschuss, der sich aus 15 Mitgliedern - 14 Vertretern der Regionalkonferenzen und einem Vertreter der Konsultation „Wort für Jugendliche“ - zusammensetzt, hat die Aufgabe, die Bürger über die Zukunft ihrer Vorschläge zu informieren. Bei der Plenarsitzung der Konferenz wird eines oder mehrere der Mitglieder des Begleitausschusses als Vertreter der französischen Übung teilnehmen, um die in diesem Bericht dargelegten Vorschläge hervorzuheben und gleichzeitig einen gemeinsamen Standpunkt mit allen vertretenen europäischen Bürgern zu entwickeln.

Alle Dokumente der französischen Konsultation werden öffentlich und für alle auf der Plattform für Bürgerbeteiligung des französischen Staates zugänglich sein: Beteiligungsmandat, regionale Zusammenfassungen, nationale Zusammenfassung, Garantenbericht und Abschlussbericht.

Vorstellung der wichtigsten Ergebnisse

(Das Original war in Form einer Veranschaulichung)



Panorama de la contribution française à la conférence sur l'avenir de l'Europe

Les citoyens tirés au sort devaient répondre à la question :
« En tant que citoyens français, quels changements souhaitez-vous pour l'Europe ? »

TOP 10 DES CHANGEMENTS PRIORITAIRES POUR L'EUROPE DE 2035



1. Développer la **sobriété énergétique** pour consommer moins en arrétant le superflu



2. Renforcer la **défense et la sécurité communes** de l'Union européenne



3. Favoriser la **performance économique collective** à travers une industrie autonome, compétitive et valorisée par l'UE



4. Mettre en place un **pouvoir citoyen** à plusieurs échelons : participation, décision, contrôle



5. Tendre vers une **fédération d'États d'Europe** dotée de compétences fortes dans des domaines d'intérêt commun



6. Proposer des **programmes d'échanges** tout au long de la vie

Source : Changements ayant recueilli le plus de votes lors de la conférence nationale sur l'avenir de l'Europe (15-17 octobre 2021).

Quelle: Änderungen mit den meisten Stimmen auf der nationalen Konferenz zur Zukunft Europas (15.-17. Oktober 2021)

Überblick über den Beitrag Frankreichs zur Konferenz zur Zukunft Europas

Die per Los ausgewählten Bürgerinnen und Bürger mussten die Frage beantworten: „Welche Veränderungen wünschen Sie sich als französische Bürgerinnen und Bürger für Europa?“

Top 10 der vorrangigen Veränderungen für Europa im Jahr 2035

1. Entwickeln Sie **Energieeinsparung**, um weniger zu verbrauchen, indem Sie das Überflüssige stoppen

2. Stärkung der **gemeinsamen** Verteidigung und Sicherheit der Europäischen Union

3. Förderung der **kollektiven Wirtschaftsleistung** durch eine autonome, wettbewerbsfähige und von der EU aufgewertete Industrie

4. Schaffung einer **Bürgermacht** auf mehreren Ebenen: Beteiligung, Entscheidung, Kontrolle

5. Streben nach einer **Föderation europäischer Staaten mit** starken Kompetenzen in Bereichen von gemeinsamem Interesse

6. Bereitstellung von **Programmen für** den lebenslangen Austausch



7. Partager les cultures européennes par des **manifestations et des événements fédérateurs**



8. Harmoniser la **santé** et la rendre accessible à tous les Européens par une politique commune de santé



9. Développer et piloter au niveau européen les **filières stratégiques** pour assurer notre souveraineté



10. Améliorer la **protection des milieux et des écosystèmes** et créer des **zones protégées** au cœur des zones urbaines, périurbaines et rurales

Consultation en ligne « Parole aux jeunes »



Le 9 mai 2021, le secrétaire d'État chargé des Affaires européennes a lancé une consultation « Parole aux Jeunes » menée par Make.org qui s'est déroulée entre mai et juillet 2021.

50 000 jeunes âgés de 15 à 30 ans ont répondu à la question : « Quelles sont vos **priorités pour l'Europe de demain ?** », avec 2 918 propositions déposées.

Les **idées plébiscitées** par les **Jeunes français** dans le cadre de cette consultation en ligne s'intègrent à la contribution citoyenne à la Conférence sur l'avenir de l'Europe (cf. détails dans la 2^e partie de ce rapport)

7. Gemeinsame europäische Kulturen durch **Veranstaltungen und Veranstaltungen**

8. Gesundheit durch eine gemeinsame **Gesundheitspolitik** harmonisieren und allen Europäern zugänglich machen

9. Entwicklung und Steuerung **strategischer** Kanäle auf europäischer Ebene, um unsere Souveränität zu gewährleisten

10. Verbesserung des **Schutzes von Umwelt und Ökosystemen** und Schaffung von **Schutzgebieten** im Herzen städtischer, stadtnaher und ländlicher Gebiete

Online-Konsultation "Wort an die Jugend"

Am 9. Mai 2021 leitete der Staatssekretär für europäische Angelegenheiten eine von Make.org durchgeführte Konsultation zum Thema „Wort an die Jugend“ ein, die zwischen Mai und Juli 2021 stattfand.

50 000 junge Menschen im Alter von 15 bis 30 Jahren beantworteten die Frage: „Was sind Ihre Prioritäten für das Europa von morgen?“ mit 2918 eingereichten Vorschlägen.

Die  von jungen Franzosen im Rahmen dieser Online-Konsultation befürworteten Ideen sind Teil des Beitrags der Bürgerinnen und Bürger zur Konferenz zur Zukunft Europas (siehe Einzelheiten im zweiten Teil dieses Berichts).

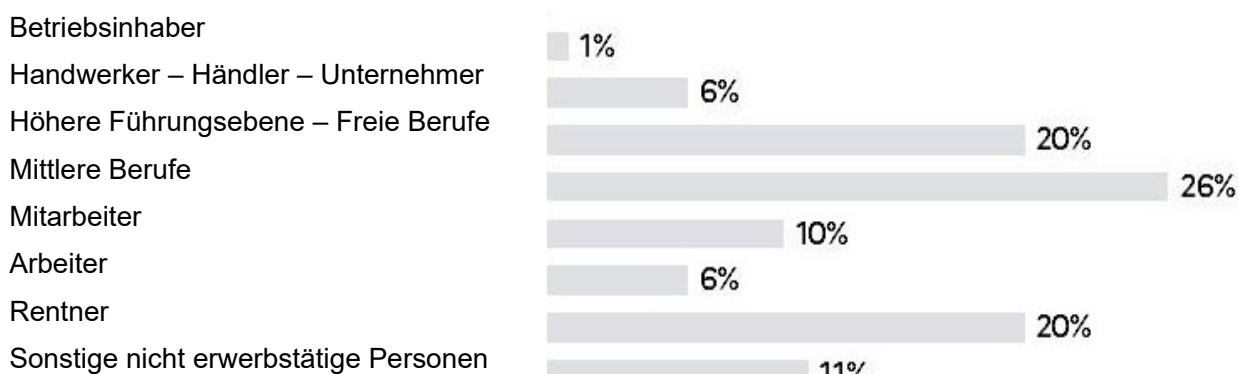
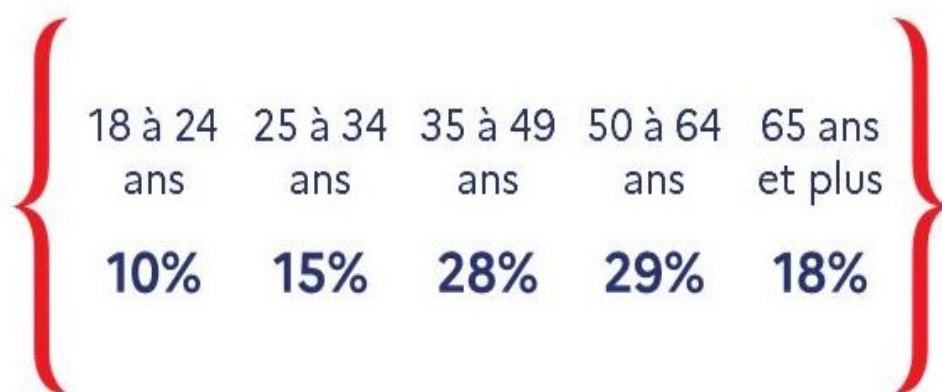
Präsentation der Panels der Regionalkonferenzen

Ein vielfältiges Panel von 746 Bürgerinnen und Bürgern

Überblick über die Teilnehmer der 18
Regionalkonferenzen



60% 40%



Konferenzen zur Zukunft Europas in ganz Frankreich

18 Regionalkonferenzen, 13 in der Metropole und 5 in Übersee



Methodische Verpflichtungen und Voreingenommenheit

Verpflichtungen des Staates

1 2 3

Transparenz Neutralität Folgepflicht

Methodische Parteien



Territorialisation et proximité

- Consultations organisées dans 13 régions métropolitaines et 5 régions d'outre-mer
- Une consultation nationale de synthèse



Diversité des profils et tirage au sort

- Tirage au sort par génération aléatoire de numéros de téléphone
- Panels représentatifs de la diversité de la population et des points de vue sur l'Europe



Transparence de la démarche

- Supervision par un collège de 3 garants
- Publication en ligne de l'ensemble des documents de synthèse



Débat ouvert sans thématique imposée

- Liberté totale des thèmes traités laissée aux citoyens
- Absence de cadrage thématique



Expertise inversée

- Pas d'apport d'information préalable
- Réflexion collective basée sur le vécu et les opinions des citoyens, apport d'expertise sur demande des citoyens



Collégialité et gouvernance agile-

- Gouvernance hebdomadaire avec l'ensemble des parties prenantes



Devoir de suite

- Mise en place d'un comité de suivi citoyen
- Engagement du gouvernement à porter la parole citoyenne dans l'exercice européen

a. Staatliche Verpflichtungen zur partizipativen Demokratie

Der französische Teil der Konferenz zur Zukunft Europas ist Teil der Verpflichtungen des Staates zur partizipativen Demokratie, die auf drei Grundsätzen beruhen: **Transparenz, Neutralität und Folgepflicht.**

Ein partizipativer Ansatz verpflichtet den Organisator, eine strenge Methodik einzuhalten. Die Methode der Bürgerbeteiligung muss es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich unter den besten Bedingungen zu beteiligen und ihre Ansichten frei und mit Argumenten zu äußern.

Transparenz

Das Organisationsteam der Konferenz hat sich verpflichtet, den Bürgerinnen und Bürgern alle Informationen über die Konzertierung zugänglich zu machen:

- der Rahmen für die Konzertierung;
- die gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern eingegangenen Verpflichtungen;
- die Ziele der Konzertierung;
- Ergebnisse der Konzertierung.

Die Methodik der Konferenz zur Zukunft Europas wurde somit mit dem ständigen Ziel festgelegt, die Transparenz des Vorgehens für die Bürger zugewährleisten. Die Methodik für die Rekrutierung der per Los ausgewählten Bürger, die methodischen Voreingenommenheiten und der Umgang mit dem Wort der Bürger wurden klar dargelegt. Die Teilnehmer erhielten außerdem per E-Mail eine Zusammenfassung ihrer regionalen Konferenz im Anschluss an diese Konferenz. Darüber hinaus werden alle Arbeits- und Ausgangsdokumente nach Abschluss des Programms auf der Plattform für die Bürgerbeteiligung des Staates veröffentlicht.^{xiii}

XIII www.participation-citoyenne.gouv.fr

Neutralität

Bei einer Konzertierung muss das Organisationsteam darauf achten, dass es bei der Moderation der Ergebnisse sowie bei der Erstellung der Zusammenfassungen, in denen die Ergebnisse vorgestellt werden, neutral bleibt. Die an der Regelung beteiligten Akteure – Moderatoren, Moderatoren, Sachverständige – dürfen weder ihre eigene Meinung äußern noch versuchen, die Debatte subjektiv zu lenken.

Das Ziel der Neutralität wurde in allen Phasen der Konsultierung verfolgt, indem insbesondere eine unvoreingenommene Auswahl der Teilnehmer, die völlige Freiheit bei der Entscheidungsfindung und der fehlende Einfluss des Sponsors oder der Interessenträger auf das Wort der Bürger gewährleistet wurden. Dieses Gebot der Neutralität hat sich in einem objektiven und transparenten Prozess der Rekrutierung der Teilnehmer, in kohärenten methodischen Voreingenommenheiten (umgekehrtes Fachwissen, Fehlen eines thematischen Rahmens für die Debatten) und unter besonderer Berücksichtigung der Haltung der verschiedenen Redner (Moderatoren, Moderatoren, Sachverständige) niedergeschlagen. Schließlich sorgte das Organisationsteam dafür, dass alle Wortmeldungen wertgeschätzt wurden und dass Bürgervorschläge nicht gefiltert wurden.

Un **Kollegium von 3 Garanten**, das von den Präsidenten der Nationalversammlung und des Europäischen Parlaments sowie vom Gouverneur ernannt wurde, hat darüber hinaus dafür gesorgt, dass die Meinungsäußerung und die Berücksichtigung aller Stellungnahmen geachtet wurden.

Folgepflicht

Die Bürgerinnen und Bürger haben unabhängig davon, ob sie an der Konzertierung teilgenommen haben oder nicht, das Recht, darüber informiert zu werden, was von ihren Vorschlägen und den daraus resultierenden Stellungnahmen ausgewählt wurde und aus welchen Gründen. Dies wird als **Folgepflicht** bezeichnet.

Es wird vom Interministeriellen Zentrum für Bürgerbeteiligung (CIPC) und der Interministeriellen Direktion für den öffentlichen Wandel (DITP) als Verpflichtung des öffentlichen Entscheidungsträgers definiert, den Bürgern eine klare und lesbare Antwort auf die im Rahmen der Konzertierung vorgesehenen Folgemaßnahmen zu geben. Die Folgepflicht besteht darin, sich an die Bürger zu wenden, um ihnen zu erläutern, wie ihre Beiträge berücksichtigt werden und sich auf die Entscheidungsfindung und die Verwaltungspraxis auswirken.

Die Regierung nahm diese Folgepflicht im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas wahr und kündigte am Ende der im nächsten Teil dieses Berichts beschriebenen nationalen Konferenz ein ehrgeiziges *Follow-up-System* an (siehe „*Methodische Parteien*“).

b. Methodologische Parteien

Diese drei Verpflichtungen des Staates spiegeln sich in der Konsultationsmethode in Form von **sieben starken methodischen Voreingenommenheiten** wider.

1. Territorialisierung und Nähe

Der nationale Teil der Konferenz zur Zukunft Europas umfasste 18 regionale Konferenzen in den 13 Metropolregionen und den fünf französischen Ultramarinregionen, gefolgt von einer nationalen Konferenz in Paris. Durch die Entscheidung, Foren auf lokaler Ebene zu organisieren, wurde der Wunsch geweckt, **möglichst bürgernah** zuzusprechen. Diese Voreingenommenheit hat auch die Konsultation bereichert, indem sie die Linien des Konsenses und der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Territorien zu verschiedenen Themen sichtbar gemacht hat.

2. Vielfalt der Bürgerprofile und Auslosung

Im Vorfeld wurde ein Ziel für die Einstellung von 50 Bürgern pro Regionalkonferenz festgelegt, mit Ausnahme der

Ultramarine-Konferenzen von Martinique, Mayotte, Guadeloupe und Guyana mit jeweils 30 bis 40 Bürgern und der Grand-Est-Konferenz, bei der auch 5 deutsche Bürger aus den drei Grenzländern anwesend waren. Eine zufällige Generierung von Telefonnummern ermöglichte es, die zur Teilnahme an den Regionalkonferenzen eingeladenen Bürgerinnen und Bürger zu verlosen.

Um teilnahmeberechtigt zu sein, mussten die ausgelosten Bürger über 18 Jahre alt und französisch oder permanent gebietsansässig sein. Jedes regionale Bürgerforum sollte **für die Vielfalt der regionalen Bevölkerung repräsentativ sein** und eine **Vielfalt von Ansichten über Europa** zusammenführen. Die genaue Methode der per Losentscheid vorgenommenen Einstellung ist in Anhang II dargelegt.

3. Transparenz des Vorgehens

Ein **Kollegium aus drei Bürgern**, die vom Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, dem Vorsitzenden der Nationalversammlung und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments ernannt wurden, überwachte den gesamten Prozess, um seine Neutralität und Ordnungsmäßigkeit zu gewährleisten. Die Garantiegeber haben insbesondere: die Aufrichtigkeit der Rekrutierung von per Los ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern überprüft, Empfehlungen für die Auswahl von Sachverständigen abgegeben und sich vor Ort vergewissert hat, dass die Debatten ordnungsgemäß geführt wurden. Nach Abschluss des Verfahrens geben die Garantiegeber ihre Meinung zu der Konsultation bekannt. Dieses Dokument wird auf der Plattform für die Bürgerbeteiligung des Staates veröffentlicht.

Auf der Plattform für die Bürgerbeteiligung des Staates werden außerdem veröffentlicht: die Zusammenfassungen der achtzehn Regionalkonferenzen, das zusammenfassende Dokument aller auf den Regionalkonferenzen zum Ausdruck gebrachten Änderungen, die Zusammenfassung der nationalen Konferenz und schließlich der der Regierung vorgelegte Abschlussbericht.

4. Offene Debatte ohne aufgezwungene Thematik

Im Rahmen dieser nationalen Konsultation wurde den teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern eine einzige Frage gestellt: „*Welche Veränderungen wünschen Sie sich als französische Bürgerinnen und Bürger für Europa?*“

Durch den Ablauf und die angewandte Methodik konnten die Bürgerinnen und Bürger selbst bestimmen, wie die gewünschten Änderungen auf die Tagesordnung gesetzt werden, ohne dass sie durch ein bestimmtes Thema oder einen vorherigen normativen Rahmen gezwungen wurden.

Auf diese Weise sollte den Bürgerinnen und Bürgern der Regionalkonferenzen uneingeschränkte Freiheit in Bezug auf die Themen eingeräumt werden, die sie behandeln wollten. Das Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten für den nationalen Teil der Konferenz zur Zukunft Europas hat sich daher dafür entschieden, einen ergänzenden Ansatz für die europäische Übung zu entwickeln, der sich auf neun Themen konzentriert: Klimawandel und Umwelt; Gesundheit; eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; die EU in der Welt; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit; digitaler Wandel; europäische Demokratie; Migration; Bildung, Kultur, Jugend und Sport; andere Ideen^{XIV}.

Die Themen für den Austausch der Regionalkonferenzen wurden somit von den Bürgern selbst und nicht vom Sponsor der Übung festgelegt.

5. Umgekehrte Expertise

Um die Teilnehmer so wenig wie möglich in den Prozess der Ermittlung ihrer Wünsche für die Europe einzubinden, wurde die Entscheidung getroffen, **keine vorherigen Informationen oder Fachkenntnisse (z.B. über das Aktuelle Projekt der Europäischen Union, ihre Zuständigkeiten oder die Arbeitsweise der Organe) einzubringen, sondern von den Fragen der Bürger selbst auszugehen. Diese methodische Voreingenommenheit beruht auf dem Grundsatz der „umgekehrten Expertise“, wonach die kollektive Reflexion auf den**

XIV <https://futureu.europa.eu/processes?locale=fr>

Erfahrungen und Meinungen der Bürger beruht, die dann Experten befragen, um ihre Diskussionen zu untermauern und ihre Arbeitshypothesen zu konsolidieren.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden Experten aus den verschiedenen Regionen (durchschnittlich drei) mobilisiert, nicht zuletzt aus der akademischen Welt und den Europe-Direct-Informationszentren der betreffenden Gebiete. Sie waren samstags und sonntags anwesend, um Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu beantworten, und sprachen nur auf Anfrage. Faktenprüfer (**fact checkers**) waren ebenfalls erreichbar, um die von den Bürgerinnen und Bürgern gestellten Sachfragen rasch zu überprüfen.

An der nationalen Synthesekonferenz im EWSA nahmen 19 hochrangige Experten aus Wissenschaft, Think Tanks und diplomatischen Korps an den Arbeitsgruppen teil. Diese Experten begleiteten während des gesamten Wochenendes eine Gruppe und ermöglichten es ihnen, die in den Regionen ausgedrückten Veränderungen zu vertiefen.

6. Kollegialität und Agile Governance

Der gesamte Prozess wurde **vom Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten (MEAE) mitgestaltet**.

mit Unterstützung der partizipativen Strategie des Interministeriellen Zentrums für Bürgerbeteiligung (CIPC) der Interministeriellen Direktion für den öffentlichen Wandel (DITP) und des Ministeriums für die Beziehungen zum Parlament und Bürgerbeteiligung (MRPC). Das System wurde von einem Konsortium aus Roland Berger, Wavestone, Missions Publiques und Harris Interactive für die Steuerung des Ansatzes, die Veranstaltung von Konferenzen, die Verlosung der Bürger und die Erstellung von Berichten und Zusammenfassungen in Zusammenarbeit mit den regionalen Präfekturen für die lokale Organisation von Regionalkonferenzen umgesetzt.

Um ein Projektteam unter dem Vorsitz des MEAE, dem das CIPC, das MRPC und das Anbieterkonsortium angehören, wurde eine **spezielle Governance** eingerichtet.

7. Folgepflicht und Verknüpfung mit der europäischen Übung

Anlässlich der nationalen Konferenz wurden mehrere Elemente der **Folgepflicht** der französischen Institutionen im Anschluss an die für die Konferenz zur Zukunft Europas durchgeführte Übung angekündigt:

- **M stellt alle Informationen über das Vorgehen, dieses Dokuments sowie die zusammenfassenden Berichte der regionalen und nationalen Konferenzen in transparenter und für alle zugänglicher Weise auf der neuen Plattform der Bürgerbeteiligung zur Verfügung, die anlässlich der Rückgabe an die Regierung ins Leben gerufen wurde;**

Organisation einer **Veranstaltung zur Übermittlung** des Abschlussberichts des nationalen Teils der Konferenz zur Zukunft Europas an die Regierung im November 2021;

- Einsetzung eines **Bürger-Begleitausschusses**, der dafür sorgen wird, dass die Folgemaßnahmen nach dem Start mit den unterbreiteten Vorschlägen in Einklang stehen. Dieser Ausschuss wird sich aus 15 Bürgern zusammensetzen, darunter 14 Teilnehmer der Regionalkonferenzen und ein Teilnehmer der Konsultation "*Wort an die Jugendlichen*";
- **Übergabe des französischen Beitrags zur Konferenz zur Zukunft Europas an die EU-Organen im Januar 2022;**

Die Vorschläge der französischen Bürger werden in die kollektive Reflexion der Mitgliedstaaten und der

europäischen Institutionen einfließen. Als Land, das im ersten Halbjahr 2022 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat, wird es Aufgabe Frankreichs sein, die Stimme seiner Bürgerinnen und Bürger zu erheben und gleichzeitig an der Festlegung eines gemeinsamen Standpunkts auf kontinentaler Ebene zu arbeiten.

Erster Teil: Vorstellung der Ergebnisse der regionalen Konferenzen zur Zukunft Europas

In jeder der 18 Regionalkonferenzen haben die Bürgerinnen und Bürger einzeln und dann in Gruppen ihre Wünsche für das Europa von 2035 zum Ausdruck gebracht. So entstanden in jeder Region zwischen 3 und 8 Wunschgruppen, so dass insgesamt **101 Europawünsche auf dem gesamten französischen Staatsgebiet** zustande kamen. Die Bürger formulierten dann Änderungen, die sie für notwendig hielten, um das gewünschte Europa zu erreichen, und veranschaulichten sie dann durch konkrete Maßnahmen. Dieser Prozess führte zu insgesamt **515 Veränderungen** und **1 301 konkreten Maßnahmen** in ganz Frankreich.

In den Wochen zwischen den Regionalkonferenzen und der nationalen Konferenz hat das Projektteam 515 Änderungen in kohärente Gruppen vorgenommen. Alle in der Region ausgedrückten Änderungen wurden einer lexikalischen Analyse unterzogen und zusammengeführt, wenn ihre zugrunde liegende Absicht ähnlich oder nahe zu sein schien, so dass für die nationale Konferenz Arbeitsgruppen mit einem gemeinsamen Wunsch nach Europa gebildet wurden. Schließlich **wurden** die in der Region festgestellten Veränderungen in 14 verschiedene europäische Wünsche zusammengefasst.



**Wünsche
für Europa
2035**

**Veränderungen, um
dieses
erwünschte
Europa zu**

**Konkrete Vorschläge
zur Umsetzung dieser
Änderungen**

Fragen an die Bürger	Was wünschen Sie sich für das Europa von 2035?	Welche Veränderungen sind notwendig, um dieses gewünschte Europa zu erreichen?	Welche konkreten Vorschläge würden Sie machen, um diese Änderungen umzusetzen?
Ergebnis der Regionalkonferenzen	101 Wünsche	515 Änderungen	1301 konkrete Vorschläge
	Anordnung der 515 regionalen Veränderungen in 14 kohärenten Wünschen durch das Organisationsteam	Gruppierung, Priorisierung und Detaillierung der Änderungen durch die Teilnehmer während der Nationalen Konferenz	
Ergebnis der Nationalen Konferenz	14 Wünsche	80 Veränderungen	Wichtige Umsetzungsschritte und Erfolgskriterien für

			jede Änderung
--	--	--	---------------

a. Rangliste der 14 Wünsche Europas

Am Ende jeder regionalen Konferenz stimmten die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger dafür, die von den verschiedenen Arbeitsgruppen festgestellten Veränderungen zu unterstützen.

Auf der Grundlage der Gruppierungen, die im Vorfeld der nationalen Synthesekonferenz vorgenommen wurden, ist es möglich, durch Abstimmungen über die Veränderungen in den einzelnen Regionen die Wünsche Europas zu bestimmen, die von den Bürgerinnen und Bürgern am meisten angenommen wurden. So wurden die Wünsche „ein Europa, das die Bildung in den Vordergrund stellt“ und „ein näheres und zugänglicheres Europa“ weitgehend unterstützt, wobei Veränderungen von durchschnittlich 56 % der Bürgerinnen und Bürger auf Regionalkonferenzen unterstützt wurden.

Rangfolge der Wünsche Europas nach Beliebtheitsraten

Welche Änderungen würden Sie gerne umsetzen?



b. Präsentation der 14 prioritären Änderungen, die sich aus der Nationalen Konferenz ergeben haben

Auf der nationalen Synthesekonferenz arbeiteten die 100 teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger an einer der 14 etablierten Wunschgruppen. Nach Abschluss der Arbeiten wählte jede Gruppe **eine vorrangige Änderung aus, die bis 2035 umgesetzt werden sollte, um ihre europäische Stimme zu vertreten**. Diese 14 vorrangigen Änderungen wurden dann am letzten Tag der nationalen Konferenz den 100 Bürgern zur Abstimmung vorgelegt. Das Ergebnis dieser Abstimmung wird nachstehend in absteigender Reihenfolge nach der Anzahl der für jede Änderung erhaltenen Stimmen dargestellt.

Die Änderung, die die meisten Stimmen der 100 Bürger der nationalen Konferenz erhalten hat, ist *"Energetische Nüchternheit entwickeln, um weniger zu verbrauchen, indem das Überflüssige gestoppt wird"*.

14 Schlüsseländerungen für das Europa von 2035

- (1) Entwickeln Sie Energieeinsparung, um weniger zu verbrauchen, indem Sie das Überflüssige stoppen
- (2) Stärkung der gemeinsamen Verteidigung und Sicherheit der Europäischen Union
- (3) Förderung der kollektiven Wirtschaftsleistung durch eine autonome, wettbewerbsfähige und von der Europäischen Union aufgewertete Industrie
- (4) Schaffung einer Bürgermacht auf mehreren Ebenen: participation, Entscheidung, Kontrolle
- (5) Streben nach einer Föderation europäischer Staaten mit starken Kompetenzen in Bereichen von gemeinsamem Interesse
- (6) Lebenslange Austauschprogramme vorschlagen
- (7) Gemeinsame europäische Kulturen durch Veranstaltungen und Veranstaltungen
- (8) Die Gesundheit durch eine gemeinsame Gesundheitspolitik harmonisieren und allen Europäern zugänglich machen
- (9) Entwicklung und Steuerung strategischer Kanäle auf europäischer Ebene, um unsere Souveränität zu gewährleisten
- (10) Verbesserung des Schutzes der Umwelt und der Ökosysteme und Schaffung geschützter Gebiete im Herzen städtischer, stadtnaher und ländlicher Gebiete
- (11) Einrichtung europäischer Verbindungsstellen in den Gebieten, um den Bürgern zuzuhören und sie zu beraten
- (12) Vereinheitlichung der Art und Weise, wie das Europäische Parlament in den 27 Mitgliedstaaten gewählt wird, und Verbesserung der Bürgernähe durch Ersetzung der derzeitigen Wahl durch eine Ein-Mann-Wahl auf regionaler Ebene
- (13) Festlegung einer gemeinsamen Politik zur Verbesserung der Aufnahme und der sozialen und beruflichen Integration von Migranten (einschließlich irregulärer Migranten)
- (14) Erhaltung der Besonderheiten (Lebensmittellabels, handwerkliche Erzeugnisse, Traditionen) der verschiedenen europäischen Regionen, um eine Vereinheitlichung der Lebensweisen zu vermeiden und die Rückverfolgbarkeit und Qualität der Erzeugnisse zu gewährleisten

Für jede vorrangige Änderung legten die Bürgerinnen und Bürger der betreffenden Gruppe eine Definition des Wandels fest, schlugen konkrete Maßnahmen vor, die zu seiner Verwirklichung umgesetzt werden sollten, und nannten die Kriterien für den Erfolg bis 2035.

Änderung 1 – Entwicklung von Energiesparsamkeit, um weniger zu verbrauchen, indem überflüssiges Material gestoppt wird

Wunsch des assoziierten Europas: Ein engagiertes Europa angesichts der Klima- und Umweltherausforderungen

Was umfasst diese Veränderung?

Schlüsselwörter: *Entwicklung erneuerbarer Energien, Rückgang des Energieverbrauchs*

Diese Änderung zielt darauf ab, die Senkung des Energieverbrauchs in Europa und die Entwicklung erneuerbarer Energien zu fördern. Seine Priorisierung durch die Bürgerinnen und Bürger spiegelt ihren Willen wider, Europa und seine Bürgerinnen und Bürger in einen **entschlossenen** Ansatz zur Bewältigung der Klima- und Umweltherausforderungen einzubinden.

Was sind die wichtigsten Meilensteine und Erfolgskriterien?

Dieser Wandel zeigt sich in der Entwicklung ehrgeiziger **Forschungsprogramme** für erneuerbare Energien und der **Einrichtung europäischer Investmentfonds, die direkte Beteiligungen an Unternehmen des Sektors übernehmen**.

Für die Bürgerinnen und Bürger wäre dieser Wandel von Erfolg gekrönt, **wenn Zielvorgaben für die Senkung des Energieverbrauchs und Schlüsselindikatoren** für die Nüchternheit festgelegt würden, wie z. B. die Steigerung des europäischen Fuhrparks oder des Fleischverbrauchs. Das Ziel besteht auch darin, sektorspezifische **Verbrauchsquoten festzulegen**, die den Schwankungen des Verbrauchs der Unternehmen Rechnung tragen und die Vertraulichkeit ihrer Daten wahren.

Änderung 2 – Stärkung der gemeinsamen Verteidigung und Sicherheit der Europäischen Union

Wunsch des assoziierten Europas: Ein starkes Europa in der Welt

Was umfasst diese Veränderung?

Schlüsselwörter: *Europäische Armee, strategische Autonomie*

Dieser Wandel entspricht dem einhelligen Wunsch der Bürger nach Autonomie in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen in Europa, um nicht von ausländischen Mächten abhängig zu sein.

Was sind die wichtigsten Meilensteine und Erfolgskriterien?

Der Erfolg dieses Wandels würde sich vor allem in der Ernennung eines **für Verteidigung und Sicherheit zuständigen Kommissionsmitglieds für die Bürgerinnen und Bürger** niederschlagen.

Im Verteidigungsbereich würde die Schaffung einer **ständigen, reaktiven und projektierbaren Armee** in der ganzen Welt es Europa ermöglichen, seine Grenzen zu schützen und gegebenenfalls auf Ersuchen von Drittländern einzugreifen.

Was die Sicherheit betrifft, so sollte Europa in den Augen der Bürger die **Versorgungssicherheit gewährleisten** und seine **strategische Forschung** in vorrangigen Bereichen wie der Sektor spatial, der Cyber Sécurité, dem medizinischen Sektor oder der Umwelt schützen. Ein besserer **Schutz der Außengrenzen** sollte auch dazu beitragen, die illegale Einwanderung und den illegalen Handel einzudämmen.

Veränderung 3 – Förderung der kollektiven Wirtschaftsleistung durch eine autonome, wettbewerbsfähige und von der EU aufgewertete Industrie

Wunsch des assoziierten Europas: Ein Europa, das seine Interessen verteidigt

Was umfasst diese Veränderung?

Schlüsselwörter:

Europäische Präferenz, Schutz von Know-how, Entwicklung europäischer Champions

Mit dieser Änderung sollen drei Ziele erreicht werden: Stärkung einer Politik der „**europäischen Präferenz**“ innerhalb der Union, Gewährleistung des **Schutzes wesentlicher Güter und Know-how** und Schaffung „**europäischer Champions**“.

Was sind die wichtigsten Meilensteine und Erfolgskriterien?

Um diese Ziele zu erreichen, müssen zunächst im Rahmen der Ausschreibungen eine **Politik der „europäischen Präferenz“** und eine **CO2-Steuer** auf Einfuhren eingeführt werden.

Der Schutz von Know-how würde zu einer verstärkten Kontrolle ausländischer Übernahmen und Investitionen und zur Entwicklung von **Umsiedlungsbeihilfen** führen.

Schließlich bedeutet die Schaffung „europäischer Champions“ die Förderung europäischer **Industrieallianzen** in strategischen Sektoren und die Ankurbelung der öffentlichen Risikokapitalinvestitionen.

Der Erfolg dieses Wandels zeigt sich für die Bürger in der Entwicklung europäischer Industrieallianzen in Schlüsselsektoren, der Erhöhung der Zahl der Unternehmensverlagerungen und der Verbesserung der Handelsbilanz.

Änderung 4 – Aufbau einer Bürgermacht auf mehreren Ebenen: Beteiligung, Entscheidung, Kontrolle

Wunsch des assoziierten Europas: Ein demokratischeres Europa

Was umfasst diese Veränderung?

Schlüsselwörter: Erhöhung der Wahlbeteiligung, europäisches Zufriedenheitsbarometer, allgemeine Einführung von Bürgerkonsultationen

Aufgrund dieses Wandels schlagen die Bürger vor, eine "umfassende *Bürgererfahrung*" für die Europäer zu entwickeln und ihre **Beteiligung** in allen Phasen des Entscheidungsprozesses zu erhöhen. Es spiegelt den Willen der Bürgerinnen und Bürger wider, **ihrer Stimme Gehör zu verschaffen** und Einfluss auf die Politik zu nehmen, die sich auf ihr tägliches Leben auswirkt.

Was sind die wichtigsten Meilensteine und Erfolgskriterien?

In erster Linie geht es den Bürgerinnen und Bürgern darum, Initiativen zur Bürgerbeteiligung zu entwickeln und zukunftsfähig zu **machen**. Zu diesem Zweck könnten mehrere Hebel eingesetzt werden: die Einrichtung einer **ständigen Kammer**, die Aufnahme der **Bürgerrechte** in die EU-Verträge oder die Schaffung eines **Gütezeichens**, das die Gesetze bescheinigt, die Gegenstand einer Bürgerkonsultation waren.

Der Erfolg dieses Wandels zeige sich darin, dass Indikatoren wie die **Wahlbeteiligung**, das **Interesse** und das **Vertrauen** in die Europäische Union oder auch die **Nachfrage nach europäischen Websites** zugenommen hätten. Die zunehmende Zahl von Entscheidungen, die nach einer Bürgerbefragung getroffen werden, und der verstärkte Rückgriff auf **Europäische Bürgerinitiativen** (EBI) erscheinen ebenfalls als Erfolgsindikatoren.

Veränderung 5 – Streben nach einer Föderation europäischer Staaten mit starken Kompetenzen in Bereichen von gemeinsamem Interesse

Wunsch des assoziierten Europas: Ein geeintes Europa

Was umfasst diese Veränderung?

Schlüsselwörter: *Institutionelle Einigung, gewählter Präsident, Stärkung der Zuständigkeiten der EU*

Diese Änderung spiegelt den Ehrgeiz der Bürgerinnen und Bürger wider, die europäischen politischen Institutionen zu **vereinen**. Das gezeigte Modell ist das einer Föderation von Staaten mit dem Ziel, **die geteilten oder ausschließlichen Zuständigkeiten der Europäischen Union zu stärken, ohne jedoch einen föderalen Staat anzustreben**.

Was sind die wichtigsten Meilensteine und Erfolgskriterien?

Intern könnte dieser Wandel durch die Ausweitung der **Bürgerbeteiligung**, die Einrichtung von **Ministerien für Europa** in den Mitgliedstaaten und längerfristig durch die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission in **allgemeiner Wahl** erfolgen.

Auf der externen Ebene würde die Stärkung der europäischen Stimme im Ausland durch eine **Verkörperung** durch einen **einzigsten Vertreter Europas** auf der internationalen Bühne konkretisiert.

Dieser Staatenbund würde auch von einem aufgestockten **EU-Haushalt** profitieren, mit dem Ziel, 10 % des BIP zu erreichen (gegenüber derzeit 2 %).

Änderung 6 – Bereitstellung von Programmen für den lebenslangen Austausch

Wunsch des assoziierten Europas: Ein Europa, das die Bildung in den Vordergrund stellt

Was umfasst diese Veränderung?

Schlüsselwörter: Schulaustausch, Erasmus

Dieser weithin anerkannte Wandel verdeutlicht, wie wichtig Begegnungen und Erfahrungen im Ausland für die Bürgerinnen und Bürger als mächtiger Fermenter des europäischen Gefühls sind. Ziel ist es, „von akademischen Kenntnissen zu einem **gelebten, erfahrenen und sensiblen Ansatz für Europa**“ überzugehen und Bildung im weiteren Sinne als **lebenslanges Lernen zu verstehen**.

Was sind die wichtigsten Meilensteine und Erfolgskriterien?

Der Erfolg eines solchen Wandels hängt in erster Linie von der Entwicklung eines **erweiterten Mobilitätsangebots ab, das u. a. Schulaustausch, Partnerschaften, Reisen und berufliche Mobilität umfasst. Für die Bürger muss dieses Angebot für alle zugänglich sein**, insbesondere für Menschen mit geringen Ressourcen oder Behinderungen. Beispielsweise könnte das Erasmus-Programm alle Europäerinnen und Europäer ohne Alters- oder Ressourcengrenzen betreffen. Diese Programme müssen vielfältig, **inklusiv und mit vereinfachten Verwaltungsverfahren zugänglich sein**.

Neben der Mobilität wurde auch darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, **Brücken zwischen den Bildungssystemen zu bauen** (Dip-Lome-Äquivalente usw.) und die Attraktivität Europas zu erhöhen, um die Abwanderung von Talenten ins Ausland zu verhindern.

Veränderung 7 – Gemeinsame europäische Kulturen durch Veranstaltungen und Veranstaltungen

Wunsch des assoziierten Europas: Ein Europa mit gemeinsamen Kulturen und Identitäten

Was umfasst diese Veränderung?

Schlüsselwörter: Europäisches Festival, Europäischer Feiertag, Weltausstellung Europa

Ziel dieses Wandels ist es, **durch gemeinsame Erfahrungen, Veranstaltungen und festliche Veranstaltungen einen europäischen Geist zu wecken und zu leben**.

Was sind die wichtigsten Meilensteine und Erfolgskriterien?

Die von den Bürgern vorgestellten Veranstaltungen sind spielerisch, **verbindend und beliebt**, um von möglichst vielen geteilt zu werden. Zu diesem Zweck sollten sie **alle Zielgruppen** (insbesondere Kinder, Schüler, Jugendliche und Erasmus-Studenten) **einbeziehen und an verschiedenen Orten** (Altersheime, Schulen, öffentliche Verwaltungen, Gefängnisse usw.) stattfinden.

Insbesondere wurden folgende Veranstaltungen ins Auge gefasst, um die Europäer zusammenzubringen: eine **Weltausstellung über Europa**, auf der alle Mitgliedstaaten vertreten wären, und eine **Neugestaltung des Europatags am 9. Mai**, die u.a. eine pädagogische Veranstaltung umfassen würde, „damit wir den mit Europa und seinen Werten verbundenen Frieden nicht vergessen“. Parallel dazu könnten sich europäische Vertreter in ihren Schulen mit den Schulkindern des Kontinents treffen, um die Nähe und das Verständnis der Bürger für Europa von klein auf zu stärken.

Veränderung 8 – Harmonisierung und Zugänglichkeit der Gesundheit für alle Europäer durch eine gemeinsame Gesundheitspolitik

Wunsch des assoziierten Europas: Ein solidarisches Europa, das schützt

Was umfasst diese Veränderung?

Schlüsselwörter: *universeller Gesundheitsschutz, Harmonisierung der Gesundheitsversorgung, Gesundheit als Grundrecht*

Um den Zugang zur Gesundheit für alle Europäerinnen und Europäer zu gewährleisten und dem „Bedürfnis nach Schutz und Solidarität“ gerecht zu werden, wurde einstimmig ein **supranationales Gesundheitssystem** vorgeschlagen. Dieser würde auf einer gerechten Aufteilung zwischen den Mitgliedstaaten beruhen und sich an den besten Systemen der Union orientieren. Diese Veränderung spiegelt den Wunsch der Bürger wider, dass Europa eine aktivere Rolle beim Schutz seiner Bürger übernimmt, insbesondere im Gesundheitsbereich, wo die bisherigen Maßnahmen als zu zurückhaltend angesehen werden.

Was sind die wichtigsten Meilensteine und Erfolgskriterien?

Bei der Umsetzung dieses Wandels wurde der Grundsatz einer **universellen europäischen sozialen Sicherheit befürwortet**. Die Durchführungsmodalitäten dieses Systems konnten jedoch nicht festgelegt werden. Während einige für „eine Zentralisierung der Daten, die es dem [europäischen] Gesundheitspersonal ermöglicht, auf die gesamte Krankengeschichte des Patienten zuzugreifen“, plädieren, sehen andere diese Maßnahme im Gegenteil als „zusätzlichen Freiheitsentzug und ein Kontrollsystem“.

Transparenz und Harmonisierung der diesbezüglichen regulatorischen Anforderungen auf kontinentaler Ebene wurden ebenso wie ein **europäischer Gesundheitsplan** als Voraussetzung für wesentliche Veränderungen ermittelt.

Veränderung 9 – Entwicklung und Steuerung strategischer Kanäle auf europäischer Ebene, um unsere Souveränität zu gewährleisten

Wunsch des assoziierten Europas: Ein wettbewerbsfähiges und innovatives Europa

Was umfasst diese Veränderung?

Schlagworte: *Entwicklung europäischer Champions, Kontrolle ausländischer Investitionen, digitale und*

Energieautonomie

Die europaweite Steuerung von Sektoren, die als strategisch angesehen werden, wie Gesundheit, Lebensmittel, Energie, Digitales, Verteidigung, Verkehr oder Werkstoffe, entspricht dem von den Bürger:innen bekannten Bedürfnis nach Souveränität. Diese Aufteilung würde den Wettbewerb zwischen den europäischen Unternehmen einschränken, die **Entstehung kontinentaler Champions fördern und Europa durch eine europäische Präferenz wieder industrialisieren.**

Was sind die wichtigsten Meilensteine und Erfolgskriterien?

Um diese Souveränität zu erreichen, könnte eine **europäische Behörde** beauftragt werden, diese Sektoren zu steuern, indem sie Genehmigungen für Übernahmen europäischer Unternehmen durch ausländische Wettbewerber erteilt und dafür sorgt, daß die eingeführten Erzeugnisse den gleichen Normen entsprechen wie die Produktion in der Union. Mittelfristig sollen 30% **bis 50%** des europäischen Verbrauchs in diesen strategischen Sektoren **auf dem Kontinent und langfristig bis zu 70% produziert werden.** Die Einhaltung dieser Kriterien würde die **Selbstversorgung und die Ausstrahlung** und sogar **den Export** des europäischen Industriemodells gewährleisten.

Veränderung 10 – Verbesserung des Schutzes der Umwelt und der Ökosysteme und Schaffung von Schutzgebieten im Herzen städtischer, stadtnaher und ländlicher Gebiete

Wunsch des assoziierten Europas: Ein Europa, das nachhaltige Entwicklung fördert

Was umfasst diese Veränderung?

Schlüsselwörter: *Umweltfreundlichere Verstädterung, Bodenrespekt und -schutz*

Ziel ist es, **die negativen Auswirkungen der Verstädterung auf den Boden zu begrenzen.** Starke Maßnahmen würden dazu beitragen, **die mit der Destrukturierung des Bodens verbundenen Schäden wie Erdrutsche zu begrenzen und die Lebensqualität in städtischen Gebieten zu verbessern,** insbesondere durch das Anpflanzen von Bäumen.

Was sind die wichtigsten Meilensteine und Erfolgskriterien?

Es wurde vorgeschlagen, auf zwei Ebenen tätig zu werden: Erstens, **den Trend bei Neubauten umzukehren,** um das Tempo der Bodenversiegelung zu verringern, und zweitens, **um die Bodensanierung zuzuschmücken, um "der Natur zurückzugeben, was ihr gehört".**

Veränderung 11 – Einrichtung europäischer Verbindungsstellen in den Gebieten, um den Bürger:innen und Bürgern zuzuhören und sie zu beraten

Wunsch des assoziierten Europas: Ein näheres und zugänglicheres Europa

Was umfasst diese Veränderung?

Schlüsselwörter: Europahäuser, Ansprechpartner für das lokale Europa, besserer Zugang zu Informationen

Ziel dieses Wandels ist es, konkrete Antworten auf den **von vielen Teilnehmern festgestellten Mangel an Verkörperung des europäischen Ionen im Alltag zu geben** und auf eine Annäherung zwischen Europa und seinen Bürgerinnen und Bürgern hinzuarbeiten.

Was sind die wichtigsten Meilensteine und Erfolgskriterien?

Um diese Distanz zwischen der EU und den Bürgerinnen und Bürgern zu überbrücken, könnte in jedem Mitgliedstaat ein **spezialisierte Ansprechpartner** ernannt werden, der den Bürgerinnen und Bürgern zuhört und sie berät. Dabei könnte es sich um sozioökonomische Informationen handeln, z. B. über den Zugang zu EU-Hilfen oder Informationen, z. B. über die Rolle von Lobbyisten. Die Informationen würden sich sowohl an die breite Öffentlichkeit als auch an Fachleute richten, insbesondere um KMU zu beraten und den Projektträgern den Zugang zu EU-Mitteln zu erleichtern. Langfristig könnte dieser Wandel dazu führen, **dass** Orte geschaffen werden, die Europa gewidmet sind, ähnlich wie die bestehenden Häuser in Europa, aber auf kommunaler Ebene, die eine feine territoriale Verflechtung ermöglichen.

Der Erfolg dieses Wandels wäre vollständig, wenn jeder Bürger "als *Selbstverständlichkeit*" die Existenz dieses Referenten und dieses Ortes von Europa gewidmeten Ressourcen kennen würde, die Ressourcen, Zuhören, Information und Beratung bringen würden.

Änderung 12 – Vereinheitlichung der Art und Weise, wie das Europäische Parlament in den 27 Mitgliedstaaten gewählt wird, und Verbesserung der Bürgernähe durch Ersetzung der derzeitigen Wahl durch eine Ein-Mann-Wahl auf regionaler Ebene

Wunsch des assoziierten Europas: Ein Europa mit einer effizienteren Governance

Was umfasst diese Veränderung?

Schlüsselwörter: institutionelle Änderung, Überwachung der Maßnahmen durch die Bürger während des gesamten Mandats

Diese Änderung spiegelt den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger wider, **ihre Nähe zu den Mandatsträgern** zu stärken und deren Tätigkeit während ihrer gesamten Amtszeit zu verfolgen. Er geht auf die weit verbreitete Feststellung ein, dass die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger von den gewählten Vertretern des Europäischen Parlaments nicht in konkrete Maßnahmen umgesetzt wurden.

Was sind die wichtigsten Meilensteine und Erfolgskriterien?

Die Änderung des Wahlverfahrens würde in einer **Vereinheitlichung des Wahlverfahrens** auf europäischer Ebene und dem Übergang von nationalen zu regionalen Wahlkreisen bestehen, was bis 2035 möglich sein dürfte.

Änderung 13 – Festlegung einer gemeinsamen Politik zur Verbesserung der Aufnahme und der sozialen und beruflichen Integration von Migranten (einschließlich irregulärer Migranten)

Wunsch des assoziierten Europas: Ein Europa, das die Achtung der Grundrechte garantiert

Was umfasst diese Veränderung?

Schlüsselwörter: *Europäisches Migrationsamt – Garantie für eine menschenwürdige Aufnahme in ganz Europa*

Diese Änderung zielt darauf ab, die Aufnahme von Migranten in der Europäischen Union zu verbessern, ein Problem, das von den Bürger:innen einhellig als **dringender** erkannt wird. Die Einführung einer **gemeinsamen, konzertierten und solidarischen Einwanderungspolitik**, die mit der derzeitigen Situation bricht, scheint ein wichtiger Faktor für den Frieden zu sein.

Was sind die wichtigsten Meilensteine und Erfolgskriterien?

Der Erfolg eines solchen Wandels würde sich in der schrittweisen Umsetzung einer gemeinsamen Politik für die Aufnahme von Migranten niederschlagen.

Eine **Bürgerinitiative** sollte sich an die Kommission wenden und mittelfristig die Annahme einer **gemeinsamen Verordnung** ermöglichen, die einen Rahmen für die Aufnahme und soziale Integration von Migranten festlegt. Langfristig würde diese Norm durch die Einrichtung eines **spezialisierten Europäischen Amtes** für Einwanderung und die Anerkennung der Migrationspolitik als Zuständigkeit der Europäischen Union unterstützt.

Changement 14 – Bewahrung der Besonderheiten (Lebensmittel, handwerkliche Erzeugnisse, Traditionen) der verschiedenen europäischen Regionen, um eine Vereinheitlichung der Lebensweisen zu vermeiden und die Rückverfolgbarkeit und Qualität der Erzeugnisse zu gewährleisten

Hoffnung auf assoziiertes Europa: Ein Europa, in dem die Interessen der einzelnen Staaten im Vordergrund stehen

Was umfasst diese Veränderung?

Schlüsselwörter: *Europäische Labels, Aufwertung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen*

Ziel dieses Wandels ist es, die **Vielfalt der europäischen Traditionen und Produktionen zu bewahren** und eine **Vereinheitlichung der Lebensweisen zu vermeiden**, die häufig als Kritik an der Europäischen Union bezeichnet wird.

Was sind die wichtigsten Meilensteine und Erfolgskriterien?

Für die Bürger geht es in erster Linie darum, die bestehende Datenbank der verschiedenen **europäischen und nationalen Siegel zugänglicher** zu machen. Zu diesem Zweck wird die Einrichtung einer Website mit „drei *Klicks*“ vorgeschlagen: mit einem Klick auf die Website, mit einem zweiten Klick auf eine Karte der Regionen der Europäischen Union und mit einem letzten Klick auf die Beschreibung der Gütezeichen für jede Region.

Der Erfolg dieses Wandels würde in einer verstärkten **Kommunikation** über die bestehenden Errungenschaften bestehen, was zu einer besseren **Kenntnis** der Vielfalt der europäischen Kulturen bei den Bürgern führen würde.

Zweiter Teil: Präsentation der Ergebnisse der Vernehmlassung "Wort an die Jugendlichen"

Termine der Konsultation

09/05/2021 bis 18/07/2021

Die Teilnahmezahlen

50 008 Teilnehmer

2 918 Vorschläge

338 330 Stimmen

Die Konsultation „Sprechen an junge Menschen“ wurde auf Initiative des Staatssekretariats für europäische Angelegenheiten eingeleitet. Diese Konsultation ist Teil der Konferenz zur Zukunft Europas, einer beispiellosen partizipativen Demokratieübung der EU-Organe, deren Ziel es ist, allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich zu ihren Erwartungen an die Europäische Union zu äußern. Die Erkenntnisse aus der Konsultation werden in die Arbeit der Konferenz zur Zukunft Europas und des französischen EU-Ratsvorsitzes einfließen.

4 Hauptlehren

1. Massenmobilisierung junger Menschen: Mehr als **50 000 junge französische Bürger** nahmen in allen Gebieten an der Konsultation teil.

2. **Die wichtigsten Konsensebetreffen die EU-Politik zur Bekämpfung des Klimawandels, die Verlagerung von Produktionen nach Europa, die Wiederbelebung der europäischen Demokratie und das Gewicht der EU in der Welt** (Wirtschaft, Forschung, Menschenrechte, Diplomatie).

3. **Die Idee eines gesünderen und geeinten Europas durchläuft die gesamte Konsultation** und ist in mehreren Punkten einvernehmlich:

- Ein wirtschaftlich stärkeres Europa (insbesondere durch Umverteilung) als Antwort auf China oder die USA

- Ein diplomatisches Europa, das mehr Gewicht auf der internationalen Bühne hat

Ein weltweit führendes Europa im Kampf gegen den Klimawandel

Ein Europa, das von seiner Jugend zusammengeführt wird

- Ein geeintes Europa in Forschung und Innovation

4. **Vier Ideen, die die Ideen der Bürgerforen ergänzten, wurden auch von jungen Menschen befürwortet:**

- Eine ökologisch und sozial verantwortliche europäische Wirtschaft

Ein Europa, das geografisch stärker durch die Schiene verbunden ist

Ein steuerlich gerechteres Europa

- Ein starkes Engagement der Europäischen Union für die Rechte der Frauen

22 populäre und 13 kontroverse Ideen in den neun Themenbereichen der Konferenz zur Zukunft Europas

*Die erfolgreichen Ideen basieren auf Vorschlägen, die von den Vernehmlassungsteilnehmern mehrheitlich unterstützt werden. Beiden erfolgreichen Vorschlägen handelt es sich um die Vorschläge, die am meisten Zustimmung finden, mit durchschnittlich 79 % **Ja-Stimmen**.*

*Dies umstrittene Ideen sind aus den am meisten diskutierten Vorschläge von den participants in der Konsultation, mit einem Gleichgewicht zwischen Ja-und Nein-Stimmen gebildet. Bei den umstrittenen Vorschlägen handelt es sich um die am stärksten diskutierten Vorschläge der Konsultation mit durchschnittlich 40 % **Ja-Stimmen**, 38 % **Nein-Stimmen**.*

Bei der Analyse dieser Vorschläge wurden 22 erfolgreiche und 13 kontroverse Ideen ermittelt. Die 22 erfolgreichen Ideen und die 13 kontroversen Ideen wurden in neun Schwerpunkte unterteilt, die den Hauptthemen der Konferenz zur Zukunft Europas entsprechen.

Zusammenfassung der populären und kontroversen Ideen

Klimawandel und Umwelt			
europäischen Umweltpolitik	einer nachhaltigeren Landwirtschaft	zum Schutz der biologischen Vielfalt	
Schienenverkehrs in der EU	Energiewende	Sie Verpackungen und verbessern Sie die Abfallentsorgung	
?? Sensibilisierung für die Umwelt	?? Förderung umweltverträglicher Bauprozesse		
Demokratie in Europa			
über die Rolle und die Arbeit der EU	demokratischen Funktionsweise der Europäischen Union	?? Bekämpfung von Desinformation	
?? Europa zu einer Föderation machen	?? Mehr Autonomie für die Mitgliedstaaten	europäischen Exekutive	
?? Den jungen Menschen einen Platz in den EU-Institutionen einräumen			
Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung			
der Produktion nach Europa für mehr Eigenständigkeit	Geschäftspraktiken und verantwortungsvoller Handel	Steuervermeidung und Steueroptimierung	
	?? Schaffung eines Grundeinkommens	?? Neuausrichtung Europas auf ein antikapitalistisches Modell	
Bildung, Kultur, Jugend und Sport		Digitale Transformation	
eines intensiveren Austauschs junger Menschen mit anderen EU-Ländern	?? Förderung des Fremdspracherwerbs	?? Sensibilisierung für die Digitalisierung und ihre Gefahren	
?? EU-Aufenthalte für junge Menschen verpflichtend machen		Kryptowährungen in Europa	
Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit		Gesundheit	
Engagements der EU für die Achtung der Menschenrechte	Rechte der Frau	?? Investitionen in die Gesundheit	?? Verbesserung der Qualität unserer Lebensmittel
Die EU in der Welt		Einwanderung	
Die EU international gewichten	?? Schaffung einer europäischen Streitkräfte	?? Verringerung oder Begleitung der	

		Einwanderung nach Europa	
--	--	--------------------------	--

◆ Ausschlaggebende Idee (10 erfolgreiche Vorschläge)

?? Einzigartige Idee (<10 erfolgreiche Vorschläge)

?? Kontroverse Idee (3 kontroverse Vorschläge)

Schlussfolgerung

„Mit einem Wort, für Sie wird Europa im Jahr 2035 sein müssen ...“:



Antwort der Bürger von der nationalen Konferenz auf die Schlußfrage:

„Mit einem Wort, für Sie muss Europa im Jahr 2035 sein ...“

II C Nationale Panels: Deutschland

Nationales Bürgerforum zur Zukunft Europas in Berlin

- Empfehlungen der Bürger -

Deutschland hielt am 5., 8., 15. und 16. Januar sein nationales Bürgerforum zur Zukunft Europas ab. Das Verfahren zur Auswahl der Bürger folgte der geschichteten Zufallsauswahl der Teilnehmer an den europäischen Bürgerforen. 12.000 deutsche Bürger wurden zur Teilnahme eingeladen; Aus den Antworten wurden unter Berücksichtigung der aktuellen Daten aus dem Verzeichnis der Bundesrepublik Deutschland etwa 100 ausgewählt, um die Vielfalt der deutschen Gesellschaft und der Bevölkerung insgesamt widerzuspiegeln. Im Rahmen des nationalen Bürgerforums erörterten die Teilnehmer fünf Themen: die EU in der Welt; eine stärkere Wirtschaft; Klimawandel und Umwelt; soziale Gerechtigkeit; europäische Werte und Rechtsstaatlichkeit. Anschließend erarbeiteten sie konkrete Empfehlungen für jedes dieser Themen, die auf der abschließenden Plenartagung am 16. Januar angenommen wurden: www.youtube.com/watch?v=cefqmarZXzY

Runder Tisch 1:

Verknüpfung der Außenhandelsinteressen mit klimapolitischen Maßnahmen

Der EU (insbesondere der Europäischen Kommission) wird empfohlen, ein Investitionspaket für klimafreundliche Technologien und Innovationen sowie Finanzierungsprogramme auf den Weg zu bringen. Dieses Paket sollte aus klimabezogenen Einfuhrzöllen finanziert werden, die speziell als finanzieller Ausgleich für Klimaschäden zugewiesen und weitergegeben werden. In diesem Zusammenhang würde für bestimmte Produkte ein Punktesystem zur Bewertung der Nachhaltigkeit eingeführt. Eine klare Position der EU und ein starkes und innovatives Europa würden dazu beitragen, die globalen Klimaziele zu erreichen. Dies würde dazu beitragen, die Rolle der Europäischen Union als weltweiter Vorreiter und verantwortungsvolles Modell zu festigen, das Wohlstand garantiert und weltweit nachhaltige Veränderungen bewirken kann. Diese Ziele sind uns wichtig, da die EU einen nachhaltigen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leistet, der langfristig eine entscheidende Rolle bei der Konsolidierung des Weltfriedens spielen könnte.

Podiumsdiskussion 2:

Schaffung von Anreizen für die Ansiedlung der Produktion in der EU, insbesonderein Bezug auf Rohstoffe

Um die Herstellung von Rohstoffen in der EU zu erleichtern, empfehlen wir, die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und zu standardisieren, die Bürokratie abzubauen und Unternehmen, die sich in der EU niederlassen und/oder Produktionsstätten in der EU errichten, Subventionen zu gewähren. Die EU sollte erneuerbare Energien massiv fördern, um die Energiekosten zu senken.

Mit diesen Maßnahmen wollen wir die Lieferketten verkürzen und klimafreundlicher gestalten, zur Stärkung der EU beitragen und Arbeitsplätze schaffen, in denen die Menschenrechte geachtet werden.

Diese Ziele sind uns wichtig, denn eine Verlagerung der Produktion in die EU würde die EU international unabhängiger und politisch weniger anfällig machen.

Runder Tisch 1:

Digi-Score - ein Punktesystem für eine starke digitale Wirtschaft auf EU-Ebene

Wir schlagen die Einrichtung eines öffentlich zugänglichen digitalen Dashboards namens Digi-Score vor, das von der Europäischen Kommission (GD CNECT) verwaltet wird. Dabei würde es sich um ein präzises Ranking-System handeln, mit dem der derzeitige digitale Reifegrad von EU-Unternehmen angezeigt und verglichen werden kann. Mit diesem Vorschlag wollen wir die Digitalisierung in ganz Europa vorantreiben. Unternehmen mit einer niedrigen digitalen Punktzahl hätten Anspruch auf gezielte Unterstützung, um sie beim Aufholen zu unterstützen.

Und Ziel ist uns wichtig, denn es würde dazu beitragen, den Weg für eine Steigerung der Produktivität, der Effizienz und des Absatzes zu ebnen und damit die Rolle Europas als Produktionsbasis zu stärken.

Podiumsdiskussion 2:

Informationsplattform für den EU-weiten Wissens- und Erfahrungsaustausch

Der EU wird empfohlen, eine Informationsplattform für den EU-weiten Wissens- und Erfahrungsaustausch einzurichten. Unser Ziel ist es, Informationen über grenzüberschreitende Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen in der EU zu bündeln, Beispiele für bewährte Verfahren vorzustellen und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, neue Ideen für den grenzüberschreitenden Austausch vorzustellen. Darüber hinaus könnten weitere Informationen über verfügbare Fachforen (z. B. zu Energie, Umwelt oder Digitalisierung) bereitgestellt werden.

Wir halten dies für wichtig, da die Bürgerinnen und Bürger Transparenz in Bezug auf die verfügbaren grenzüberschreitenden Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen benötigen. Sie sollten auf EU-Ebene bessere Leitlinien zu bestehenden Foren und Plattformen erhalten.

Runder Tisch 1:

Verordnung zur Gewährleistung der Produktlebensdauer

Wir empfehlen der EU, Rechtsvorschriften zu erlassen, mit denen für jedes in der EU hergestellte und verkaufte Produkt eine längere, sichere und spezifische Lebensdauer festgelegt wird und die Transparenz gegenüber den Verbrauchern in dieser Hinsicht gewährleistet wird.

Die Ressourcen sind begrenzt, und dies würde zu Einsparungen und einer Verringerung der Abfallmenge führen, was der Umwelt, dem Klima und den Verbrauchern zugute käme.

Damit wollen wir die Hersteller ermutigen, nachhaltiger und reparierbarer Produkte auf den Markt zu bringen.

Podiumsdiskussion 2:

Langfristige EU-Kampagne für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Lebensweise

Wir empfehlen, dass eine europäische Einrichtung, einschließlich Außenstellen in den EU-Ländern, über eigene Ressourcen verfügt und diese Kampagne leitet.

Unser Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass sich alle EU-Bürgerinnen und -Bürger in einer gemeinsamen Identität wiedererkennen, sich der Notwendigkeit eines nachhaltigen Konsums und Lebensstils bewusst werden und diesen Lebensstil übernehmen.

Diese Ziele sind uns wichtig, weil wir eine intrinsische Motivation für einen nachhaltigen Lebensstil wecken wollen.

Runder Tisch 1:

Mehr Austauschmöglichkeiten für Studierende in Europa schaffen

Wir empfehlen der Europäischen Union, zusätzlich zum Erasmus-Programm eine Verordnung über ein Austauschprogramm für Schüler und Studenten im Alter von 14 bis 25 Jahren zu verabschieden, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht und ihrem Bildungsniveau. Dieser Austauschprozeß muß systematisch von den Schulen auf lokaler Ebene durchgeführt und vorangetrieben werden. Jeder Schüler oder Student sollte die Möglichkeit haben, jederzeit während seiner Schulzeit am Austauschprogramm teilzunehmen. Zu diesem Zweck sollte die Europäische Kommission dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat einen Vorschlag vorlegen.

Ziel ist es, Schülern und Studenten unabhängig von ihren schulischen Leistungen und der finanziellen Unterstützung ihrer Eltern die Möglichkeit zu geben, an Austauschprogrammen in ganz Europa teilzunehmen. Eine Kultur des europäischen Austauschs sollte im Schulalter gefördert werden. Vor allem ist es wichtig, daß die Austauschprogramme leicht zugänglich und bürokratiefrei sind. Mit diesem Austauschprogramm wollen wir europäische Solidarität schaffen und Sprachbarrieren abbauen. In diesem Zusammenhang müssen die Bildungsgerechtigkeit und die Beteiligung an der Bildung berücksichtigt werden, um die interkulturellen und kommunikativen Kompetenzen zu stärken.

Diese Ziele sind uns wichtig, da sie dazu beitragen können, den europäischen Zusammenhalt zu fördern, den Respekt und die Zusammenarbeit zu stärken und die europäischen Werte von klein auf zu vermitteln, damit die Vielfalt Europas als Chance wahrgenommen werden kann.

Podiumsdiskussion 2:

Einführung eines beschäftigungsspezifischen Grundgehalts

Wir empfehlen dem für Beschäftigung und soziale Rechte zuständigen Kommissionsmitglied, dem Europäischen Parlament einen Vorschlag zur Einführung eines beschäftigungsspezifischen Grundgehalts in allen Mitgliedstaaten vorzulegen. Dieser Grundlohn sollte aus einem für den Lebensunterhalt ausreichenden Mindesteinkommen und einer beschäftigungsspezifischen Zulage bestehen.

Unser Ziel ist es, sicherzustellen, dass die Arbeitsleistung und die Löhne in der EU vergleichbar sind, um die soziale Gerechtigkeit zu stärken. Dieses Ziel ist uns wichtig, da es sicherstellen würde, dass der Arbeitsmarkt einem Grundprinzip der EU entspricht: vergleichbare Lebens- und Arbeitsbedingungen, unabhängig vom Wohnort und Beruf einer Person.

Runder Tisch 1:

Europäische Werte verkörpern und mit Emotionen kommunizieren

Wir empfehlen, die europäischen Werte konkreter zu gestalten und sie emotionaler zu kommunizieren. Dies könnte beispielsweise durch ein „Integrationspaket“ erreicht werden, das die Medien, interaktive Elemente und eine stärkere Bürgerbeteiligung umfasst.

Unser Ziel ist es, dass alle Menschen in der EU die gemeinsamen Werte kennen und sich zu eigen machen.

Dieses Ziel ist uns wichtig, da es die Grundlage für unser Zusammenleben in unserer Wertegemeinschaft bildet. Diese Werte sind zu wenig bekannt, da die persönliche Verbindung fehlt. Wir müssen diese Verbindung herstellen.

Podiumsdiskussion 2:

"Das Leben in der EU"

Nous empfiehlt der EU, ihr eigenes Bildungs- und Informationsfernsehprogramm einzurichten, um das Bewusstsein aller EU-Bürger für unsere gemeinsamen Werte zu schärfen und einen einfachen und ungehinderten Zugang zu diesen Informationen für alle zu gewährleisten. Diese Ziele sind uns wichtig, weil wir die öffentliche Meinung in jedem EU-Land besser verstehen wollen. Auf diese Weise wollen wir die gemeinsame Basis stärken und dazu beitragen, die Bürger zusammenzubringen, um mehr Solidarität zu fördern, und sie zur Rechtsstaatlichkeit zu schulen, um die Demokratie zu bewahren.

II D Nationale Gremien: Italien

Bürgerbeauftragter mit Empfehlungen für die
Konferenz zur Zukunft Europas, 11./12. März
2022

Zusammenfassender Bericht

Rom, den 16. März 2022



Inhaltsverzeichnis

II D Nationale Gremien: Italien 234

1. Leitprinzipien für den Organisationsprozess des Gremiums 236

2. Teilnehmerauswahl und Teilnahmemodalitäten 237

3. Organisation des Panels 240

4. Arbeitsprogramm 240

5. Empfehlungen 242

Stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung 242

1. Übertreffen des Produktionsmodells des vergangenen Jahrhunderts 242

2. Generative und inklusive Produktionsvorschriften 243

3. Messung des Wachstums anhand des Glücks in der Bevölkerung und nicht anhand der Menge der Produkte 243

4. Stärkere Integration unter den Staaten 244

5. Inklusionspolitik 245

6. Beschäftigung 246

Europa in der Welt 247

1. Stärkung der europäischen Identität 247

2. Stärkung der Wirtschaft und der Institutionen 247

3. Zusammenarbeit und Partnerschaften 248

4. Politische und kulturelle Referenz 249

6. Abschließende Bewertung durch die Teilnehmer 249

1. Leitprinzipien für die Organisation des Panels

Der gesamte Umsetzungsprozess des Forums wurde so konzipiert, dass er mit den Leitlinien für nationale Bürgerforen im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas im Einklang steht. Im Einzelnen:

- **Zweck:**

Alle zur Teilnahme am Forum eingeladenen Personen füllten einen Teilnahmefragebogen aus, in dem die Ziele und Zwecke des Projekts mit spezifischen Verweisen auf die Konferenz zur Zukunft Europas, die behandelten Themen und die Teilnahmemodalitäten aufgeführt waren.

- **Transparenz:**

Alle Dokumente, in denen die Initiative vorgestellt wurde, wurden den Teilnehmern auf verschiedene Weise zur Verfügung gestellt, wobei stets auf die offizielle Website der Konferenz verwiesen wurde. Die Unterlagen wurden allen Teilnehmern per E-Mail zugesandt.

- **Inklusivität:**

Die Einladung zur Teilnahme wurde über verschiedene Kanäle verschickt: z. B. E-Mail an die Mitglieder der **SWG-Community** und Weiterleitung des Links zum Bewerbungsformular über Twitter und LinkedIn. Dies führte zu insgesamt mehr als 400 Zugriffen auf das Bewerbungsformular und 245 Bewerbungen. Die (zufällige) Auswahl der Teilnehmer wurde so durchgeführt, dass die Anwesenheit von Personen unterschiedlichen Geschlechts, Alters, sozialer Herkunft, Wohnorts und Beschäftigungsstatus gewährleistet ist.

- **Repräsentativität:**

Obwohl die Stichprobengröße im statistischen Sinne nicht repräsentativ ist, wurde die Stichprobe so konzipiert, dass sie die maximale Heterogenität zwischen den Teilnehmern erreicht, um einen Mikrokosmos der Zielgruppe zu reproduzieren.

- **Angaben:**

Alle Teilnehmer erhielten ein breites Spektrum an Informationen über die Konferenz und die im Rahmen des Forums behandelten Themen. Im einleitenden Teil wurden die Teilnehmer im Einklang mit den Grundsätzen der Neutralität und Vollständigkeit an die Ziele und Modalitäten des Projekts erinnert. Alle Teilnehmer hatten die Möglichkeit, über die direkten Telefonnummern der Projektleiter bei **SWG** weitere Informationen und Einzelheiten zu der Veranstaltung anzufordern.

- **Beratungsgruppen:**

Das Hauptziel des gesamten Prozesses bestand darin, gemeinsame Empfehlungen zu formulieren, die von den Teilnehmern weitgehend geteilt wurden und an die Europäische Union gerichtet werden sollten. Die Art und Weise, wie die Arbeit organisiert und die Gruppen geleitet wurden, führte zu einem Prozess, der sich auf die Erfassung der Indikationen der Teilnehmer, ihre Behandlung und Synthese sowie auf ihre Überprüfung und Validierung durch die Gruppen selbst in einer späteren Arbeitssitzung konzentrierte.

- **Zeitplan:**

Während der Arbeitssitzungen wurde eine entspannte Atmosphäre geschaffen, die den Teilnehmern genügend Zeit gab, um die Themen zu vertiefen, zu denen sie eingeladen waren, um

zu beraten, ihre Meinung zu äußern und anderen zuzuhören. Aus demselben Grund wurde beschlossen, die beiden Hauptgruppen in zwei Untergruppen aufzuteilen. Die Arbeiten wurden über zwei Tage verteilt, um die formulierten Ideen zur Ruhe zu bringen.

- **Follow-up:**

Am letzten Tag überprüften und validierten alle Gruppen den ersten Entwurf der in der ersten Phase der Arbeiten formulierten Empfehlungen. Nachdem der Bericht über die Ergebnisse an die Abteilung für Europapolitik des Vorsitzes des Ministerrates übermittelt und die entsprechende Genehmigung erhalten worden war, wurde die endgültige Fassung der Empfehlungen allen Teilnehmern des Forums übermittelt. In jedem Fall wurden die Teilnehmer aufgefordert, die Konferenzaktivitäten weiterhin auf der Website und über die zu veröffentlichenden Aktualisierungen zu verfolgen.

- **Integrität:**

Der gesamte Arbeitsprozess wurde von der SWG nach Maßgabe der eingegangenen Stellungnahme autonom durchgeführt. Die Abteilung für Europapolitik des Vorsitzes des Ministerrates wurde laufend über die verschiedenen Etappen der Initiative und die Ergebnisse informiert.

- **Schutz der Privatsphäre:**

Die Privatsphäre der Teilnehmer wurde vollumfänglich gewährleistet. Um zur Teilnahme am Panel zugelassen zu werden, mussten alle Bewerber das gesetzlich vorgeschriebene Einwilligungsfeld nach Aufklärung unterzeichnen.

- **Bewertung:**

Am Ende des Prozesses wurde allen Teilnehmern ein Fragebogen zugesandt, um ihre Erfahrungen zu bewerten. Die Ergebnisse sind in diesem Bericht zusammengefasst.

2. Teilnehmerauswahl und Teilnahmemodalitäten

Auswahl

Ziel der Kommunikationsphase im Vorfeld der Veranstaltung war es, mindestens 50 interessierte italienische Bürger für die Teilnahme an der Initiative auszuwählen.

Zu diesem Zweck wurde ein kurzes Formular für die Selbstbewerbung in Form eines Fragebogens erstellt, der online auf der SWG-Plattform auszufüllen ist und indem alle an der Initiative interessierten Personen ihre Bewerbung unter Angabe der Daten einreichen konnten, die erforderlich sind, um in die Gruppen aufgenommen zu werden, aus denen die Teilnehmer nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Voraussetzungen für die Teilnahme waren: über eine Internetverbindung, ein Gerät mit Mikrofon und Videokamera verfügen und die Charta der Konferenz unterzeichnen.

Das Bewerbungsformular wurde über die SWG-Konten in den sozialen Medien verbreitet. Zu diesem Zweck wurden sechs Beiträge auf Twitter und einer auf LinkedIn mit folgenden Ergebnissen veröffentlicht:

Soziales Netzwerk	Termine	Anzahl der Aufrufe	Zugang zum Bewerbungsformular
 Twitter	6 Posts zwischen dem 8. und 10. März	889	31
 LinkedIn	1 Post am 8. März	410	25

Gleichzeitig wurden die Mitglieder der **SWG-Gemeinschaft** aufgefordert, sich im Einklang mit einer Einladungsstrategie zu bewerben, um eine maximale Repräsentativität der italienischen Bevölkerung nicht nur in Bezug auf soziale Merkmale, sondern auch in Bezug auf Ideen, kulturelle Orientierungen und Werte zu gewährleisten.

Bewerbungen konnten zwischen dem 8. März 2022 um 8.00 Uhr und dem 10. März 2022 um 16.00 Uhr eingereicht werden. Insgesamt generierte der Prozess 420 Zugriffe auf das Bewerbungsformular und 225 vollständige Bewerbungen gingen ein.

Insgesamt waren 140 Personen tatsächlich förderfähig, von denen 70 auf der Grundlage eines Kriteriums ausgewählt wurden, das auf eine ausgewogene Präsenz in Bezug auf Geschlecht, geografische Verteilung, Alter und Bildungsniveau abzielte.

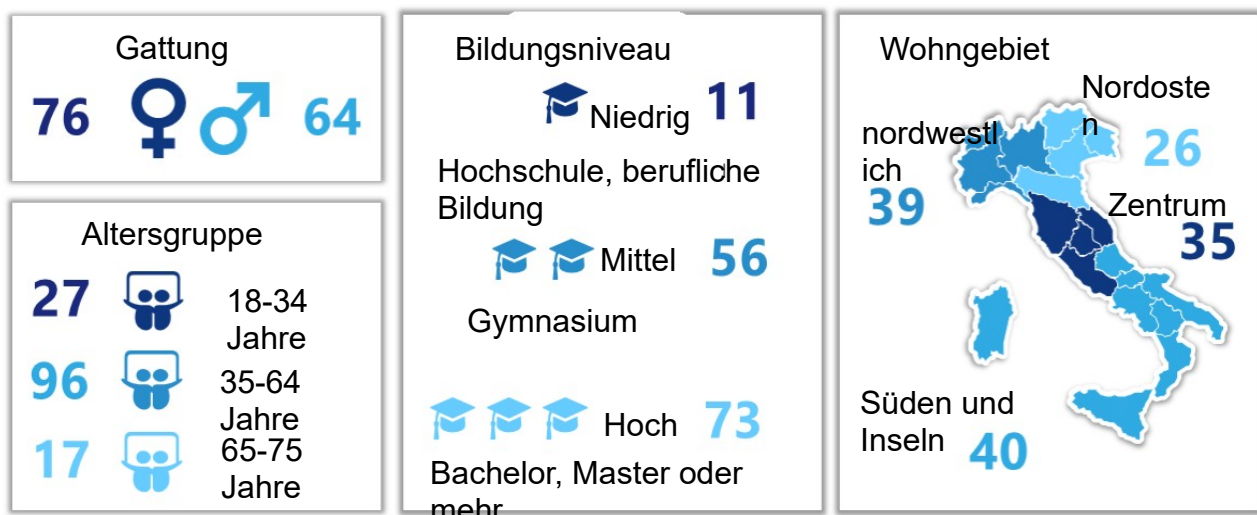
Bei der Auswahl der Bewerber wurde dem Grundsatz der fairen Wahrscheinlichkeit für die Auswahl der Teilnehmer, begleitet von Verfahren auf der Grundlage eines Zufallskriteriums, besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Die Zufälligkeit der Auswahl war ein zentrales Element des Projekts, um einen fairen Zugangsprozess zu gewährleisten. Im Geiste der Initiative erschien es jedoch wichtig, eine Strategie zu entwickeln, die nicht nur darauf abzielt, möglichst viele Menschen einzubeziehen, sondern auch eine größtmögliche Heterogenität der ausgewählten Personen zu gewährleisten, um eine maximale Inklusivität zu fördern.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die förderfähigen Personen wie folgt aufgeteilt wurden:

Verteilung der teilnahmeberechtigten Bewerber

140 

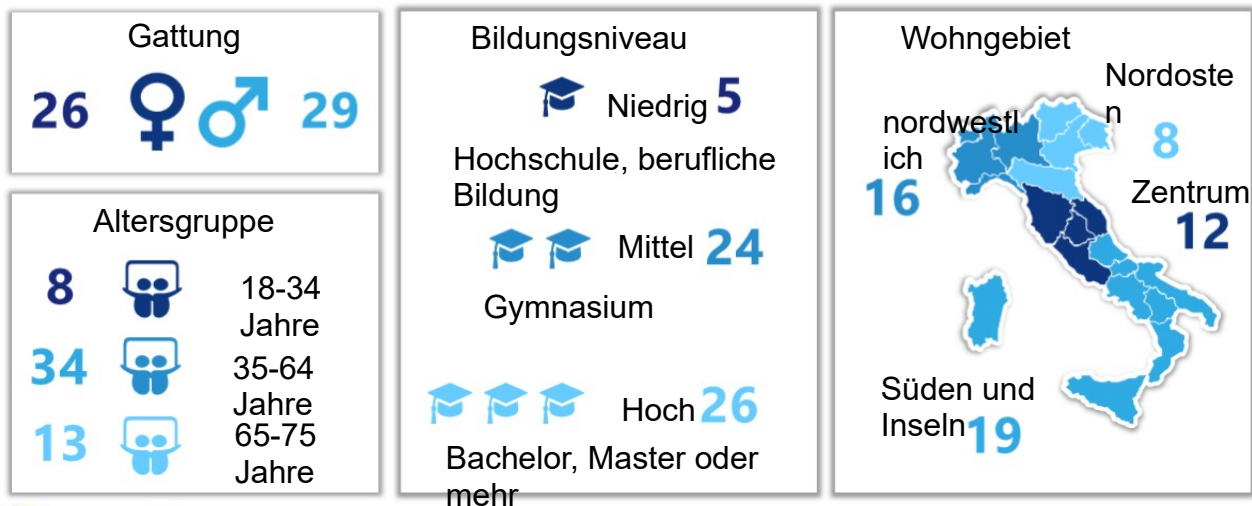


Die 70 ausgewählten Kandidaten erhielten am Vormittag der Veranstaltung einen Anruf, um ihre Teilnahme zu bestätigen. Diese Anrufe wurden vom **SWG-Kontaktzentrum** nach der CATI-Methode (computergestützte Telefonumfrage) getätigt. Insgesamt bestätigten am Ende dieser Phase 59 Personen ihre Teilnahme und wurden registriert. **Davon nahmen 55 aktiv am Panel teil.**

Die Alters- und Sozialverteilung der Panelmitglieder war wie folgt:

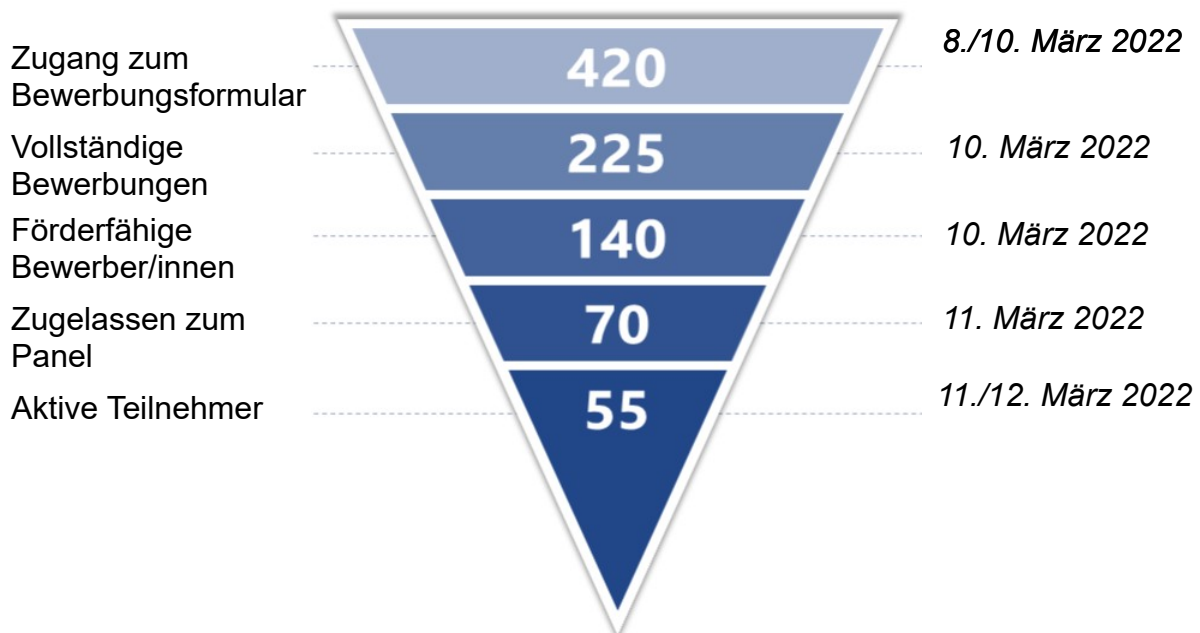
Verteilung der aktiven Teilnehmer

55 



Hier sind kurz die Ergebnisse der einzelnen Schritte des Auswahlverfahrens:

Das Bewerbungsverfahren



Um von Anfang an ein hohes Maß an Motivation und Partizipation zu gewährleisten, wurden allen Teilnehmern folgende Dokumente zur Verfügung gestellt:

- **die Präsentationsbögen der Konferenz zur Zukunft Europas und der nationalen Foren;**
- **die Charta der Konferenz zur Zukunft Europas;**
- **die Themen, die in den Foren erörtert werden sollten;**
- **die für die Teilnahme erforderlichen technischen und organisatorischen Informationen.**

3. Organisation des Panels

Um eine maximale Teilnahme zu ermöglichen, einschließlich der Personen mit beruflichen Verpflichtungen, wurde das Panel an zwei aufeinanderfolgenden halben Tagen, von denen einer am Wochenende stattfand, nach folgendem Zeitplan organisiert:

- **Freitag, 11. März, 16.00 bis 20.00 Uhr**
- **Samstag, 12. März von 10 bis 12 Uhr**

Diese Wahl zielte einerseits darauf ab, die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Initiative zu erleichtern, und andererseits darauf, die Anwesenheitszeit aufzuteilen, um eine größere Aufmerksamkeit und Beteiligung sowie weitere Überlegungen zu den vorgelegten Themen und Vorschlägen zu fördern. Die Panelteilnehmer meldeten sich über die GoToMeeting-Plattform bei beiden Arbeitssitzungen an und wurden in vier Gruppen (zwei für jeden Themenbereich) eingeteilt, die von einem **SWG-Moderator** geleitet und von einer Person unterstützt wurden, die für die Berichterstattung über die Vorträge zuständig war. Die Moderatoren moderierten die Gruppen mit zwei verschiedenen Diskussionswegen (eine für jeden Themenbereich), um alle ausgewählten Personen so weit wie möglich einzubeziehen und einen Ansatz zu gewährleisten, der auf maximaler Inklusion und Neutralität beruht.

4. Arbeitsprogramm

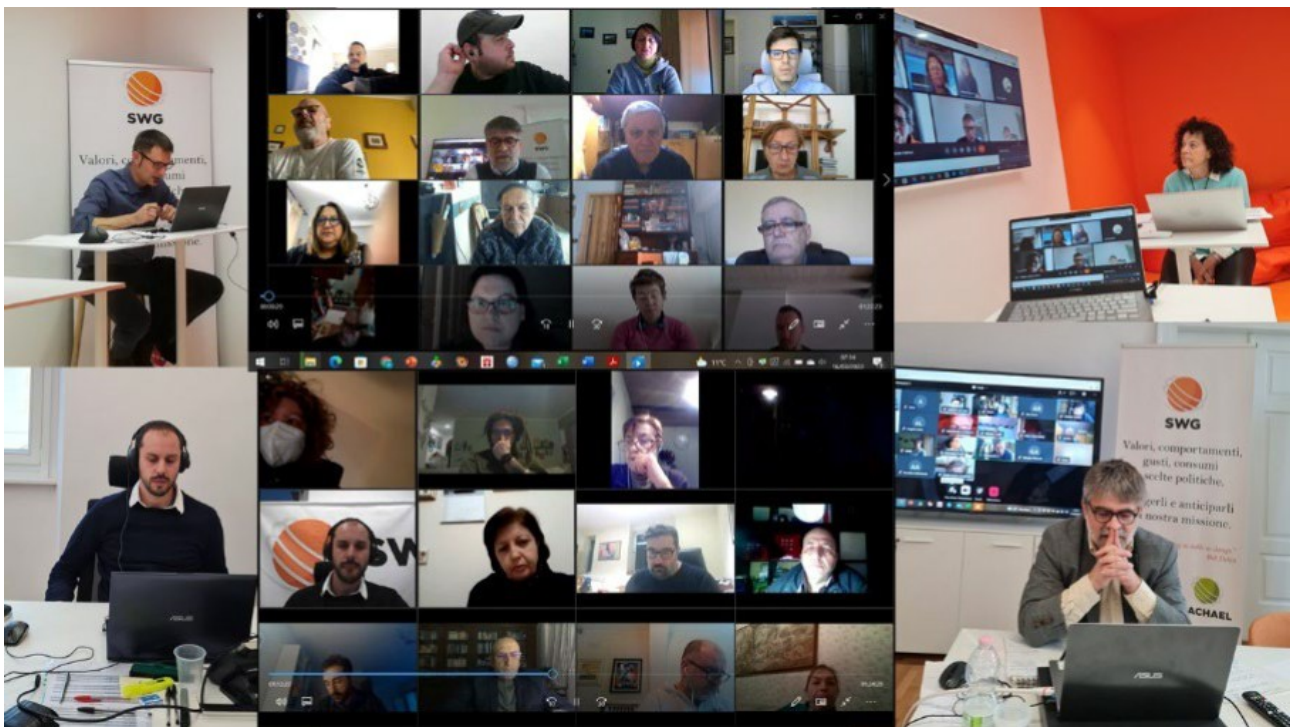
Erste Tagung (Freitag, 11. März 2022)

- 15.00 Uhr – Eröffnung des virtuellen Raums und Möglichkeit für die Teilnehmer, sich bei der Plattform anzumelden, um zu überprüfen, ob ihre Audio- und Videosysteme ordnungsgemäß funktionieren.
- 16.00 Uhr – Einführung durch den Moderator: Erläuterung der Gründe für die Initiative und Beschreibung der Struktur der Arbeiten.
- 16.15 Uhr – Aufteilung der Teilnehmer in Gruppen auf der Grundlage der in der Bewerbungsphase angegebenen Präferenzen.
- 16.20 Uhr – Beginn der Gruppendiskussion.

- 20:00 Uhr – Ende der Tagung.

Zweite Tagung (Samstag, 12. März 2022)

- 10.00 Uhr – Wiederaufnahme der Arbeiten durch Lektüre der Ergebnisse der Arbeiten vom ersten Tag.
- 10.15 Uhr – Fortsetzung der Diskussion, Vertiefungen und Kommentare der Teilnehmer.
- 12.00 Uhr – Abschluss der Arbeiten.



5. Empfehlungen

Stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung

1. Übertreffen des Produktionsmodells des vergangenen Jahrhunderts

Die Teilnehmer des Forums waren der Ansicht, dass die jüngsten globalen Ereignisse (die COVID-19-Pandemie und der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine) eindeutig die Grenzen des derzeitigen europäischen Produktionsmodells aufgezeigt und die Notwendigkeit hervorgehoben haben, einen Ansatz zu überdenken, den viele als "aus dem vergangenen Jahrhundert" bezeichnen.

Der Beweis für die Abhängigkeit Europas von Energie- und Lebensmitteleinfuhren aus Ländern außerhalb der Europäischen Union sowie die Entdeckung (während der Pandemie), dass wir nicht in der Lage sind, die zur Bekämpfung der Ausbreitung des Virus erforderliche Menge an Medizinprodukten und Impfstoffen allein herzustellen, haben den Eindruck erweckt, dass unser Wirtschaftssystem unter einer strukturellen Schwäche leidet, die auf mangelnde Selbstversorgung zurückzuführen ist.

Gleichzeitig sind die Teilnehmer eindeutig der Ansicht, daß eine stärkere Wirtschaft, die in der Lage ist, im Rahmen der sozialen Gerechtigkeit Arbeitsplätze zu schaffen, in der Lage sein muß, sich mit erheblichen technologischen Vorteilen auszustatten. Um dies zu erreichen, ist es von entscheidender Bedeutung, ein Bildungssystem zu unterstützen, das den MINT-Fächern immer mehr Aufmerksamkeit schenkt.

Die technologische Entwicklung, die nachhaltige Energie, aber auch der Tourismus und die Kultur scheinen für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft von morgen von grundlegender Bedeutung zu sein, wobei der Schwerpunkt insbesondere auf der Aufrechterhaltung der Grundproduktion liegt, um die Gefahr einer übermäßigen Abhängigkeit von Drittländern bei der Versorgung mit wichtigen Erzeugnissen und Rohstoffen zu vermeiden.

EMPFEHLUNGEN IN SCHLUSSFOLGERUNGEN

- 1. Wirksame Maßnahmen in den Bereichen Klimawandel und alternative Energien.**
- 2. Investitionen in die Tourismus- und Kulturwirtschaft, wobei auch die vielen kleinen Reiseziele in Europa aufgewertet werden.**
- 3. Fokus auf Technologie und Innovation als Wachstumsmotoren.**
- 4. Verringerung der Abhängigkeit von anderen Ländern in Bezug auf Rohstoffe, Energiequellen und Landwirtschaft.**
- 5. Ermutigung junger Menschen, wissenschaftliche Fächer zu studieren.**

2. Generative und inklusive Produktionsvorschriften

Um die wirtschaftliche Logik des vergangenen Jahrhunderts zu überwinden, müssen auch die Regeln und Verfahren für die Tätigkeit der Unternehmen überprüft werden. In diesem Sinne gibt es vier

Empfehlungen, die alle einer gemeinsamen Logik entsprechen: einerseits die Vereinfachung der Vorschriften und andererseits die Aufrechterhaltung eines hohen Maßes an Wachsamkeit gegenüber Fehlverhalten (insbesondere in Bezug auf Nachahmung und unlauteren Wettbewerb).

Großes Augenmerk wird auf die Notwendigkeit wirtschaftlicher Regeln gelegt, die vor allem generativ sind, indem die Wahlmöglichkeiten, die eine Normalisierung der Produktionsprozesse erfordern (die spezifische lokale Produktionen mit tiefen kulturellen Wurzeln gefährdet), aber auch die Zerstörung von landwirtschaftlichen Gütern aufgrund der Notwendigkeit, vordefinierte Produktionsmengen aufrechtzuerhalten, so weit wie möglich reduziert werden.

EMPFEHLUNGEN IN SCHLUSSFOLGERUNGEN

- 1. Bürokratieabbau (Genehmigungen, Zertifizierungen).**
- 2. Verringerung der Produktnormierung und Anerkennung der lokalen und regionalen Besonderheiten in Kultur und Produktion (Achtung der Produktionstraditionen).**
- 3. Über die Quotenlogik in der landwirtschaftlichen Produktion und die damit verbundene Vernichtung der Überschussproduktion hinausgehen.**
- 4. Bekämpfung von Nachahmung und unlauterem Wettbewerb.**

3. Messung des Wachstums anhand des Glücks in der Bevölkerung und nicht anhand der Menge der Produkte

Das Produktionsmodell des vergangenen Jahrhunderts zu verändern bedeutet nicht nur, die Produktionsmethoden zu ändern, sondern auch eine neue Kultur zu entwickeln, in der sich die Wachstumsindikatoren nicht nur auf die Menge der produzierten Waren konzentrieren, sondern auch auf die Fähigkeit, den Bürgern ein Ziel des Glücks zu garantieren. In dieser neuen Wirtschaft können die Waren nicht der Mittelpunkt der Überlegungen in Bezug auf Auswirkungen und Investitionen sein, aber dieser Platz muss den Menschen zukommen. Dazu gehört der Übergang von einem System von Indikatoren, die auf der Menge der produzierten Waren (BIP) basieren, zu einem System, das in der Lage ist, das für den Menschen erzeugte Wohlbefinden (BIP – Bruttoinlandsglück) zu messen.

EMPFEHLUNG IN SCHLUSSFOLGERUNG

- 1. Entwicklung einer Wirtschaft, die mehr auf die Produktion von Glück (Bruttoinlandsglück) als auf Waren (Bruttoinlandsprodukt) ausgerichtet ist.**

4. Stärkere Integration unter den Staaten

Für alle, auch für diejenigen, die mit der derzeitigen Organisation und den bisher von der Europäischen Union erzielten Ergebnissen weniger zufrieden sind, ist klar, daß eine gefestigte Union nicht ausreicht und daß Europa in der Lage sein muß, sich mit zunehmender Stärke zu einer kohärenten politischen Einheit zu entwickeln, die in der Lage ist, mit einer Stimme nach außen zu verhandeln und mit größerer innerer Solidarität zu handeln. Eine stärkere Union ist ein wesentlicher Aspekt der Stärkung der politischen, handelspolitischen und produktiven Kraft der Europäischen Union: Einheitlichkeit der Grundgesetze und ein integriertes und kohärentes System der Unternehmens- und Bürgerbesteuerung, in dem Löhne und Dienstleistungen für die Bürger aufeinander abgestimmt sind. Nur so werden wir ein Europa haben, das in der Lage ist, soziale Unterschiede abzubauen und die Lebensqualität zu fördern.

Dies bedeutet, nicht auf die Errungenschaften der letzten Jahre zurückzublicken und das Konzept des Wohlfahrtsstaates zu bewahren, das von den Teilnehmern des Forums als das weltweit am meisten propagierte und am meisten darauf bedacht war, seinen Bürgern Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zu garantieren.

EMPFEHLUNGEN IN SCHLUSSFOLGERUNGEN

- 1. Keine Kompromisse bei den sozialen Rechten (öffentliche Gesundheit, öffentliche Bildung, Arbeitspolitik).**
- 2. Konsolidierung der Maßnahmen in Bezug auf die einheitliche Währung und die Verknüpfung von Zahlungssystemen und Telekommunikation.**

Heute scheint alles, was in der Vergangenheit getan wurde, nicht mehr ausreichend zu sein, und das Europa der Zukunft muss einen entscheidenden Sprung bei der Integration zwischen den Mitgliedstaaten machen, nach einer internen Vision, die nicht mehr auf Wettbewerb, sondern auf Zusammenarbeit beruht, so dass jeder europäische Bürger in allen Mitgliedstaaten der Union über die gleichen Garantiesysteme und Möglichkeiten verfügen kann.

EMPFEHLUNGEN IN SCHLUSSFOLGERUNGEN

- 1. Über den Egoismus der Staaten und die Tendenz hinaus, individuelle Vorteile auf Kosten anderer zu suchen.**
- 2. Einführung eines Systems mit den gleichen Gesetzen, Steuersystemen, Rechten und Pflichten in allen Ländern.**
- 3. Staatlich koordinierte Steuerregelungen, insbesondere für Unternehmen (keine Freizonen oder Niedrigsteuerzonen).**
- 4. Konsistente Produktpreise und die Garantie gleicher Kaufkraft zwischen den einzelnen Staaten.**
- 5. Verringerung der Lohnunterschiede zwischen verschiedenen Staaten und geografischen Regionen innerhalb eines Landes.**
- 6. Die Staatsverschuldung mehrerer Mitgliedstaaten soll zu einer gemeinsamen Schuldentragfähigkeit werden.**

5. Inklusionspolitik

Ein gerechtes Europa, das in der Lage ist, seinen Bürgern Glück zu bringen, ist ein inklusives Europa, das dem Kampf gegen Ungleichheiten stets große Aufmerksamkeit schenkt. In den Empfehlungen wird der Weg zur Erreichung langjähriger Ziele (z. B. Gleichstellung der Geschlechter) aufgezeigt und es werden neue Anforderungen im Zusammenhang mit dem kulturellen Wandel der heutigen Gesellschaften (digitale Ungleichheit und Recht auf ein Leben in einer gesunden Umwelt) festgelegt.

EMPFEHLUNGEN IN SCHLUSSFOLGERUNGEN

- 1. Vollständige Gleichstellung der Geschlechter, insbesondere durch Stärkung des Vaterschaftsurlaubs und der Kinderbetreuungseinrichtungen.**
- 2. Bekämpfung digitaler Ungleichheiten.**
- 3. Sicherstellen, dass alle europäischen Bürgerinnen und Bürger in einer gesunden und nachhaltigen Umwelt leben können.**
- 4. Gewährleistung von Möglichkeiten der sozialen Mobilität und damit aller Chancen auf Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung .**
- 5. Förderung des Generationenwechsels auf allen Ebenen.**
- 6. Verwaltung der Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten in ausgewogener Weise zwischen den verschiedenen Staaten.**

Wieder einmal scheint die Rolle der Schulen und der Bildungspolitik von zentraler Bedeutung zu sein, nicht nur, um jungen Menschen die Kompetenzen zu vermitteln, die sie für den Eintritt in den Arbeitsmarkt benötigen, sondern auch, um eine europäische Kultur aufzubauen. Nach dem Aufbau einer Europäischen Union und der Institutionen ist es von entscheidender Bedeutung, ein Europa der Völker aufzubauen. In diesem Zusammenhang wird der zentrale Charakter einer gemeinsamen Sprache betont, um den Dialog zwischen den Bürgern verschiedener Länder und den gleichberechtigten Zugang zu Dienstleistungen zu ermöglichen. Da der Traum von Esperanto zusammengebrochen ist, hat der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union Zweifel an der Möglichkeit aufkommen lassen, Englisch als gemeinsame Sprache zu verwenden, eine Schlüsselsprache der internationalen Beziehungen sowie innerhalb des wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Systems.

EMPFEHLUNGEN IN SCHLUSSFOLGERUNGEN

- 1. Förderung der Annahme einer gemeinsamen Sprache.**
- 2. Investieren Sie in Schulen und Unterricht in der Geschichte Europas und nicht jeder Nation sowie in politische Ökonomie und politische Bildung.**
- 3. Zugang zu Kultur, Bildung und Austausch zwischen Studierenden und Bürgern verschiedener Mitgliedstaaten.**

Inklusionsmaßnahmen spielen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger Zugang zu Chancen haben. In diesem Zusammenhang wiesen die Teilnehmer des Forums darauf hin, dass Italien häufig nicht in der Lage war, die für diesen Zweck bereitgestellten EU-Mittel zu verwenden. Inklusion und Zugänglichkeit bedeuten, dass die europäischen Institutionen ihren Bürgern näher sein müssen, und diese Konzepte gehen einher mit mehr Informationen und einem stärkeren Bewusstsein für die Rechte, die die europäischen Bürger als solche genießen. Unter diesem Gesichtspunkt hat sich gezeigt, wie wichtig eine direkte Beziehung zwischen den Organen der Union und den Bürgern ist, ohne dass sie notwendigerweise Gegenstand einer Vermittlung durch die Mitgliedstaaten sein muss.

EMPFEHLUNGEN IN SCHLUSSFOLGERUNGEN

- 1. Förderung der Verwendung von EU-Mitteln zur Verringerung von Ungleichheiten.**
- 2. Zugänglichkeit und Bürgernähe der europäischen Institutionen.**
- 3. Den Bürgerinnen und Bürgern ihre Rechte und Möglichkeiten klar vermitteln und den direkten Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu ihnen fördern.**

6. Beschäftigung

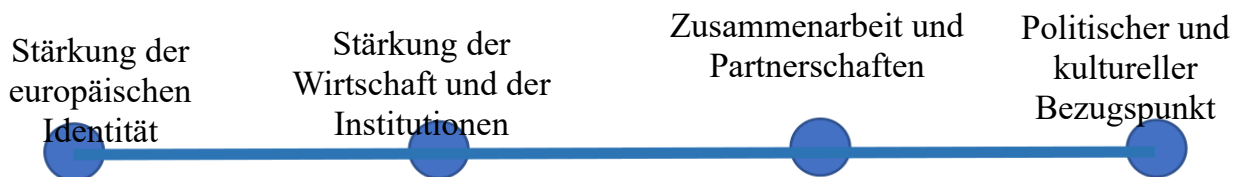
Die Beschäftigungsfrage ist seit jeher ein Querschnittsthema und eine unmittelbare Auswirkung der Umsetzung der Empfehlungen der Europäischen Union. In der Debatte **unter** den Teilnehmern wurde deutlich, dass die Beschäftigung im Mittelpunkt des Lebens der Bürger steht, aber mit der Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit einhergeht. Eine Europäische Union, in der aktive arbeitspolitische Maßnahmen nach wie vor zentral und zunehmend koordiniert sind, wird dringend erwartet.

EMPFEHLUNGEN IN SCHLUSSFOLGERUNGEN

- 1. Förderung des Austauschs zwischen Arbeitnehmern in Europa durch ein Europäisches Beschäftigungszentrum.**
- 2. Schaffung integrierter beschäftigungspolitischer Maßnahmen auf EU-Ebene.**
- 3. Schaffung von Anreizen für Unternehmen, die Arbeitsplätze anbieten.**

Europa in der Welt

Die jüngsten internationalen Ereignisse und insbesondere der Krieg zwischen Russland und der Ukraine hatten großen Einfluss auf die Wahrnehmung der Rolle, die Europa auf internationaler Ebene spielen muss. Die gesammelten Empfehlungen konzentrierten sich im Wesentlichen auf einen Schwerpunkt, der darauf abzielte, die Union (sowohl in Bezug auf ihre Identität als auch als Wirtschaftsmacht) zu stärken und sie in ihren Beziehungen zu anderen Ländern als Referenz- und Impulsmodell zu positionieren.



1. Stärkung der europäischen Identität

Um über die EU-Grenzen hinaus anerkannt zu werden, muss die Europäische Union zunächst nicht nur wirtschaftlich und finanziell, sondern auch identitäts- und wertmäßig kohärent sein. Eine Identität, die nicht durch Homologation, sondern durch die Aufwertung lokaler Besonderheiten im Rahmen gemeinsamer Grundwerte geschaffen wird.

Die Überlegungen über eine mögliche Erweiterung des Unionsgebiets wurden auch in folgenden Bereichen angestellt: Nach Ansicht einiger Teilnehmer des Forums sollte dies nicht undifferenziert erfolgen, sondern sicher auf die gegenseitige Anerkennung von Kultur und Werten als auf wirtschaftliche Normen konzentrieren.

EMPFEHLUNGEN IN SCHLUSSFOLGERUNGEN

- 1. Stärkung der europäischen kulturellen Werte und Merkmale sowie der regionalen Besonderheiten.**
- 2. Einrichtung eines Instituts für europäische Kultur zur Förderung einer Kultur des Respekts und der gegenseitigen Bereicherung zwischen Bürgern verschiedener Staaten.**
- 3. Neufestlegung der Zugehörigkeitsprinzipien für die neuen Bewerberländer und Stärkung von Faktoren wie kulturelle Identität und Werte.**

2. Stärkung der Wirtschaft und der Institutionen

Das Europa von morgen wird auf internationaler Ebene eine führende Rolle spielen, die nur mit einer starken und von anderen Ländern unabhängigen Union wahrgenommen werden kann. Es besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass die EU-Länder rohstoffarm sind, aber es scheint von entscheidender Bedeutung, dass die EU in der Lage ist, eine größere Unabhängigkeit bei der Energieversorgung, der Landwirtschaft und den technologischen Produkten zu gewährleisten.

Dies erfordert präzise Investitionen, um den Rückstand in Bereichen wie der Technologie (in denen die

Europäische Union derzeit keine führende Rolle zu spielen scheint), aber auch im Lebensmittel- und Energiesektor aufzuholen.

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine hat auch die Bedeutung einer integrierten europäischen Verteidigungspolitik mit einer spezifischen Identität und einer größeren Autonomie gegenüber der NATO in den Mittelpunkt der Debatte gerückt, ohne die Mitgliedschaft in der NATO in Frage zu stellen.

Schließlich erfordert dies klare Entscheidungen für die Zukunft, begleitet von erheblichen Investitionen in Wissenschaft und Forschung, um die Kompetenzen junger Europäerinnen und Europäer zu verbessern.

EMPFEHLUNGEN IN SCHLUSSFOLGERUNGEN

- 1. Stärkung der internen Produktionskapazitäten: Lebensmittelkette (insbesondere Weizen) und Technologie (Mikrochips).**
- 2. Aufwertung typischer regionaler und europäischer Produktionen.**
- 3. Stärkung der europäischen Industriecluster (z. B. Stahl).**
- 4. Stärkung der lokalen Energieerzeugung aus ökologischer Sicht (Gas, Sonne, Wind).**
- 5. Entwicklung von Luft- und Raumfahrttechnologien.**
- 6. Einrichtung europäischer wissenschaftlicher Laboratorien (Europäische Virusbank).**
- 7. Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee, die im Rahmen der NATO agiert, aber auch dazu beiträgt, darüber hinauszugehen.**
- 8. Investitionen in die Ausbildung von Ausbildern (europäischer Lehreraustausch, Erasmus für Lehrkräfte).**
- 9. Erhöhung der Mobilität europäischer Forscher durch die Entwicklung neuer europäischer wissenschaftlicher Einrichtungen.**
- 10. Förderung des Entstehens innovativer Start-ups.**

3. Zusammenarbeit und Partnerschaften

Die Vision des Europa von morgen ist nicht die einer Festung, die ihren Reichtum verteidigt, sondern die eines Protagonisten der internationalen Szene, der in der Lage ist, mit allen Ländern der Welt in Dialog zu treten. Ein Dialog, der von einer Handelsmacht ausgeht und eine wirtschaftliche Führungsrolle anstreben sollte, die durch den Aufbau von Partnerschaften und Projekten von großer internationaler Tragweite gestärkt werden kann.

All dies unter dem Gesichtspunkt der Zusammenarbeit und der Aufmerksamkeit für die schwächsten Regionen der Welt, mit Ad-hoc-Projekten zur Hervorhebung der ärmsten Länder sowie dem kulturellen und wirtschaftlichen Austausch mit den östlichen Ländern.

Besondere Aufmerksamkeit wird auch dem Thema Migration gewidmet, wobei eine bessere Abstimmung zwischen den Ländern und die Anwendung gemeinsamer Verfahren für die Verwaltung von Anträgen und Personen angestrebt wird.

EMPFEHLUNGEN IN SCHLUSSFOLGERUNGEN

- 1. Exporte anzukurbeln.**

- 2. Förderung grenzüberschreitender europäischer Tourismusrouten.**
- 3. Entwicklung eines Handelssystems für Verhandlungen auf europäischer Ebene (nichteinzeln als Staaten oder Unternehmen, sondern als Union), um über eine größere Verhandlungsmacht zu verfügen, jedoch mit Einschränkungen im Zusammenhang mit der Achtung der Menschenrechte.**
- 4. Führen Siewichtige internationale s-Projekte wie dieInternationale Raumstation durch.**
- 5. Projekte in Afrika finanzieren, um Schulen und Krankenhäuser zu bauen, ohne eine koloniale Haltung einzunehmen, sondern sich auf die Achtung der europäischen Werte und Rechte zu konzentrieren.**
- 6. Investitionen in die Ausbildung vor Ort (insbesondere für Frauen) in den ärmsten Ländern.**
- 7. Förderung des Austauschs von Technikern und Ausbildern.**
- 8. Schaffung eines Systems gemeinsamer Regeln für den Zugang von Migranten mit unterschiedlichen Prozessen zwischen Migration aus humanitären Gründen und Migration aus wirtschaftlichen Gründen und mit einer gerechten Verteilung auf die verschiedenen Staaten, jedoch mit gemeinsamen Regeln (Erfassung und Überwachung von Verhaltensweisen und Beschäftigung).**

4. Politische und kulturelle Referenz

In dem oben beschriebenen Szenario soll Europa weltweit eineklare politische und kulturelle Bezugsgröße in Bezug auf Rechte und Ethik seinund mit gutem Beispiel vorangehen, indem es Entscheidungen trifft, die auf eine gesunde Umwelt, die Achtung der Menschenrechte und den Dialog zwischen Ost und West abzielen.

EMPFEHLUNGEN IN SCHLUSSFOLGERUNGEN

- 1. Den Weg als grüner Kontinent einschlagen, Nullemissionen vor anderen erreichen und die Erzeugung sauberer Energie (Wind- undSolarenergie) steigern.**
- 2. Export von Technologien zur Herstellung von Null-Impact-Gütern.**
- 3. Als Zusammenfluss (öffentlicher Ort, Agora) zwischen Ost und West dienen, indem der kulturelle Austausch und gemeinsame kulturelle Initiativen (wie die Weltkunsttage, die abwechselnd in den verschiedenen europäischen Hauptstädten organisiert werden, mit einem künstlerischen Programm, das westliche und östliche Künstler umfasst) gefördert werden.**
- 4. Schaffung eines europäischen ethischen Modells fürdie Steuerung von Migrationsprozessen, das auf internationaler Ebene gemeinsam genutzt werden kann.**

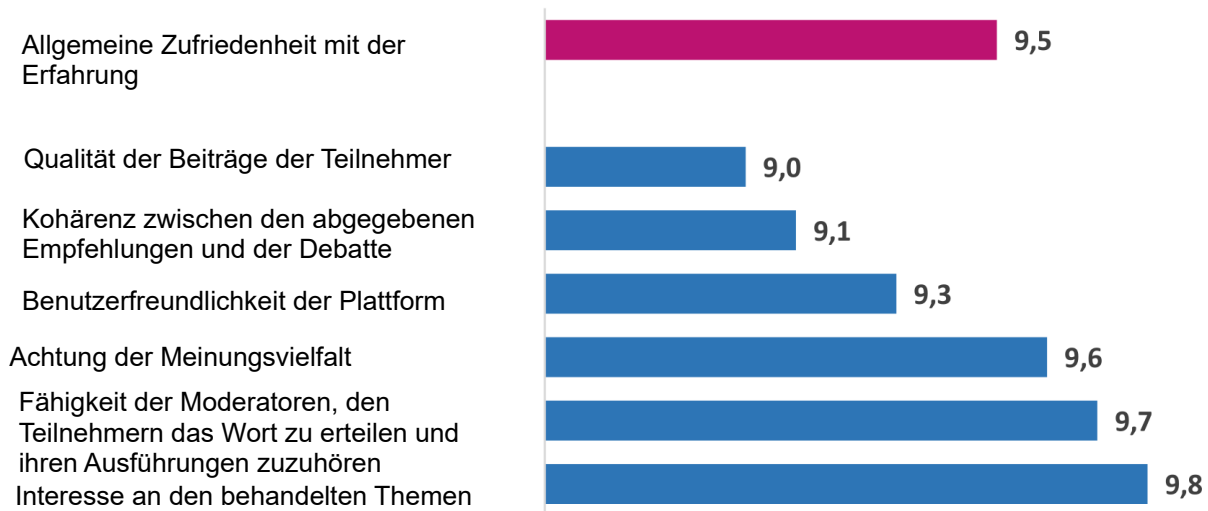
6. Abschließende Bewertung durch die Teilnehmer

Am Ende derArbeitstage wurden alle Teilnehmer aufgefordert, eine kurzeFrage zu beantworten,umihre

Erfahrungen sammeln. Der Bewertungsfragebogen wurde zwei Tagen nach dem Ende des Panels verschickt, um allen Teilnehmern Zeit zu geben, ein wenig Abstand von der Erfahrung zu nehmen und objektiver antworten zu können.

Die gesammelten Ergebnisse zeigen ein besonders hohes Maß an Zufriedenheit, sowohl in Bezug auf die Interessen als auch in Bezug auf die Leichtigkeit der Teilnahme und das Gefühl des Zuhörens und der Inklusivität.

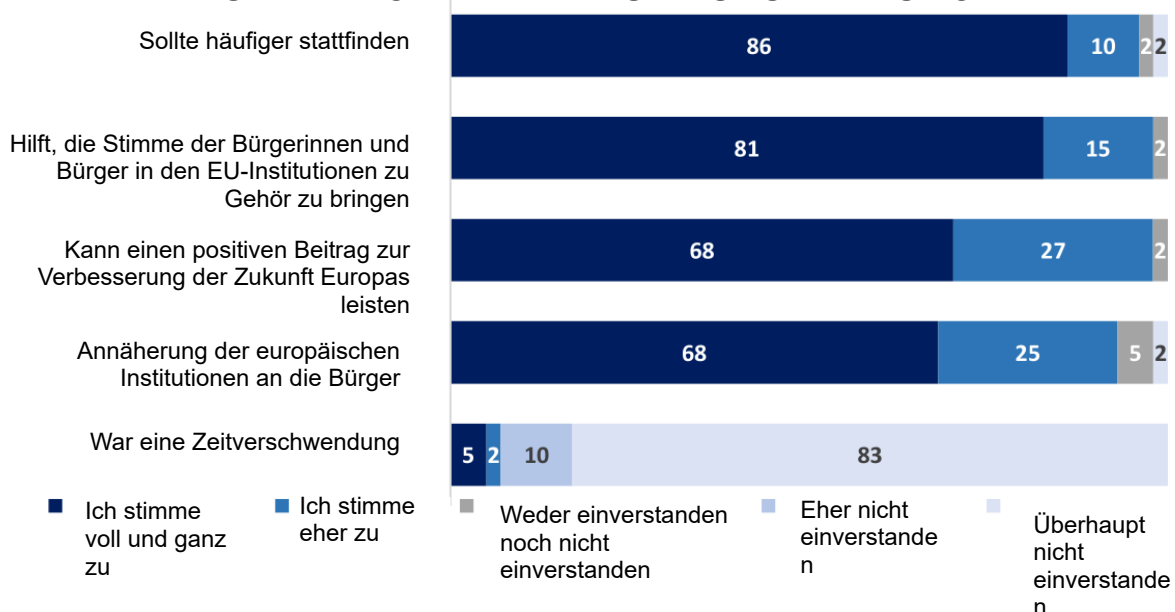
Zufriedenheit mit der Teilnahme am Panel



Mit unterschiedlichen Erfahrungen, Fähigkeiten und Motivationen fühlten sich die Teilnehmer stark eingebunden: 98 % der Befragten des Bewertungsfragebogens gaben an, aktiv an der Debatte teilgenommen und einen positiven Beitrag geleistet zu haben.

Insgesamt wurde die Nützlichkeit dieser Erfahrung, die vor allem als Möglichkeit zur aktiven Beteiligung wahrgenommen wurde und ein Gefühl größerer Nähe zu den europäischen Institutionen vermittelte, sehr stark empfunden. Dies führte dazu, dass fast alle Befragten eine Wiederholung dieser Art von Initiative im Laufe der Zeit forderten.

BEWERTUNG DES INTERESSES DES "ITALISCHEN PANELS FÜR DIE KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS"



Die Teilnehmenden wiesen darauf hin, dass sie bei einer erneuten Durchführung einer solchen Initiative nicht nur gerne teilnehmen würden, sondern auch ihren Freunden empfehlen würden, sich daran zu beteiligen.

beteiligen.

II E Nationale Panels: Litauen

Litauisches Bürgerforum zur Zukunft Europas

Bericht

Dieser Bericht besteht aus vier Teilen. Der erste Teil gibt einen kurzen Überblick über den Ablauf der Veranstaltung. Der zweite Teil enthält die Empfehlungen der Teilnehmer des Bürgerforums für die Politik der EU und Litauens. Der dritte Teil enthält eine kurze Analyse der Diskussionen in den Gruppen und der wichtigsten Ergebnisse des Forums. Im vierten Teil werden die Ergebnisse des Bürgerforums mit den Ergebnissen der litauischen Bürgerbefragungen zur Lage und Zukunft Europas verglichen.

1. Ablauf des nationalen Bürgerforums

Das Umfrageinstitut Kantar TNS LT hat im Dezember 2021 auf Ersuchen des Außenministeriums eine Methode für die geschichtete Zufallsauswahl einer repräsentativen Stichprobe der litauischen Bevölkerung entwickelt, auf deren Grundlage Kantar TNS 25 litauische Bürger im Alter von 18 bis 65 Jahren ausgewählt hat, die für die verschiedenen sozioökonomischen Gruppen und alle geografischen Regionen Litauens repräsentativ sind.^{xv}

Am 4. Januar wurden die ausgewählten Bürgerinnen und Bürger zu einer virtuellen Einführungssitzung eingeladen, auf der die Idee des nationalen Bürgerforums vorgestellt wurde, und es fand ein Austausch über die für die Zukunft Europas wichtigsten Themen statt. Im Anschluss an die Veranstaltung erhielten die Teilnehmer ein Hintergrundpapier mit einer ausführlichen Beschreibung der erörterten Themen und Informationsquellen.

Am 15. Januar fand im Europäischen Haftbefehl ein nationales Bürgerforum zur Zukunft Europas statt, das vom Zentrum für Osteuropastudien des Europäischen Haftbefehls (RESC) und dem Umfrageinstitut Kantar TNS LT organisiert wurde und an dem 25 ausgewählte Bürger direkt teilnahmen.

Die Teilnehmer erörterten zwei Fragen im Zusammenhang mit der EU-Politik: **die Rolle und die Zuständigkeiten der EU in der Außenpolitik** sowie die **wirtschaftliche Rolle der EU**. Zu Beginn dieser Veranstaltung fand jeweils eine gesonderte Sitzung statt, in der die EU-Expertinnen und -Experten Linas Kojala (RESC) und Ramūnas Vilpišauskas (Professor an der Universität Vilnius) die Bürgerinnen und Bürger kurz mit den aktuellen Entwicklungen und Themen der Sitzung vertraut machten. Während der Aussprache konnten die Bürgerinnen und Bürger Fragen stellen und ihren Standpunkt darlegen. Nach den Expertenvorträgen wurden die Teilnehmer in drei kleinere repräsentative Gruppen eingeteilt, die jeweils über eine andere Frage im Zusammenhang mit dem Thema der Sitzung nachdenken sollten. Es wurden folgende außenpolitische Fragen erörtert:

1.1. Braucht es eine eigenständige Verteidigungs- und Außenpolitik der EU?

1.2. Wie müssen die Beziehungen der EU zu ihren osteuropäischen Nachbarn, zu Nordafrika und zur Türkei aussehen?

XV Stichprobe von Bürgern, die die Städte Vilnius, Kaunas, Klaipėda, Šiauliai und Panevėžys sowie die Wahlkreise (apskritis) Vilnius, Kaunas, Klaipėda, Šiauliai, Panevėžys, Alytus, Marijampolė, Tauragė, Telšiai und Utena auf der Grundlage von Daten der litauischen Statistikbehörde (Lietuvos statistikos departamentas) vertreten.

1.3. Wie muss die Migrationspolitik der EU aussehen?

Auf der Tagung über die wirtschaftliche Rolle der EU wurden folgende Fragen erörtert:

2.1. Braucht es eine stärkere Umschichtung von Mitteln aus dem EU-Haushalt, aus den gemeinsamen Schulden der EU?

2.2. Müssen Sozialstandards auf EU-Ebene geregelt werden?

2.3. Wie kann die EU-Wirtschaft gestärkt werden?

Am Ende der Tagung musste jede Gruppe die wichtigsten Ergebnisse der Diskussion formulieren, Erklärungen abgeben oder konkrete Vorschläge zu Themen unterbreiten, die für die EU von Belang sind. In der Diskussion mit dem gesamten Gremium stellte der Vertreter jeder Gruppe den anderen Teilnehmern diese Schlussfolgerungen vor. Diejenigen, die in anderen Gruppen gewesen waren, konnten Fragen zu stellen und die Vorschläge mit ihren Ideen zu ergänzen. Im Anschluss an die Präsentationen und Debatten stimmten die Bürgerinnen und Bürger jeweils über zwei dieser Schlussfolgerungen ab, wobei sie über den wichtigsten Vorschlag oder die wichtigste Erklärung für die Rolle Litauens bei der Stärkung der EU und dem Erfolg der EU selbst in ganz Europa abstimmten. und die andere Abstimmung für die Erklärung oder den Vorschlag, die bzw. der ihnen persönlich in ihrem Interesse als EU-Einwohner am wichtigsten erscheint. Im Anschluss an diese Abstimmung fand im Forum eine Aussprache statt, in der die wichtigsten Ideen, die sich aus den Diskussionen ergeben hatten, erörtert wurden.

In der Woche nach der Veranstaltung untersuchten Experten den Inhalt der Diskussionen und stellten den Kern der von den Bürgern vorgebrachten Ideen heraus. Am 25. Januar fand eine virtuelle Zusammenfassungssitzung statt, in der den Bürgerinnen und Bürgern Empfehlungen aus dem Inhalt ihrer Diskussionen übermittelt wurden. Die Bürgerinnen und Bürger hatten die Möglichkeit zu sagen, ob sie den Empfehlungen zustimmen, sie inhaltlich zu ergänzen und zu bewerten. Alle Teilnehmer hatten diese Möglichkeit noch eine Woche nach der Zusammenfassenden Sitzung, indem sie ihre Stellungnahmen und Anmerkungen schriftlich an die Organisatoren des Gremiums richteten.

2. Ergebnisse des nationalen Bürgerforums

In diesem Teil des Berichts werden die Ergebnisse des Bürgerforums zusammen mit den Empfehlungen der Teilnehmer der Arbeitsgruppen und ihren Standpunkten zur Rolle der EU in der Außenpolitik und in der Wirtschaft dargelegt.

Erste Sitzung: Rolle und Zuständigkeiten der EU in der Außenpolitik

1. Wir fordern die EU auf, eine wirksamere Politik gegenüber China zu entwickeln. Litauen muß entschlossener unterstützt werden, aber es muß auch seine Position besser auf die der EU-Bürger abstimmen. Um sicherzustellen, dass die Interessen in der EU besser ausgewogen sind und es nur eine Politik gegenüber China sowie in anderen außenpolitischen Angelegenheiten gibt, empfehlen wir, die Möglichkeit der Einsetzung eines EU-Außenministers in Betracht zu ziehen.
2. Wir plädieren dafür, die Frage der Migrantenquoten auf EU-Ebene wieder auf die Tagesordnung zu setzen.
3. Wir empfehlen die Einsetzung eines speziellen Ausschusses auf EU-Ebene zur Lösung von Migrationsproblemen, der eine schnellere Reaktion auf Migrationskrisen und das Recht der Mitgliedstaaten, ihre nationalen Interessen zu erläutern und zu verteidigen, gewährleisten und gemeinsame Leitlinien für die Migrationssteuerung ausarbeiten und umsetzen würde.
4. Wir empfehlen, die wirtschaftlichen und humanitären Beziehungen zu den nordafrikanischen Ländern zu stärken, ohne dabei die politischen Realitäten aus den Augen zu verlieren, insbesondere mit dem Ziel, den Einfluss

Chinas, Russlands und anderer Staaten in dieser Region zu verringern.

5. Wir empfehlen, die Beziehungen zu Osteuropa zu stärken und wirtschaftliche Maßnahmen auf persönlicher Ebene zu fördern.

6. Wir fordern nachdrücklich, dass die von der EU gegen ausländische Akteure verhängten Sanktionen strenger und gezielter ausfallen und sich gegen wichtige Persönlichkeiten des sanktionierten Staates (z.B. politische Führer) richten.

7. Wir fordern nachdrücklich, daß die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU auf dem Grundprinzip der Solidarität zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten der EU und den verschiedenen Regionen und Gesellschaften Europas beruht.

8. Wir empfehlen der EU, die bisherige Politik der Öffnung im Bereich der Besteuerung zu überdenken, die Sicherheitsprobleme, eine Zunahme der Kriminalität und den Aufbau von Kommunitarismus in der Gesellschaft verursacht.

9. Wir fordern Litauen auf, sich aktiver zu Fragen der Migrationspolitik zu äußern und Diskussionen über Migrationsfragen anzustoßen.

10. Wir fordern eine aktive und rigorose EU-Politik gegenüber Staaten, die Migrationsströme als Waffe bei hybriden Angriffen einsetzen: einerseits durch die Verhängung strengerer Sanktionen und andererseits durch den Dialog mit ihnen im Hinblick auf eine Deeskalation.

Zweite Sitzung: Die wirtschaftliche Rolle der EU

1. Wir empfehlen der EU, die Versorgungssicherheit bei wichtigen Gütern auf verschiedene Weise zu verbessern: Priorisierung des Handels innerhalb der EU, Förderung der Produktion modernster Technologien und weitere Diversifizierung der Einfuhrquellen. Wir empfehlen auch, neue Exportmärkte zu erkunden.

2. Wir empfehlen, die Handelspraktiken für Erdgasverträge zu überprüfen und dabei sowohl kurzfristige als auch langfristige Verträge ins Auge zu fassen. Wir empfehlen eine weitere Diversifizierung der Energiequellen.

3. Wir empfehlen, die Maßnahmen des Grünen Deals und ihre Umsetzung unter Berücksichtigung möglicher negativer sozioökonomischer Auswirkungen zu bewerten. Zur Umsetzung der Ziele des Grünen Deals empfehlen wir die Nutzung von Kernenergie und Erdgas zusätzlich zu erneuerbaren Energiequellen.

4. Wir betonen, dass es besonders wichtig ist, dass alle Mitgliedstaaten den Grundsatz des Vorrangs des EU-Rechts beachten. Wir fordern mit Nachdruck, dass Litauen in dieser Frage eine klare prinzipielle Haltung einnimmt.

5. Wir empfehlen, dass Litauen die bewährten Verfahren der EU-Länder aktiver nutzt, um höhere Sozialstandards, wirtschaftliche Expansion und eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung anzustreben.

6. Wir empfehlen, der Stärkung der Cybersicherheit sowie dem Schutz von Daten und Infrastrukturen mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

7. Es wird empfohlen, dass die EU und die Mitgliedstaaten der Entwicklung der wirtschaftlichen Grundkenntnisse der Bürger, der Bildung und der Verbreitung von Informationen Vorrang einräumen.

8. Wir empfehlen, dass in die neuen EU-Handelsabkommen ehrgeizige Standards in den Bereichen Soziales, Arbeit und Gesundheit aufgenommen werden. Wir empfehlen die Festlegung von Leitlinien auf EU-Ebene, in denen festgelegt wird, was zu tun ist, und die nicht das Recht haben, Social-Media-Plattformen zu betreiben, die personenbezogene Daten und Informationen über Verbraucher verwalten.

9. Wir empfehlen, weiter über die Möglichkeit einer gemeinsamen Anleihe auf EU-Ebene nachzudenken, um die bestmöglichen Anleihebedingungen zu erreichen. Wir empfehlen auch, eine finanziell solide und verantwortungsvolle Politik zu entwickeln, um den Schuldenbedarf der Mitgliedstaaten zu verringern.

10. Wir empfehlen eine verstärkte Überwachung der Ausschöpfung und Verwendung von EU-Mitteln, indem die lokalen Gebietskörperschaften dabei unterstützt werden, eine echte Praxis zur Anpassung der Verwendung von Finanzmitteln einzuführen. In dem Maße, in dem sich die objektive Situation der Empfänger von EU-Mitteln ändern kann, kommt der Verknüpfung von Transparenz- und Flexibilitätserfordernissen besondere Bedeutung zu.

11. Wir empfehlen Litauen, die wirtschaftliche Entwicklung und Investitionen in den Regionen des Landes weiterhin aktiv zu fördern.

3. Diskussionen im nationalen Bürgerforum und Analyse der Ergebnisse

Die Teilnehmer des nationalen Bürgerforums befassten sich mit den wichtigsten aktuellen Problemen Litauens (die auf nationaler Ebene in Politik und Medien ausführlich diskutiert wurden) und wie diese gelöst werden können. Bei der allgemeinen Abstimmung über die wichtigsten Ergebnisse des Gremiums wurde festgestellt, daß fast 45 % aller im Hof der beiden Tagungen abgegebenen Stimmen den Vorschlägen für zwei Tagungen gewidmet waren: die Beziehungen zu China und die Steuerung der Migrationsströme (siehe nachstehende Tabelle). Auch das Thema Energiepolitik erregte große Aufmerksamkeit. Es wurde nur ein einziger Vorschlag eingereicht, der jedoch die Stimmen von fast 10 % der Teilnehmer erhielt. Die Ergebnisse dieser Abstimmungen deuten darauf hin, dass die Vorstellungen der Bürger über die Zukunft Europas für die aktuellen politischen Probleme und Entwicklungen (auf nationaler Ebene) von entscheidender Bedeutung sein könnten.

Empfehlung	Abstimmung
Erste Sitzung: Rolle und Zuständigkeiten der EU in der Außenpolitik	
1. Wir fordern die EU auf, eine wirksamere Politik gegenüber China zu entwickeln. Die derzeitige Unterstützung für Litauen reicht nicht aus, aber Litauen hat seine Position auch nicht ausreichend an die der EU-Partner angeglichen. Um sicherzustellen, dass die Interessen in der EU besser ausgewogen sind und es nur eine Politik gegenüber China sowie in anderen außenpolitischen Angelegenheiten gibt, empfehlen wir, die Möglichkeit der Einsetzung eines EU-Außenministers in Betracht zu ziehen.	11 (22,9 %) für ganz Europa wichtig: 8; Persönlich: 3
2. Wir fordern, die Frage der Migrantenquoten auf EU-Ebene wieder auf die Tagesordnung zu setzen.	9 (18,8 %) für ganz Europa wichtig: 9
3. Wir empfehlen die Einsetzung eines speziellen Ausschusses auf EU-Ebene zur Bewältigung von Migrationsproblemen, der eine schnellere Reaktion auf Migrationskrisen und das Recht der Mitgliedstaaten, ihre nationalen Interessen zu erläutern und zu verteidigen, sowie die Ausarbeitung und Umsetzung gemeinsamer Leitlinien für die Migrationssteuerung sicherstellen würde.	7 (14,6 %) für ganz Europa wichtig: 3; Persönlich: 4
4. Wir empfehlen, die wirtschaftlichen und humanitären Beziehungen zu den nordafrikanischen Ländern zu stärken, ohne dabei die politischen Realitäten aus den Augen zu verlieren, insbesondere mit dem Ziel, den Einfluss Chinas, Russlands und anderer Staaten in dieser Region zu verringern.	6 (12,5 %) persönlich wichtig: 6
5. Wir empfehlen, die Beziehungen zu Osteuropa zu stärken und wirtschaftliche Maßnahmen auf der Ebene der Menschen zu ergreifen.	5 (10,4 %) persönlich wichtig: 5
Zweite Sitzung: Die wirtschaftliche Rolle der EU	
1. Wir empfehlen der EU, verschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um die Versorgungssicherheit bei wichtigen Gütern zu erhöhen: Priorisierung des Handels innerhalb der EU, Förderung der Produktion von Spitzentechnologien innerhalb der EU und weitere Diversifizierung der Einfuhrquellen. Wir empfehlen auch, neue Exportmärkte zu erkunden.	9 (19,6 %) für ganz Europa wichtig: 3; persönlich: 6

2. Wir empfehlen, die Handelspraktiken für Erdgasverträge zu überprüfen, wobei sowohl kurzfristige als auch langfristige Verträge im Mittelpunkt stehen sollten. Wir empfehlen eine weitere Diversifizierung der Energiequellen.	9 (19,6 %) für ganz Europa wichtig: 9
3. Der Hof empfiehlt, die Maßnahmen des Grünen Deals und ihre Umsetzung unter Berücksichtigung möglicher negativer sozioökonomischer Auswirkungen zu bewerten. Zur Umsetzung der Ziele des Grünen Deals empfehlen wir die Nutzung von Kernenergie und Erdgas zusätzlich zu erneuerbaren Energiequellen.	6 (13 %) persönlich wichtig: 6
4. Wir betonen, wie wichtig es ist, dass alle Mitgliedstaaten den Grundsatz des Vorrangs des EU-Rechts achten. Wir fordern mit Nachdruck, dass Litauen in dieser Frage eine klare prinzipielle Haltung einnimmt.	4 (8,7 %) für ganz Europa wichtig: 2; Persönlich: 2

Darüber hinaus sind die wichtigsten Fragen für die Bürger, nämlich die Beziehungen zu China, Migration oder Energie, nicht vorübergehend: Ihre Entschlieung wird grundlegende Auswirkungen auf die langfristige Zukunft Europas haben. Daher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Bürger, die über die Zukunft nachdenken, dem, was gerade wichtig ist, Vorrang einräumen, unproblematisch. Da der Aufbau der Zukunft heute mit vielen kleinen Schritten beginnt, ist die Wahrnehmung der kurzfristigen Erwartungen der Bürger eine unabdingbare Voraussetzung für eine solide langfristige Prozesssteuerung und Problemlösung. Die nachfolgende Analyse der wichtigsten Ergebnisse des nationalen Bürgerforums stützt sich genau auf diese Feststellung.

Die Entschlieung mit den meisten Stimmen (11, d. h. fast 12 %) ist die Entschlieung, **nach der die EU eine wirksamere Politik gegenüber China braucht**. Diese allgemeine Schlussfolgerung umfasste mehrere konkretere Aussagen. Erstens wiesen die Teilnehmer darauf hin, dass die Unterstützung der EU für Litauen angesichts des wirtschaftlichen Drucks, dem es durch China ausgesetzt war, zu diesem Zeitpunkt nicht ausreichte. Zweitens betonten die Vertreter der Gruppe, die die Abschlusserklärung übermittelt hatten, dass Litauen selbst größere Anstrengungen unternehmen müsse, um seine Politik gegenüber China mit der Politik der EU-Partner in Einklang zu bringen, insbesondere weil es für die gesamte EU wichtig sei, weiterhin Handel mit China zu treiben. Drittens sprachen die Bürger die Idee an, dass die Koordinierung der Standpunkte und die Entwicklung einer gemeinsamen Politik, insbesondere in Bezug auf China, wirksamer sein könnten, wenn die Funktion eines EU-Außenministers eingeführt würde. Acht Teilnehmer erklärten diese Schlussfolgerung für ganz Europa für besonders wichtig, drei weitere für sie persönlich.

Die Problematik der Beziehungen zu China ist eng mit zwei weiteren Vorschlägen verbunden, die eine große Anzahl von Stimmen von Bürgern erhalten haben. Neun Teilnehmer stimmten für die Schlussfolgerung der zweiten Tagung, dass **die EU die Versorgungssicherheit verbessern muss** (drei Teilnehmer bezeichneten dies als besonders wichtig für ganz Europa, sechs weitere als besonders wichtig für sie persönlich). Diese Schlussfolgerung umfasste auch mehrere Aspekte. Erstens betonten die Bürgerinnen und Bürger die Notwendigkeit, den EU-Märkten Vorrang einzuräumen, die sich durch zuverlässige Lieferanten und Produkte mit hohen Standards auszeichnen. Zweitens betonten die Teilnehmer die Notwendigkeit, die Produktionskapazitäten für Spitzentechnologien in Europa selbst zu fördern. Drittens sprachen sich die Bürger für eine stärkere Diversifizierung der Einfuhrquellen aus. Bei der Formulierung dieser Empfehlungen haben die Diskussionsteilnehmer immer wieder auf den Faktor China hingewiesen: die Sicherheitsbedrohungen im Zusammenhang mit chinesischen Waren, die Abhängigkeit von chinesischen Rohstoffen, die für die Herstellung fortschrittlicher Technologien benötigt werden, sowie die Praktiken des Kopierens und Diebstahls von Technologien durch China von westlichen Unternehmen, die auf seinem Markt tätig sind. Der Vorschlag, **die wirtschaftliche und humanitäre Zusammenarbeit der EU mit den**

nordafrikanischen Ländern auszubauen, erhielt ebenfalls sechs (persönlich wichtige) Stimmen mit der Begründung, dass es in dieser Region wichtig sei, den Einfluss Chinas sowie Russlands und anderer unfreundlicher Staaten zu verringern.

Die Abstimmungsergebnisse spiegelten auch die Besorgnis der Bürger über Migrationsfragen wider. Zwei der drei Schlussfolgerungen, die im Bereich der Ausländerpolitik die meisten Stimmen erhielten, waren der Migration gewidmet. Neun Teilnehmer stimmten für den Vorschlag, **dass die EU auf die Schaffung eines Systems verbindlicher Quoten für die Aufnahme von Migranten für die Mitgliedstaaten zurückkommen sollte** (alle betonten, dass dieser Vorschlag für Europa von besonderer Bedeutung ist). Die Teilnehmer, die diese Schlussfolgerung formulierten, sprachen sich dafür aus, daß die nationalen Quoten nach der Einwohnerzahl festgelegt werden und daß eine Kofinanzierung durch die EU vorgesehen wird, um den Bedarf der Migranten zu decken, die nach diesen Quoten aufgeteilt werden. Sieben Mitglieder stimmten ferner für den Vorschlag, **auf EU-Ebene einen ständigen Fachausschuss für Migrationsfragen einzusetzen**, in den Vertreter der Mitgliedstaaten entsandt würden (drei Teilnehmer halten diesen Vorschlag für besonders wichtig für ganz Europa, vier für wichtig für sie persönlich). Die Teilnehmer betonten, dass ein solches Gremium es der EU ermöglichen könnte, schneller auf Migrationskrisen zu reagieren und gleichzeitig ein Gleichgewicht zwischen der angemessenen Achtung der allgemeinen Grundsätze der EU und dem Recht der Mitgliedstaaten, ihre nationalen Interessen und ihre Sicherheit zu verteidigen, herzustellen.

In der Debatte über die Migrationspolitik befassten sich die Teilnehmer mit zwei verschiedenen Krisen bei der Steuerung der Migrationsströme: 2016 die Migrationskrise im Mittelmeer und 2021 der hybride Angriff von Belarus auf Litauen, Lettland und Polen, bei dem Minsk Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika einsetzte. Eine Reihe von Teilnehmern des Forums brachte vor, dass die Krise im Jahr 2016 sowohl für Litauen als Ganzes als auch für sie persönlich weit entfernt und irrelevant sei, und der damals genannte Vorschlag, ein Quotensystem für Migranten einzuführen, erschien ihnen nicht angemessen. Nach Ansicht der Teilnehmer hat die Erfahrung mit dem hybriden Angriff die Migrationsfrage in Osteuropa näher gebracht und sie gezwungen, Quoten als geeignetes, wirksames und solidarisches Instrument der Migrationspolitik anzugehen. Einige Teilnehmer wiesen darauf hin, dass es mitten in der Krise im Jahr 2021 schwierig geworden sei, zwischen Flüchtlingen, Migranten und Personen, die eine Bedrohung darstellen, zu unterscheiden. Alle Diskussionsteilnehmer waren sich darin einig, dass die derzeitige "offene" Migrationspolitik der EU die von der Migration ausgehenden Bedrohungen, die nationalen Interessen der Mitgliedstaaten, ihre Fähigkeit zur Integration von Migranten usw. nicht ausreichend berücksichtigt. Die Bürgerinnen und Bürger kritisierten auch, dass die EU auf die Bedürfnisse Litauens nur langsam oder gar nicht reagiert und sich weigert, den Bau einer Mauer an den Außengrenzen zu finanzieren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass zwei der heißesten Nachrichten Litauens im Jahr 2021 – die Beziehungen zu China und die Steuerung der Migrationsströme – die litauischen Bürgerinnen und Bürger dazu bewegen, von der EU ein stärkeres Eingreifen und eine wirksamere gemeinsame Politik zu fordern. Die Bürgerinnen und Bürger sind besorgt über Chinas Politik und seinen wachsenden Einfluss in Europa und in der Nachbarschaft der EU. Es muss anerkannt werden, dass der wirtschaftliche Einfluss der China oblige Europa angemessene und ausgewogene politische Maßnahmen zu suchen. Nach Ansicht der Bürger besteht die wichtigste Lösung darin, die gemeinsamen außenpolitischen Instrumente der EU, die Industriepolitik und die Zusammenarbeit mit den Nachbarn zu stärken. Ebenso vertraten die Bürgerinnen und Bürger die Auffassung, dass ein einheitliches Vorgehen auf EU-Ebene sowie ein mögliches neues System von Migrationsquoten wahrscheinlich der am besten geeignete Weg sind, um den Sicherheitsbedrohungen durch Migration zu entgehen und die Migrationsströme nach Europa schnell und effizient zu steuern. Nach Ansicht der Panelteilnehmer wäre eine vertiefte und verstärkte gemeinsame EU-Politik die beste Antwort auf den zunehmenden Druck aus China und den hybriden Angriff von Belarus.

Diese Stellungnahme zu den diskutierten Krisen lässt sich mit den Vorschlägen der Teilnehmer des Energie- und Klimapanel verglichen. Ende 2021 sahen sich viele litauische Bürgerinnen und Bürger unmittelbar mit den steigenden Heizkosten konfrontiert, und die Energiepreiskrise erwies sich rasch als eine der wichtigsten Nachrichten für Litauen. Die Sorge um die Energiepreise spiegelt sich auch in der Abstimmung der Teilnehmer wider: Neun Bürger stimmten sogar für die Schlussfolgerung, dass dieses Thema das wichtigste für ganz Europa ist. Die wichtigste Empfehlung der Teilnehmer bestand darin, **die derzeitige Praxis der Mitgliedstaaten zu überprüfen**, indem sie Energielieferverträge mit verschiedenen Lieferanten abschließen und sich bemühen, sowohl kurz- als auch langfristig Energielieferverträge abzuschließen. Mit anderen Worten, die Bürger unterstützten die Politik der Diversifizierung der Energiequellen, gaben jedoch keine Empfehlungen für die allgemeine Politik der EU ab und empfahlen keine weitere Integration der Energiepolitik.

In Bezug auf die Klimapolitik empfahlen die Bürger eine Bewertung **der Maßnahmen des Grünen Deals unter Berücksichtigung der erwarteten sozioökonomischen Auswirkungen und ihrer Auswirkungen**. Dieser Vorschlag erhielt die Stimme von sechs Teilnehmern, von denen jeder ihn für persönlich wichtig hielt. Einige Teilnehmer äußerten sich besorgt über das zu rasche Tempo des "grünen Übergangs" und erklärten, Litauen müsse sorgfältiger prüfen, ob eine solche Politik den Interessen des Landes und seiner Bürger schaden würde. Auch die Notwendigkeit, nicht nur auf erneuerbare Energien, sondern auch auf Kernenergie und Erdgas zurückzugreifen, wurde von einigen Teilnehmern auf den neuesten Stand gebracht. Zur Untermauerung dieses Standpunkts verwiesen sie auf die Entscheidung Deutschlands, weiterhin auf Erdgas zurückzugreifen, sowie auf das Potenzial der sogenannten "modularen" Kernreaktoren der neuen Generation. In Bezug auf die Klimapolitik gaben die Teilnehmer des Forums daher der Politik der Mitgliedstaaten Vorrang, die mit den nationalen Bedürfnissen im Einklang steht, und nicht einer ehrgeizigen gemeinsamen Politik der EU im Bereich der Klimagovernance.

Angesichts der relativ geringen Teilnehmerzahl des Forums und der unterschiedlichen Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger (mehr Einheitlichkeit oder mehr Flexibilität) auf die verschiedenen Krisen wäre es falsch, hier zusammenfassende und allgemein anwendbare Maßnahmen ins Auge zu fassen. Diese Dynamik der Meinungsäußerung kann jedoch dazu führen, dass Themen vorgeschlagen werden, die für künftige Meinungsforschungen der litauischen Bürgerinnen und Bürger zu Fragen der EU-Integration von Interesse sind und bei denen berücksichtigt werden sollte, was die Bürgerinnen und Bürger über die autonome Politik der EU sagen, wie sich die institutionellen Bestimmungen entwickeln und welche Unterschiede bestehen.

4. Ergebnisse des Bürgerforums im breiteren Kontext der öffentlichen Meinung in Litauen

Um die Ergebnisse des nationalen Bürgerforums zu kontextualisieren, werden sie im letzten Teil kurz mit den Ergebnissen zweier aktueller Meinungsumfragen sowie mit den Zwischenergebnissen anderer Arbeiten zur Vorbereitung auf die Konferenz über die Zukunft Europas verglichen. Der erste Teil dieses Berichts bezieht sich auf eine [im Oktober und November 2020 durchgeführte EU-Bürgerumfrage über die bevorstehende Konferenz in Europa](#). Die zweite auf der letzten [Standard-Eurobarometer-Umfrage](#), die im Sommer 2021 durchgeführt wurde. Da sich ein Teil der Fragen der Studien auf andere politische Themen und die Erwartungen der Bürger an die Konferenz selbst konzentrierte, wird im folgenden ein Vergleich mit den Fragen angestellt, die im Rahmen des Forums wirklich angesprochen wurden. Die Überprüfung der Ergebnisse der Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz zur Zukunft Europas stützte

sich auf den vom RESC erstellten vorläufigen Bericht über diese Arbeiten, in dem die Erklärungen der Bürgerinnen und Bürger enthalten sind, die an den Arbeiten zu verschiedenen Fragen der EU-Politik beteiligt waren.

Die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfragen deuten darauf hin, daß die Diskussionen und Abstimmung der Teilnehmer des Bürgerforums die in der litauischen Gesellschaft vorherrschenden Meinungen recht gut widerspiegeln. Die Empfehlungen der Panelteilnehmer, die Gemeinsame Außen- und Migrationspolitik zu stärken, indem sie einen Teil der Beschlüsse auf EU-Ebene fassen, entsprechen den Ergebnissen umfassenderer Umfragen zur öffentlichen Meinung:

- Die litauischen Bürgerinnen und Bürger unterstützen die gemeinsame Verteidigungspolitik der EU mehr als im EU-Durchschnitt (90% gegenüber 78%);

- Die litauischen Bürgerinnen und Bürger unterstützen die gemeinsame Migrationspolitik der EU mehr als im EU-Durchschnitt (76% gegenüber 71%; dieser Unterschied liegt innerhalb der Fehlermarge);

Die litauischen Bürgerinnen und Bürger betrachten Migration als eines der beiden größten Probleme der EU.

Die litauischen Bürgerinnen und Bürger wünschen sich mehr, dass die Probleme auf EU-Ebene gelöst werden (49% gegenüber 42%).

Die litauischen Bürgerinnen und Bürger, die an den Vorbereitungsveranstaltungen für die Konferenz zur Zukunft Europas teilnahmen, hoben auch die Bedeutung der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich hervor und wiesen darauf hin, dass die gemeinsame Migrationspolitik der EU und die Außenpolitik der EU Bereiche sind, in denen Litauen ein größeres Interesse an einem Eingreifen der EU hätte.

Die Ergebnisse der Eurobarometer-Studien könnten Aufschluss über die Standpunkte der Teilnehmer des Gipfels zu den Beziehungen zu China und den Energiepreisen geben: Die litauische Bevölkerung ist durch die Zerrüttung der Beziehungen zwischen den Ländern der Welt und die sich daraus ergebenden zunehmenden politischen Spannungen (33% gegenüber 18%) stärker ausgelastet als der EU-Durchschnitt. Die Schlussfolgerungen der Teilnehmer des Forums, dass eine ehrgeizigere Politik gegenüber China erforderlich ist, decken sich ebenfalls mit diesen Daten und dem oben genannten Standpunkt für eine Entscheidungsfindung auf EU-Ebene und eine gemeinsame Verteidigungspolitik der EU. Darüber hinaus kann die Besorgnis der Panelteilnehmer über verschiedene Entscheidungen zur Senkung der Energiepreise damit zusammenhängen, dass die litauischen Bürger deutlich mehr als den EU-Durchschnitt über die steigende Inflation und den Preisanstieg besorgt sind (53% gegenüber 23%). Die Aufwärtssensitivität der Inflation ist darauf zurückzuführen, dass die Kontrolle des Preisanstiegs wichtiger zu sein scheint als die Entwicklung allgemeiner EU-Politiken oder anderer politischer Ziele.

Die Eurobarometer-Daten deuten auch auf eine interessante Entwicklung der Wahrnehmung der Migrationsfrage durch die Litauer aus politischer Sicht hin. In der Umfrage von 2020 wurde die Migration in der Ukraine weniger häufig als im EU-Durchschnitt als eine große Herausforderung für die Entwicklung der EU genannt (16% gegenüber 27%); In der Umfrage von 2021 nannten 32 % der litauischen Befragten Migration als eines der größten Probleme der EU (gegenüber 25 % im EU-Durchschnitt). Diese Änderung der Sichtweise mag zwar auf Unterschiede in der Formulierung der Frage zurückzuführen sein, sie überschneidet sich jedoch mit dem, was die Panelteilnehmer in den Diskussionen über die Entwicklung ihrer Sichtweise zu Migrationsfragen gesagt haben.

Der Vergleich der Ergebnisse des Bürgerforums mit den Daten der Eurobarometer-Umfrage zeigt eine

Diskrepanz zwischen einer relativ vorsichtigen Sichtweise der Teilnehmer des Forums in Bezug auf die EU-Politik einerseits und einer Besorgnis der BürgerTunesiens in Bezug auf Fragen des Klimawandels andererseits. Obwohl die Teilnehmer des Forums dazu angehalten haben, zu bewerten, ob der Grüne Deal nicht zu ehrgeizig ist und den Interessen Litauens schadet, nennen die Litauer laut Eurobarometer-Studien den Klimawandel nach wie vor als eine der größten Herausforderungen für die EU. In der Umfrage von 2020 bezeichneten 47 % der litauischen Befragten das Klima als eine der größten Herausforderungen für die Zukunft Europas (gegenüber 45 % im EU-Durchschnitt); In der Umfrage von 2021 war dies bei 28 % der litauischen Befragten der Fall (gegenüber 25 % im EU-Durchschnitt). Es sei darauf hingewiesen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die an den anderen Veranstaltungen zur Vorbereitung der Konferenz zur Zukunft Europas teilgenommen haben, auch die Klimapolitik als einen der Bereiche genannt haben, in denen Litauen am meisten Interesse an einem stärkeren Eingreifen der EU hätte. Diese Diskrepanz lässt sich wahrscheinlich durch die Gründe für die Abstimmung der Panelteilnehmer erklären: Alle, die für die Empfehlung zur Neubewertung der Maßnahmen des Grünen Deals gestimmt haben, haben dieses Thema aus persönlicher Sicht als wichtig bezeichnet. Mit anderen Worten, eine persönliche Opposition wäre nicht unvereinbar mit der Feststellung, dass der Klimawandel eine der größten Herausforderungen für die EU-Politik darstellt.

II F Nationale Panels: Niederlande



Unsere Vision von Europa

Stellungnahmen, Ideen und Empfehlungen

Themen

- Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit
- Stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung
- Europäische Demokratie
- Digitale Transformation
- Bildung, Kultur, Jugend und Sport

3. Dezember 2021

Dies ist eine Übersetzung des Berichts "Onze kijk op Europa; meningen, ideeën en aanbevelingen" ("Unsere Vision von Europa: Stellungnahmen, Ideen und Empfehlungen"), die am 3. Dezember 2021 auf der Website www.kijkopeuropa.nl in niederländischer Sprache veröffentlicht wurde. Bei dieser Übersetzung handelt es sich um eine vereinfachte Fassung des Berichts, in der die ursprüngliche Darstellung (Illustrationen und andere grafische Elemente) für die Zwecke der Übersetzung geändert wurde.

Unsere Vision von...

Zusammenfassung des Berichts: Alle Empfehlungen auf einen Blick

Im Rahmen des Bürgerdialogs zum Thema "Vision Europa" haben wir die Ansichten und Ideen der niederländischen Bürgerinnen und Bürger zur Zukunft Europas zusammengetragen. Dies führte bei den ersten fünf Themen zu folgenden Empfehlungen an die Europäische Union:

Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit

Es ist wichtig, dass die EU die Rechtsstaatlichkeit schützt. Gleichzeitig sind die Niederländer der Ansicht, dass der Vielfalt der Traditionen und Kulturen in Europa Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Die Zusammenarbeit innerhalb der EU kann viele Vorteile in unterschiedlicher Form mit sich bringen, muss aber einen Mehrwert für alle Beteiligten bieten. Dies gilt auch für den Austausch von Sicherheitsinformationen. Der Austausch aller Informationen macht die Zusammenarbeit schnell ineffektiv.

1. Sicherstellen, dass sich jeder frei und sicher fühlen kann
2. Erweiterung der EU nur mit Mehrwert
3. Zusammenarbeit vor allem bei der Bekämpfung der internationalen Kriminalität und des Terrorismus

Stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung

Die Niederländer sind der Ansicht, dass es viele Möglichkeiten gibt, die europäische Wirtschaft zu stärken. Aber Länder können nicht immer miteinander verglichen werden. Insbesondere das Steuersystem sollte gerechter und klarer sein. Und in Europa sollten wir uns stärker auf unsere Stärken wie Qualität und Vielfalt konzentrieren. Darüber hinaus können die EU-Länder zusammenarbeiten, um Chancengleichheit auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

4. Gemeinsamkeiten und Unterschiede berücksichtigen
5. Stärken Europas besser nutzen
6. Entwicklung eines fairen und klaren Steuersystems
7. Sicherstellen, dass alle teilhaben können

Europäische Demokratie

Die Niederländer müssen nicht alles über die Europäische Union wissen, aber sie wollen mehr Transparenz und mehr Informationen. So kann beispielsweise die Kenntnis der Standpunkte anderer EU-Länder zu einem besseren Überblick beitragen. Darüber hinaus sind die Niederländer der Ansicht, dass die EU häufiger und vorzugsweise dauerhaft mit den Bürgern in einen Dialog treten sollte. Dabei ist es nicht nur wichtig, den unterschiedlichen Interessen Rechnung zutragen, sondern auch schneller Entscheidungen zu treffen, als dies derzeit der Fall ist.

1. Einen besseren Überblick über Europa geben
2. Neue Wege finden, um den Bürgern ständig zuzuhören

3. Mehr Transparenz und Klarheit in Bezug auf die gefassten Beschlüsse
4. So können heikle Fragen schneller gelöst werden

Digitale Transformation

Die Gesellschaft ist zunehmend vom Internet abhängig, und die großen Technologieunternehmen werden immer mächtiger. Das beunruhigt die Niederländer manchmal sehr. Daher ist es sinnvoll, dass die EU europäische Vorschriften und Standards (zum Schutz der Privatsphäre) entwickelt. Es ist jedoch wichtig, dass jeder diese Regeln und Standards verstehen und anwenden kann. Die Niederländer würden es vorziehen, Unterstützung und Informationen von den nationalen Behörden in ihrer eigenen Sprache zu erhalten.

1. Schnelles, sicheres und stabiles Internet überall
2. Festlegung klarer Regeln und Standards für Internetunternehmen
3. Umsetzung und praktische Erläuterung der Vorschriften zum Schutz der Privatsphäre

Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Junge Menschen, die im Ausland studieren, sollten vom Gastland mehr lernen können als heute.  Länder mit einem niedrigeren Wissensstand sollten nicht alle ihre Talente verlieren, qui gehen ins Ausland. Die Niederländer sind der Ansicht, daß Themen wie Kultur und Missbrauch im Sport eher Sache der Mitgliedstaaten selbst sein sollten. Und sie halten es für sehr wichtig, eine eigene Landessprache zu haben. Generell muss sich jeder Mensch in Europa vor allem frei fühlen und er selbst sein können.

1. Ermutigen Sie Studenten, intelligent im Ausland zu studieren
2. Vorrangige Behandlung von Themen wie Kultur und Sport durch die Mitgliedstaaten
3. Sicherstellen, dass die Europäer einander besser kennen und respektieren lernen

Einleitung

Der Bürgerdialog "Vision Europa", der vom 1. September bis Mitte November stattfand, ermöglichte es allen Niederländern, ihre Meinungen und Ideen zur Zukunft Europas zu äußern. Die Niederlande legen der Europäischen Union (EU) die Empfehlungen vor, zu denen der Dialog geführt hat, sowie die geäußerten Ideen und Standpunkte. In diesem Bericht konzentrieren wir uns auf die ersten fünf Themen. Die anderen vier Themen werden Anfang 2022 in einem nächsten Bericht behandelt. **Zur "Vision Europa"**

Die Europäische Union möchte, dass ihre Bürgerinnen und Bürger ihr mitteilen, was sie von Europa halten. Aus diesem Grund organisiert die EU die Konferenz zur Zukunft Europas. Die Meinungen und Ideen der Bürgerinnen und Bürger aus der gesamten Europäischen Union werden dann in die Pläne für die Zukunft Europas einfließen. Im Rahmen der Konferenz organisierten die Niederlande den Bürgerdialog "Vision Europa" auf nationaler Ebene.

Der Dialog "Vision Europa" begann am 1. September mit der Online-Sammlung von Meinungen und Ideen im Rahmen einer repräsentativen Panel-Umfrage. Um die ersten Ergebnisse der Panelbefragung zu vertiefen und konkrete Empfehlungen zu formulieren, haben wir thematische Online-Dialoge organisiert. Jeder, der wollte, konnte daran teilnehmen. Wir sind auch durch das Land gereist, um Gespräche mit jungen Menschen und anderen (schwierigen) Gruppen zu führen.

Von Schülern, berufsbildenden Sekundarschülern und Schülern über Landwirte und Migranten bis hin zum Minister

Im Oktober und November fanden insgesamt acht thematische Online-Dialoge mit durchschnittlich 30 Teilnehmern pro Sitzung statt. Wir haben auch einen thematischen Online-Dialog und sieben thematische Dialoge vor Ort mit verschiedenen niederländischen Bürgergruppen organisiert. So haben wir mit der türkischen Gemeinschaft in Schiedam gesprochen und wurden von den Freiwilligen der Stiftung Piëzo in Zoetermeer eingeladen. Bei dieser letzten Gelegenheit war auch Außenminister Ben Knapen am Ende des Dialogs anwesend. Der Minister führte eine Aussprache mit den Teilnehmern über den Dialog und die geäußerten Ansichten zur Zukunft Europas. Schließlich haben wir sechs Treffen mit verschiedenen Jugendgruppen organisiert. So wurden wir beispielsweise an einer weiterführenden Schule in Helmond, an einer berufsbildenden weiterführenden Schule in Doetinchem und an der Universität Leiden empfangen.

"Ich habe mich immer vor dem Kaffeehaus geäußert. Deshalb habe ich mir gedacht, dass ich mitmachen muss."

Teilnehmer am thematischen Dialog

Über diesen Bericht

Auf der Grundlage der Ideen und Meinungen, die wir in den letzten Monaten gesammelt haben, haben wir eine Reihe von Empfehlungen ausgearbeitet, die die niederländischen Bürger an die Europäische Union richten. Während der Diskussionen zwischen den niederländischen Bürgern fand ein interessanter Meinungsaustausch statt, und es wurden innovative Ideen entwickelt. Auch im Rahmen des Panels und der öffentlichen Umfrage wurden Vorschläge unterbreitet. Einige dieser Ideen wurden in diesen Bericht aufgenommen. Der Inhalt dieses Berichts ist daher die Stimme der Niederlande: Unsere Vision von Europa.

Da es Meinungsverschiedenheiten zwischen den europäischen Ländern und Bürgern gibt, sind wir natürlich auch in den Niederlanden nicht immer einer Meinung. Gerade diese Meinungsverschiedenheiten sind wertvoll: Sie sind ein wichtiges Merkmal einer Demokratie. Die Empfehlungen beruhen auf den Ideen und Meinungen, die von den Teilnehmern der Umfrage "Vision Europa" am häufigsten geäußert wurden. Wir beschreiben auch Bedenken, Ideen und Gefühle, die vielleicht weniger verbreitet sind, aber unsere Aufmerksamkeit während der Dialoge und der Online-Umfrage auf sich gezogen haben.

„Es war schön, in kleinen Gruppen mit Unterstützern und Gegnern sprechen zu können. Dies unterscheidet sich erheblich von der Art und Weise, wie Diskussionen normalerweise in den sozialen Medien geführt werden.“

Teilnehmer am thematischen Dialog

Neun Themen wurden für die Konferenz zur Zukunft Europas festgelegt. Diese Themen stehen auch im Mittelpunkt des Dialogs "Vision Europa" mit den niederländischen Bürgern. Im Oktober haben wir einen Zwischenbericht veröffentlicht, der einen ersten Überblick über die Ergebnisse und weitere Fragen auf der Grundlage der Panelumfrage gibt. In diesem zweiten Bericht erläutern wir die Stellungnahmen, Ideen und Empfehlungen zu den ersten fünf Themen im Hinblick auf die Plenarsitzung der Konferenz zur Zukunft Europas im Dezember. Der nächste Bericht, in dem die verbleibenden vier Themen behandelt werden, wird Mitte Januar veröffentlicht.

Aktueller Bericht – Dezember 2021

- Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit
- Stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung
- Europäische Demokratie
- Digitale Transformation
- Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Nächster Bericht – Januar 2022

- Klimawandel und Umwelt
- Migration
- Gesundheit
- Die EU in der Welt

Nächste Schritte

- Auf der Konferenz zur Zukunft Europas werden die Ideen, Meinungen und Empfehlungen aller EU-Bürgerinnen und -Bürger zusammengetragen. Die Treffen werden sich nicht nur mit den Ergebnissen aller Dialoge mit den Bürgern auf nationaler Ebene befassen, sondern auch mit den Ergebnissen anderer Initiativen, die im Rahmen der Konferenz eingeleitet wurden. So gibt es beispielsweise auch europäische Bürgerforen, und alle EU-Bürger (also auch niederländische Bürger) können auf eine europäische digitale Plattform zugreifen.

"Es ist gut, dass die EU diese Initiative ergreift. Ich hoffe, dass die Ergebnisse tatsächlich berücksichtigt werden."

Teilnehmer am thematischen Dialog

- Die Konferenz endet im Frühjahr 2022. Die Niederlande werden dann einen Abschlussbericht über den Bürgerdialog erstellen: eine Zusammenstellung dieses Berichts und des nächsten Berichts (einschließlich der übrigen Themen). Nach Abschluss der Konferenz werden Empfehlungen an den Vorsitz der Konferenz gerichtet: die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Ministerrates und der Europäischen Kommission. Sie verpflichteten sich, zu prüfen, wie den Empfehlungen nachgekommen werden kann. Für die niederländische Regierung sind die Ergebnisse zudem ein wertvoller Beitrag zur Gestaltung der niederländischen EU-Politik.
- Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der bis zum Frühjahr 2022 laufende Prozess wie folgt organisiert wird:

*C-Hronologie***Vision von Europa**

1. Sept.	12. Oktober	22./23. Oktober	15. Nov.	17./18. Dezember	21./22. Januar	22./24. April		
Sammeln von Ideen online								
	Thematische Dialoge							
		Zwischenergebnisse (Zwischenbericht)		Zwischenbericht zu den Themen "Wirtschaft" und "Demokratie"	Zwischenbericht zu den Themen "Klima" und "Die EU in der Welt"	Abschlussbericht "Unsere Vision für Europa"		
		↓		↓	↓	↓		
		Konferenzsitzung		Konferenzsitzung	Konferenzsitzung	Abschluss der Konferenz	→	Empfehlungen für die Präsidenten • Europäisches Parlament • Europäische Kommission • Ministerrat
				↑	↑	↑		
	Weitere Meinungen und Ideen zur Zukunft Europas:							
Bürgerdialoge			Europäische Bürgerforen		Europäische digitale Plattform (auch für niederländische Bürger)			

Erläuterungen zur Erleichterung der Lektüre

In diesem Bericht untersuchte der Hof fünf Themen. Zu jedem Thema haben wir nacheinander aufgeführt:

Empfehlungen auf der Grundlage aller Aspekte des Bürgerdialogs;

Überblick über die Meinungen, Ideen und Standpunkte, die (online und mit physischer Anwesenheit) während der thematischen Dialoge ausgetauscht wurden, und Vorschläge aus der Online-Umfrage in Worten und Bildern.

Eine Beschreibung der bei der Erhebung angewandten Methodik findet sich am Ende dieses Berichts.

Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit

Die EU überwacht die Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Ländern und versucht, Ungleichheiten innerhalb der EU abzubauen. Die EU will auch alle Europäerinnen und Europäer vor Terrorismus und Kriminalität schützen. Um dies zu erreichen, erlässt die EU Maßnahmen und Regeln, und die EU-Länder arbeiten intensiv zusammen.

Wie sehen die Niederlande dies?

Empfehlungen - Unsere Vision von Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit

68 % der Niederländer sind der Ansicht, dass Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit ein wichtiges Thema sind und dass die EU in diesem Bereich tätig werden muss.

1. Sicherstellen, dass sich jeder frei und sicher fühlen kann

78 % der Niederländer halten es für wichtig, dass die EU die Rechtsstaatlichkeit und unsere Grundrechte und -freiheiten schützt. Und wir legen auch Wert auf den Schutz der Verbraucherrechte: Die überwiegende Mehrheit der Bürger hält es für eine gute Sache, dass die EU die Hersteller verpflichtet, in allen Ländern die gleichen Informationen auf den Etiketten anzugeben. Viele Niederländer sind jedoch der Ansicht, dass die EU den Unterschieden innerhalb Europas in Bezug auf Traditionen und (Governance-)Kulturen Rechnung tragen sollte. Dies liegt unter anderem daran, dass es andernfalls schwierig wäre, effektiv zusammenzuarbeiten. Wir halten es vor allem für wichtig, dass sich alle in Europa frei und sicher fühlen. Dazu gehören unter anderem ein Dach über dem Kopf, aber auch Bildung und Pflege. Und das gilt auch für die Tatsache, dass die Produkte, die in den europäischen Geschäften zu finden sind,

Immer sicher.

2. Erweiterung der EU nur mit Mehrwert

44 % der Niederländer sind nicht der Ansicht, dass sich die EU auf weitere Länder ausdehnen sollte. 25 % sind dagegen für eine Erweiterung. Wir stellen fest, dass es bereits viele Debatten zwischen den derzeitigen Mitgliedstaaten gibt. Viele Niederländer sind der Meinung, dass wir uns zunächst auf dieses Thema konzentrieren müssen. Und wenn neue Länder der Union beitreten, müssen sie wirklich in der Lage sein, unsere Bedingungen zu erfüllen. Heute und in Zukunft. Viele Niederländer sind der Ansicht, daß auch die derzeitigen Mitgliedstaaten den Mehrwert einer Erweiterung wahrnehmen müssen. Wir sind ferner der Ansicht, daß es andere Möglichkeiten gibt, als Land für Sicherheit und Stabilität zu arbeiten. Zum Beispiel sind wir manchmal besorgt über den Einfluss Russlands auf die Länder an der Ostgrenze der EU. Es ist wichtig, dass die EU darauf achtet.

"Eine Erweiterung darf nicht auf Kosten und Nutzen ausgerichtet sein, sondern muss auf Stabilität ausgerichtet sein."

3. Zusammenarbeit vorallem bei der Bekämpfung der internationalen Kriminalität und des Terrorismus

68 % der Niederländer sind der Meinung, dass die Sicherheitsdienste der EU-Länder ihre Informationen austauschen sollten. Wir halten es jedoch für wichtig, daß die Länder auch weiterhin teilweise selbst entscheiden können, welche Informationen sie zur Verfügung stellen wollen oder nicht. Der Austausch aller Informationen macht die Zusammenarbeit schnell ineffektiv. Und die EU ist heute so groß, dass wir weiterhin kritisch prüfen müssen, wo sensible Informationen ankommen oder wahrscheinlich ankommen werden. Wir wollen weiterhin darauf vertrauen, dass unsere Privatsphäre geschützt ist. Wir halten es vor allem für sinnvoll, bei der Bekämpfung schwerer internationaler Kriminalität wie Cyberkriminalität, Drogenhandel und Terrorismus zusammenzuarbeiten.

Wenn man in den Niederlanden einmal eine rote Ampel verbrennt, gibt es wirklich keinen Grund, warum man das in Spanien wissen sollte.

Online- und Vor-Ort-Diskussionen und -Ideen

„Wenn Sie ein Land sanktionieren, das sich nicht an die Regeln hält, sind die ärmsten Menschen in diesem Land die ersten

Opfer. Deshalb bin ich der Meinung, dass es besser ist, zu sprechen, als zu sanktionieren."

„Zuerst muss die Stabilität innerhalb des derzeitigen Klubs gesichert werden. Und erst dann an eine Erweiterung denken.“

„Wir müssen auch unseren eigenen Rechtsstaat kritisch hinterfragen. Da gibt es sicher auch die eine oder andere Fehlfunktion.“

IDEE: "Schaffung strenger Integritätsregeln für Politiker in ganz Europa, um zu verhindern, dass sie zu leicht beeinflusst werden."

IDEE: "Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz in den EU-Ländern".

Schülerinnen und Schüler der berufsbildenden Sekundarstufe Doetinchem: „Wer der EU beitreten will, muss sich an die Regeln halten“

Am Graafschap College in Doetinchem diskutierten rund 20 Pflegestudentinnen und -studenten darüber, was für sie die größten Vorteile der EU sind: den freien Markt, den Euro als gemeinsame Währung und die Tatsache, daß man sich als Europäer leicht in anderen Ländern der EU niederlassen und dort arbeiten kann. „Und dass sich die EU-Länder gegenseitig unterstützen können. Die Einheit macht stark“, sagte einer der anwesenden Schüler. Es wurde auch über die Anwendung der Regeln gesprochen. Wenn die Länder sie nicht respektieren, ist es oft schwierig, sie hart zu handhaben. Laut den Schülern könnte es hilfreich sein, wenn es etwas einfacher wird. Einer von ihnen erwähnte auch die abschreckende Wirkung. Wenn wir harte Sanktionen verhängen, sehen andere Länder, was passieren kann, wenn wir uns nicht an die Regeln halten.

Hindustanis von Suriname nach Utrecht: „Manchmal fehlt das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit“

Die Asha Foundation ist eine Hindu-Freiwilligenorganisation aus Suriname in der Gemeinde Utrecht. Die Teilnehmer des thematischen Dialogs erörterten insbesondere die Bedeutung der Bürgerrechte: das Recht, ein Dach über dem Kopf zu haben, aber z. B. auch das Recht auf Nichtdiskriminierung. Nach Ansicht der anwesenden Freiwilligen muss es Regeln geben, die diese Rechte für die europäischen Bürger schützen. Es ist nicht immer klar, was derzeit in den Niederlanden geregelt ist und was auf europäischer Ebene geregelt ist. Daher ist es manchmal schwierig, Vertrauen in die öffentliche Hand zu haben. Vor allem, wenn man bedenkt, dass es in der öffentlichen Verwaltung bisweilen Fehlfunktionen gibt. "Sie mögen sagen, dass die Behörden mich verteidigen müssen, aber manchmal schaffen sie es, Pagoden zu säen, wie es bei der Beihilfesache der Fall war", sagte einer der Teilnehmer. "Die EU sollte sicherstellen, dass die Regeln tatsächlich eingehalten werden", sagte ein anderer Teilnehmer.

Stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung

Kleine und mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Die EU möchte daher, dass die EU-Länder gemeinsam an Aufbauplänen arbeiten, um wirtschaftlich gestärkt aus der COVID-19-Krise hervorzugehen. Langfristig zielt die EU darauf ab, die europäische Wirtschaft gesünder, grüner und digitaler zu machen. Wie sehen die Niederlande dies?

Empfehlungen - Unsere Vision von Wirtschaft und Beschäftigung

61 % der Niederländer sind der Ansicht, dass Wirtschaft und Beschäftigung ein wichtiges Thema sind und dass die EU in diesem Bereich tätig werden muss.

1. Gemeinsamkeiten und Unterschiede berücksichtigen

71 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die EU dafür sorgen sollte, dass die Unternehmen stärker zusammenarbeiten, um die europäische Wirtschaft zu stärken. Von diesen Personen ist jedoch nur ein kleiner Teil der Ansicht, dass die EU mehr Geld an die Unternehmen zahlen muss. Wir sind nämlich vor allem der Ansicht, dass die Zusammenarbeit wirksamer sein kann. Wir sehen heute, dass verschiedene Unternehmen in die gleiche neue Technologie investieren, manchmal sogar mit öffentlichen Mitteln. Wenn wir eine europäische Vision für die Wirtschaft hätten, könnten wir dieses Geld effizienter einsetzen. Dabei sollte jedoch den Unterschieden zwischen den Ländern weiterhin besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

„Der Agrarsektor in den Niederlanden ist so modern. Es ist nicht immer möglich, sie mit anderen Ländern zu vergleichen.“

2. Stärken Europas besser nutzen

Die Niederländer sind der Ansicht, dass es viele Möglichkeiten gibt, die europäische Wirtschaft zu stärken, aber dass Entscheidungen getroffen werden müssen. Aus diesem Grund sind wir der Ansicht, dass sich die EU vor allem auf ihre Stärken konzentrieren sollte. Bei xemplehalten wir Europa für gut in

Bereiche wie Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Infrastruktur. Und was vielleicht noch wichtiger ist: Wir stehen für Qualität und Vielfalt. Gerade die Vielfalt unseres Kontinents mit unterschiedlichen Meinungen und Ideen müssen wir viel mehr als wirtschaftlichen Vorteil ausnutzen. So kann sich Europa beispielsweise von der chinesischen Wirtschaft abheben.

3. Entwicklung eines fairen und klaren Steuersystems

82 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die EU-Länder gemeinsam dafür sorgen müssen, dass alle Unternehmen in der EU faire Steuern zahlen. Dazu gehören auch sehr große Unternehmen. Heute lassen sie sich manchmal in anderen Ländern nieder, aus dem einfachen Grund, dass sie dort weniger Steuern zahlen. Die EU sollte dagegen vorgehen, indem sie beispielsweise einen Mindestsatz für alle Länder festlegt. Im Gegensatz dazu glauben wir, dass die Besteuerung eine Zuständigkeit der Länder ist, die ihre eigenen Ziele und Kontexte haben. Wir finden, dass die Besteuerung im Allgemeinen ein komplexes Thema ist. Genau aus diesem Grund möchten wir ein besseres Steuersystem, das für alle in Europa fair und klar ist.

"Gurken müssen überall die gleiche Form haben, aber die Steuervorschriften sind unterschiedlich. Das ist doch verrückt, oder?"

4. Sicherstellen, dass jeder teilnehmen kann

71 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die EU zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen sollte. Wir sind der Ansicht, daß in diesem Zusammenhang bestimmten Gruppen, wie jungen Menschen und arbeitsmarktfremden Personen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Dies kann durch Vorschriften oder Subventionen für Unternehmen

geschehen, aber auch durch spezifische Unterstützung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wir denken zum Beispiel an Sensibilisierungsmaßnahmen oder an sehr praktische Fragen. In einigen Fällen kann eine solche Unterstützung auf EU-Ebene effizienter organisiert werden, in anderen eher von den Mitgliedstaaten selbst. Die EU-Länder sollten letztendlich zusammenarbeiten, um Chancengleichheit auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

Online- und Vor-Ort-Diskussionen und -Ideen

„Beschleunigen Sie die Automatisierung in Europa, damit die Waren, die derzeit aus China stammen, hier wieder hergestellt werden.“

„Nehmen Sie die Revolution von Bitcoin und anderen Kryptowährungen ernst. Diejenigen, die daran interessiert sind, werden als Steuerbetrüger behandelt, während diese Art von Blockchain-Technologie die Zukunft ist.“

"Aktionäre sind nicht die einzigen Akteure in der europäischen Wirtschaft. Ohne Arbeitnehmer ist nichts möglich." "Europa muss mehr für Menschen mit Behinderungen tun. Für sie ist es heute viel zu schwierig, einen geeigneten Arbeitsplatz zu finden."

Viele europäische Regeln sind komplex und ändern sich regelmäßig. Daher ist es für Unternehmen schwierig, innovativ zu sein.“

„Im Falle von Umbauarbeiten in meinem Unternehmen hätte mein örtlicher Unternehmer schon lange kürzen können. Aber zuerst musste ich eine europäische Ausschreibung veröffentlichen. Das ist eine Schande.“

Teilnehmer am Online-Dialog: "Gemeinsam über die Frage der Großunternehmen nachdenken"

In einem der thematischen Online-Dialoge entstand eine Debatte über die wachsende Macht großer Unternehmen. Einige Teilnehmer wünschen sich, dass die EU in dieser Hinsicht entschlossener Maßnahmen ergreift. In der Tat erzielen einige Unternehmen manchmal hohe Gewinne, auf die sie dank ausgefeilter Maßnahmen nur wenig Steuern zahlen. Andere Teilnehmer riefen dazu auf, die Dinge in ihren Augen zu betrachten: Diese Unternehmen haben ein hohes Beschäftigungsniveau und kommen der Volkswirtschaft zugute. "Wir sollten sie nicht vertreiben", sagte nur einer. Ein Teilnehmer hielt es auf jeden Fall für wichtig, dass die EU-Länder gemeinsam darüber nachdenken. „Großunternehmen können derzeit im Wettbewerb zwischen den Ländern bestehen. Deshalb müssen wir als EU eine geeinte Front aufbauen.“

Landwirte, die der Natur Rechnung tragen: „Ziele statt Quoten setzen“

Boeren Natuur ist eine Vereinigung landwirtschaftlicher Vereinigungen. Eine kleine Gruppe von Mitgliedern erörterte unter anderem die EU-Vorschriften für Landwirte. Auf der einen Seite sind sie der Ansicht, dass die EU viele positive Dinge mit sich bringt, wie zum Beispiel die Erleichterung des Exports in andere Länder. Auf der anderen Seite glauben sie, dass die Politik oft noch expliziter sein könnte. "Aber alle arbeiten bereits mehr und mehr in die gleiche Richtung", sagte jemand dazu. Verbesserungen sind insbesondere bei den Verfahren möglich: Sie sind oft noch sehr verwaltungstechnisch und zeitaufwändig. Nach Ansicht eines Teilnehmers sollte die Regelung vor allem nicht zu detailliert sein. „Wählen Sie klare Ziele, z. B. sauberes Wasser. Wir können dann selbst entscheiden, wie breit ein Graben ist.“

Demokratie in Europa

Die EU ermutigt die Europäer zur Stimmabgabe und möchte sie auch außerhalb der Wahlperiode in die Entscheidungsfindung und die europäische Politik einbeziehen. Die EU ergreift auch Initiativen zur Stärkung der Demokratie, beispielsweise durch die Ausarbeitung eines Aktionsplans mit Schwerpunkt auf freien und fairen Wahlen und der Pressefreiheit. Wie sehen die Niederlande dies?

Empfehlungen - Unsere Vision der europäischen Demokratie

60 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die europäische Demokratie ein wichtiges Thema ist und dass die EU in diesem Bereich tätig werden muss.

1. Einen besseren Überblick über Europa geben

Die Niederländer weisen darauf hin, dass Europa oft im Krisenfall in den Medien auftaucht. Wir haben jedoch nur wenige Informationen über die täglichen Entscheidungen. Als Bürger müssen wir nicht alles wissen, aber um uns eine gute Meinung bilden zu können, wäre es gut, einen besseren Überblick zu haben. Zum Beispiel wäre es interessant, öfter die Ansichten anderer Länder über die EU zu hören. Medien und Bildung können dabei eine wichtige Rolle spielen. Aber die Medien müssen weiterhin in der Lage sein, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Weil die Niederländer die Pressefreiheit für sehr wichtig in unserer Demokratie halten.

"Die meiste Zeit hören wir von der EU nur im Krisenfall. Aus diesem Grund ist die Einstellung gegenüber Europa nach wie vor negativ."

2. Neue Wege finden, um den Bürgern ständig zuzuhören

51 % der Niederländer sind der Ansicht, dass sich die EU nicht ausreichend bewusst ist, was in der Gesellschaft vor sich geht. Um dies zu verbessern, sollte die EU häufiger und vorzugsweise dauerhaft mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen Dialog treten. Daher halten viele Niederländer die Konferenz zur Zukunft Europas für eine gute Initiative. Referenden können auch ein wertvolles Instrument sein, aber die Niederländer sind diesbezüglich unterschiedlicher Meinung. Bei einigen Themen muss man manchmal auch spezielle Kenntnisse haben. In jedem Fall sollte es nicht nur eine Formalität sein, mit den Bürgern zu sprechen. Wir halten es für wichtig, dass wir ernst genommen werden.

3. Mehr Transparenz und Klarheit in Bezug auf die gefassten Beschlüsse

Die Niederländer finden Europa manchmal recht kompliziert. Nicht jeder hat den gleichen Wissensstand von base. Die EU muss sich stärker daran halten. Wir wollen, daß die EU transparenter wird und daß es leichter wird, sich auf dem Laufenden zu halten. Auch die niederländischen Behörden spielen in dieser Hinsicht eine Rolle. Viele Niederländer interessieren sich für die europäischen Entscheidungen, sind aber der Ansicht, dass die offiziellen Kanäle zu schwer zu finden oder zu komplex sind. Darüber hinaus hat jeder unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse. Es sollte also möglich sein, die Themen auszuwählen, über die man mehr erfahren möchte. Junge Menschen interessieren sich oft für Europa, aber sie sehen zum Beispiel in ihren sozialen Netzwerken nur wenige Informationen darüber.

"Während ich im Urlaub in Ungarn war, sah ich ein großes Schild in der Nähe von einer neuen Forstplantage, das anzeigte: 'Diese Pflanzung konnte dank der EU durchgeführt werden.' Obwohl ich Europa skeptisch gegenüber bin, fühlte ich mich trotzdem stolz."

4. Sicherstellen, dass schwierige Fragen schneller gelöst werden können

Den Niederländern fällt es schwer zu verstehen, wie die europäische Demokratie funktioniert, aber es scheint ihnen, dass die Entscheidungsfindung in der EU oft sehr langsam ist. Bei den Europawahlen sehen wir Bündnisse zwischen nationalen Parteien. Vielleicht gibt es auch andere Möglichkeiten, europäische Interessen anzugehen. Etwa ein Drittel der Niederländer ist der Ansicht, dass es bei den Wahlen zum Europäischen Parlament möglich sein sollte, für ausländische Kandidaten zu stimmen. Etwa die gleiche Zahl von Bürgern ist der Ansicht, dass dies nicht

möglich sein sollte. Wichtig ist vor allem, dass den unterschiedlichen Interessen ausreichend Rechnung getragen wird. Gleichzeitig soll es möglich sein, schwierige Fragen schneller zu lösen, als es heute der Fall ist.

„Ich wünschte, ich könnte mich bei Wahlen mit jemandem identifizieren und wüsste, wofür er oder sie steht. Es muss nicht unbedingt ein Landsmann oder eine Landsfrau sein.“

Online- und Vor-Ort-Diskussionen und -Ideen

„Streichung des Vetorechts der Länder. Die Mehrheit muss entscheiden.“

"Für wichtige Entscheidungen sollten Diskussionsgruppen aus Bürgern gebildet werden, möglicherweise sogar auf (halb-) obligatorischer Basis, wie dies bei Jurys in den USA der Fall ist."

Sicherstellen, dass Politiker und EU-Beamte regelmäßig ins Hinterland reisen und nicht völlig in ihrer Brüsseler Blase stecken bleiben.

IDEE: „In der Tat sollte die Fernsehzeitung in jeder ihrer Ausgaben ein paar Minuten Europa widmen. Oder man könnte eine Tages- oder Wochenzeitung über Europa herausgeben.“

IDEE: "Die europäischen Politiker sollten möglicherweise häufiger an Fernsehsendungen teilnehmen."

„Als junger Mensch lese ich fast nie etwas über Europa. Ich bin jedoch neugierig, mehr zu erfahren, ohne mich zu sehr um Informationen bemühen zu müssen.“

Junge Mitglieder von Coalitie-Y in Utrecht: Diskussion über den Rückgriff auf Referenden

Die Mitglieder von Coalitie-Y - einer Zusammenarbeit verschiedener Jugendorganisationen - führten eine lebhafte Debatte über den Einsatz von Referenden. Die Gegner wiesen auf das Risiko von Debatten hin, bei denen alles schwarz oder weiß ist, während die Themen oft viel komplexer sind. Einer der Teilnehmer erklärte ferner: „Wir können für die EU stimmen und uns als Kandidaten präsentieren. Die Befürworter der Referenden hielten es für sinnvoll, dass die politischen Entscheidungsträger wissen, was die Bürger über ein bestimmtes Thema denken: Dies könnte helfen, Orientierungshilfen zu geben. Referenden könnten auch dazu beitragen, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die EU insgesamt zu schärfen: welche Themen auf der Tagesordnung stehen und welche Entscheidungen zu treffen sind.“

Soziale Freiwillige: „Es bedarf eines besseren gegenseitigen Verständnisses zwischen den Ländern.“

Die Stiftung Piëzo in Zoetermeer setzt sich aus Freiwilligen zusammen, die auf vielfältige Weise im Bereich der sozialen Partizipation tätig sind. Die Teilnehmer des thematischen Dialogs äußerten sich besorgt über die wachsende Kluft in Europa. Dies sind zum Beispiel die Ansichten, die die psys in Bezug auf die LGBTIQ-Gemeinschaft haben. Wenn die Länder ihre jeweiligen Standpunkte nicht verstehen, ist es schwierig, zusammenzuarbeiten. "Aus diesem Grund ist es unerlässlich, zu lernen, wie man sich besser verhält", meint ein Teilnehmer. „Heute wissen wir einfach nicht, was die Menschen in anderen Ländern denken. Wir verstehen die Kultur und den Kontext unserer jeweiligen Länder nicht ausreichend. Das ist unerlässlich, wenn wir gemeinsam gute Entscheidungen treffen wollen.“

Digitale Transformation

In der virtuellen Welt werden die Anforderungen an Internetanbindung, Sicherheit und Schutz des Lebens immer höher. Die EU fühlt sich in dieser Hinsicht verantwortlich und verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass in der digitalen Gesellschaft niemand zurückgelassen wird. Darüber hinaus investiert die EU in digitale Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen. Wie sehen die Niederlande dies?

Empfehlungen - Unsere Vision der virtuellen Welt

45 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die virtuelle Welt ein wichtiges Thema ist und dass die EU in diesem Bereich tätig werden sollte.

1. Schnelles, sicheres und stabiles Internet überall

61 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die EU dafür sorgen sollte, dass jeder in Europa Zugang zu einem schnellen und sicheren Internet hat. Wir alle sehen, dass das Internet in unserem Leben eine immer wichtigere Rolle spielt. Unsere Kinder grandiscent mit digitalem Unterricht. Die Kommunikation wird zunehmend über das Internet verbreitet, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Wir sind manchmal besorgt über die starke Abhängigkeit vom Internet. Viele Niederländer sind daher der Ansicht, dass die EU am besten in der Lage ist, Mittel dafür bereitzustellen, sofern diese effizient eingesetzt werden. Der Schutz vor Online-Kriminalität ist unserer Meinung nach das wichtigste Thema, das auf europäischer Ebene angegangen werden muss. Allerdings sollte auch die Bekämpfung der Internetkriminalität auf nationaler Ebene weiterhin im Auge behalten werden.

Die Idee eines Cyberangriffs auf unser Wasserschutzsystem macht mich verwundbar.

2. Festlegung klarer Regeln und Standards für Internetunternehmen

75 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die EU sicherstellen sollte, dass Online-Käufe in allen EU-Ländern mit dem gleichen Sicherheitsniveau getätigt werden können. Wir alle kaufen zunehmend im Ausland ein und teilen auf diese Weise sensible personenbezogene Daten. Das klingt manchmal gefährlich. Es ist schwer zu bestimmen, welche Websites vertrauenswürdig sind. Es ist gut, dass die EU europäische Regeln und Standards für den Schutz der Privatsphäre entwickelt, die jeder verstehen kann. Die Macht der großen Internet-Unternehmen ist auch für uns ein regelmäßiger Anlass zur Sorge. Wir sind der Meinung, dass es in unserer Verantwortung liegt, bei der Verwendung unserer Daten Vorsicht walten zu lassen. Aber wir glauben auch, dass die EU in dieser Hinsicht eine Rolle spielen kann. Die EU-Länder müssen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass Unternehmen wie Google und Facebook nicht zu viel Macht haben.

Angesichts eines globalen Akteurs wie Facebook sind wir als kleines Land relativ mittellos.

3. Umsetzung und praktische Erläuterung der Vorschriften zum Schutz der Privatsphäre

Mit der Einführung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) wissen die Niederländer, dass alle Länder die gleichen Datenschutzgesetze und -vorschriften einhalten müssen. Wir sind der Meinung, daß man sich darauf verlassen sollte, denn der Schutz der Privatsphäre ist ein wichtiges Thema. Einige Niederländer halten die Datenschutzbestimmungen manchmal für übertrieben oder unlogisch. Darüber hinaus können diese Rechtsvorschriften für Unternehmer viel Arbeit mit sich bringen. Wir sind daher der Ansicht, dass der praktischen Umsetzung der Rechtsvorschriften zum Schutz der Privatsphäre mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte: Unterstützung und Information sowohl für die Bürger als auch für die Unternehmen. Wir sind insbesondere der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten eine Rolle spielen müssen. Probleme oder Fragen im Zusammenhang mit dem Schutz der Privatsphäre können am besten von unseren nationalen Behörden in unserer eigenen Sprache behandelt werden.

Online- und Vor-Ort-Diskussionen und -Ideen

IDEE: "Strengere Kriterien für Programmierer und Unternehmen festlegen, indem gefährliche Programmiersprachen verboten werden."

„Bereitstellung einer kostenlosen europäischen Antiviren-Software zur Schaffung einer europäischen Firewall.“

"Wenn ich die Grenze nach Deutschland überquere, habe ich plötzlich kein Netz mehr auf meinem Handy. Dass sollte doch nicht mehr passieren, oder?"

Mit unseren iPhones können wir alle unsere Bewegungen verfolgen. Auch wir selbst tragen unseren Teil der Verantwortung.

„Es ist unpraktisch, in jedem Land eine andere Art von Datenschutzformular auszufüllen.“

IDEE: „Es sollte eine europäische Cyberpolizei eingerichtet werden. Das ist eindeutig etwas für die EU.“

Teilnehmer am Online-Dialog: "Es liegt auch in unserem eigenen Interesse, überall über einen hochwertigen Internetzugang zu verfügen"

Während eines der thematischen Online-Dialoge entstand eine interessante Debatte über die Rolle der EU in der Virtual-Welt. Alle Beteiligten waren sich darin einig, daß es gut und wichtig ist, auf eine gute Internetverbindung in ganz Europa zählen zu können. Aber muss sich die EU darum kümmern? Mehrere Teilnehmer wiesen darauf hin, dass dies eine Aufgabe sei, die in erster Linie den einzelnen Mitgliedstaaten obliege. Ein weiterer Teilnehmer betonte, dass ein stabiles und hochwertiges Internet im Ausland auch für die Niederlande von Vorteil sei: „Wir verdienen mehrere Milliarden durch den Handel mit anderen EU-Ländern. Es liegt daher in unserem Interesse, dass diese Länder gut funktionieren.“

Schülerinnen und Schüler in Helmond: „Gleiche Regeln und Sanktionen für Cyberkriminelle“

Am Dr. Knippenberg College in Helmond diskutierten 15- und 16-Jährige über das Problem der Internetkriminalität. Sie hören regelmäßig davon in den Nachrichten. Zum Beispiel, wenn ein Datenleck in einem Unternehmen aufgetreten ist. Oder wenn ein Land wie Russland oder China versucht, Daten zu stehlen. Da Cyberkriminelle oft grenzüberschreitend arbeiten, finden sie es sinnvoll, dass die Länder Europas zusammenarbeiten. Sie denken dabei an die Ausarbeitung von Regeln, aber auch an die Festlegung von Sanktionen. Wenn russische Cyberkriminelle versuchen, in unser Haus einzudringen, muss die EU energische Maßnahmen ergreifen, um sie daran zu hindern.

Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Die EU-Länder sind in den Bereichen Bildung, Kultur, Bildung und Sport unmittelbar verantwortlich. Die EU kann und möchte sie dabei unterstützen, indem sie beispielsweise hochwertige Bildung, Mehrsprachigkeit, den Schutz des kulturellen Erbes und die Unterstützung des Kultur- und Sportsektors fördert. Wie sehen die Niederlande dies?

Empfehlungen - Unsere Vision von Bildung, Kultur, Jugend und Sport

45 % der Niederländer sind der Ansicht, dass Bildung ein wichtiges Thema ist und dass die EU in diesem Bereich tätig werden sollte. Für Jugend, Kultur und Sport sind es 39 %, 23 % bzw. 19 %.

1. Ermutigen Sie Studenten, intelligent im Ausland zu studieren

Nach Ansicht von nombreux aus den Niederlanden wirkt sich das Studium im Ausland positiv auf junge Menschen aus. Es geht um die persönliche Entfaltung. Darüber hinaus kann ein Studium im Ausland den Europäern helfen, sich besser zu verstehen. Dies kann auch zu einer besseren Integration beitragen. Viele Niederländer finden es daher positiv, dass es ein Erasmus-Programm gibt, das das Studium im Ausland fördert. Wir halten es aber auch für angebracht, dass sich die EU weiterhin kritisch mit diesem Thema auseinandersetzt. In der Praxis scheint es beispielsweise so zu sein, dass internationale Studierende hauptsächlich unter sich bleiben und nicht immer viel über das Land lernen, in dem sie sich befinden. Die EU muss auch verhindern, dass sich Länder mit niedrigerem Wissensstand "entleeren", weil alle Talente im Ausland studieren werden.

"Entwicklung von Austauschprogrammen auch auf der Ebene der berufsbildenden Sekundarstufe."

2. Vorrangige Behandlung von Themen wie Kultur und Sport durch die Mitgliedstaaten

58 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die EU das kulturelle Erbe in Europa besser schützen sollte. Wir denken zum Beispiel an die Tempel in Griechenland. Auf der anderen Seite finden wir, dass die lokale Kultur in erster Linie in der Verantwortung der Länder selbst liegt. Dasselbe gilt zum Beispiel für Missbrauch im Sport. Wir halten dies für ein wichtiges Thema, aber nicht für eine Kernaufgabe der EU. Europa muss unbedingt Prioritäten setzen, und für andere Fragen sind erhebliche finanzielle Mittel erforderlich. Manchmal können wir einen finanziellen Beitrag leisten, aber manchmal können wir auch auf andere Weise zusammenarbeiten, zum Beispiel durch den Austausch von Wissen und Ideen.

„Der Schutz der Kultur ist Sache der Länder selbst. Aber wenn das Welterbe vernachlässigt wird, dann muss die EU eingreifen.“

3. Sicherstellen, dass die Europäer einander besser kennen und respektieren lernen

Die Niederländer schätzen es, wenn andere Europäer gut Englisch sprechen. Das macht es einfacher, wenn wir im Ausland sind. So zum Beispiel, wenn wir mit Wanderarbeitnehmern in den Niederlanden kommunizieren wollen. Gleichzeitig halten es viele Niederländer für sehr wichtig, dass wir weiterhin unsere eigene Sprache sprechen und schätzen. Deshalb wollen wir auch, dass andere Unterschiede innerhalb Europas respektiert werden. Ob Kultur, Bildung oder Sport, jeder Mensch muss sich frei fühlen und er selbst sein können. Unterschiede können manchmal zu Spannungen führen, aber sie machen auch den Reichtum des europäischen Kontinents aus. Viele Niederländer sind daher der Ansicht, dass den Ländern Zeit gegeben werden sollte, sich mit ihren jeweiligen Gewohnheiten und Ideen vertraut zu machen.

„Für mich ist die EU wie eine Gruppe von Freunden. Wir respektieren unsere Unterschiede und ich kann um Hilfe bitten, wenn ich sie brauche.“

Online- und Vor-Ort-Diskussionen und -Ideen

IDEE: "Neben dem lokalen Programm sollte auf allen Bildungsebenen ein gemeinsames europäisches Programm eingeführt werden."

IDEE: „Neben einer Kulturhauptstadt sollten Sie jedes Jahr auch eine Hauptstadt (oder ein Land) in den Bereichen Bildung, Jugend und Sport auswählen.“

„Was uns in der EU verbindet, ist, dass wir alle eine eigene nationale Kultur haben. Und deshalb nicht unter dem Banner einer einzigen Kultur versammelt werden zu können.“

"Anstatt negative Dinge hervorzuheben, ist es besser, zu versuchen, den Sport zu fördern."

Ich bin hier integriert, ich zahle Steuern, aber ich bin und bleibe Lateinamerikaner. Ich liebe meine Sprache, meine Musik und mein Essen. Es geht nicht um Europa.

„In Europa wird zu viel über Wirtschaft gesprochen. Und zu wenig Wohlbefinden.“

Studierende der Universität Leiden: "Sprache ist wichtig, aber sie muss eine freie Wahl bleiben"

An der Universität Leiden sprachen Geschichtsstudenten miteinander. Sie halten es für wichtig, dass Les gens mehrere Sprachen sprechen. Die Beherrschung mehrerer Sprachen sei hervorragend für die persönliche Entwicklung und gut für die Handels- und politischen Beziehungen innerhalb der EU. Sie sind jedoch der Ansicht, dass Sprachen in der Schule angeboten und nicht verpflichtend gemacht werden sollten. Ebenso glauben sie, dass eine zweite Sprache nicht unbedingt eine europäische Sprache sein muss. "Wenn Sie in Osteuropa leben und sich dafür entscheiden, Russisch zu lernen, ist dies Ihr Recht", sagte einer der Teilnehmer.

Türkische Gemeinde Schiedam: "Gewährleistung fairer Beschäftigungsaussichten für alle jungen Menschen" In der Hakder-Stiftung in Schiedam diskutierte die lokale türkische Gemeinschaft unter anderem über die Bedeutung fairer Beschäftigungsaussichten für alle. Alle Teilnehmer waren sich darin einig, dass die EU Unternehmen verpflichten sollte, jungen Menschen mit begrenzten Chancen Praktika oder Arbeitsstellen anzubieten. Sie wiesen darauf hin, dass insbesondere junge Migranten Schwierigkeiten haben, ein Praktikum oder einen Arbeitsplatz zu finden. "Manchmal wagen sie es nicht einmal, zum Hausarzt zu gehen, weil sie befürchten, den Besuch selbst bezahlen zu müssen. Ganz zu schweigen davon, sich für ein Praktikum oder einen Job zu bewerben", sagte einer der Teilnehmer. „Die Unternehmen müssen aufmerksamer sein, und die EU kann sie dazu ermutigen.“

Beschreibung der bei der Erhebung angewandten Methodik

Die Umfrage "Vision Europa" besteht aus verschiedenen miteinander verknüpften Formen des Dialogs, die es ermöglichen, die Ansichten und Ideen der niederländischen Bürger über die Zukunft Europas und der EU einzuholen. In diesem Kapitel wird die Methodik beschrieben, mit der sichergestellt werden soll, dass die damit verbundenen Formen des Dialogs mit den geltenden Leitlinien für nationale Bürgerforen im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas im Einklang stehen.

Die folgenden Dialogformen werden verwendet:

4. Umfrage bei einem Panel

Erhebung bei einer repräsentativen Stichprobe der niederländischen Bevölkerung.

5. Thematische Online-Dialoge zur Vertiefung

Dialoge, die jeweils mit einer Gruppe von Niederländern organisiert werden, um die Schlussfolgerungen des ersten Zwischenberichts „Unsere Vision von Europa“ (8. Oktober 2021) mit einem ersten Überblick über die Ergebnisse und ergänzenden Fragen zu vertiefen.

6. Dialoge mit bestimmten Gruppen

Treffen mit Niederländern, die nicht daran gewöhnt sind, an Umfragen und (Online-)Panels teilzunehmen.

7. Dialoge mit Jugendlichen

Begegnungen zu europäischen Themen, die für junge Menschen am relevantesten sind.

8. Öffentliche Online-Umfrage: Fragebogen und "Swipen naar de toekomst" (Swiper in die Zukunft)

Der Fragebogen der Panelumfrage konnte auch von allen Niederländern ausgefüllt werden, auch von denjenigen, die im Ausland leben. Dieser Fragebogen war vom 1. September 2021 bis zum 14. November 2021 zugänglich. Darüber hinaus konnte im gleichen Zeitraum jeder Niederländer an der Aktion "Swipen naar de toekomst" teilnehmen, einem Online-Tool mit 20 Aussagen.

1. Umfrage bei einem Panel

Der niederländische Bürgerdialog "Vision Europa" begann am 1. September mit einer Umfrage bei einem niederländischen Bürgerbeauftragten. In dieser Beschreibung der im Rahmen der Umfrage verwendeten Methodik erläutern wir kurz die Konzeption und Umsetzung dieser Panel-Umfrage.

Ziel und Zielgruppe

Die Umfrage "Vision Europa" begann mit einem Online-Fragebogen über die Zukunft Europas in den Niederlanden. Dieser Fragebogen wurde einem repräsentativen Gremium vorgelegt und steht auch allen Niederländern (einschließlich derjenigen mit Wohnsitz im Ausland) offen. Am Ende konnte jede Person an der Aktion "Swipen naar de toekomst" teilnehmen, einem Online-Tool mit 20 Aussagen. Die Ergebnisse der Umfrage des Forums flossen in mehrere thematische Dialoge ein, die im Anschluss an den Bürgerdialog "Vision Europa" organisiert wurden.

Die Zielpopulation der Panelbefragung umfasst alle Niederländer ab 18 Jahren, die zum Zeitpunkt des Beginns der Feldarbeit als Einwohner im Bevölkerungsregister eingetragen waren. Nach Angaben des niederländischen Statistikamts (Centraal Bureau voor de Statistiek – CBS) zählte diese Zielgruppe zum 1. Januar 2021 14 190 874 Personen. Die untere Grenze von 18 Jahren entspricht der Wahlmehrheit. Wir nennen es die Panelbefragung Bevölkerung.

Feldarbeit

Ein Panel mit mehr als 100.000 Teilnehmern aus dem ganzen Land (ISO-zertifiziert, Research Keurmerk groep, Nederlandse Marktonderzoek Associatie) wurde verwendet, um ein digitales Bild des "durchschnittlichen Niederländers" zu erhalten. Diese Teilnehmer meldeten sich für das Umfragepanel an, um sich regelmäßig zu einem breiten Themenspektrum zu äußern. Zusätzlich zu ihrer intrinsischen Motivation, ihren Beitrag zu leisten, werden sie für die Beantwortung der Fragebögen vergütet. Mehrere wissenschaftliche Studien zeigen, dass Befragte, die eine Entschädigung für das Ausfüllen eines Fragebogens erhalten, keine wesentlich anderen Antworten geben (Quelle: Does use of survey incentives degrade data quality?, Cole, J. S., Sarraf, S. A., Wang, X., 2015).

Die Feldarbeit begann am 11. August 2021 und endete am 19. September 2021. Für die Umsetzung wurde nur eine Methode der Datenerhebung verwendet, nämlich die Internet-Erhebung. Die Mitglieder des Umfragepanels erhielten eine E-Mail mit einem persönlichen Link zum Online-Fragebogen. Nach zwei Wochen erhielten die Panelteilnehmer eine Erinnerung. Die Einladungen zur Teilnahme wurden in Losen und geschichtet (unter Gewährleistung einer gleichmäßigen Verteilung der Untergruppen) versandt, bis die erforderliche Anzahl von Befragten erreicht war.

Probenahme und Verteilung

Die Konzeption der Erhebung beruht auf dem Grundsatz, dass mindestens 3 600 Befragte an der Erhebung teilnehmen müssen, um eine gute statistische Zuverlässigkeit zu gewährleisten. Darüber hinaus ermöglicht diese Zahl eine gute Verteilung der verschiedenen allgemeinen Bevölkerungsmerkmale. Es gibt nicht nur einen Holländer. Wir haben daher im Voraus darauf geachtet, daß die Probe gut auf eine bestimmte Anzahl von Merkmalen verteilt ist. Die Niederlande sind ein relativ kleines Land, aber die Meinungen können je nach Region unterschiedlich sein. Die Positionierung in Bezug auf die Themen und die Bedeutung, die man ihnen beimisst, kann (teilweise) durch die Region bestimmt werden, in der man lebt. Zum Beispiel können die Bewohner ländlicher Gebiete ein Thema wie Sicherheit anders sehen als in städtischen Gebieten. Untersuchungen des niederländischen Büros für Sozial- und Kulturplan zeigen auch, dass Menschen mit einem höheren Bildungsniveau häufiger für die EU sind als Menschen mit einem niedrigeren Bildungsniveau und dass junge Menschen häufiger für die EU sind als ältere Menschen (Quelle: Wat willen Nederlanders van de Europese Unie?, Niederländisches Büro für Sozial- und Kulturplan, Den Haag, 2019).

Um die Repräsentativität der Stichprobe zu gewährleisten, haben wir daher im Voraus die folgenden drei Merkmale proportional aufgeteilt: (1) Wohnsitz durch COROP-Regionen, (2) Alter und (3) Bildungsniveau. Die Verteilung der Stichprobe wurde auch anhand der folgenden allgemeinen Merkmale dargestellt: Geschlecht, Herkunft, Hauptbeschäftigung, politische Orientierung.

Die COROP-Regionen wurden auf der Grundlage des Nodalprinzips (ein "Herz" mit einem Einzugsgebiet oder einer nationalen Funktion) auf der Grundlage von Pendlerströmen entwickelt. Einige Verstöße gegen das Nodalprinzip wurden eingeräumt, so dass die Regionen den Provinzgrenzen folgen. Nach der Neuordnung der Gemeinden über die COROP-Grenzen hinaus wurde die Verteilung angepasst (Quelle: Nationales Statistisches Amt der Niederlande). In den COROP-Regionen haben wir für eine gute Verteilung auf die Altersgruppen gesorgt, und zwar mit folgender Aufschlüsselung: zwischen 18 und 34 Jahren, zwischen 35 und 54 Jahren, zwischen 55 und 75 Jahren und über 75 Jahren.

Schließlich haben wir für eine repräsentative Verteilung der Bildungsniveaus gesorgt. In der Stichprobe entspricht die Zahl der Befragten der Verteilung des höchsten Bildungsniveaus auf nationaler Ebene, die sich wie folgt darstellt:

Höchstes Bildungsniveau

Niedrig: Primarbereich, vorbereitende berufliche Bildung, 1. bis 3. Jahr der allgemeinen Sekundarstufe II/voruniversitäre Bildung, berufliche Sekundarstufe I	32,1 %
Zwischenprodukt: Oberstufe der allgemeinen Sekundarstufe II/voruniversitäre Bildung, berufliche Sekundarstufe 2 bis 4	44,6 %
Hoch: Hochschulbildung oder Hochschulbildung	22,9 %
Unbekannt	0,4 %

Antwortquote

Insgesamt nahmen 4086 Personen pro Panel an der Umfrage teil. Damit ist das Ziel von 3.600 vollständig ausgefüllten Fragebögen erreicht.

Antworten nach COROP-Regionen und Alter	18 bis 34 Jahre	35 bis 54 Jahre	55 bis 75 Jahre	über 75 Jahre
Nördlich von Drenthe	11	14	17	5
Südosten von Drenthe	10	12	14	4
Südwesten von Drenthe	7	10	11	3
Flevoland	29	33	28	6
Nordfriesland	20	22	25	8
Südostfriesland	12	13	14	3
Südwestfriesland	8	11	11	4
Achterhoek	22	27	34	11
Arnhem/Nijmegen	52	53	55	15
Veluwe	44	48	51	17
Südwesten Gelderlands	16	18	20	5
Großer Delfzijl	2	4	5	1
Östliches Groningen	7	10	12	3
Rest von Groningen	36	26	28	8
Zentral-Limburg	13	17	21	7

Nordlimburg	17	20	23	7
Südlimburg	38	40	52	17
Nordbrabant (Zentralbrabant)	34	35	35	11

Antworten nach COROP-Regionen und Alter	18 bis 34 Jahre	35 bis 54 Jahre	55 bis 75 Jahre	über 75 Jahre
Nordostbrabant	41	43	51	14
Westliches Nordbrabant	40	47	49	15
Südosten Nordbrabants	55	56	58	18
Agglomeration Haarlem	13	18	18	7
Alkmaar und Umgebung	14	19	19	6
Großraum Amsterdam	116	104	88	23
Gooi und Vechtstreek	13	21	19	7
IJmond	12	14	15	4
Nordholland-Spitze	22	27	30	9
Region Zaan	11	13	12	3
Nördlich von Overijssel	25	28	25	8
Twente	41	44	46	14
Südwestliches Overijssel	10	11	12	3
Utrecht	96	100	89	27
Rest von Zeeland	16	21	23	8
Zeeländisches Flandern	6	8	9	3
Agglomeration von Leiden und Region der Zwiebeln	30	31	31	10
Agglomeration Den Haag	63	70	57	18
Delft und Westland	19	15	15	4

Groß-Rijnmond	103	107	99	31
Östlich von Südholland	22	24	25	8
Südosten von Südholland	24	26	26	9

Antworten nach Bildungsniveau

Niedrig	1382	34 %
Mittelsmann	1747	43 %
Hoch	915	22 %
Unbekannt	42	1 %

Zuverlässigkeit und Repräsentativität

Die Zahl der Befragten von 4 086 ermöglicht Beobachtungen für die gesamte Grundgesamtheit mit einem Co-Vertrauensgrad von 95 % und einer Fehlermarge von 1,53 %. Das Konfidenzniveau und die Fehlermarge der Ergebnisse werden durch den Stichprobenumfang bestimmt. Je größer die Stichprobe, desto zuverlässiger und genauer können die Ergebnisse auf die gesamte Population extrapoliert werden.

Das Konfidenzniveau ist definiert als 1 (100 %) abzüglich des Signifikanzniveaus. Es ist üblich, von einem Signifikanzniveau von 5 % auszugehen. Man spricht dann von einem Konfidenzniveau von 95 Prozent. Mit anderen Worten, wenn die Untersuchung auf die gleiche Weise und unter den gleichen Bedingungen wiederholt würde, wären die Ergebnisse in 95 % der Fälle identisch.

Die Genauigkeit (ausgedrückt als Fehlermarge) gibt den Wertebereich an, innerhalb dessen der tatsächliche Wert in der Grundgesamtheit liegt. Mit anderen Worten: Was wäre die maximale Diskrepanz zwischen den Ergebnissen der Studie und den Ergebnissen, die bei der gesamten Bevölkerung erzielt würden? Eine Fehlermarge von 1,53 % bedeutet, dass der tatsächliche Wert in der Gesamtpopulation um bis zu 1,53 % höher oder niedriger als der Stichprobenwert sein kann. Wenn beispielsweise eine Umfrage unter einer Stichprobe von Befragten ergibt, dass 50 % der Befragten ein bestimmtes Thema für wichtig halten, liegt der tatsächliche Prozentsatz um höchstens 1,53 % über oder unter diesem Prozentsatz von 50 %, d. h. zwischen 48,47 % und 51,53 %. Eine Fehlermarge von maximal 5 % ist üblich und wird in quantitativen (statistischen) Studien allgemein akzeptiert.

Neben der Zuverlässigkeit ist die Repräsentativität der Probe wichtig. Da die Einladungen zur Teilnahme in Losen und geschichtet übermittelt wurden, sind die Ergebnisse hinsichtlich der Merkmale der COROP-Region und der Altersgruppen nach COROP-Regionen repräsentativ. Die Antworten sind auch in Bezug auf das Bildungsniveau im Vergleich zum höchsten auf nationaler Ebene erreichten Bildungsniveau repräsentativ.

Weitere allgemeine Merkmale

Den Teilnehmern der Panel-Umfrage wurden eine Reihe zusätzlicher kontextbezogener Fragen gestellt. Dazu gehören Geschlecht, Positionierung gegenüber der EU, Herkunft, Hauptbeschäftigung und die politische Partei, für die die Person bei Wahlen stimmen würde.

49 % der Befragten sind Männer, 50 % sind Frauen und 1 % ziehen es vor, diese Frage nicht zu beantworten.

51 % der Befragten halten es für eine gute Sache, dass die Niederlande Mitglied der EU sind, 13 % halten es für eine schlechte Sache und 36 % sind neutral oder haben keine Meinung.

95 % der Befragten wurden in den Niederlanden geboren. 89 % der Befragten gaben an, dass beide Elternteile in den Niederlanden geboren wurden. 5 % wurden von zwei Elternteilen geboren, die selbst im Ausland geboren wurden.

Aktuelle politische Ausrichtung der Befragten

Partei %

VVD (Volkspartei für Freiheit und Demokratie)	14 %
PVV (Partei für die Freiheit)	13 %
SP (Sozialistische Partei)	8 %
D66 (Demokraten 66)	6 %
CDA (Christlich-Demokratischer Appell)	6 %
PvdA (Labour-Partei)	6 %
Partij voor de Dieren (Partei für die Tiere)	4 %
GroenLinks (Grüne Linke)	4 %
ChristenUnie (Christliche Union)	3 %
JA21	3 %
BoerBurgerBeweging (Landwirt-Bürger-Bewegung)	2 %
Forum voor Democratie (Forum für Demokratie)	2 %
SGP (Reformierte Partei)	2 %
Volt	2 %
DENK	1 %
Groep Van Haga	1 %
BIJ1	1 %
Fraktie von Den Haan	0 %
Sonstiges	2 %

Weißer Abstimmung	3 %
Ich antworte lieber nicht	13 %
Ich stimme nicht ab	5 %

Was ist derzeit Ihre Hauptbeschäftigung?

Besetzung	%
Schüler/Student	6 %
Teilzeitbeschäftigter	16 %
Vollzeitbeschäftigter	31 %
Unabhängiger Unternehmer	3 %
Hausangestellte	5 %
Arbeitssuchende	2 %
Freiwillige	2 %
Arbeitsunfähigkeit	6 %
Rentner	27 %
Sonstiges	1 %
Ich antworte lieber nicht	1 %

Fragebogen

Der Fragebogen und der vorliegende Bericht wurden von einer unabhängigen externen Organisation auf Ersuchen des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten erstellt. Der Fragebogen ist modular aufgebaut und umfasst die folgenden Frageblöcke entsprechend den für die Konferenz zur Zukunft Europas ermittelten Themen: Wichtige Themen und die Rolle Europas

Klimawandel und Umwelt

Gesundheit

Wirtschaft und Beschäftigung

Die Rolle der Europäischen Union in der Welt

Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit

Die virtuelle Welt

Demokratie in Europa

Migration und Flüchtlinge

Bildung / Kultur / Jugend / Sport

Bei der Erstellung des Fragebogens wurde der Qualität, Zuverlässigkeit und Gültigkeit der Fragen große Aufmerksamkeit gewidmet. Aus diesem Grund wurde eine neutrale und nicht-direktive Formulierung von Fragen, Aussagen und Antwortoptionen angestrebt, und es wurde überprüft, dass die Fragen in verständlicher Sprache formuliert sind (Ebene B1).

Der Fragebogen wurde anhand von persönlichen Interviews mit zielgruppenspezifischen Partizipants-Tests/Qualitätstests unterzogen. Auf diese Weise konnte untersucht werden, wie die Fragen von verschiedenen Arten von Befragten verstanden werden. Wenn eine Frage eine zu große (zu komplexe) kognitive Belastung darzustellen schien, war diese angemessen.

Analysemethoden

In dieser Untersuchung wurden zwei Analysemethoden verwendet:

Univariate Analysen

Deskriptive Statistiken werden verwendet, um die Variablen einer Umfrage zu beschreiben. Für diese Umfrage werden Frequenzen und Durchschnittswerte verwendet.

Bivariate Analysen

Die bivariaten Analysen ermöglichen es, das Verhältnis zwischen zwei Variablen zu untersuchen, nämlich das Verhältnis zwischen der Bedeutung der verschiedenen Themen und der Frage, ob die EU in diesem Bereich tätig werden sollte, und das allgemeine Merkmal des Alters. Es wurde geprüft, ob die verschiedenen Altersgruppen einem Thema unterschiedliche Bedeutung beimessen und ob unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, in welchem Umfang die EU tätig werden sollte.

Veröffentlichung von Informationen und Vollständigkeit

Dieser Bericht enthält eine (visuelle) Darstellung der Ergebnisse aller Fragen, die den Befragten des Umfragepanels gestellt wurden. Bei einigen Fragen hatte die Auskunftsperson die Möglichkeit, "offene" (d. h. nicht vorbestimmte) Antworten zu geben. Offene Antworten wurden dann kategorisiert und in die Veröffentlichung aufgenommen. Die von den Befragten in den freien Kommentaren geteilten Ideen werden in die verschiedenen thematischen Dialoge einfließen, die im weiteren Verlauf des Bürgerdialogs „Vision Europa“ organisiert werden.

2. Thematische Online-Dialoge zur Vertiefung

Die Themen, die im Mittelpunkt der Konferenz über die Zukunft Europas stehen, wurden in acht thematischen Online-Dialogen vertieft. Ziel dieser Dialoge war es, die Gründe für die geäußerten Meinungen sowie die ihnen zugrunde liegenden Beweggründe und Gefühle zu ermitteln. Was sind die wahrgenommenen Sorgen und Chancen? Die Diskussionsrunden boten den Teilnehmern auch die Möglichkeit, Vorschläge und Ideen zu diesen Themen zu formulieren und Themen anzusprechen, die nicht Teil der Konferenz sind, aber für sie dennoch von Bedeutung sind.

Die thematischen Dialoge fanden am 12. und 14. Oktober sowie am 9. und 11. November statt. Im Oktober fanden vier thematische Online-Dialoge zu den Themen "Wirtschaft" und "Demokratie" statt. Im November fanden vier thematische Online-Dialoge zu den Themen "Klima" und "Die EU in der Welt" statt. An jeder Diskussionsrunde nahmen 29 Personen teil (insgesamt 231). Die Teilnehmer wurden aus dem Kreis der Panelmitglieder (siehe Punkt 1) und über soziale Medien rekrutiert.

3. Dialoge mit bestimmten Gruppen

On weiß von einigen Gruppen von Niederländern, dass sie weniger daran gewöhnt sind, an Umfragen und (Online-)Panels teilzunehmen. Um ein repräsentatives Bild der "Stimme der Niederlande" zu erhalten, war es wichtig, daß diese Bürger auch ihre Ideen und Meinungen äußern konnten. Aus diesem Grund haben wir auch eine Reihe von Dialogen vor Ort für die Umfrage "Vision Europa" organisiert. Die Meinungen und Ideen, die wir auf diese Weise sammeln konnten, wurden (neben anderen) als Grundlage für die Formulierung von Empfehlungen verwendet.

Zielgruppen

Schwer zu erreichende Zielgruppen können nicht eindeutig definiert werden. Studien und Erfahrungen zeigen, dass Niederländer nichtwestlicher **Abstammung** wesentlich **weniger** von sich selbst an Umfragen und Diskussionen teilnehmen. Da dies eine große Gruppe ist (14 % der Niederländer¹), wurden sie für die Teilnahme am Dialog „Vision Europa“ ausgewählt. Dieselbe Argumentation wurde auch in Bezug auf **Personen mit geringem Bildungsstand verfolgt**. Es handelt sich auch um eine große Gruppe (2,5 Millionen Niederländer²) die sich teilweise mit der Gruppe der Migranten (39 %) überschneidet. Schließlich wurde ein Dialog mit einer Gruppe von Personen geführt, die in Umfragen und Diskussionen kaum zu finden **sind**, die Europa kritisch gegenüberstehen, für die es aber eine wichtige berufliche Rolle spielt. Die Unternehmer des Agrarsektors wurden ausgewählt.

Die genannten Gruppen wurden über Organisationen angesprochen, denen sie angehören, wie z.B. Migrantenorganisationen, Interessenverbände und zivilgesellschaftliche Organisationen. Da wir die Zahl der Dialoge auf acht beschränkt haben, konnten wir nicht vollständig "erschöpfend" sein. Dies macht die Auswahl der Teilnehmer etwas willkürlich. Bei dieser Entscheidung haben wir vor allem auch die Begeisterung für die Teilnahme und die Unterstützung bei der Mobilisierung ihrer Basis sowie praktische Fragen wie die Verfügbarkeit je nach Datum und Standort berücksichtigt.

Vor Ort fanden Dialoge mit den Mitgliedern folgender Organisationen statt:

- Hakder-Stiftung, Alevitengemeinschaft, Schiedam
- Asha-Stiftung, Hindu-Gemeinschaft, Utrecht (zwei Diskussionsrunden)
- Piëzo, Organisation der Zivilgesellschaft, Zoetermeer
- Taal doet Meer, Organisation für Geringgebildete, Utrecht
- BoerenNatuur, Vereinigung landwirtschaftlicher Vereinigungen

Marokkanen Dialog Overvecht, Marokkanische Gemeinde, Utrecht

- Women for Freedom, Interessenvertretung für Frauen mit Migrationshintergrund, Den Haag

Insgesamt nahmen 110 Personen an diesen Gesprächen teil.

4. Dialoge mit Jugendlichen

Junge Menschen sind eine vorrangige Zielgruppe der Konferenz zur Zukunft Europas. Um ihre Teilnahme am Bürgerdialog "Vision Europa" aktiv zu fördern und den Meinungen und Ideen dieser Gruppe Gehör zu verschaffen, wurden fünf physische Diskussionsrunden speziell für junge Menschen organisiert. Wegen der restriktiven Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Coronavirus konnte ein sechstes geplantes Treffen mit den Mitgliedstaaten nicht stattfinden.

Die Treffen fanden in folgenden Institutionen statt:

Vereinigung der Geschichtsstudenten, Universität Leiden

Hochschule Dr. Knippenberg, Sekundarstufe, Helmond

Coalitie-Y, Jugendplattform des Wirtschafts- und Sozialrats

Graafschap College, berufsbildende Sekundarstufe, Doetinchem

CSG Jan Arentsz, Sekundarschulbildung mit Schwerpunkt Technologie, Alkmaar

Insgesamt nahmen 95 Jugendliche an den Gesprächsrunden teil.

Verwendete Wartungstechniken

Die thematischen Online-Dialoge, die Dialoge mit bestimmten Gruppen und die Dialoge mit Jugendlichen wurden nach der sogenannten "sokratischen" Gesprächsmethode geführt. Diese Methode wird seit vielen Jahren am Tag des Dialogs angewandt, an dem überall in den Niederlanden Menschen zu Themen interagieren, die sie betreffen. Im Rahmen der sokratischen Gesprächsmethode berücksichtigt der Moderator folgende Grundsätze:

Lassen Sie den anderen seine Geschichte erzählen

- Antworten Sie nicht sofort mit einer anderen Geschichte
- Sich respektvoll behandeln
- Sprechen Sie aus Ihrer eigenen Perspektive ("Ich finde" statt "wir sagen")
- Erkundigen Sie sich nach weiteren Erläuterungen, wenn sich die geäußerten Ansichten auf allgemeine Aussagen beschränken.
- Urteile vermeiden und analysieren
- Geben Sie Momente der Stille, wenn die Menschen einen Moment nachdenken müssen

Während der Dialoge wird folgendes Tempo verwendet: Divergenz – Konvergenz – Divergenz. Das Prinzip ist, dass Sie zuerst divergieren müssen (direkt individuelle Gefühle und Meinungen ausdrücken), bevor Sie konvergieren können (über mögliche Wege sprechen) und schließlich wieder divergieren müssen (zum Beispiel individuelle Empfehlungen sammeln). Erfahrung und Theorie zeigen, dass dieser Rhythmus einen optimalen Ablauf des Dialogs gewährleistet.

Alle Dialoge wurden von professionellen Moderatoren geführt.

5. Öffentliche Online-Umfrage: Fragebogen und "Swipen naar de toekomst" (Swiper in die Zukunft)

Der Fragebogen für die Umfragedes Gremiums wurde auch allen Niederländern, einschließlich der im Ausland lebenden Niederländer, zur Verfügung gestellt. Dieses questionnaire war vom 1. September 2021 bis zum 14. November 2021 zugänglich. Darüber hinaus konnte im gleichen Zeitraum jeder Niederländer an der Aktion "Swipen naar de toekomst" teilnehmen, einem Online-Tool mit 20 Aussagen.

Antworten und Verwendung

Insgesamt 1 967 Teilnehmer füllten den Fragebogen aus und 6 968 waren bis zum Ende des Bildschirmscan-Tools. Sowohl der Fragebogen als auch das Bildschirmscan-Tool waren für alle offen: Es gab keine Bedingungen oder Auswahlkriterien für die Teilnahme. Im Fragebogen war es möglich, Fragen zu stellen (es gab keine obligatorischen Fragen), um die Antwortrate zu maximieren. Die Teilnehmer wählten viel häufiger "Ich ziehe es vor, nicht zu antworten" als im Rahmen der repräsentativen Panelbefragung.

Die allgemeinen Daten der Teilnehmer des offenen Fragebogens und des Bildschirmscanners unterscheiden sich mehr oder weniger von denen der Teilnehmer des repräsentativen Panels. Im Gegensatz zur Panelumfrage sind die Ergebnisse des offenen Fragebogens und des Bildschirmscanners nicht repräsentativ. Die Ergebnisse der offenen Online-Umfrage wurden zur Ergänzung der Panelumfrage herangezogen. Sie geben einen Einblick in die Gefühle und Ideen, die in den Niederlanden zirkulieren. Die in den Eingabefeldern genannten Verbesserungsvorschläge wurden im Abschnitt "Diskussionen und Ideen online und vor Ort" verwendet. Das Bildschirmscan-Tool wurde verwendet, um einige Gefühle, die in den Niederlanden zirkulieren, besser zu verstehen. Diese Ergebnisse wurden bei der Ausarbeitung der Empfehlungen berücksichtigt. Aufgrund des Erfordernisses der Repräsentativität wurden die Ergebnisse der Online-Umfrage in diesem Bericht nur in begrenztem Umfang berücksichtigt.

Dieser Bericht wird vom Außenministerium veröffentlicht. www.kijkopeuropa.nl



Kategorie: Regierung (Niederlande)

Unsere Vision von Europa

Bericht vom Januar 2022

Stellungnahmen, Ideen und Empfehlungen

Themen

- Klimawandel und Umwelt
- Migration
- Gesundheit
- Die EU in der Welt
-

• 14. Januar 2022

•

• Dies ist eine Übersetzung des Berichts "Onze kijk op Europa; meningen, ideeën en aanbevelingen" ("Unsere Vision von Europa: Stellungnahmen, Ideen und Empfehlungen"), die am 14. Januar 2022 auf Niederländisch auf www.kijkopeuropa.nl veröffentlicht wurde. Bei dieser Übersetzung handelt es sich um eine vereinfachte Fassung des Berichts, in der die ursprüngliche Darstellung (Illustrationen und andere grafische Elemente) zum Zwecke der Übersetzung geändert wurde.

Unsere Vision von...

Zusammenfassung des Berichts: Alle Empfehlungen auf einen Blick

Im Rahmen des Bürgerdialogs zum Thema "Vision Europa" haben wir die Ansichten und Ideen der niederländischen Bürgerinnen und Bürger zur Zukunft Europas zusammengetragen. Dies führte bei den letzten vier Themen (von insgesamt neun Themen) zu folgenden Empfehlungen an die Europäische Union:

Klimawandel und Umwelt

- 1. Klare Ausrichtung des europäischen Ansatzes zur Bekämpfung des Klimawandels**
- 2. Sicherstellen, dass Länder und Unternehmen enger zusammenarbeiten, um gezielte Lösungen zu finden**
- 3. Schaffung eines fairen und praktikablen CO2-Systems**
- 4. Klarere und positivere Kommunikation in Bezug auf den Klimaschutzansatz**

Die Niederländer sind der Auffassung, dass die EU eine führende Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels spielen muss. Die Mitgliedstaaten müssen in der Lage sein, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen, müssen jedoch zusammenarbeiten, um die gleichen Ziele zu erreichen. Anstatt auf einander zu zeigen, sollten die EU-Länder mehr Energie für den Wissensaustausch und die Suche nach gemeinsamen Lösungen aufwenden. Ein System zur Besteuerung von CO₂-Emissionen kann wirksam sein, muss aber auch fair, praktisch und klar sein. Im Allgemeinen sind die Niederländer der Ansicht, dass die EU wirksamer und positiver über das Thema Klima kommunizieren sollte.

Migration

- 1. Verhindern, dass die Debatten über die Flüchtlingsfrage nuanciert werden**
- 2. Definieren, was eine gerechte und praktische Verteilung von Flüchtlingen ist**
- 3. Nutzung des gewonnenen Wissens und der gewonnenen Erfahrungen zur Unterstützung der Regionen, aus denen die Flüchtlinge stammen**

Die Niederländer hält es für wichtig, zwischen Menschen, die aus gefährlichen Gebieten fliehen, und Wirtschaftsflüchtlingen zu unterscheiden. Den Debatten über Migration und Integration mangelt es oft an Nuancen. Um eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa zu erreichen, müssen innerhalb der EU klare Kriterien vereinbart werden, die sowohl die Mitgliedstaaten als auch die Flüchtlinge berücksichtigen. Schließlich schlagen die Niederländer vor, dass die EU die Regionen, aus denen die Flüchtlinge kommen, nicht nur finanziell, sondern auch durch Wissen unterstützt.

Gesundheit

- 1. Bessere Kontrolle über das Management einer Pandemie**
- 2. Sicherstellung der Verfügbarkeit erschwinglicher und zuverlässiger Medikamente für alle**
- 3. Die Länder müssen vor allem für sich selbst sorgen, um ihr Gesundheitssystem zu verbessern und gerechter zu gestalten.**

Die Niederlande sind der Ansicht, dass die EU-Länder bei der Bekämpfung einer Pandemie stärker zusammenarbeiten müssen. Die Art und Weise, wie mit der Coronavirus-Krise umgegangen wird, sorgt manchmal für Verwirrung. Die Vorschriften sollten kohärenter sein, ohne dass sie überall gleich sein müssen. Bei Impfstoffen oder Medikamenten wollen die Niederländer die Preise so niedrig wie möglich halten, sich aber auf Qualität und eine verantwortungsvolle Produktion verlassen können. Darüber hinaus halten wir es für wichtig, dass große Unternehmen ihre Macht nicht missbrauchen, und wir sind der Ansicht, dass die Gesundheitsversorgung weiterhin in erster Linie auf nationaler Ebene erfolgen sollte.

Die Rolle der EU in der Welt

1. Nutzung der Stärke der EU vor allem bei wichtigen internationalen Themen
2. Innerhalb und außerhalb Europas sollte man sich für Kooperation statt für Kampf entscheiden.
3. Nachdenkliche Hilfe im Konfliktfall

Der Niederländer ist der Ansicht, dass die europäische Zusammenarbeit in erster Linie auf die großengemeinsamen Interessen ausgerichtet sein sollte. Dies sollte auch für die Zusammenarbeit der EU mit Drittländern gelten. Neben dem Klimawandel und der Coronavirus-Pandemie geht es beispielsweise um die internationale Sicherheit und den Schutz der europäischen Wirtschaft vor unlauteren Handelspraktiken. Sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas bevorzugen die Niederländer die Zusammenarbeit gegenüber dem Kampf. Auch bei der Herangehensweise an Konflikte ist es immer besser, sie ohne Gewalt zu lösen.

Einleitung

Der Bürgerdialog "Vision Europa", der vom 1. September bis Mitte November stattfand, bot allen Niederländern Gelegenheit, ihre Meinungen und Ideen zur Zukunft Europas zu äußern. Die Niederlande legen der Europäischen Union (EU) die Empfehlungen vor, zu denen der Dialog geführt hat, sowie die geäußerten Ideen und Standpunkte. In diesem Bericht behandeln wir die letzten vier Themen (von insgesamt neun definierten Themen). Die ersten fünf Themen wurden bereits in dem am 3. Dezember 2021 veröffentlichten Bericht behandelt.

Zur "Vision Europa"

Die Europäische Union möchte, dass ihre Bürgerinnen und Bürger ihr mitteilen, was sie von Europa halten. Aus diesem Grund organisiert die EU die Konferenz zur Zukunft Europas. Die Meinungen und Ideen der Bürgerinnen und Bürger aus der gesamten Europäischen Union werden dann in die Pläne für die Zukunft Europas einfließen. Im Rahmen der Konferenz organisierten die Niederlande den Bürgerdialog "Vision Europa" auf nationaler Ebene.

Der Dialog "Vision Europa" begann am 1. September mit der Online-Sammlung von Meinungen und Ideen im Rahmen einer repräsentativen Panel-Umfrage. Um die ersten Ergebnisse der Panelbefragung zu vertiefen und konkrete Empfehlungen zu formulieren, haben wir thematische Online-Dialoge organisiert. Jeder, der wollte, konnte daran teilnehmen. Wir sind auch durch das Land gereist, um Gespräche mit jungen Menschen und anderen (schwierigen) Gruppen zu führen.

Von Schülern, berufsbildenden Sekundarschülern und Schülern über Landwirte und Migranten bis hin zum Minister

Im Oktober und November fanden insgesamt acht thematische Online-Dialoge mit 30 Teilnehmern pro Sitzung statt. Wir haben auch einen thematischen Online-Dialog und sieben thematische Dialoge vor Ort mit verschiedenen niederländischen Bürgergruppen organisiert. So haben wir mit der türkischen Gemeinschaft in Schiedam gesprochen und wurden von den Freiwilligen der Piëzo-Stiftung nach Zoetermeer eingeladen. Bei dieser letzten Gelegenheit war auch Außenminister Ben Knapen am Ende des Dialogs anwesend. Der Minister führte eine Aussprache mit den Teilnehmern über den Dialog und die geäußerten Ansichten zur Zukunft Europas. Schließlich haben wir sechs Treffen mit verschiedenen Jugendgruppen organisiert. So wurden wir beispielsweise an einer weiterführenden Schule in Helmond, an einer berufsbildenden weiterführenden Schule in Doetinchem und an der Universität Leiden empfangen.

„Es geht um die Zukunft unserer Kinder. Deshalb finde ich es wichtig, mitzumachen.“

Teilnehmer am thematischen Dialog

Über diesen Bericht

Auf der Grundlage der Ideen und Meinungen, die wir in den letzten Monaten gesammelt haben, haben wir eine Reihe von Empfehlungen ausgearbeitet, die die niederländischen Bürger an die Europäische Union richten. Bei den Gesprächen zwischen den niederländischen Bürgern fanden ein interessanter Meinungsaustausch sowie innovative Ideen und Anregungen statt. Einige dieser Ideen und Vorschläge wurden in diesen Bericht aufgenommen. Der Inhalt dieses Berichts ist daher die Stimme der Niederlande: Unsere Vision von Europa.

Da es Meinungsverschiedenheiten zwischen den europäischen Ländern und Bürgern gibt, sind wir natürlich auch in den Niederlanden nicht immer einer Meinung. Gerade diese Meinungsverschiedenheiten sind wertvoll: Sie sind ein wichtiges Merkmal einer Demokratie. Die Empfehlungen beruhen auf den Ideen und Meinungen, die von den Teilnehmern der Umfrage "Vision Europa" am häufigsten geäußert wurden. Wir beschreiben auch Bedenken, Ideen und Gefühle, die vielleicht weniger verbreitet sind, aber unsere Aufmerksamkeit während der Dialoge und der Online-Umfrage auf sich gezogen haben.

„Ich habe es genossen, zu Themen Stellung nehmen zu können, die mir wichtig erscheinen. Und das Gefühl gehabt zu haben, gehört zu werden.“

Teilnehmer am thematischen Dialog

Für die Konferenz zur Zukunft Europas wurden neun Themen festgelegt. Diese Themen stehen auch im Mittelpunkt des Dialogs "Vision Europa", der mit den niederländischen Bürgern geführt wurde. Im Oktober haben wir einen Zwischenbericht veröffentlicht, der einen ersten Überblick über die Ergebnisse und weitere Fragen auf der Grundlage der Panelumfrage gibt. Anfang Dezember wurde ein neuer Bericht veröffentlicht, in dem Stellungnahmen, Ideen und Empfehlungen zu den ersten fünf Themen vorgestellt wurden. In diesem Bericht werden die verbleibenden vier Themen behandelt.

Vorheriger Bericht – Dezember 2021

Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit

Keine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung Demokratie in Europa

Digitale Transformation

Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Aktueller Bericht – Januar 2022

Klimawandel und Umwelt

Migration

Gesundheit

Die EU in der Welt

Nächste Schritte

Die Konferenz zur Zukunft Europas bringt die Ideen, Meinungen und Empfehlungen aller EU-Bürger zusammen. Die Sitzungen werden sich nicht nur mit den Ergebnissen aller Bürgerdialoge auf nationaler Ebene befassen, sondern auch mit den Ergebnissen anderer Initiativen, die im Rahmen der Konferenz eingeleitet wurden. So gibt es beispielsweise auch europäische Bürgerforen, und alle EU-Bürger (also auch niederländische Bürger) können auf eine europäische digitale Plattform zugreifen.

*„Ich hoffe, dass die Staats- und Regierungschefs der EU meine Ansichten berücksichtigen werden.
Das wird ihnen helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen.“*

Teilnehmer am thematischen Dialog

Die Konferenz endet im Frühjahr 2022. Die Niederlande werden dann einen Abschlussbericht über den Dialog mit den Bürgern erstellen: eine Zusammenstellung des vorliegenden und des vorangegangenen Berichts mit Empfehlungen zu allen neun Themen. Im Anschluss an die Konferenz werden Empfehlungen an den Konferenzvorsitz gerichtet: die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Ministerrates und der Europäischen Kommission. Sie verpflichteten sich, zu prüfen, wie den Empfehlungen nachgekommen werden kann. Für die niederländische Regierung sind die Ergebnisse zudem ein wertvoller Beitrag zur Gestaltung der niederländischen EU-Politik.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der bis zum Frühjahr 2022 laufende Prozess wie folgt organisiert wird:

Chronologie

Vision von Europa

1. September	12. Oktober	22./23. Oktober	15. November	3. Dezember	14. Januar	21./22. Januar	Februar	18./19. Februar	11.-12. März	22./24. April		
Sammeln von Ideen online												
	Thematische Dialoge											
		Zwischenergebnisse (Zwischenbericht)		Zwischenbericht zu den Themen "Wirtschaft" und "Demokratie"	Zwischenbericht zu den Themen "Klima" und "Die EU in der Welt"		Abschlussbericht "Unsere Vision für Europa"					
		↓				↓		↓	↓	↓		
		Konferenzsitzung				Konferenzsitzung		Konferenzsitzung	(ggf.) Konferenzsitzung	Abschlussveranstaltung der Konferenz	→	Empfehlungen für die Vorsitzenden • Europäisches Parlament • Europäische Kommission • Ministerrat
						↑		↑		↑		
				Weitere Meinungen und Ideen zur Zukunft Europas:								
Bürgerdialoge					Europäische Bürgerforen			Europäische digitale Plattform (auch für niederländische Bürger)				

Erläuterungen zur Erleichterung der Lektüre

In diesem Bericht untersuchte der Hof vier Themen. Zu jedem Thema haben wir nacheinander aufgeführt:

Empfehlungen auf der Grundlage aller Aspekte des Bürgerdialogs;

Online- und Vor-Ort-Diskussionen und -Ideen: Überblick über die Meinungen, Ideen und Standpunkte, die im Rahmen der thematischen Dialoge (online und mit Präsenzteilnahme) ausgetauscht wurden.

Eine Beschreibung der bei der Erhebung angewandten Methodik findet sich am Ende dieses Berichts.

Klimawandel und Umwelt

Empfehlungen - Unsere Vision von Klimawandel und Umwelt

71 % der Niederländer sind der Ansicht, dass Klimawandel und Umwelt ein wichtiges Thema sind und dass die EU in diesem Bereich tätig werden muss.

1. 68% der Niederländer sind der Ansicht, dass die EU eine führende Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels spielen muss. Die Klimaerwärmung ist ein Problem, das kein Land allein lösen kann. Auch wenn nicht alle EU-Länder in Bezug auf den Klimawandel einer Meinung sind, sind wir doch der Ansicht, dass die EU in jedem Fall eine klarere Zukunftsvision haben muss. Trotz des Grünen Deals stellen wir derzeit fest, dass die Mitgliedstaaten häufig nicht aufeinander abgestimmt sind. Zwar müssen die Länder weiterhin in der Lage sein, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen, doch müssen sie zusammenarbeiten, um dieselben Ziele zu erreichen. Darüber hinaus sind wir der Ansicht, dass wir als Bürger auch unsere eigene Verantwortung haben, zum Beispiel bei der Anpassung unserer Konsumgewohnheiten.

"Die Niederlande wollen auf Erdgas verzichten, während in Deutschland gerade die Nutzung von Erdgas gefördert wird. Manchmal kommt es darauf an, nichts mehr zu verstehen."

2. Sicherstellen, dass Länder und Unternehmen enger zusammenarbeiten, um gezielte Lösungen zu finden

Wenn es um Klimawandel und Umwelt geht, stellen die Niederländer fest, dass Länder oft mit dem Finger auf sich selbst zeigen. Der Schwerpunkt liegt häufig auf Unterschieden, beispielsweise zwischen armen und reichen Ländern innerhalb der EU. Oder zwischen hochindustrialisierten oder schwach industrialisierten Ländern. Wir würden es vorziehen, wenn wir versuchen würden, Vereinbarungen zu treffen. Ähnliche Unternehmen in verschiedenen Ländern könnten beispielsweise Wissen austauschen und gemeinsam über Lösungen nachdenken. Auf diese Weise könnten die ärmeren Länder stärker in den Klimaschutz eingebunden werden. Sie könnten sich an den Überlegungen beteiligen und darüber hinaus von gemeinsamen Lösungen profitieren.

„Die nächste Phase des Klimawandels darf kein Wettlauf, sondern eine Zusammenarbeit sein.“

3. Schaffung eines fairen und praktikablen CO₂-Systems

Der EU-Ansatz zum Klimawandel legt großen Wert auf die Verringerung der CO₂-Emissionen. Die Niederländer sind der Ansicht, daß für diesen Effekt ein besseres System vorgesehen werden sollte, das eine gerechte Besteuerung sowohl der Erzeuger als auch der Verbraucher ermöglichen würde. Die Niederländer sind sich darüber einig, ob die Länder mit den meisten Einwohnern das Recht haben, mehr CO₂ zu emittieren. Einige Länder haben zum Beispiel eine sehr umweltschädliche Industrie. Andere Länder hingegen haben gerade viele Möglichkeiten, umweltfreundliche Energie zu erzeugen. Diesen Unterschieden ist Rechnung zu tragen. Ohne dass dies zu komplex wird, denn das System muss für alle verständlich sein.

„Industrialisierte Länder exportieren viel. Müssen sie also die CO₂-Abgabe allein tragen? Meiner Meinung nach sollte der Verbraucher auch zahlen.“

4. Klarere und positivere Kommunikation in Bezug auf den Klimaansatz Die Niederländer hören viel über den Klimawandel und lesen viel darüber. Dennoch bleibt es für viele Menschen ein abstraktes und komplexes Thema. Es wird oft als etwas angesehen, das viel Geld kostet, während der Ansatz zum Klimawandel auch Opportunitätscharakter hat. So denken wir zum Beispiel an die Förderung der lokalen Nahrungsmittelproduktion und die Entwicklung neuer und nachhaltiger Technologien. Die EU könnte diesen Aspekt häufiger und wirksamer darlegen. Wir sind auch der Ansicht, dass die Regierungschefs der Mitgliedstaaten selbst ein besseres Beispiel geben könnten. Weniger Reisen - beispielsweise zwischen Brüssel und Straßburg - und häufigere Online-Treffen könnten beispielsweise zur Unterstützung der Nachhaltigkeit beitragen.

„Nachhaltigkeit wird immer noch allzu oft als Kostenfaktor wahrgenommen. Sie sollte als Chance

und nicht als Bedrohung betrachtet werden.“

Online- und Vor-Ort-Diskussionen und -Ideen

„Wir dürfen CO2-Emissionen nicht als ein Recht betrachten, sondern als eine lästige Konsequenz.“

"Ich habe den Eindruck, dass man in Europa mehr Zeit damit verbringt, über den Klimawandel zu sprechen, als wirkliche Maßnahmen zu ergreifen, um dagegen vorzugehen."

„Strengere Klimavorschriften könnten sich langfristig auch für uns als vorteilhaft erweisen. Als handelsorientierter Kontinent müssen wir versuchen, Chancen zu sehen.“

„Wir können nicht auf andere Kontinente warten. Wir haben keine Zeit zu warten.“

IDEE: „Länder finanziell zu belohnen, wenn sie nachweisen, dass ihre Natur und ihre biologische Vielfalt zunehmen.“

IDEE: „Stärkung des naturverträglichen Tourismus in den armen Regionen der EU“.

Schüler der berufsbildenden Sekundarstufe Doetinchem: „Fernreisen müssen für alle zugänglich bleiben.“

Die These, dass Flüge innerhalb der EU teurer werden sollten, wurde den Studenten des Graafschap College in Doetinchem vorgelegt. Einige Studenten stimmten zu und glaubten, dass teurere Tickets die Menschen dazu bringen würden, nach billigeren Alternativen zu suchen. Darüber hinaus wurde betont, dass die EU dann darauf achten sollte, umweltfreundlichere Optionen anzubieten, z. B. bessere Schienenverbindungen. Andere Teilnehmer wiesen darauf hin, dass sie eine Erhöhung der Flugpreise nicht befürworten. "Reichte Menschen sind diejenigen, die heute am meisten reisen, und sie werden dies leicht bezahlen können", sagte ein Teilnehmer. "Hohe Preise werden sie nicht davon abhalten, zu reisen. Während entfernte Ferien dann für "normale" Bürger unmöglich werden.

Umweltfreundliche Landwirte: "Die EU könnte zur Verbreitung von Wissen über nachhaltige Lösungen beitragen."

BoerenNatuur ist ein Zusammenschluss von Bauernverbänden. Im thematischen Dialog ging es unter anderem um die Themen Klimawandel und Umwelt.

Was nach Ansicht der Teilnehmer verbessert werden könnte, ist die Anwendung der EU-Rechtsvorschriften und -Vorschriften durch die einzelnen Länder. Als Beispiel wurde das Stickstoffdossier genannt. Die EU-Rechtsvorschriften sehen lediglich vor, dass sich ein Naturgebiet nicht verschlechtern darf. Aber in Südeuropa wird dieser Begriff ganz anders ausgelegt als in den Niederlanden." Die meisten Anwesenden sind sich einig, dass Europa eine führende Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels spielen muss. Und man darf sich nicht mit Reden begnügen, man muss Ergebnisse erzielen. Vor allem durch Wissensaustausch, meinen die Landwirte. „Im Agrarsektor arbeiten wir an Lösungen für eine sauberere Landwirtschaft. Die EU muss zur raschen Verbreitung von Wissen in diesem Bereich beitragen.“

Migration (Migration und Flüchtlinge)

Die Grenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten sind offen. Daher wird innerhalb der EU beispielsweise bei der Verwaltung der Außengrenzen und bei der Bekämpfung der Schleuserkriminalität zusammengearbeitet. Eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen EU-Mitgliedstaaten wird ebenfalls diskutiert. Wie sehen die Niederlande dies?

Empfehlungen - Unsere Vision von Migration und Flüchtlingen

65 % der Niederländer sind der Ansicht, dass Migration und Flüchtlinge ein wichtiges Thema sind und dass die EU in diesem Bereich tätig werden muss.

1. Verhindern, dass die Debatten über die Flüchtlingsfrage zu wenig differenziert werden

70 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die Außengrenzen Europas besser geschützt werden müssen. 72 Prozent sind zudem der Meinung, dass dies bedeutet, dass mehr Flüchtlinge in unsichere Länder zurückgeschickt werden müssen. Die Niederländer sind der Ansicht, dass den Gründen, aus denen Menschen aus einem unsicheren Land fliehen, mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Diese Gründe stehen manchmal im Zusammenhang mit dem Klimawandel, manchmal mit Kriegen. Diese Zusammenhänge werden in der Flüchtlingsdebatte oft nur eingeschränkt angesprochen. Der Mehrwert, den diese Flüchtlinge einem Land bringen, wird selten angesprochen. Schließlich sind wir der Ansicht, dass die EU eine klarere Unterscheidung zwischen Menschen aus unsicheren Grenzregionen und Wirtschaftsflüchtlingen treffen muss. Zusammenfassend stellen wir fest, dass es den Debatten über Migration und Flüchtlinge im Allgemeinen an Kontext und Nuancen mangelt. Die europäischen Politiker könnten hier mit gutem Beispiel vorangehen.

„Wir müssen Flüchtlinge weiterhin in erster Linie als unsere Mitmenschen betrachten. Denn niemand oder fast niemand wird jemanden verlassen, der in Not ist.“

2. Definieren, was eine gerechte und praktische Verteilung von Flüchtlingen ist

Eine europäische Einwanderungsbehörde sollte dafür sorgen, dass die Flüchtlinge gerecht auf die EU-Mitgliedstaaten verteilt werden. Die Niederländer sind ferner der Ansicht, dass klare Kriterien für eine gerechte Verteilung festgelegt werden sollten. Ein gutes Sozialsystem kann zum Beispiel ein Land für die Menschen attraktiv machen, aber auch andere Faktoren sind sowohl für die Flüchtlinge als auch für die Betroffenen von Bedeutung. In den Niederlanden sind wir mit einem Wohnungsmangel konfrontiert, während einige Länder oder Sektoren einfach mehr Wanderarbeitnehmer benötigen. Wir halten es für wichtig, dass die EU dies bei der Verteilung von Flüchtlingen berücksichtigt. Klare Mechanismen sorgen nicht nur für Transparenz, sondern auch für weniger Protest, was letztlich im Interesse aller ist.

„Flüchtlinge müssen auch in der Lage sein, ihre Talente in einem Zielland zum Ausdruck zu bringen.“

3. Nutzung des gewonnenen Wissens und der gewonnenen Erfahrungen zur Unterstützung der Herkunftsregionen von Flüchtlingen

67 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die EU unsichere Regionen stärker unterstützen muss, um die Flüchtlingsströme einzudämmen. Uns ist bewusst, dass Flüchtlinge ihr Land nicht einfach durch Wahl verlassen. Daher müssen wir uns mit den Ursachen wie dem Klimawandel oder Konflikten befassen, die Regionen unsicher oder unbewohnbar machen. Die EU kann den Herkunftsregionen der Flüchtlinge nicht nur durch finanzielle Unterstützung, sondern auch durch Wissen helfen. In den Niederlanden verfügen wir beispielsweise über eine starke landwirtschaftliche Kompetenz. Mit modernen landwirtschaftlichen Techniken können wir anderen Ländern helfen, Dürren und Versalzung besser zu bewältigen. Und Menschen, die in Europa Zuflucht gefunden haben, können eine Ausbildung in einem europäischen Land absolvieren und dann selbst ihrem Heimatland helfen.

Online- und Vor-Ort-Diskussionen und -Ideen

„Die EU muss schnellere Asylverfahren einführen. Auf diese Weise wird mehr Platz für die Menschen geschaffen, die es wirklich brauchen.“

„Ich kenne viele junge Menschen in meinem Umfeld, die ein Haus kaufen wollen, aber nichts Abscheuliches finden, während den Flüchtlingen eine Unterkunft angeboten wird. Ich finde das schwer zu akzeptieren.“

„Der Klimawandel wird in jedem Fall zu Vertreibungen führen. Man kann diese Ströme nicht stoppen, aber man kann sie vielleicht besser regulieren.“

Ich wohne in Betuwe. Während der Birnen- und Apfelsaison brauchen wir einfach viele Wanderarbeiter.

„Unsichere Regionen sind nicht umsonst unsicher, und die Behörden sind oft unzuverlässig. Wie können wir wissen, wohin unsere Hilfe und unser Geld gehen?“

IDEE: "Denken Sie auch an lokale Strategien wie die Beteiligung der Bürger an der lokalen Aufnahme von Flüchtlingen und die Finanzierung lokaler Integrationsinitiativen."

IDEE: „Einrichtung von Minihäusern in Städten, in denen Flüchtlinge bei ihrer Ankunft wohnen könnten. Dies würde den Druck auf den Wohnungsmarkt verringern und die öffentliche Unterstützung für die Aufnahme dieser Menschen erhöhen.“

Freiwillige, die selbst Flüchtlinge waren: „In Europa bleiben die Menschen oft weit voneinander entfernt.“

Taal Doet Meer ("Sprache erleichtert die Dinge") ist eine freiwillige Organisation, die dafür sorgt, dass neue fremdsprachige Einwohner von Utrecht an der Gesellschaft teilnehmen können. Der thematische Dialog mit dieser Organisation konzentrierte sich nicht nur auf die Migration, sondern vor allem auch auf die Integration. Mehrere Teilnehmer kamen selbst als Flüchtlinge in die Niederlande, einer davon aus Syrien. „Nach sieben Jahren fühle ich mich immer noch nicht wie ein Niederländer. Ich habe auch keinen Job gefunden, obwohl ich einen Master-Abschluss gemacht habe. Ich stelle fest, dass sich die europäischen Länder in erster Linie um sich selbst kümmern und nicht sehr offen für andere Länder und Kulturen sind.“ Ein anderer Teilnehmer wies darauf hin, dass die Europäer oft weit voneinander entfernt sind. „Die meisten Menschen sind allein; Jeder bleibt in seiner Ecke. Ich finde, dass man miteinander reden muss und voneinander lernen kann.“

Jugendliche aus dem Nationalen Jugendrat: Man darf die Leute nur hereinlassen, wenn man sich gut darum kümmern kann.

In Utrecht führten Mitglieder verschiedener Arbeitsgruppen des Nationalen Jugendrates (NJR) eine Debatte. Die Teilnehmer (im Alter von 16 bis 23 Jahren) sind der Ansicht, dass bei der Verteilung von Flüchtlingen in Europa mehrere Aspekte berücksichtigt werden müssen, wie die Zahl der Einwohner, die Fläche des Landes, der Wohlstand und die Zahl der Asylzentren. "Flüchtlinge dürfen nur dann ins Land gelassen werden, wenn man sich danach gut um sie kümmern kann", sagte einer von ihnen.

Darüber hinaus sind junge Menschen der Ansicht, dass es Konsequenzen geben muss, wenn Länder ihren Verpflichtungen zur Aufnahme von Flüchtlingen nicht nachkommen. Sie müssen beispielsweise mit Geldstrafen belegt werden. "Flüchtlinge müssen auch selbst mitbestimmen können, wohin sie gehen", sagte jemand. Wenn sie zum Beispiel schon irgendwo Familie haben, können wir sie nicht woanders hinschicken.

Gesundheit

(Gesundheitsversorgung)

Obwohl die Gesundheitsversorgung in erster Linie in die Zuständigkeit der einzelnen Länder fällt, kann sie durch EU-Maßnahmen unterstützt und gestärkt werden, z. B. im Rahmen der Reaktion auf die COVID-19-Pandemie oder andere (künftige) Gesundheitskrisen oder durch partnerschaftliche Forschung zu schweren Krankheiten. Wie sehen die Niederlande dies?

Empfehlungen - Unsere Vision für das Gesundheitswesen

64 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die Gesundheitsversorgung ein wichtiges Thema ist und dass die EU in diesem Bereich tätig werden muss.

1. Bessere Kontrolle über das Management einer Pandemie

83 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die EU-Länder stärker zusammenarbeiten müssen, um zu verhindern, dass sich eine ansteckende Krankheit auf der ganzen Welt ausbreitet. Ein Virus kennt keine Grenzen. Das können wir in der aktuellen Pandemie sehen. Die Politik in der EU ist manchmal verwirrend. Das ist nicht gut für die Einhaltung der Regeln. Wir sind der Ansicht, dass die Vorschriften zur Bekämpfung der Ausbreitung eines Virus in Europa besser koordiniert werden müssen, ohne dass sie notwendigerweise überall gleich sind. Es muss Platz für lokale Entscheidungen bleiben. Nicht nur, weil die Kontaminationszahlen unterschiedlich sein können, sondern auch, weil es in Europa verschiedene Kulturen gibt. Einige Maßnahmen funktionieren in einigen Ländern besser als in anderen.

„Ich wohne in den Niederlanden an der Grenze zu Deutschland. Die verschiedenen Maßnahmen, die beide Länder zur Bekämpfung des Coronavirus ergriffen haben, machen mich verrückt.“

2. Sicherstellung der Verfügbarkeit erschwinglicher und zuverlässiger Medikamente für alle

71 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die EU dafür sorgen muss, dass wir Drittländer für die Entwicklung, Herstellung und Lieferung von Arzneimitteln weniger benötigen. Aber wenn das bedeutet, dass man länger warten muss, um Medikamente zu bekommen, sind die Meinungen geteilt. Die Niederländer glauben, dass die Herstellung und Verbreitung von Arzneimitteln ein komplexes Thema ist. Einerseits steigen die Gesundheitskosten in den Niederlanden stark an, weshalb wir es für wichtig halten, sie so niedrig wie möglich zu halten. Auf der anderen Seite wollen wir in der Lage sein, auf Medikamente zu vertrauen, auch wenn sie von weit her kommen. Sie müssen nicht nur qualitativ hochwertig sein, sondern auch nachhaltig und ethisch verantwortungsvoll produziert werden. Generell sind wir der Meinung, dass wichtige Medikamente für alle zugänglich sein müssen, auch in ärmeren Ländern.

„Die Kosten für die Gesundheitsversorgung sind bereits jetzt unerschwinglich. Deshalb müssen wir auch versuchen, die neuen Medikamente so billig wie möglich zu kaufen.“

3. Die Länder müssen alles selbst tun, um ihr Gesundheitssystem zu verbessern und gerechter zu gestalten.

Die Menschen in den Niederlanden kümmern sich sehr um die Gesundheitsversorgung, und diese Sorge geht über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie hinaus. Wir kennen zum Beispiel strukturelle Kapazitätsprobleme in Krankenhäusern. Ein Teil der Niederländer hat kein Vertrauen in die Auswirkungen der Marktkräfte im Gesundheitswesen. Wir verstehen, dass Pharmaunternehmen ihre Investitionen zurückgewinnen müssen und Krankenkassen eine billige Gesundheitsversorgung wollen, aber große Unternehmen sollten ihre Macht nicht missbrauchen. Die EU sollte diesbezüglich Vorschriften erlassen. Darüber hinaus sind wir der Ansicht, dass die Gesundheitsversorgung in erster Linie eine nationale Angelegenheit ist. Die Länder wissen nämlich besser, welche Probleme und Prioritäten auf lokaler Ebene bestehen. Wir halten es jedoch für wichtig, dass die europäischen Länder voneinander lernen können, um die Gesundheitsversorgung zu verbessern.

Online- und Vor-Ort-Diskussionen und -Ideen

„Was die Verfügbarkeit von Arzneimitteln in Europa betrifft, könnten wir auch etwas sparsamer sein. Wir werfen heute viel

zu viel weg.

„Es ist sehr gut, dass Deutschland COVID-19-Patienten aus den Niederlanden aufgenommen hat. Ich würde mir mehr Solidarität dieser Art in Europa wünschen.“

„Egal, wo man in der EU lebt und ob man reich oder arm ist, jeder hat das Recht auf eine hochwertige Gesundheitsversorgung.“

Beim Kauf von Medikamenten müssen nicht nur die Kosten, sondern auch die Ethik berücksichtigt werden. Dies bedeutet beispielsweise, dass Kinderarbeit nicht in Anspruch genommen werden darf.“

IDEE: „Verbesserung der Gesundheit der Europäerinnen und Europäer, indem dafür gesorgt wird, dass sie weniger Stress ausgesetzt sind. Verringern Sie beispielsweise die Dauer der Arbeitswoche.“

IDEE: „Erlauben Sie jungen Menschen, gesündere Entscheidungen durch ernsthafte Augmented-Reality-Spiele zu treffen.“

Einwohner von Utrecht marokkanischer Herkunft: Gesundheit kann einen gewissen Preis haben.

Die Stiftung "Marokkaans Dialoog Overvecht" (MDO) (Marokkanischer Dialog in Overvecht) widmet sich der Beteiligung der marokkanischen Gemeinschaft im Stadtteil Overvecht in Utrecht. Zu diesem Zweck fördert sie den Dialog im Quartier und bekämpft so Ungleichheiten. Die Teilnehmer des thematischen Dialogs im Rahmen der "Vision Europa" halten die europäische Zusammenarbeit für sehr nützlich. Einige sind jedoch der Ansicht, dass die Niederlande mitunter zu stark von anderen Ländern abhängig sind. Als Beispiel wurde die Bewältigung der COVID-19-Krise genannt. Die zahlreichen Konsultationen in Europa hätten dazu geführt, dass die Niederlande zu spät mit der COVID-19-Impfung begonnen hätten. "Vielleicht wird es mehr kosten, wenn die Niederlande mehr für sich selbst entscheiden wollen", sagte jemand. Aber es geht um Gesundheit, es kann ein bisschen mehr kosten.

Studentenaus Helmond: "Es ist besser, intelligent voneinander zu lernen, als alle den gleichen Ansatz zu verfolgen."

Am Dr. Knippenberg-College in Helmond diskutierten Schülerinnen und Schüler im Alter von etwa 16 Jahren über das europäische Management der COVID-19-Pandemie. Einige sind der Meinung, dass die EU-Mitgliedstaaten das Impfprogramm gemeinsam hätten festlegen sollen. Die meisten Teilnehmer sind der Ansicht, dass die Länder selbst eine bessere Vorstellung davon haben, was benötigt wird und was funktioniert. Sie sind daher ihrer Meinung nach besser dran, zu entscheiden, was für die Bevölkerung geeignet ist. Sie wissen zum Beispiel besser, welche Sektoren zuerst geimpft werden müssen und welche warten können. "Natürlich ist es gut, dass sich die Länder abstimmen", sagte einer der Schüler. „Wenn mehrere Länder ihren eigenen Ansatz verfolgen, können sie beobachten, was andere tun, und voneinander lernen.“

Die Rolle der EU in der Welt

Die Welt steht vor großen Herausforderungen. Die EU ist davon überzeugt, dass Probleme wie Klimawandel und Pandemien nur durch globale Zusammenarbeit angegangen werden können. Die EU will ihre Stimme in dieser Hinsicht auf der Weltbühne deutlich machen, z.B. neben den USA und China. Wie sehen die Niederlande dies?

Empfehlungen - Unsere Vision der Rolle der EU in der Welt

56 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die Rolle der EU in der Welt ein wichtiges Thema ist und dass die EU in diesem Bereich tätig werden muss.

1. Nutzung der Stärke der EU vor allem bei wichtigen internationalen Themen

Die Tatsache, dass seine Gründung dazu beigetragen hat, dass die Europäer seit mehr als 75 Jahren in Frieden leben, wird von vielen Niederländern als der wichtigste Mehrwert der EU angesehen. Die Niederlande sind ferner der Ansicht, dass die Stärke der EU in der gemeinsamen Bewältigung der großen internationalen Herausforderungen liegt. In diesem Zusammenhang denken wir beispielsweise an den Klimawandel, die COVID-19-Pandemie und die Flüchtlingskrise. Die EU-Mitgliedstaaten können auch eine größere Wirkung gegenüber Drittländern erzielen, indem sie gemeinsam internationale Abkommen der EU abschließen. Wir sind der Meinung, dass unser Land zu klein ist, um in diesen Bereichen allein etwas bewirken zu können. Dennoch wollen die Niederländer, daß die Niederlande weiterhin ihre eigenen Entscheidungen treffen können, und zwar in Bezug auf ihre Kultur und ihre eigenen Interessen. Die Zusammenarbeit in Europa muss daher vor allem auch Effizienz und Handlungsfähigkeit gewährleisten.

"Es ist einfacher, Kooperationsabkommen im Rahmen der EU anzuschließen als als isoliertes Land."

2. Innerhalb und außerhalb Europas sollte man sich für Zusammenarbeit statt für Kampf entscheiden.

66 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die EU gegenüber anderen internationalen Blöcken einen stärkeren Block bilden muss. Wir streben eine Schwächung des Gleichgewichts in der Welt an. Länder wie China und Russland erweitern ständig ihre Macht in verschiedenen Bereichen. Das beunruhigt uns sehr. Die EU muss daher beispielsweise der internationalen Sicherheit und dem Schutz der europäischen Wirtschaft vor unlauteren Handelspraktiken mehr Aufmerksamkeit widmen. Wir halten es in diesem Zusammenhang für wichtig, dass sich die Mitgliedstaaten besser und schneller abstimmen. Auf diese Weise können wir unsere Stimme deutlicher machen. Die Tatsache, dass wir als europäische Länder gemeinsam stärker sind, bedeutet nicht, dass wir in den Konflikt eintreten wollen. Wir wollen auch so weit wie möglich eine gute Zusammenarbeit mit Drittländern führen.

„Die Verringerung interner Streitigkeiten und Konflikte wird das Ansehen und die Macht der EU auf der Weltbühne erhöhen.“

3. Nachdenkliche Hilfe im Konfliktfall

Im Rahmen der Stärkung der Rolle der EU auf der internationalen Bühne halten 50 % der Niederländer die Auseinandersetzung mit Konflikten in der Welt für ein wichtiges Thema. Der beste Weg, um auf Konflikte zu reagieren, ist ihrer Meinung nach schwer zu bestimmen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass militärische Interventionen in einem Land nicht immer von Vorteil sind. Sie können beispielsweise unvorhergesehen hohe Kosten verursachen und zusätzliche Flüchtlingsströme verursachen. Angesichts dieser lokalen Auswirkungen sollten die Länder selbst entscheiden, ob sie an einem Krieg teilnehmen. Wir sind generell an einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den europäischen Armeen interessiert: Wir halten es für wichtig, dass Europa sich gut verteidigen kann. Aber wir ziehen es immer vor, Konflikte ohne Gewalt zu lösen.

„Bei der Evakuierung Afghanistans hat jedes Land in seiner Ecke gehandelt. Wir hätten es doch besser machen können, oder?“

Online- und Vor-Ort-Diskussionen und -Ideen

„Die EU muss zuerst ihre eigenen Angelegenheiten in Ordnung bringen, bevor sie sich anderen stellt.“

Indem wir als Europäer massiv chinesische Produkte kaufen, unterstützen wir China selbst.

„Die Vereinigten Staaten spielen nach wie vor eine sehr wichtige Rolle bei der Verteidigung Europas.“

„Mitglied der EU zu sein bedeutet auch, sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Auf diese Weise können wichtige Entscheidungen erörtert werden.“

"Die EU muss aufhören, sich als isolierte Einheit zu betrachten, weil sie es nicht ist. Sie ist eine Vereinigung europäischer Mitgliedstaaten und sollte sich als solche verhalten."

IDEE: *"Wie bei der regelmäßig stattfindenden Weltklimakonferenz sollte auch eine Menschenrechtskonferenz stattfinden."*

IDEE: *„Effizientere europäische Streitkräfte, z. B. durch vermehrte gemeinsame Beschaffung von Ausrüstung.“*

Niederländisch-marokkanische Frauen: *"Förderung der Menschenrechte".*

 *"Frauen für Freiheit"* ist eine niederländische Stiftung, die Zwangsheiraten, sexuelle Unterdrückung und finanzielle Misshandlung von Mädchen und Frauen mit bikulturellen Hintergründen bekämpft. In Zusammenarbeit mit dieser Stiftung wurde ein Treffen mit einer Gruppe niederländisch-marokkanischer Frauen organisiert. Die Teilnehmerinnen sind der Ansicht, dass die EU derzeit zu stark von Russland und China abhängig ist. "Wir stellen fest, dass die EU aus Angst vor Sanktionen im Allgemeinen nichts vorzuschlagen wagt", sagte eine von ihnen. Als Beispiel wurde die Arzneimittelproduktion genannt, die oft sehr teuer sein kann. "Im Falle eines Konflikts kann China den Wasserhahn schließen, und wir werden nichts mehr haben", sagte eine Teilnehmerin. Auch die Frage der Menschenrechte wurde angesprochen. "Wir tun alle so, als ob wir das für sehr wichtig halten, aber wir verschließen die Augen vor dem, was China den Uiguren antut", sagte er.

Schüler des Technasiums Alkmaar: *"Keine gemeinsame Armee".*

Schüler des Technasiums Jan Arentz in Alkmaar diskutierten in ihrem thematischen Dialog über die Vor- und Nachteile einer gemeinsamen europäischen Armee. Die Teilnehmer gaben an, dass sie keine Befürworter seien. „Wenn ein EU-Land mit einem Drittland streitet, sollten wir automatisch an einem Krieg teilnehmen können. Ich finde, dass die Länder in der Lage sein müssen, dies selbst zu deklarieren“, sagte jemand. Die Möglichkeit eines dritten Weltkrieges wurde begrenzt. Diese Möglichkeit wird von den Schülern nicht als sehr groß angesehen, aber sie glauben, dass, wenn dies der Fall wäre, dennoch schnell eine Lösung gefunden werden könnte. „Die Armeen können auch gut zusammenarbeiten. Ich glaube nicht, dass es eine europäische Armee geben muss.“

Im Rahmen der Erhebung angewandte Methodik

Vision de l'Europe verschweigt verschiedene Formen eng miteinander verbundener Dialoge, die es ermöglichen, die Ansichten und Ideen niederländischer Bürger über die Zukunft Europas und der EU einzuholen. In diesem Kapitel wird beschrieben, wie diese eng miteinander verknüpften Dialoge im Einklang mit den Leitlinien für nationale Bürgerforen im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas geführt werden.

Struktur der eng miteinander verknüpften Dialoge

Folgende Formen des Dialogs werden organisiert:

6. Umfrage bei einem Panel

Online-Umfrage bei einem repräsentativen Teil der niederländischen Bevölkerung.

7. Thematische Online-Dialoge zur Vertiefung

Dialoge, bei denen die Ergebnisse des ersten Zwischenberichts "Unsere Vision für Europa: Stellungnahmen, Ideen und Empfehlungen" (8. Oktober 2021) werden mit einer Gruppe von Niederländern eingehend erörtert.

8. Dialoge mit bestimmten Gruppen

Treffen mit Niederländern, die es nicht gewohnt sind, an Umfragen oder (Online-)Panels teilzunehmen.

9. Dialoge mit Jugendlichen

Begegnungen, bei denen die europäischen Themen erörtert werden, die diese Jugendlichen am meisten interessieren.

10. Öffentliche Online-Umfrage: Fragebogen und "Swipen naar de toekomst" (Swipen naar de Zukunft)

Der Fragebogen der Panelumfrage konnte auch von allen Niederländern ausgefüllt werden, auch von denjenigen, die im Ausland leben. Dieser Fragebogen war vom 1. September 2021 bis zum 14. November 2021 zugänglich. Darüber hinaus konnte im gleichen Zeitraum jeder Niederländer an der Aktion "Swipen naar de toekomst" teilnehmen, einem Online-Tool mit 20 Aussagen.

1. Umfrage bei einem Panel

Der niederländische Bürgerdialog "Vision Europa" begann am 1. September mit einer Umfrage bei einem niederländischen Bürgerbeauftragten. In dieser Beschreibung der im Rahmen der Umfrage verwendeten Methodik erläutern wir kurz die Konzeption und Umsetzung dieser Panel-Umfrage.

Ziel und Zielgruppe

Die Umfrage "Vision Europa" begann mit einem Online-Fragebogen darüber, wie die Niederländer die Zukunft Europas sehen. Dieser Fragebogen wurde einem repräsentativen Panel vorgelegt und steht auch allen Niederländern (einschließlich derjenigen mit Wohnsitz im Ausland) offen. Darüber hinaus konnte jede Person an der Aktion "Swipen naar de toekomst" teilnehmen, einem Online-Tool mit 20 Aussagen. Die Ergebnisse der Umfrage des Forums flossen in mehrere thematische Dialoge ein, die im Anschluss an den Bürgerdialog "Vision Europa" organisiert wurden.

Die Zielpopulation der Panelbefragung umfasst alle Niederländer ab 18 Jahren, die zum Zeitpunkt des Beginns der Feldarbeit als Einwohner im Bevölkerungsregister eingetragen waren. Nach Angaben des niederländischen Statistikamts (Centraal Bureau voor de Statistiek – CBS) zählte diese Zielgruppe zum 1. Januar 2021 14 190 874 Personen. Die untere Grenze von 18 Jahren entspricht der Wahlmehrheit. Wir nennen es die Panelbefragung Bevölkerung.

Feldarbeit

Ein Panel mit mehr als 100.000 Teilnehmern aus dem ganzen Land (ISO-zertifiziert, Research Keurmerk groep, Nederlandse Marktonderzoek Associatie) wurde verwendet, um ein digitales Bild des "durchschnittlichen Niederländers" zu erhalten. Diese Teilnehmer meldeten sich für das Umfragepanel an, um sich regelmäßig zu einem breiten Themenspektrum zu äußern. Zusätzlich zu ihrer intrinsischen Motivation, ihren Beitrag zu leisten, werden sie für die Beantwortung der Fragebögen vergütet. Mehrere wissenschaftliche Studien zeigen, dass Befragte, die eine Entschädigung für das Ausfüllen eines Fragebogens erhalten, keine wesentlich anderen Antworten geben (Quelle: *Does use of survey incentives degrade data quality?*, Cole, J. S., Sarraf, S. A., Wang, X., 2015).

Die Feldarbeit begann am 11. August 2021 und endete am 19. September 2021. Für die Umsetzung wurde nur eine Methode der Datenerhebung verwendet, nämlich die Internet-Erhebung. Die Mitglieder des Umfragepanels erhielten eine E-Mail mit einem persönlichen Link zum Online-Fragebogen. Nach zwei Wochen erhielten die Panelteilnehmer eine Erinnerung. Die Einladungen zur Teilnahme wurden in Losen und geschichtet (unter Gewährleistung einer gleichmäßigen Verteilung der Untergruppen) versandt, bis die erforderliche Anzahl von Befragten erreicht war.

Probenahme und Verteilung

Die Konzeption der Erhebung beruht auf dem Grundsatz, dass mindestens 3 600 Befragte an der Erhebung teilnehmen müssen, um eine gute statistische Zuverlässigkeit zu gewährleisten. Darüber hinaus ermöglicht diese Zahl eine gute Verteilung der verschiedenen allgemeinen Bevölkerungsmerkmale. Es gibt nicht nur einen Holländer. Wir haben daher im Voraus darauf geachtet, daß die Probe gut auf eine bestimmte Anzahl von Merkmalen verteilt ist. Die Niederlande sind ein relativ kleines Land, aber die Meinungen können je nach Region unterschiedlich sein. Die Positionierung in Bezug auf die Themen und die Bedeutung, die man ihnen beimisst, kann (teilweise) durch die Region bestimmt werden, in der man lebt. Zum Beispiel können die Bewohner ländlicher Gebiete ein Thema wie Sicherheit anders sehen als in städtischen Gebieten. Untersuchungen des niederländischen Büros für Sozial- und Kulturplan zeigen auch, dass Menschen mit einem höheren Bildungsniveau häufiger für die EU sind als Menschen mit einem niedrigeren Bildungsniveau und dass junge Menschen häufiger für die EU sind als ältere Menschen (Quelle: *Wat willen Nederlanders van de Europese Unie?*, Niederländisches Büro für Sozial- und Kulturplan, Den Haag, 2019).

Um die Repräsentativität der Stichprobe zu gewährleisten, haben wir daher im Voraus die folgenden drei Merkmale proportional aufgeteilt: (1) Wohnsitz durch COROP-Regionen, (2) Alter und (3) Bildungsniveau. Die Verteilung der Stichprobe wurde auch anhand der folgenden allgemeinen Merkmale dargestellt: Geschlecht, Herkunft, Hauptbeschäftigung, politische Orientierung.

Die COROP-Regionen wurden auf der Grundlage des Nodalprinzips (ein "Herz" mit einem Einzugsgebiet oder einer nationalen Funktion) auf der Grundlage von Pendlerströmen entwickelt. Einige Verstöße gegen das Nodalprinzip wurden eingeräumt, so dass die Regionen den Provinzgrenzen folgen. Nach der Neuordnung der Gemeinden über die COROP-Grenzen hinaus wurde die Verteilung angepasst (Quelle: Nationales Statistisches Amt der Niederlande). In den COROP-Regionen haben wir für eine gute Verteilung auf die Altersgruppen gesorgt, und zwar mit folgender Aufschlüsselung: zwischen 18 und 34 Jahren, zwischen 35 und 54 Jahren, zwischen 55 und 75 Jahren und über 75 Jahren.

Schließlich haben wir für eine repräsentative Verteilung der Bildungsniveaus gesorgt. In der Stichprobe entspricht die Verteilung der Befragten der Verteilung des höchsten Bildungsniveaus auf nationaler Ebene, die sich wie folgt darstellt:

Höchstes Bildungsniveau

Niedrig: Primarbereich, vorbereitende berufliche Bildung, 1. bis 3. Jahr der allgemeinen Sekundarstufe II/voruniversitäre Bildung, berufliche Sekundarstufe I	32,1 %
Zwischenprodukt: Oberstufe der allgemeinen Sekundarstufe II/voruniversitäre Bildung, berufliche Sekundarstufe 2 bis 4	44,6 %
Hoch: Hochschulbildung oder Hochschulbildung	22,9 %
Unbekannt	0,4 %

Antwortquote

Insgesamt nahmen 4086 Personen pro Panel an der Umfrage teil. Damit ist das Ziel von 3.600 vollständig ausgefüllten Fragebögen erreicht.

Antworten nach COROP-Regionen und Alter	18 bis 34 Jahre	35 bis 54 Jahre	55 bis 75 Jahre	über 75 Jahre
Nördlich von Drenthe	11	14	17	5
Südosten von Drenthe	10	12	14	4
Südwesten von Drenthe	7	10	11	3
Flevoland	29	33	28	6
Nordfriesland	20	22	25	8
Südostfriesland	12	13	14	3
Südwestfriesland	8	11	11	4
Achterhoek	22	27	34	11
Arnhem/Nijmegen	52	53	55	15
Veluwe	44	48	51	17
Südwesten Gelderlands	16	18	20	5
Großer Delfzijl	2	4	5	1
Östliches Groningen	7	10	12	3
Rest von Groningen	36	26	28	8

Zentral-Limburg	13	17	21	7
Nordlimburg	17	20	23	7
Südlimburg	38	40	52	17
Nordbrabant (Zentralbrabant)	34	35	35	11
Nordostbrabant	41	43	51	14
Westliches Nordbrabant	40	47	49	15
Südosten Nordbrabants	55	56	58	18
Agglomeration Haarlem	13	18	18	7
Alkmaar und Umgebung	14	19	19	6
Großraum Amsterdam	116	104	88	23
Gooi und Vechtstreek	13	21	19	7
IJmond	12	14	15	4
Nordholland-Spitze	22	27	30	9
Region Zaan	11	13	12	3
Nördlich von Overijssel	25	28	25	8
Twente	41	44	46	14
Südwestliches Overijssel	10	11	12	3
Utrecht	96	100	89	27
Rest von Zeeland	16	21	23	8
Zeeländisches Flandern	6	8	9	3
Agglomeration von Leiden und Region der Zwiebeln	30	31	31	10
Agglomeration Den Haag	63	70	57	18
Delft und Westland	19	15	15	4
Groß-Rijnmond	103	107	99	31

Östlich von Südholland	22	24	25	8
Südosten von Südholland	24	26	26	9

Antworten nach Bildungsniveau

Niedrig	1382	34 %
Mittelsmann	1747	43 %
Hoch	915	22 %
Unbekannt	42	1 %

Zuverlässigkeit und Repräsentativität

Die Zahl der Befragten von 4 086 ermöglicht Beobachtungen für die gesamte Grundgesamtheit mit einem Co-Vertrauensgrad von 95 % und einer Fehlermarge von 1,53 %. Das Konfidenzniveau und die Fehlermarge der Ergebnisse werden durch den Stichprobenumfang bestimmt. Je größer die Stichprobe, desto zuverlässiger und genauer können die Ergebnisse auf die gesamte Population extrapoliert werden.

Das Konfidenzniveau ist definiert als 1 (100 %) abzüglich des Signifikanzniveaus. Es ist üblich, von einem Signifikanzniveau von 5 % auszugehen. Man spricht dann von einem Konfidenzniveau von 95 Prozent. Mit anderen Worten, wenn die Untersuchung auf die gleiche Weise und unter den gleichen Bedingungen wiederholt würde, wären die Ergebnisse in 95 % der Fälle identisch.

Die Genauigkeit (ausgedrückt als Fehlermarge) gibt den Wertebereich an, innerhalb dessen der tatsächliche Wert in der Grundgesamtheit liegt. Mit anderen Worten: Was wäre die maximale Diskrepanz zwischen den Ergebnissen der Studie und den Ergebnissen, die bei der gesamten Bevölkerung erzielt würden? Eine Fehlermarge von 1,53 % bedeutet, dass der tatsächliche Wert in der Gesamtpopulation um bis zu 1,53 % höher oder niedriger als der Stichprobenwert sein kann. Wenn beispielsweise eine Umfrage unter einer Stichprobe von Befragten ergibt, dass 50 % der Befragten ein bestimmtes Thema für wichtig halten, liegt der tatsächliche Prozentsatz um höchstens 1,53 % über oder unter diesem Prozentsatz von 50 %, d. h. zwischen 48,47 % und 51,53 %. Eine Fehlermarge von maximal 5 % ist üblich und wird in quantitativen (statistischen) Studien allgemein akzeptiert.

Neben der Zuverlässigkeit ist die Repräsentativität der Probe wichtig. Da die Einladungen zur Teilnahme in Losen und geschichtet verschickt wurden, sind die Ergebnisse hinsichtlich der Merkmale der COROP-Region und der Altersgruppen nach COROP-Regionen repräsentativ. Die Antworten sind auch hinsichtlich des Bildungsniveaus im Vergleich zum höchsten Bildungsniveau auf nationaler Ebene repräsentativ.

Weitere allgemeine Merkmale

Den Teilnehmern der Panel-Umfrage wurden eine Reihe zusätzlicher kontextbezogener Fragen gestellt. Dazu gehören Geschlecht, Positionierung gegenüber der EU, Herkunft, Hauptbeschäftigung und die politische Partei, für die die Person bei Wahlen stimmen würde.

49 % der Befragten sind Männer, 50 % sind Frauen und 1 % ziehen es vor, diese Frage nicht zu beantworten.

51 % der Befragten halten es für eine gute Sache, dass die Niederlande Mitglied der EU sind, 13 % halten es für eine schlechte Sache und 36 % sind neutral oder haben keine Meinung.

95 % der Befragten wurden in den Niederlanden geboren. 89 % der Befragten gaben an, dass beide Elternteile in den Niederlanden geboren wurden. 5 % wurden von zwei Elternteilen geboren, die selbst im Ausland geboren wurden.

Aktuelle politische Ausrichtung der Befragten

Partei	%
VVD (Volkspartei für Freiheit und Demokratie)	14 %
PVV (Partei für die Freiheit)	13 %
SP (Sozialistische Partei)	8 %
D66 (Demokraten 66)	6 %
CDA (Christlich-Demokratischer Appell)	6 %
PvdA (Labour-Partei)	6 %
Partij voor de Dieren (Partei für die Tiere)	4 %
GroenLinks (Grüne Linke)	4 %
ChristenUnie (Christliche Union)	3 %
JA21	3 %
BoerBurgerBeweging (Landwirt-Bürger-Bewegung)	2 %
Forum voor Democratie (Forum für Demokratie)	2 %
SGP (Reformierte Partei)	2 %
Volt	2 %
DENK	1 %
Groep Van Haga	1 %
BIJ1	1 %
Fraktie von Den Haan	0 %
Sonstiges	2 %
Weißer Abstimmung	3 %
Ich antworte lieber nicht	13 %
Ich stimme nicht ab	5 %

Was ist derzeit Ihre Hauptbeschäftigung?

Besetzung	%
Schüler/Student	6 %
Teilzeitbeschäftigter	16 %
Vollzeitbeschäftigter	31 %
Unabhängiger Unternehmer	3 %
Hausangestellte	5 %
Arbeitssuchende	2 %
Freiwillige	2 %
Arbeitsunfähigkeit	6 %
Rentner	27 %
Sonstiges	1 %
Ich antworte lieber nicht	1 %

Fragebogen

Der Fragebogen und dieser Bericht wurden von einer unabhängigen externen Organisation auf Ersuchen des Außenministeriums erstellt. Der Fragebogen ist modular aufgebaut und umfasst die folgenden Fragenblöcke entsprechend den für die Konferenz zur Zukunft Europas ermittelten Themen:

- Wichtige Themen und die Rolle Europas
- Klimawandel und Umwelt
- Gesundheit
- Wirtschaft und Beschäftigung
- Die Rolle der Europäischen Union in der Welt
- Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit
- Die virtuelle Welt
- Europäische Demokratie
- Migration und Flüchtlinge
- Bildung / Kultur / Jugend / Sport

Bei der Erstellung des Fragebogens wurde der Qualität, Zuverlässigkeit und Gültigkeit der Fragen große Aufmerksamkeit gewidmet. Aus diesem Grund wurde eine neutrale und nicht-direktive Formulierung von Fragen, Aussagen und Antwortoptionen angestrebt, und es wurde überprüft, dass die Fragen in verständlicher Sprache formuliert sind (Ebene B1).

Der Fragebogen wurde anhand von persönlichen Interviews mit zielgruppenspezifischen Partizipations-Tests/Qualitätstests unterzogen. Auf diese Weise konnte untersucht werden, wie die Fragen von verschiedenen Arten von Befragten verstanden werden. Wenn eine Frage eine zu große (zu komplexe) kognitive Belastung darzustellen schien, war diese angemessen.

Analysemethoden

In dieser Untersuchung wurden zwei Analysemethoden verwendet:

Univariate Analysen

Deskriptive Statistiken werden verwendet, um die Variablen einer Umfrage zu beschreiben. Für diese Umfrage werden Frequenzen und Durchschnittswerte verwendet.

Bivariate Analysen

Die bivariaten Analysen ermöglichen es, das Verhältnis zwischen zwei Variablen zu untersuchen, nämlich das Verhältnis zwischen der Bedeutung der verschiedenen Themen und der Frage, ob die EU in diesem Bereich tätig werden sollte, und das allgemeine Merkmal des Alters. Es wurde geprüft, ob die verschiedenen Altersgruppen einem Thema unterschiedliche Bedeutung beimessen und ob unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, in welchem Umfang die EU tätig werden sollte.

Veröffentlichung von Informationen und Vollständigkeit

In diesem Bericht sind die Ergebnisse aller Fragen enthalten, die den Befragten des Untersuchungsgremiums gestellt wurden. Bei einigen Fragen hatte die Auskunftsperson die Möglichkeit, "offene" (d. h. nicht vorbestimmte) Antworten zu geben. Die offenen Antworten wurden dann kategorisiert und in die Veröffentlichung aufgenommen. Die von den Befragten in den freien Kommentaren geteilten Ideen werden in die verschiedenen thematischen Dialoge einfließen, die im weiteren Verlauf des Bürgerdialogs „Vision Europa“ organisiert werden.

2. Thematische Online-Dialoge zur Vertiefung

Die Themen, die im Mittelpunkt der Konferenz über die Zukunft Europas stehen, wurden in acht thematischen Online-Dialogen vertieft. Ziel dieser Dialoge war es, die Gründe für die geäußerten Meinungen sowie die ihnen zugrunde liegenden Beweggründe und Gefühle zu ermitteln. Was sind die wahrgenommenen Sorgen und Chancen? Die Diskussionsrunden boten den Teilnehmern auch die Möglichkeit, Vorschläge und Ideen zu diesen Themen zu formulieren und Themen anzusprechen, die nicht Teil der Konferenz sind, aber für sie dennoch von Bedeutung sind.

Die thematischen Dialoge fanden am 12. und 14. Oktober sowie am 9. und 11. November statt. Im Oktober fanden vier thematische Online-Dialoge zu den Themen "Wirtschaft" und "Demokratie" statt.

Im November fanden vier thematische Online-Dialoge zu den Themen "Klima" und "Die EU im Wandel" statt. Im Durchschnitt nahmen 29 Personen an jeder Diskussionsrunde teil (insgesamt 231). Die Teilnehmer wurden aus dem Kreis der Panelmitglieder (siehe Punkt 1) und über soziale Medien rekrutiert.

3. Dialoge mit bestimmten Gruppen

On weiß von einigen Gruppen von Niederländern, dass sie weniger daran gewöhnt sind, an Umfragen und (Online-)Panels teilzunehmen. Um ein repräsentatives Bild der "Stimme der Niederlande" zu erhalten, war es wichtig, daß diese Bürger auch ihre Ideen und Meinungen äußern konnten. Aus diesem Grund haben wir auch eine Reihe von Dialogen vor Ort für die Umfrage "Vision Europa" organisiert. Die Meinungen und Ideen, die wir auf diese Weise sammeln konnten, wurden (neben anderen) als Grundlage für die Formulierung von Empfehlungen verwendet.

Zielgruppen

Schwer zu erreichende Zielgruppen können nicht eindeutig definiert werden. Studien und Erfahrungen zeigen, dass Niederländer **nichtwestlicher Herkunft** deutlich weniger an Umfragen und Diskussionen teilnehmen. Da dies eine wichtige Gruppe ist (14 % der Neuankömmlinge) wurden sie für die Teilnahme am Dialog "Vision Europa" ausgewählt. Dasselbe gilt für **Personen mit** geringem Bildungsstand. Es handelt sich auch um eine große Gruppe (2,5 Millionen Löwe von Niederländern 2), die sich teilweise mit der Gruppe der Migranten (39 %) überschneidet. Schließlich wurde ein Dialog mit einer Gruppe von Personen geführt, die in Umfragen und Diskussionen kaum zu finden **sind**, die Europa kritisch gegenüberstehen, für die es aber eine wichtige berufliche Rolle spielt. Die Unternehmer des Agrarsektors wurden ausgewählt.

Die genannten Gruppen wurden über Organisationen angesprochen, denen sie angehören, wie z.B. Migrantenorganisationen, Interessenverbände und zivilgesellschaftliche Organisationen. Da wir die Zahl der Dialoge auf acht beschränkt haben, konnten wir nicht vollständig "erschöpfend" sein. Dies macht die Auswahl der Teilnehmer etwas willkürlich. Bei dieser Entscheidung haben wir vor allem auch die Begeisterung für die Teilnahme und die Unterstützung bei der Mobilisierung ihrer Basis sowie praktische Fragen wie die Verfügbarkeit je nach Datum und Standort berücksichtigt.

Vor Ort fanden Dialoge mit den Mitgliedern folgender Organisationen statt:

- Hakder-Stiftung, Alevitengemeinschaft, Schiedam
 - Asha-Stiftung, Hindu-Gemeinschaft, Utrecht (zwei Diskussionsrunden)
 - Piëzo, Organisation der Zivilgesellschaft, Zoetermeer
 - Taal doet Meer, Organisation für Geringgebildete, Utrecht
 - BoerenNatuur, Vereinigung landwirtschaftlicher Vereinigungen
- Marokkanen Dialog Overvecht, Marokkanische Gemeinde, Utrecht
- Women for Freedom, Interessenvertretung für Frauen mit Migrationshintergrund, Den Haag

Insgesamt nahmen 110 Personen an diesen Gesprächen teil.

4. Dialoge mit Jugendlichen

Junge Menschen sind eine vorrangige Zielgruppe der Konferenz zur Zukunft Europas. Um ihre Teilnahme am Bürgerdialog "Vision Europa" zu fördern und den Meinungen und Ideen dieser Gruppe Gehör zu verschaffen, wurden sechs physische Diskussionsrunden speziell für junge Menschen organisiert.

Die Treffen fanden in folgenden Institutionen statt:

- Studentenvereinigung für Geschichte, Universität Leiden
- Hochschule Dr. Knippenberg, Sekundarstufe, Helmond
- Coalitie-Y, Jugendplattform des Wirtschafts- und Sozialrats
- Graafschap College, berufsbildende Sekundarstufe, Doetinchem
- CSG Jan Arentsz, Sekundarschulbildung mit Schwerpunkt Technologie, Alkmaar
- Nationaler Jugendrat (das Treffen fand außerhalb des Standorts statt)

Insgesamt nahmen 110 Jugendliche an den Gesprächsrunden teil.

Verwendete Wartungstechniken

Die thematischen Online-Dialoge, die Dialoge mit bestimmten Gruppen und die Dialoge mit Jugendlichen wurden nach der sogenannten "sokratischen" Gesprächsmethode geführt. Diese Methode wird seit vielen Jahren am Tag des Dialogs angewandt, an dem überall in den Niederlanden Menschen zu Themen interagieren, die sie betreffen. Im Rahmen der sokratischen Gesprächsmethode berücksichtigt der Moderator folgende Grundsätze:

Lassen Sie den anderen seine Geschichte erzählen

- Antworten Sie nicht sofort mit einer anderen Geschichte
- Sich respektvoll behandeln
- Sprechen Sie aus Ihrer eigenen Perspektive ("Ich finde" statt "wir sagen")
- Erkundigen Sie sich nach weiteren Erläuterungen, wenn sich die geäußerten Ansichten auf allgemeine Aussagen beschränken.
- Urteile vermeiden und analysieren
- Geben Sie Momente der Stille, wenn die Menschen einen Moment nachdenken müssen

Während der Dialoge wird folgendes Tempo verwendet: Divergenz – Konvergenz – Divergenz. Das Prinzip ist, dass Sie zuerst divergieren müssen (direkt individuelle Gefühle und Meinungen ausdrücken), bevor Sie konvergieren können (über mögliche Wege sprechen) und schließlich wieder divergieren müssen (zum Beispiel individuelle Empfehlungen sammeln). Erfahrung und Theorie zeigen, dass dieser Rhythmus einen optimalen Ablauf des Dialogs gewährleistet.

Alle Dialoge wurden von professionellen Moderatoren geführt.

5. Öffentliche Online-Umfrage: Fragebogen und "Swipen naar de toekomst" (Swiperin Zukunft)

Der Fragebogen für die Umfrage des Panels wurde auch allen Niederländern, einschließlich derjenigen mit Wohnsitz im Ausland, zur Verfügung gestellt. Dieser Fragebogen war vom¹ September 2021 bis zum 14. November 2021 zugänglich. Darüber hinaus konnte im gleichen Zeitraum jeder Niederländer an der Aktion "Swipen naar de toekomst" teilnehmen, einem Online-Tool mit 20 Aussagen.

Antworten und Verwendung

Insgesamt 1 967 Teilnehmer füllten den Fragebogen aus und 6 968 waren bis zum Ende des Bildschirmscan-Tools. Sowohl der Fragebogen als auch das Bildschirmscan-Tool waren für alle offen: Es gab keine Bedingungen oder Auswahlkriterien für die Teilnahme. Im Fragebogen war es möglich, Fragen zu stellen (es gab keine obligatorischen Fragen), um die Antwortrate zu maximieren. Die Teilnehmer wählten viel häufiger "Ich ziehe es vor, nicht zu antworten" als im Rahmen der repräsentativen Panelbefragung.

Die allgemeinen Daten der Teilnehmer des offenen Fragebogens und des Bildschirmscanners unterscheiden sich mehr oder weniger von denen der Teilnehmer des repräsentativen Panels. Im Gegensatz zur Panelumfrage sind die Ergebnisse des offenen Fragebogens und des Bildschirmscanners nicht repräsentativ. Die Ergebnisse der offenen Online-Umfrage wurden zur Ergänzung der Panelumfrage herangezogen. Sie geben einen Einblick in die Gefühle und Ideen, die in den Niederlanden zirkulieren. Die in den Eingabefeldern genannten Verbesserungsvorschläge wurden im Abschnitt "Diskussionen und Ideen online und vor Ort" verwendet. Das Bildschirmscan-Tool wurde verwendet, um einige Gefühle, die in den Niederlanden zirkulieren, besser zu verstehen. Diese Ergebnisse wurden bei der Ausarbeitung der Empfehlungen berücksichtigt. Aufgrund des Erfordernisses der Repräsentativität wurden die Ergebnisse der Online-Umfrage in diesem Bericht nur in begrenztem Umfang berücksichtigt.

Dieser Bericht wird vom Außenministerium veröffentlicht. www.kijkopeuropa.nl

III – Verweise auf die Ergebnisse der nationalen Veranstaltungen

- [Belgien](#)
- [Bulgarien](#)
- [Tschechische Republik](#)
- [Dänemark](#)
- [Anden Großen](#)
- [Estland](#)
- [Irland](#)
- [Griechenland](#)
- [Spanien](#)
- [Frankreich](#)
- [Kroatien](#)
- [Italien](#)
- [Zypern](#)
- [Lettland](#)
- [Litauen](#)
- [Luxemburg](#)
- [Ungarn](#)
- [Malta](#)
- [Niederlande](#)
- [Österreich](#)
- [Polen](#)
- [Portugal](#)
- [Rumänien](#)
- [Slowenien](#)
- [Slowakei](#)
- [Finnland](#)
- [Schweden](#)

IV – Verweis auf den Bericht der mehrsprachigen digitalen Plattform

[Mehrsprachiges digitales Format der Konferenz zur Zukunft Europas – Bericht vom Februar 2022](#)

V – Ko-Vorsitzende der Konferenz zur Zukunft Europas und Mitglieder des gemeinsamen Sekretariats

Europäisches Parlament

Rat der EU

Europäische Kommission

Ko-Vorsitzende der Konferenz zur Zukunft Europas

VERHOFSTADT Guy

BEAUNE Clément (Januar-Juni 2022)

ŠUICA Dubravka

DOVŽAN Gašper (Juli-Dezember 2021)

ZACARIAS Ana Paula (März-Juni 2021)

Mitglieder des Gemeinsamen Sekretariats

MCLAUGHLIN Guillaume (Co-Chef)

ARPIO Marta (Co-Chef)

SCICLUNA Colin (Co-Chef)

CORBETT Richard

ELBELTAGY Dalia

BUSIA Ton

EVSTATIEVA-SHORE Vesela

JAANSALU Liis

DE' GRASSI Mattia

HOFKAMP Jelmer

RHLALOU Rebecca

GYORFI Izabella

PIEROT Rémi

RICEPUTI Matteo

HOEKE Susanne

PIORUN Magdalena

STOYANOV Miroslav

NOWACZEK Krzysztof

RECHARD Danielle

VAN LAMSWEERDE Marie-Charlotte

PALOTAI Viktoria

RUHRMANN Katrin (ehemaliger Co-Chef)

RICARD-NIHOUL Gaëtane

POPTCHEVA Eva-Maria (ehemaliges Mitglied)

BEREMLIYSKY Anguel (ehemaliges Mitglied)



PDF ISBN 978-92-824-8655-9 doi:10.2860/25889 QC-05-22-131-DE-N Print ISBN 978-92-824-8729-7 doi:10.2860/533066 QC-05-22-131-DE-C

© Europäische Union, 2022 Wiederverwendung gestattet, durchschnittliche
Quellenangabe.